



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG-Projekt "Digitale Sammlung Deutscher Kolonialismus"**

## **Zeitfragen**

**Brandt, Max von**

**Berlin, 1900**

**urn:nbn:de:gbv:46:1-8386**



# Beitfragen.

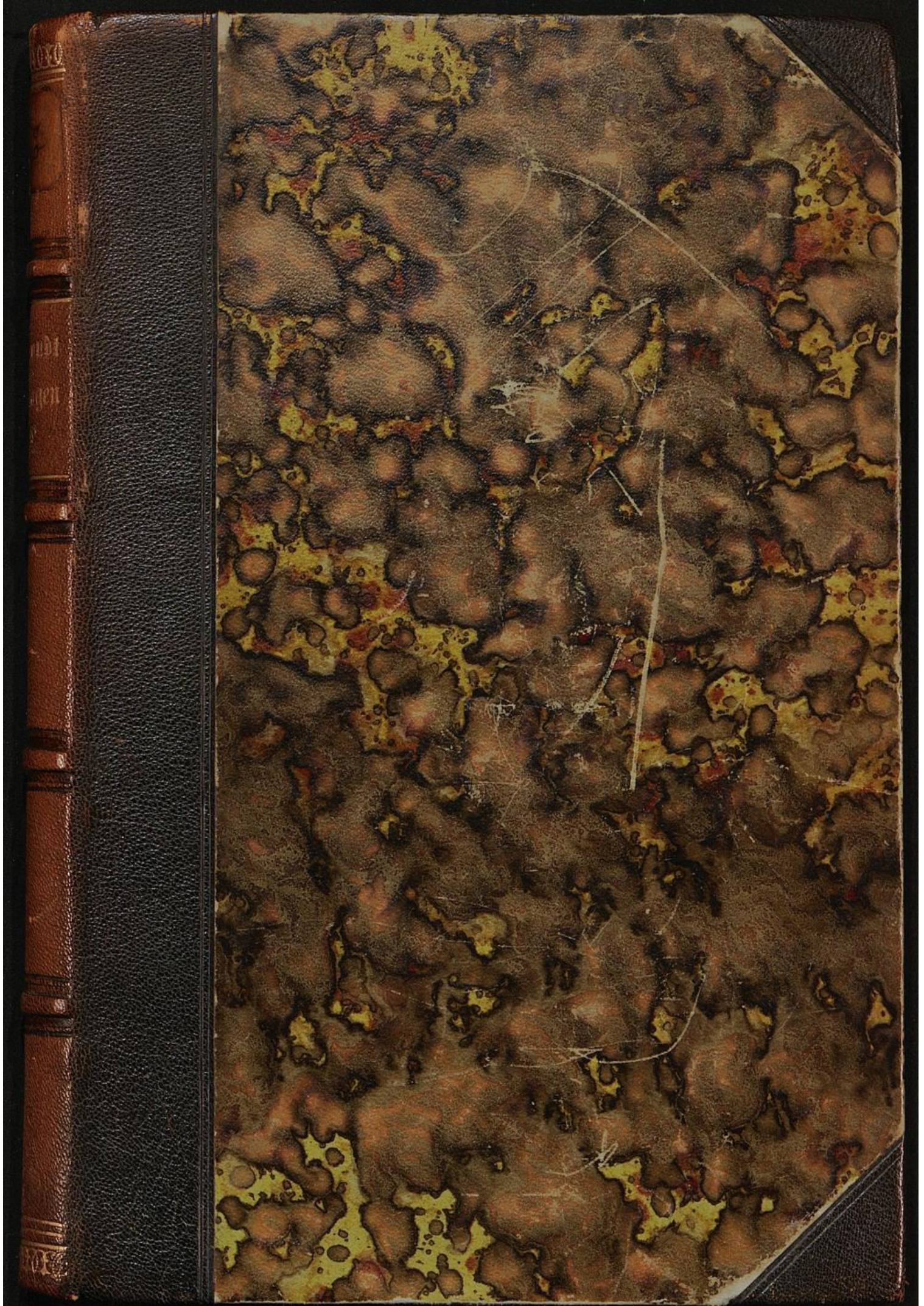
Die Krisis in Südafrika.  
China; Commercielles und Politisches.  
Kolonial-Fragen.

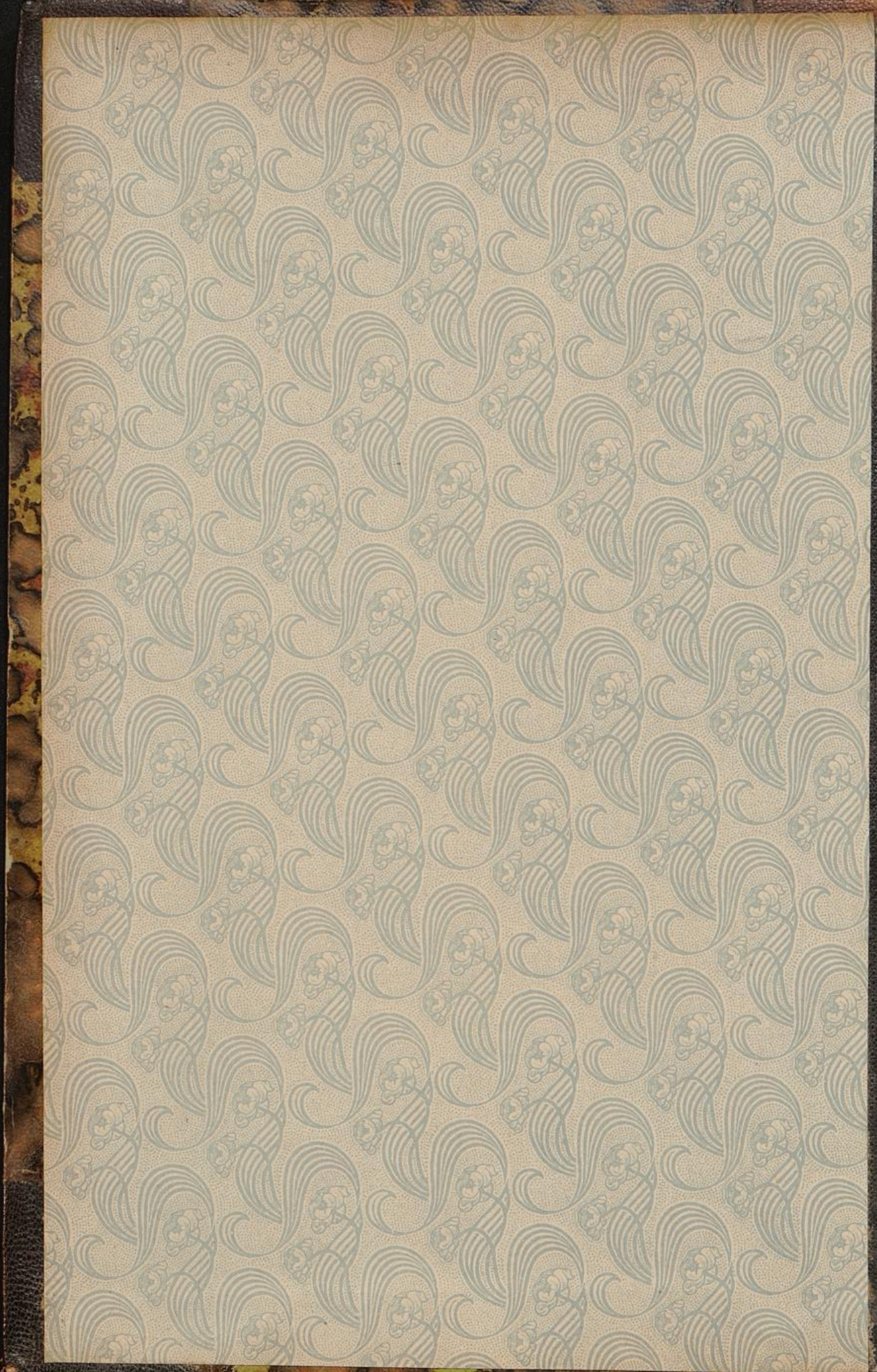
Von  
W. von Brandt.

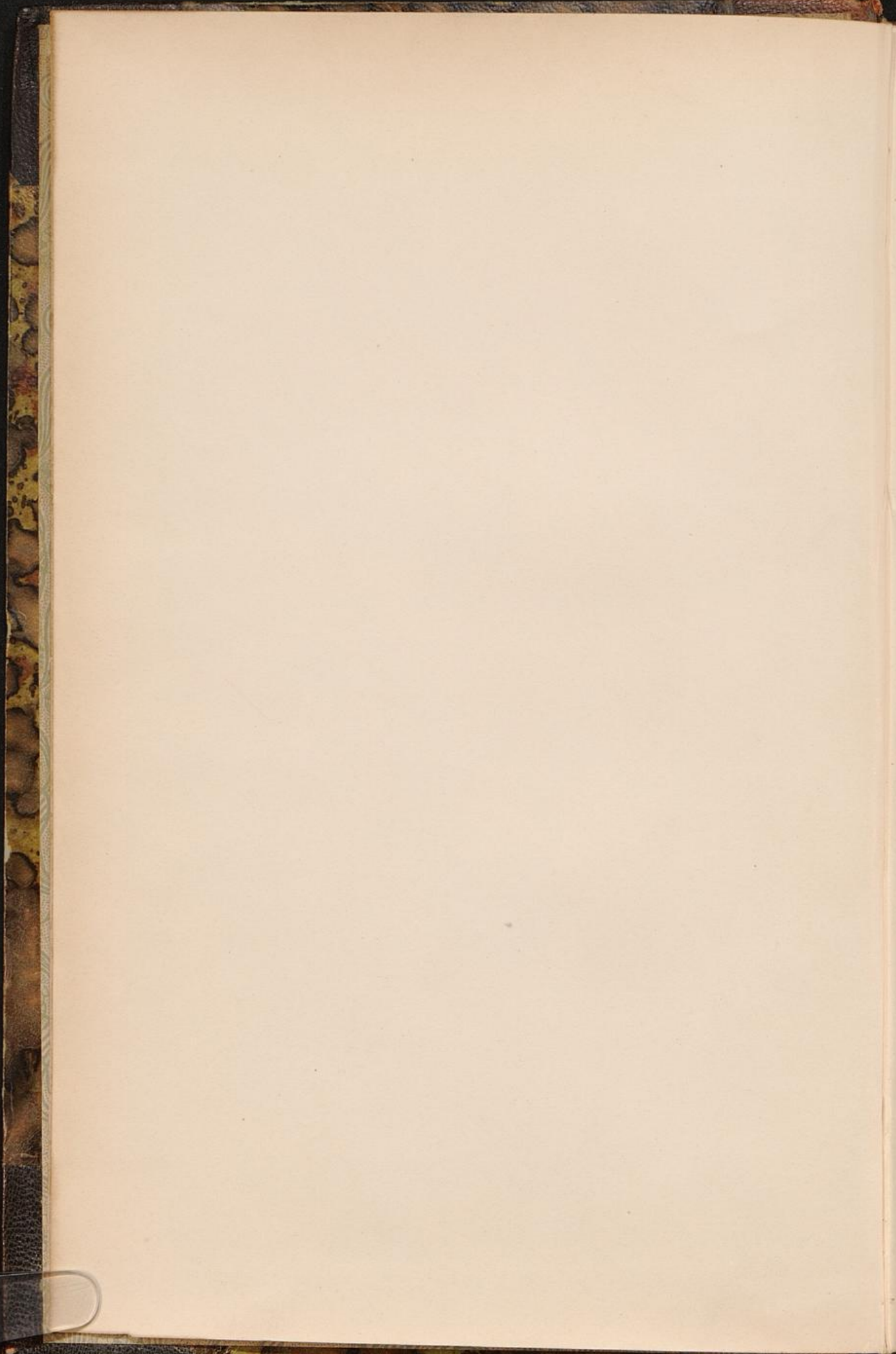


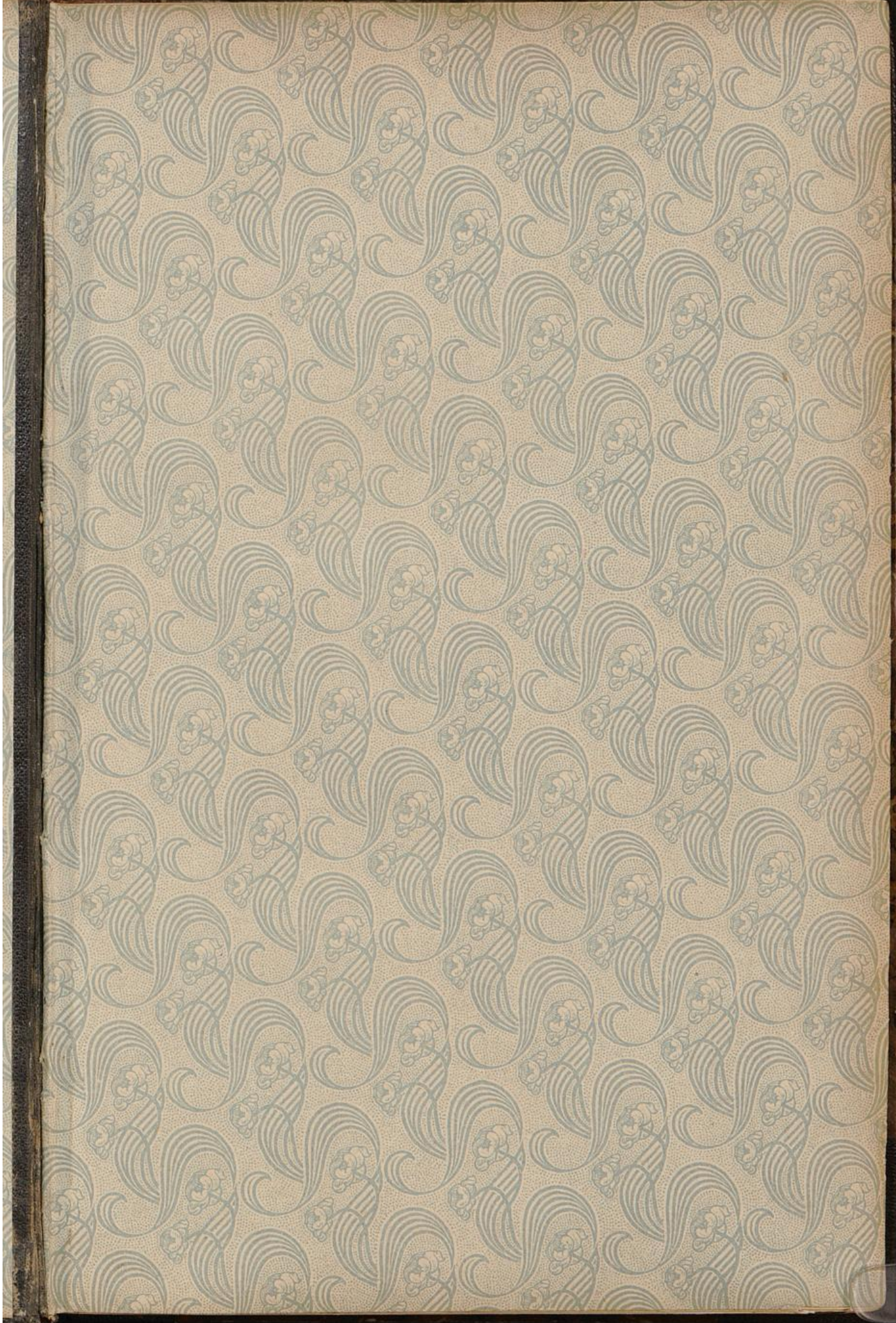
Berlin.  
Verlag von Gebrüder Paetel.  
1900.

IX. c. 2680





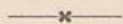




IX . c . 2680 .



Beitfragen.



BRILLIANT

— 3 —

# Zeitfragen.

Die Krisis in Südafrika.  
China; Commercielles und Politisches.  
Kolonial=fragen.

—\*—

Von

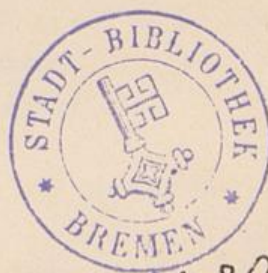
M. von Brandt.



Berlin.

Verlag von Gebrüder Paetel.

1900.



IX. c. 2680

Zeitfragen.

Die Politik in Deutschland.  
Allgemeine, Community- und Politische  
Kolonialfragen.

---

Alle Rechte, vornehmlich das der Uebersetzung in fremde Sprachen,  
vorbehalten.

---

# Inhalt.

—\*—

	Seite
Vorwort . . . . .	VII
<b>I. Die Krisis in Südafrika. 1898—1900.</b> . . . . .	1
Zwanzig Jahre britischer Südafrika-Politik . . . . .	3
Noch einmal Britisch-Südafrika . . . . .	35
Die Lage im Transvaal . . . . .	40
Die Transvaalfrage vom deutschen Standpunkt . . . . .	49
Die Krisis in Südafrika . . . . .	54
<b>II. China, Commercielles, Politisches. 1894—1900.</b> . . . .	73
Vom chinesischen Hofe . . . . .	75
Wie China regiert wird . . . . .	88
Ueber und aus Nord-China . . . . .	114
Süd-China . . . . .	127
Das Yangtse-Thal . . . . .	142
Russische Pläne und englische Beklemmungen . . . . .	185
Ostasien seit dem chinesisch-japanischen Kriege . . . . .	194
Ostasiatische Zustände . . . . .	213
Tze-Hsi, Kaiserin-Regentin von China und der Staats- streich in Peking . . . . .	221
Vom chinesischen Zopfe und dem, was daran hängt . . . . .	242
Asiatische Schatten . . . . .	250
Chinesische Sorgen . . . . .	258
Die Boyer-Revolution in China . . . . .	268

Die Diplomatie der Großmächte und die Wirren in China	273
Die geheimen Gesellschaften in China . . . . .	280
Was man aus der Geschichte lernen könnte . . . . .	286
Einkehr und Umkehr . . . . .	292
<b>III. Kolonial-Politiches. 1898—1900.</b> . . . . .	299
Kiaotschau . . . . .	301
Ex oriente lis . . . . .	309
Die Politik des deutschen Reiches und die Agrarier . . . . .	315
Die Annexionen der Vereinigten Staaten . . . . .	322
Joseph Chamberlain . . . . .	331
Die Entwicklung der Dinge im fernen Osten und die Wahrung der deutschen Interessen . . . . .	371
Die deutsche Presse und die auswärtige Politik . . . . .	378
Kolonialpolitische Fragen . . . . .	385

## Vorwort.

---

Mit dem Wachsen des deutschen Verkehrs nach und im Auslande hat sich auch das Interesse an den Fragen gesteigert, die sich dort abspielen und Deutschland entweder unmittelbar berühren oder es mittelbar in Mitleidenschaft ziehen. Der Kampf in Südafrika hat weite Kreise in Deutschland tief erregt, und die Wirren in China, an deren Unterdrückung deutsche Soldaten an der Seite von Truppen fast der ganzen civilisirten Welt theilhaftig sind, thun dies nicht minder. Auch für die kolonialen Fragen wächst das Interesse von Tage zu Tage. Vielleicht erscheint unter diesen Umständen der Versuch des Unterzeichneten nicht unberechtigt, manches von dem, was er im Laufe der letzten Jahre in Tagesblättern und Zeitschriften über diese „Zeitfragen“ veröffentlicht hat, in anderer dauernderer Form dem Leser wieder vorzulegen. Einen Erfolg würde er aber nur dann glauben verzeichnen zu können, wenn die Sammlung von Aufsätzen, die er dem Publikum übergibt, nicht nur das Interesse an den Ereignissen selbst, sondern ganz besonders auch das an den Lehren, die sich aus der Vergangenheit für die Zukunft ergeben, wieder anzuregen und zu vermehren im Stande wäre. Denn nicht nur kommende Ereignisse werfen ihre Schatten voraus, auch die Schatten der Vergangenheit fallen auf die Gegenwart und die Zukunft.

Weimar, im October 1900.

M. von Brandt.

---

Verzeichnis

Faint, illegible text, likely bleed-through from the reverse side of the page. The text appears to be a list or index, possibly containing names and dates, but is too light to transcribe accurately.

I.

Die Krisis in Südafrika.

1898—1900.

—\*—

W. v. Brandt, Zeitfragen.

1

Handwritten text, likely bleed-through from the reverse side of the page.

Die Jahre in Sibirien

1888-1900

Handwritten text at the bottom of the page, possibly a signature or date.

## Zwanzig Jahre britischer Südafrika-Politik.

(Abgedr. aus der „Deutschen Rundschau“ vom Mai 1898.)

Die jüngsten Ereignisse in Südafrika, die wachsende Rührigkeit des vor zwei Jahren gegründeten „südafrikanischen Bundes“, an dessen Spitze thatsächlich Mr. Cecil Rhodes getreten ist und dessen Thätigkeit sich auch bereits in Transvaal durch Proteste gegen die Handlungen der dortigen Regierung bemerkbar zu machen anfängt, ferner die Stellung, welche die Regierung des Caps diesem Bunde gegenüber einnimmt — man erinnere sich nur der Reden des Ministers Sir John Siverwright —, alle diese Dinge lassen deutlich erkennen, daß die Agitation gegen Transvaal nicht aufgehört, sondern nur, wie das auch schon bei früheren Gelegenheiten der Fall gewesen ist, eine andere, äußerlich legalere Form angenommen hat. Unter diesen Umständen dürfte es ein besonderes Interesse haben, den Spuren britischer Thätigkeit in Südafrika auf Grund einer englischen Quelle\*) nachzugehen und zu versuchen, aus der Vergangenheit sich ein Bild der zukünftigen Entwicklung der dortigen Zustände zu machen.

Am 2. April 1877 hatte die Einverleibung Transvaals stattgefunden, die in London bereits seit einigen Jahren ins Auge gefaßt und angebahnt worden war; im Wesentlichen wohl im Anschluß an die von Lord Beaconsfield eröffnete Aera der Erweiterung und Ausdehnung des britischen Kaiserreiches, sowie an die in Canada soeben glücklich durchgeführte Conföderation der einzelnen Staaten. Diese letztere Idee, der auch der dama-

\*) Südafrika wie es ist. Von F. Reginald Statham. Aus dem Englischen übersetzt von P. Balzer. Berlin, Julius Springer. 1897.

lige Minister der Kolonien, Lord Carnarvon, huldigte, sollte auch auf afrikaniſchen Boden übertragen werden. Profeſſor Froude war ſchon 1875 nach Südafrika entſendet worden, um der Regierung der Capkolonie den Plan eines ſolchen ſüdafrikaniſchen Staatenbundes zu unterbreiten, ebenſo wie General, ſpäter Lord Wolſeley in Begleitung einiger Offiziere nach Natal ging, um ſich einerſeits über die Stimmung im Oranje-Freiſtaat und in Transvaal zu informiren und andererseits in Natal ſelbſt eine dem Plane günſtige Verfaſſungsänderung durchzuſehen, welche der Regierung in dem geſetzgebenden Körper eine ſichere Mehrheit geben ſollte und in der That auch gab.

In der Capſtadt, wo man von der Anſicht ausging, daß die Anregung zur Bildung eines ſüdafrikaniſchen Staatenbundes von dort aus gegeben werden müſſe, verhielt man ſich durchaus ablehnend gegen die Pläne, die man im Mutterlande hegte, ſo daß, als 1876 Lord Carnarvon die verſchiedenen Regierungen von Südafrika aufforderte, ihre Bevollmächtigten nach England zu ſchicken, nur Natal dieſer Aufforderung entſprach. Die damals in London gepflogenen Berathungen, bei denen nur Lord Carnarvon, Lord Wolſeley und Sir Theophilus Shepstone ſich betheiligten, waren das unmittelbare Vorſpiel der Annexion von Transvaal, der die Ernennung Sir Bartle Frere's zum Gouverneur vom Cap der guten Hoffnung und Statthalter von Südafrika und die eilige Rückkehr Sir T. Shepstone's nach Afrika vorherging, mit deſſen Eintreffen in Pretoria die Vorſchiebung eines Regiments an die Grenze von Transvaal zuſammenfiel.

Die Verkündigung der Annexion, welche die engliſche Regierung mit dem Hinweis auf angeblich von den Eingebornen, beſonders den Zulus, drohende Gefahren begründete, erregte anfänglich wenig Aufmerkſamkeit. Die Engländer ſahen in dem Schritt einen willkommenen Beweis für die Energie der Regierung, die holländiſche Bevölkerung, die darin ein Attentat gegen die vor einem Vierteljahrhundert feierlich gewährleiſtete Unabhängigkeit erblickte, war nicht in der Lage, ihre Empfin-

dungen zum Ausdruck zu bringen, und die Bevölkerung Transvaals nahm die Sache anscheinend ruhig auf, wozu die Unpopularität des damaligen Präsidenten Burgers wohl das Meiste beitrug. Merkwürdigerweise unterließ es die englische Regierung, von diesen günstigen Umständen Vortheil zu ziehen; anstatt ein ernsthaftes Interesse für die Wohlfahrt des neu erworbenen Gebiets zu zeigen, ging sie in so nachlässiger Weise vor, daß z. B. der Beamte, der die englische Flagge in Pretoria hißte, die ersten Verwaltungskosten aus einer von ihm persönlich aufgenommenen Anleihe decken mußte; ebenso wurde es unterlassen, eine Regierungsform mit einer Volksvertretung an Stelle des früheren Volksraads einzusetzen. Allmählich wuchs die Mißstimmung in Transvaal, 6000 Bürger unterzeichneten eine Denkschrift zu Gunsten der Unabhängigkeit Transvaals, die von Krüger, dem späteren Präsidenten, der jetzt zum ersten Male als Verfechter der Unabhängigkeit des Landes auftritt, und dem Rechtsbeistande der republikanischen Regierung Dr. Jorissen, nach London überbracht wurde. Persönlich höflich empfangen, erzielten die Abgeordneten sonst keinen Erfolg und mußten unverrichteter Sache nach Afrika zurückkehren. In London war man der Ansicht, daß energisches Festhalten an dem einmal Geschehenen die beste Politik sei, und man wurde darin durch Berichte aus Afrika bestärkt, die den Einspruch für eine bloße Form erklärten, nur bestimmt, das Ansehen der Personen, von denen er ausgegangen aufrecht zu erhalten.

Die Annexion Transvaals fiel mit einem sehr bedeutenden wirthschaftlichen Aufschwunge ganz Südafrikas zusammen. Während dies ungeheure Gebiet bisher gewissermaßen nicht mehr als vegetirt hatte, die Verbindung mit England nur durch ein Mal im Monat eintreffende Dampfer von 500 Tonnen aufrecht erhalten wurde, die sechs Wochen unterwegs waren, und im Lande selbst nur drei Eisenbahnen von je 5, 8 und 50 englischen Meilen Länge bestanden, aber keine einzige telegraphische Leitung, brachte nun plötzlich die Entdeckung der Diamantfelder

von Kimberley neues Leben und eine sehr erhebliche Steigerung des Unternehmungsgeistes, die mit der Ankunft des neuen Gouverneurs 1877 (am 31. März) zusammenfiel.

Inzwischen verschärften sich die Gegensätze zwischen den Wünschen und Maßnahmen des Londoner Kabinetts, deren Vertreter Sir Bartle Frere war, und dem Kolonial-Ministerium, an dessen Spitze Mr. John Molteno stand, während die Hauptarbeitslast auf den Schultern des Ministers der öffentlichen Bauten, John H. Merriman, ruhte, eines thatkräftigen, aber wenig klugen und desto rücksichtsloseren Mannes. Die Opposition im Kapparlament gegen die Londoner Pläne wurde von einem sehr gewiegten Kenner der afrikanischen Verhältnisse, Paul Salomon, geführt, der auch auf die Ansichten des Ministeriums einen durchschlagenden Einfluß ausübte. An der Ostgrenze der Kapkolonie ausbrechende Unruhen unter den Eingeborenen, die daraus entspringenden Kämpfe mit ihnen und die Frage, wem die Ernennung des Oberbefehlhabers zukomme, dem Ministerium oder den Militärbehörden, vermehrten die bereits vorhandene Spannung, und zu Anfang des Jahres 1878 entschloß sich Sir Bartle Frere, das wenig gefügige Ministerium zu entlassen und ein neues unter dem Vorsitz John Gordon Sprigg's zu bilden, von dem er eine kräftigere Unterstützung seiner Politik erwartete.

Das Ministerium befand sich bald einer ganzen Reihe zu lösender Fragen gegenüber. Zwischen den Zulus und Transvaal bestanden seit langer Zeit Grenzstreitigkeiten, in denen Sir Theophilus Shepstone ursprünglich die Partei der Zulus genommen, nach der Einverleibung Transvaals aber seine Ansicht geändert hatte. Dies führte zu sehr erregten Auseinandersetzungen mit den Zulus und auf Veranlassung des Gouverneurs von Natal, Sir Henry Bulwer, zur Einsetzung einer Kommission, die die Ansprüche der Zulus für berechtigt erklärte. Die Unruhen an der Ostgrenze der Kapkolonie, deren bereits Erwähnung geschehen, und an denen sich auch einzelne innerhalb des Gebiets der Kolonie wohnhafte Stämme beteiligt hatten, waren nur

theilweise unterdrückt worden, namentlich war es nicht gelungen, sich ihres Urhebers, des Häuptlings Kreli, zu bemächtigen; und bald darauf brachen an andern Stellen ebenfalls Aufstände aus, deren Ursprung wesentlich auf das englische Bemühen zurückgeführt werden muß, die zwischen Natal und Transvaal gelegenen unabhängigen Gebiete der Eingeborenen einzuverleiben. Umqikela, der Oberhäuptling der Pondos, eines Stammes, der seit einem, dreißig Jahre vor Sir Bartle Frere's Ankunft mit der englischen Regierung abgeschlossenen Vertrage sich durchaus friedlich verhalten hatte, wurde aufgefordert, den einzigen vom Meere aus zugänglichen Punkt seines Gebiets, die Mündung des St. Johnsflusses, an England abzutreten; auf seine Weigerung, dies zu thun, benutzten die Engländer bald darauf wahrscheinlich durch ein Mißverständniß veranlaßte Unruhen in Ost-Briqualand, um die Pondos anzuklagen, sie hätten einen der flüchtigen Aufständischen aufgenommen und nicht ausgeliefert, und bemächtigten sich im August 1878 der Mündung, während Umqikela für abgesetzt erklärt und ein britischer Statthalter über sein Land eingesetzt wurde. Zugleich verlangte Sir Bartle Frere die Herausendung neuer Truppen aus England, die ihm das Ministerium Beaconsfield auch, allerdings mit der Mahnung zur größten Vorsicht, bewilligte, und Ende 1878 verlegte der Statthalter sein Hauptquartier nach Pietermaritzburg, der Hauptstadt von Natal, um der sich gegen die Zulus vorbereitenden Action näher zu sein.

Daß der Krieg gegen die Zulus nur dem Bedürfniß und dem Wunsche der Engländer entsprang, kann nicht zweifelhaft sein. Die Grenzstreitigkeiten der Zulus mit Transvaal waren auf Grund des Spruches der vorerwähnten Kommission von dem höchsten Gerichtshofe der Kapkolonie zu Gunsten der Zulus entschieden worden, und zwei angebliche Grenzverletzungen — bei der einen derselben hatten zwei Söhne eines Häuptlings eine ihrem Vater auf englisches Gebiet entflohene Frau wieder zurückgeholt, bei der andern waren einige Feldmesser, die wesentlich

oder unwissentlich die Grenze des Zululandes überschritten, mit dem Verlust eines Federmessers und einem tüchtigen Schrecken über dieselbe zurückgejagt worden — waren wirklich nicht derart, um darauf eine Kriegserklärung zu begründen. Trotzdem wurde, als man glaubte, mit allen Vorbereitungen für den Einfall fertig zu sein, den Abgesandten Cetewayo's am 11. Dezember 1878, nachdem ihnen das Urtheil des höchsten Gerichtshofes in ihrer Streitfrage mit Transvaal vorgelesen und wegen der vorangeführten Fälle eine Buße von Vieh auferlegt worden war, ein Ultimatum übergeben, durch das Cetewayo aufgefordert wurde, innerhalb dreißig Tagen die militärische Organisation der Zulus abzuschaffen und ihre Regimenter aufzulösen. Als nach Ablauf der Frist, wie zu erwarten gewesen, keine Antwort erfolgte, rückten die Engländer zu gleicher Zeit in drei Kolonnen, jede zwei Bataillone Infanterie und etliche Geschütze, sowie einige berittene Freiwillige und farbige Hülfstruppen stark, über die Grenze.

Der Beginn des Feldzugs entsprach sehr wenig den Erwartungen. Das allen militärischen Regeln zum Troß errichtete und ohne jede Sicherheitsmaßregel oder Schutz gelassene Lager der Mittelkolonne unter General Lord Chelmsford bei Ibandhlwana wurde am 22. Januar 1879, während der Führer selbst mit der Hälfte seiner Truppen auf einer Reconnoissance sich befand, von den Zulus überfallen und Alles bis auf den letzten Mann niedergemacht. Wie leicht es gewesen wäre, diese Niederlage zu vermeiden, geht daraus hervor, daß kaum hundert Mann verschiedener Truppentheile, die bei Korfesdriest an einer Fuhr des Buffalostuffes zur Bewachung von Vorräthen zurückgelassen worden waren, hinter einem eilig aus Mehlsäcken und Bisquitbüchsen hergestellten Schutzwalde an demselben Tage in fast zehnstündigem Gefecht den Angriff von vielen Tausenden siegesstrunkener Zuluskrieger zurückschlugen und damit auch Lord Chelmsford's Abtheilung retteten.

Die rechte, von der Küste aus vorrückende Kolonne, welche durch eine Abtheilung ausgehiffter Matrosen verstärkt worden

war, wurde an demselben Tage von den Zulus angegriffen, warf sie aber zurück und gelangte mit einiger Mühe bis nach Etshowe, wo sie von den Zulus umzingelt und vom Verkehr mit der Küste abgeschnitten wurde. Die linke Flügelskolonne unter General Sir Evelyn Wood war durch Transvaal nach Kambula nördlich von Zululand gelangt und hatte sich dort verschanzt. Natal stand den Einfällen der Zulus offen, und es herrschte dort eine furchtbare Panik. Aber die Zulus ließen die Gelegenheit vorüber gehen, und allmählich faßten auch die Engländer wieder Muth. Zwar wurde noch am 12. März eine Abtheilung Infanterie am Intombifluß gefangen genommen und etwa vierzehn Tage später der größte Theil der Cavallerie von Sir Evelyn Wood's Kolonne aufgerieben, aber zwei Tage darauf schlug der General den Angriff der Zulus auf sein Lager unter großem Verlust derselben zurück. Als dann im April die ersten, dringend erbetenen Ersatztruppen von England eintrafen, gelang es Lord Chelmsford, die Zulus bei Ginginhlovu zu schlagen und Etshowe zu entsetzen, worauf Zululand geräumt und Vorbereitungen für einen neuen Feldzug getroffen wurden. In England war man inzwischen des langwierigen, resultatlosen und äußerst kostspieligen Krieges gründlich überdrüssig geworden. Lord Wolseley wurde nach Afrika geschickt, um den Oberbefehl zu übernehmen, aber ehe er bei der Armee eintreffen konnte, drang Lord Chelmsford, wahrscheinlich angefeuert durch die Aussicht seiner baldigen Ersetzung, wieder vor, schlug die Zulus bei Ulundi, dem Hauptkraal Cetewayos, eroberte und zerstörte den Kraal, und Cetewayo selbst wurde nach einigen Wochen gefangen eingebracht. Da die öffentliche Meinung in England von einer Annexion von Zululand nichts wissen wollte, so wurde dieses in dreizehn Theile getheilt, von denen elf eingeborenen Häuptlingen, die beiden andern einem Basutohäuptling und einem Händler John Dunn, der vor und während des Krieges eine etwas zweifelhafte Rolle gespielt hatte, überwiesen wurden.

Der Zulukrieg und ganz besonders die ungeheuren Kosten

desselben hatten sich auch in England fühlbar gemacht; Lord Carnarvon war von seinem Amte zurückgetreten und hatte dasselbe dem praktischeren Sir Michael Hicks-Beach überlassen müssen; aber auch das Unterhaus hatte sich den Regierungsplänen in Bezug auf die südafrikanische Conföderation wenig entgegenkommend gezeigt, und schließlich fiel das konservative Ministerium Lord Beaconsfields, als nach der Auflösung des Parlaments die Liberalen bei den Wahlen eine erdrückende Majorität erhielten. In Südafrika dauerten indessen die Kämpfe gegen die Eingeborenen fort; Umbeline, der Häuptling, der den Engländern am Intombisfluß eine so schwere Niederlage beigebracht hatte, wurde in seinem Felseneste mit seinem ganzen Stamme vernichtet, und Sekufuni, der 1876 einem Angriff transvaalischer Bürger widerstanden und 1878 eine englische Truppenabtheilung zurückgeschlagen hatte, wurde angegriffen und mit Hülfe der Swazies besiegt und unterworfen. Weniger glücklich verlief ein zwischen der Kapregierung und den Basutos ausgebrochener Krieg, dessen Veranlassung ein von der ersteren ergangenes Verbot des Besitzes von Feuerwaffen Seitens der Eingeborenen war, dem sich diese, die bis dahin mit den Engländern in Frieden und Freundschaft gelebt hatten, nicht unterwerfen wollten. Nach manchen Kämpfen, in denen die Kolonialtruppen fast immer Niederlagen erlitten, und nachdem vier Millionen Pfund ausgegeben worden waren, sah sich die Regierung zu einem Vergleich mit den zehn Jahre früher von den Bürgern des Orange-Freistaats geschlagenen Basutos gezwungen.

Der Sieg der liberalen Partei in England hatte zur Abberufung Sir Bartle Freres geführt, aber ein erneuter Versuch der Bevölkerung von Transvaal, ihre Unabhängigkeit zurückzuerhalten, war auch von Lord Kimberley, dem Nachfolger Mr. Hicks-Beach's zurückgewiesen worden, und die Unzufriedenheit in Transvaal nahm immer zu, besonders seitdem Sir T. Shepstone durch einen englischen Offizier, Oberst Lanyon, ersetzt worden war, der sich um so weniger für diese Stellung eignete, als nach

seiner äußeren Erscheinung, mit Recht oder Unrecht, angenommen wurde, daß er Mischlingsblut in den Adern habe.

Um die Lage in Südafrika richtig zu verstehen, muß man sich daran erinnern, daß das „Trekken“, das Ziehen der Buren, dem das Land in der That seine Civilisation verdankt, mit der Aufhebung der Sklaverei und hauptsächlich deshalb begann, weil den Sklavenbesitzern die ihnen ursprünglich zugesagte Entschädigung nur sehr theilweise ausbezahlt wurde und die verarmten Buren, denen die Mittel zur Bearbeitung ihrer Besitzungen fehlten, sich genöthigt sahen, diese aufzugeben und sich weiter im Innern neue Heimstätten zu suchen. So wurden in verzweifelten Kämpfen mit den Eingeborenen, besonders den Zulus, der Oranje-Fluß-Freistaat, die südafrikanische Republik (das jetzige Transvaal) und die Republik Natal begründet. Letztere wurde durch das Einströmen englischer Elemente vom Meere her zur englischen Kolonie gemacht; 1852 dagegen hatte England durch den sogenannten Sandstrom-Vertrag die vollständige Unabhängigkeit der südafrikanischen Republik und 1854 die des Oranje-Freistaats anerkannt.

Wie gewöhnlich brach auch die in Transvaal seit lange gährende Unzufriedenheit und der wohl auch von langer Hand vorbereitete Aufstand wegen einer geringfügigen Ursache aus. Die Erhebung der Steuern war bis dahin, wenn auch unter Protest der Betheiligten, so doch ohne besondere Schwierigkeiten vor sich gegangen; jetzt sollte wegen der großen, durch die Kämpfe gegen die Eingeborenen veranlaßten Ausgaben die Steuerjahraube etwas schärfer angezogen werden, und die Bürger beschloßen, die Zahlung zu verweigern. Der Karren eines Mannes wurde gepfändet, weil er seine Steuern nicht bezahlt hatte, und die ganze Bevölkerung erhob sich wie ein Mann; die Unabhängigkeit des seit 1877 durch England annectirt gewesenen Landes wurde aufs Neue proklamirt und eine provisorische Regierung eingesetzt. Am 16. Dezember 1880, dem Jahrestage des 1838 über den Häuptling Dingaan erfochtenen Sieges, bei dem vierhundert nur un-

vollkommen bewaffnete Buren 15000 Zulus geschlagen hatten, schwuren die auf dem Gute Paardekraal in Waffen versammelten Tausende von Bürgern, nicht eher die Waffen niederzulegen, bis sie die Unabhängigkeit ihres Landes wieder erkämpft hätten. Die Verhältnisse standen für die Aufständischen nicht ungünstig, da die britischen Truppen in Transvaal weit zerstreut und Unterstützungen nur aus oder über Natal kommen konnten; sie begnügten sich daher vor der Hand mit der Einschließung der englischen Garnisonen, in der Hoffnung, alles Blutvergießen vermeiden und durch Verhandlungen zur Anerkennung ihrer Unabhängigkeit gelangen zu können. Dies würde vielleicht auch nicht unmöglich gewesen sein, wenn der für Sir Bartle Frere zeitweilig die Geschäfte des Gouverneurs führende Sir George Strahan und der Premierminister, Sir George Sprigg, ein besseres Verständniß für die Sachlage gehabt hätten. So aber wurde ein von hervorragenden Persönlichkeiten der Kapregierung gemachter Vorschlag zu einem vermittelnden Einschreiten nicht einmal der Regierung in London telegraphisch mitgetheilt, sondern ihr nur durch die Post übersandt, während gleichzeitig eine militärische Concentration in Transvaal angeordnet wurde, deren Ausführungsversuche zu dem ersten Zusammenstoß führten. Ein Theil des 94. Regiments, das sich von Lydenburg nach Pretoria begeben sollte, wurde bei Broukhorst-Spruit nach kurzem Kampfe zur Ergebung gezwungen. Der englische Oberbefehlshaber, Sir George Colley, versammelte darauf alle verfügbaren Truppen in einem Lager bei Mount Prospekt an der Grenze von Natal, dem gegenüber bei Laings Nek die Truppen von Transvaal ebenfalls ein Lager bezogen. Ende Januar versuchte Sir G. Colley, sie von dort zu vertreiben, wurde aber mit erheblichen Verlusten zurückgeworfen und mußte sich wieder nach Mount Prospekt zurückziehen. Anfangs Februar wurde er dort von den Transvaal-Truppen umgangen, die ihn von der Verbindung mit Natal ab schnitten; der Versuch eines Vorstoßes gegen die Stellung des Feindes bei Schuins Hoogte mißlang vollkommen, und als der

General dann am 27. Februar 1881, um den Feind aus dem Lager von Laings Nek zu vertreiben, das Plateau von Amajuba besetzte, wurde dasselbe von den Buren erstürmt, bei welcher Gelegenheit Sir George Colley selbst und der größere Theil seiner Truppen fielen.

In England war man allerdings der durch den Versuch der Annexion Transvaals entstandenen Schwierigkeiten herzlich überdrüssig, die Niederlage von Amajuba erschwerte aber die Stellung des Kabinetts Gladstone zu der Frage ganz besonders. Um dem militärischen Prestige Englands nichts zu vergeben, wurde der soeben als Sieger aus Afghanistan zurückgekehrte General Sir Frederick Roberts zum Oberbefehlshaber der Truppen in Südafrika ernannt, zugleich aber beschlossen, die drei Wochen, die vor seiner Ankunft dort vergehen mußten, nach Kräften auszunutzen, um zu einer Verständigung mit Transvaal zu gelangen. Durch Vermittelung des Präsidenten Brand vom Oranje-Freistaate gelang dies auch; er traf gerade zur rechten Zeit in Laings Nek ein, um den Abbruch der zwischen Sir Evelyn Wood und seinem Generalstabschef, Sir Redvers Buller, einerseits, und dem Transvaalschen Triumvirat Krüger, Pretorius und General Piet Joubert andererseits angeknüpften Verhandlungen zu verhindern. Freilich waren die von dem Gladstoneschen Kabinet angebotenen Bedingungen weit entfernt, das zu erfüllen, was von den Bürgern des Transvaal als ihr Recht angesehen und gefordert wurde; am 24. März 1881 kam es aber trotzdem in Laings Nek zu einer vorläufigen Verständigung, durch die „dem Volke von Transvaal das Recht einer vollständig unabhängigen Selbstregierung zugesprochen wurde, während dem Souverän einzig und allein das Recht zustehen sollte, die auswärtigen Angelegenheiten zu überwachen.“ Die endgültige Abmachung, die in dem, im August durch den neuen Gouverneur der Kapkolonie und Statthalter von Südafrika, Sir Hercules Robinson, und das Triumvirat unterzeichneten Verträge von Pretoria zum Ausdruck kam, war dem Transvaal noch viel

weniger günstig, da derselbe dem Souverän die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten und das Recht einer Einmischung in die inneren zugestand: Bestimmungen, die, wie gleich bemerkt werden mag, einige Jahre später den Wünschen von Transvaal entsprechend abgeändert wurden. Trotzdem ratificirte der Volksraad am 25. Oktober 1881 das Abkommen, „um erneutes Blutvergießen und die Wiederholung einer Spaltung zwischen den beiden Hauptvertretern der weißen Rasse in Südafrika, die die allgemeine Wohlfahrt aller Staaten und Kolonien in demselben untergraben würde, zu vermeiden.“

Der für Transvaal verhältnißmäßig ungünstige Verlauf der letzten Verhandlungen wird von dem Verfasser unseres Buches im Wesentlichen dem Einfluß der „Gesellschaft für den Schutz der eingeborenen Rassen in Afrika“ und des damaligen Staatssekretärs für Irland, W. E. Foster, zugeschrieben, der zu dem Verein in engen Beziehungen stand und von tiefem Mißtrauen gegen die Holländer erfüllt war.

Trotzdem die Forderungen Transvaals nur theilweise erfüllt worden waren, hatte doch der immerhin als siegreich durchgeführte Kampf um seine Unabhängigkeit einen tief empfundenen Einfluß auf die Entwicklung Südafrikas, die sich in dem Wiedererwachen des holländischen Nationalgefühls und der immer stärker hervortretenden Ueberzeugung aussprach, daß es Sache der Ansiedler selbst und nicht der Regierung sei, über die Angelegenheiten Südafrikas zu befinden und zu entscheiden.

In der Kapkolonie bestand schon vor dem Unabhängigkeitskampfe Transvaals ein von einem gewissen Hofmeyr gegründeter landwirthschaftlicher Schutzverband, der sich indessen lediglich mit örtlichen politischen Fragen beschäftigte und den Zweck verfolgte, dem landwirthschaftlichen Gewerbe Schutz und Unterstützung zu gewähren. Die meisten Mitglieder dieses Vereins waren holländischer Abstammung und standen natürlich mit ihren Sympathien auf der Seite Transvaals, gaben denselben aber, wie dies bei

der Lage der Dinge nicht anders sein konnte, weniger thatkräftigen Ausdruck, als dies z. B. im Oranje-Freistaate geschah. In letzterem hatte man die nationale Seite der Frage viel schneller und schärfer erfaßt, und es war dort, in Bloemfontein, daß von dem damaligen Oberrichter Friedrich Wilhelm Reitz, späteren Präsidenten des Freistaates, dem Rechtsanwalt Ewald Eßelen und dem Besitzer und Herausgeber des „Freistaat-Express“, Borkenhagen, 1880 der Afrikanderbund gegründet wurde. — Hofmeyr sah sofort, welcher Vortheil seinen eigenen Bestrebungen aus einer solchen Bethätigung des Nationalgefühls erwachsen könne, und der landwirthschaftliche Schutzverband ging in den Afrikanderbund über. Einer der ersten Erfolge der neuen Bewegung war die Anerkennung der Gleichberechtigung der holländischen und englischen Sprache, von denen die erstere die Umgangssprache des größten Theils der europäischen Bevölkerung war, trotzdem aber vorher weder im Parlament noch bei Bekanntmachungen, ja selbst nicht einmal bei der Beförderung von Telegrammen zugelassen wurde. Im Uebrigen war die Haltung des Afrikanderbundes, wenn er auch für den Gedanken einer südafrikanischen Nationalität eintrat, durchaus keine anti-englische in dem Sinne, daß man versucht hätte oder gewillt gewesen wäre, die britische Herrschaft abzuschütteln.

Aber die Ereignisse in Transvaal und mehr noch im Basutolande hatten auch noch andere weitergehende Folgen. Im Januar 1881 fiel das Ministerium Sprigg, und das demselben folgende zeigte sich als ein williges Werkzeug des Afrikanderbundes, obgleich kein Mitglied des Bundes einen Posten in der Regierung bekleidete. Daß man mit der früheren Politik brach, war erklärlich; denn trotzdem Seitens der Reichsregierung circa 5 Millionen Pfund und von der Regierung des Kaps beinahe 4 Millionen, d. h. zusammen über 180 Millionen Mark verausgabt worden waren, erschienen die Ziele, welche die Politik des sogenannten „kräftigen Vorgehens“ erstrebte, in immer weitere Ferne gerückt. Der Krieg gegen die Basutos hatte den Erfolg

gehabt, diese an der Gerechtigkeit wie an der Unüberwindlichkeit der Engländer irre zu machen, und die auch im Zululande getroffenen Einrichtungen, durch die die frühere Centralgewalt zerstört und ein Duzend kleiner Häuptlinge geschaffen worden waren, führten, wie das nicht anders sein konnte, zu fortwährenden Streitigkeiten und zum Blutvergießen zwischen den Letzteren. Auch die Beziehungen zwischen England und Transvaal waren sehr unfreundlicher Art, was hauptsächlich dem Umstande zugeschrieben werden mußte, daß das erstere die ihm durch den Vertrag von Pretoria zugesprochenen Rechte nach jeder Richtung hin ausnutzte und mißbrauchte.

Gleichzeitig änderte sich die ökonomische Lage Südafrikas in sehr unangenehmer Weise. Die Kriege und die Bedürfnisse der Armeen, der Bau von Eisenbahnen und die sich Anfangs sehr schnell ausbreitende Diamanten-Industrie in Kimberley hatten eine große Handelsthätigkeit hervorgerufen, der mit dem Aufhören der Ankäufe für militärische und Eisenbahnzwecke die sichere Unterlage um so mehr entzogen wurde, als auch in Folge unerwarteter Terrainschwierigkeiten die Arbeiten in Kimberley stockten, und die Goldfelder in Transvaal den Erwartungen nicht entsprachen. Wenn diese wirtschaftliche Verschlechterung auch das Gute hatte, die Bevölkerung und die gesetzgebenden Körperschaften an größere Sparsamkeit zu gewöhnen, so führten die Unruhen im Zululande zu dem unter den Verhältnissen aussichtslosen Versuch, Cetewayo wieder einzusetzen. Es waren die philanthropische Partei in England und Bischof Colenso in Afrika, die diese Maßregel gegen den Einspruch der Behörden und Bevölkerung von Natal durchsetzten, welche letztere die Regierung durch die Uebergabe eines Theiles des früheren Zulugebietes und ein gewisses Ueberwachungsrecht für die Idee zu gewinnen suchte. Schließlich mußte Cetewayo nach einiger Zeit vor seinen früheren Häuptlingen, die die gewonnene Unabhängigkeit nicht aufgeben wollten, flüchten und starb bald darauf in britischer Gefangenschaft. Nur ein Lichtblick fällt in diese Zeit, die Auf-

hebung des Vertrages von Pretoria und die Unterzeichnung eines neuen Vertrages in London, durch den alle Punkte, gegen die der Volksraad von Transvaal 1881 Einspruch erhoben hatte, zugestanden wurden und die englische Regierung sich nur das Recht reservierte, innerhalb einer festgesetzten Frist und unter bestimmten Voraussetzungen ihre Zustimmung zu Verträgen vorzubehalten, welche die Republik mit fremden Mächten einzugehen wünsche.

Das Uebergewicht, das der Afrikanderbund gewonnen hatte, mußte zu Bewegungen in der entgegengesetzten Richtung führen, und so entstand unter der Leitung eines Mitgliedes vom Gerichtshofe der Kapkolonie, J. W. Leonard's, die „Reichsliga“\*), deren Streben gegenüber dem immer zunehmenden Einfluß der Afrikander dahin ging, diesen immer mehr zurückzudämmen und abermals einen direkten Eingriff der Reichsregierung in die Geschicke Südafrika's herbeizuführen. Obgleich die Reichsliga nur eine verhältnißmäßig geringe Anzahl von Mitgliedern befaß, verfügte sie doch über einzelne sehr energische und talentvolle Leute, sehr bedeutende Geldmittel und die verbreitetsten englischen Zeitungen, so daß es ihr nicht schwer wurde, einen weit über ihre thatsächliche Bedeutung hinausgehenden Einfluß zu gewinnen, der sogar auf den Gouverneur, Sir Hercules Robinson, seinen Eindruck nicht verfehlte. In England wurde die Liga durch die philanthropische Gesellschaft und den früheren Sekretär für Irland, Foster, kräftigst unterstützt. Als daher zwischen zwei Häuptlingen Massouw und Manforoane, Streitigkeiten ausbrachen, in denen der Letztere der Angreifer war und der Andere mit Hülfe einiger fremder, später mit Land auf dem eroberten Gebiet belohnter Ansiedler den Sieg errungen hatte, da ward es dem, von der Reichsliga, den Tories und den Nonconformisten unterstützten Missionär John Mackenzie nicht schwer, die Reichsregierung zu dem Entschluß der Eröffnung eines neuen Feldzuges gegen

\*) Vorgängerin des 1897 gestifteten „südafrikanischen Bundes“.

M. v. Brandt, Zeitfragen.

Transvaal zu veranlassen. Sir Charles Warren erhielt den Oberbefehl über die hinaus zu sendende Expedition, und Mackenzie wurde zum Statthalter von Bechuanaland ernannt. Es ist charakteristisch für die Verhältnisse, daß kurz nach seiner Ankunft am Kap Sir Charles Warren von einem Freunde gefragt werden konnte, ob er auch den Feind mitgebracht habe, und daß, nachdem er und sein geistlicher Begleiter zuerst gedroht hatten, mit Feuer und Schwert in der neuen Niederlassung vorzugehen, Mackenzie bald sein Amt niederlegte, Sir Charles Warren nach England zurückkehrte, die Armee aus Bechuanaland zurückberufen wurde und Sir Hercules Robinson entdeckte, daß die neuen Ansiedler in „Stellaland“, wie das Gebiet genannt worden war, eigentlich ganz brave Leute seien, die sogar eine verhältnißmäßig große Anzahl von Klavieren besäßen. Es war auch hier der Einfluß des holländischen Theiles der Bevölkerung, der die Regierung vor weiteren Thorheiten bewahrte.

Inzwischen hatte auch die ökonomische Krisis in Südafrika mit dem Jahre 1885 ihren Höhepunkt überschritten, und die Ergiebigkeit der Goldfelder von De Kaap und in Witwatersrand, die 1886 entdeckt worden waren, schien alle glänzenden Träume, die man sich von dem Goldreichtume des Landes gemacht hatte, weit hinter sich zu lassen. Allerdings stellten sich die Felder von De Kaap schließlich als wenig bedeutend heraus, aber die ursprünglich mit kühlem Zweifel aufgenommenen Funde von Witwatersrand überstiegen bald die kühnsten Erwartungen, und es begann nun statt eines rationellen Abbaues eine wilde Spekulation in Minenanteilen, wie sie früher nur Californien und Idaho gekannt hatten. Der Einfluß eines solchen Vorgehens war um so verderblicher, als sich die Art der Ausbeutung bei dem Mangel an Alluvialgold viel mehr für Gesellschaften als für einzelne Arbeiter eignete. Das Resultat dieses unsinnigen Gebahrens war ein schnelles Heruntergehen aller Werthe, bis man sich nach furchtbaren Verlusten überzeugte, daß auch Bergwerke, die weniger als zwei Unzen Gold für die Tonne geben,

bei sparsamer Bearbeitung sehr wohl abbaufähig wären, und daß selbst die Hälfte des Ertrages noch einen guten Gewinn liefere.

Zu derselben Zeit, d. h. 1887, wurde von der Kapregierung der Versuch zur Herstellung eines Zollvereins gemacht, dem Natal und Transvaal beizutreten verweigerten, dem sich aber der Oranje-Freistaat anschloß, wohl hauptsächlich, weil er hoffte, bei dieser Gelegenheit die praktische Durchführung der Rechte durchzusetzen, die ihm bei der Anerkennung seiner Unabhängigkeit vor fünfundsiebzig Jahren zugesichert worden waren.

Den größten Einfluß auf die Veränderung der Zustände in Südafrika übten, wie schon erwähnt, die Entdeckung und Bearbeitung der Diamantfelder von Kimberley aus. Noch 1872 war die Kapkolonie ein nur Ackerbau treibendes Gemeinwesen, dessen Handel ein ganz unbedeutender und dessen Verkehrsmittel auf der niedrigsten Stufe standen. Erst die durch einen Zufall gemachte Entdeckung eines Diamanten auf einem verödeten Bauernhofe brachte hierin eine Aenderung; in die menschenleeren Gebiete erfolgte eine vollständige Völkerverwanderung. Der Abbau begann, von Einzelnen unternommen, bis mit den immer steigenden Schwierigkeiten allmählich Gesellschaften an die Stelle der einzelnen Arbeiter traten, wie das auch einige Jahre später in Johannesburg auf den Goldfeldern geschah. Mit der Zeit sank die Bedeutung von Kimberley so weit, daß ein Kolonialministerium mit etwas Muth und weitem Blick die Diamantfelder hätte ganz gut für die Regierung erwerben können; aber die Kraft zum Entschluß fehlte, und so geschah es, daß eine der großen Kapitalisten-Gruppen, an deren Spitze Cecil Rhodes stand (und hinter ihm Rothschild), und die im Besitz der De Beers'schen Werke war, die andere, die Barnato-Gruppe, die das Bergwerk in Kimberley besaß, für  $5\frac{1}{2}$  Millionen Pfund auskaufte, wobei Barnato die Stellung als lebenslänglicher erster Direktor erhielt und einem Vertreter von Rothschild ein einflußreicher Platz in der Direktion zugestanden wurde.

Daß diese Vereinigung der Bearbeitung und Ausbeutung der Diamantengruben das Geschäft selbst rettete und zu einem lohnenden machte, kann keinem Zweifel unterliegen. Aber diese so gerettete Industrie zahlte nicht nur, weder dem Staate noch den Gemeinden, in deren Weichbilde sie ausgeübt wurde, einen Pfennig an Steuern, sondern sie führte auch eine neue Sorte von Menschen nach Südafrika, die unskrupulösen, nur auf ihre Interessen bedachten, von jedem von ihnen Abhängigen blinden Gehorsam und Unterwürfigkeit fordernden Millionäre, deren Einfluß sich bald in der einschneidendsten und bedenklichsten Weise fühlbar machen sollte.

Das Eingreifen dieser bisher in den südafrikaniſchen Verhältniſſen unbekanntem Klasse von Geschäftsleuten, der Wunsch, die mit den Stämmen der Eingeborenen drohenden und zum Theil wohl auch unvermeidlichen Kämpfe auf Andere abzuwälzen, das Bedauern, den Transvaal mit seinem neuen Goldreichtum verloren zu haben, und vielleicht die stille Hoffnung, doch noch auf Umwegen die Herrschaft über ihn zurück erlangen zu können, mögen die Gründe gewesen sein, welche die Reichsregierung veranlaßten, auf Mr. Cecil Rhodes' Vorschlag, der britisch-südafrikaniſchen Geſellſchaft (Chartergeſellſchaft) einen Freibrief zu verleihen, der, wie der Verfaſſer des vorliegenden Werkes ſagt, „das ganze ſüdafrikaniſche Hinterland in einem Umfange von circa 750 000 englische Quadratmeilen ſieben Perſonen abtrat, von denen die meiſten niemals den Fuß in das Land geſetzt hatten, und von denen einer nicht einmal ein britiſcher Unterthan war.“ Irgend welche Hoheitsrechte hatte die Regierung in dem Gebiet, welches ſie abtrat, niemals ausgeübt, ebenſo wenig wie über deſſen größeren Theil der Matabele-König, Lo Bengula, obgleich gerade eine von dieſem ertheilte Konzession die Grundlage des Freibriefes bildete. Daß die Ertheilung des letzteren den Zweck verfolgt haben ſollte, deutſchem Einfluß hindernd in den Weg zu treten, iſt erſt eine Erfindung ſpäterer Zeiten; war doch ſogar einer der Konzessionäre ein Deutſcher.

Fast zu gleicher Zeit mit der Ertheilung des Freibriefes verließ Sir Hercules Robinson Kapstadt, und an seiner Stelle wurde Sir Henry Loch, der zuletzt fünf Jahre Gouverneur von Victoria gewesen war, ernannt.

Inzwischen hatte sich die Goldbergwerks-Industrie in Transvaal rasch weiter entwickelt und was anfänglich nur ein Goldgräberlager in Witwatersrand gewesen, hatte sich in kurzer Zeit in eine starkbevölkerte Stadt, Johannesburg, verwandelt, obgleich die Goldfelder dort nichts Verlockendes für den einzelnen Goldgräber hatten. In dem Felsboden gab es nur Bergwerksbetrieb und Gesellschaften, die Arbeiter beschäftigten, neben denen einzelne minderwerthige Leute sich auf eigene Hand, vielfach als Schenk-wirthe durchschlugen. Im Allgemeinen herrschten befriedigende Zustände, die Berggesetzgebung war liberal, die Arbeiter waren zufrieden, und die Regierung, wo sie einschritt, that dies im Interesse der fremden Bevölkerung. Unruhen waren daher nur von den niedrigsten Schichten der letzteren zu erwarten, die zu der Klasse gehören, die weder vor dem Gesetz noch irgend einer Ordnung Achtung empfindet und immer bereit ist, sich mit ihrer fremden Nationalität zu brüsten. Das Jahr 1890 brachte diese Thatsache in unangenehme Erinnerung. Präsident Krüger übernachtete auf einer Reise von Pretoria nach Bierzeuströme, wo er eine Zusammenkunft mit Sir Henry Loch haben wollte, in Johannesburg; anfänglich freundlich empfangen, endete die Sache damit, daß eine zum großen Theile betrunkene, aus Ausländern bestehende Menge die Transvaalische Flagge vor dem Magistratsgebäude niederriß und vernichtete, was übrigens trotz der Entrüstung, die der Vorfall anfänglich unter den Buren hervorrief, weder den Präsidenten noch den Volksraad verhinderte, kurz darauf verschiedene Verbesserungen des Bergwerksgesetzes, sowie Vorlagen für den Bau von Eisenbahnen und eine Verfassungsveränderung, die den Ausländern eine Stimme bei der Gesetzgebung zu Theil werden ließ, vorzuschlagen, resp. anzunehmen. Vor der Einverleibung 1877 waren die Gesetze von Transvaal

in Betreff der Ertheilung politischer Rechte an Fremde ebenso liberal, wie es die des Oranje-Freistaates heute noch sind; schon vor der Londoner Convention von 1884 war aber in Folge der vorhergegangenen Ereignisse die Zeit, die ein Fremder im Lande zubringen mußte, ehe er die Staatsangehörigkeit erwerben könnte, auf fünf Jahre erhöht worden, eine Bestimmung, die von der britischen Regierung nicht angefochten ward und 1890 noch bestand. Krüger beabsichtigte nun, diese Zeit abzukürzen, stieß dabei aber auf Widerstand und schlug daher vor, statt eines Volksraads von 48 Mitgliedern zwei solche von je 24 zu bilden, von denen der erste alle Hoheitsrechte behalten und der zweite für neue Gesetzesvorschläge zuständig sein sollte, denen gegenüber der erste aber ein Veto besitzen würde. In den zweiten Volksraad sollten Ausländer schon nach zwei Jahren gewählt werden können. Dieser Vorschlag wurde, hauptsächlich auf des Präsidenten Betreiben, wenn auch gegen einigen Widerspruch, nebst den anderen Vorlagen angenommen.

In Kapstadt war inzwischen das Ministerium, an dessen Spitze Sir Gordon Sprigg stand, über eine Vorlage gefallen, die sieben Millionen Pfund für Eisenbahnbauten forderte; an Sir Gordon's Stelle trat Mr. Cecil Rhodes, der sich durch dem Afrikanderbunde gemachte Zugeständnisse, wie Steuerfreiheit für Branntwein und die Gewährleistung besonderer fiskalischer Privilegien für Kapwein, sowie die reichliche Vertheilung von Antheilscheinen seiner Gesellschaft unter die Parlamentarier, eine Mehrheit für seine Pläne zu sichern wußte. Als Premierminister und leitender Direktor der Chartergesellschaft, wie durch seine Verbindungen in England war Rhodes in Südafrika um so allmächtiger, als auch der Statthalter, Sir Henry Loch, vollständig mit ihm, wenigstens in den politischen, gegen Transvaal gerichteten Zielen, übereinstimmte.

So geschah es, daß, während man in Transvaal beflissen war, den Ausländern nach Kräften entgegenzukommen, die dortige Regierung plötzlich durch eine in der Form eines Ultimatus

gehaltene Mittheilung des Statthalters überrascht wurde, laut welcher Transvaal einerseits auf die ihm durch den Londoner Vertrag offen gelassene Nordgrenze (im Westen und Osten unter- sagte ihm dieser Vertrag, ohne die Genehmigung der britischen Regierung Uebereinkommen mit eingeborenen Häuptlingen abzuschließen) verzichten und andererseits dem zwischen der Kapkolonie und dem Oranje-Freistaat bereits bestehenden Zollverein beitreten solle. Werde der Vertrag nicht binnen einer kurzen Frist unterzeichnet, so wurde damit gedroht, daß die Ansprüche Transvaals auf Swazieland, welche soeben erst durch einen besonderen englischen Bevollmächtigten, Sir Francis de Winton, als berechtigt anerkannt worden waren, für null und nichtig erklärt und Swazieland sofort durch britische Truppen besetzt werden würde. In Transvaal war die Aufregung, die durch diese unberechtigte und unerwartete Forderung hervorgerufen wurde, sehr groß, und es bedurfte des ganzen Einflusses des Präsidenten Krüger, um die Annahme der ersten Hälfte der Forderungen durch den Volksraad durchzusetzen. Auf den Rath des früher erwähnten Hofmeyr, der — es ist nicht recht klar, aus welcher Veranlassung — zu dieser Zeit nach Pretoria kam, wurde der zweite Theil, Beitritt zum Zollvereine, als undurchführbar fallen gelassen. Die Frage wegen Swazieland wurde offen gehalten und erst später unter dem liberalen Ministerium zu Gunsten Transvaals entschieden.

Gleichzeitig mit diesen politischen Ereignissen hatte das Ende des Jahres 1890 dem Handel und Verkehr schwere Verluste verursacht. Die rücksichtslosen Spekulationen in Goldbergswerksaktien brachten zwei große Banken in Kapstadt zum Fall, die Bank vom Kap der guten Hoffnung und die Unionsbank, von denen die letztere eine Bank mit unbeschränkter Haftbarkeit, durch ihren Zusammenbruch eine große Anzahl von Familien ruinirte. Auch die Fortschritte der Chartergesellschaft in Mashonaland waren nur langsame; einzelne Stationen wurden zwar angelegt und Nachforschungen nach Gold angestellt, aber

der Glauben an die Besitzrechte der Gesellschaft und an die Möglichkeit, sie nutzbar zu machen, verschwand so sehr, daß eine größere Anzahl von Buren aus dem Transvaal, dem Oranje-Freistaat und der Kapkolonie zu Anfang 1891 beschloß, auf Grund einer Concession, die ein gewisser Abendorff von einem angeblich unabhängigen Häuptling in Mashonaland erhalten hatte, einen großen „Tref“ über den nördlichen Grenzfluß Transvaals, den Limpopo, in das Mashonaland zu unternehmen. In der Mitte des Sommers setzte sich der „Tref“ wirklich in Bewegung, aber es gelang Rhodes Einfluß, durch die an die Regierung von Transvaal gerichtete Drohung, daß man sie für jede Ueberschreitung der Grenze verantwortlich machen werde, den Zug zum Halten und zur Auflösung zu bringen. Weniger glücklich war die Chartergesellschaft in den portugiesischen Besitzungen, wo der Versuch, einen der bedeutendsten Häuptlinge in der Nähe der Delagoabai gegen die Portugiesen aufzuheben, durch die Wegnahme des der Gesellschaft gehörigen Dampfers „Gräfin von Carnarvon“ Seitens eines portugiesischen Kanonenboots verhindert wurde.

Trotz des Argwohns, der in Transvaal allgemein gegen die Rhodes'schen Machenschaften herrschte, war man doch andererseits dort bereit, allen den Interessen beider Staaten entsprechenden Maßregeln zuzustimmen. Im Jahre 1890 hatte der Volksraad eine Bahn von Pretoria nach der Delagoabai, eine solche von Pretoria nach Johannesburg und eine dritte von dem letzteren Orte nach der südlichen Grenze der Republik am Vaalsfluß bewilligt; in der Kapkolonie suchte man den Anschluß an diese letztere Bahn zu erreichen, der einen größeren Theil des jetzt auf dem Wege über Natal gehenden Verkehrs der Kapkolonie zu führen mußte. Ein darauf bezüglicher Vertrag wurde durch Sir James Sivewright, den Minister der öffentlichen Arbeiten in Rhodes' Ministerium, schnell abgeschlossen, und die von der Niederländisch-Südafrikanischen Eisenbahn-Gesellschaft bereits bis Bloemfontein, der Hauptstadt des Oranje-Staats, vollendete

Bahn in weniger als zwei Jahren bis an die Grenze von Transvaal verlängert, was binnen Kurzem auch den zu erwartenden Erfolg hatte, 50% des bisherigen Verkehrs durch Natal auf diesen neuen Weg zu lenken.

Mr. Statham erwähnt hierbei, daß alle Eisenbahnen in Südafrika, die Kaplinie, wie die Bahnen von Natal und Transvaal, ursprünglich gebaut worden seien, um den Bedürfnissen der Goldindustrie in Johannesburg zu entsprechen, und daß sie alle von dieser lebten. In Natal, wie in der Kapkolonie, ganz besonders aber in der letzteren, fließen die hauptsächlichsten Einnahmen aus den Zöllen auf die Waaren im Durchgangsverkehr nach Johannesburg und aus den Eisenbahnfrachten nach dort. In Erwartung der Einnahmen aus diesen Quellen haben die beiden Kolonien große Verbindlichkeiten auf sich genommen, und die sich aus dem Betrieb dieser Linien ergebenden Ueberschüsse bieten in der That die hauptsächlichste finanzielle Grundlage für den Credit der beiden Kolonien. Diese Ueberschüsse sind um so beträchtlicher, als die Herstellungskosten der Bahnen im Allgemeinen ziemlich niedrige waren; so kostete die über 300 englische Meilen lange Strecke vom Oranje-Freistaat bis zum Vaalfluß nur  $2\frac{1}{4}$  Millionen Pfund Sterling; nach der getroffenen Vereinbarung sollten von dem Ertrage 4% der Kapregierung zufallen und der weitere Ueberschuß zu gleichen Theilen zwischen ihr und dem Freistaat getheilt werden. So brachte 1894 die Linie der Kapkolonie einen Reingewinn von 11%, dem Freistaat von 7%. Diese Auseinandersetzung ist nothwendig, um die durchaus unbegründete Annahme zu beseitigen, als wenn allein Transvaal von der Goldindustrie in Johannesburg lebe: ganz Südafrika lebt von ihr; dagegen sind die Beschwerden der Bewohner vor Johannesburg, daß sie unter den ungebührlich hohen Zöllen der Kapkolonie zu leiden haben, durchaus begründet. Das ersichtliche Bestreben der Kapkolonie, den ganzen Verkehr mit Transvaal zu monopolisiren, veranlaßte schließlich das letztere, der 1896 beendeten Weiterführung der Bahn von der Grenzlinie von Natal

nach Johannesburge zuzustimmen, wie auch die Delagoalinie demselben Zwecke zu dienen bestimmt ist; aber aus denselben Gründen arbeitete das zweite Kapministerium unter Cecil Rhodes als Premier mit allen Mitteln der Chicanerie und Intrigue gegen die Versuche Transvaals, sich für den Verkehr unabhängig zu machen, während zugleich die ungeheuerlichsten Forderungen an Transvaal erhoben wurden, so u. A. 1894 der Anspruch auf 50% der gesamten Eisenbahneinkünfte aus dem Handel mit Johannesburge, was Transvaal mit Entschiedenheit zurückwies. Alle diese Vorgänge erklären aber die Feindseligkeit, mit der die ganz von Cecil Rhodes beherrschte Kapregierung den Transvaal betrachtete und behandelte, wie das Mißtrauen, welches den letzteren gegen alle Rhodes'schen Pläne erfüllte. —

Inzwischen entwickelten sich die Verhältnisse in Rhodesia, wie das Gebiet der Chartergesellschaft nun allgemein genannt wurde, durchaus nicht den Erwartungen entsprechend. Fort Salisbury, die Hauptstadt, machte nur langsame Fortschritte, und die durch die Geldnoth der Gesellschaft erforderlich gewordene Maßregel, 50% von den Erträgnissen aller Bergbauunternehmungen im Gebiet der Gesellschaft für sich zu beanspruchen, schreckte die Goldgräber und Kapitalisten ab. Auf der andern Seite hatte Cecil Rhodes das größte persönliche und politische Interesse daran, die Fiction aufrecht zu erhalten, daß die Kapkolonie die wirtschaftliche Grundlage für Rhodesia bilde, da er nur in dem Falle auf die weitere Unterstützung des dortigen Parlaments rechnen konnte. Fort Salisbury war aber von dem Hafen Beira oder von der Delagoabai aus durch Transvaal viel leichter zu erreichen, als von der Kapkolonie aus. Es kam daher darauf an, durch eine Ausdehnung des Besitzes der Gesellschaft über Mashonaland hinaus neue Spekulationsobjekte zu gewinnen und womöglich das politische und kommerzielle Centrum des Gebietes so zu legen, daß dadurch der Kapkolonie neue Veranlassung zu deren Unterstützung gegeben werde. Diese Ausdehnung konnte aber nur durch die Annexion des Matabelelandes herbeigeführt

werden, dessen Hauptstadt Buluwayo ungefähr 300 englische Meilen westlich von Fort Salisbury liegt; und da Lo Bengula und sein Volk keinen Anlaß zu einem Kriege gaben, so mußte derselbe vom Zaun gebrochen werden, was denn auch Ende 1893 durch Rhodes und Dr. Jameson geschah. Die besten Beweise dafür, daß der Krieg durch die Gesellschaft hervorgerufen wurde, sind der erste Zusammenstoß, der nicht im Mashona-, sondern im Matabeleland stattfand, und die Versprechungen, die den für den Krieg angeworbenen Freiwilligen gemacht wurden, darunter ein Anrecht auf 3000 Morgen in Matabeleland und die Aussicht auf einen Antheil an der Ausbeute aller Bergwerke, von der die Gesellschaft sich wieder die eine Hälfte vorbehielt, während der Rest gleichmäßig unter die Offiziere und Mannschaften getheilt werden sollte. —

Trotz des günstigen Einflusses, den die mit geringen Schwierigkeiten und Verlusten erfolgte Eroberung von Matabeleland auf die Finanzen der Gesellschaft und der Aktionäre gehabt hatte, waren die Verhältnisse in dem größeren Rhodesia doch nicht so glänzende, daß Rhodes und seine Freunde hätten glauben sollen, sich mit den erzielten Erfolgen begnügen zu können. Es kam vielmehr darauf an, ein zweites größeres, glänzenderes Unternehmen ins Werk zu setzen, das allen Betheiligten reichen Gewinn, Rhodes aber neben einem solchen einen dauernden maßgebenden Einfluß auf die Geschichte Südafrikas sichern mußte, wie er solchen schon in Rhodesia ausübte. Es handelte sich um nichts Geringeres, als sich der Goldbergwerke bei Johannesburg zu bemächtigen. Damit die Sache aber erfolgreich unternommen werden könne, mußte es Rhodes gelingen, der Regierung und der Bevölkerung von Großbritannien die Ueberzeugung beizubringen, daß er ein thatkräftiger Anhänger der britischen Kaiserthumsidee sei; dann mußte die allmähliche Verschmelzung der Bergwerksinteressen von Johannesburg in wenige Hauptgruppen bewirkt und endlich die Regierung von Transvaal so angeschwärzt werden, daß die britische Regierung sich für berechtigt halten konnte,

zu Gunsten der fremden Bevölkerung von Transvaal einzugreifen. Mit dem Jahre 1894 waren zwei der Vorbedingungen erfüllt; Rhodes hatte sich den Ruf eines großen englischen Patrioten erworben, und durch klug berechnete Kapitalanlagen und die Eliminirung an der Sache interessirter Direktoren war es gelungen, die große Masse der Bergwerksverthe zu einigen Hauptgruppen — Barnato, Rhodes, Eckstein und Robinson — zu vereinigen, von denen zwei, die Rhodes- und Ecksteingruppe unter Rhodes und Beit, thatsächlich in Betreff ihrer Ziele und Absichten bereits als eine gelten konnten. Es ließ sich demnach erwarten, daß die Interessen der Goldbergwerke von Witwatersrand mit Ausnahme der Robinsongruppe, bald in einer Hand vereinigt sein würden.

Was nun die Erregung von Unzufriedenheit gegen die Transvaalregierung anbetraf, so darf man bei der Beurtheilung der Verhältnisse nicht übersehen, daß Rhodes von dem Tage an, an welchem er Premierminister von Kapland wurde — Mitte 1890 — bis zu seinem Rücktritt — Anfang 1896 — faktisch zwischen der Regierung von Transvaal und der britischen Regierung gestanden, die freundlichen Beziehungen zwischen beiden gestört und jede Verständigung zu hindern gewußt hat. Auch ist es, wenigstens indirekt, Rhodes zuzuschreiben, wenn die 1890 den Ausländern gegenüber in Transvaal begonnene entgegenkommendere Haltung nicht weiter verfolgt wurde, da Rhodes' Vorgehen die Regierung zur größten Vorsicht bei der Verleihung erweiterter politischer Rechte nöthigte. Indessen hat Rhodes zu dem Wachsen deutschen Interesses in und an Transvaal sehr wesentlich dadurch beigetragen, daß er, als es sich um eine Anleihe für den Bau der Delagoa-Eisenbahn handelte, den Abschluß zu verhindern wußte, bis schließlich deutsches Kapital helfend eingriff.

Die meisten der gegen Transvaal vorgebrachten Beschwerden und Klagen, die in England willigen Glauben fanden, erweisen sich bei näherer Betrachtung als unbegründet. In ganz Transvaal gab es wahrscheinlich Niemanden, dessen persönliche Steuern sich auf mehr als 5 £ beliefen; ebenso war die Besteuerung

gewerblicher Unternehmungen lächerlich gering. Ein Goldbergwerk, das 1895 eine Goldausbeute von 420 000 £ hatte und einen Reingewinn von 97 000 £ vertheilte, zahlte für dasselbe Jahr nicht ganz 1191 £ an die Regierung. Eine andere Gesellschaft, die 32 000 £ Reingewinn vertheilte, zahlte für den gleichen Zeitraum 665 £. Die vereinigten Kohlenwerke von Transvaal lieferten 266 945 Tonnen Kohlen und entrichteten an die Regierung nicht ganz 54 £ Steuern. Diese Zahlen sprechen für sich, besonders wenn man sie mit der Abgabe von 50 % vergleicht, welche die Chartergesellschaft von allen Bergwerksunternehmungen in Rhodesia erhob. Auch die indirekten Abgaben waren niedriger in Transvaal als im Kapland; Maschinen für bergmännische Zwecke, unter denen Alles einbegriffen war, was irgendwie dazu gerechnet werden konnte, zahlten  $1\frac{1}{2}$  % Eingangsteuer, alle übrigen nicht tarifirten Gegenstände  $7\frac{1}{2}$  % gegen 12 % im Kaplande, und auch der Zoll für die tarifirten Artikel war nur in einem Falle höher als im Kaplande, in den meisten Fällen niedriger. Andere Klagen bezogen sich meistens auf die sich aus dem Dynamitmonopol ergebende Vertheuerung des Sprengstoffes, die angebliche Thatfache, daß das Land von einer kleinen Anzahl von Holländern regiert werde, die Sprachenschwierigkeit, die Schulfrage und das Wahlrecht.

Was das Dynamit-Monopol anbetrifft, so muß die Kiste Dynamit, die für 30 sh hergestellt wird, in Transvaal mit 85 sh bezahlt werden, aber in dem viel günstiger gelegenen Kimberley beträgt der Preis bei freier Concurrenz 60 sh, und während die gesammten Betriebsausgaben der Goldbergwerke im Transvaal sich auf 30 sh für die Tonne belaufen, betragen die Kosten der Explosivstoffe höchstens 1 sh 3 d für die Tonne. Die Klage, daß das Land von Holländern regiert werde, ist ebenfalls unbegründet, da sämmtliche Mitglieder der Executivgewalt mit einer Ausnahme und über 83 % aller Beamten in Südafrika geboren und nicht wenige von ihnen englischer Abstammung sind. Andererseits ist es selbstverständlich, daß die im Lande am häufigsten

gesprochene Sprache besonders berücksichtigt werde; das ist aber unbedingt für die überwiegende Mehrzahl, selbst in Johannesburg, die holländische; die englische Sprache wird außerdem, wenn auch nicht im amtlichen Verkehr, trotzdem überall, auch bei Gerichtsverhandlungen, so weit berücksichtigt, als nur irgend möglich. Das Schulgesetz endlich ist 1896 dahin erweitert worden, daß in besonderen Schulen englisch sprechende Kinder in englischer Sprache unterrichtet werden. Bezüglich der Wahlrechtsfrage ist schon erwähnt worden, was 1890 geschah, und warum die den Ausländern freundliche Bewegung ins Stocken kam. Außerdem liegt für Niemanden, weder für Regierung noch Bevölkerung, ein Anlaß vor, ähnliche Zustände in Transvaal herbeizuführen, wie sie in Kimberley herrschen, wo z. B. alle Angestellten de Beers bei Strafe der Entlassung stimmen müssen, wie ihnen befohlen wird.

Man ersieht aus dieser Schilderung, daß die Zustände in Transvaal durchaus nicht der Art waren, um eine fremde Intervention gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Aber um die Lage vollständig würdigen zu können, muß der verschiedenen Vorwände Erwähnung gethan werden, unter denen versucht wurde, Streit mit Transvaal anzufangen. Die Intriguen gegen das Zustandekommen der Delagoabaibahn, der Versuch, Transvaal zum Beitritt zum Zollverein zu bewegen, das Verlangen, daß dem Kapland 50% von dem Verdienst der Eisenbahnen überwiesen werde, sind bereits erwähnt worden, ebenso wie die Intriguen gegen die portugiesische Regierung, denen im Wesentlichen durch das Dazwischentreten Deutschlands die Spitze abgebrochen wurde, was den Haß von Rhodes gegen dasselbe hinreichend erklärt. Ferner, um die unbequeme Concurrenz zu beseitigen, die daraus entsprang, daß die Regierung von Transvaal eine eigene Währung einführte und eine eigene Nationalbank gründete, importirte die Standard-Bank für Südafrika, an deren Spitze Lord Rosmead stand, eine große Menge englischen Silbergeldes, dessen Umwechslung gegen Gold sie verlangte. Die Regierung von

Transvaal machte diesem Unfug ein Ende, indem sie jede Masseneinfuhr fremder Münzen verbot, wogegen die englische Regierung keine Einwendung erhob. Dann erregte die Heranziehung englischer Unterthanen zum Militärdienst große Aufregung, die aber auch wieder im Sande verlief, da die englische Regierung es unterlassen hatte, ihre Unterthanen rechtzeitig durch den Abschluß eines Vertrages gegen eine derartige Eventualität zu schützen, was sie dann nachholte. Wichtiger war die sogenannte Furtfrage, die zu einem ernstern Zerwürfniß zwischen London und Pretoria zu führen drohte; es handelte sich dabei um die Thatsache, daß die Kap-eisenbahn, um auf die Transvaal-Eisenbahn einen Zwang auszuüben, ihr zur Beförderung nach Johannesburg übergebene Waaren bis zum Vaalsfluß per Eisenbahn und dann durch eine Furt mit Ochsenkarren nach dem fünfzig englische Meilen weiter gelegenen Bestimmungsort schaffte; die Regierung von Transvaal verbot die Benutzung dieser Furt, was die englische Regierung für einen Bruch der Convention von London erklärte. Dieser Vorfall war eine der Ursachen, warum Transvaal nach dem Einfall Jameson's von seinem Vorrecht Gebrauch machte und den Theil der Stammbahn zwischen der Kapkolonie und Johannesburg, der durch den Dranje-Freistaat führt, zum Selbstkostenpreise zurückkaufte, was die Einnahmen der Kapkolonie aus dieser Strecke von 11 % auf 4 % herabsetzte, d. h. ihr einen Schaden von einem kapitalisirten Betrage von ungefähr 3 Millionen £ zufügte.

Inzwischen mehrten sich die Anzeichen des kommenden Sturmes. Die an der Besiznahme der Goldbergwerke in Witwatersrand durch die Chartergesellschaft interessirten Kapitalisten nahmen die unter dem Namen der National-Union von Transvaal bekannte Vereinigung, die bis dahin gar keine oder höchstens eine lächerliche Rolle gespielt hatte, in ihren Sold; ein bekannter Agitator, Charles Leonard, trat an ihre Spitze, der Verein befand sich auf einmal in dem Besiz bedeutender Geldmittel und begann eine politische Rolle zu spielen. Eine Masseneingabe an

den Volksraad, in der man politische Rechte forderte, wurde aufgesetzt und erhielt bald 38 000 Unterschriften, obgleich die Bevölkerung von Johannesburg damals und auch später noch nur 31 000 Europäer aller Altersstufen zählte. Im Volksraad erregte die Eingabe nur Gelächter, aber sie war in erster Linie auch nur für England bestimmt und erreichte dort vollständig ihren Zweck, die große Masse des Volkes zu überzeugen, daß die die Mehrzahl der Bevölkerung bildenden fremden Bewohner des Transvaal von der Buren-Minderheit unterdrückt würden. Gleichzeitig gingen die hauptsächlichsten Zeitungen in Kapstadt zu Rhodes' Partei über, und auch die Reichsregierung zeigte sich insofern feindlich, als sie plötzlich ohne eine vorhergängige Berathung mit oder auch nur Benachrichtigung der Regierung von Transvaal das zwischen der Grenze der Republik und dem Meere gelegene Gebiet zweier Häuptlinge in Besitz nahm, obgleich in dem Swazievertrage Transvaal ausdrücklich ein Wegerecht bis ans Meer zugesichert worden war. Auch in Johannesburg selbst erhoben die Unzufriedenen das Haupt. Das charakteristischste Zeichen der Zustände dort war eine am 20. November 1895 gehaltene Rede Lionel Philipp's, eines Mitgliedes der Firma Eckstein und Vorsitzenden der Johannesburger Bergwerkskammer, in der er erklärte, das Kapital gehe immer mit der Aufrechterhaltung der Ordnung Hand in Hand, aber jede Duldsamkeit habe ihre Grenzen. Als am 14. Dezember der vollständige Text dieser Rede nach England gelangt war, veröffentlichte die „Times“ zwei Tage später einen drohenden Leitartikel gegen Transvaal, und am 29. Dezember brach nach längerem Zögern und vielem Hin- und Hertelegraphiren Dr. Jameson, der mit einer angeblich zu einem Einfall in Bechuanaland zusammengezogenen Schar Freiwilliger an der Grenze stand, in das Gebiet von Transvaal ein. Am 1. Januar 1896 versuchte er vergeblich sich durch eine Schar von Buren bei Krügersdorp einen Weg zu bahnen, und am nächsten Tage mußte er sich bei Doornkop auf Gnade und Ungnade ergeben. In Johannesburg hatten in den

letzten Tagen des Jahres 1895 und den ersten von 1896 chaotische Zustände geherrscht; der Versuch der Gesellschaft der „Bereinigten Goldfelder“, es zu einem Aufstande oder wenigstens zu einem Krawall in den Straßen von Johannesburg zu bringen, um den Statthalter, jetzt wieder Sir Hercules Robinson, einen Vorwand zum Einschreiten zu geben, mißlang, weil ihre eigenen Anhänger wenig Lust zeigten, sich auf etwas Derartiges einzulassen, und die Transvaalregierung, in richtiger Erkenntniß der Sachlage, die Polizei von den Straßen zurückgezogen hatte. — Die wirkliche arbeitende Bevölkerung von Johannesburg gerieth aber durch diese Vorgänge in die größte Noth. Tausende verließen täglich auf den Eisenbahnzügen die Stadt, und von den Weibern und Kindern, denen angeblich Dr. Jameson zu Hülfe eilen wollte, verloren auf der Flucht nach dem Süden einige vierzig bei der Entgleisung eines Eisenbahnzuges das Leben.

Die Schlüsse, die der Verfasser von „Südafrika wie es ist“ aus den von ihm erzählten Vorgängen zieht, sind: daß es weder der britischen Regierung jemals gelingen werde, die kaiserliche Idee in Afrika durchzuführen, noch daß die Kapkolonie darauf rechnen könne, die führende Rolle in Südafrika auf die Dauer zu übernehmen; daß ein Versuch, die holländische Bevölkerung mit Gewalt zu unterwerfen, wahrscheinlich ein vergebliches, in jedem Falle ein schweres und opferreiches Unternehmen sein werde, und daß, um eine Verständigung in Südafrika herbeizuführen, es vor allen Dingen nothwendig sei, sich in England mit den dort herrschenden Verhältnissen und den maßgebenden Persönlichkeiten bekannt zu machen. Wie Mr. Statham sagt, läßt man unbedeutende Häuptlinge ein und bewirthe sie wie Prinzen, man drängt sich um die gewaltigen, an der Börse wie die Pilze in die Höhe geschossenen Finanzgrößen und verehrt sie wie Götter, während man an den wahren Männern des Landes vorbei geht, als wären sie überhaupt nicht vorhanden.

Dem aufmerksamen Leser des Statham'schen Buches — und dasselbe kann Denen, die sich für die südafrikanische Frage inter-

effiren, nicht warm genug empfohlen werden — wird aus dem vorstehenden kurzen Auszuge klar geworden sein, daß es sich bei den Vorgängen der letzten zwanzig Jahre in Südafrika einerseits um die Verwirklichung des kaiserlichen Gedankens durch die Bildung eines einheitlichen Staatenbundes mit überwiegendem Einfluß der Kapkolonie gehandelt hat, und daß dieser Gedanke wie die Versuche zu seiner Durchführung im Wesentlichen das Werk der konservativen Regierungen in England und deren Anhänger an Ort und Stelle, d. h. vieler, wenn nicht der meisten Engländer in Südafrika, gewesen sind, während die im Lande geborenen, die Afrikaner, ihnen meistens feindlich gegenübergestanden haben, wenn einige derselben aus der politischen Lage auch manchmal unter augenblicklichem Fallenlassen ihres ursprünglichen und eigentlichen Standpunktes persönliche oder lokale Vortheile zu ziehen versucht und verstanden haben. Andererseits zeigen die Vorgänge in Kimberley und Johannesburg, daß das ganze Gebahren der Chartergesellschaft das rücksichtslose Drängen nach Gewinn einer Plutokratie ist, wie man sie sich schamloser kaum vorstellen kann. Daß einzelne der an der Spitze dieser rücksichtslosen Ausbeutung stehenden Männer, namentlich Rhodes, manche der Eigenschaften gezeigt haben, welche die spanischen Konquistadoren und die englischen Eroberer Indiens auszeichneten, erscheint am Ausgang des 19. Jahrhunderts als ein schwer verständlicher Anachronismus. Aber es ist charakteristisch für den Pharisäergeist ganz besonders der Presse Englands, daß man dort die Rhodes'schen Flibustier nicht allein nicht zu bestrafen gewagt hat — denn die verhängten Strafen sind der begangenen That gegenüber einfach lächerlich — sondern ihnen als Trägern eines großen nationalen Gedankens entgegen jubelt und bereit ist, sie auch noch weiter in ihren Ausschreitungen den holländischen Freistaaten wie der eingeborenen Bevölkerung gegenüber zu unterstützen.

## Noch einmal Britisch-Südafrika.

(Abgedr. aus der „Deutschen Rundschau“ vom Juli 1898.)

In dem im Maiheft der „Deutschen Rundschau“ veröffentlichten Artikel „Zwanzig Jahre britischer Südafrika-Politik“ ist kurz auf die Rolle hingewiesen worden, die Mr. Cecil Rhodes und die Kapkolonie bei dem weiteren Verlaufe der Dinge in Südafrika zu spielen berufen zu sein schienen. In unserer schnelllebigen Zeit sind wir gewohnt, Evolutionen in der Politik der Parteien und der Parteiregierungen sich mit überraschender Schnelligkeit entwickeln zu sehen, und so kann es kaum Wunder nehmen, daß die Gedanken und Pläne, die vor wenigen Monaten in Südafrika im Schatten des „südafrikanischen Bundes“ aufzuspriessen begannen, heute bereits recht kräftige Pflanzen geworden sind, die die Ehre und die Gefahr einer parlamentarischen Debatte im Unterhause mit Erfolg zu bestehen im Stande waren.

Des Pudels Kern ist dabei die Frage der späteren Stellung Mr. Cecil Rhodes' als Premiers der Kapkolonie und die Erfüllung der Versprechungen und Aussichten, welche Lord Salisbury und das britische Kabinet bewogen haben, sich offen auf die Seite des intellektuellen Urheber des Jameson'schen Flibustierzuges zu stellen. Daß dies in der That so ist, darüber besteht weder am Kap noch in London ein Zweifel. Als Ende März dieses Jahres Holländer und Engländer dem Leiter des Afrikander-Bundes Hofmeyr ein Festmahl gaben, sprach sich dieser in einer längeren Rede über die Gründe aus, warum er jetzt von Rhodes und den Rhodes'schen Anhängern, die früher bei jeder Gelegen-

heit seine Meinung und seine Unterstützung gesucht hätten, als Republikaner und Rebell gegen die britische Herrschaft verfeßert und mit Schmutz beworfen werde. „Dafür,“ sagte H. Hofmeyr, „gibt es nur eine Erklärung. Ich bin in Ungnade gefallen, weil ich mich geweigert habe und noch weigere, mich an einer Bewegung zu betheiligen, die den Zweck verfolgt, einem Manne wieder zur Macht zu verhelfen, der solcher Vergehen schuldig befunden worden ist, wie sie in dem Bericht des vom Unterhause eingesetzten Südafrikanischen Comités enthalten sind. Ich weigere mich, irgend einen Versuch zu unterstützen, Herrn Rhodes an die Spitze der Geschäfte dieser Kolonie (des Kaps) zu stellen, weil er sich solcher Vergehen schuldig gemacht hat, und weil er nie das geringste Zeichen von Bedauern oder Reue gezeigt hat. Er hat nur das Mißlingen bedauert. Als ein Südafrikaner, als ein Afrikaner, als ein Mann kann ich nicht anders handeln, als ich gethan habe; ich würde meine Selbstachtung verlieren, wenn ich anders handelte.“

Die Scene wechselt, von dem Festsaal in der Kapkolonie, in dem Herr Hofmeyr Ende März gesprochen, zu dem Saal im Cannon-Street-Hôtel London, in dem am 21. April d. J. die Generalversammlung der Britischen Südafrika-Gesellschaft (der Chartered Co.) stattgefunden hat. Der Herzog von Abercorn führt den Vorsitz, und als er Mr. Rhodes' Wiederwahl zum Direktor vorschlägt, findet er brausenden Beifall. „Ich habe schon vorher,“ sagt der edle Herzog, „der Vorgänge von 1895 und 1896 Erwähnung gethan. Herr Rhodes hat seinen Irrthum eingestanden, den einzigen mir bekannten, welchen er während seiner Laufbahn in Afrika bei der Förderung seiner erleuchteten Pläne, einen Bund der südafrikanischen Staaten unter kaiserlichen Auspicien\*) herbeizuführen, begangen hat. Aber Sie dürfen auf

\*) Auch dieser Paulus war einst ein Saulus. Am 15. Juli 1884 hielt Rhodes im Kapparlament eine Rede, in der er sagte: „Der kaiserliche Factor, vor dem ich das Haus im letzten Jahre gewarnt habe, ist jetzt in das Land eingeführt worden.“

der anderen Seite nicht die Erfolge vergessen, die Herr Rhodes erzielt hat, und daß, wäre es nicht seine Thatkraft, seine Voraussicht und, ich kann hinzufügen, seine Hochherzigkeit gewesen, das ungeheuerere Gebiet, das jetzt dem britischen Reiche hinzugefügt worden ist, unzweifelhaft in den Besitz irgend eines anderen Landes übergegangen sein würde.

Und die Muse der Geschichte führt uns am 6. Mai in eine dritte Versammlung, das Unterhaus des britischen Parlaments, in dem der Führer J. M. Opposition soeben Herrn Rhodes und seine Pläne einer scharfen Kritik unterzogen und erklärt hat, er dürfe nicht an der Spitze der Südafrika-Gesellschaft bleiben. Der Minister der Kolonie, Herr Chamberlain, der Heißsporn — oder das enfant terrible des Salisbury'schen Ministeriums, ergreift nach ihm das Wort und fragt, ob man wirklich daran denken könne, Herrn Rhodes, der schon einmal Premierminister der Kapkolonie gewesen sei und von dem man nicht wisse, ob er diese Stellung nicht wieder bekleiden werde, von einer Stelle im Verwaltungsrath der Südafrika-Gesellschaft auszuschließen? Wenn irgend Jemand die Ausschließung des Herrn Rhodes wünsche, um ihn zu demüthigen oder zu strafen, so möge man sich daran erinnern, daß die Zeit zu strafen vorüber sei, und daß auch das Untersuchungskomitee des Parlaments in seinem im vorigen Jahre erstatteten Bericht keine Strafe beantragt habe. Die Regierung habe Herrn Rhodes' Anerbieten angenommen und sei mit der Erwägung des Eisenbahnprojekts beschäftigt. Ueber beides, das Anerbieten und das Projekt, hat Herr Rhodes bei der Versammlung der Aktionäre der Südafrika-Gesellschaft sich des Breiteren ausgelassen, und man kann nicht in Abrede stellen, daß er seine Anerbietungen dem augenblicklich in gewissen Kreisen in England herrschenden Geiste sehr anzupassen verstanden hat. Die Aufnahme der Bestimmung in die Konstitution von Rhodesia, daß der Zoll auf britische Waaren daselbst niemals höher sein dürfe, als der Zolltarif der Kapkolonie, wird — nach Herrn Rhodes — den Markt von Rhodesia für ewige Zeiten der britischen Zu-

industrie sichern, da diese einerseits unter gleichen Bedingungen keinen Konkurrenten zu fürchten habe, und andererseits eine Konstitution etwas Ewiges, Unabänderliches sei, wie man an der Konstitution der Vereinigten Staaten sehen könne. Mit einer solchen Bestimmung werde die industrielle Entwicklung von Rhodesia und damit der thörichte Versuch verhindert, durch Einführung von Schutzzöllen sie fördern zu wollen, ein Versuch, der entweder zur dauernden Aufrechterhaltung solcher Zölle, oder, falls sie später einmal aufgehoben würden, zu einem furchtbaren industriellen Krach führen müsse.

Was das Projekt anbetrifft, so ist Herr Rhodes der Ansicht, daß man auch in England immer mehr zu der Ueberzeugung komme, daß England für sich allein nichts sei und nur der Handel der Welt es im Gange erhalte; die Südafrika-Gesellschaft habe England ein Gebiet von 800 000 Quadratmeilen gebracht, das ihm keinen Pfennig gekostet; die Eisenbahn sei fertig bis Buluwano, sie müsse bis zum Tanganjikasee, achthundert Meilen weiter, verlängert werden, was England ganz Afrika geben würde. Diese Eisenbahn werde ungefähr zwei Millionen Pfund kosten, die durch eine Anleihe aufgebracht werden müßten. Sei die Bechuana-Eisenbahngesellschaft genöthigt, diese Anleihe abzuschließen, so müsse sie 5 % zahlen; garantire aber die Regierung die Anleihe, so könne sie zu 3 % abgeschlossen werden, was für die Gesellschaft eine jährliche Ersparniß von 40 000 Pfund ausmache. Wie die Regierung sich zu diesen Plänen stellt, ist bereits erwähnt, aber auch die Südafrika-Gesellschaft hat ihre Zustimmung zu der Rhodes'schen Politik dadurch greifbaren Ausdruck gegeben, daß sie, obgleich die von Rhodes ausgegebenen Summen nach der geringsten Schätzung über 6 Millionen Pfund (120 Millionen Mark) betragen, und, nach den Erklärungen des Verwaltungsrathes, an eine Verzinsung dieses Betrages noch auf längere Zeit nicht zu denken ist, in der letzten Generalversammlung eine neue Anleihe von 1½ Millionen Pfund (30 Millionen Mark) votirt hat. Man muß es den Engländern

lassen, daß, wenn sie Krämer sind, sie ihr Geschäft wenigstens im großen Stil zu betreiben verstehen. Damit übrigens auch diesem Kapitol der tarpejische Felsen nicht fehle, ist Herr Rhodes soeben durch den Premierminister der Kapkolonie telegraphisch nach Kapstadt berufen worden, da in dem dortigen Parlament die Einbringung eines Mißtrauensvotums gegen ihn erwartet werde.

## Die Lage im Transvaal.

(Abgedr. aus der „Deutschen Rundschau“ vom September 1899.)

Die Zwistigkeiten zwischen England und der Südafrikanischen Republik, die in der letzten Zeit zu einer dauernden Veranlassung allgemeiner Beunruhigung geworden sind, entspringen, wenn man sie von einem unparteiischen Standpunkt aus betrachtet, dem Wunsch der britischen Regierung und der englischen öffentlichen Meinung, die englische Rasse als die vorherrschende oder richtiger als die allein herrschende in Südafrika zu sehen. Die jüngsten Ereignisse dort sind daher wenig mehr als eine Fortsetzung oder Wiederaufnahme der früheren englischen Versuche, den Plan einer südafrikanischen Konföderation mit imperialistischer Tendenz und Leitung durchzuführen. Auch daß dies seitens eines konservativen Kabinetts geschieht, entspricht durchaus früheren Erscheinungen; neu ist nur, daß als spiritus rector der jetzigen Bewegung ein Mann auftritt, der Minister der Kolonien, Chamberlain, der 1881 als Mitglied des liberalen Kabinetts Gladstone, die 1877 von dem konservativen Kabinet Beaconsfield verfügte Einverleibung Transvaals rückgängig gemacht hat. Aber dieser Frontwechsel einer energischen und rücksichtslosen Persönlichkeit entspricht durchaus der in immer größerem Umfange und schärferer Form hervortretenden imperialistischen Strömung, in der von vielen englischen Staatsmännern die beste Garantie für die Sicherheit und den Fortbestand des britischen Reiches gesehen und gesucht wird, wemgleich die mit Canada, der ersten auf dieser Grundlage gebildeten Konföderation, gemachten Erfahrungen eher auf centrifugale Tendenzen solcher Staatengebilde als auf das Gegentheil schließen lassen dürften. Auch die während des

letzten Jahres gegen Transvaal in Anwendung gebrachte Methode unterscheidet sich nicht wesentlich von der 1877 und in den folgenden Jahren gebrachten; wie damals dem Gouverneur der Kapkolonie, Sir Bartle Frere, die treibende Rolle zufiel, ist es diesmal sein Nachfolger, Sir Alfred Milner, der dieselbe zu spielen hat, und dem, im Falle des Mißlingens, ebenso wenig wie seinem Vorgänger die Verantwortlichkeit für die in London gemachten Fehler erspart bleiben wird.

Zum Verständniß der augenblicklichen Lage in Südafrika ist ein kurzer Rückblick auf die Geschichte der letzten Jahre unerlässlich. Der Jameson'sche Einfall in Transvaal im Dezember 1895, der, wie bekannt, unternommen wurde, um einen angeblich in Johannesburg durch die Mißwirthschaft der Transvaalregierung zum Ausbruch gekommenen Aufstand zu unterstützen, die durchaus ungenügende Bestrafung und baldige Begnadigung der an dem Einfall beteiligten englischen Offiziere durch ihre eigene Regierung und der fast lächerlich zu nennende, jedenfalls ganz unbefriedigende Verlauf der parlamentarischen Untersuchung über diesen Vorfall hatten in Südafrika eine tiefgehende Erregung und eine sehr erhebliche Stärkung des Afrikanderbundes hervorgerufen, welcher letztere nicht antibritische, aber antiimperialistische Tendenzen verfolgt und die Herrschaft über Südafrika für die Afrikander, d. h. die dort geborenen Söhne weißer Eltern, zu bewahren wünscht. Diese Bewegung, die im Wesentlichen von den holländischen Elementen in der Kapkolonie ausging, wenn sich auch viele Afrikander englischen Ursprunges an ihr beteiligten, hatte zur Folge, daß Ende 1898 im Kaplande das ganz im Rhodes'schen Fahrwasser befindliche Ministerium Sprigg fiel und durch ein dem Afrikanderbunde nahe stehendes Ministerium Schreiner ersetzt wurde, das Anfangs freilich nur eine Mehrheit von einer Stimme besaß, die sich durch Nach- und Neuwahlen indessen im Laufe einiger Monate auf acht erhöhte. Im Transvaal war die Folge der verunglückten Jameson'schen Unternehmung selbstverständlich eine hochgradige Erbitterung gegen die Elemente,

welchen die Schuld an demselben zugeschrieben wurde, d. h. in erster Linie Rhodes, das Direktorium der Chartered Company und die Besitzer der großen Bergwerke, die man mit Recht oder Unrecht als die Anstifter der Bewegung in Johannesburg ansah. Die Thatsache, daß bis jetzt bei jedem Zusammenstoß zwischen Buren und englischen Truppen die Ersteren mit leichter Mühe Sieger geblieben waren, und daß auch der Jameson'sche Einfall ein schnelles und unrühmliches Ende gefunden hatte, mußte, während sie auf der einen Seite das Selbstgefühl der Buren erheblich verstärkte, auf der anderen die Stimmung der Engländer um so mehr verbittern, als diese wohl nicht ohne Grund der Ansicht waren, daß die Burenrepublik, die mit Aufgebot aller ihrer Kräfte höchstens einige 20000 Mann ins Feld stellen könnte, einer ernsthaften Kraftentwicklung Englands zu widerstehen nicht im Stande sein würde. Es ist daher sehr erklärlich, daß die Vorgänge von 1896 die Buren durchaus abgeneigt machen mußten, auf dem 1890 von dem Präsidenten Krüger eingeschlagenen Wege einer vermehrten Interessenvertretung der Ausländer fortzufahren, wogegen diese Letzteren und auf ihre Veranlassung und ihr Drängen die englische Regierung gerade in einer solchen Maßregel das Mittel sahen, weitergehenden und dauernden Einfluß auf die Regierung von Transvaal auszuüben. Von der englischen Regierung wurde, um sich freie Hand zu schaffen, der Jameson'sche Einfall offen als ein Schritt desavouirt, der, weit entfernt, die Lage der Ausländer zu verbessern, sie vielmehr verschlechterte; und die großen Bergwerksbesitzer zogen sich, um die Anschuldigung zu entkräften, als ob es sich um Intriguen des Großkapitals handle, anscheinend von der Frage zurück und überließen die Agitation der großen Masse der Ausländer.

Das Ergebnis dieser Politik war die angeblich von 21684 britischen, in Transvaal ansässigen Unterthanen im März 1899 an die Königin gerichtete Petition. Unter Bezugnahme auf einige erst 1896 in Transvaal erlassene Gesetze, von denen das seitdem zurückgezogene Einwanderungsgesetz, das Preßgesetz und das auf

Ausländer bezügliche Ausweisungsgesetz als direkt durch den Jameson'schen Einfall und die Agitation der Ausländer hervorgerufen angesehen werden können, ward Ihrer Majestät Regierung gebeten, gewisse Beschwerden (über die Polizeiverwaltung, die Behandlung und Besteuerung der Ausländer und die Schaffung von Monopolen) untersuchen zu lassen und alsdann ihren Vertreter in Südafrika anzuweisen, Maßregeln zur Abichaffung der vorgebrachten Beschwerden und zur Erlangung von Garantien für die Anerkennung der Rechte der Petenten als britischer Unterthanen seitens der Transvaal-Regierung zu treffen. Am 4. Mai telegraphirte Sir Alfred Milner an Mr. Chamberlain seine Ansichten über die Petition und die gesammte Lage in Südafrika: Unzweifelhaft müsse die Thatsache, daß Tausende von britischen Unterthanen in Transvaal wie Heloten behandelt würden und vergeblich die Hülfe ihrer Regierung anriefen, den Einfluß und den Ruf der britischen Regierung in Südafrika und die Achtung vor derselben in ihren eigenen Besitzungen untergraben, während zugleich gewisse Zeitungen, die — und nicht nur in Transvaal — offen und fortdauernd eine ganz Südafrika umfassende Republik predigten, eine Propaganda ausübten, die, durch unzählige Lügen über die Absichten Ihrer Majestät Regierung unterstützt, einen großen Einfluß auf viele Holländer in der Kapkolonie gewänne. Er könne daher kein anderes Mittel sehen, dieser verderblichen Propaganda ein Ende zu machen, als irgend einen schlagenden Beweis, daß Ihrer Majestät Regierung nicht gesonnen sei, sich aus ihrer Stellung in Südafrika verdrängen zu lassen, und daß das beste Mittel, dieses Ziel zu erreichen, sein würde, für die Ausländer in Transvaal einen angemessenen Antheil an der Regierung des Landes, das ihnen Alles verdanke, zu verlangen. In der Antwort vom 10. Mai, einem Schriftstück, das mehr den Charakter eines Pamphlets als einer Staatschrift an sich trägt und sicherlich mehr darauf berechnet war, einen Einfluß auf die englische öffentliche Meinung als auf die Regierung der Südafrikanischen Republik auszuüben, erging sich Chamber-

läm ausführlich über das, was man die Mißregierung der Republik nennen könne. Ein Einkommen von beinahe vier Millionen Pfund werde in einem Lande erhoben, das weniger als eine Viertel-Million weiße Einwohner habe; die Verwaltung sei durchaus eine liederliche, 1897 seien 18590 £ von Beamten unterschlagen worden, von denen nur wenige hundert Pfund wieder zu erlangen gewesen; von 1883—1898 seien 2398506 £ als Vorschüsse an Beamte gegeben, für die keinerlei Abrechnung bestände; 1896 seien 191887 £, 1898 42504 £ als geheime Fonds verwendet und 1899 36000 £, mehr als in England, für diesen Zweck bewilligt worden. Derartige Angriffe, die eine gewisse Berechtigung in der Thatfache finden mögen, daß das Einkommen der Republik, das 1885 177876 £ betrug, 1898 auf 3983560 £, wesentlich durch die von den Ausländern ins Leben gerufenen Industrien, angewachsen war, würden englischerseits wohl gegen keinen anderen, mächtigeren Staat gewagt worden sein, und sie konnten allerdings nicht zur Erleichterung der Verhandlungen beitragen, mußten vielmehr trotz aller gegentheiligen Versicherungen Sir Alfred Milner's und Mr. Chamberlain's bei der Regierung von Transvaal die Vermuthung erwecken, als wenn unter dem Vorwande des den Ausländern zu gewährenden Schutzes Eingriffe in die Verwaltung des Landes beabsichtigt würden.

Bei der Zusammenkunft, die in den ersten Tagen des Juni durch die Vermittelung des Präsidenten des Oranje-Freistaates im Bloemfontein zwischen dem Präsidenten Krüger und Sir Alfred Milner stattfand, vermied der Letztere, die Verhandlungen durch Wiederaufnahme des von Mr. Chamberlain ange schlagenen Tons zu erschweren. Er erklärte, daß es seiner Ansicht nach in erster Linie darauf ankomme, den Ausländern jeden Grund zu ihren durchaus berechtigten Beschwerden zu nehmen, und daß es sich daher empfehlen würde, durch eine sofortige Abänderung des Wahlgesetzes und Ausdehnung des Wahlrechts auf die Ausländer denselben die Möglichkeit zu gewähren, innerhalb des Volksraads

ihre Wünsche und Beschwerden selbst vorzubringen und zu vertreten. Wenn die Regierung der Republik einem solchen Vorschlage zustimme, der nur bezwecke, den Ausländern eine ihrer Zahl und ihrer Bedeutung nach angemessene Vertretung zu gewähren, keineswegs aber sie in den Stand zu setzen, die Boeren zu überstimmen und zu majorisieren, so sei er bereit, alle Fragen, die durch vereinzelte Vorgänge, wie z. B. die (angebliche) Ermordung des englischen Unterthanen Edgar, die Mißhandlung weißer und farbiger Unterthanen Ihrer Majestät und Anderes, hervorgerufen worden, fallen zu lassen und in Zukunft den Ausländern anheimzugeben, selbst auf parlamentarischem Wege ihr Recht zu suchen und zu finden. Bis ihnen aber diese Möglichkeit gewährt worden, müsse die englische Regierung für die gerechte Behandlung der unter den Ausländern befindlichen britischen Staatsangehörigen eintreten.

Es läßt sich nicht in Abrede stellen, daß die Auffassung und Forderung Sir Alfred Milners auf den ersten Blick durchaus gerechtfertigt und maßvoll erscheint. Nach der besten vorhandenen, wenn auch unzweifelhaft sehr mangelhaften Statistik, den Angaben im „Staats-Almanak“, würde die weiße Bevölkerung in Transvaal 300 000 Seelen, davon 175 000 Männer, betragen. Der Boer wird mit sechzehn Jahren wahlbefähigt und die Anzahl der Bürger ist auf 29 447 angegeben, die 28 Mitglieder in den Volksraad entsenden. Von den 23 Wahlbezirken des Transvaal besitzen 13, in denen keine Ausländer anässig sind, eine männliche Bevölkerung von 35 000, von denen 12 000 Wähler sind, die 16 Abgeordnete für den Volksraad wählen; weitere drei Distrikte, in denen das Boerenelement überwiegt, besitzen eine männliche Bevölkerung von 13 000 Seelen und 4000 Wählern, die drei Abgeordnete wählen, so daß diese 16 Distrikte allein durch 19 Abgeordnete in dem 28 zählenden Volksraad vertreten sind, also eine stehende Majorität haben. Von den weiteren sieben Distrikten haben drei eine starke, vier eine hauptsächlich ausländische Bevölkerung; die ersteren wählen

bei einer Gesamtzahl der männlichen Bevölkerung von 40 000 und 7000 Wählern fünf, die letzteren mit 81 000 Männern und 4000 Wählern vier Abgeordnete. Man ersieht aus dieser Zusammenstellung beim ersten Blick, daß die die Majorität bildenden Ausländer von jeder parlamentarischen Vertretung ausgeschlossen sind, sowie daß jede Abänderung des Wahlsystems, das eine prozentuale Vertretung anzubahnen oder durchzuführen bestimmt sein würde, die Boeren sofort in die Minderheit bringen muß. Sir A. Milner hat sich daher auch darauf beschränkt, eine nicht geradezu nichtsagende und verächtliche Vertretung (sechs bis acht Sitze) für dieselben zu verlangen, und Präsident Krüger sich der Auffassung, daß eine Aenderung des Wahlrechts und eine Ausdehnung desselben auf die Ausländer nothwendig sei, nicht absolut verschlossen. Aber während Sir A. Milner verlangte, daß jede Ausdehnung des Wahlrechts eine rückwirkende Kraft haben solle, d. h. einer gewissen Anzahl der längere Zeit in Transvaal ansässigen Ausländer sofort das Wahlrecht gewähren müsse, wollte Präsident Krüger dies erst nach erfolgter Naturalisation und einer längeren Probezeit, d. h. gemäß seinen ersten Vorschlägen erst nach neun Jahren, zugestehen. Die Verhandlungen mußten also erfolglos verlaufen, um so mehr, als Präsident Krüger seinerseits die Erfüllung älterer Versprechungen, so die Aushändigung des Swaziandes an die Republik und die Anerkennung eines schiedsgerichtlichen Verfahrens für die vorhandenen Streitfragen, forderte. Sir A. Milner lehnte ein Eingehen auf andere Fragen ab und erklärte mit Bezug auf das Schiedsgericht, daß er darüber keine Instruktionen besäße, aber annähme, daß, sobald die Hauptfrage geregelt sei, andere, im Laufe der Zeit sich entwickelnde Schwierigkeiten im Wege eines Schiedsspruches erledigt werden könnten, vorausgesetzt, daß keine fremde Macht mit den Funktionen des Schiedsrichters betraut werde.

Der erfolglose Verlauf der Konferenz rief auf englischer Seite scharfe Erklärungen der Herren Balfour und Chamberlain

in öffentlichen Versammlungen und seitens des Letzteren und Lord Salisbury's im Parlament hervor, denen sich einzelne Kolonien durch das Anerbieten von Hilfstruppen im Falle des Ausbruches von Feindseligkeiten angeschlossen. Viele der einflußreichsten Organe der englischen Presse, namentlich die „Times“, und eine Anzahl von Zeitschriften (unter anderen „The Nineteenth Century“ in einem Aufsatz von Sir Sidney Shippard: „Werden wir Südafrika verlieren?“) haben aufreizende und drohende Artikel gebracht, in denen es an Anschuldigungen und Verleumdungen des Kapministeriums und des Afrikanderbundes nicht fehlte; ganz besonders rührig erwiesen sich auch der Rath der Ausländer in Johannesburg und die Südafrikanische Liga, das Organ der Imperialisten. Im Gegensatz zu diesem Vorgehen hat sich der Afrikanderbund sehr vorsichtig und taktvoll benommen, indem er jede öffentliche Kundgebung vermied, während seine hervorragendsten Mitglieder, Schreiner, Hofmeyr, Herholdt und Andere, in der Kapstadt wie in Pretoria zum Frieden und zur Verständigung riefen, worin sie von den Behörden des Oranje-Freistaates unterstützt worden sind. Im Transvaal hat die Haltung des Präsidenten Krüger seitens der Boerenbevölkerung volle Billigung gefunden, und in einer in Paardekraal abgehaltenen Versammlung, von welchem Orte 1880 die Erhebung gegen England ausging, fielen Reden, die ebenfalls vielleicht besser nicht gehalten worden wären. Präsident Krüger hat inzwischen ein Wahlgesetz durch den Volksraad gebracht, das, wenn es auch als ein nicht unerheblicher Fortschritt gegen seine in Bloemfontein gemachten Anerbietungen bezeichnet werden muß, doch, namentlich in Betreff der sofortigen Ertheilung des Wahlrechts an die Ausländer, sehr weit hinter den von Sir A. Milner aufgestellten Forderungen und selbstverständlich noch viel weiter hinter denen der Ausländer selbst zurückbleibt. Sein Zweck, eine weitere Einmischung des Auslandes in diese Frage zu verhindern, würde besser erfüllt worden sein, wenn er in seinen Zugeständnissen in der angedeuteten Richtung etwas weiter gegangen

wäre. Die seitdem telegraphisch gemeldete Weigerung des Volksraads, die gemachten Zugeständnisse auch auf Katholiken und Juden auszudehnen, hat in einem Theil der deutschen Presse mit Recht scharfe Beurtheilung erfahren und ist jedenfalls zu bedauern. Die Entscheidung dürfte jedoch wohl noch keine endgültige sein. Als Gegenzug gegen die Ein- und Durchbringung des die Naturalisation von Ausländern betreffenden Gesetzes im Volksraad ist von englischer Seite eine gemischte Kommission zur Untersuchung der vorliegenden Beschwerden vorgeschlagen worden, ein Vorschlag, dem zuzustimmen man nach den letzten telegraphischen Nachrichten in Pretoria nicht geneigt scheint, da man in ihm eine unberechtigte Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes zu sehen vermeint. So ist die Frage heute fast so weit entfernt von einer beide Theile zufrieden stellenden Lösung wie 1894/95; nur ist die Lage insofern eine viel ungünstigere für eine friedliche Verständigung geworden, als sich die Frage für England mehr und mehr zu einer Machtfrage zuspitzt, während die Stimmung zwischen den beiden weißen Rassen in Südafrika, Holländern und Engländern, eine immer gereiztere wird. Unter diesen Umständen kann man auf eine Verständigung hoffen, ohne sehr an die Möglichkeit einer solchen zu glauben.

## Die Transvaalfrage vom deutschen Standpunkte.

(Abgedr. aus der „Deutschen Revue“ vom December 1899.)

Für die Beurtheilung der Transvaalfrage, nicht nur vom deutschen Standpunkt aus, sind zwei Gesichtspunkte maßgebend, der ethische und der politische; in der Verwechslung und Vermischung dieser beiden Gesichtspunkte liegt der Grund der bei der Beurtheilung der Frage so vielfach zu Tage tretenden Unklarheit und Verwirrung. Die Boeren haben sich mit eigenem Schweiß und Blut in hartem Kampf mit der Wildniß und ihren Bewohnern eine Heimath erobert, und es ist selbstverständlich, daß ihnen bei der Vertheidigung derselben gegen englische Gelüste die Sympathien der ganzen gesitteten Welt zu Theil werden. Daran kann auch die wohl nicht abzuleugnende Thatsache einer recht verbesserungsbedürftigen Verwaltung nichts ändern. Seit der ersten Annexion Transvaals durch England im Jahr 1877 haben sich die englischen Versuche, sich der Regierung des Landes in einer oder der andern Weise zu bemächtigen, wiederholt erneuert, und man hat wohl nicht Unrecht, wenn man unter den Beweggründen dieser Machenschaften neben imperialistischen Tendenzen britischer Staatsmänner und Kabinette, das heißt dem Gedanken der Gründung eines unter englischer Oberhoheit stehenden Staatenbundes in Südafrika, mehr oder weniger uneingestehbare Begierlichkeiten englischer Kapitalisten, Minenbesitzer und Adventurers sucht, um für Mr. Cecil Rhodes und Genossen dieselbe Bezeichnung zu gebrauchen, die einst den Gründern des englischen Reichs in Ostindien amtlich zu Theil wurde. Jamezon's Einfall in Transvaal, die fast vollständige Straflosigkeit der an dem-

selben beteiligten englischen Offiziere und die vor und von der parlamentarischen Untersuchungskommission gespielte Komödie haben in weiten kontinentalen Kreisen nicht unberechtigte Erregung und Entrüstung hervorgerufen, denen innerhalb der letzten Monate durch die Haltung der englischen Regierung und Presse bei den dem Ausbruch der Feindseligkeiten vorangegangenen Verhandlungen mit Transvaal neue Nahrung zugeführt worden ist. Wenn Talleyrand's Definition der Diplomatie als der Anwendung des gesunden Menschenverstandes auf die öffentlichen Angelegenheiten zutreffend ist, so kann man nur sagen, daß bei den Verhandlungen mit Transvaal die Diplomatie eine durchaus untergeordnete Rolle gespielt hat, dagegen die Energie Mr. Chamberlain's, mit der derselbe verstanden, theilweise wenig willige und widerstrebende Kollegen seinem Willen dienstbar zu machen und mit fortzureißen, das maßgebende Element gewesen ist. Die Unterstützung eines großen Theiles der englischen Presse, ganz besonders der „Times“, die schon bei dem Jameson'schen Einfall eine durchaus provokatorische Rolle gespielt hatte, erleichterte die Bemühungen, die englische öffentliche Meinung von den thatsächlichen Verhältnissen ab auf den Punkt zu lenken, in dem die Wünsche der imperialistischen Partei gipfeln, das heißt der Zerstörung der holländischen Republiken als unabhängige Staaten. Dies als das Endziel der britischen Politik richtig erkannt und sich auf den seit Jahrzehnten als unvermeidlich angesehenen Entscheidungskampf vorbereitet zu haben, ist ein unzweifelhaftes Verdienst der Regierungen der beiden Boerenrepubliken. Es ist daher auch einfache Heuchelei, wenn von englischer Seite das Ultimatum Transvaals als die Ursache des Ausbruchs des Krieges angesehen und angegeben wird; der Krieg war bereits unvermeidlich geworden, und es wäre einfach unverzeihliche Thorheit seitens der Boeren gewesen, mit Gewehr bei Fuß zu warten, bis die Engländer mit ihren Vorbereitungen fertig gewesen wären und dann ihrerseits ihre Forderungen gestellt hätten. Die Vorgänge in Südafrika bestätigen aber wiederum in hervorragender Weise die Richtigkeit

des von dem Fürsten Bismarck aufgestellten Satzes, daß politische und militärische Aktion Hand in Hand gehen müßten, um sich nicht gegenseitig Enttäuschungen und Niederlagen auszusetzen. Wie im Jahr 1866 die österreichische Diplomatie beim Kriege angekommen war, während die militärischen Vorbereitungen noch weit zurück waren, so hat sich dasselbe Schauspiel jetzt in England wiederholt, wo die Diplomatie zum Bruch getrieben, während in militärischer Beziehung noch alles zu thun übrig blieb. So ist es den Boeren möglich geworden, weite Strecken britischen Gebiets zu überrennen und selbst wenn ihre Erfolge den vorhandenen britischen Streitkräften gegenüber nur theilweise bleiben sollten, durch die Zerstörung der Eisenbahnen und Flußübergänge den Vormarsch der britischen Verstärkungen wesentlich zu erschweren und zu verlangsamen.

Wenn so die Theilnahme weiter Kreise für das kleine Häuflein der Boeren, die sich nicht gescheut haben, den Kampf mit dem Weltreich England aufzunehmen, eine durchaus erklärliche und verständliche ist, muß die politische Lage trotz allem Geschrei kleiner alldeutscher und agrarischer Gruppen ausschließlich vom praktischen Standpunkt aus betrachtet werden. Mit dem Gefühl allein macht man keine Politik, wenigstens keine gute, sondern es müssen, wenn man sich nicht argen Enttäuschungen und Rückschlägen aussetzen will, vor jeder diplomatischen Aktion, wenn anders dieselbe nicht bloß ein Schlag ins Wasser sein soll, alle Chancen erwogen werden, welche sich bei einem Uebergang der diplomatischen in die militärische Aktion ergeben können, das heißt es muß ein Gewinn- und Verlustkonto aufgestellt und nach reiflicher Prüfung desselben die weiteren Entschlüsse gefaßt werden. Wenn die Herren, welche Resolutionen vorschlagen und in öffentlichen Versammlungen zur Annahme bringen, sich der Mühe unterziehen wollten, sich vorher über die Folgen klar zu werden, welche die praktische Durchführung ihrer Wünsche haben könnte und müßte, sie würden sich und andern recht viele unnöthige Arbeit ersparen.

Wie die Verhältnisse heute liegen, kann Deutschland dem Kampfe in Südafrika nur als ein Neutraler gegenüberstehen; welche Aufgaben ihm in der Zukunft aus dem Verhältnissen dort entstehen mögen, läßt sich heute noch nicht übersehen. Ziffermäßig angesehen kann kaum ein Zweifel an dem schließlichen, wenn auch voraussichtlich mit unendlich schwerem Opfern an Menschen und Geld erkauftem Erfolge Englands bestehen, aber es lassen sich wohl Möglichkeiten denken, die die Lage zu Gunsten der Boeren verrücken könnten. Als eine solche kann man den immerhin nicht unmöglichen Ausbruch der Pest im englischen Heere ansehen, eine Eventualität, die schon andere Heere, man braucht nur an den russisch-türkischen Feldzug von 1828/29 zu denken, schwächerem Gegnern gegenüber in die schlimmsten Lagen gebracht hat. Aber selbst ein vollständiger militärischer Erfolg der britischen Truppen würde, wenn er nicht zu einer Versöhnung zwischen den streitenden Nationalitäten und Systemen führte, England Aufgaben auferlegen, die es auf die Dauer kaum zu erfüllen im Stande sein dürfte. Eine permanente Besatzung von 40—50 000 Mann in Südafrika würde einen so erheblichen weiteren Theil der englischen Armee festlegen, daß sehr bald an eine durchgreifende Aenderung des englischen Wehrsystems gedacht werden müßte. Es wird dann der Augenblick kommen, in dem die Nation sich die Frage vorzulegen haben wird, ob die Lösung der südafrikanischen Schwierigkeit in dem Sinne der Verschmelzung der verschiedenen dort vorhandenen Elemente nicht auf billigerem und unblutigerem Wege hätte erzielt werden können. Dem unbeeangenen Beobachter drängt sich schon jetzt die Ueberzeugung auf, daß die schnellere Zunahme der Zahl der Ausländer und die Wechselheirathen zwischen Angehörigen der verschiedenen Nationalitäten im Laufe weniger Jahre oder Jahrzehnte naturgemäß zu einem Ueberwiegen des englischen Elements hätten führen müssen, und daß es besser gewesen sein würde, die Verständigung auf der Basis der von den Boeren gemachten Zugeständnisse als auf der militärischer Erfolge zu suchen. Der Traum einer militärischen Promenade nach

Pretoria ist längst versflogen, der Jubel über die angeblichen Erfolge bei Glencoe und Glandslaagte ist verstummt, und das Bewußtsein, daß auch im günstigsten Falle noch größere Opfer nothwendig sein werden, beginnt seine Schatten auf England zu werfen. Am Bedeusamsten aber ist wohl das in immer weiteren Kreisen auf dem Kontinent sich geltend machende Gefühl, daß ein zu schneller und leichter Erfolg Englands für den allgemeinen Frieden bedenklicher sein würde als eine Verlängerung des Kampfes. Es sind nicht Neid und Eifersucht, die namentlich in Deutschland dies Gefühl hervorrufen, die Sieger in drei Kriegen und die erfolgreichen Konkurrenten in Handel und Industrie können neidlos jedem Erfolg anderer Nationen gegenüberstehen, sondern die Ueberzeugung, daß zu leicht gewonnene Lorbeeren bei den englischen Imperialisten das Verständniß für die thatsächlichen Verhältnisse verrücken und damit weitere Konflikte heraufbeschwören könnten, denen Deutschland weniger ruhig als den Kämpfen in Südafrika zuzusehen im Stande sein würde.

## Die Krisis in Südafrika.

(Abgedr. aus der „Deutschen Rundschau“ vom Februar 1900.)

Bei der letzten Besprechung der Transvaal-Frage an dieser Stelle wurde der Besorgniß Ausdruck gegeben, daß der Ausbruch eines gewaltsamen Konflikts in Südafrika kaum noch zu vermeiden sein würde. Diese Voraussetzung hat sich leider erfüllt. Die Verhandlungen, welche zwischen den beiden Regierungen schwebten, wurden am 25. September v. J. von England thatsächlich mit der Begründung abgebrochen, daß die Regierung von Transvaal den in der englischen Note vom 12. September enthaltenen Forderungen nicht zugestimmt habe. Diese Forderungen: Wahlrecht nach fünf Jahren, ein Viertel der Mitglieder des Volksraads für die Goldfelder, der gleichmäßige Gebrauch der englischen und holländischen Sprache im Volksraad, Gleichstellung der alten und neuen Bürger bei der Wahl des Präsidenten seien, trotz der ausdrücklichen Erklärung der britischen Regierung, daß sie in keiner Weise sich in die Unabhängigkeit der Südafrikanischen Republik zu mischen beabsichtige, vorausgesetzt, daß die Bedingungen, unter denen dieselbe gewährt worden sei, genau innegehalten würden, nicht erfüllt worden. Die britische Regierung müsse es nunmehr für unmöglich ansehen, die seit vier Monaten schwebenden Unterhandlungen auf der bisherigen Grundlage weiter zu führen, vielmehr werde sie die Sachlage in Erwägung ziehen und ihre eigenen Vorschläge für die endgültige Erledigung der Fragen machen, die in Südafrika durch die von der Südafrikanischen Republik seit einer Reihe von Jahren andauernd verfolgte Haltung hervorgerufen worden. Diese Erklärung, verbunden mit den in England, in Indien und

in den Kolonien getroffenen militärischen Vorbereitungen und dem Vorwärtsschieben der in der Kapkolonie und Natal stehenden Truppen an die Grenzen der Boeren-Republiken, veranlaßte die Transvaal-Regierung, ihrerseits in einer dem britischen Agenten in Pretoria am 9. Oktober zugestellten Note auszusprechen, daß der drohende Ton der letzten britischen Mittheilung zusammen mit dem Nichteintreffen der in Aussicht gestellten neuen Vorschläge und den Truppenbewegungen in und nach Südafrika sie in Hinblick auf frühere Vorkommnisse nöthigten, in dieser Entwicklung militärischer Streitkräfte eine Bedrohung ihrer Unabhängigkeit zu sehen. Eine an den Oberkommissar der britischen Regierung darüber gerichtete Anfrage habe zu ihrem Erstaunen seitens desselben nur versteckte Anspielungen auf einen von Transvaal gegen die britischen Besitzungen gerichteten Angriff und weitere Möglichkeiten gebracht, die die Annahme, daß die Unabhängigkeit Transvaals bedroht sei, verstärken mußten. Als eine Vertheidigungsmaßregel seien daher Abtheilungen von Bürgern an die Grenze vorgeschoben worden. Die unberechtigte Einmischung der britischen Regierung in die inneren Angelegenheiten der Republik habe eine unerträgliche Lage geschaffen, und die Regierung von Transvaal sehe sich daher genöthigt, zu verlangen, daß alle Streitpunkte einem Schiedsgericht unterbreitet oder in einer andern freundschaftlichen Weise, über die man sich verständigen könne, erledigt würden; daß die an den Grenzen der Republik befindlichen Truppen sofort zurückgezogen würden; daß alle Verstärkungen, die seit dem 1. Juni 1899 in Südafrika eingetroffen seien, innerhalb einer angemessenen, zwischen beiden Regierungen zu vereinbarenden Frist zurückgezogen würden, unter der Bedingung eines gegenseitigen Uebereinkommens und der von der Transvaal-Regierung zu übernehmenden Verpflichtung, während der neu zu eröffnenden Verhandlungen keinen Angriff auf die britischen Besitzungen zu unternehmen und die bewaffneten Bürger von den Grenzen zurückzuziehen; endlich, daß die augenblicklich auf dem Meer befindlichen britischen Truppen nirgendwo

in Südafrika landeten. Eine Antwort auf diese Forderungen wurde bis zum 11. Oktober 5 Uhr Nachmittags verlangt. Die britische Regierung erwiderte darauf am 10. Oktober in einem an Sir A. Milner gerichteten Telegramm, daß sie nicht in der Lage sei, sich auf eine Erörterung der peremptorischen Forderungen der Südafrikanischen Republik einzulassen, deren Empfang sie mit Bedauern bestätige. Die Streitkräfte der Republik überschritten darauf, gleichzeitig mit denen des Oranje-Freistaats, die Grenzen der englischen Besitzungen, womit der Kriegszustand eingetreten war. Die in den Boeren-Republiken und in weiten Afrikander-Kreisen herrschende Auffassung und Stimmung ergibt sich am Besten aus der von dem Präsidenten des Freistaats, Steyn, am 11. Oktober erlassenen Proklamation, in welcher er erklärt, daß es sich um eine die Annexion Transvaals bezweckende Verschwörung handle, deren Erfolg auch die Existenz des Oranje-Freistaats in Frage stellen würde. Die ursprünglichen Abmachungen zwischen Transvaal und England seien verdreht worden, bis sie dazu dienten, Tyrannei gegen Transvaal auszuüben; die Nachsicht, die Transvaal gegen Leute geübt, die Leben und Eigenthum verwirkt gehabt hätten, sei mit Undank belohnt worden, und die schlaunen Pläne Derjenigen, für die der Durst nach Gold Alles sei, näherten sich jetzt der Vollendung. Die Ehrenhaftigkeit Tausender von Engländern, die Gewaltthätigkeit und Raub verachteten, müsse anerkannt werden; aber der Oranje-Freistaat verabscheue die ungerechten Handlungen eines britischen Staatsmannes. Der Präsident schließt mit der Aufforderung an alle Bürger des Freistaats, wie ein Mann gegen die Bedrücker und Bergewaltiger des Rechts aufzustehen.

Nachdem die Kanonen gesprochen, ist es zu spät oder zu früh für den Versuch, festzustellen, auf welcher Seite die meisten Fehler im Verlaufe der Verhandlungen begangen worden sind oder wen die größere Verantwortlichkeit für das Scheitern derselben trifft. Für das Verständniß der Frage, wie am Ende des 19. Jahrhunderts und wenige Wochen nach dem Schluß der

Friedenskonferenz im Haag dieser alle Zeichen eines Rassenkampfes tragende Krieg zwischen Staaten ausbrechen konnte, von denen die beiden kleinen Republiken zusammen eine Bevölkerung von wenigen hunderttausend Seelen haben, während die britische Großmacht Hunderte von Millionen zählt, sind andere Erwägungen maßgebend.

Es wird vielfach und wohl auch nicht ganz mit Unrecht angenommen, daß in dem augenblicklichen Kriege zwischen Boeren und Engländern die Kämpfe ausklingen, die während einer Reihe von Jahrhunderten zwischen Engländern und Holländern um die Vorherrschaft auf dem Meere und im Handel geführt worden sind; jedenfalls war die 1814 erfolgte Annexion der Kapkolonie, die England mehr gegen Frankreich, als gegen Holland besetzt gehabt hatte, ein harter Schlag für die fast die ganze Bevölkerung derselben ausmachenden Holländer und französischen, in Sprache und Sitten ganz zu Holländern gewordenen Hugenotten. Die einfachen Leute konnten nicht begreifen, daß sie, ohne gefragt zu sein, dem jahrhundertjährigen Gegner ausgeliefert werden sollten, und die Ungeschicklichkeit der englischen Regierung trug dazu bei, die Gegensätze zu vermehren und zu verschärfen. Es ist oft behauptet worden, daß die Aufhebung der Sklaverei die wesentliche Ursache der Mißstimmung und der Auswanderung der Boeren gewesen sei, aber das ist, wenigstens in dem Umfange, nicht zutreffend. Die Boeren standen der Maßregel nicht unsympathisch gegenüber; was sie kränkte und schädigte, war die Art der Ausführung. Durch amtliche Taxatoren war der Werth der Sklaven festgestellt worden, durchschnittlich unter dem Marktpreise; zwei Fünftel davon wurden den Besitzern auf die vom Parlament für die Emancipation ausgeworfenen zwanzig Millionen Pfund angewiesen, aber unter der Bedingung, daß sie dieselben in London in Empfang nähmen. Waren sie dazu nicht im Stande, so mußten sie ihre Ansprüche gegen einen hohen Diskont verkaufen mit dem Ergebnis, daß sie durchschnittlich nicht mehr als den vierten Theil des geschätzten Werthes erhielten,

was für alle verschuldeten Landwirthe den absoluten Ruin bedeutete. Noch mehr aber wurden die früheren Besitzer dadurch erbittert, daß ihre Sklaven mit einem Schlage ihnen gleichgestellt wurden, was zwar den Missionaren, aber nicht der ländlichen Bevölkerung gefiel. Ueberhaupt muß ein großer Theil der berechtigten Beschwerden und der immer zunehmenden Unzufriedenheit der Haltung der englischen Missionare zugeschrieben werden. Wir haben erst kürzlich, bei Gelegenheit der Vorgänge in Samoa, erfahren, welchen verderblichen politischen Einfluß solche Missionsgesellschaften auszuüben im Stande sind, und können daher leicht verstehen, wie die Aufreizungen und Verleumdungen der vielfach mit eingeborenen Mädchen verheiratheten Missionare damals auf die Entscheidungen der englischen Staatsmänner wirken mußten. In London verfolgte man nur ein Ziel, vermehrten Absatz der heimischen Erzeugnisse in Afrika, und es ist daher erklärlich, daß die Versprechungen der Missionare, die die Aussicht auf Millionen zu befehrender und dadurch civilisirter und zu Abnehmern englischer Manufakturwaaren gewordener Schwarzen eröffneten, dort williges Gehör fanden. Das Ergebnis war, daß alle Beschwerden und Bitten der weißen Bevölkerung unbeachtet blieben, und die Kolonie bald von Scharen schwarzer und halbblütiger Bagabunden überlaufen wurde, gegen die die Landbevölkerung ohne Schutz und Recht blieb. Aber auch an andern Gründen, zu klagen, fehlte es nicht. Die Behandlung der Boeren — bei dem Aufstande von 1816 wurden in Slagters Neck ihrer fünf gehenkt, die noch heute von ihren Landsleuten als Märtyrer angesehen und verehrt werden — wird selbst von einem dem heutigen Transvaal wenig freundlich gesinnten englischen Schriftsteller\*) als barsch, unnöthig, politisch unweise und wahrhaft entsetzlich in der Ausführung genannt; die Aufhebung der altgewohnten richterlichen und Verwaltungsbehörden, der Ersatz der holländischen

\*) J. P. Fitzpatrick, „The Transvaal from within“. London, Wilhelm Heinemann 1899. Viele der nachfolgenden Angaben sind diesem Buch entnommen.

Sprache bei den Gerichtsverhandlungen durch die englische (1827), die Einlösung des Papiergeldes mit 36 % seines Werthes (1825) und die lange Verzögerung in der Ausstellung der Besitztitel für Land, dessen Kaufpreis seit Jahren an die Behörden bezahlt worden war, gab ebenfalls zu berechtigten Beschwerden Anlaß. Der Einfall der Kaffern (1834), der Seitens der Kolonisten nicht provocirt war und zur vollständigen Verwüstung der östlichen Distrikte der Kolonie führte, hatte nicht allein keine Züchtigung der Angreifer zur Folge, sondern der damalige Staatssekretär der Kolonien, Lord Gleffell, billigte das Vorgehen derselben und trat ihnen noch einen breiten, der Kolonie gehörigen Landstrich ab. Es darf dabei nicht übersehen werden, daß diese ganze Behandlung der Eingeborenen gegen den Einspruch des damaligen Gouverneurs, Sir Benjamin d'Urban (nach dem die gleichnamige Stadt benannt ist) erfolgte, den Lord Gleffell 1838 seines Amtes entsetzte, der es aber noch erlebte, daß seine Politik und nicht die seines Chefs als die richtige anerkannt wurde.

Die Gefühle und Absichten der Boeren vor Beginn des großen Trecks sind sehr genau in einem Schreiben eines ihrer Führer, P. Retief, vom 22. Januar 1837 wiedergegeben: „Wir verzweifeln daran, die Kolonie vor den Gefahren retten zu können, die sie durch das ruhestörende und unehrliche Betragen der Bagabunden bedrohen, denen gestattet wird, alle Theile derselben zu überlaufen“; und: „Wir verlassen die Kolonie in der festen Ueberzeugung (under the full assurance), daß die englische Regierung nichts mehr von uns zu verlangen hat und uns gestatten wird, uns selbst zu regieren ohne ihre Einmischung in Zukunft.“

Die Mühseligkeiten, Gefahren und Verluste der Boeren auf ihrem Treck waren zum Theil sehr große; von den beiden ersten, 98 Köpfe starken Abtheilungen gelangten drei Frauen mit zwölf Kindern, sieben Waisen und vier junge Leute an die Delagoa-Bai, alle Männer waren auf dem Marsche umgekommen. Aber trotzdem waren 1837 über tausend Wagen unterwegs.

Die Hoffnung der Boeren, sich der englischen Herrschaft oder

Einmischung durch ihren Treck zu entziehen, sollte sich indessen als irrthümlich erweisen. Nachdem die Boeren sich in Natalia niedergelassen hatten, wurden sie durch die Besetzung von Durban seitens der Engländer vom Meere abgeschnitten, und als sie sich weigerten, das Gebiet zu verlassen, durch eine britische Streitmacht angegriffen und Natalia als Natal 1844 durch England annectirt. Die Boeren zogen weiter nach Transvaal, aber auch dort sollten sie keine Ruhe finden, da die englische Regierung das ganze Gebiet als ihr Eigenthum in Anspruch nahm und daraufhin Verträge mit den eingeborenen Häuptlingen abschloß. Vier Jahre später, 1848, wurde, was heute der Oranje-Freistaat ist, durch den Gouverneur der Kapkolonie, Sir Harry Smith, annectirt, die Boeren aus Transvaal unter Pretorius fielen in das Gebiet ein und eroberten Bloemfontein, wurden aber nach harten Kämpfen wieder über den Vaal zurückgeworfen. Die Engländer setzten einen Preis von 2000 £ auf den Kopf von Pretorius, gaben das Gebiet aber nach sechs Jahren an die Boeren zurück, weil die Kosten der dort zu unterhaltenden Besatzungen ihnen unverhältnißmäßig hoch erschienen, und erkannten die Unabhängigkeit des Freistaats an. Mit Transvaal ward alsdann 1852 die Sand River Konvention abgeschlossen, in welcher das Recht der Boeren, ihre eigenen Angelegenheiten zu ordnen und unter ihren eigenen Gesetzen zu leben, durch die englische Regierung anerkannt wurde, die sich zugleich verpflichtete, keine Besitzergreifungen ihrerseits nördlich des Vaalflusses vorzunehmen.

Die ersten Jahrzehnte der jungen Republik waren harte, woran auch der später entdeckte Goldreichtum des Landes vorläufig nichts änderte; 1877 waren im Schatze 12 sh. 6 d., die Schulden, auf deren Rückzahlung die Gläubiger drängten, für die aber keine Mittel vorhanden waren, beliefen sich auf 215 000 £, die Pfundnoten der Republik galten einen Shilling und ihre Civilbeamten hatten seit Monaten kein Gehalt bekommen. Gleichzeitig bedrohten die Zulus, wohl von Natal aus aufgestachelt, die Existenz der Republik, die über die erforderlichen Mittel an

Menschen und Geld zu einer erfolgreichen Vertheidigung nicht verfügte. Mit Bezug auf die Haltung Natal's den Zulus gegenüber schreibt Sir Bartle Frere an General Ponsoby: „Die Thatfache ist, daß es, so lange die Boerenrepublik als ein Rival und ein halb feindlicher Staat bestand, eine Schwäche von Natal war, die Zulus zu hätscheln, etwa wie man einen halbzahmen Wolf streichelt, der nur die Schafe der Nachbarn frißt.“ Die Auffassung, daß die Mehrzahl der Boeren 1877 mit der Annexion einverstanden gewesen und daß der Widerstand erst später durch die Nichterfüllung der ihnen Namens der Regierung von deren Vertreter, Sir Theophilus Shepstone, gemachten Versprechungen herbeigeführt worden sei, verdient um so mehr Beachtung, als der Protest des Präsidenten Burgers gegen die Annexion nachgewiesener Maßen nur ein Scheinmanöver war und auf einer Verständigung desselben mit Sir Th. Shepstone beruhte. Darüber aber, daß die englische Regierung die von ihr übernommenen Verpflichtungen, insbesondere auch in Betreff des Schutzes der Boeren gegen die Einfälle der Zulus, nicht erfüllt hat, lassen die Mittheilungen ihrer eigenen Agenten keinen Zweifel. Sir Th. Shepstone schreibt unter dem 29. Januar 1878 an Sir H. Bulver: „Kuin starrt den Bauern ins Gesicht und ihre Lage ist augenblicklich unter S. M. Regierung schlechter als jemals unter der Republik.“ Ähnlich sagt der Verfasser von „The Transvaal from within“, auf zeitgenössische Beweise gestützt: „Der wahre Fehler der Regierung begann nach der Annexion. Die Nichterfüllung der gemachten Versprechungen, das Abweichen von den alten Verwaltungsformen, die Ernennung von ungeeigneten Beamten, die weder das Volk noch seine Sprache verstanden, die Unterlassung der Einberufung des Volksraads oder der Abhaltung freier Wahlen, die bestimmt versprochen waren, die Einrichtung persönlichen Regiments durch Offiziere, die die Boeren mit Härte und Verachtung behandelten und keine Rücksicht auf ihre altväterliche Art und Weise, ihre tiefeingewurzelten Vorurtheile, und ihren, wenn man will, dummen Widerstand gegen

neue Ideen nahmen und Anderes mehr verursachten große Unzufriedenheit und gaben den Unversöhnlichen hinreichendes Material zur Bemützung.“

Der Ausgang des Freiheitskrieges der Boeren gegen England und die 1880 und 1884 mit diesen abgeschlossenen Conventionen sind bekannt; die langgegläubte Annahme jedoch, daß es Nachsicht des Gladstone'schen Cabinets gewesen sei, welches zur Rückgängigmachung der Annexion geführt habe, kann in das Reich der Fabel verwiesen werden seit der Rede, die Lord Kimberley, damals selbst Mitglied der Regierung, Anfang Dezember v. J. zu Newcastle gehalten hat. Laut dieses Zeugnisses war es vielmehr die Erklärung des damaligen Präsidenten Brand des Oranje-Freistaates, daß bei einer Fortdauer des Krieges die weitere Beobachtung der Neutralität unmöglich werden würde, und die Besorgniß vor einem Aufstande des holländischen Elementes in der Kapkolonie, welche die Politik der Regierung bestimmt hätten. Erwähnt muß zu gleicher Zeit werden, weil die Frage der Oberherrlichkeit von Mr. Chamberlain in den Streit hineingezogen worden ist, daß, während die Convention vom Jahre 1880 dieselbe ausdrücklich aufrecht erhält, die vom Jahre 1884 unzweifelhaft mit derselben bis auf die Bestimmung aufräumte, daß die von der Regierung von Transvaal mit fremden Mächten abgeschlossenen Verträge der Zustimmung der britischen Regierung bedürften; daher bei den Verhandlungen des Jahres 1899 die Erklärung Transvaals, wohl die zweite, aber nicht die erste dieser Conventionen als noch zu Recht bestehend anzuerkennen.

Seit dem Abschluß der Konvention vom Jahre 1884 lassen sich die äußeren Beziehungen zwischen England und Transvaal dahin charakterisiren, daß das letztere sich bemühte, sein Gebiet nach Westen und Norden auszudehnen und im Osten an das Meer zu gelangen, während England dies zu verhindern suchte, mit dem Erfolge, daß Transvaal heute überall dort, wo es nicht an portugiesisches Gebiet stößt, von englischem Besitz ein-

geschlossen ist. Die wichtigste Frage aber, die zwischen Transvaal und England zu fortwährenden, immer gereizter werdenden Auseinandersetzungen führte und schließlich den Vorwand zu den englischen Forderungen gab, welche den Krieg veranlaßten, war die Lage der Ausländer, die durch die Entdeckung der Goldminen und die Entwicklung des Bergwerksbetriebes nach Transvaal gezogen worden waren. Es muß von vornherein zugestanden werden, daß, wenn der Werth der Goldausfuhr aus Transvaal von 790 640 Mark im Jahre 1874 und 19 348 320 Mark im Jahre 1888 auf 324 812 320 Mark im Jahre 1898 gestiegen ist\*) und gleichzeitig die Einnahmen der Republik von 1 171 060 Mark im Jahre 1874 und 17 688 800 Mark im Jahre 1888 auf 69 536 880 Mark im Jahre 1898 gewachsen sind (das Budget für 1899 weist eine Einnahme von 81 757 040 Mark nach\*\*): dies fast ausschließlich fremder Arbeit, fremdem Kapital und fremder Intelligenz zu verdanken gewesen ist. Ebenso kann nicht in Abrede gestellt werden, daß dem Theil der Bevölkerung, welcher dies Ergebnis ermöglicht hatte, keinerlei Einwirkung auf die Verwaltung des Landes oder auch nur auf die Steuerveranlagungen gestattet wurde und daß derselbe, wenn nicht absolut rechtlos, so jedenfalls ganz einflußlos war. Es ist diese Behandlung der Ausländer, welche in den Vereinigten Staaten, wenn man von den Irländern absieht, die allgemeine Sympathie mit dem Vorgehen Englands gegen Transvaal hervorgerufen hat. Man ist in Amerika der Ansicht, daß England heute für das kämpft, wofür die Amerikaner sich in ihrem Unabhängigkeitskriege schlugen, gleiches Recht für Alle und keine Besteuerung ohne die Zustimmung der Bevölkerung. Auf Seite der Boeren ist man der Ertheilung irgend welcher Rechte an die Ausländer stets abgeneigt gewesen, einerseits, weil man nicht mit Unrecht befürchtete, daß ihre stets wachsende Zahl bei

\*) Bericht des französischen Generalkonjuls Mr. Aubert in Pretoria für 1898.

\*\*\*) J. P. Fitzpatrick, „The Transvaal from within“. S. 71.

gleichen Mächten sie sehr bald zu dem thathächlichen Herren im Lande machen würde, und andererseits, weil die Haltung der Ausländer und der englischen Regierung zu der Annahme be-  
 nachtigte, daß der überwiegende Einfluß eines dieser Elemente sehr bald mit der Unabhängigkeit der Republik aufhören würde. Wie immer in großen Fragen haben auch in dieser Kleinigkeiten zur Erhöhung der gegenseitigen Erbitterung und namentlich zur Steigerung der Mißstimmung und des Uebelwollens der bedeutendsten Persönlichkeit des Landes, des Präsidenten Krüger, gegen die Ausländer beigetragen. Als der Präsident im Jahre 1890, zur Zeit der großen, durch wahnsinniges Börsenspiel in den Bergwerksactien herbeigeführten Krisis, in Johannesburg war, benutzte der englische Mob die Gelegenheit, ihn und die Flagge von Transvaal zu insultiren; und als einige Zeit später der englische Oberkommisjar, Lord Loch, dem Präsidenten in Pretoria einen Besuch abstattete, pumpten ähnliche Elemente die Pferde von dem Wagen, in dem die beiden Platz genommen; ein Mann mit einer englischen Flagge, deren Falten dem Präsidenten ins Gesicht wehten, schwang sich auf den Bock und so ging es vor das Hotel, wo Lord Loch ausstieg und den Präsidenten sitzen ließ, bis einige Bürger dazukamen und den Wagen bis vor das Haus des Präsidenten zogen. Starke Leute fühlen stark: der Präsident hat Johannesburg nur einmal wieder, 1895, besucht, und über den Vorfall in Pretoria äußerte er sich wenige Monate später in seiner drastischen Weise dahin, daß die Ausländer ihn an den alten Affen erinnerten, der in seinem Hofe angefettet sei. Keulich habe dieser sich seinen Schwanz am Feuer der Kaffern verbrannt, habe sich herumgedreht und ihn, den Präsidenten, gebissen, der ihn doch eben erst gefüttert gehabt habe. Es kann auch keinem Zweifel unterliegen, daß dem Jameison'schen Einfall vom Jahre 1895 eine regelrechte Verschwörung der Ausländer oder wenigstens ihrer Führer in Johannesburg vorausging, deren Ausbruch schließlich nur daran scheiterte, daß die Leiter der Be-

wegung sich nicht darüber einig waren, unter welcher Flagge die Erhebung stattzufinden habe. Man war zuerst dahin übereingekommen, daß es die von Transvaal sein solle; als dann im letzten Augenblick Seitens einiger Anglicissimi der Versuch gemacht wurde, die englische Flagge an ihre Stelle zu setzen, erfolgte die Spaltung und die Forderung, daß die Jameſon'sche Expedition aufgeschoben werden solle. Daß die englische Regierung oder mindestens ihre Beamten von der beabsichtigten, vom Reformcomité geleiteten Bewegung Kenntniß hatten und sie im Prinzip billigten, erscheint ebenfalls unzweifelhaft. Lord Loch's Frage an die Mitglieder des Comités, die ihm von ihren Absichten und Hoffnungen sprachen, ob sie auch Gewehre hätten, wäre sonst eine bei einem so alten Diplomaten schwer verständliche Naivität gewesen. Die Beschwerden der Reformers über die Verweigerung politischer Rechte für die Ausländer, die Brauntweinfrage, das Dynamit- und andere Monopole, die in der Erziehungsfrage gezeigte fast ausschließliche Begünstigung der holländischen Schulen und Sprache zur Benachtheiligung des englisch sprechenden Theiles der Bevölkerung und eine große Anzahl von Beeinträchtigungen der persönlichen Sicherheit von Ausländern verdienten und verdienen ernsteste Beachtung, und es ist im Interesse der Boeren selbst lebhaft zu bedauern, daß sie von Seiten der Regierung von Transvaal nicht eingehendere Berücksichtigung gefunden haben. Aber die Sache der Ausländer erhält freilich keinen besseren Anschein, wenn man sie mit dem vergleicht, was von Seiten der englischen Regierung, die die Forderungen derselben vertritt, und der Gesellschaften geschieht, die man mit Recht oder Unrecht als verantwortlich für die Aufstellung dieser Forderungen ansieht. Es ist unzweifelhaft eine Ungerechtigkeit und Rücksichtslosigkeit, wenn die Transvaalregierung von den für Erziehungszwecke ausgeworfenen 63 000 £ nur 650 £ für die Schulen der Ausländer verwandt hat (1896), aber das britische Kolonialamt, das in diesem Augenblick bestrebt ist, den Gebrauch der italienischen Sprache in Malta zu

unterdrücken, wo 200 000 Malteser 6000 Engländern gegenüberstehen, kann sich Transvaal gegenüber sicherlich nicht auf eine ethische Berechtigung seiner Forderung berufen, ebensowenig wie die Chartered Company, deren spiritus rector Mr. Cecil Rhodes ist, und die 50 % von dem Ertrage der von ihr in ihrem Gebiet konzessionirten Bergwerke verlangt, guten Grund zu haben scheint, sich darüber zu beschweren, daß die Einkünfte von Transvaal, selbst vorausgesetzt, daß sie ausschließlich aus dem Ertrage der Bergwerke stammen, 22 % derselben ausmachen. Wenn der Herzog von Argyll in der „Mail“ (Times) vom 22. Dezember v. J. schreibt, daß die Boeren weiter nichts als eine korrupte Oligarchie seien und sich gegen das britische Reich erhoben hätten, weil dasselbe volksthümlich und frei sei, so ist er sicherlich ebensoweit von der Wahrheit entfernt, wie Mr. Thomas Fortescue Carter, der in seiner „Narrative of the Boer War“ zu dem Ausspruch kommt, daß, was die Annexion Transvaals veranlaßte, das Ergebnis von Englands historischem Hunger nach Land, besonders reichem Land (Englands historical greed of territory, especially rich territory) gewesen sei. Es ist auch nicht weniger irthümlich, die Ursache für den Wunsch der Vernichtung der beiden Boeren-Republiken, die von der konservativen wie von der liberalen Partei in England als das Ziel des Krieges hingestellt wird, in persönlichen kommerziellen Interessen der Familie Chamberlain oder Mr. Cecil Rhodes', der Chartered oder der de Beer's Company zu suchen; große und nicht unberechtigte Ziele der englischen Regierung, geschweige denn der imperialistischen Partei, genügen vollständig, die Vorgänge in Südafrika während der letzten Jahre und noch mehr während der letzten Monate zu erklären. Die Behauptung Indiens ist eine Lebensfrage für England, und von den drei Wegen, die nach dort führen, durch den Suezkanal, über Canada und um das Kap, kann England mit Sicherheit nur auf die Offenhaltung des letzteren zählen; die beiden andern können ihm in jedem Augenblick verlegt werden. Es ist daher

eine absolute Nothwendigkeit für England, sich die wichtigste Position an diesem Wege, die des Kap's der guten Hoffnung, zu sichern und seine Vorkehrungen dagegen zu treffen, daß eine in dessen Rücken gelegene feindliche Macht, wie die Boeren-Republiken dies sein könnten, ihm in einem gegebenen Augenblick den Besitz derselben nicht streitig zu machen im Stande sei. Wenn von englischer publizistischer Seite behauptet wird, daß das Aufziehen der englischen Flagge am Kap im Jahre 1620, lange bevor die Holländer sich desselben bemächtigten, und die Entdeckungsreisen in Südafrika England ein präscriptives Recht auf den Besitz desselben gäben, so sind das Spiegelfechtereien, die so wenig zu Englands Ehre ausfallen, wie die Annexion der Diamantminen von Kimberley auf Grund eines im Jahre 1871 mit einem eingeborenen Häuptling, Waterboer, abgeschlossenen Uebereinkommens: der unbestrittene Besitz der Kapkolonie ist eben eine Lebensfrage für England, und dieses hat daher nicht allein das Recht, sondern die Pflicht, alle seine Kräfte für die Behauptung derselben einzusetzen\*).

Wie sich aus dem Vorstehenden ergibt, ist die Feindschaft der Boeren gegen England erklärlich und ihr Mißtrauen gegen diese Macht berechtigt, während die Lage der Ausländer mit Recht als eine unerträgliche bezeichnet wird und die zwingende Nothwendigkeit für England anerkannt werden muß, an dem Wege um das Kap nach Indien keine feindliche Macht zu dulden. Licht und Schatten erscheinen also ziemlich gleichmäßig vertheilt, damit ist indessen nur eine und nicht die wichtigste Seite der sich augenblicklich in Südafrika abspielenden Krisis berührt worden. Für die Beurtheilung der Frage, ob für die Haltung der Boeren jene innere Berechtigung vorhanden sei, die allein einen dauernden Erfolg in Aussicht stellen kann, müssen andere als nur ethische und politische Gründe herangezogen werden.

\*) Vergl. Wachs, Major a. D., Die Etappenstraße von England nach Indien um das Kap. Abdruck aus der „Maritimen Rundschau“.

Denjenigen, die den Gang der Geschichte mit offenen Augen verfolgen, wird kein Zweifel darüber bestehen, daß Darwin's Lehre von dem Ueberleben der höheren Rassen im Kampfe um das Dasein wie auf die Thierwelt, so auf den Menschen Anwendung findet, und zwar nicht nur auf Individuen und Familien, sondern auch auf größere Gruppen, wie Nationen, Rassen und Civilisationen. Ueberall, wo höhere und darum lebensfähigere Rassen bisher mit niedrigeren zusammengetroffen sind, unterlagen und verschwanden die letzteren; die Boeren selbst haben ihre Herrschaft auf den Gebieten errichtet, die sie erst eingeborenen afrikaniſchen Rassen abgenommen hatten, es ist also im historisch-philosophischen Sinne nicht als ein Unrecht, sondern nur als ein Fortschritt in der weiteren Entwicklung anzusehen, wenn eine andere höher stehende Civilisation ihnen Gleiches mit Gleichem vergilt.

Nun wird sich trotz aller Anerkennung, die man für die persönliche Tapferkeit der Boeren und ihr tiefes religiöses Gefühl wie für die hervorragenden Eigenschaften einzelner ihrer Stammgenossen haben mag, nicht in Abrede stellen lassen, daß wir es bei ihnen nach Bildung, Auffassung und Urtheilsfähigkeit mit einem Ueberbleibsel vergangener Zeiten, mit einem Anachronismus zu thun haben, denen bei der Berührung mit der höheren englischen, d. h. europäischen Civilisation nur die Wahl zwischen der Annahme derselben oder dem Untergange bleiben wird. Kein Hirtenvolk, und die Boeren sind in der Mehrzahl und in ihren besten Elementen ein solches, kann, sobald ihm der Raum zum Ausweichen fehlt, dem Andringen einer räumlich geschlosseneren Form der Kultur, wie Ackerbau und Industrie sie bieten, widerstehen; der Kampf, den die Boeren heute gegen England führen, muß daher, ungeachtet aller Sympathien, die ihr tapferer Widerstand uns und Anderen einflößt, als ein auf die Dauer aussichtsloser bezeichnet werden. Selbst ein vollständiger Sieg der Boeren und ein ebenso vollständiger Rückzug der englischen Armee und Politik kann die schließliche Katastrophe, die die Boeren bedroht, nur hinauschieben, nicht verhindern. Die immer zuneh-

mende Infiltration fremder Elemente, ihrer Anschauungen, Bedürfnisse und Sprache, wird allein genügen, in absehbarer Zeit das Ergebnis herbeizuführen, das England mit Waffengewalt zu erreichen nicht im Stande gewesen sein würde. Diese Seite der Frage übersehen zu haben, ist die ethische Schuld, die England und die Boeren gleichmäßig trifft, und von der auch die öffentliche Meinung in Deutschland weder für die Vergangenheit noch für die Gegenwart freizusprechen ist. Durch ihre Kundgebungen nach dem Jameson'schen Einfall und die bei der Gelegenheit gegen England gerichteten heftigen Angriffe hat sie, weit entfernt, Transvaal zu nützen, es der englischen Regierung ermöglicht, die Aufmerksamkeit im eigenen Lande von den unverantwortlichen Vorgängen in Südafrika ab auf den ihr anscheinend plötzlich entstandenen Gegner in Europa zu lenken und dadurch einerseits die wirkliche Sachlage zu verdunkeln und andererseits den britischen Chauvinismus zu Gunsten der großen Forderungen für die Flotte mobil zu machen. Es kann ebensowenig in Abrede gestellt werden, daß die damals in weiten Kreisen in England verbreitete, theils ehrliche, theils künstlich hervorgerufene Ueberzeugung von der Möglichkeit einer Einmischung Deutschlands in die südafrikanischen Verhältnisse einen sehr wesentlichen Einfluß, wenn auch vielleicht nicht auf die weiteren Entschlüsse der britischen Regierung, so doch auf die Aufnahme ausgeübt hat, welche dieselben im englischen Volk gefunden haben. Auf der anderen Seite hat die öffentliche Meinung in Deutschland es unterlassen, den Eindruck, den die Ausbrüche der Entrüstung über den Jameson'schen Pflanzstierzug in Prätoria etwa gemacht haben konnten, zu einem Druck auf die Boeren im Sinne einer liberalen Entwicklung der Dinge in Transvaal zu benutzen; im Gegentheil ist auch in diesem Falle das praktisch allein Werthvolle und Nützliche im Schwall der Phrasen, gesprochenener und geschriebener, untergegangen. Die Begeisterung, die der Ausbruch des Krieges zwischen England und Transvaal auch diesmal wieder hervorrief, die Opposition

gegen die Reise des Kaisers nach England und die Absage der Führer der Konservativen an England im Reichstage sind in zu frischer Erinnerung, um einer weiteren Ausführung zu bedürfen; auch diese Kundgebungen haben recht viel Ueberflüssiges und wenig Zeitgemäßes zu Tage gefördert.

Die Abneigung der Konservativen gegen England, die Mutter des Parlamentarismus, des Freihandels und der Goldwährung, *fons et origo mali*, ist erklärlich, selbst wenn man von den geistigen Beziehungen und anderen Ähnlichkeiten absieht, die sonst zwischen ihnen und den Boeren bestehen mögen\*); weniger verständlich dagegen sind die Sympathien weiter Kreise von Kolonialfreunden für die Boeren. Während man sich für die Auftheilung China's — nebenbei bemerkt ein nicht ernsthaft zu nehmender Gedanke — begeistert, weil dieses Land sich den Forderungen, die Handel und Industrie an es richten, in seinem eigenen schlecht verstandenen Interesse widersetzt, schwärmt man für die Boeren, die genau dasselbe thun und die die Ausländer und die in deren Begleitung gekommene Industrie vielfach schlechter behandelt haben, als dies Seitens der Chinesen geschehen ist. Vielleicht liegt auch hier die Erklärung in der historisch ja nicht unberechtigten Abneigung gegen England und dessen Wege. In der That sind die

\*) Mr. Edmond Demolins, der bekannte Verfasser von „*A quotient la supériorité des Anglo-saxons*“ hat in der „*Revue sociale*“ mehrere, auch als Broschüre erschienene Artikel über die Krisis in Südafrika unter dem Titel „*Boers et Anglais, où est le droit?*“ (Paris, Firmin-Didot, 1899) veröffentlicht, in denen er von den Konservativen behauptet, sie seien dahin gelangt, dem schlecht verstandenen Privatinteresse das öffentliche Interesse zu opfern. Ebenso wie die großen Latifundien Italien, Polen, Schottland, Spanien und andere ruinirt hätten, sei dies nun auch mit den Boeren der Fall, die mehr Eifer gezeigt hätten, sich ungeheurer Landstrecken zu bemächtigen, als sie zu bebauen. Sie hätten so das Gesetz des Eigenthums verletzt und dasselbe wende sich nunmehr gegen sie, wie es sich gegen alle großen, nicht ackerbautreibenden Grundbesitzer gewendet habe. „Wenn dieses Gesetz nicht rücksichtslos gewaltet hätte, würde die Oberfläche des Bodens heute von Wald- und Wiesenflächen eingenommen sein, und die Menschheit würde aus Mangel an Subsistenzmitteln aufgehört haben zu existiren.“

Selbstsucht seiner Ziele und die Rücksichtslosigkeit der zur Erreichung derselben angewendeten Mittel durchaus dazu angethan, selbst stärkere Gemüther unangenehm zu berühren und abzustößen; aber wir dürfen dem gegenüber nicht aus den Augen verlieren, welche Verdienste England sich um die Eröffnung und Civilisirung eines großen Theils der Erde erworben hat. Wir brauchen uns nur vorzustellen, wie es auf derselben aussehen würde, wenn Englands Rolle in der Weltgeschichte Portugal oder Spanien zugefallen wäre, oder wie es um unseren Handel und unsere Industrie stände, wenn eine andere Macht als England sich im Besitz Indiens und der englischen Kolonien befände. Den Heißspornen unserer alldeutschen Partei ist auch die Erwägung der Frage zu empfehlen, welchen Einfluß ein vollständiger Rückgang Englands — und als ein solcher müßte das Unterliegen desselben in dem Kampfe gegen die Boerenrepubliken angesehen werden — auf Frankreichs und Rußlands Beziehungen zu Deutschland haben könnte. Die Frage aufstellen, heißt sie beantworten, und was immer unsere Ansichten über die Beweggründe der englischen Politik und die Mittel und Wege sein mögen, die zur Durchführung derselben in Anwendung gebracht worden sind: wir dürfen uns nicht verhehlen, daß eine Niederlage Englands eine Thatfache wäre, die, weit entfernt, die Sache der Civilisation zu fördern, dieselbe vielmehr ernsthaft schädigen würde. Wenn unsere Sympathien daher auch auf Seiten der in falscher Auffassung der unvermeidlichen geschichtlichen Entwicklung einen Verzweiflungskampf um ihre Selbständigkeit kämpfenden Boeren sein mögen, so schließt das nicht aus, daß ein endgültiger Erfolg derselben uns mit viel größeren Besorgnissen für die Zukunft erfüllen müßte, als ein theuer erkaufter Sieg der Engländer. Der für einen solchen bezahlte Preis wird den imperialistischen Tendenzen rücksichtsloser Staatsmänner einen Hemmschuh anlegen, der auf lange hinaus genügen dürfte, das Tempo der britischen Politik zu einem so langsamen zu machen, daß Gefahren für die Ruhe der Welt von ihr nicht zu erwarten sein würden.

Um auch der militärischen Lage in Südafrika Erwähnung zu thun, so scheint es, als ob es den Boeren an der Kraft zur Offensive mangelte, ohne die selbst die beste Defensivschloß schließlich zum Unterliegen verurtheilt bleiben muß, und als ob die Engländer weder von den großen Kriegen, die innerhalb des letzten halben Jahrhunderts auf dem Continent geführt worden sind, noch von ihren eigenen früheren Kämpfen in Südafrika etwas gelernt hätten und ihre ganze Kriegskunst in einem den modernen Schießwaffen gegenüber wenig empfehlenswerthen Draufgehen bestände. Südafrika hat in England den Ruf, das Grab des Ruhms, „the grave of reputations“, für Diplomaten und Soldaten zu sein. Wir wollen den alten Lorbeern Lord Roberts' und den jungen Lord Kitchener's wünschen, daß die heiße Sonne eines Kapsoimmers sie nicht zum Welken bringen möge.

Den Ausgang des Kampfes vorauszusagen, scheint unmöglich, wemgleich die numerische Ueberlegenheit der weißen Bevölkerung Englands und seiner Kolonien einen britischen Sieg auch jetzt noch wahrscheinlich erscheinen läßt. Im Interesse der Menschlichkeit aber würde es liegen, wenn nach den ersten militärischen Erfolgen Englands eine unparteiische und der Frage fernstehende Macht, wie die Vereinigten Staaten dies sein würden, ihre Vermittelung anböte, um auf der Basis der Erhaltung der Unabhängigkeit der Boerenrepubliken und der Ertheilung genügender Rechte an die Ausländer-Bevölkerung in Transvaal einem Kriege ein Ende zu machen, der weder dem ausgehenden noch dem beginnenden Jahrhundert zur Ehre gereicht, da er leicht, und ohne die vitalen Interessen einer der betheiligten Mächte zu verletzen, hätte vermieden werden können.

II.

China.

Commercielles, Politisches.

1894—1900.

—\*—

Faint, illegible text, possibly bleed-through from the reverse side of the page.

## Vom chinesischen Hofe. \*)

### I.

Seit Marco Polo seinen damals freilich etwas ungläubigen Landsleuten die Pracht beschrieb, die in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts am Hofe des großen Khan zu Peking herrschte, ist mit dem Namen des Kaisers von China in freilich etwas unklarer Weise der Begriff unumschränkter Macht und größter Herrlichkeit verbunden geblieben. Die Berichte der katholischen Missionare aus dem 17. und 18. Jahrhundert haben dazu beigetragen, diesen Eindruck zu vermehren und das, was über die bei der Zerstörung des Sommerpalastes von Yuen-ming-yuen im Jahre 1860 dort aufgehäuft gewesenen Schätze in die Öffentlichkeit drang, erinnerte lebhaft an die ungezählten Reichthümer, deren Anblick die Wunderlampe Aladins erstaunten Augen verschaffte.

Wie es mit der Zuverlässigkeit der Berichte des Venetianers und der Jesuiten ausgesehen haben mag, läßt sich jetzt schwer feststellen. Man sah vor zweihundert und noch mehr vor sechshundert Jahren mit andern Augen als heute, und Manches, was damals als unübertreffliche Pracht angestaunt wurde, möchte heute vielleicht nur ein mitleidiges Lächeln auf den Lippen des Beschauers hervorrufen. Auch die Schätze an Gold, Perlen, edlen Steinen, Seidenstoffen und Pelzwaaren, die im Sommerpalast gefunden wurden, dürften kaum mit denen zu vergleichen sein, die in den Schatzkammern des Sultans in

\*) Abgedruckt 1894.

Konstantinopel und mancher indischen Fürsten lagern; trotzdem ist es erklärlich, daß sie auf die Plünderer einen recht bedeutenden Eindruck machten. Ein mit Platten aus massivem Golde bekleideter Thronstuhl, Platten, von denen jede einzelne so schwer war, daß sie nur mit Mühe mit zwei Händen gehoben werden konnte, ein in massivem Golde als *pot de chambre* gefaßter Schädel eines Rebellen, Kasten voller Perlen und mit Email und Juwelen geschmückter Louis XIV. und XV. Taschenuhren, und tausende, nein hunderttausende von Rollen von Seide und Brokat, die die Reiter von Jansens und Probyns, irregulären indischen Kavallerie-Regimentern, als Streu für ihre Pferde benutzten, sind Dinge, die man auch am Ende des neunzehnten Jahrhunderts nicht häufig zu sehen bekommt. Auch sonst sind durch Liebhaber und Händler viele schöne Ausstattungsstücke, Stoffe, Stickereien, Bronze-, Lack-, Porzellan-, Jade- und Elfenbein-Arbeiten nach Europa gelangt, die einen hohen Begriff von der am Kaiserhofe und bei reichen Leuten herrschenden Pracht zu geben im Stande sind — aber, im Gebrauch sieht man solche Sachen nicht in China, wenigstens nie der Fremde. Daß sie gebraucht werden müssen, geht schon daraus hervor, daß sie vorhanden sind, aber vielleicht wäre es richtiger, mit Bezug auf ihre Benutzung von der Vergangenheit, als von der Gegenwart zu reden.

Was Marco Polo gesehen und beschrieben, war die Blütezeit der mongolischen Dynastie, deren Herrscher soeben erst ihren Hof von Caracorum nach Peking verlegt gehabt hatten und aus gekrönten Häuptlingen mongolischer Horden Kaiser von China geworden waren; die Berichte der Missionare behandeln die Zeiten der Kaiser Kanghi und Kienlung, unter denen Kunst und Wissenschaft sich in China in ähnlicher Weise entwickelten, wie unter Louis XIV. und seinem Nachfolger in Frankreich, und was in Juen-ming-yuen vorgefunden wurde, waren im Wesentlichen die im 17. und 18. Jahrhundert gesammelten Schätze. Seitdem waren böse Zeiten über China gekommen; auswärtige Kriege und innere

Aufstände hatten das Reich dem Untergange nahegebracht, und sein Zustand kann wohl am besten mit dem verglichen werden, in welchem sich Deutschland noch lange nach dem dreißigjährigen Kriege befand. — Unzählige Kunstschätze waren zerstört worden, die Sitze der Industrie verwüstet, die Arbeiter vertrieben oder getödtet, die Geheimnisse der Fabrikation verloren gegangen, die Kauflust und Kaufkraft der Begüterten erlahmt, — kann es da Wunder nehmen, wenn die Eindrücke, die wir heute empfangen, ganz andere sind als die, welche derjenige hatte, der China besuchte, ehe diese Stürme es heimsuchten? Auch der immer nagende Zahn der Zeit hat an dem Werk der Zerstörung mitgeholfen; meldete doch vor wenigen Jahren der Gouverneur der Kaiserlichen Residenz in Jehol, der den Befehl erhalten hatte, die dort befindlichen Kunstschätze nach Peking zu senden, daß von neunhundert und einigen in den Inventarien verzeichneten Stücken nur noch 228 unverseht aufgefunden worden seien. Aehnlich mag es in den anderen kaiserlichen Palästen zugehen, und die Hand der Eunuchen wird oft genug der Zeit hülfreich unter die Arme gegriffen haben. Eins aber ist dem chinesischen Kaiserhofe von der vergangenen Pracht geblieben: der räumliche Umfang der kaiserlichen Residenz, die von Mauern und Gräben umgeben mit ihren hunderten von Hallen und Höfen, mit ihren Gärten und Seen eine größere Fläche bedeckt als manche Stadt. In dem Palaste leben nur Frauen und Eunuchen und ein Mann, der Kaiser, obgleich Beamten zu gewissen Zeiten der Zutritt zu bestimmten Räumlichkeiten gestattet ist. Die Eunuchen sind Alles, Diener, Träger, Gärtner, Schauspieler und selbst — Priester, freilich nur in dem im Innern des Palastes gelegenen Lamatempel; der reine Buddhismus verlangt von seinen Priestern daselbe wie die katholische Kirche, einen unverstümmelten Körper.

Die Frauen im Palast haben alle, auch die niedrigsten Dienerinnen, große, d. h. nicht verkrüppelte Füße, sie werden aus den zu den vierundzwanzig, gewissermaßen die Hausmacht der Manichurischen Dynastie bildenden, Bannern (Re-

gimentern) ausgewählt, und keine Frau mit verkrüppelten Füßen, d. h. keine Chinesin darf sich dauernd im Palaste aufhalten. Seit wann und aus welchem Grunde die Verkrüppelung der Füße, die durch das unter die Fußsohle Biegen der vier kleineren Zehen und das Hinaufpressen der oberen Fußknochen, aus dem oft ein Hinauspressen wird, entsteht, eingeführt worden, ist noch heute ein um so merkwürdigeres Räthsel, als die chinesischen Geschichtschreiber sonst das kleinste Ereigniß sorgfältig zu verzeichnen pflegten. Der Versuch, welcher von dem Kaiser Kanghi im Jahre 1664 gemacht wurde, diese angeblich aus dem 6. oder 10. Jahrhundert n. Ch. stammende Sitte, oder richtiger Unsitte, zu unterdrücken, war aber so erfolglos, wie die dahin gehenden Bemühungen der Missionare; man kann annehmen, daß alle Chinesinnen, mit Ausnahme der zu den chinesischen Bannern gehörigen, verkrüppelte Füße haben; sonst haben noch die Manichurinnen und Mongolinnen, die Frauen der Hakka, die der als die ursprünglichsten Bewohner Chinas angesehenen Bergstämme im Süden und Westen, und die der Bootbevölkerung von Canton, natürliche Füße.

Die Hakka „Fremde“, sollen aus den nördlichen Provinzen im 13. Jahrhundert nach Kwangtung eingewandert sein und stehen mit den früheren Einwanderern, den Punti, d. h. „die zum Boden gehörigen“, in fortwährender Fehde. Die Feindschaft der beiden Rassen trug wesentlich zu der schnellen Verbreitung des Taiping-Aufstandes bei, wenn sie nicht überhaupt die Veranlassung zu demselben war. Die Tanka (das Eiervolk), wie die Bootbevölkerung von Canton genannt wird, sind eine der vielen, noch ungelösten Aufgaben, welche die Bewohner von China dem Ethnologen stellen. Sie sollen die Ueberbleibsel eines Stammes der Urbevölkerung sein, den der Fortschritt der chinesischen Civilisation vor sich her und schließlich dazu getrieben hat, ganz auf dem Wasser zu leben. Seit Jahrhunderten ist ihnen verboten, sich auf dem Lande niederzulassen, auch ein Edikt des Kaisers Jung-ching, welches ihnen im Jahre 1730 die An-

siedelung am Ufer der Ströme gestattet, hat keinen praktischen Erfolg gehabt; sie werden als Pariahs angesehen, die das Gesetz von den Prüfungen und damit von der Beamtenlaufbahn ausschließt, während die Sitte ihrer Vermischung mit den anderen Klassen der Bevölkerung, wie z. B. durch die Ehe, unterjagt. So findet es sich in China, daß der Hof, die Nachkommen der Eroberer, denn auch die chinesischen Banner bestehen aus den Nachkommen derjenigen Chinesen, welche sich zuerst den Manchuren angeschlossen haben, die Ureinwohner, und die Pariahs, d. h. die höchsten und niedrigsten Klassen, allein Frauen mit natürlichen Füßen besitzen, während alle andern Frauen auf Ziegenfüßen, damit kann man die verkrüppelten Füße am besten vergleichen, herumstelzen.

Trotz des dem europäischen Auge auffälligen Mangels an äußerer Pracht würde es irrtümlich sein, dem chinesischen Kaiserhofe eine spartanische Lebensweise zuschreiben zu wollen. Die in der Peking-Zeitung von Zeit zu Zeit veröffentlichten Berichte der Leiter der kaiserlichen Fabriken in Suchau, Hangchau, Nanjing und Kiufiang beweisen das Gegentheil. Im Jahre 1878 betrug die allerdings durch das Begräbniß des verstorbenen Kaisers vermehrten Kosten für die von der kaiserlichen Manufaktur in Hangchau gelieferten Seidenstoffe ungefähr 254000 Taels, d. h. 1270000 Mark; rechnet man dazu etwa 250000 Mark für in Suchau und 175000 Mark für in Nanjing während derselben Zeit gefertigte Stoffe, so kommt man auf einen Gesamtbetrag von über ein und eine halbe Million Mark, wofür allerdings nach unseren Begriffen eine ganz hübsche Anzahl von Toiletten, Vorhängen und Portièren gekauft werden könnte. Ein großer Theil dieser Beträge muß von den betreffenden Beamten durch allerhand kleine Mittelchen und Uebertragungen beschafft werden, und die Peking-Zeitung enthält mehr als einen Bericht, in welchem die Direktoren der kaiserlichen Fabriken um Nachsicht dafür bitten, daß es ihnen wegen mangelnder Fonds nicht möglich sei, die erhaltenen Aufträge auszuführen. Auch sonst scheint,

immer nach der Peking-Zeitung, der Sohn des Himmels, oder wenigstens sein Hausminister manche irdischen Sorgen zu haben. Im Jahre 1878 hatte der große, damals in mehreren Provinzen des Reichs herrschende, Nothstand einigen Censoren Veranlassung gegeben, auf die Nothwendigkeit hinzuweisen, die Ausgaben für den kaiserlichen Haushalt zu beschränken; eine Anregung, der die Kaiserin-Regentin sofort dadurch entsprach, daß sie das Hausministerium zu einer Berichterstattung über die möglichen Ersparnisse aufforderte. Nach längerem Sträuben erklärte das Hausministerium, daß es sich wegen mangelnder Mittel seit längerer Zeit der größten Sparjamkeit befließigt habe. Neuananschaffungen seien gar nicht erfolgt, und selbst die nothwendigsten Reparaturen im Palast seien unterblieben; an den Mahlzeiten der sonst im Palast wohnenden Personen könne nichts erspart werden, aber an den Mahlzeiten für Ihre Majestäten würde es jetzt, da Dieselben erklärt hätten, sich wegen der fortdauernden Dürre jeder Fleischnahrung enthalten zu wollen, möglich sein, jeden Tag 30 bis 40 Taels, d. h. 150 bis 200 Mark zu erübrigen. — Weitere Anschuldigungen seitens der Censoren veranlaßten einen neuen Bericht des Hausministeriums, in welchem dasselbe auseinandersetzte, daß es längst nicht mehr im Stande gewesen sei, trotz der größten Sparjamkeit, die Ausgaben für den kaiserlichen Haushalt aus den regelmäßigen Einnahmen zu decken, es hätte sich genöthigt gesehen, vom Jahre 1858 bis 1874 von andern Ministerien außerordentliche Zuschüsse im Gesamtbetrage von 46 Millionen Mark zu erbitten; seit 1874 sei die Lage noch schlechter und das Ministerium schulde augenblicklich über sechs und eine halbe Million Mark, die es erst hoffen könne abzutragen, wenn die Einkünfte der Civilliste des Kaisers stiegen. Von Mangel an Sparjamkeit oder gar leichtsinnigen Ausgaben könne also gar keine Rede sein.

Aber auch hiermit waren die Censoren nicht zufrieden. Die Bemühungen Ihrer Majestäten, durch eigene Entbehrungen die Ausgaben für den kaiserlichen Haushalt zu vermindern, hätten

das Volk mit Staunen und Dankbarkeit erfüllt, desto mehr Verwunderung hätte aber die Erklärung des Hausministeriums hervorgerufen, daß Ersparnisse nicht gemacht werden könnten. Seit mit dem Regierungsantritt des Kaisers Tung-chih (1862) die ungeheuren Kosten für die Unterhaltung des Sommerpalastes in Yuen-ming-yuen (durch die Zerstörung desselben im Jahre 1860) in Wegfall gekommen seien, hätte man gehofft, daß die Ausgaben für den kaiserlichen Haushalt sich um die Hälfte vermindern würden, statt dessen seien dieselben noch gestiegen und heute beträchtlich höher, als unter den beiden vorhergehenden Kaisern Hien-fêng und Tao-hwang. Da, wie das Hausministerium erklärte, keine besonderen Anschaffungen stattgefunden hätten, die allein eine solche Zunahme der Ausgaben erklären könnten, so müsse man eben annehmen, daß die Schuld an dem Ministerium selbst läge, und in der That sei es ausschließlich den Erpressungen der Beamten desselben zuzuschreiben, wenn die vorhandenen Mittel nicht ausreichten. Die Beamten begnügten sich nicht damit, 20% oder 30% zu dem Preis jeder Lieferung zuzuschlagen, sondern es käme häufig vor, daß, wo die Rechnungen über tausend Taels lauteten, nur hundert wirklich bezahlt worden seien; auf diese Weise und durch die Geschenke, welche sie bei dem Abschluß von Lieferungs- und Arbeits-Kontrakten erhielten, sammelten die Direktoren der einzelnen Abtheilungen in kurzer Zeit fürstliche Vermögen. Auch die Eunuchen stehlen, wo sie nur können, und über sie, wie über die ganze Verwaltung müßte die genaueste Kontrolle geübt werden. Die Angelegenheit veranlaßte ein sehr energisches Edikt der Kaiserin-Regentin, in dem die strengste Untersuchung angeordnet wurde, im Uebrigen dürfte wohl Alles beim Alten geblieben sein. Amüßant und lehrreich ist es aber, daß die Ausgaben für die Hofhaltung des, der Außenwelt noch immer sehr geheimnißvoll erscheinenden Kaisers in einer Weise öffentlich behandelt werden, wie man sie eigentlich nur von einer sensationsbedürftigen Presse in Europa oder Amerika erwarten könnte.

## II.

Ungehörige Vorgänge im Palast geben stets dem Kaiser oder der Kaiserin-Regentin Veranlassung zu Aeußerungen des Allerhöchsten Mißfallens. Ein Diener erhängt sich in einem der in der verbotenen Stadt befindlichen Bureaux des Kriegsministeriums, und Schwärmer werden innerhalb der Palastgründe abgebrannt, ohne daß es gelingt, der Schuldigen habhaft zu werden, wofür die Offiziere der Wache und die Sekretäre des Ministeriums streng bestraft werden. Von einem der Gebäude des Schlosses werden von den Dachfirten herabhängende Ketten gestohlen; die nähere Untersuchung ergibt, daß dreizehn Leute, darunter ein im Palast bediensteter Eunuche, seit zwei Jahren eine Anzahl von Raubzügen in das Innere der Kaiserstadt unternommen, Kupferplatten und Nägel von Dächern gestohlen und die Vergoldung einiger Verzierungen abgeseilt haben; die Schuldigen werden zum Tode verurtheilt und hingerichtet, die nachlässigen Wachen und Beamten degradirt und bestraft; andere Diebe haben Bücher aus dem Palast gestohlen und werden ebenfalls hingerichtet. Die kürzlich gemeldete Verraubung des kaiserlichen Zuges auf dem Wege vom Sommerpalast der Kaiserin-Regentin nach der Stadt kann unter den Umständen kaum noch Wunder nehmen.

Wie in Betreff der Sicherheit im kaiserlichen Palast, ist auch sonst Manches anders in China wie bei uns. Der Kaiser empfängt seine Minister des Morgens zwischen drei und vier Uhr zum Vortrag, der knieend erstattet wird, und geht nach beendigter Arbeit um 7 Uhr Morgens ins Theater. — Besonders der Neujahrstag, der Geburtstag der früheren Kaiserin-Regentin und sein eigener stellen große Ansprüche an die Kräfte des Kaisers. Für einen der Neujahrstage, der auf den 1. Februar fiel, lautete das Programm folgendermaßen: Um vier Uhr Morgens begibt sich Seine Majestät in den außerhalb des Palastes gelegenen Ahnentempel, um dort die vorgeschriebenen Opfer zu bringen; um  $\frac{1}{4}$  vor fünf Uhr wird seine Majestät Weihrauch in der Halle des

Confucius und vor dem Altar des Gottes der Heilkunde verbrennen. Darauf wird Seine Majestät in der Kim-King-Halle den Thron besteigen und den Thee einnehmen, der auch den im Allerhöchsten Gefolge befindlichen Staatsministern gereicht werden wird. In den Palast zurückgekehrt, wird Seine Majestät sich um sieben Uhr zu der Kaiserin-Regentin begeben und derselben seine Ehrfurcht bezeigen (durch Vollaufen des Kotsau). Um  $\frac{1}{2}$  8 Uhr wird Seine Majestät seinen Sitz in der Chung-ho (Thronhalle) nehmen und dort die Verehrung der Staatsminister und seines persönlichen Gefolges, dann in der großen Thronhalle, der Tai-ho-ten, die des gesammten Hofes entgegennehmen. Um neun Uhr wird Seine Majestät sich in die Tai-kao-ten begeben, um Weihrauch zu verbrennen und von dort nach der Schan-hwang-tien, um den daselbst aufgehängten Bildern der kaiserlichen Ahnen seine Verehrung zu bezeigen. Nachher wird sich der Kaiser in seine Privatgemächer zurückbegeben. — Das sind ungefähr sechs Stunden ununterbrochener Repräsentation in ungeheizten Räumen bei möglichenfalls — 12 bis 15° C., immer aber bei trotz der warmen Kleidung sehr fühlbaren Kälte.

Am Tage nach Neujahr bringt die Peking-Zeitung jedesmal einen Bericht des Präsidenten des Astronomischen Amtes, daß der Wind am Tage vorher aus Nordosten geweht habe, was langes Leben und reiche Ernte bedeute. — Der Bericht hat mit der wirklichen Windrichtung nichts zu schaffen; für den Kaiser weht der Wind am Neujahrstage immer aus Nordosten, und es thut der Bedeutung des glücklichen Omens auch keinen Abbruch, wenn das Jahr gerade das Gegentheil von der Voraussagung bringen sollte!

Die Thore Peking's werden mit Sonnenuntergang geschlossen und erst mit Sonnenaufgang wieder geöffnet, und diese Regel wird so streng innegehalten, daß selbst für Courire mit Berichten an den Kaiser keine Ausnahme gemacht, sondern die Depeſchen derselben an einem Strick über die Mauer gezogen werden. Nur das Mittelthor der Südseite der Tatarenstadt wird von Mitter-

nacht bis  $\frac{1}{2}$  1 Uhr geöffnet, damit die in der Chinesenstadt wohnenden hohen Beamten Gelegenheit haben, sich ins Schloß zu begeben. Dort müssen sie bis drei Uhr in den Vorgemächern auf den um diese Zeit stattfindenden Empfang durch den Kaiser warten, nach welchem sie sich in ihre verschiedenen Ministerien begeben. — In Peking dürfen sich nur die Mitglieder des Kaiserlichen Hauses, die zu dem höchsten Adel gehörigen Personen und die Beamten der ersten Rangklasse, eines Tragstuhls bedienen, alle andern nur eines Karrens; am Palastthor muß aber Alles aussteigen und den weiten Weg ins Innere zu Fuß zurücklegen. Nur wenigen Prinzen und hohen Würdenträgern wird, letzteren aus Gesundheitsrücksichten, manchmal gestattet, in den Palastgründen zu reiten oder sich eines von zwei Trägern getragenen Tragstuhls zu bedienen. Vor und nach der Audienz muß der Betreffende den Kotau machen, d. h. sich dreimal niederwerfen und jedesmal dreimal den Fußboden mit der Stirn berühren, daß es schallt, so schreibt es wenigstens das Ceremoniell vor. Sehr alten Leuten wird gestattet, sich beim Hinknien und Aufstehen helfen zu lassen, und der Besieger Jakub Chans Tjo Tjung-tang durfte stehend sprechen, da seine Gesundheit ihm das Knien unmöglich machte.

Nach den in der Peking-Zeitung veröffentlichten Hofnachrichten hatte der Kaiser in einem Monat an jedem Tage den Staatsrath empfangen, neunzehn besondere Audienzen ertheilt, fünf Mal in dem Ahnentempel seine Andacht verrichtet, zwei Mal um Schnee gebetet, bei einigen Staatsbanketten präsidirt und einem Feuerwerke beigewohnt.

Die Regierungsgeschäfte werden in der Art wahrgenommen, daß die Präsidenten und Vizepräsidenten der hauptstädtischen Ministerien, die Censoren und die höheren Provinzial-Beamten direkt an den Kaiser berichten, der den in den Schriftstücken enthaltenen Anträgen und Vorschlägen entweder seine Genehmigung ertheilt oder sie den Central-Behörden zur Begutachtung überweist. Die Anordnungen resp. Bemerkungen des Kaisers werden

mit rother Tusche geschrieben, daher der „Purpur-Pinsel“ als Symbol des kaiserlichen Willens und Macht. Die höchste Behörde war und ist noch, wenigstens nominell, das Groß-Sekretariat, dem aber nur noch formelle Befugnisse, die Abfassung kaiserlicher Erlasse u. s. w., geblieben sind. Der älteste Groß-Sekretär ist jedoch der höchste Civil-Beamte des Reichs; zur Zeit nimmt diesen Posten zum ersten Male ein Chinese ein, der mit Recht als der bedeutendste Staatsmann Chinas gefeierte General-Gouverneur von Chili, Li Hung-chang; die Geschäfte der Behörde, die wir als Staatsministerium oder Cabinet bezeichnen würden, liegen aber in den Händen des Staatssekretariats, dessen Mitglieder fast täglich Vortrag beim Kaiser haben, zu dem auch die Chefs der hauptstädtischen Behörden häufig befohlen werden.

Schon aus dem Vorstehenden ist ersichtlich, daß die Autorität des Kaisers von China in Regierungs- und Verwaltungssachen weit entfernt davon ist, eine unumschränkte zu sein. Für die Strafgerichtsbarkeit besteht ein ausführliches Gesetzbuch mit zahlreichen Novellen; ähnliche Sammlungen für Civillagen und Handelsfachen gibt es nicht, aber es liegt ein großes Material an Verordnungen, Uancen und älteren Entscheidungen vor, das mindestens ebenso werthvoll ist, wie z. B. das englischen Richtern zu Gebote stehende. Ueber die Befugnisse und Pflichten der einzelnen Ministerien sind umfangreiche Werke vorhanden, die auch die kleinsten Punkte mit großer Genauigkeit regeln; ein direkter Einfluß des Kaisers kann sich daher eigentlich nur in Personalfragen fühlbar machen, und auch dort wird er meistens durch äußere Erwägungen stark beschränkt sein. Selbständig und allein verantwortlich steht der Herrscher nur dem Himmel, oder wenn man will, dem höchsten Wesen, Shangti, gegenüber, freilich nicht in dem Sinne, in dem man anderswo eine derartige Verantwortlichkeit vielleicht aufzufassen geneigt sein würde.

Der Herrscher ist verantwortlich für das Wohl und Wehe seines Volkes, weil Alles, was dasselbe trifft, seinen Tugenden resp. seinen Unvollkommenheiten, Fehlern und Lastern zugeschrieben

wird. Wie er direkt mit dem Himmel verkehrt, indem er die für denselben bestimmten Opfer nach Reinigung durch Fasten und Gebete selbst darbringt, bei welchen Gelegenheiten er denselben auch von etwaigen wichtigen Familien- oder Staatsangelegenheiten durch Verbrennen der Schriftstücke, in welchen dieselben berichtet sind, benachrichtigt, so schuldigt er sich auch selbst in Erlassen und Gebeten der Nachlässigkeit und Sündhaftigkeit an, wenn Ereignisse außergewöhnlicher Art: Ueberschwemmungen, Dürre, Erdbeben, Kriegsniederlagen, Feuersbrünste auf den Zorn und die Unzufriedenheit der Gottheit schließen lassen. Es ist wohl in erster Linie diese, gewissermaßen hohepriesterliche Rolle, die den chinesischen Kaisern seit den ältesten Zeiten zu eigen ist, welche ihnen den geheiligten Charakter gegeben und bewahrt hat, der sie in den Augen der Menge als „Söhne des Himmels“ erscheinen läßt; von göttlicher Abkunft ist keine Rede, im Gegentheil schließt der chinesische Ahnenkultus eine solche ausdrücklich aus, wenn auch die Volksfage manchmal bei der Geburt berühmter Männer Wunder und Zeichen gesehen oder bei der Empfängniß übernatürliche Kräfte mitwirken läßt. Bei dem häufigen Wechsel der Dynastien in China, die außerdem noch vielfach auf fremdem Boden entsprossen, nur durch das Schwert ihre Stellung gewonnen und bewahrt haben, würde ein dahingehender Versuch auch wenig Aussicht auf Erfolg gehabt haben.

Ueber das Familienleben der chinesischen Kaiser ist wenig, oder richtiger, nichts bekannt, aber man wird nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß das strenge, auf klassischen Vorbildern und Vorschriften beruhende Ceremoniell, welches den Verkehr zwischen Ehegatten, sowie zwischen Eltern und Kindern regelt, im Palast noch genauer als anderswo beobachtet und dadurch jede, den Reiz unseres Familienlebens ausmachende Vertraulichkeit ausgeschlossen wird. Als Dienerin in den Palast gerufen zu werden, wird als ein Unglück angesehen, da die Bande, welche das Mädchen an ihre Familie knüpfen, dadurch fast ganz, und wenn nicht für immer, so doch für sehr lange Zeit zerrissen

werden. Ob den Nebenfrauen ihr Loos besser gefällt, mag dahingestellt bleiben, vielleicht findet auch auf sie das chinesische Sprichwort Anwendung: „Besser einem armen Mann als Frau die Kleider flicken, wie als Geliebte eines Reichen seidene Röcke tragen.“ Jedenfalls werden das Eunuchenwesen und die von demselben unzertrennlichen Intriguen nicht dazu beitragen, das Leben der „Pflirsichblüthen“ und „Weidenzweige“, wie der Chinese jene Nebenfrauen und Dienerinnen poetisch bezeichnet, angenehmer zu machen. Im Uebrigen wird sich das Leben im Harem des Kaisers von China kaum wesentlich von dem in den Weibergemächern des Sultans oder indischer Fürsten unterscheiden, das unendlich viel prosaischer verlaufen dürfte, als die durch kein Wissen beschränkte Einbildungskraft mancher Dichter es geschildert hat.

## Wie China regiert wird.

(Abgedr. aus der „Köln. Ztg.“ vom 10., 11., 13. und 14. December 1894.)

Einer der besten Kenner Chinas, der leider zu früh verstorbene chinesische Sekretär der englischen Gesandtschaft in Peking, J. W. Meyers, sagt in seiner vortrefflichen Arbeit über die chinesische Regierung, daß die Aufgabe der Central-Verwaltung in China mehr die sei, das Verfahren der verschiedenen Provinzialbehörden zu überwachen, als selbst die Initiative zu Verwaltungsmaßregeln zu ergreifen. Diese Beurtheilung des zwischen Peking und den Provinzen bestehenden Verhältnisses ist durchaus zutreffend. Nicht als ob es der Centralverwaltung an Macht zum unmittelbaren Eingreifen fehlte; Beispiele vom Gegentheil, wenn selbst anscheinend wenig schwere Vergehen die Abberufung und Degradirung von General-Gouverneuren zur sofortigen Folge hatten, liegen vielfach vor, sondern die den Provinzialbehörden gelassene Freiheit des Handelns entspricht dem von Altersher geltenden Grundsatz, nur dann einzugreifen, wenn eine Uebertretung der vorhandenen Vorschriften oder ausbrechende Unruhen es unvermeidlich machen sollten. In dem letztern Falle findet die Regierung dabei den Vortheil, daß solche Ausbrüche des Volksumwillens sich immer nur gegen Personen, nicht gegen das System wenden können, und daß ihr die Rolle vorbehalten bleibt, als deus ex machina zu erscheinen und den zu laut gewordenen Klagen der Bevölkerung durch Entfernung des mißliebigen Beamten gerecht zu werden. In diesem Grundsatz lag einer der Gründe, welche die Central-Regierung veranlaßten, sich so lange gegen die Einführung elektrischer Telegraphen zu sträuben, denn

sie fürchtete, daß die dadurch ermöglichte schnellere Bericht-  
erstattung sie vor die Nothwendigkeit stellen würde, auch früher  
aus ihrer Zurückhaltung herauszutreten und damit eine bisher  
nicht gekannte Verantwortlichkeit zu übernehmen. Bis zum Jahre  
1883 lehnte das Tsung-li-Yamen es daher überhaupt ab, den  
Provinzialbehörden telegraphische Weisungen zu ertheilen, und es  
bedurfte der durch den französisch-chinesischen Konflikt bald darauf  
geschaffenen Zwangslage, um die Regierung zu bewegen, die  
Verlegung des bis dahin eine Stunde von der Hauptstadt be-  
findlichen Telegraphenamtes zuerst in die Chinesenstadt und  
später in die Tatarenstadt zu erlauben. Tso Tsung-tang, der  
Wiedereroberer der Kaschgarei, nahm in seinem Widerstande  
gegen den elektrischen Telegraphen einen andern Standpunkt ein.  
Jetzt, sagte er, gehen der Regierung die Nachrichten, die sie  
interessiren, durch einen Courirdienst zu, durch den sie den Tag  
sechshundert Li (d. h. 300 km) weit befördert werden, und sie  
allein kennt die so übermittelten Thatsachen. Haben wir erst  
einmal den Telegraphen, so weiß jeder soviel wie die Regierung;  
welchen Nutzen hat diese also davon?

Die Selbständigkeit der Provinzialbehörden ist allerdings  
nur eine scheinbare, was aber nicht verhindert, daß sie namentlich  
den Beschwerden der fremden Vertreter gegenüber stets ganz be-  
sonders hervorgehoben und betont wird. In der That sind die  
Bestimmungen, die alle Handlungen der Behörden regeln, so  
umfassend und zugleich so eingehend, daß solange man sich auf  
die Erhaltung des Bestehenden beschränkt, ein unmittelbares Ein-  
greifen der Centralbehörden überflüssig wird. Die Verwaltung  
verliert dadurch freilich alle Frische und Thatkraft, wie das auch  
in China thatsächlich der Fall ist, aber ein solcher Zustand, bei  
dem die Centralregierung nur Controlbehörde ist, entspricht durch-  
aus den Wünschen und Ansichten der Mehrzahl der augenblicklich  
an der Spitze der Geschäfte stehenden Persönlichkeiten. Das Be-  
stehende zu erhalten, jede Neuerung zu vermeiden, oder, wo dies  
wie beim Kriegswesen nicht möglich ist, die Verantwortlichkeit

für die Einführung einer solchen den Provinzialbehörden zu überlassen, zugleich aber mit ängstlicher Eifersucht darüber zu wachen, daß diese den engezogenen Kreis ihrer Befugnisse nicht überschreiten: das ist für den Augenblick die Hauptaufgabe der Centralverwaltung. Daß es immer und in gleichem Maße so gewesen, ist wohl kaum anzunehmen, wemgleich die Ursache zu dieser bureaukratischen Verknöcherung nicht allein in dem Regierungssystem, sondern noch mehr in der Art und Weise der Heranbildung und der Auswahl der Beamten liegt. Die thatkräftigern Kaiser dieser Dynastie Kanghi, Kienlung und Kiafing haben oft und gern persönlich in den Gang der Regierungsmaschine eingegriffen; unter ihren schwächlichen Nachfolgern haben häufig unwürdige Günstlinge dasselbe gethan, und es ist nicht unmöglich, daß die Erinnerung an die traurigen Erfahrungen der Jahre 1840 bis 1860 die Leiter der Regierung während der seit 1861 fast ununterbrochenen Unmündigkeit der Kaiser hauptsächlich zu der Politik der Unthätigkeit und des Beharrens veranlaßt hat, die ihr einziges Ziel in der Erhaltung des Bestehenden sucht.

Die einflußreichste und mächtigste der höchsten Regierungsbehörden ist der große Rath, auch Staatsrath oder Staatssekretariat (Tschün-tschu-tschu) genannt. Ursprünglich ohne feste Befugnisse und dem Kriegsrath entsprechend, den die ältesten Kaiser der jetzigen Dynastie bei wichtigern Gelegenheiten zu berufen pflegten, hat diese Behörde, seit sie 1730 ihren jetzigen Namen erhielt, immer mehr alle Geschäfte in ihrer Hand zu vereinigen gewußt und leitet namentlich seit den letzten zwanzig Jahren, den Kabinetten westlicher Mächte vergleichbar, fast allein die innere und äußere Politik des Reiches. Die Anzahl der Mitglieder ist unbeschränkt, doch hat sie für viele Jahre die Zahl von fünf nicht überstiegen, die aus den Prinzen, Mitgliedern des Großsekretariats, Präsidenten der Ministerien und den Vorstehern sonstiger Verwaltungen in der Hauptstadt gewählt werden. Seit einer Reihe von Jahren ist Prinz Li Präsident dieser Behörde;

er ist das Haupt des ersten der acht prinzlichen Häuser, die von den manschurischen Fürsten Tai-tzu und Tai-tzung, den Ahnen der jetzigen Kaiserfamilie, abstammen. Die Häupter dieser Familien sind Prinzen erster Klasse und werden im Volke die Prinzen mit der eisernen Kappe (dem Helm) genannt; in diesen Familien ist der Prinzentitel für ewige Zeiten erblich, während sonst der Adel in der kaiserlichen Familie sich in absteigendem Maße vererbt und mit dem Sohn eines Adelligen zwölften Grades erlischt. Wo der Adel wegen militärischer Verdienste verliehen wird, und dies ist die einzige Art, wie er erworben werden kann, wird er für eine Anzahl von Leben verliehen, so z. B. für die erste Klasse des ersten Ranges, die mit Herzog erster Klasse übersetzt zu werden pflegt, für 26 Leben, für die letzte Unterabtheilung des letzten Ranges für ein Leben. Die Obliegenheiten des großen Rathes bestehen darin, „kaiserliche Erlasse und Entscheidungen zu redigiren und solche Beschlüsse zu fassen, wie sie für eine wirksame und geordnete Civil- und Militärverwaltung erforderlich sind“. Die Mitglieder des Rathes werden jeden Morgen zwischen 4 und 6 Uhr vom Kaiser empfangen, wobei durch den Kaiser selbst (während der Unmündigkeit der beiden letzten Kaiser durch die Regentinnen) die Entscheidungen über die eingegangenen Sachen getroffen werden, meistens nach den vom großen Rath vorbereiteten, häufig mehrere verschiedene Entscheidungen ins Auge fassenden Entwürfen, manchmal aber auch nach der eigenen Ansicht des Herrschers. Für den Fall, daß der persönliche Verkehr zwischen dem Herrscher und dem großen Rathe unmöglich ist, wird er durch das Privatkabinet (Tschau shi tshu) vermittelt, dem die aus der Zahl der Prinzen oder der General-Kapitäne der Banner gewählten Oberstkämmerer vorstehen. Unter dem großen Rath stehen außer sechzig Sekretären das Militär-Archiv (Tchang lio kwan), ähnlich der historischen Abtheilung unseres Großen Generalstabes, und das manschurisch-chinesische Dolmetscher-Amt, dem die Uebersetzung der chinesischen Staatschriften ins Manchurische obliegt.

Die zweite höchste Behörde ist das Groß-Sekretariat (Muisfo), das aus vier wirklichen Mitgliedern, zwei Mandschuren und zwei Chinesen, und zwei assistirenden Mitgliedern besteht, von denen je eines ebenfalls einer der beiden Nationalitäten angehört. Mitglied des Groß-Sekretariats zu werden, ist die höchste Ehre, die einem Beamten in China zu Theil werden kann, obgleich die mit dem Amt verbundenen Befugnisse jetzt gar keine Bedeutung mehr besitzen. Früher lag den Reichsajungen gemäß dem Groß-Sekretariat ob, über etwanige Verwaltungsänderungen zu berathen, die kaiserlichen Willensäußerungen zu verkünden, die Staatsgesetze zu regeln und überhaupt in der Regierung des Reichs dem Kaiser zur Seite zu stehen. Jetzt ist diese Behörde zu einer Art Staatskanzlei herabgesunken, der die Abfassung, Veröffentlichung und Aufbewahrung der kaiserlichen Kundgebungen obliegt. Unter der Ming-Dynastie wurden die Mitglieder des Groß-Sekretariats gewöhnlich Koh laoh, d. h. die Alten genannt, woraus die Jesuiten Colao gemacht haben, was häufig irrtümlich mit Premierminister übersetzt wird. In neuerer Zeit werden gewöhnlich einige der hervorragendsten General-Gouverneure zu Groß-Sekretären ernannt, so Li Hung-chang, General-Gouverneur von Chili, der seit 1875 der älteste Groß-Sekretär ist, das erste Mal seit der Thronbesteigung der jetzigen Dynastie, daß ein Chinese diese Stelle einnimmt. Das Groß-Sekretariat ist daher niemals in Peking vollständig beisammen, worin vielleicht der Grund des Sinkens des Einflusses dieser Behörde zu suchen sein dürfte.

In dem Groß-Sekretariat sind ungefähr 200 Beamte beschäftigt. Von ihm geht auch die Mittheilung der in den verschiedenen Ausgaben der Pekingener Zeitung veröffentlichten Hofnachrichten und Schriftstücke aus, sodaß die in dieser Zeitung enthaltenen Angaben stets als amtlich angesehen werden können. Die chinesische Regierung hat sich allerdings den fremden Vertretern gegenüber lange gegen diese Auffassung gesträubt, sie aber endlich doch als zutreffend anerkennen müssen.

Die unter dem Namen Peking-*Zeitung* täglich erscheinende Druckschrift enthält Hofnachrichten, Ernennungen, Versetzungen und Entlassungen, kaiserliche Erlasse und Berichte, Eingaben und Denkschriften von Beamten und Behörden. Die Herausgeber der Zeitung sind Postbeamte und gehalten, nichts als die ihnen von amtlicher Seite zugegangenen Mittheilungen, diese aber ohne Aenderung, abzudrucken und zur weitem Verbreitung in die Provinzen zu versenden. Die „gesammelten Satzungen“ der jetzigen Dynastie, d. h. das Werk, in welchem alle Bestimmungen über alle Zweige der Verwaltung bis in die kleinsten Einzelheiten enthalten sind, ordnen in der auf das Kriegsministerium bezüglichen Abtheilung, welcher Behörde zugleich die Postverwaltung unterstellt ist, an, daß gewisse Postbeamte „drucken und veröffentlichen sollen, was ihnen zu diesem Zwecke in besondern von den Behörden dazu abgestempelten Abschriften zugestellt wird“. Die Zeitung steht unter der Oberaufsicht bestimmter Censoren, die für das, was in ihr erscheint, verantwortlich sind. Neben dem sehr schlecht gedruckten Exemplar, das täglich erscheint und vierteljährlich ungefähr 6 Mark kostet, gibt es eine größere Anzahl handschriftlicher Ausgaben, die viel umfangreicher sind und die Schriftstücke mehrere Tage vor der gedruckten Zeitung bringen. Diese letztern sind dementsprechend auch viel theurer und kosten monatlich, je nach dem Umfange des Inhalts, zwischen 25 und 50 Mark. Sie sind ausschließlich für amtliche Kreise bestimmt und gehen namentlich an die höhern Beamten in den Provinzen; auch die meisten fremden Gesandtschaften halten ein oder das andere Exemplar dieser handschriftlichen Zeitung.

Ähnliche amtliche Veröffentlichungen wie die Peking-*Zeitung* scheinen schon sehr lange in China bestanden zu haben, wenigstens werden „Hofnachrichten“ schon unter dem Kaiser Hwei Tsung der Sung-Dynastie (1101 bis 1125) und noch früher, unter dem Kaiser Nüang Tsung der Tang-Dynastie (713 bis 755) erwähnt. Eine chinesische Presse in dem Sinne der europäischen besteht nicht; die wenigen in Tientsin, Shanghai, Kanton

und Hongkong in chinesischer Sprache erscheinenden Zeitungen sind zum großen Theil mit fremdem Kapital gegründet, und befinden sich noch in fremdem Besitz; einige dieser Blätter, deren Abonnentenzahl 1500 im Allgemeinen nicht übersteigen dürfte, gelten allerdings als die Organe einzelner chinesischen Beamten; einen Einfluß auf den Gang der Verwaltung übt indessen keines aus. Dagegen bringen besonders die in Tientsin und Schanghai erscheinenden Blätter häufig Nachrichten, die auf eine gewisse Verbindung mit den Regierungskreisen schließen lassen könnten, wenn es sich nicht etwa nur um Indiskretionen untergeordneter Beamten handelt. Die Rolle der Aufsicht und Kritik, welche die europäische Presse den Handlungen der Behörden gegenüber spielt, fällt in China den Mitgliedern des Censorenamts zu, dessen Einrichtungen weiter unten ausführlich erläutert werden.

Neben dem Staatsrath und dem Großsekretariat pflegen die Kaiser noch bei außerordentlichen Veranlassungen einen besondern Reichsrath zu berufen, der je nach der Wichtigkeit der Veranlassung aus einer geringern oder größern Anzahl der Prinzen und aus hauptstädtischen Würdenträgern zusammengesetzt zu werden pflegt, die man als „durch Allerhöchstes Vertrauen berufen“ bezeichnen könnte. Unter dem Kaiser Kienlung wurde ein solcher Rath einmal einberufen, um ein Urtheil über die Frage abzugeben, ob die Opfer für den Himmel in einem Gebäude oder im Freien dargebracht werden mußten. Während der letzten zwanzig Jahre ist der Rath häufiger einberufen worden und die ihm zur Erörterung vorgelegten Fragen sind irdischerer Natur gewesen; so hat er seine Meinung wiederholt in der Klage gegen den kommandirenden General in Urumtschi Tsching luh abgeben müssen, der beschuldigt worden war, er habe die Bewohner eines Dorfes niedermachen lassen und habe dieses Blutbad als einen Sieg über Empörer dargestellt. Ferner ist er über die Bewaffnung der Armee und den Verkehr mit den Fremden, die Annahme oder Verwerfung des Vertrags von Livadia, die Frage des Erbrechts des jetzigen Kaisers, den Streit

mit Frankreich u. s. w. gehört worden. Bei solchen Gelegenheiten steht jedem Mitgliede frei, seine Meinung schriftlich besonders zu äußern, und von diesem Rechte wird vielfach Gebrauch gemacht.

Zu diesen obersten leitenden Behörden kommen die eigentlichen Fachministerien, die je nach ihrer Bedeutung und ihrem Einflusse als die sechs Ministerien (Liu pu) oder als die neun großen Staatsämter (Ta fiu king) oder als die sechs Ministerien und neun Ämter (Siao fiu king) bezeichnet werden. Die sechs Ministerien sind: 1. das Departement der Civilverwaltung (Li pu); 2. das Finanzministerium (Hu pu); 3. das Ministerium des Kultus und der Ceremonien (Li pu); 4. das Kriegsministerium (Ping pu); 5. das Justiz (Straf-) ministerium (Hung pu); 6. das Ministerium für öffentliche Arbeiten (Kung pu). Kommen zu diesen: 7. das Censorenamt (Tu tsha yuen); 8. die Staatskanzlei (Tung scheng tze); 9. der Revisionsgerichtshof (Ta li tze); so bilden die neun zusammen die großen Staatsämter. Die sechs Ministerien und neun Ämter (oder Ministerien zweiter Klasse) bestehen aus den unter 1—6 aufgeführten Ministerien, den unter 7—9 angegebenen Ämtern und den nachstehend angeführten weiteren acht, sodaß es in Wirklichkeit elf Ämter sind, die aber amtlich zusammen stets als „neun“ bezeichnet werden. 10. Das Amt für die kaiserlichen Feste (Kwang kuh tze); 11. das Amt für den Opferdienst (T'ai tchang tze); 12. die Gestütverwaltung (T'ai Pu tze); 13. das Ceremonienamt (Hung lu tze); 14. die hauptstädtische Präfektur (Schuntien fu); 15. die Akademie der Wissenschaften (Kwoh tze kien); 16. das Ministerium des kaiserlichen Hauses (Tjung jên fu).

Außerhalb eines unmittelbaren Zusammenhanges mit diesen Behörden, mit Ausnahme der Vorsitzenden und Mitglieder, die häufig auch zugleich andern Ämtern angehören, bestehen: 17. das Auswärtige Amt (Tjung-li-Yamen); 18. das Hanlin Kollegium (Hanlin yuen); 19. das Kolonial-Amt (Li fan yuen); 20. das Studien-Amt (Tschan tchi fu); 21. die Akademie der Inschriften (K'an schu fang); 22. das Astronomische Amt (K'in tien kien);

23. das Kollegium der T'ai, Aerzte (T'ai i yuen); 24. die Admiralität (Hai pu).

Gemeinschaftliche Bezeichnungen sind ferner noch gebräuchlich: 1. für die unter 10—13 aufgeführten Aemter als die „vier kleinen Aemter“; 2. für dieselben und den Revisions-Gerichtshof (Nr. 9) als die „fünf Aemter“; 3. für das Justiz-Ministerium (Nr. 5), das Censoren-Amt (Nr. 7) und den Revisions-Gerichtshof (Nr. 9) als die „drei Strafämter“. Den Beamten dieser letzten drei Aemter, die zu einer Kammer zusammentreten, liegt die Revision und Begutachtung der von den Provinzial-Gerichtshöfen eingesandten Strassachen ob, in denen eine Verurtheilung zum Tode erfolgt ist, bevor die Urtheile dem Kaiser zur Bestätigung unterbreitet werden.

Ueber die Zusammensetzung, den Wirkungskreis und die Obliegenheiten der einzelnen Ministerien und Aemter sind eingehende Vorschriften vorhanden. Die Ministerien werden von je zwei Präsidenten, zwei oder vier Vizepräsidenten und einer Anzahl von Ministerial-Direktoren und Vize-Direktoren geleitet; von den Präsidenten und Vizepräsidenten müssen immer die Hälfte Manchus und die Hälfte Chinesen sein, während unter den andern Beamten die große Mehrzahl Manchus sind. So sind im Ministerium der Civilverwaltung von 125 etatsmäßigen Beamten 92 Manchus, unter 406 des Finanzministeriums 342 und unter 45 des Ministeriums für Kultus und Ceremonien 30. Jedes Ministerium und die größern Aemter besitzen besondere Bureaus für Sekretariat und Expedition und eine Anzahl von Abtheilungen, die die verschiedenen zum Ressort des Ministeriums gehörigen Angelegenheiten bearbeiten.

Das Ministerium der Civilverwaltung ist z. B. wie folgt eingerichtet. Das Präsidium besteht aus 1 Oberpräsidenten, Manchu (nur das Finanzministerium und das Kolonialamt haben noch einen solchen), 2 Präsidenten, 1 Manchu, 1 Chinese, 4 Vizepräsidenten 2 M., 2 Ch. Sekretariat: 5 Geheimssekretäre, 4 M., 1 Ch. Expedition: 2 Kanzleidirektoren, 1 M., 1 Ch.

4 Ministerialabtheilungen: a) Abtheilung für Personalien: Anstellung und Beförderung von Beamten, Feststellung von Rang und Klasse, Audienzen bei Hofe. b) Disziplinarhof: Ueberwachung der Führung der Beamten, Unterweisung wegen Vergehen im Amt, Begutachtung von Urlaubs- oder Entlassungsgesuchen wegen Krankheit oder Alter. c) Abtheilung für die Familienangelegenheiten der Beamten: überwacht die Beobachtung der Vorschriften über Pflege der Eltern, Niederlegung des Amtes wegen Trauer, Annahme weiterer Namen, Namensveränderungen (kein Beamter darf z. B. den Namen eines direkten Vorgesetzten führen und Verwandte gewisser Grade dürfen nicht in derselben Provinz Verwendung finden), Uebergang von erblichen Titeln und Stellen in den Bannern. d) Abtheilung für Auszeichnungen: für die Ertheilung von Adels- und Ehrentiteln und posthumen Ehrenbezeugungen sowie für die regelmäßigen Prüfungen des Verhaltens der Civilbeamten. Jede dieser Abtheilungen steht unter mehreren Direktoren, im ganzen 13 (8 M., 5 Ch.), außerdem sind in ihnen beschäftigt 14 Unterdirektoren (9 M., 5 Ch.) und 11 Sekretäre (5 M., 6 Ch.). Dazu kommen 73 Schreiber, (61 M., 12 Ch.) und 75 außeretatmäßige Beamte, nämlich 1 Ministerialdirektor, 7 Unterdirektoren und 67 Sekretäre.

Das Finanzministerium enthält 14 Ministerial-Steuerbureaus, die über den richtigen Eingang der Steuern und Abgaben aus den ihnen zugewiesenen Provinzen zu wachen haben; außerdem ist den meisten dieser Bureaus zugleich die Verwaltung anderer staatlichen Einkünfte und Ausgaben überwiesen, wie z. B. aus dem Reistribut, dem Salzmonopol, der Verpachtung anderer Monopole durch den Staat, den Abgaben der Pfandhausinhaber, den kaiserlichen Webereien in Nanking, Sutschau und Hangtschau u. s. w. Diesen Bureaus liegt ferner die Beaufsichtigung der Provinzialmünzämter ob, die Verwaltung der Einnahmen aus unbefetzten Beamtenposten und aus Strafgeldern wegen Erpressung und die Besoldung der Militär- und Civilbeamten in Peking, in der Mongolei und in den Thianshanz-

Ländern sowie derjenigen Beamten, welche Mitglieder der kaiserlichen Familie sind. Unter dem Ministerium stehen: 1. die drei Schatzämter, d. h. die Lagerhäuser für Edelmetalle, für Seidenwaaren, Farbstoffe und Schreibmaterialien; 2. das Münzamt für die Ausprägung von Kupferkäsch; 3. die Verwaltung der Getreidespeicher im kaiserlichen Palast; 4. die Accise von Peking. Die Haupthebestelle befindet sich am Hata mén, während sich um ganz Peking auf die Entfernung von 10—48 km ein Ring von Hebestellen zieht. 5. Die Verwaltung der kaiserlichen Getreidespeicher in und um Peking.

Das Ministerium für Kultus und Ceremonien hat vier Abtheilungen. A) Das Hofmarschallamt: Hofetikette; Wagen- und Kleiderordnung, Rangverleihungen an Mitglieder der kaiserlichen Familie, Aufsicht über Schulen, Schüler und Prüfungen; bei den letzteren bestimmt es die Anzahl der bei denselben zu Graduirenden; Vermählungs-Ceremoniell. B) Opfer- und Kultusamt: Opfer des Kaisers, Opfer an den kaiserlichen Mausoleen, Rettung von Sonne und Mond bei Verfinsternung derselben, d. h. Anordnung der darauf bezüglichen Ceremonien; Beerdigungs- und Trauerceremoniell; Aufsicht über den buddhistischen und taoistischen Kultus. C) Gastamt: Regelung des Verkehrs mit fremden Nationen, d. h. zwischen Wirth und Gast; Verkehr mit und Unterbringung von Tributgesandtschaften; Handelsverkehr mit den unterworfenen Staaten; Festsetzung des Tributs, dessen Entgegennahme und Gegengeschenke. D) Das Bankettamt: Leitung und Herrichtung der kaiserlichen Bankette bei feierlichen Anlässen; Lieferung der Opfethiere.

Unter dem Ministerium stehen: 1. Das Reichsstempel-anfertigungsamt. Für die verschiedenen Regierungsgeschäfte wie für jede Behörde bestehen der Form und Aufschrift nach verschiedene Stempel. 2. Das Fremden-Bureau und Dolmetscheramt, das unter den ersten Kaisern der jetzigen Dynastie zum Zwecke des Studiums fremder Länder nach Sprache, Sitten und Gebräuchen eingerichtet wurde und jetzt nur noch zur Unter-

bringung von Tributgesandtschaften und zur Beschaffung von Dolmetschern für dieselben verwendet wird. 3. Die Verwaltung der kaiserlichen Mausoleen der jetzigen Dynastie, von denen sich elf in den östlich, sieben in den westlich von Peking gelegenen Bergen befinden, darunter drei für noch lebende Personen bestimmte, wie denn die Herstellung eines passenden Begräbnisplatzes eine der Haupt Sorgen jedes Chinesen bildet. 4. Das Musikamt, das aus einer Anzahl von Direktoren und Kapellmeistern, 180 Musikern und 300 Tänzern besteht. Die letzteren würden allerdings richtiger als Mimen bezeichnet werden, denn ihre Aufgabe besteht darin, bei bestimmten Opfern, so im Confucius-Tempel, und bei sonstigen feierlichen Gelegenheiten, sich nach dem Takte der Musik langsam zu bewegen und genau vorgeschriebene Stellungen anzunehmen.

Dem Kriegsministerium unterstehen die Ernennungen und Beförderungen der Offiziere, die Belohnungen und Bestrafungen von Militärpersonen (soweit sie nicht von den dazu berechtigten militärischen Vorgesetzten verfügt werden), das Urtheil über die Befähigung der einzelnen Personen, die Truppen-Inspektionen, das Remonte- und Postwesen, die Ueberwachung der Beschaffung der Vorräthe für Armee und Marine und die Abhaltung der Prüfungen für die Militär-Mandarinen. Diese letztern erfolgen bis auf den heutigen Tag im Bogenschießen, Reiten und in Kraftübungen; außerdem wird eine beschränkte Kenntniß der alten Schriftsteller über Kriegskunst verlangt, die neben vielen vortrefflichen, sich hauptsächlich auf die Philosophie des Krieges beziehenden Abhandlungen eine Masse von Unsinn über militärische Wahrsagekunst und dergleichen enthalten. Ueber die chinesische Armee soll hier nur kurz angeführt werden, daß sie aus den zum größten Theile um und in Peking, zum Theil auch in einzelnen der Provinzial-Hauptstädte stationirten Bannertruppen besteht, sowie aus den Truppen des grünen Banners, d. h. der eigentlichen chinesischen Armee und aus besonders angeworbenen, meistens aus den Geburts-Provinzen der einzelnen

General-Gouverneure rekrutirten Truppencorps, deren Soldaten „Tapfere“, Jung (von den Russen meistens Miliz) genannt werden. Die Bannertruppen in und um Peking wurden vom Russischen Invaliden im Jahre 1881 auf 270 000 Mann geschätzt, die chinesische Armee auf 600 000 Mann und die Truppen Li Hung-changs auf 100 000 Mann; diese Zahlen dürften jedoch zu hoch gegriffen sein. Von den Bannertruppen ist nur ein verhältnißmäßig kleiner Theil, das Musketer-Corps, Shen Tschj Ying europäisch bewaffnet und annähernd ausgebildet und umfaßt Infanterie, Artillerie und Cavallerie und dürfte im ganzen 20 000 Mann stark sein, der Rest wird 100 000 Mann nicht übersteigen. Die chinesische Armee, mehr eine Art Polizei-Truppe, taugt gar nichts. Li Hung-changs Armee, die 70 000 Mann zählen dürfte und aus „Jung“ besteht, ist gut bewaffnet und ausgebildet; an andern ähnlichen Truppen bestehen vielleicht noch 40—50 000 Mann, die aber nicht so gut wie die des Li organisiert sind. Einer Vermehrung der „Jung“, fast bis zu jeder beliebigen Höhe, steht nichts im Wege, sowie Waffen und Zeit zur Ausbildung vorhanden sind. Der größte Schaden der chinesischen Armee ist der Mangel an Unteroffizieren und Offizieren, dem für den Augenblick nur durch Fremde abgeholfen werden könnte. Was chinesische Truppen unter fremder Führung leisten können, haben sie unter Gordon in den Feldzügen gegen die Taipings gezeigt.

Das Justiz- oder Strafministerium ist hauptsächlich eine Berufungs-Instanz in Straf- und Klagesachen, in denen es theils allein, theils, wie schon erwähnt, in Verbindung mit andern Behörden entscheidet. Einzelnen Abtheilungen des Ministeriums liegt das Sammeln der vom Kaiser getroffenen Entscheidungen über die ihm unterbreiteten Todesurtheile und die Ausführung der letzern ob, ferner die Oberaufsicht über die Gefängnisse und das Beamtenpersonal in denselben, der alle fünf Jahre neu erfolgende Druck des Strafgesetzbuches und die Verwaltung der Straf gelder.

Zu dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten gehören eine große Anzahl Abtheilungen, die sich mit den verschiedenartigsten Dingen zu beschäftigen haben. Der ersten Abtheilung unterstehen: der Bau und die Instandhaltung von öffentlichen Gebäuden, die Beschaffung von Zelten für die kaiserlichen Jagdausflüge (die früher mit einem Gefolge von vielen Tausenden unternommen wurden, seit längerer Zeit aber wegen der großen Kosten wie wegen der von den weichlichen Herrschern gefürchteten Mühseligkeiten außer Gebrauch gekommen sind), die Besorgung von Holz für den Bau von Schiffen und von Porzellan und irdenen Gefäßen für den Hof. Unter den Porzellangegenständen kommen namentlich bei bevorstehenden Hochzeiten und sonstigen größeren Festlichkeiten Tausende von Tassen, Tellern und Vasen vor. Eine zweite Abtheilung besorgt die Ankäufe von Vorräthen und Material für die Armee, ordnet die in den Fischereien gewonnenen Perlen nach ihrem Werthe, überwacht zusammen mit dem Kriegsministerium die Armee-Magazine und Zeughäuser sowie Waaren und Gewichte und liefert den Provinzialbehörden die Formulare für Todesurtheile. Der dritten Abtheilung unterstehen alle Wasserbauten und deren Unterhaltung sowie die Instandhaltung und Reinigung der Abzugskanäle in Peking, die Ausbesserung von Straßen und Wegen, die Erhebung von Straßen- und Brückengeld und die Eishäuser. Außerdem besorgt sie die Einbände für Akten und verwaltet die in der Form von Seide entrichteten Abgaben. Die vierte Abtheilung hat die kaiserlichen Mausoleen und die Anfertigung der für Grabstätten verdienstlicher Beamten und Tempel bestimmten Denkmäler unter sich. Ebenso gehören die Pulverfabriken und Münzanstalten zum Ressort des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten, das die Aufsicht über die letztern indessen mit dem Finanzministerium theilt.

Das Censorat oder Censorenamt, dessen Mitglieder so häufig als die Verfasser von Denkschriften und Anträgen erwähnt werden, ist eine der eigenartigsten und einflussreichsten Behörden.

Es besteht aus einem wirklichen Präsidenten (als der erste Vorsitzende wird stets der Kaiser selbst angesehen), vier wirklichen Vizepräsidenten (die General-Gouverneure und Gouverneure sind, wie schon erwähnt, Titular-Präsidenten bezw. Vizepräsidenten des Censorats) und neunzig Censoren. Von diesen letztern gehören vierundzwanzig, und zwar zwölf mit und zwölf ohne Siegel zu den sogenannten sechs Abtheilungen, Liu-ko, die mit der Aufsicht über die sechs Ministerien betraut sind, während sechsundfünfzig die Aufsicht über das ganze Reich zu führen haben, das zu diesem Zweck in fünfzehn Kreise eingetheilt ist. Einer von diesen Abtheilungen stehen acht Censoren vor, einer sechs, acht je vier und fünf je zwei; ein Siegel führen aber in jeder Abtheilung immer nur zwei Censoren. Außerdem ist noch die Hauptstadt in fünf Polizeibezirke eingetheilt, deren jedem zwei schon in den beiden andern Abtheilungen beschäftigte Censoren und je ein Friedensrichter und Unterfriedensrichter vorstehen. Die vorangeführten Stellen sind gleichmäßig zwischen Manichus und Chinesen vertheilt, von den 131 Unterbeamten sind etatsmäßig 124 Manichus. Diese Eintheilung hat indessen, besonders auch für die beiden ersten Abtheilungen, hauptsächlich nur eine formelle Bedeutung; die mit der Ueberwachung der Ministerien beauftragten Censoren bilden eine Art Revisionshof und Oberrechnungskammer für dieselben, während die aus den Provinzen eingehenden Berufungen in Gerichts- und Verwaltungssachen in erster Linie an die den einzelnen Kreisen zugetheilten Censoren gelangen. Außerdem steht aber jedem Censor das Recht zu, über jede beliebige Angelegenheit unmittelbar an den Kaiser zu berichten und dessen Entscheidung anzurufen. Der Wirkungskreis des Censorenamts ist daher einerseits der unserer Revisions-, Cassations- und Oberrechnungshöfe, andererseits treten dessen Beamte als öffentliche Ankläger sowohl Maßregeln wie Personen gegenüber auf. Die Regierung pflegt den von den Censoren eingereichten Denkschriften, selbst wenn sie scharfe Kritiken enthalten, gewöhnlich durch die Peking-er Zeitung große Verbreitung

zu geben, wohl in der ganz richtigen Ansicht, daß offene Klagen und Beschwerden nie so schädlich wirken können wie gewaltjam unterdrückte Unzufriedenheit. Die infolge solcher Denunziationen eingeleiteten Untersuchungen verlaufen oft genug im Sande, besonders wenn es sich um hochgestellte, gut angeschriebene und reiche Leute handelt, während anderseits, wenn man den im Volke umlaufenden Gerüchten glauben darf, viele Censoren sich für billiges Geld zu Werkzeugen persönlicher Umtriebe hergeben. Trotzdem übt das Censorenamt im Großen und Ganzen eine sehr wohlthätige Wirkung und füllt in China mit vielem Muth und Offenheit die Rolle aus, die im modernen Staate der freien Presse zufällt.

Die Censoren treten mit ihrem Tadel oft sogar ungescheut an die allerhöchsten Personen heran. Aus alter Zeit gibt es darüber viele Geschichten. So hatte ein Censor dem Kaiser Kiafing der jetzigen Dynastie seine Vorliebe für Schauspieler und berauschende Getränke vorgeworfen, die ihn in den Augen seiner Unterthanen herabsetze. Der erzürnte Kaiser ließ den Censor rufen und fragte ihn, welche Strafe er für seine Majestätsbeleidigung zu verdienen glaube. „In Stücke geschnitten zu werden“, antwortete der Censor. Der Kaiser schickte ihn fort; am nächsten Tage wiederholte sich die Scene, und der Censor antwortete: „Geköpft zu werden“; am dritten Tage erwiderte er auf dieselbe Frage: „Gehängt zu werden“. Am vierten ernannte ihn der Kaiser zum Gouverneur von Sli; seine Strafe bestand also in Verbannung, aber einer glänzenden. In andern Fällen, in denen Censoren die Herrscher aufgefordert haben, den öffentlichen Angelegenheiten mehr Aufmerksamkeit zu schenken, sparsamer zu sein oder angeordnete Maßregeln zurückzunehmen, sind sie wohl mit Verweisen oder Dienstentlassung bestraft worden, im Allgemeinen kann man aber sagen, daß der Muth der Censoren und die Haltung der Herrscher der offenen Kritik gegenüber gleich aner kennenswerth zu sein pflegen. Als die Aufgabe der Censoren wird in mehr als einem kaiserlichen Erlaß die

Pflicht bezeichnet, die Gerüchte, die in Umlauf sind, zur Kenntniß des Kaisers zu bringen, ihm über die Höflinge und Beamten zu berichten, die die Gesetze umgehen, und unerschrocken jeden Mangel oder jede Unvollkommenheit aufzudecken, deren sich irgend jemand, auch der Kaiser selbst, schuldig gemacht habe, nicht aber leere Annahmen und unbegründete Voraussetzungen zum Gegenstande ihrer Berichte zu machen.

Die Aufgabe der Staatskanzlei ist, Denkschriften der Provinzialbehörden und Berufungen gegen deren Urtheile von Unterthanen, die sich in ihren Rechten gekränkt glauben, in Empfang zu nehmen und zur Kenntniß des Staatssekretariats zu bringen, das sie dem Kaiser vorlegt. Bei dem starken Familiensinn der Chinesen und der auch durch Confucius anerkannten und vorgeschriebenen Verpflichtung zur Blutrache sind Fälle nicht selten, in denen selbst Frauen diesen Weg einschlagen, um ihrer Ansicht nach unschuldig verurtheilte und hingerichtete Verwandte zu rächen.

Der Thätigkeit des Revisions-Gerichtshofes ist bereits Erwähnung geschehen; es muß aber hier bemerkt werden, daß, theoretisch wenigstens, die zur Verhütung eines irrthümlichen oder ungerechten Urtheils in China vorhandenen Vorschriften mindestens so genau und umfassend sind wie die in irgend einem europäischen Staate. Ihre Ausführung läßt allerdings bei der Bestechlichkeit der Beamten oft zu wünschen übrig; es kommt aber doch häufig vor, daß selbst diesem Uebelstande gegenüber das Recht siegt, besonders wenn die Familien unschuldig Verurtheilter die erforderliche Ausdauer besitzen, von einer Instanz an die andere und schließlich an den Kaiser selbst zu appelliren. In diesem Falle werden häufig sogar besondere kaiserliche Kommissare, die stets aus den höchsten Staatsbeamten gewählt werden, in die Provinzen zur Untersuchung der betreffenden Angelegenheit geschickt, deren Berichte dann nicht selten die Umänderung des Urtheils und die Bestrafung der schuldigen Beamten zur Folge haben.

Die Aemter für die kaiserlichen Feste, welche hervorragenden Gelehrten, verdienten Beamten, siegreichen Feldherren, mongolischen Fürsten, den Abgesandten tributärer Völker und hohen Würdenträgern gegeben werden, für die Ceremonien, das die Fragen des Vortritts zu regeln hat, und für den Opferdienst, das die Thiere und sonstigen Erfordernisse für die Opfer zu beschaffen hat, die hauptstädtische Präfektur und das Ministerium des kaiserlichen Hauses (richtiger des kaiserlichen Haushalts) sind, was ihre Namen besagen. Der Gestütverwaltung liegt die Sorge für die Pferde ob, die von den verschiedenen manchurischen und mongolischen Stämmen für den kaiserlichen Marstall und die Armee geliefert werden; ihr unterstehen die weiten, außerhalb der großen Mauer gelegenen Weiden, auf denen diese Pferde in Herden von vielen Tausenden untergebracht sind, sowie das auf denselben beschäftigte Personal von Beamten und Hirten.

Die Akademie der Wissenschaften hat kaum eine praktische Bedeutung. Sie hat ihren Sitz dem Namen nach in der neben dem Confucius-Tempel gelegenen Halle der Klassiker, in welcher in Stein gehauen die als authentisch anerkannten Texte der klassischen Werke sich befinden. Jeder Kaiser muß einmal in seinem Leben bei einer Sitzung der Körperschaft den Vorsitz führen, bei welcher Gelegenheit eine angeblich von ihm selbst verfaßte Abhandlung vorgelesen wird. Die Mitgliedschaft der Akademie ist eine literarische Auszeichnung und Anerkennung, aber kein Amt.

Ähnlich verhält es sich mit dem Hanlin-Kollegium, dem Kollegium der Literatur, zu dessen Mitgliedern die Examinanden ernannt zu werden pflegen, welche die dritte, letzte Prüfung und eine nachfolgende Prüfung im Palast am glänzendsten bestanden haben. Die Präsidenten sind gewöhnlich auf Lebenszeit ernannte hohe Würdenträger von großem literarischem Rufe. Nach den vorhandenen Vorschriften sollen die Mitglieder die Wissenschaft fördern, die Staatschriften abfassen und die Erziehung der Zu-

gend überwachen und leiten, in Wirklichkeit sind die höheren Stellen in diesem Kollegium Sinekuren und Durchgangsposten, von denen aus die Betroffenen zu höheren Aemtern in der hauptstädtischen oder Provinzialverwaltung befördert werden, während die unterste Klasse der Mitglieder des Hanlin-Kollegiums ihre Studien weiter fortzusetzen und sich auf bestimmte, im kaiserlichen Palaß stattfindende Prüfungen vorzubereiten hat. Dem Hanlin als Kanzler, Leser oder Erklärer angehört zu haben, wie die Titel der höheren Beamten desselben lauten, ist eine Ehre, auf die jeder Chinese stolz ist.

Unter dem Hanlin-Kolleg steht das Bureau der Staats-Historiographen, deren Aufgabe in der Abfassung der Reichsgeschichte, der chronikartigen Lebensbeschreibung des Kaisers und der Biographie berühmter Staatsbeamten besteht. In zehnjährigen Fristen werden Abschriften der Reichsgeschichte mit kaiserlichen Ehren nach Mukden geschickt, um dort im Tempel der kaiserlichen Ahnen gewissermaßen als eine Mittheilung an dieselben niedergelegt und aufbewahrt zu werden.

Das Auswärtige Amt, Tjung-li-Namen, das im Jahre 1861 nach der durch die englisch-französische Expedition erlittenen Niederlage eingerichtet wurde und dessen erster Leiter Prinz Kung war, ist aus Mitgliedern des Staatssekretariats und Präsidenten oder Vicepräsidenten der vornehmsten hauptstädtischen Behörden zusammengesetzt. Es besteht jetzt gewöhnlich aus zehn bis dreizehn Ministern, eine Einrichtung, die die schnelle Erledigung der Geschäfte nicht gerade fördert, aber auf die Besorgniß der chinesischen Regierung zurückzuführen sein dürfte, daß ein eigentliches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zu viele Schwierigkeiten haben würde, den bösen Willen und den Widerstand der anderen Behörden zu überwinden, was allerdings weniger der Fall sein muß, wenn deren Leiter selbst Mitglieder des Tjung-li-Namen sind. Seit 1884 steht Prinz Tsching an der Spitze des Amts. Unter diesem Namen steht das fremde Seezollamt, dem die Erhebung der Ein- und Ausgangszölle der auf fremden

Schiffen oder solchen fremder Bauart ein- oder ausgeschifften und küstenweise verschifften Waaren sowie des Inlandzolles auf Opium obliegt, eine in den verantwortlichen Posten ganz aus Fremden zusammengesetzte Behörde, die sich seit 32 Jahren unter der Leitung Sir Robert Harts befindet und der chinesischen Regierung wie dem fremden Handel gleich große Dienste erwiesen hat, da es wohl in keinem Lande der Welt eine Zollverwaltung gibt, die den berechtigten Wünschen des fremden Handelsstandes mit so vieler Bereitwilligkeit entgegenkommt, während sie zugleich für die chinesische Regierung eine Quelle sicherer, stets wachsender Einkünfte ist und ihr obendrein das Beispiel einer ehrlichen Verwaltung, der einzigen ehrlichen im ganzen Lande, gibt. Ferner untersteht dem Auswärtigen Amt die sogenannte Peking-Universität, das Tung wen kwan, in dem fremde Lehrer chinesische, von der Regierung besoldete Schüler, deren Alter zwischen 15 und 50 Jahren schwankt, in fremden Sprachen (Englisch, Französisch, Deutsch und Russisch), Chemie, Physik und Mathematik unterrichten. Das Kolonialamt, Li fan yuen, oder richtiger das Mongolische Amt, hat die Kontrolle über die mongolischen Stämme, die tibetischen Angelegenheiten und die ganze lamaitische Hierarchie; bis 1860 führte es auch die Geschäfte mit Rußland. Das Studienamt war in erster Linie dazu bestimmt, die Studien des Kronprinzen zu überwachen; diese Aufgabe ist ihm seit lange entzogen worden, und die Stellen in ihm sind Ruheposten für durch literarische Thätigkeit ausgezeichnete Beamte. Die Akademie der Inschriften ist ebenfalls aus literarisch verdienstvollen Beamten zusammengesetzt, deren Aufgabe darin besteht, die Inschriften und Gedichte anzufertigen, die vom Kaiser an Personen und Tempel verliehen werden.

Das Astronomische Amt sollte eigentlich richtiger als das astrologische bezeichnet werden, denn seine Hauptaufgabe besteht nach der Anfertigung des Reichskalenders in der Festsetzung glücklicher Tage für Hochzeiten, Begräbnisse, Feste und den Anfang von Bauten oder anderen Unternehmungen. Nach den

„gesammelten Sitzungen“ der jetzigen Dynastie sollten die Unter-Direktoren-Posten in diesem Amte von Fremden besetzt sein, was aber seit längerer Zeit nicht mehr der Fall ist. Früher bekleideten katholische Missionare diese Stellen, einer, Pater Schall, auch die des Präsidenten des Astronomischen Amtes, woher der Irrthum gekommen ist, daß Jesuiten früher in China Staatsminister-Stellen eingenommen hätten.

Das Collegium der kaiserlichen Aerzte besteht aus einem Special-Commissar und fünfzehn Leibärzten; eine Bedeutung für das Studium der Medizin hat die Behörde nicht.

Die erst seit dem französisch-chinesischen Conflict 1885 eingerichtete Admiralität hatte den Vater des Kaisers, Prinzen Tschun, bis zu seinem Tode zum Chef und Li Hung-chang und den Prinzen Ching als Vicepräsidenten. Seit Kurzem ist Prinz Kung Chef der Admiralität geworden. Die Aufgabe dieser Behörde ist hauptsächlich eine finanzielle; sie vertheilt die von den Provinzen für die Flotte zu zahlenden Beiträge an die General-Gouverneure von Chili, den beiden Kwangs (Kanton), Kiangnan (Nanking) und Fokien (Futschau) zur Verwendung für die denselben unterstellten Geschwader.

Unter den großen Ministerien stehen die Verwaltungsbehörden der 18 Provinzen des Reichs, wie sie seit der Zeit des Kaisers Kanghi organisiert sind, der drei manschurischen Provinzen, der Mongolei und Tibets. Zu den 18 Provinzen sind in den letzten Jahren zwei neue gekommen, Formosa und das „Neue Gebiet“ d. h. das chinesische Turkestan, der Ausdruck „die 18 Provinzen“ dient aber noch immer zur Bezeichnung des ganzen eigentlichen chinesischen Reiches. Jede Provinz wird eingetheilt in Präfekturen, Fu, Unabhängige Unter-Präfekturen, Ting, Unabhängige Departements, Chi li Tschau, Departements, Chau, Distrikte, Hien.

An der Spitze von zwei oder mehreren Präfekturen steht ein Intendant (Territorial-Taotai), an der Spitze einer Präfektur ein Präfekt (Chifu), der wieder Unter-Präfekten unter sich hat; an der Spitze der Departements stehen Chi Chau, Departe-

ments-Magistrate genannte Beamte, an der der Distrikte Chi hien; Distrikts-Magistrate, von denen jeder eine Anzahl von Unterbeamten zu seiner Verfügung hat. Die Zahl der besoldeten Beamten ist in China aber eine äußerst geringe. Mit „Fu Chau Hien“ werden allgemein die Präfecten und Magistrate verschiedener Grade bezeichnet, die mit der Eintreibung der Steuern, der Aufrechterhaltung der Ordnung, der Rechtsprechung erster Instanz, der Leitung der Prüfungen und des Postdienstes, d. h. mit allen Verwaltungsfunktionen in den Provinzen betraut sind. An den den Namen chinesischer Städte und Orte angehängten Endsilben Fu, Chau, Hien oder Ting ist jedesmal leicht zu erkennen, ob es sich um den Sitz eines Präfecten, Departements- oder Distrikts-Magistrats oder eines selbständigen Departements-Magistrats handelt. An der Spitze einer Provinz steht gewöhnlich ein Gouverneur; Ausnahmen bestehen nur für Chili, Szetschuan und Fokien, wo die Verwaltung unmittelbar dem General-Gouverneur unterstellt ist. Früher war dies auch in Kansuh der Fall, aber seit der Reorganisation des neuen Gebietes im Jahre 1884 ist dessen Gouverneur gleichzeitig Gouverneur von Kansuh. Sonst unterstehen dem General-Gouverneur von Kiangnan, Fokien und Kansuh je drei, denen von Chili und Szetschuan je eine und den übrigen drei je zwei Provinzen, während für drei Provinzen Schantung, Schansi und Honan überhaupt keine General-Gouverneure vorhanden sind. Die General-Gouverneure, die zugleich den Rang als Präsidenten des Kriegsministeriums und des Censorenamts haben, besitzen den höchsten Civilrang in ihrem Verwaltungsbezirk und gewisse Control-Befugnisse über die Truppen in demselben. In den Provinzen, in welchen Manschu-Truppen stehen, rangirt deren Oberbefehlshaber, der sogenannte Tataren-General mit, aber über dem General-Gouverneur; er übt indeß, obgleich er die Berichte an den Thron mit unterzeichnen muß, eine wirkliche Autorität nur über die wenig zahlreichen und schwachen Manschu-Garnisonen aus. Der Gouverneur, der gleichzeitig den Rang

als Vice-Präsident des Kriegsministeriums und des Censorenamts hat, und der mit, aber hinter dem General-Gouverneur rangirt, ist mehr der Kollege als der Untergebene desselben; die Berichte an den Thron müssen ebenfalls von ihm unterzeichnet werden.

Unter dem Gouverneur steht, was die Chinesen das Provinzial-Verwaltungskomitee und was wir als Regierungskollegium bezeichnen würden. Es setzt sich jetzt zusammen aus: 1. dem Provinzial-Schatzmeister, 2. dem Provinzial-Richter, 3. dem Intendanten des Salzmonopols, 4. dem Getreide-Intendanten, dem die Erhebung der in Geld oder in Naturerzeugnissen zu entrichtenden Grundsteuer unterstellt ist. Für besondere Zwecke sind vorhanden: 5. der literarische Kanzler, der der ersten, niedrigsten, Prüfung vorsteht; 6. die Zoll-Taotais, die mit der Erhebung der Zölle beauftragt sind. In Kanton ist der Zolldirektor stets ein Angehöriger des kaiserlichen Geschlechts, der bei den Fremden als Hoppo bekannt ist. An einzelnen Plätzen und für besondere Zwecke gibt es auch noch andere, höhere Provinzialbeamten, so 7. die Intendanten der kaiserlichen Seidenwebereien in Kanking, Sutschau und Hangtschau; sie werden vom Ministerium des kaiserlichen Hauses ernannt. 8. Der Generaldirektor des Gelben Flusses, der die Aufsicht über die Deiche am Hoangho führt, eine Aufgabe, die er zusammen mit den Gouverneuren der Provinzen, welche der Fluß durchströmt, auszuüben hat. 9. Der Generaldirektor des Reistransports, dem die Aufsicht über die Beförderung des Tribut-Reis aus den südlichen Provinzen nach Peking obliegt, der früher ausschließlich durch den Kaiser-Kanal, jetzt zum großen Theil mit Dampfschiffen über See stattfindet. 10. Die Verwalter der von Eingeborenen bewohnten Bezirke, hauptsächlich in den Provinzen Kwangsi, Nünnan und Kweitschau, in denen die verschiedenen noch vorhandenen Stämme der zum Theil nur halb unterworfenen Ureinwohner entweder unter chinesischen Beamten in eigenen Departements und Bezirken oder unter ihren eigenen Häuptlingen leben.

Peking untersteht als Regierungsbezirk Schun tien zu einer besonderen Verwaltung unter zwei Präfekten. Für die Aufrechterhaltung der Ordnung in der kaiserlichen Residenzstadt sorgt eine eigene Gendarmerie unter dem Ti-tuh-Namen, deren Chef gewöhnlich der Präsident eines der großen Ministerien ist.

Die drei manchurischen Provinzen heißen Heilung kiang (der schwarze Drachen-Fluß, Amur) oder Tjitsihar, Kirin und Fêng-tien (oder Sching king) mit der alten Manchu-Hauptstadt Mukden. Die beiden ersten standen früher unter ausschließlich militärischer Verwaltung, das letztere unter fünf lokalen Ministerien: der Finanzen, der Ceremonien, des Krieges, der öffentlichen Arbeiten und der Justiz (Strafministerium). Im Jahre 1876 sind diese letzteren aufgelöst, und die Verwaltung der Provinz ist in die Hände eines Militär-Gouverneurs mit dem Range eines General-Gouverneurs gelegt worden, während zugleich ein Civil-Gouverneur ernannt wurde. Die Hauptstadt Mukden bildet wie Peking eine eigene Präfektur, Fêng-tien fu, unter einem Präfekten. In Kirin und Heilung kiang sind die Militär-Gouverneure geblieben, aber die beiden Provinzen haben in den letzten zehn Jahren wenigstens theilweise eine Civilverwaltung erhalten.

Der Grundsatz, welcher der ganzen chinesischen Verwaltung zu Grunde liegt, ist das Bestreben, keinem einzelnen Beamten so viel Macht und Unabhängigkeit zu gewähren, daß er sie in seinem eigenen Interesse gegen die Regierung mißbrauchen könnte. Das politische Mißtrauen, woraus diese Auffassung entsprang, war in den ersten Jahrzehnten der manchurischen Herrschaft, als der Geist des nationalen Widerstandes noch an vielen Stellen lebendig war, wohl berechtigt, heute dient die gewissermaßen kollegialische Form der Verwaltung im wesentlichen dazu, das Gefühl der Verantwortlichkeit in den einzelnen abzuschwächen und den Mangel an Initiative, der einer der Hauptfehler der höheren Verwaltungsbeamten ist, zu vermehren. Bei den Centralbehörden ist der Grundsatz dadurch gewahrt, daß alle höheren Posten stets doppelt,

durch einen Manſchuren und einen Chineſen, beſetzt werden, während in der Provinzialverwaltung die Gleichſtellung des Tataren-Generals, des General-Gouverneurs und der Gouverneure wie die Bildung eines Collegs durch die vier oberſten Verwaltungsbeamten denſelben Zweck verfolgt und erreicht.

Was die Verwaltung der Mongolei anbetrifft, ſo ſind die mongoliſchen Stämme adminiſtrativ in innere und äußere Mongolen eingetheilt. Das Gebiet der inneren Mongolen iſt der an das eigentliche China und die Manſchurei grenzende öſtliche Theil der Mongolei, das der äußeren gewiſſermaßen die innere Mongolei bis an die Grenzen Rußlands. Zu den inneren Mongolen gehören 24 Stämme, die in 49 Banner eingetheilt ſind und unter eigenen Prinzen ſtehen. Die äußeren Mongolen ſetzten ſich im Weſentlichen aus den Khalkaſtämmen (83 Bannern), Eleuten (Kalmücken)ſtämmen (29 Bannern), Maſhan-Mongolen (34 Bannern) und Hirtenſtämmen (8 Bannern), im ganzen 154 Banner, zuſammen. An der Spitze der Verwaltung der Mongolei ſteht das Li Jan Yuen, unter dem verſchiedene Beamte mit der Aufſicht über die einzelnen Diſtrikte betraut ſind, die ſie entweder allein oder im Verein mit mongoliſchen Häuptlingen, in einem Falle mit der Unterſtützung des in Urga wohnenden lebenden Buddhas, des Tſheptſun Dampa Hutukhtu, ausüben. Dieſe Beamten, meiſtens mit dem Range eines militäriſchen Vicegouverneurs, reſidiren in Jehol, Kalgan, Urumtſi, Uliasjutai, Kobdo, Urga und Ili, während die am Kokonor anſäſſigen Stämme einem General-Intendanten unterſtehen, der in Sining ſeinen Wohnſitz hat.

In Tibet übt die chineſiſche Regierung ihren Einfluß durch zwei kaiſerliche Reſidenten aus, die ungeſähr 1500 Mann chineſiſcher Truppen zur Verfügung haben; die Regierung liegt ſeit 1750 in der Hand des Dalai Lama und des Pan ſchen Lama, denen vier dem Laienſtande angehörige Miniſter, Kalon, zur Seite ſtehen. Die chineſiſche Regierung behauptet oft, daß ſie mit ihren Wünſchen bei der tibetaniſchen Regierung auf Schwierig-

keiten stoße; in Wirklichkeit dürfte der Einfluß der chinesischen Residenten in allen den Fragen maßgebend sein, in welchen die Residenten es für die chinesischen Interessen entsprechend halten, ihn ganz einzusetzen. Auf der andern Seite kann man es ihnen und der chinesischen Regierung kaum verdenken, wenn sie zögern, mit zu großer Energie da aufzutreten, wo der Widerstand der Tibetaner, wie z. B. gegen die Erforschung des Landes, mit ihren eigenen Wünschen und Anschauungen übereinstimmt.

## Heber und aus Nord-China.

(Abgedr. aus der „Münchener Allgem. Zeitung“ vom 20. Nov. 1898.)

### I.

Am 10. d. M. hat in London eine außerordentliche Generalversammlung des Peking-Syndikats stattgefunden, dem bekanntlich von der chinesischen Regierung sehr beträchtliche Bergwerks- und Eisenbahn-Concessionen in Schansi und Honan ertheilt worden sind. Bei dieser Gelegenheit ist ein Brief zur Verlesung gelangt, den Li Hung-chang am 20. Juni d. J. an den an dem Syndikat interessirten Lord Rothschild gerichtet hat und der verdient, in weiteren Kreisen bekannt zu werden. Li schreibt u. a.: „Es ist in der That eine wirkliche Erholung, sich von den Plänen für die politische Ausbeutung Chinas zu einem rein industriellen Unternehmen zu wenden, das den Künsten des Friedens gewidmet ist. Die Minister des Tjungli-Namen hoffen, daß dieser erste Versuch einer gewinnbringenden Anlegung fremden Kapitals im Innern von China ihre Erwartungen in Betreff des der Regierung und dem Volke aus demselben zu erwachsenden Gewinnes erfüllen und dazu beitragen wird, das „offene Thor“ zu schaffen, von dem wir so viel hören und so wenig sehen.“ Nach einer Schilderung des Reichthums an Mineralien in der Gegend, in der das Syndikat seine Concessionen erhalten hat und der Aufgaben, welche demselben dort erwachsen, fährt Li fort: „Eurer Lordschafft große Erfahrung in Finanzsachen wird es Ihnen ermöglichen, klar zu sehen, daß, wenn das dem Syndikat eröffnete Feld wirklich so reich ist, wie die Sachverständigen behaupten, die einzige andere Bedingung für den Erfolg die ist, daß das Unternehmen von ehrlichen und fähigen Männern auf der Grund-

lage gesunder Geschäftsprinzipien organisiert und verwaltet werde, unter Ausschluß aller Spekulanten und Jobber. Ein Besitz von solch innerem Werthe verdient ehrlich und gut behandelt und in eine sichere Quelle von Einnahmen für alle Betheiligten verwandelt zu werden.“

Die Lehren, welche der Brief Li's enthält, d. h. die Vermeidung der Verquickung industrieller und politischer Zwecke, ernste stetige Arbeit unter Ausschluß aller unsichern Elemente und spekulativen Tendenzen und Entwicklung der vorhandenen Hülfsmittel nicht nur zum Vortheil der fremden Unternehmer, sondern auch der chinesischen Regierung und Bevölkerung, sollten auch für die deutschen Unternehmungen in Shantung maßgebend sein, da nur bei der Befolgung derselben ein finanzieller Erfolg der in Aussicht genommenen Arbeiten zu erwarten sein dürfte und politische Komplikationen vermieden werden können, die weder in dem Interesse noch in dem Wunsche der deutschen Politik liegen.

Ueberhaupt können wir von den Engländern in der Behandlung derartiger Fragen, wie auch namentlich in der Erforschung von dem Kaufmann und Techniker noch nicht geöffneter Gegenden recht viel lernen. Es ist ja richtig, daß die Ausdehnung und der Umfang und die größeren Bedürfnisse des englischen Handels eine Anregung bieten, die für den deutschen Handel wenigstens in dem Maße nicht vorhanden ist, und daß England in seinen der chinesischen Sprache mächtigen, durch langen persönlichen Verkehr mit den Eigenthümlichkeiten des Landes und der Bevölkerung vertrauten zahlreichen Konsulatsbeamten für die Erforschung des Innern ein Material besitzt, das uns leider abgeht, aber gerade deswegen sollten die Ergebnisse solcher Forschungsreisen, die meistens brennende Tagesfragen berühren und behandeln, in ausführlicherer Weise zur Kenntniß des deutschen Publikums gebracht werden, als dies gewöhnlich geschieht.

So enthält ein Bericht des englischen Konsulatsbeamten S. F. Mayers eine ganze Anzahl interessanter Einzelheiten über eine Reise, welche derselbe zu Ende des vorigen und zu Anfang

\*

dieses Jahres von Peking über Honan nach Ching-chiang-pu am Großen Kanal unternommen hat. Letzterer Platz hat auch für uns eine ganz besondere Bedeutung, da über denselben eine etwaige Eisenbahnverbindung von Shantung nach dem Yangtse zu gehen haben würde. Baumwolle aus dem Süden der Provinz Chili, Rohr, Strohmatte und Erdnußöl (Arachis) bilden die Stapelartikel des vom Hoangho nordwärts nach Peking gehenden sehr regen Verkehrs. Die Wirkung des Liniensystems wird dadurch illustriert, daß fremde Stückgüter, die von Tientsin nach Peking bestimmt sind, außer einem längeren Wassertransport gewöhnlich einen Umweg von einigen 50 km in Karren machen, um die auf der kurzen Strecke von Tungchau, dem Flußhafen Peking's, nach der Hauptstadt echelomirten Liniestationen zu vermeiden. Die Eisenbahn von Peking bis Paoting fu, der Provinzialhauptstadt von Chili, war zu der Zeit der Reise des Verfassers der Vollendung nahe; sie würde keine konstruktiven Schwierigkeiten geboten haben, wenn es nicht wegen der vielen Brückenbauten, ungefähr 100 Fuß für die englische Meile, gewesen wäre, die durch die sommerlichen Ueberschwemmungen nothwendig gemacht werden. Ueber den Liuli-Fluß führt bei dem gleichnamigen Marktflecken eine Eisenbahnbrücke von 720 Fuß Länge. Von der Eisenbahn wird eine sehr erhebliche Steigerung des Verkehrs der in dieser Gegend gelegenen Ortschaften erwartet, da sich in der Nähe zahlreiche Kohlen- und Kalkgruben befinden. Kohlen kosten an der Grube ein Käsich per Catty, in den ungefähr 20 km entfernten Ortschaften bereits fünf, da der ganze Transport auf Maulthieren erfolgt. Die Treiber dieser Thiere werden nach Fertigstellung der Bahn selbstverständlich diesen Theil ihres Geschäfts einbüßen, dafür aber reichlich durch den Transport der Kohlen von den Gruben bis an die Endstation der in das Grubengebiet errichteten Zweigbahn entschädigt werden. In dieser Gegend besaß auch der vor einigen Jahren verstorbene Vater des jetzigen Kaisers, der sogenannte siebente Prinz, als der siebente Sohn seines Vaters, bedeutende Besitun-

gen, auf denen der für die kaiserliche Tafel bestimmte Reis wuchs. Der Prinz hat auch einen in der Nähe gelegenen, aus der Ming-Dynastie stammenden Tempel wieder herstellen lassen, in dem sich zwei riesige Buddha-Statuen befinden, von denen die eine den auf einer Lotosblume sitzenden hundertarmigen Buddha darstellt, um den herum tausend andere kleinere vergoldete Götterbilder aufgestellt sind.

In Paotingfu findet ein reger Verkehr in fremden Waaren statt, neben Stückgütern Lampen belgischer Fabrikation, amerikanische und französische Wanduhren schlechtester und besserer Art, belgische Schlösser, Nägel, Schrauben und Thürbänder. Von Spielsachen scheinen besonders Lokomotiven und Kriegsschiffe beliebt zu sein. Am interessantesten ist vielleicht, daß seit 1897 unter einem früheren Sekretär Li Hung-changs, Wu Tzu-yen, eine Schule für westliche Wissenschaften in der Stadt eingerichtet worden ist, an der fremde Lehrkräfte wirken sollen und für die viele Besucher erwartet werden. Die Eisenbahnbauten lassen, nachdem das Interesse an dem Verkauf von Grundstücken und Grabstellen verschwunden ist, die Bevölkerung vollständig gleichgültig; einzelne Versuche von Notabeln oder kleinen Lokalbeamten, wegen angeblich bedrohten Fung-shuis Unruhen anzustiften, sind von Peking aus energisch unterdrückt worden.

Baumwolle scheint nur im südlichen Theil von Chili die Hauptrolle zu spielen. Ueberall sieht man, entgegen dem gewöhnlichen chinesischen Gebrauche, die Frauen dieselbe auf der Straße reinigen und spinnen; wenn das Wetter dies nicht erlaubt, werden die Arbeiten in Kellern vorgenommen, die in der Nähe der Häuser angelegt sind. Trotz des regen Verkehrs, dem man in dieser Gegend auf allen Straßen und Wegen begegnet, und trotz der reichen Ernten von Getreide und Baumwolle, die vielfach gemacht werden, herrscht gerade hier die allergrößte Armuth. Nach der Ansicht von Missionären, die lange im Lande gelebt haben, würde der Uebervölkerung die Schuld an diesen Zuständen zuzuschreiben sein. Die geringste Mißernte bedeutet

eine Hungersnoth für viele Tausende, und ein gutes Jahr reicht meistens nur hin, einen Theil der rückständigen Steuern und der aufgelaufenen Schulden zu bezahlen. Eine ehrliche Verwaltung würde viel thun können, um diesem Uebelstande abzuhelpfen, und man muß hoffen, daß die Eisenbahn nach dieser Richtung hin Hülfe bringen wird. Cheng-ting-fu ist nur zum Theil bevölkert, aber die Stadt enthält den größten Tempel Chili's mit einer 72 Fuß hohen, in einem Stück gegossenen Bronze-Bildsäule Buddha's. Die beiden Thürme der katholischen Kirche, die unmittelbar neben dem Tempel steht, überragen denselben beträchtlich. — Wie in so vielen anderen chinesischen Städten, haben sich in Chun-te-fu, dem nächsten größeren Orte, Handel und Gewerbe in eine Vorstadt zurückgezogen, wo sie weniger von den Erpressungen der Beamten zu leiden haben, als in der umwallten, leichter zu überwachenden Stadt. Die dort für europäische Waaren wie für in Shanghai gefertigte Baumwollstoffe geforderten Preise waren ziemlich hoch, aber die chinesischen Kaufleute zeigten sich im allgemeinen sehr mißtrauisch und abgeneigt, eingehendere Informationen zu geben.

Die erste Stadt in Honan, welche der Reisende berührte, war Chung-te-fu, die er als ihre Mauern fast ganz ausfüllend und mit einer Bevölkerung von über 100 000 Einwohnern schildert. Der Verkehr in fremden Waaren ist sehr bedeutend; Seide scheint hier zum ersten Mal als ein Erzeugniß der Umgegend auf dem Markt, und der Platz ist einer der Hauptmärkte für Baumwolle, Hauf und Weizen. Eine ganze Anzahl größerer Werkstätten beschäftigten sich nur mit dem Reinigen und Spinnen der in der Umgegend erzeugten Baumwolle. Bis vor kurzem war die Stimmung in Chung-te sehr fremdenfeindlich, aber die seit einiger Zeit dort ansässig gewordene Toronto-Mission (canadisch-protestantisch) kann sich jetzt dort unbelästigt aufhalten, während ihr dies vor dem chinesisch-japanischen Kriege nicht möglich war. Nach Chung-te wird die Gegend ärmer, der Anbau von Baumwolle hört ganz auf, und große Ebenen sind ausschließlich mit

Saflor (*Carthamus tinctorius*) bedeckt, der zur Anfertigung einer rothen Farbe benutzt wird. An vielen Stellen ist der Boden so salzhaltig, daß die Bauern gezwungen sind, die obere Schicht abzukrazen, ehe sie ihren Weizen säen können. Hinter Jen-chin-hien ist der Hoangho zu überschreiten, was vermittelt von der Regierung dazu ermächtigten Fährbooten geschieht. Die Einrichtungen sind so schlecht wie möglich. Es bestehen keine Lade- oder Ausladestellen, die Fahren sind schwere, über 100 Fuß lange Dschunken, auf denen Passagiere, Thiere, Karren und Waaren bunt durcheinander untergebracht werden. Das Uebersetzen über den Fluß, der an dieser Stelle  $1\frac{1}{2}$  bis 2 englische Meilen breit ist, aber eine große Anzahl von Sandbänken enthält, dauerte allerdings unter ungünstigen Verhältnissen im Winter über vier Stunden, nachdem der Reisende schon vorher  $6\frac{1}{2}$  Stunden hatte darauf warten müssen, bis die Sonne das Eis um das Fährboot schmolz.

## II.

(Abgedr. aus der „Münchener Allg. Zeitung“ vom 4. Dez. 1898.)

In Kai-feng-fu, der Hauptstadt von Honan, deren Bevölkerung den nur zu wohlverdienten Ruf hat, durchaus fremdenfeindlich zu sein, wurde dem Reisenden ein schlechter Empfang zu Theil. Die Gasthofbesitzer in der östlichen Vorstadt weigerten sich, den Fremden aufzunehmen; sie thäten das grundsätzlich nicht, da ihnen sonst das Haus über dem Kopfe niedergerissen und sie selbst ins Gefängniß geworfen werden würden; der Versuch, in die eigentliche Stadt zu dringen, gelang insoweit, daß der Reisende mit seiner Karre durch das äußere Thor kam, und da er nun bloß an Ort und Stelle zu verweilen brauchte, um den ganzen Verkehr zum Stocken zu bringen, machten die Thorhüter gute Miene zum bösen Spiel und ließen ihn auch durch das innere Thor passiren. Von einer großen Menge gefolgt, zog Mr. Mayers vor das Jamen des Bezirksmagistrats, der ihn nicht

empfangen konnte, da er „beschäftigt“ sei, ihm aber ein paar Gerichtsdiener mitgab, um ihn in einen Beamten zum Absteigequartier dienenden Gasthof in der Stadt zu geleiten. Hier sammelte sich bald eine heulende und tobende, nach dem Bericht-erstatte amtlich dazu angestiftete Volksmasse vor dem Thore des Gasthofs, und die bald in größerer Anzahl zum Besuch erscheinenden niederen Beamten ließen es sich ganz besonders angelegen sein, den Besucher auf die Gefahr und die Thorheit aufmerksam zu machen, einer so unruhigen und auffälligen Stadt einen Besuch abzustatten zu wollen; sie fügten Alle den Wunsch und die Bitte hinzu, daß er doch so bald als möglich, am besten noch an demselben Tage, seine Reise fortsetzen möge. Da jeder Versuch, die Stadt, die nach chinesischen Berichten viel des Interessanten bieten soll, zu besichtigen, durch die Volksmenge, die sich dem Fremden an die Ferse geheftet haben würde, doch unmöglich gemacht worden wäre, entschloß sich Mr. Mayers, am folgenden Tage seine Reise fortzusetzen, unter der Bedingung, daß ihm ein Beamter und eine Eskorte bis an die Grenze der Provinz mitgegeben würde. Von der Stadt selbst hat der Reisende nur die Straßen gesehen, durch die ihn sein Weg führte, aber dies genügte, um zu zeigen, daß in der Hauptstraße große Getreide- und Seidenläden, einer neben dem anderen, lagen und auch in den Nebenstraßen ein lebhafter geschäftlicher Verkehr herrschte. Ein großer Theil der Bevölkerung besteht aus Mohammedanern; an die alte jüdische Kolonie, die in den Zeiten der Han-Dynastie, 200 bis 226 n. Chr., dorthin gekommen sein soll und deren i. J. 1164 erbaute Synagoge vor einigen dreißig Jahren, wenn auch in sehr verfallenem Zustande, noch vorhanden war, scheint selbst an Ort und Stelle heute keine Erinnerung mehr zu bestehen. Dr. Martin, der langjährige Präsident des Tungwen-Collegs in Peking, der jetzt an die Spitze der dort zu errichtenden Universität gestellt worden ist, besuchte Kai-feng-fu i. J. 1866, um sich persönlich von dem Zustand der dortigen jüdischen Gemeinde zu überzeugen, fand aber nur noch wenige

Mitglieder derselben vor; er scheint aber von der Feindseligkeit der Bevölkerung nichts zu leiden gehabt zu haben, da er sogar auf offener Straße predigen konnte; dagegen stimmt die Beschreibung, die Dr. Forke, ein Mitglied der deutschen Gesandtschaft in China, der die Stadt im Juni 1892 besuchte, von der Haltung der Bevölkerung gibt, im wesentlichen mit der des Hrn. Mayers überein. Nur gelang es Dr. Forke, der eine ausführliche, sehr interessante Beschreibung seiner Reise in dem ersten Jahrgang, Abtheilung I, der „Mittheilungen des Seminars für orientalische Sprachen in Berlin“ veröffentlicht hat, den Distriktsmagistrat zu sehen, und es war dessen persönlichem Einschreiten zu verdanken, daß er weiteren Belästigungen entging. Die Schilderung des Auftretens des Beamten ist so charakteristisch für die Zustände in China, daß sie verdient, weiteren Kreisen zugänglich gemacht zu werden. Dr. Forke, der vielfach durch die Neugierde und Aufdringlichkeit der Bevölkerung belästigt worden war, beschloß, wie er sagt, um dem souveränen Volke von Kai-feng-fu gegenüber eine kleine Demonstration zu veranstalten, da dieses es jedenfalls für ganz ausgeschlossen hielt, daß ein Beamter einen Europäer empfangen würde, dem Chih-hsien einen Besuch zu machen. Von einer schreienden, johlenden Menge umringt, kam er bis in die Nähe des Yamens des Distriktsmagistrats, und dort wurde das Gedränge so groß, daß er weder vorwärts noch rückwärts konnte, obgleich er eine, allerdings nur mit Fächern bewaffnete, ihm von den Behörden zugetheilte Eskorte von vier Mann hatte. Es war aber gerade dieser Umstand, der den Beamten, der sich sonst wohl unter irgend einem Vorwand hätte verleugnen müssen, zwang, ihn zu empfangen. Dr. Forke fährt dann fort: „Als der Beamte mich beim Abschied bis an den Wagen geleitete, trat zuvor ein Diener hinaus und stieß einen langgezogenen Schrei aus, worauf die Menge ehrfurchtsvoll Spalier bildete. Von allen seinen kleinen Beamten umschwärmt, erschien der Magistrat wie ein kleiner Fürst im Kreise seiner Vasallen; dabei ist er aber nur ein Beamter siebenter Rangklasse.“

Der kleinste chinesische Territorialbeamte tritt mit mehr Pomp öffentlich auf, als bei uns ein Botschafter, ja selbst ein Souverän. Er verläßt nie sein Namen, ohne von einem großen Gefolge begleitet zu sein und durch Gongschläge und Ausruf sein Nahen aller Welt zu verkünden. Nur in der Nähe des Sohnes des Himmels, dem gegenüber jeder Beamte sich doch nur als winzige Kreatur fühlt, in Peking, fällt all dieser Pomp fort. Dort dürfen nicht einmal Vizepräsidenten der Ministerien sich in einem Stuhle tragen lassen und nur dem Stadtkommandanten (d. h. dem Präfecten von Shuntien-su, der hauptstädtischen Präfectur) gehen Ausrufer voran. Mein Empfang beim Chih-hsien schien auf die aufgeregten Gemüther etwas beruhigend gewirkt zu haben, denn wenn auch noch einige Rufe ertönten, so ging die Rückfahrt ins Gasthaus doch ohne weiteres Hinderniß von statten.“

Aus Dr. Forke's Schilderung ergeben sich zwei Lehren für die Behandlung solcher Vorfälle: zuerst, daß Kenntniß der Verhältnisse und Anschauungen, Ruhe und Geduld bei solchen Gelegenheiten besser zum Ziele führen, als scharfes und drohendes Auftreten, und ferner, daß solchen Aeußerungen fremdenfeindlicher Gesinnung gegenüber, wie sie von Kai-seng-su und anderen Orten berichtet werden, seitens der fremden Vertretungen die Lokalbeamten verantwortlich gemacht werden müssen, deren Einfluß, verständig angewendet, vollständig ausreichen würde, die Auffassung der Bevölkerung zum mindesten in ihren äußerlichen Manifestationen umzuwandeln. Wenn Chili von solchen unliebsamen Erscheinungen in den letzten Jahrzehnten fast ganz frei geblieben, so ist das der rücksichtslosen Energie seines General-Gouverneurs Li Hung-chang zuzuschreiben gewesen, der dafür freilich in den benachbarten Provinzen und vielleicht auch in seiner eigenen als Fremden- und Christenfreund verschrien war. Der Muth aber, den er besaß, muß Anderen dadurch gegeben werden, daß sie lernen, bei der Wahl zwischen den Beschwerden der fremden Vertretungen und dem Gebrüll der Menge das letztere

für weniger bedenklich und in seinen Folgen weniger nachtheilig zu halten als die ersteren.

Das nordöstliche Honan hat viel von der früheren Nähe des Hoangho, ehe derselbe seinen Lauf veränderte, gelitten; große Strecken Landes sind mit Sand bedeckt und nur sehr unvollkommen oder gar nicht bebaut. Hinter Kweité-szu liegt zwischen Honan, Schantung und Kiangsu ein Dreieck, das gewissermaßen Niemand gehört und in das alle Verbrecher aus den drei Provinzen zusammenströmen. Sie bilden eine an Ort und Stelle unter dem Namen der „Achtzehn Banden“ bekannte Vereinigung und bewohnen mit Mauern versehene Dörfer an der Hauptstraße. Sie wählen unter sich einen Häuptling und schließen sich zusammen, um sich jeder Einmischung der Behörden in ihre Angelegenheiten zu widersetzen. Sobald es sich aber nicht um den Widerstand gegen die Obrigkeit handelt, liegen sie untereinander in Fehde. Jeder Mensch geht in dieser Gegend bewaffnet, und wenn man einem Unbewaffneten begegnet, so kann man mit Sicherheit annehmen, daß er ein Spitzbube sei, der eine Pistole im weiten Ärmel seines Rockes verborgen hat und versucht, das Opfer, nach dem er aussieht, sicher zu machen.

Hinter dieser unwirthbaren Gegend gelangte Mr. Mayers in die in der Provinz Kiangsu gelegene Stadt Tang-shan-hjien, deren Bewohner sich im Gegensatz zu denen der Provinz Honan durch entgegenkommendes Benehmen auszeichneten, obgleich gerade diese Provinz sehr unter Räuberbanden und geheimen Gesellschaften zu leiden hat. Den Grund dieses Unterschieds glaubt der Reisende in dem Einfluß der Jesuiten zu finden, die seit einer Reihe von Jahren eifrig bemüht sind, ihre frühere Stellung in dieser Provinz zurückzugewinnen, und nicht allein in den Dörfern, sondern auch in den Städten, z. B. in Hsü-chau-szu, dessen Bevölkerung noch vor Kurzem ebenso feindlich wie die von Kai-seng-szu war, Missionen gegründet, Kirchen gebaut und die Erziehung des Volks in die Hand genommen haben. Bei Tang-shan-hjien beginnt der Anbau des Opiums, der in den

letzten Jahren ungeheure Fortschritte gemacht hat und beinahe ein ebenso bedeutender Stapelartikel wie Weizen geworden ist. Die Droque ersezt das Geld fast vollständig; Maulthiere oder Esel kosten so und so viele Unzen Opium, Kinderdiebe verlangen so und so viele Unzen Opium für die Rückgabe des gestohlenen Kindes, und die Beamten wandeln die verhängten Geldstrafen oder Entschädigungen in Unzen Opium um. Es gilt an Ort und Stelle ca. 160 Käsch die Unze, d. h. ca. 20 Cents eines mexikanischen Dollars (ca. 40—45 Pfennig). Die Bauern rauchen selbst wenig, aber fahren es nach Hsü-chau-su, wo die Regierung das Monopol des Verkaufs hat und im letzten Jahre ungefähr 250 000 Taels (800 000 Mark) an Steuern an dem Artikel eingenommen haben soll, während der Gewinn der Detaillisten auf 4 Millionen Taels (12 800 000 Mark) geschätzt wird.

Die Missionsstation der Jesuiten in Ma-chia-ching ist mit einem hohen, an den Ecken mit Thürmen versehenen Wall stark befestigt; in den Thürmen befinden sich Geschütze und Munition. Vier Nächte, ehe der Reisende die Station erreichte, war dieselbe von einer Bande der „Großen Messer-Sekte“, die wie Mr. Mayers sagt, neben vagen, politischen, auf den Sturz der Manchu-Dynastie abzielenden Zwecken hauptsächlich Mordbrennerei und Raub treibt, angegriffen worden, die erst nach hartnäckigem Kampfe zurückgeschlagen worden war. Ähnliche Angriffe waren bereits öfter vorgekommen, bis jetzt aber jedesmal siegreich zurückgeschlagen worden; ihren Todten, von denen in einem Falle zwölf aufgefunden wurden, ziehen die Angreifer die Kleider aus und schneiden ihnen die Köpfe ab, um jeder Erkennung vorzubeugen.

Der Weg nach Hsü-chau-su liegt im alten Bett des Yangtse, das durchschnittlich 10—30 Fuß über der umgebenen Ebene liegt, was die vielen Ueberschwemmungen erklärt, die trotz der wahrhaft riesenhaften Deiche, die von den Chinesen überall errichtet sind, das Land immer wieder verheerten. Hsü-chau-su vermittelt den Verkehr in Opium, das auf dem großen Kanal verführt wird; der Handel in fremden Waaren umfaßt haupt-

fächlich Baumwollengarn, englische und amerikaniſche Baumwollentoffe und Petroleum. Die Einfuhr fremden Garns deckt bei weitem nicht den Bedarf, aber die Koſten des Transports ſind trotz der faſt durchgängigen Benutzung von Tranſitpäfſen ſo hoch, daß der Verkehr in fremden Waaren dadurch erheblich eingeſchränkt wird. Beſonders die Station Huai-An am Großen Kanal iſt wegen der dort verübten Erpreſſungen bekannt und berüchtigt. Ein Theil des alten Bettes des Fluſſes wird angebaut; ſonſt ſieht man überall Mohnfelder und Gärten mit Fruchtbäumen und Maulbeerplantagen; die koloffalen Deiche würden vortrefflich zur Anlage einer Eiſenbahn dienen können. In dem Marktflecken Kao-Tſu findet ein großer Handel in Kalkſtein, Schiefer und grobem rothen Marmor ſtatt. In einem anderen Flecken, Yang-Hu, iſt die lange ſchmale Hauptſtraße durch Thore in Abtheilungen getheilt, deren jede einzelne von einem beſonderen Gewerbe bewohnt wird. Bei T'ao-Yuan ſchneidet die Straße den großen (Kaiſer-) Kanal, der in ſeinem nördlichen Theil vom Yangtſe bis Tientsin geht, wo er mitten in den Vorſtädten in den Peiho mündet; an der Stelle, wo der Reiſende ihn überſchritt, iſt er eine breite, von vielen vortrefflich gebauten Frachtbarcken befahrene Waſſerſtraße. Seitdem der gelbe Fluß im Jahre 1852 ſein Bett veränderte und ſich, ſtatt wie früher ins Gelbe Meer zu fließen, in der Nähe von Kai-feng-fu ſeinen Weg in den Golf von Peſchili ſuchte, iſt Ching-chiang-pu der Sitz der Centralverwaltung des Kanals geworden. Die Stadt ſelbſt trägt, ganz im Gegenſatz zu den bisher beſuchten Plätzen, einen durchaus ſüdlichen Typus, mit Straßen, die zu eng ſind, um einen Karren durchzulafſen, und in denen ſich die beſſer ſituirten Leute in Tragſtühlen bewegen. Ein bedeutender Theil des Exports beſteht in Erdnüſſen, die vielfach zur Delbereitung nach Kanton gehen, in der letzten Zeit auch nach dem Auslande zur Seifenfabrikation. Das etwas ſüdlich von Ching-chiang-pu ebenfalls am Kanal gelegene, bereits erwähnte Huai-An iſt auch den chineſiſchen Kaufleuten ein Dorn im Auge, und ſie würden

an Stelle der vorhandenen, sich des schlechtesten Rufes erfreuenden Vikinstation die Errichtung eines fremden Zollamts dort vorziehen. So Mr. Mayers. Ein solcher Schritt würde auch durchaus den deutschen Interessen entsprechen, noch richtiger, ja absolut nothwendig ist für uns aber, maßgebenden Einfluß über den Kanal zu gewinnen, der von Tjiningchau in Schantung an, dem Sitz einer deutschen katholischen Mission, mit einigen Unterbrechungen bis zum Yangtse schiffbar ist und den einzigen Weg von Schantung zu diesem Fluß und damit nach ganz Mittelasien bildet. Vom Yangtse bis Ching-chiang-pu sind in früheren Jahren Dampfschleppboote gegangen, hinter dem letzteren Plaze legen Schleusen, die nur 12 Fuß breit sind, der Schifffahrt einige Schwierigkeiten in den Weg, aber Schiffe von 10 Fuß Breite und  $3\frac{1}{2}$  Fuß Tiefgang konnten vor einigen Jahren noch zwischen Ching-chiang-pu und Tjining verkehren, und es würde voraussichtlich nur mit nicht zu großen Kosten verbundener Arbeiten bedürfen, um den an einigen Stellen sehr vernachlässigten Kanal wieder in brauchbaren Stand zu setzen. Daß dies aber geschehe, wird Aufgabe der deutschen Regierung sein, wenn dieselbe überhaupt die wirthschaftliche Verwerthung Schantung's in die Hand zu nehmen beabsichtigt.

## Süd-China.

(Abgedr. aus der „Münchener Allgem. Zeitung“ vom 20. December 1898.)

### I.

Die beiden Kwangs, d. h. Kwangsi mit der Hauptstadt Wei-lin-fu, dem „Cassia-Walde“, so genannt wegen der in der Nähe in großer Menge wachsenden Cassia-Bäume (*Laurus Cassia*), und Kwang-tung mit der Hauptstadt Kwang-chau-fu, d. h. „weite Stadt“ — Kanton ist nur eine portugiesische Corruption des Namens der Provinz — bilden, soweit das letztere in Betracht kommt, den reichsten und beide wohl den unruhigsten Theil des chinesischen Reiches. Von Kwangsi ist im Jahre 1850 der Aufstand der langhaarigen Rebellen ausgegangen — die von dem Führer derselben für seine Regierungszeit angenommene Bezeichnung Tai-ping, d. h. großer Friede, ist in China selbst verpönt — und auch in diesem Jahre haben dort ausgebrochene Unruhen viel, vermuthlich mehr als sie verdienten, von sich reden gemacht. Der vor einigen Jahren von der chinesischen Gesandtschaft in London verhaftete Sun-yat-sen, der in der letzten Zeit so viel genannte Kwan-yü-wei und die meisten seiner Genossen sind aus Kanton gebürtig. Auch in Betreff der Beziehungen des Auslandes zu China haben die beiden Kwangs stets eine hervorragende Rolle gespielt. Kanton ist bis zum Jahre 1842 der einzige chinesische Hafen gewesen, in dem fremder Verkehr dauernd zugelassen war, und seit der Erwerbung des Protektorats über Annam durch Frankreich ist das letztere eifrig bemüht gewesen, seinen Einfluß über die beiden Provinzen auszudehnen und zu befestigen und sich soweit als möglich das Monopol der

industriellen Ausnutzung derselben und durch dieselben den Zugang zu der benachbarten Provinz Yünnan zu sichern, die es ebenfalls als ein ausschließliches Feld für französische Thätigkeit und Einfluß in Anspruch nehmen möchte. Zu diesem Zweck hat es von der chinesischen Regierung nicht allein die Genehmigung zur Verlängerung in Tongking erbauter Eisenbahnlinsen nach Kwangsi und Yünnan hinein, sondern auch das ausschließliche Recht zum Bau von Eisenbahnen von Pat-hoi (Nordsee), einem seit 1876 an dem südlichsten Ende von Kwang-tung dem fremden Verkehr geöffneten Hafen, nach Nanning am Westfluß und Pojé in Kwangsi an der Grenze von Yünnan zu erlangen gewußt. Das letztere Zugeständniß sollte ein Gegenzug gegen die von England im Jahre 1896 durchgesetzte Eröffnung des Westflusses bis Wu-chau sein.

Wie schon erwähnt, ist das Ziel des französischen wie des englischen Vorgehens in diesen Gegenden die möglichste Monopolisirung des Verkehrs mit Yünnan, und zwar für Frankreich durch Tongking, für England von Hongkong aus. Dem äußeren Anschein nach müßte Frankreich in dieser Beziehung von England kaum wieder einzuholende Vortheile besitzen. An der tongkingnesischen Grenze von Yünnan sind Mengtze, das bereits im Jahre 1896 einen Verkehr im Werthe von über 8 Millionen Mark aufwies, und Hofau für den französischen Handel zu einem um vier, resp. drei Zehntel niedrigeren Aus- und Einfuhrzoll, als jener, der in den geöffneten Häfen Chinas erhoben wird, geöffnet, während französische Kaufleute das Recht haben, sich in Sjemao in Süd-Yünnan niederzulassen; der Rothe Fluß bildet eine wenigstens zu Zeiten vortreffliche Wasserverbindung von Laofai in Tongking nach Mengtze, die Seitens der französischen Regierung erheblich verbessert werden könnte und deren Schiffbarmachung auf chinesischem Gebiete zu unternehmen China sich vertragsmäßig verpflichtet hat. Ferner besitzt Frankreich das Recht, die Bahn von Phu-lang-thuong nach Langson in Tongking über die Grenze hinaus nach Lung-tschau in Kwangsi und weiter hinaus

zu verlängern. Wenn die bisher in Betreff des Baues dieser letzteren Strecke zwischen der französischen Gesellschaft Fives-Lille, welcher die Konzession für dieselbe erteilt worden war, und den chinesischen Behörden stattgehabten Verhandlungen auch zu keinem Ergebnis geführt haben, und es vielmehr den Anschein hat, als wollte die französische Gesellschaft ihre Konzession hauptsächlich benutzen, um Grund für eine Entschädigungsforderung der chinesischen Regierung gegenüber zu besitzen, wie auch das Recht zur Verbindung von Pak-hoi mit dem Innern in erster Linie dazu dienen zu sollen scheint, andere Unternehmen fern zu halten, so ist trotzdem die Lage Frankreichs in Hinterindien eine so günstige, daß es nur der Ungeschicklichkeit der französischen Kolonial- und Zollverwaltung zuzuschreiben ist, wenn die Versuche, den Verkehr mit Yunnan über Tongking zu leiten, bis jetzt keinen durchschlagenden Erfolg gehabt haben. Andererseits darf nicht übersehen werden, daß in der letzten Zeit von französischer Seite manches geschehen ist, um frühere Irrthümer und Unterlassungen gut zu machen.

Der englische Konsul Wilkinson spricht sich darüber in seinem Handelsbericht aus Pak-hoi für 1897 wie folgt aus: „Im Jahre 1890 begann die Konkurrenz der Wege durch Tongking sich in Pak-hoi ernsthaft fühlbar zu machen. Letzterer Platz war das Entrepot für den Handel zwischen Südwest-Yunnan und dem oberen Lauf des Rothens und des Westflusses auf der einen und Hongkong auf der anderen Seite. Die im Jahre 1889 erfolgte Eröffnung von Mengtze und Lung-tschau lenkte sofort einen Theil dieses Verkehrs nach Tongking ab. Nach einigen Versuchen wurde der Dampferverkehr von Hanoi (also auch von Haiphong) auf dem Rothem Flusse nach Laofai, der nächsten Grenzstation vor Mengtze, eingerichtet, während zugleich eine Eisenbahn eröffnet wurde, um Phu-lang-thuong mit Langson auf dem Wege nach Lung-tschau zu verbinden. Während des letzten Jahres ist besonders dank der Energie des Obersten Pennequin, Befehlshaber des ersten und zweiten Militärdistrikts in Tongking, der

Verkehr in der Umgegend von Laokai sehr erleichtert worden, und die chinesischen Kaufleute sind ermuntert worden, die kürzlich dort eingerichteten Märkte zu besuchen. Zu derselben Zeit sind Zollspeicher in Hanoi, Laokai und Langson, neben denen, die bereits in Haiphong bestanden, eingerichtet worden. Die Benutzung derselben ist während der letzten sechs Monate für fremde Waaren auf dem Durchgang durch Tongking unter bestimmten Bedingungen gestattet worden. Die Waaren müssen in Partien vorhanden sein, auf die mindestens 150 Fr. Einfuhr- oder 50 Fr. Ausfuhrzoll zu entrichten sind, jede Partie darf nur aus einer Gattung Waaren bestehen, und die Originalverpackung muß unverletzt sein. Eine Eisenbahn soll zwischen Haiphong und Hanoi gebaut und die eine bereits zwischen Phu-lang-thuong und Langson bestehende rasch auf Langson zu fortgesetzt werden, was bis jetzt allerdings, wie bereits erwähnt, nicht geschehen ist. Regelmäßige Dampferverbindung besteht zwischen Hongkong und Haiphong. Wie weit die natürlichen so vermehrten Vortheile des Weges über Tongking auf den Handel von Pathoi bereits jetzt Einfluß ausgeübt haben, kann man daraus ersehen, daß der Einfuhrhandel (nach China) über Mengtze auf 1 627 036 Taels geschätzt wird, wovon 95 Prozent aus Hongkong kommen.

Es mag hier bemerkt werden, daß die neue für Tongking in Aussicht genommene Anleihe von 200 Millionen Francs in der Hauptsache für den Ausbau des inneren Eisenbahnnetzes der Kolonie und die Verlängerung desselben in chinesisches Gebiet bestimmt ist. Ob Yunnan die Anstrengungen, die von französischer Seite gemacht werden, um dasselbe zu erreichen, in absehbarer Zeit lohnen wird, scheint nach den neuesten Nachrichten zweifelhaft. Nach einem im „New Bulletin“ veröffentlichten Bericht des dem chinesischen Zollamt in Semaio attachirten Botanikers Dr. Henry ist Yunnan aus physischen Gründen ungeeignet für Eisenbahnen. Die Provinzialhauptstadt könne mit Tongking durch eine Eisenbahn verbunden werden, die aber schwerlich jemals rentiren werde, auch England könne sich, da

man, um nach Szechuen und dem Yangtse-Thal zu gelangen, Yünnan durchqueren müsse, genöthigt sehen, seine Birma-Bahn durch Yünnan zu verlängern, was aber ein kostspieliges und unrentables Unternehmen sein würde. Yünnan sei unter der jetzigen Regierung für den Handel keinen Pfennig werth; ob die Bergwerke rentiren würden, sei eine andere Frage. In den Shan-Staaten südlich von Ssemao werde der Pu-erh-Thee gewonnen und von dort nach allen Theilen Chinas und Tibets versandt. Dr. Henry hält die Gegend für die ursprüngliche Heimath des Theestrauchs.

Andere Mittheilungen über den Weg durch Tongking nach Ssemao liegen in dem Bericht des englischen Konsularbeamten J. W. Jamisson über eine Ende 1897 und Anfang 1898 dorthin unternommene Reise vor. Derselbe hat von Haiphong bis Mengtze vom 20. Dezember bis 19. Januar gebraucht, und zwar trotzdem die chinesischen Bootsleute zwischen Manhao und Hofau, 13.—18. Januar, um zum Neujahrsfest am ersteren Platze zurück zu sein, sich außergewöhnlich beeilten. Auf der anderen Seite erhöhte freilich der im Winter gewöhnlich niedrige Wasserstand des Rothten Flusses die Schwierigkeiten der Reise. Von Mengtze bis Ssemao gebrauchte der Reisende, der einen Theil des Weges zu Fuß, den andern in einem Bergtragstuhl zurücklegte, vom 28. Januar bis 14. Februar. Die gewöhnliche Frachtrate von Hongkong nach Laokai ist 24 Dollars (48 Mark) die Tonne, wozu noch ungefähr 25 Dollars von letzterem Platze nach Mengtze kommen. Die Städte in Tongking, obgleich vortrefflich angelegt mit breiten Straßen und elektrischer Beleuchtung, machen einen todten Eindruck; nur unter den Chinesen scheint kommerzielle Thätigkeit zu herrschen. Laokai hat im Sommer ein so ungefundes Klima, daß von den dort garnisoirenden französisch-annamitischen Truppen in jedem Jahre durchschnittlich 40 % sterben. Charakteristisch für die Zustände an der Grenze ist, wie Mr. Jamisson erzählt, daß die chinesischen Behörden der Piraterie auf dem Rothten Fluß dadurch

ein Ende gemacht, daß sie aus den Mitgliedern der Bande drei Regimenter gebildet haben.

Auch der chinesische Zolldirektor in Lung-tschau, Mr. Morse, hat sich in seinem Handelsbericht für das Jahr 1896 eingehend über die Aussichten des Verkehrs zwischen Tongking und Yünnan geäußert. Nach ihm wird der Agent des chinesischen Kaufmanns z. B. in Yünnan stets in dem Markte kaufen, in dem er seinen ganzen Auftrag am billigsten und leichtesten ausführen kann, d. h. bis auf Weiteres in Hongkong; ob er später, wenn er sich daran gewöhnt hat, seine Waaren durch Tongking zu begleiten, wird überredet werden können, seine Einkäufe in Haiphong zu machen, wird davon abhängen, ob er glaubt dort billiger und besser einkaufen zu können; nationale Gründe werden ihn nicht beeinflussen, was wir uns auch merken können. Die Frage stellt sich also so, daß er, wenn er anderswo kauft und durch einen ungünstigen Zolltarif von der Benutzung des Weges über Tongking ausgeschlossen wird, einen andern Weg benutzen wird. Mr. Morse ist der Ansicht, daß, um den Transport über Tongking und Lung-tschau nach Yünnan zu ermöglichen, einerseits die Frachtraten auf der Bahn von Phu-lang-thuong nach Langson, wo sie augenblicklich für Güter erster Klasse 11 mexikanische Dollars, d. h. (ca. 22 Mk.) per Tonne bei einer Entfernung von ca. 94 km betragen, bedeutend erniedrigt und andererseits der Transitverkehr durch Tongking zollfrei gestattet werden müsse.

Die seit der Abfassung dieser Berichte erfolgte Eröffnung des Westflusses wird voraussichtlich auf den Handel von Pak-hoi einen erheblichen Einfluß ausüben; die Zeit, die seit der Eröffnung dieses Wasserweges verflossen, ist zu kurz, um ein abschließendes Urtheil zu gestatten, aber es ist immerhin bezeichnend, daß die Einfuhr in indischen Garnen, grauen und weißen Shirtings, T-Duch, türkisch-rothen Stoffen und Sammeten während des Septembers 1897 gegen das Vorjahr um über die Hälfte zurückgegangen ist, während Wu-chau für dieselbe Zeit entsprechende Importen aufweist.

Die Frage berührt ganz besonders auch die deutschen Interessen, da der Schiffsverkehr in Pak-hoi bisher zum größeren Theil unter deutscher Flagge erfolgte. Von 107 Einklarirungen von Dampfern im Jahre 1897 waren 42 deutsche, 39 französische und 26 dänische Schiffe, aber der Tonnengehalt dieser Schiffe betrug 28,088 Tonnen unter deutscher Flagge gegen 28,778 Tonnen unter französischer und dänischer Flagge. Die Dänen fuhren unter französischer Charter in Concurrenz gegen die Deutschen, während die letzteren thatsächlich für chinesische Rechnung liefen. Eines der deutschen Schiffe lief ausschließlich zwischen Hongkong und Pak-hoi, meistens über Hoihau (auf Hainan), die anderen setzten ihre Reise meistens nach Haiphong fort. Auf der Fahrt von dort nach Hongkong liefen die Dampfer selten Pak-hoi an. Als Grund, warum die britische Flagge an dem Verkehr mit Pak-hoi gar nicht theilhaftig ist, sind noch, wie schon in einem englischen Konsularbericht vom Jahre 1890 erwähnt wird, die Thatfachen maßgebend, daß es einerseits an der chinesischen Küste fast keine englischen Dampfer gibt, die nicht regelmäßig andere Linien verkehrenden Gesellschaften gehören, und daß andererseits die Unkosten deutscher und dänischer Schiffe, mit denen der englischen verglichen, so viel geringer sind, daß dies den ersteren einen Vortheil gewährt.

Was die Einfuhr nach Pak-hoi betrifft, so dürften für die deutsche Industrie hauptsächlich die folgenden Artikel von Interesse sein: Wollenstoffe, in 1897 149,272 Taels, gegen 121,314 Taels in 1896, hauptsächlich Longells und Decken; Schwefelhölzer: 366,620 Groß gegen 325,160 i. V. 1898 wird voraussichtlich einen weiteren Rückgang in dem Artikel bringen, da Wu-chau einen großen Theil der Einfuhr in demselben an sich ziehen dürfte; Lamabraids! stiegen von 41,614 Groß auf 55,837; Nähmaschinen von 26,927 Tausend auf 33,343, baumwollene Regenschirme von 14,090 Stück auf 22,521 und Spiegel in Rahmen von 259,205 Stück auf 451,748, trotz der unzweifelhaften Häßlichkeit des schönen Geschlechts in der Gegend, wie der Berichterstatter hinzusetzt.

## II.

(Abgedr. aus der „Münchener Allg. Zeitung“ vom 1. Januar 1899.)

Der neueste, soeben erst veröffentlichte Bericht des in Semaoo stationirten englischen Konsuls Samisson bestätigt die ungünstige Auffassung der Verhältnisse in Yunnan, die, wenn sie sich als richtig erweisen sollte, den französischen Hoffnungen und Erwartungen wenig entsprechen würde. Herr Samisson schreibt: „Nach einigen vor kurzem erfolgten Mittheilungen und nach dem allgemeinen Ton der über Yunnan geschriebenen Artikel scheint es fast, als ob diese Provinz noch immer als ein sehr bedeutender Faktor in der kommerziellen Entwicklung Chinas angesehen werde. Man hört viel über den gegenwärtigen umfangreichen Verkehr und die großen mineralischen Hilfsquellen des Landes, und unzählige unmögliche Projekte werden von Zeit zu Zeit für den Bau von Eisenbahnen vorgebracht, die das Land einschließlich des weiten und fruchtbaren Theils des Yunnan, auf welcher Karte dieser Fluß auch immer eingetragen sein mag, eröffnen und Britisch- und Französisch-Indo-China mit der Provinz Szechuen verbinden sollen. Ich bin gern bereit zuzugeben, daß der mineralische Reichthum Yunnans sehr groß sei, aber die Schwierigkeiten, die sich der Ausbeutung desselben in den Weg stellen, sind, wenigstens im südlichen und westlichen Theile der Provinz, so ungeheuer, daß sie sicher alle die abschrecken werden, die eine Verzinzung ihres in solchen Bewerbsunternehmungen angelegten Kapitals erwarten. . . . Was die Möglichkeit des Baues von Eisenbahnen anbetrifft, so kann ich nichts besseres thun als Baber's (ein englischer Konsularbeamter, der West-Yunnan im Jahre 1877 bereiste) Bemerkungen hier zu wiederholen: „Ich glaube nicht, daß es absolut unmöglich sein würde, eine Eisenbahn anzulegen; eine hohe Autorität in solchen Fragen hat mir versichert, daß, wenn Aktionäre das Geld hergeben wollen, sich immer ein Ingenieur findet, der bereit ist, dasselbe auszugeben.“

Wenn man ein halbes Duzend Mont Genis-Tunnel und einige Menai-Brücken (die sogenannte Britannia-Brücke über die Menai-Straße mit zwei Spannungen von je 400 Fuß und zwei von je 230 Fuß), herstellen will, so wird der Weg von Birma nach Yünnanfu unzweifelhaft erheblich verbessert werden! „Diese Neußerung Baber's bezog sich besonders auf eine Eisenbahn zwischen Dhanis und der Provinzialhauptstadt, aber sie paßt auch für irgend ein Eisenbahnprojekt in Süd- oder West-Yünnan, sowie für eine Bahn von Yünnan nach Szechuen. Kleine Stücke einer Bahn können immer gebaut werden, so für einzelne Strecken in den Flußthälern, sie würden aber nur zu unbedeutenden Flecken führen, mit keinem Handel weder en route noch zwischen Anfang- und Endstation.“ Der Werth der Ausfuhr von Semaos durch das fremde Zollamt betrug im Jahre 1897 93,500 Mark, wovon 77 % als nach Birma und der Rest als nach Französisch-Indo-China bestimmt angegeben wurden, ein großer Theil aber voraussichtlich unterwegs verkauft worden sein dürfte; es waren fast ausschließlich Eisenwaaren. Die Einfuhr besteht hauptsächlich in roher Baumwolle aus den birmanischen Shan-Staaten und dem französischen Laos im Werth von 220—250 000 Mark, wozu vielleicht noch für 15—16 000 Mark baumwollene und wollene Waaren kommen. Die ungünstigen Ausichten, die sich so für eine Eisenbahnverbindung zwischen Tongking und Yünnan zu ergeben scheinen, werden allerdings dadurch nicht unerheblich verbessert, daß die französische Deputirtenkammer soeben auf Vorschlag der Regierung ihre Zustimmung dazu gegeben hat, daß die letztere die Garantie für eine 70 Millionen Francs-Anleihe übernehme, die zum Bau einer Eisenbahn nach Yünnan-fu bestimmt sein würde; für weitere 130 Millionen Francs, die zum Ausbau des Eisenbahnnetzes in Tongking selbst Verwendung finden sollen, wird die Kolonie die Garantie übernehmen.

Ob alle diese Mittel hinreichen werden, den bisherigen Handel Hongkongs nach Tongking zu ziehen oder auch nur die an ersterem Platze von den Chinesen gekauften Waaren über das

letztere nach Yüman zu leiten, muß seit der Eröffnung des Westflusses, Sikiang, zum mindesten zweifelhaft erscheinen. Die Frage würde sicher zu Gunsten des Westflusses und Kantons überhaupt entschieden werden müssen, wenn die chinesischen Behörden in richtiger Würdigung der dem eigenen Lande daraus entspringenden Vortheile sich entschließen könnten, den Import und Transitverkehr nicht durch Auferlegung willkürlicher Abgaben zu behindern. Wie viel aber gerade in dieser Richtung gesündigt wird, geht aus dem Bericht des englischen Konsuls Mr. B. Brenan in Kanton für 1897 hervor. Der Verfasser führt in demselben an, daß der Prozentsatz der nach Kanton eingeführten Waaren, der unter Transitpaß ins Innere gegangen, in den meisten Fällen ein sehr geringer gewesen sei, so von allen Arten Baumwollwaaren 18 %, von Baumwollgarn 16 %, von Wollwaaren 27 %, von indischer roher Baumwolle 1 % und von anderen Waaren, deren Gesamtwert 10 Millionen Taels betrug, 6½ %. Eine Ausnahme machten nur Metalle mit 72 %, Streichhölzer mit 62 % und Petroleum mit 96 %. Von 6800 im Jahre 1896 entnommenen Transitpässen war nicht ein einziger auf den Namen eines Chinesen ausgestellt, während es kaum einem Zweifel unterliegen kann, daß von den durch diese 6800 Pässe gedeckten Waaren der größte Theil chinesisches Eigenthum war; aber der Chinese weiß, daß ein auf seinen Namen ausgestellter Paß nicht allein werthlos sein, sondern ihn der Rache der Zollbeamten aussetzen würde. Der Kampf, der seitens des englischen Konsulats in Sachen der Transitpässe im Jahre 1897 geführt worden ist, hat sich im Allgemeinen als ein erfolgloser erwiesen, wie auch die Hoffnung, die auf die Wirkung des seitens der chinesischen Regierung gemachten Zugeständnisses, daß Waaren unter Transitpässen auch unterwegs verkauft werden könnten, gesetzt wurde, sich nicht erfüllt hat. Von den chinesischen Behörden ist als ein Gegenzug eine Ankunftssteuer eingeführt worden, die von unter Transitpaß ins Innere geschickten Waaren nach ihrer Ankunft am Bestimmungsort erhoben wird. Nach der Ansicht der englischen

Behörden würde gegen eine solche Steuer nichts einzuwenden sein, wenn dieselbe von allen Waaren gleichmäßig erhoben würde, d. h. von auf Schiffen fremder Bauart ankommenden, im fremden Seezollamt verzollten und unter Transitpaß ins Innere verschickten und ebenso von auf Dschunken eingeführten, in den chinesischen Zollämtern verzollten und unter Zahlung aller Inlandsteuern ins Innere versandten. Von den letzteren aber wird diese Steuer nicht erhoben, und die chinesischen Behörden erklären dies damit, daß sie von den letzteren vor dem Transport ins Innere entrichtet würde, von den anderen nachher, eine Behauptung, die sich auf ihre Richtigkeit nur sehr schwer oder gar nicht prüfen läßt. Es beweist dies, daß, wie ich auch schon an anderen Orten angeführt habe, eine Regelung der Inlandbesteuerung fremder Waaren nur dadurch zu erreichen ist, daß das ganze Transitpaßsystem aufgegeben, der Transitzoll zum Eingangszoll geschlagen und Waaren fremden Ursprungs, die als solche erkennbar sind, zum mindesten innerhalb der Grenzen derjenigen Provinz, in welcher sich der Einfuhrhafen befindet, von jeder Untersuchung und Abgabe befreit werden.

Ebenso großen Schwierigkeiten, wie der Versuch, die Waaren unter Transitpässen gegen die Auferlegung ungesetzlicher Steuern zu schützen, begegnete der, die Zahl der Likinstationen und der von ihnen erhobenen Abgaben festzustellen. Die jüngste Ausgabe der Likin-Vorschriften und Tarife in den Kwangs ist einige dreißig Jahre alt; sie gibt den Namen von 80 Zollämtern, und der Tarif enthält 700 Artikel mit einem Zusatz, der alle nicht aufgeführten Waaren einschließt. Daß seit dieser Zeit die Veränderungen in der Art und Weise des Verkehrs zahlreiche Abänderungen nothwendig gemacht haben, ist klar, aber das Hongkonger Likinamt zieht vor, solche Bestimmungen nicht festzulegen, sondern nach eigenem Ermessen zu modifiziren, und jede Station folgt diesem Beispiele. Auf diese Weise wird es den Unterbeamten und den mit ihnen in Verbindung stehenden Händlern, die immer vorher von der Erhöhung oder Herabsetzung einer

Tarifgebühr benachrichtigt sind, ermöglicht, ihre Geschäfte mit Sicherheit zu machen, während den ehrlichen Kaufmann der Verlust trifft. Eine andere Frage, die nicht durch die Höhe der Frachtraten, sondern durch die Möglichkeit der Benutzung von Transitpässen entschieden wird, ist die der Verschiffung mit Dschunken oder Dampfern; bis zum Vorjahr fand z. B. die gesammte Einfuhr von Petroleum von Hongkong aus in Dschunken statt, seitdem die englischen Behörden auf schärfere Beobachtung der Transitpaßvorschriften durch die Chinesen dringen, ist der Verkehr in diesem Artikel in 1897 ganz auf die Dampfer übergegangen. Wie bedeutend die Betheiligung der Dschunken am Verkehr ist, ergibt sich daraus, daß, während der Werth des Verkehrs in Schiffen europäischer Bauart sich in 1897 (Einfuhr und Ausfuhr) auf ca. 140 Millionen Mark belief, der in Dschunken in derselben Zeit ca. 114 Millionen betrug. Die Betheiligung der deutschen Flagge bei dem Verkehr in Kanton war äußerst gering, 180 Ein- und Ausklarirungen mit 182,730 Tonnengehalt bei einer Gesamtzahl von 5561 Ein- und Ausklarirungen mit 3,679,982 Tonnengehalt, wovon der bei weitem größte Theil auf englische Schiffe entfällt.

Der Westfluß, der in der Nähe Kantons mündet, ist einer der nach Wasserreichthum, Verzweigung und wirtschaftlicher Bedeutung wichtigsten Flüsse Chinas, dessen erst im Juni 1897 erfolgte Eröffnung seit lange angestrebt worden war und wohl auch früher hätte erfolgen können, wenn von englischer Seite die darauf gerichteten deutschen Bemühungen kräftiger unterstützt worden wären. Schließlich war es das Vorgehen Frankreichs von Tongking aus, welches die englische Diplomatie veranlaßte, ein etwas schnelleres Tempo einzuschlagen, und die Abtretung Kiang hungs durch China an Frankreich, die einen Bruch des englisch-chinesischen Abkommens vom 1. März 1894 einschloß, der Grund, der zu der Eröffnung des Flusses bis Wuchau, ungefähr 400 km von der Mündung, führte. Der Fluß ist aber für besonders dafür gebaute Boote bis an die Grenze von Yünnan, d. h. für unge-

fähr 1200 km, schiffbar. Die Seeschifffahrt geht bis zu dem ca. 170 km oberhalb Kanton gelegenen, ebenfalls dem fremden Handel geöffneten Samshui, oder vielleicht richtiger, dem unmittelbar am Flusse gelegenen Hafen dieser Stadt, Hofau. Unter den 1780 Ein- und Ausklarirungen mit 98 984 Tonnengehalt, welche von Anfang Juni bis Ende Dezember 1897 dort stattfanden, waren 782 mit 84 158 Tonnen unter englischer Flagge, aber keine einzige unter deutscher. Es ist das umsomehr zu bedauern, als, wie schon vorher erwähnt, der Schiffsverkehr mit Pak-hoi, an dem deutsche Schiffe stark betheiligt sind, durch die Eröffnung des Westflusses voraussichtlich erheblich geschädigt werden wird. Ebenso würde es im vaterländischen Interesse wünschenswerth sein, wenn das eine oder andere deutsche Haus sich entschliesse, in Samshui, resp. Wuchau einen Agenten zu unterhalten; bis jetzt ist dies nur durch das englische Haus Jardine Matheson u. Co. geschehen. Auch der englische Konsul Mr. Brady betont in seinem Handelsbericht für Samshui die Nothwendigkeit der Anwesenheit fremder Kaufleute oder Agenten an diesem Platze, bis zu deren Ankunft das Geschäft voraussichtlich ein schwaches bleiben würde.

Wuchau liegt am Zusammenfluß des Kwei-Flusses mit dem Sikiang; ersterer ist durch einen kurzen schiffbaren Kanal mit dem Hsiang-Fluß, der durch die Provinz Hunan fließt und, nachdem er den Tungting-See durchströmt hat, bei dem zur Eröffnung für den fremden Handel in neuester Zeit in Aussicht genommenen Tschau in den Yangtse mündet. Bei Samshui vereinigt sich ein anderer großer Fluß, der Pekiang, mit dem Westfluß. Derselbe ist bis an die Nordgrenze von Kwangtung schiffbar, während der sehr bedeutende Kan-Fluß nördlich an dem die Provinzen Kwangtung und Kiangsi trennenden Südgebirge vorbeischießt, sich dann nach Norden wendet, den Poyang-See durchströmt und schließlich etwas unterhalb von dem Vertragshafen Kiuksiang in den Yangtse fällt. Während so durch den Kwei und Pekiang die Wasserverbindung mit dem großen Stromsystem Mittelchinas hergestellt

wird, ermöglicht der Westfluß selbst eine solche durch einen seiner Quellenströme, den Tso, mit Tonking und durch einen anderen, den Jü, mit Yünnan. Wenn diese wunderbaren Wasserwege bis jetzt auf die Entwicklung des Handels nicht den Einfluß gehabt haben, den man erwarten könnte, so liegt das daran, daß die Provinzen Yünnan, Kwangsi und das nördlich von dem letzteren gelegene Kweichau zu den ärmsten Theilen des chinesischen Reichs gehören und sich außerdem bis jetzt von den Verwüstungen des Taiping- und mohammedanischen Aufstandes nur sehr theilweise erholt haben. Ein anderes Hinderniß bilden die Erpressungen der Banden, die in keiner Provinz einen solchen Umfang annehmen, wie in den beiden Kwangs, und die Seeräuberei, die nach den Berichten der englischen Konsuln im letzten Jahre auf den Wasserläufen Kwangtungs eine ganz besondere Höhe erreicht zu haben scheint. Dieselbe wird nicht in Form eines Angriffs mit eigenen Fahrzeugen ausgeübt, sondern so, daß eine Anzahl Räuber, selten mehr als ein halbes Duzend, sich an Bord der den Verkehr vermittelnden Boote als Passagiere einschiffen, am geeigneten Ort und zu gelegener Zeit die Verkleidung als ehrliche Leute abwerfen und während die eine Hälfte der Bande Wache steht und Jeden, der Widerstand versuchen würde, zu erschließen droht, die Passagiere und ihr Gepäck plündert. Meistens verläuft alles in gemüthlicher Weise, und es kommen sogar Fälle vor, in denen die Räuber, wenn sie einen besonders guten Fang gemacht haben, den ärmeren Passagieren ihr Eigenthum zurückgeben. Die Mittel, welche die Regierung gegen dieses Unwesen ergriffen hat und die hauptsächlich in der Aufstellung von Wachbooten auf je 4 Kilometer Entfernung bestehen, haben sich als nutzlos erwiesen, und die Eigenthümer der Boote versuchen nie, einen der Räuber zu verhaften, da dies wahrscheinlich zu Blutvergießen und damit zu einer Einmischung der Behörden führen würde, die dem Betreffenden theurer zu stehen kommen könnte, als die verhinderte Beraubung. Sie begnügen sich damit, irgend ein früheres Mitglied einer Piratenbande als Detektiv zu

engagiren und mit dessen Hülfe verdächtige Personen zurückzuweisen, die sich auf ihren Booten einschiffen wollen.

Der Bericht des Zolldirectors für Samshui enthält einen amüsanten Beitrag zu der Art und Weise, wie die Regierung ganz offenkundig hintergangen wird und Beamte und Private sich in den Raub theilen. Auf dem Sikiang wird die Ladung der Reisboote nach dem Inhalt verzollt, den obere Länge mal obere Breite des Decks mal Tiefe des Raumes ergeben. Die Boote werden nun so gebaut, daß der obere Theil des Decks ganz schmal ist und sich nach unten, wo er schon unter Wasser ist, gewaltig erweitert, was natürlich für die oben angeführte Berechnungsart einen großen Unterschied ergibt. Die „Entenrückenboote“ genannten Fahrzeuge werden ganz offen gebaut und liegen während der trockenen Jahreszeit am Flußufer, aber sie bezahlen nur Steuern nach der oberen Breite des Decks, und Jeder gewinnt dabei, nur nicht die Regierung, die amtlich nichts von der Sache zu wissen scheint.

## Das Yangtse-Thal.

(Abgedr. aus der „Münchener Allg. Zeitung“ vom 15. Januar 1899.)

### I.

In einer Länge von über 4900 km und bis nach dem ungefähr 900 km von seiner Mündung gelegenen Hankau für die größten Seeschiffe schiffbar, durchströmt der Yangtse-kiang, d. h. der Fluß des (Distrikts) Yangtse, von den Chinesen oft auch der „lange Fluß“ oder nur der „Fluß“ überhaupt, in seinem oberen Lauf auch der „blaue Fluß“ oder der „Fluß des goldenen Sandes“ genannt, von Osten nach Westen das mittlere China und bildet für dasselbe mit seinen oft über 1500 km langen Nebenflüssen einen Wasserweg, dessen Gebiet über eine Million Quadratkilometer umfaßt. An der Mündung dieses mächtigen Stromes oder, richtiger, 18 km hinauf an dem sich an der Mündung desselben in den Yangtse ergießenden Hwangpu liegt Shanghai (das obere Meer); seit dem 11. Jahrhundert unserer Zeitrechnung ein bedeutender Handelsplatz mit einem chinesischen Zollamt und in neuester Zeit nach Hongkong der größte Handelsplatz Ostasiens, über den fast der ganze Verkehr mit den am Yangtse gelegenen Provinzen, Nord-China und der Manchurei geht. Shanghai war einer der Plätze, der nach dem ersten englisch-chinesischen Krieg durch den Vertrag von Nanking dem englischen und damit dem Handel der Welt geöffnet wurde, denn die Chinesen haben niemals, wie sehr sie auch sonst die Fremden gemachten Zugeständnisse zu beschneiden bestrebt gewesen sind, den Versuch gemacht, einmal gewährte Zugeständnisse auf die Macht zu be-

schränken, die sie ihnen abgezwungen hatte. In 1897 betrug der Werth der Einfuhr nach Shanghai vom Ausland, Hongkong mit einbegriffen, 132 219 000 Taels, d. h. ca. 400 Millionen Mark, von denen 37 Millionen Taels von England und  $7\frac{1}{2}$  Millionen von dem Kontinent von Europa, Rußland ausgenommen, kamen. Der Werth der Ausfuhr belief sich auf 78 395 000 Taels, von denen 11 Millionen nach England und  $25\frac{1}{2}$  Millionen nach dem Kontinent von Europa, Rußland ausgenommen, gingen; 6547 Ein- und Ausklarirungen von Schiffen mit einem Gehalt von 7 969 675 t fanden in dem Jahre statt; von dem Tonnengehalt waren 57 % unter britischer Flagge.

Während der Werth der Ausfuhr in 1897 um über 23 Millionen Taels höher war als im Vorjahr, hatte der der direkten Einfuhr nur um etwas über 2 Millionen Taels zugenommen; was aber das Geschäft in Shanghai in 1897 ganz besonders charakterisirte, war, daß der Platz aus einem bloßen Handelsemporium auch ein großer Fabrikort wurde; 15 Dampf-Seiden-spinnereien mit 4566 Becken, die bis auf ungefähr die doppelte Zahl erhöht werden könnten, waren dauernd in Thätigkeit; wenn von den zu Anfang des Jahres mit 7800 Becken arbeitenden 26 Dampfspinnereien ein Theil die Arbeit einstellen mußte, so lag das an dem durch die scharfe Konkurrenz in die Höhe getriebenen Preise der Kokons. Das Ergebniß aller Spinnereien, zwei in Suchau, eine in Hangchau und eine in Shaoching in der Umgegend von Shanghai mit einbegriffen, war in 1897 von über  $1\frac{1}{2}$  Millionen Pfund (engl.), gegen nicht die Hälfte im Vorjahr. Neben diesen Seidenfilaturen waren am Ende des Jahres neun Baumwollspinnereien mit 290 000 Spindeln in Thätigkeit, die binnen kurzer Zeit um 100 000 erhöht werden sollten, deren jährliche Gesamtproduktion auf 240 000 Ballen zu 400 Pfund (engl.) geschätzt wird. Interessant sind die Schwankungen in den Lohnverhältnissen. Während zu Anfang des Jahres 20 Cents (40 Pf.) gezahlt wurden, stiegen dieselben in den Baumwollfabriken im Laufe des Jahres auf 30 Cents

(60 Pf.), um gegen Ende desselben auf 25 Cents (50 Pf.) täglich zu fallen. In den Seidenspinnereien stiegen die Arbeitslöhne von 16 Cents (32 Pf.) auf 35 Cents (70 Pf.) pro Tag, während zugleich in Folge der starken Nachfrage der Preis der Kokons von 28 Dollars per Pikul im Vorjahre auf 33 bis 35 Dollars, in einzelnen Fällen sogar bis auf 40 stieg und der Preis der Kohlen ebenfalls allmählich um 180 % in die Höhe ging und allein die Kosten des Haspelns für einen Pikul Seide um ca. 60 Mark erhöhte, so daß der Preis eines Pikuls Seide von 560 Taels auf 750 hinaufging, ein Beweis, daß verbesserte Fabrikationsmethoden nicht nothwendigerweise mit einer Preisverminderung verbunden sein müssen.

„Der in Shanghai herrschende Wohlstand“, heißt es in dem Handelsbericht des dortigen englischen Generalkonjuls, „geht deutlich aus der immer wachsenden Zahl der eingeborenen und fremden Bevölkerung hervor, aus dem Wachsen des Preises von Land, der Steigerung der Löhne und der Kosten des Lebensunterhalts, obgleich viele europäische Angestellte, deren Löhne in Silber gezahlt und durch die Konkurrenz niedergehalten werden, sich bitter über die Schwierigkeiten beschweren, die sie haben, mit denselben auszukommen. Was dem Zuschauer am meisten auffällt, ist das wohlgenährte und im Allgemeinen wohlhabende Aussehen der zahlreichen weiblichen Arbeiterinnen in den Seidenspinnereien und Baumwollfabriken. Die Frauen und Mädchen sind jetzt im Stande, 5—15 Dollars monatlich zu verdienen (d. h. 33 Pfennige bis 1 Mark täglich); das ist ein Vermögen für Leute, die es früher schwer fanden, im Monat 4 Mark dadurch zu erwerben, daß sie den ganzen Tag an ihrem Handwebstuhl thätig waren, um Baumwollzeug zu weben, was kaum einen Nutzen über den Preis des Rohmaterials ließ.“

Von allgemeinerem Interesse dürfte auch die Thatsache sein, daß, während Frachten 32 sh 6 d bis 35 sh (weniger 10 % nach England) für die Tonne von Shanghai nach dem Kontinent von Europa betragen, solche nach New-York durch den Suez-

Kanal im August auf 17 sh 6 d per Tonne herabgingen, um gegen Ende des Jahres wieder auf 27 sh 6 d zu steigen. Die verhältnißmäßig hohen Frachten sind dem Zusammengehen der großen Dampfschiffgesellschaften der sogenannten Konferenz-Linien zuzuschreiben; daß es aber heute möglich ist, Güter zu derselben Fracht zur See von Shanghai nach New-York wie nach London zu legen, obgleich eine drei- und vierfache Eisenbahnverbindung zwischen der West- und der Ostküste der Vereinigten Staaten seit Jahrzehnten besteht, beweist, daß der Seehandel bis auf weiteres wenig von der Eröffnung der transsibirischen Bahn zu fürchten haben dürfte.

Die durch den Vertrag von Shimonoseki geöffneten Plätze Suchau und Hangchau haben bis jetzt keine bedeutenden Ergebnisse aufzuweisen. Der Werth des Gesamtverkehrs an dem letzteren Platze betrug in 1897 zwar über 20 Millionen Mark, aber drei Fünftel dieses Betrags fiel auf Thee, der nicht in Hangchau produziert wird, sondern nur über diesen Platz nach Shanghai ging. Andere Erwartungen, die an die Eröffnung von Hangchau geknüpft wurden, sind dadurch zerstört worden, daß die chinesischen Behörden an anderen Plätzen, besonders Ningpo, mit Rücksicht auf die ihnen neu erwachsene Konkurrenz erfolgreich bemüht gewesen sind, jeden Verlust an den ihnen früher aus den Zöllen erwachsenden Einnahmen zu verhindern. Der englische Handelsbericht bemerkt daher wohl nicht mit Unrecht, daß nur die Chinesen aus der Eröffnung von Hangchau Vortheil gezogen haben dürften, dieselbe den Interessen der Fremden aber eher Nachtheil gebracht zu haben scheine. — Nur in dem Artikel „Zinn in Blöcken“ ist ein Aufschwung zu verzeichnen, da Zinn von der lokalen Industrie in größeren Mengen — die Einfuhr betrug 1664 t (22 000 Mt.) — zu Gebrauchsgegenständen, Leuchtern, Trinkgefäßen u. s. w., verarbeitet wird. Der Passagierverkehr zwischen Shanghai und Suchau einer- und Hangchau andererseits, war ein sehr lebhafter; in 2755 Fahrten schleppten Schlepptoote mit einem Gesamttonnengehalt von

31 898 + 7889 Passagier- und 1912 Kargoboote; 605 fremde und 125 079 chinesische Passagiere wurden befördert. Die auf dem für eine fremde Niederlassung ausgewählten Terrain befindlichen Grundstücke wurden sofort bei der Eröffnung des Platzes aufgekauft, ließen aber für die hauptsächlich englischen Kaufmannskreisen angehörigen Spekulanten keinen Gewinn. Dies kam einerseits daher, weil die chinesischen Behörden es durchzusetzen verstanden hatten, daß die Polizei der neuen Niederlassung in chinesischen Händen bleiben sollte, wodurch für die chinesischen Kaufleute, die sich sonst gern auf der fremden Niederlassung angesiedelt gehabt hätten, der für sie nothwendige Schutz gegen die Erpressungen der einheimischen Beamten in Wegfall kam, also keine Veranlassung für einen Wechsel des Domizils vorlag, und andererseits die in der Niederlassung nothwendigen Auffüllungen mit den schmutzigen Gruben und Kanälen entnommener Erde während der Sommermonate erfolgten, so daß eine Malaria-Epidemie ausbrach, die von den 12 auf der Niederlassung anwesenden Fremden ein Opfer forderte und vier andere zum Verlassen des Platzes nöthigte, was für die kleine Zahl von Fremden 83 von 1000 an Todesfällen und 333 von Invaliderungen ergibt, ein Verhältniß, das kaum an den ungesündesten Plätzen der Tropen erreicht werden dürfte.

Der Bericht über Suchau lautet nicht viel besser. Wie der englische stellvertretende Konsul, Mr. W. P. Ker schreibt, hat sich der Platz noch nicht von den Verwüstungen erholt, welche die Taiping-Rebellen im Jahre 1860 dort angerichtet hatten, wie auch seine kommerzielle Bedeutung unter der Nähe des nur 120 km entfernten Shanghai erheblich gelitten hat. Bis Ende 1897 hatte sich kein Fremder in Suchau niedergelassen, doch beabsichtigte eine englische Firma dort eine Dampf-Seidenpinnerei neben zwei bereits bestehenden chinesischen zu 500 resp. 100 Becken anzulegen. Eine Baumwollspinnerei mit 18 200 Spindeln, die auf 25 000 vermehrt werden können, in chinesischem Besitz aber mit einem englischen Direktor und Ingenieur, war ebenfalls

errichtet worden, wie in dem in der Nähe liegenden Wu-sieh eine andere mit 10 000 (auf 16 000 zu erhöhenden) Spindeln eingerichtet ist. Die Lohnsätze waren 40 Pf. für Frauen, 20 Pf. für Kinder und für Kulis 30 bis 40 Pf., während für gelernte Arbeiter die Sätze etwas höher waren.

Die Glanzzeit für Suchau und Hangchau, von denen das chinesische Sprüchwort sagte, daß das Paradies im Himmel, aber Su und Han auf Erden seien, ist seit dem Taiping-Aufstande unwiederbringlich verloren, wenn auch manche Spuren noch von vergangener Größe und Pracht zeugen. Suchau war berühmt wegen seiner Bilder, Schnitzereien, Seidenstoffe und schönen Frauen; als Kaiser Kang-hi es in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts besuchte, hatten die Bewohner ihre Straßen mit Teppichen und Seidenstoffen belegt, so daß der Kaiser dieselben zu Fuß durchschritt und seinen Begleitern dasselbe zu thun befohl. In Hangchau, Marco Polo's Kinsay, d. h. Kingtze, Hauptstadt, weil es seit 1127 die Residenz der Kaiser der Sung-Dynastie war, oder jetzt in der Nähe der Stadt, liegt der berühmte Si-hu, westliche See, dessen Ufer, wie die drei in ihm liegenden Inseln mit Villen und Theehäusern bedeckt waren, die der goldenen Jugend der damaligen Zeit als Rendez-vous für ihre Feste und Vergnügungen dienten, bei denen alle Speisen auf Silber aufgetragen wurden und auch sonst der größte Luxus herrschte, so daß die von den Chinesen der Stadt gegebene Bezeichnung eines „Schmelzriegels für Vermögen“, wohl verdient gewesen sein mag. Zur Zeit der Sung-Kaiser war die Stadt einer der Hauptsitze des Buddhismus, und die jetzt fast ganz verschwundene, meistens nur noch für buddhistische Priester angewendete Sitte des Verbrennens der Todten herrschte dort allgemein. Marco Polo schreibt darüber: „Sie verbrennen die Körper der Todten. Wenn Jemand stirbt, so richten seine Freunde und Verwandten eine große Trauer für den Dahingeshiedenen an und kleiden sich in häufene Gewänder und folgen dem Leichnam, indem sie verschiedene Instrumente spielen und Hymnen an

die Götzen sinnen. Und wenn sie an den Verbrennungsplatz kommen, so nehmen sie Abbildungen von Dingen, die aus Pergament (Papier) gemacht sind, wie gesattelte Pferde, männliche und weibliche Sklaven, Kameele, Rüstungen, Kleider von Gold (und Geld) in großer Menge und legen dieselben mit dem Leichnam auf das Feuer, so daß sie mit demselben verbrennen. Und sie sagen, daß der todte Mann alle diese Sklaven und Thiere, deren Bilder verbrannt sind, lebendig in Fleisch und Blut und das Geld in Gold zu seiner Verfügung im nächsten Leben haben wird, und daß die Instrumente, die sie bei dem Begräbniß haben spielen lassen und die Hymnen, die gesungen worden sind, in der anderen Welt zu seinem Willkommen werden wiederholt werden, und daß die Götzen selbst kommen werden, um ihm Ehre zu erweisen.“ Die Sitte, die Todten zu verbrennen, die sich z. B. in Japan allgemein bis zu Anfang der 70er Jahre dieses Jahrhunderts erhalten hatte, ist, wie bemerkt, in China seit langer Zeit verschwunden, aber die des Verbrennens von aus Papier gemachten Darstellungen von Personen, Thieren und Gegenständen, die dem Verstorbenen im nächsten Leben dienen sollen, ist noch allgemein gebräuchlich; bei den Begräbnissen von Fürsten und Prinzen, noch mehr bei denen der Kaiser, nehmen die Züge derartiger Abbildungen oft mehrere Kilometer ein, aber selbst der Aermste verbrennt bei solcher Gelegenheit wie bei dem allgemeinen Todtenfest zu mindesten einige Schnüre aus Papier nachgemachter Käse oder Sycee (Silberschuhe). Auch bei den Särgen, die in den Nebengebäuden der Tempel bis zu einem günstigen Tage für die Beerdigung aufbewahrt werden, findet man sehr häufig die Papierfiguren eines Mannes mit der amtlichen Mütze, vielfach durch eine Peitsche als Kutscher bezeichnet, und einer Dienerin mit einer Theetasse oder einer Wasserpfeife.

Eine andere Eigenthümlichkeit von Hangchau, deren Marco Polo nicht Erwähnung thut, obgleich sie unzweifelhaft schon zu seiner Zeit bestand, da die gegen sie errichteten Schutzwehren

zwischen 700 und 800 Jahre alt sein dürften, ist die Springfluth an der Mündung des T sien-tang-kiang, an welchem Hangchau liegt. Dieselbe rollt in einer Breite von ungefähr 1700 m in einer Höhe von 8—15 Fuß als ein Wall von weißem Schaum unter donnerähnlichem Getöse, das man bei ruhigem Wetter auf eine Entfernung von 14—15 Seemeilen hört, von dem offenen Meere in die Mündung des Stroms und dringt in demselben in einer Höhe von 5 Fuß und mehr oft noch 30 Seemeilen über das 24 Meilen von der Mündung gelegene Hangchau vor. Noch interessanter aber als diese, bekanntlich auch an der Mündung der Dordogne unter dem Namen Mascaret vorkommende Naturerscheinung sind die Arbeiten, die die Chinesen hergestellt haben, um nicht nur die Mündung des T sien-tang, sondern die ganze zwischen diesem Fluß und dem Yangtse befindliche, vielfach tiefer als Hochwasser liegende Ebene gegen das Eindringen des Meeres zu schützen. Von der Mündung des Hwangpu, an dem Shanghai liegt, bis hinter Hangchau ist in der Länge von über 120 Seemeilen ein Deich errichtet, der während der letzten 30 Meilen durch einen 30 bis 40 Fuß dicken Seewall verstärkt wird; ein vor 800 bis 900 Jahren gebautes gewaltiges Werk, das 3 bis 9 Fuß über Hochwasser bei Springfluth hervorragt und an der Seeseite mit Quadern belegt ist, die 5 Fuß lang, 16 Zoll breit und 14 Zoll dick und mit eisernen Klammern aneinander befestigt sind. An dem Seewall und hauptsächlich im Flusse befinden sich vielfach künstliche, durch gewaltige Kontreforts geschützte, aus Erde aufgeführte, mit Faschinen und Pfählen befestigte Plattformen, auf denen die Dschunken sich in verhältnißmäßig ruhigem Wasser auf den Strand setzen können, um nicht von der Fluthwelle fortgerissen oder gegen den Seewall geschleudert zu werden. Die größte dieser Plattformen ist nach dem Bericht des englischen Kommandeurs W. Osborne Moore, dem diese Angaben entnommen sind, 1000 m lang, 20 Fuß breit und 7 bis 8 Fuß über dem Stand des niedrigen Wassers bei Springfluth, während die Kontreforts 253 Fuß lang und 66 Fuß

breit sind. Und solchen Thatsachen gegenüber gibt es Zeitungs-  
korrespondenzen, die den Chinesen allen Gemeinſinn abſprechen,  
weil es in China keine öffentlichen Bauten gäbe!

## II.

(Abgedr. aus der „Münchener Allg. Zeitung“ vom 29. Januar 1899.)

Der Yangtse ist der Hauptverbindungsweg für die an ihm  
liegenden Provinzen. Die von der Handelskammer von Black-  
burn in 1896—1897 nach China entsendet gewesene Mission  
schildert in sehr anschaulicher Weise den Einfluß des Stromes  
und seiner Zuflüsse auf den Handelsverkehr der in Frage kommen-  
den Theile des chinesischen Reichs. „Die Wasserstraßen Mittel-  
Chinas,“ heißt es in dem Bericht, „sind die großen Wege des  
Handels, und es gibt wenige Plätze von einiger Bedeutung, die  
nicht auf ihnen zu erreichen wären. Wenn man Shanghai als  
einen Küstenplatz verläßt und den Yangtse hinauffährt, so ist der  
erste Platz von Bedeutung (am rechten Ufer) Chinkiang. Der-  
selbe hat Verbindung mit dem im Innlande gelegenen Suchau  
und dem Küstenplatz Hangchau durch den südlichen Arm des  
Großen Kanals und durch den nördlichen desselben mit dem weit  
im Norden gelegenen Hafen von Tientsin. Wuhu, an dem süd-  
lichen Ufer des großen Stromes, liegt an der Mündung ver-  
schiedener Kanäle, während Kiukiang (ebenfalls auf dem rechten  
Ufer) direkte Verbindung mit dem Poyang-See und dessen Zu-  
flüssen hat, durch welche das Innere der Provinz Kiangsi leicht  
erreicht wird. Hankau und Chasi (auf dem linken Ufer) beherr-  
schen durch ihre Flüsse und Kanäle, durch die man in ver-  
schiedene Flußsysteme gelangt, die Provinzen von Hupeh und  
Hunan. Chungking, an der Mündung des Kialing in den  
Yangtse, kann durch den kleineren Fluß und dessen Nebenflüsse  
seine Erzeugnisse nach wichtigen Plätzen, wie Hochau, Suining,  
Tungchuan und Wienchau senden, die alle im nördlichen Theil

der Provinz Szechuen liegen. Bei Suisu, 300 Meilen (ca. 450 km) oberhalb Chungking, fällt der Min in den Yangtse, und man kann auf dem ersteren Chiating erreichen. Hier kommen der Tatu und der Ju zusammen, die den Min bilden, der erstere von der Grenze von Tibet, während der letztere in nördlicher Richtung auf 40 Meilen (60 km) an Chengtu, der Hauptstadt der Provinz, vorbeigeht, die man auf einem kleineren Strome, dem Juho, erreicht. Wenig oberhalb Suisus mündet der Chinho in den Yangtse und stellt die Verbindung mit der wichtigen Stadt Hungchiang her, von welcher aus man auf einem kleinen Nebenfluß, dem Takuanho, zu der Grenzstadt Laomantan in Yunnan gelangen kann. Die Beschaffenheit der Verbindung ist aber eine so verschiedene, daß sie in mehrere, scharf abgegrenzte Abschnitte getheilt werden kann. Bis Hankau besteht keine Schwierigkeit, und große Seeschiffe können den Fluß ohne Gefahr bis dorthin befahren, aber von Hankau bis Schang sind die stets wechselnden Tiefwasserrinnen im Strombett eine Quelle von Gefahren, von November bis März müssen Dampfschiffe auf dieser Strecke oft ihre Boote voraussenden, um diese Rinnen ausfindig zu machen und zu bezeichnen, und Nachts müssen die Dampfer häufig ankern. Dies macht in Hankau das Umschiffen von Waaren von den großen Dampfern auf die kleineren nothwendig. Der Theil des Flusses von Schang nach Chungking, auf dem jetzt ausschließlich Dschunkenverkehr stattfindet, würde der Dampfschiffahrt keine unübersteiglichen Hindernisse in den Weg stellen, da selbst bei niedrigem Wasserstande die sogenannten Stromschnellen nichts sind als Strecken schnellfließenden, sich überstürzenden, schäumenden Wassers, verursacht durch die Verengung des Flußbettes. An keiner Stelle fällt das Wasser steil herab. Zwischen Chungking und Suisu bildet der Fluß eine Strecke offenen Wassers mit keinem der Hindernisse, die auf der Strecke Schang-Chungking vorhanden sind, und an seinen Ufern liegen verschiedene große Städte und Plätze, von denen Suchau der hauptsächlichste ist. . . . Das Wasser im Yangtse und einigen

seiner Nebenflüsse steigt jährlich in einer Weise, die nach den Erfahrungen, die wir an unsern Flüssen machen, geradezu wunderbar erscheinen muß. Bei Suiju steigt es durchschnittlich 30—40 Fuß, bei Chungking 60 bis 70, bei Tchang 40 und bei Hankau 30 Fuß. Bei besonders hohem Wasserstande ist das Wasser bei Chungking schon 90, bei Tchang 53 und bei Hankau 40 Fuß gestiegen, während es in den Engen zwischen Tchang und Chungking in solchen Fällen weit über 100 Fuß steigen kann. . . . Der Tungting-See und die Flüsse, welche sich in denselben ergießen, bieten eine Reihe vorzüglicher Wasserwege, über welche der Handel der reichen und stark bevölkerten Provinz Hunan und der entfernteren Provinz Kweichau stattfindet. Hankau ist wegen seiner verhältnißmäßig nahen Lage zu der Stelle, an welcher die Wasser des Sees sich in den Strom ergießen, der große Zwischenplatz für den fremden Ein- und Ausfuhrhandel nach und von Hunan und Kweichau geworden, und Kaufleute aus Hochangfu, Changchangfu, Hengchangfu, Quanchangfu, Kweichangfu und vielen anderen reichen Städten haben ihre Agenten in Hankau. Tungchangfu an der Grenze von Kwangsi wird auf dem hauptsächlichsten der in den See sich ergießenden Flüsse, dem Siang, erreicht und zu allen Zeiten des Jahres können Kargoboote auf dem Quanchangfluß nach Chenyuanfu in Kweichau gelangen, das über Land nur sieben Tagereisen von der Hauptstadt der Provinz entfernt ist. Der Verkehr auf diesen verschiedenen Wasserwegen ist ein ungeheurer und der Handel würde einer großen Entwicklung fähig sein, wenn der See und seine Zuflüsse für die Dampfschiffahrt geöffnet und der Waarentransport verbilligt und erleichtert würde. Es ist eine nicht allgemein bekannte Thatsache, die die wunderbaren Wasserverbindungen im Innern Chinas lebhaft illustriert, daß es möglich ist, sich in Shanghai einzuschiffen und auf dem Yangtse nach Hankau, dann durch Hunan nach dem oberen Lauf des Siang-Flusses, von wo aus ein Kanal die Verbindung mit dem oberen Lauf des Kweichang herstellt, über Kweichuan, die Hauptstadt der Provinz Kwangsi, nach Wuchau,

Kanton und Hongkong zu gelangen, eine Rundreise von über 2200 km ganz zu Wasser.“

Chinkiang, „Bewache den Fluß,“ der erste, der dem fremden Handel (seit 1858) am Yangtse geöffneten Plätze, liegt an der Mündung des südlichen Theils des Großen (Kaiser-) Kanals in den Fluß. Es wurde im sogenannten Opiumkriege 1842 nach heftigem Kampfe von den Engländern erstürmt und war von 1853—57 in den Händen der Taipings, die, wie überall auch dort, die noch heute sichtbaren Spuren ihrer Zerstörungen zurückgelassen haben, was besonders an der nur einen kleinen Theil des von ihren Mauern umschlossenen Platzes ausfüllenden chinesischen Stadt zu sehen ist. Die Fremden-Niederlassung liegt außerhalb der Mauern in den Vorstädten, in denen sich dort, wie so vielfach in China, Handel und Verkehr konzentriren. Die Bevölkerung hat einen schlechten Ruf, als roh und aufrührerisch; 1889 brachen in Folge der Verhaftung eines Chinesen durch einen Sikh, Polizisten im Dienst der fremden Municipalität, Unruhen aus, bei denen im Lauf des Tages (5. Februar) einige Privathäuser und Kapellen, sowie das englische und amerikanische Konsulat zerstört wurden. Für den angerichteten Schaden zahlte die chinesische Regierung später ungefähr 600,000 Mark Entschädigung. Die Wasserverhältnisse im Fluß sind bei Chinkiang sehr wechselnder Art; wo im Jahre 1842 die englische Flotte nördlich von der „Goldenen Insel“ vor Anker lag, ist heute trockenes Land, und aus der Insel ist ein Hügel auf demselben geworden. Es wird so oft davon gesprochen, daß der Buddhismus in China todt sei. Das auf der „Goldenen Insel,“ die diesen Namen (Kin Shan) durch den Kaiser Kanghi im Jahre 1684 erhielt, gelegene, im dritten oder vierten Jahrhundert n. Chr. gegründete Kloster wurde mit der in demselben enthaltenen großen Bibliothek von den Taipings von Grund aus zerstört, heute ist es mit seinen Tempeln, Hallen und Götterbildern in alter Pracht wieder aus den Trümmern erstanden, und in seinem Refektorium speisen etwa 400 Mönche. Auf einer anderen

etwas unterhalb Chinkiangs gelegenen Felseninsel, der „Silber-Insel“, steht ebenfalls ein großes Kloster, das in den letzten Jahrzehnten auch dadurch ein gewisses allgemeines Interesse gewonnen hat, daß sich in ihm das in Stein gemeißelte Abbild eines Alligators befindet, dessen Vorkommen im Yangtse der Konsul von Möllendorff nachgewiesen hat. Chinkiang war früher der Markt, auf dem die Schantung- und Honan-Kaufleute ihre Einkäufe machten, jetzt geschieht dies in Shanghai, und die Händler in den Provinzen haben nur ihre Agenten in Chinkiang, die für die Weiterbeförderung der Waaren Sorge tragen. Ein nach dem Bericht des dortigen englischen Konsulats im Jahre 1897 gemachter Versuch, die chinesischen Stückguthändler, von denen fünfzehn vorhanden sind, die einen jährlichen Umsatz von ungefähr 10 Millionen Mark haben, dazu zu vermögen, ihre Einkäufe durch die in Chinkiang angesiedelten englischen Häuser zu machen, mißlang so vollständig, daß er voraussichtlich für längere Zeit nicht wiederholt werden dürfte. Die chinesischen Händler hatten das Geschäft in Sterling in der Erwartung abgeschlossen, daß Silber steigen werde; ehe die Waaren ankamen, ging der Werth des Silbers bedeutend zurück, so daß der Einkaufspreis der Waaren sich in Silber viel höher stellte, während zu gleicher Zeit die Preise für gleiche Artikel in Shanghai wegen Ueberfüllung des Marktes heruntergingen. Die Folge davon war, daß die chinesischen Händler bedeutende Verluste erlitten und vier von ihnen ihr Geschäft schließen mußten. Der Werth des Handels ist seit 1895 nicht unerheblich, besonders bei der Ausfuhr, zurückgegangen; dagegen macht sich auch hier eine gewisse Steigerung des gewerblichen Verkehrs bemerkbar. Neben einer chinesischen Dampfschiffspinnerei mit 200 Becken, die guten Gewinn ließ, arbeitete auch eine von einer deutschen Firma eingerichtete Albumin-Fabrik, deren Produkte nach New-York und dem Kontinent von Europa gingen, mit Vortheil. Eine französische und eine amerikanische Firma machten außerdem, ebenfalls mit gutem Erfolg, den Versuch, Häute und Ziegenfelle nach Frankreich und

den Vereinigten Staaten auszuführen. Es scheint daher kein Grund vorhanden zu sein, warum fremdes Kapital nicht auch andere lohnende Beschäftigung in Chinkiang finden sollte, zum Beispiel beim Auspressen von Del aus Erdnüssen, von denen im Jahre 1897 665 396 Centner zu dem Zweck nach Kanton verschifft wurden, wo Fabriken dafür errichtet worden sind. Im Schiffsverkehr fanden von Dampfschiffen 2762 Ein- und Ausklarirungen mit 3 243 416 Tonnen Gehalt statt, an denen die deutsche Flagge nur mit 86 Ein- und Ausklarirungen und 88 710 Tonnen theilhaftig war; der Verkehr in Segelschiffen betrug 1609 Ein- und Ausklarirungen mit 292 323 Tonnen. An dem gesammten Schiffsverkehr war die englische Flagge mit 60 Prozent, die chinesische mit 31,4, theilhaftig. Die Bevölkerung des Distrikts, von der neun Zehntel auf die Stadt selbst und ihre Vorstädte entfallen dürften, betrug im Jahre 1858 331 000 Seelen, nach der Einnahme und Besetzung durch die Taipings war sie im Jahre 1867 auf 107 000 heruntergegangen; 1891 wurde sie auf 166 000 angegeben, und der jährliche Zuwachs wird auf 1000—3000 Seelen geschätzt.

Oberhalb von Chinkiang liegt ebenfalls am rechten Ufer des Flusses Nanking, die „südliche Hauptstadt,“ das bereits im Jahre 212 die Residenz eines Kaisers war; im Jahre 1368 wurde es bei dem Sturz der Mongolen-Dynastie, die in Peking residirt hatte, die Hauptstadt der neuen chinesischen Ming-Dynastie, deren dritter Kaiser Junglo aber bereits im Jahre 1411 den Sitz der Regierung wieder nach dem Norden verlegte, um den von den Mongolen und Manichuren bedrohten Grenzen des Reichs näher zu sein. Während des Taiping-Aufstandes wurde Nanking im Jahre 1853 genommen und blieb die Hauptstadt Hung Siutsuens, des Führers und späteren Kaisers (Tien Wang) der Aufständischen. Nach dessen im Mai oder Juni 1864 erfolgten Tode wurde die Stadt, die seit Ende 1863 von den Kaiserlichen eingeschlossen gewesen war und in der furchtbare Noth geherrscht zu haben scheint, am 19. Juli 1864, nachdem

durch eine Mine Bresche in die Mauer gelegt worden war, erstürmt. Schon im Jahre 1855 war Nanking von den kaiserlichen Truppen belagert gewesen, und wenn es auch einigen der Taiping-Führer gelang, dieselben zur Aufhebung der Belagerung zu zwingen, so war doch die Lage der Taipings im Frühjahr 1860 eine so verzweifelte, daß es der Regierung ohne den Ausbruch des Krieges mit England und Frankreich voraussichtlich bereits damals gelungen sein würde, des Aufstandes Herr zu werden; so schleppte sich derselbe noch vier Jahre länger hin, überall Trümmer und Elend zurücklassend. „Wilde Thiere,“ heißt es in dem vom Chung Wang, dem „treuen Könige,“ einem der besten Taiping-Führer, hinterlassenen Schriftstück, „stiegen aus ihren Schlupfwinkeln auf den Bergen herunter und durchstreiften das Land und machten ihre Lager in den verlassenen Städten; der Schrei des Fajans trat an die Stelle des Summens einer geschäftigen Bevölkerung, keine Hände blieben übrig, um die Felder zu bestellen, und schädliche Kräuter überwucherten den Boden, den einst geduldiger Fleiß beackert hatte.“ Und das am 1. August 1864 in der „Peking-Zeitung“ nach Eingang des Berichts Tjengtwofans über die Auffindung der Leiche Hungs, dessen Kopf an den Kaiser geschickt wurde, und die Hinrichtung Liu Siuchengs, des „jungen Herrn,“ veröffentlichte Edikt gibt ein treues Bild der Zustände, welche der von Hung Siutuen angestiftete Aufstand geschaffen, wenn es sagt: „Worte können keine Idee von dem Elend und der Verwüstung geben, die er verursachte. Das Maß seiner Schuld war nun voll und der Zorn der Götter und der Menschen stand gegen ihn auf.“ Auch heute noch hat sich Nanking nicht von den Verwüstungen, die von den Taipings angerichtet wurden, erholt. Die ganze Tarenten-Stadt liegt in Trümmern und in der Chinesen-Stadt fährt die von Chang-Chihung im Jahre 1895 angelegte Malu, d. h. „Pferde- (Post-) Straße,“ durch Felder und Maulbeerplantagen, ehe sie zu dem kommt, was von der Stadt übriggeblieben oder wieder aufgebaut worden ist und nur einen kleinen Theil des

von den Mauern eingeschlossenen Raumes bedeckt. Nanjing ist durch Artikel 6 des französischen Vertrages von 1858 für den Handel geöffnet, aber ein fremdes Zollamt ist bis jetzt dort noch nicht eingerichtet worden, da keine Veranlassung dafür vorlag; die auf dem Yangtse regelmäßig fahrenden Dampfer pflegen dort wegen des Passagierverkehrs anzulegen.

### III.

(Abgedr. aus der „Münchener Allg. Zeitung“ vom 19. Februar 1899.)

Oberhalb Nanjings, ebenfalls auf dem rechten Ufer des Stroms, liegt Wuhu, „Berwachsener See“ oder „Seen und Gras“, das im Jahre 1876 dem fremden Verkehr eröffnet wurde. Wie alle Städte am unteren Yangtse, hatte Wuhu von den Taipings schwer zu leiden gehabt, war aber schneller als die meisten anderen Plätze wieder zu einer gewissen Blüthe gekommen. Bei der Eröffnung zählte die Stadt 40 000 Chinesen und 20 Fremde, heute wird die chinesische Bevölkerung auf beinahe 90 000 geschätzt, und die Zahl der Fremden beträgt annähernd 200; zu den letzteren werden aber alle in der Provinz Anhui sich aufhaltenden gezählt, und die große Mehrzahl derselben sind Missionare. Die Stadt selbst, die seit den ersten Jahrhunderten n. Chr. unter dem Namen Yühu, „Am See“, bekannt war, liegt  $1\frac{1}{2}$  km vom Fluß entfernt, während die Vorstädte sich zu beiden Seiten der nach demselben führenden Straße und am Fluß entlang ziehen. Die Bevölkerung hatte besonders in früheren Jahren einen sehr schlechten Ruf, was der großen Zahl fremder Einwanderer zugeschrieben wurde, die durch Missernten in den umliegenden Provinzen und niedrige Passagepreise der Dampfschiffe dorthin gezogen wurden. Vollständig organisierte Banden plünderten die chinesischen Passagiere selbst an Bord der fremden Dampfer, bis es im Jahre 1888 zu einem Zusammenstoß kam, in Folge dessen zwei der Rädelshführer enthauptet und die chinesische

Garnison bis zur Wiederherstellung der Ruhe verstärkt wurde. Bei den christenfeindlichen Manifestationen im Yangtse-Thal während des Jahres 1891 erlangte Wuhu eine traurige Berühmtheit durch die Zerstörung der dortigen katholischen Mission unter Umständen, die durch thörichte Proclamationen der chinesischen Behörden, in denen die gegen die Christen vorgebrachten Beschuldigungen als durch den Inhalt der entweihten Gräber bestätigt erklärt wurden, eine besondere symptomatische Bedeutung erhielten. — Wuhu liegt in einer Ueberschwemmungen sehr ausgesetzten Gegend. Der Fluß ist bei Hochwasser besonders reißend und gefährlich, was zur Errichtung einer chinesischen Rettungsgesellschaft Anlaß gab, die seit 1875 mit zwei anderen Gesellschaften die Lieferung von Särgen für Ertrunkene und freie Fahrgelegenheit über den Strom besorgt. Die drei bis vier Boote der ersteren Gesellschaft sind gut gebaut, gut bemannt und gut geführt und thun im schlechtesten Wetter ihren Dienst mit Aufopferung und Erfolg. Die Ertrunkenen werden beerdigt, die Geretteten erhalten freie Unterkunft und Nahrung für drei Tage und länger, falls nothwendig, und, wenn sie mittellos sind, zur Rückkehr in ihre Heimath eine Wegzehrung von ungefähr einer Mark für je 50 km. In jedem Jahre erscheint ein gedruckter Bericht, der zugleich die Abrechnung enthält. Das Vorgehen dieser Gesellschaft ist um so anerkennenswerther, als im Volke selbst noch vielfach eine große Abneigung dagegen besteht, einem Ertrinkenden zu Hülfe zu kommen, da derselbe nach dem allgemein verbreiteten Aberglauben die Stelle eines früher an derselben Stelle Verunglückten einnehmen soll und derjenige, der dies verhindert, sich der Rache des Geistes aussetzt, der dadurch um die Hoffnung, endlich Ruhe zu finden, gebracht wird.

Der Werth des Verkehrs in Wuhu betrug im Jahre 1897 für fremde Einfuhren ungefähr 11 Mill. Mark (gegen ca. 8 Mill. Mark im Jahre 1888) und ca. 6 Mill. Mark für chinesische Einfuhren (gegen ca. 3 Mill. Mark im Jahre 1888). Die Ausfuhr im Werthe von ca. 9 600 000 Mark (gegen ca. 6 Mill.

Markt im Jahre 1888) ging fast ausschließlich nach Hongkong. Unter den fremden Einfuhren zeigten indische und englische Garne einen starken Rückgang, der den japanischen zugute kam; auch die Produkte der chinesischen Baumwollspinnereien in Shanghai erschienen im Gesamtwert von ca. 100 000 Mark auf dem Markt. Auch in Wuhu beginnt die Aera der industriellen Entwicklung. Eine englisch-chinesische Gesellschaft: die Wuhu-Reis- und Mehl-Mühlen-Gesellschaft m. b. H., ist im Januar 1898 eröffnet worden und scheint guten Erfolg zu versprechen und eine deutsche Albuminfabrik (von den Chinesen „Entenei-Haus“ genannt), die im April 1897 eröffnet wurde, hat so gute Geschäfte gemacht, daß ihr im September des Jahres eine zweite nachfolgte. Der Andrang von Landmädchen zu der Beschäftigung in diesen Fabriken, dem Zerbrechen der Eier und dem Trennen des Weißen vom Gelben, wofür ein Wochenlohn von ungefähr 1 Mark 40 Pf. gezahlt wird, ist so groß, daß ungefähr nur 10 Prozent der sich Meldenden Beschäftigung finden konnten.

Ueber die Einrichtung der neuen chinesischen Post wird in Wuhu wie fast überall Klage geführt; das Postgeld ist höher, als das früher von den lokalen Postämtern erhobene, und die Bestimmungen, unter denen namentlich der Paketverkehr stattfindet, sind vielfach überflüssig unbequem und erschwerend; vor allen Dingen aber leiden die kleineren Niederlassungen am Yangtse darunter, daß sie die Einnahmen verloren haben, die ihnen früher für municipale Zwecke aus der Ausgabe neuer Postwerthzeichen erwachsen, die meistens sofort von den Händlern aufgekauft wurden. — An dem Schiffsverkehr von 2364 Ein- und Ausklarierungen von Dampfschiffen mit zusammen 2 814 248 Tonnen Gehalt war Deutschland nur mit 35 Ein- und Ausklarierungen und 35 913 Tonnen theilhaft. Eine neue Erscheinung auf dem Yangtse ist die einer subventionirten japanischen Linie, die ihre Fahrten im Januar 1898 begann; zwei Dampfer, welche eine Subvention von ca. 200 000 Mark jährlich erhalten, müssen dafür während der nächsten zehn Jahre im Sommer monatlich

sechs, im Winter vier Fahrten zwischen Shanghai und Hankau hin und zurück machen; ein drittes Schiff, das zwischen Hankau und Tchang fährt, hat monatlich im Sommer drei, im Winter zwei Hin- und Rückfahrten zu machen. Die Schiffe sind für chinesische Passagiere gut eingerichtet und haben damit begonnen, Passagiere und Kargo zu um 20 Prozent billigeren Preisen als die anderen Gesellschaften zu befördern. Als besondere Prämie erhielt jeder chinesische Passagier ein Stück japanischer Seife und ein eben solches Miniaturhandtuch. Wie am ganzen Yangtse machen sich auch in Wuhu die schlechten Münzverhältnisse sehr fühlbar. Nach dem englischen Consularbericht, dem auch ein Theil der vorstehenden Angaben entnommen ist, sind die Gründe dafür in dem Steigen des Werths der Kupferkäsch zu suchen, das durch das Bedürfniß für Käsch für die Armee während des chinesisch-japanischen Krieges und das Einschmelzen der großen Käsch, deren Metallwerth den Nennwerth bei weitem übersteigt, herbeigeführt worden ist. Während man früher für einen Dollar bis 1140 Käsch erhielt, kann man für denselben jetzt nur 880—900 erhalten und da zugleich die Preise der nothwendigsten Bedürfnisse, besonders Reis und Rüböl, fast um das Doppelte gestiegen sind, steht sich heute ein Chinese mit einem monatlichen Einkommen von 6 Dollar schlechter als früher mit einem solchen von 4 Dollar. Der von der Provinzialregierung gemachte Versuch, die Kupferkäsch durch silberne Scheidemünze zu ersetzen, hat bis jetzt wenig Erfolg gehabt, hauptsächlich deswegen, weil das Landvolk an dem alten spanischen Carolus-Dollar (Säulendollar) festhält und demselben einen viel höheren Werth als dem mexicanischen oder dem neuen chinesischen beilegt. Während von den letzteren 100 gleich 72 Schatzamttael sind, variiert der Werth des spanischen Dollars zwischen acht und neun Zehntel eines Tael.

Für denjenigen, der den Yangtse zum ersten Mal befährt, ist der für die gewaltige Breite des Stroms auffallend geringe Verkehr chinesischer Dschunken auf demselben auffallend, womit

die große Anzahl von Masten, die man an den Mündungen der verschiedenen Flüsse und Kanäle zu erblicken pflegt, im Widerspruch zu stehen scheint. Das Räthsel wird dadurch zum Theil gelöst, daß ein größerer Antheil an dem Verkehr auf dem Strome an Dampfer und Lorchas (kleinere Segelschiffe fremder Bauart mit chinesischen Masten und Segeln) übergegangen und den kleineren chinesischen Fahrzeugen bis zum Boot herab die Vermittelung des Handels auf den unzähligen größeren und kleineren Wasserläufen des Inlands geblieben ist. Die am untern Laufe des Yangtse sehr niedrigen Ufer sind vielfach mit Schilf bewachsen, das zu vielen Zwecken, besonders Dachdecken, nach dem Innern verführt wird.

Ebenfalls auf dem rechten Ufer des Yangtse, nicht weit von der Mündung des Poyang-Sees in denselben, liegt Kiukiang, „Neuer oder Krummer-Fluß“. Auch in diesem 1858 vertragsmäßig, aber wegen des Taiping-Aufstandes thatsächlich erst in 1861 dem fremden Handel gewidmeten Hafen liegt der ganze Verkehr in den Händen der Chinesen; die europäischen Häuser, die sich anfänglich dort etablirt hatten, haben sich fast vollständig zurückgezogen, und es sind jetzt dort hauptsächlich nur noch fremde Dampferagenturen ansässig. Während des letzten Jahres haben zahlreiche sonst im Yangtse-Thale ansässige Personen das von den Missionären erworbene und eingerichtete Sanatorium Kuling besucht, das in der Nähe von Kiukiang gelegen ist. Der englische Konsulatsbericht sagt darüber: „Das Sanatorium im Kuling-Thal wurde zuerst in 1897 als ein Sommeraufenthalt benutzt. Vom Juni bis Mitte Oktober fand ein starker Verkehr von Besuchern statt, und zu einer Zeit hielten sich mehr als 300 Personen, Kinder mit einbegriffen, dort auf. Der größere Theil derselben waren Missionäre, nur wenige Laien und Kaufleute waren unter denselben und diese meistens nur für wenige Tage. Ein guter Weg ist vom Fuß des Berges bis zu dem Thal auf dem Gipfel desselben angelegt worden, so daß Kranke jetzt bequem in Tragstühlen hinaufgebracht werden können.“ An dem Gesamtdampfer-

verkehr in Kiuftiang mit 2496 Ein- und Ausklarirungen und einem Gesamttonnengehalt von 2 618 056 t nahm die deutsche Flagge mit zwei Aus- und Einklarirungen und 2838 t Theil. Als den wichtigsten Produktions- und Ausfuhrartikel der Provinz Kiangsi, „Westlich vom Fluß“, in der Kiuftiang liegt, sehen die Chinesen das in der Nähe dieses Platzes — in King-Te-chên — angefertigte Porzellan an, obgleich Gewicht und Werth der Ausfuhr desselben im Jahr 1897 49 273 Pifuls im Werthe von ca. 1 300 000 Mark weit von denen von Bambusmatten (176 062 Pifuls im Werthe von 63 000 Mark), Papier (116 975 Pifuls, Werth 2 400 000 Mark), Thee (186 734 Pifuls, Werth 30 000 000 Mark) und Tabak (84 044 Pifuls, Werth 1 700 000 Mark) übertroffen werden. King-Te-chên, d. h. Marktslecken der Regierungszeit King-Te (1004—1008) des Kaisers Chên-tzung der Sung-Dynastie, ist seit dieser Zeit der hauptsächlichste Fabrikationsort für Porzellan, namentlich auch für den Gebrauch des kaiserlichen Hofes gewesen; aus seinen Ofen stammen die wunderbaren Stücke, die die Zierde aller europäischen Sammlungen bilden. Ueber die Zahl der dort in der Blüthezeit der Fabrikation im Gange befindlichen Ofen gehen die Angaben sehr auseinander; Staunton, der zweimal, mit den Gesandtschaften Lord Macartney's 1792 und Lord Amherst's 1816, in China war, spricht von 3000 Ofen, wiederholt aber, da er nicht selbst den Platz besucht, wohl nur die Angaben des Missionärs d'Entrecolles, die derselbe ebenfalls nur vom Hörensagen hatte. Nach von Morrison benutzten chinesischen gedruckten Quellen soll die Zahl der Ofen ungefähr 300 betragen haben, mündliche chinesische Berichte geben dieselben vor dem Taiping-Aufstand auf 270—290 an, nach demselben, der in 1858 und den folgenden Jahren über diese Gegend hinzog, soll die Zahl der Ofen für feines Porzellan auf 60, für grobes auf 50 zurückgegangen sein; in 1891 wurde durch den Zollkommissär in Kiuftiang die Zahl der in King-Te-chên beschäftigten Arbeiter auf 150 000 angegeben, was auch wohl jetzt noch annähernd der Wahrheit entsprechen dürfte. Zu-

verlässige Angaben zu erhalten, ist äußerst schwer, da die Chinesen, die von den Fremden mehr zu lernen als denselben zu lehren haben, sich in King-Te-chên eifersüchtig gegen dieselben abschließen. Der Beginn der Anfertigung von Porzellan, der von übereifrigen Verehrern der Chinesen in unwordenkliche Zeiten zurückverlegt wird, dürfte in keinem Fall vor dem Anfang des 7. Jahrhunderts und wahrscheinlich erst später zu setzen sein; wenigstens finden sich häufigere Erwähnungen des Porzellans erst in den chinesischen Autoren des 8. bis 10. Jahrhunderts n. Ch. Die sich durch Schönheit der Form, der Glasur und der Farben auszeichnenden Stücke stammen, einzelne wenige ausgenommen, die vielfach mehr kurios, als schön sind, aus der Ming-Dynastie (1341—1583) und aus den Zeiten der Kaiser Kanghi (1662—1722), Jungchêng (1723—1735) und Kienlung (1736—1795) der jetzigen Dynastie. Mit dem Nachfolger des Letzteren, Kiaking, begann ein Rückgang in der Porzellanfabrikation wie in allen anderen Künsten und Gewerben, bis der Taiping-Aufstand wie ein furchtbarer Sturm über die fruchtbarsten Theile des Landes dahinfuhr und nichts als Trümmer und Elend hinterließ. Nur der dreißigjährige Krieg hat ähnliche Verwüstungen angerichtet. Erst sehr allmählich fangen Kunst und Gewerbe an wieder aufzuleben, aber es fehlt an Vorbildern, an deren Nachahmung sie erstarken könnten, und an Käufern, die dem Fleiß des Künstlers und der Thätigkeit des Handwerkers den goldenen Boden geben könnten, auf dem sie am besten gedeihen. In Peking ist es wesentlich fremder Einfluß, sind es fremde Bestellungen gewesen, die einzelnen Zweigen des Kunstgewerbes, wie z. B. dem Zellenemail, ein schnelleres Wiederaufblühen ermöglicht haben, aber in King-Te-chên fehlen diese Elemente und der von keinen praktischen Bemühungen unterstützte Wunsch der hohen Provinzialbeamten, den dortigen Fabriken Absatz im Auslande zu verschaffen, vermag dieselben nicht zu ersetzen. — Wie mit der Erfindung des Porzellans verhielt es sich mit manchen anderen Dingen, wie z. B. dem Schießpulver und dem Kompaß, die auch von den Chinesen

in grauer Vorzeit erfunden worden sein sollten und doch erst spät vom Auslande nach China gebracht worden sind; dagegen gibt es andere Sachen, in denen der Chineser dem Europäer weit voraus gewesen ist, die aber im Ausland immer wieder in Vergessenheit gerathen sind. So um nur eins zu erwähnen, die künstliche Erzeugung echter Perlen, von der in der letzten Zeit als von einer neuen Erfindung so viel die Rede gewesen ist. In der in 1863 erschienenen fünften Ausgabe des „Chineser Commercial Guide“ von S. Wells Williams heißt es darüber: „Echte Perlen werden von den Bewohnern zweier Dörfer bei Tsching in Chekiang künstlich hergestellt, indem sie getrocknete Schmutzklümpchen, die mit dem Saft von Kampferjamen vermischt sind, zwischen die Schalen einer flachen breiten Muschel (*Mytilus cygnus*), auf beiden Seiten des Thieres, wie es in der Schale liegt, bringen. Die Muscheln werden dann ins Wasser zurückgelegt und in den Teichen während ungefähr sechs Monaten gelassen, worauf man sie wieder herausnimmt. Man findet dann, daß der den Reiz ausübende Gegenstand ganz oder theilweise wie eine Perle mit Perlmutter überzogen ist; er wird dann von der Schale losgelöst und für den Handel zurechtgestutzt. Auch kleine Götzenbilder aus Metall, meistens buddhistischer oder taoistischer Art, wie sie von Kindern als Amulette an der Mütze getragen werden, sollen auf diese Weise mit einem Ueberzug von Perlmutter versehen werden.“

Der Tungting-See, vor dessen Eingang das in der nächsten Zeit zu eröffnende Yochau liegt, bildet durch den in ihn mündenden Siangfluß den großen Verkehrsweg mit der Provinz Hunan, die er durchströmt und weiter nach Süden mit den beiden Kiangs. Die vielen Untiefen und wechselnden Winde machen die Schifffahrt auf dem See zu einer langsamen und gefährlichen, so daß von der Benutzung von Dampfbaracken auf demselben gute Erfolge für den Handel zu erwarten sind; bis Ende 1897 durften dieselben aber wegen des Widerstandes der Likinbehörden gegen die ihre Einnahmen schädigende Neuerung nur

zum Schleppen von Passagierbooten und nicht für den Frachtverkehr benutzt werden. Der Tungting-See ist die Scene einiger der hübschesten und poetischsten Feenmärchen der Chinesen, die von dem früheren englischen Consul Giles in seiner *Strange stories from a Chinese Studio* betitelten Uebersetzung des Liao-chai-chil von Pu Sung-ling wiedergegeben worden. Das Buch kann Jedem empfohlen werden, der einen besseren und tieferen Einblick in das Seelenleben der Chinesen gewinnen will.

## IV.

(Abgedr. aus der „Münchener Allgem. Zeitung“ vom 5. März 1899.)

Zwischen Kiu-kiang und Hankau liegt am linken Ufer des Flusses, im Ta-neh-Distrikt die kleine ungefähr 2 km lange Eisenbahn, welche von Shih-wui-yao zu den in der Nähe gelegenen Eisengruben führt. Sie wurde zu Anfang der 90er Jahre von deutschen Ingenieuren gebaut, um durch die Erschließung der Eisengruben das erforderliche Material für die von dem Generalgouverneur Chang-shih-tung in Hanyang bei Hankau errichteten Eisenwerke zu erlangen. Warum die an diesen Erfolg für die deutsche Industrie geknüpften Erwartungen sich nicht erfüllt haben, wird an anderer Stelle erwähnt werden. Die Bevölkerung hatte dem Bau der kleinen Bahn keinerlei Widerstand entgegengesetzt. Unruhen, welche nach der Vollendung derselben und dem Beginn der Fahrten stattfanden und zu thätlichen Angriffen auch auf die deutschen Ingenieure führten, waren der Ungeschicklichkeit und Unehrlichkeit einiger chinesischen Beamten zuzuschreiben und wurden schnell beigelegt; die Bevölkerung benutzte im Gegentheil die Bahn sehr fleißig und verwunderte sich ganz besonders darüber, daß dieselbe auch bei Regenwetter fahre, bei welchem sonst in China aller Verkehr und jede Beschäftigung eingestellt zu werden pflegen.

Hankau, Mündung des Han-Flusses, einer der großen Mittelpunkte des fremden und chinesischen Handels, ist eine von den

drei Städten, welche an dieser Stelle mit einer Bevölkerung von fast zwei Millionen Seelen an dem Strome liegen. Wuchang auf dem linken Ufer, Hanyang auf dem rechten Ufer des Yangtse und des Han, der hier in den Hauptstrom fällt, und Hankau, eigentlich eine Vorstadt von Hanyang, auf dem linken Ufer des Han. Hankau ist durch den Vertrag von 1858, thatsächlich aber erst seit 1861 dem fremden Handel geöffnet und der Hauptplatz für den chinesischen Theehandel, ganz besonders für den von Russen und mit Rußland betriebenen. In Wuchang residirt der Generalgouverneur der beiden Provinzen Hupeh („Nördlich von den Seen“) und Hunan („Südlich von den Seen“), die auch unter dem gemeinsamen Namen Hufwang („Breite Seen“) zusammengefaßt werden. Der Name kommt davon her, daß der südöstliche Theil von Hupeh durch eine ausgedehnte, fast 300 km lange und breite Bodensenkung gebildet wird, in der sich eine Kette von Seen befindet, die das Gebiet zu dem fruchtbarsten Theile von China machen.

Ueber den Handel von Hankau, der im Jahre 1897 beinahe 99 Millionen Taels (über 300 Millionen Mark), gegen circa 79 Millionen im Vorjahre betrug, berichtet der englische Consul Warren, daß England an demselben, soweit die Verwendung englischer Schiffe in Betracht komme, einen angemessenen Antheil gehabt, daß es aber in anderer Beziehung eher Grund verloren als gewonnen habe. 89 % würden im Allgemeinen als der Antheil Englands an dem Handel mit China angegeben; das möge richtig sein, soweit es sich auf den Frachtverkehr beziehe, aber dem allgemeinen Handelsverkehr in Hankau entspreche diese Angabe für den Augenblick nicht; England habe seinen Platz im Frachtverkehr behauptet, aber wenig oder keinen Antheil an dem Fortschritt in den anderen Zweigen des Handels gehabt, im Gegentheil eher verloren. Was fremde Einfuhren betreffe, so sei der englische Antheil an denselben fast genau 50 %. Der Theehandel sei ganz in den Händen der Russen und obgleich 40 % der Ernte des letzten Jahres von englischen Kaufleuten gekauft

und verschifft worden, sei das Geschäft doch fast ausschließlich für russische Rechnung gemacht worden. Der größte Theil des Verkehrs in dem sogenannten „Ruck- and Truck“-Handel (Schmutz- und Tauschhandel), der Häute, vegetabilisches und anderes Wachs, Gallnüsse, Borsten u. s. w. einschliesse, sei in den Händen der deutschen Kaufleute, die ein großes Geschäft machten und mit sehr kleinem Verdienst zufrieden seien. Im Importhandel gehe der englische Antheil ebenfalls zurück, namentlich in Stückgütern und Metallen; in baumwollenen Waaren, Garne mitinbegriffen, sei eine Zunahme zu verzeichnen, aber England müsse den Antheil daran mit Japan theilen, das unermüdlich und stetig arbeite und sich bald als ein furchtbarer Concurrent erweisen werde. Indische Garne seien in 1897 von 30 936 dz (engl.) auf 24 363 dz gefallen, während japanische, von denen in 1895 nur 75 dz eingeführt wurden, in 1896 auf 1472 und in 1897 auf 26 318 dz gestiegen seien. Von Einfuhren, die Deutschland besonders interessiren dürften, sind wollene Waaren beständig zurückgegangen, in 1896 um circa 368 000 Mk., in 1897 um 333 000 Mk.; der Werth der Einfuhr derselben betrug in 1897 circa 2 780 000 Mk. Metalle zeigten bei einem Gesamtwerthe der Einfuhr von 920 000 Mk. ebenfalls einen Rückgang von über 100 000 Mk. gegen das Vorjahr, dagegen wurde fremder Zucker für 2 480 000 Mark mehr als im Vorjahr eingeführt, und zwar für 2 300 000 Mark brauner und für circa 1 000 000 Mark raffinirter Zucker. Von Ausfuhren interessiren Deutschland besonders Häute. Es wurden ausgeführt in 1897 circa 83 200 dz Kuh- und 12 000 dz Büffelhäute im Gesamtwerthe von circa 6½ Millionen Mark, sowie ca. 5500 dz Ziegenfelle im Werthe von circa 1 300 000 Mk. Consul Warren ist der Ansicht, daß bei Vermehrung der Nachfrage das Angebot von Kuhhäuten sich bis auf 100 000 dz steigern könne, die Preise für alle Arten Felle seien in Hankau aber so gestiegen, daß fast gar kein Gewinn mehr an denselben zu machen sei. Von Gallnüssen wurden für 2½ Millionen Mark, fast das Doppelte des Exports in 1896, ausgeführt und der

Werth der Ausfuhr von Holzöl betrug bei etwas verminderter Quantität, aber gestiegenen Preisen, circa 5 780 000 Mk. Was die industrielle Thätigkeit anbetrifft, die sich auch in Hankau und Wuchang stark zu entwickeln beginnt, so muß zu derselben in erster Linie die Bearbeitung des Thees für die russischen Märkte gezählt werden, die seit einer Reihe von Jahren von einer Anzahl von russischen Firmen betrieben wird. In 1897 wurden von Hankau nach Rußland über Shanghai 39 Millionen Pfund (engl.) und über Tientsin zum späteren Landtransport ebenfalls 38 Millionen Pfund exportirt; die gesammte Ausfuhr nach England betrug in genanntem Jahre von Hankau 7 755 468 Pfund, die gesammte Theeausfuhr war in 1897 um fast 50 000 dz niedriger als im Vorjahr. Die Ausfuhr von Thee von Hankau zeigt, in wie verhältnißmäßig kurzer Zeit die Bedürfnisse und Wege des Handels sich vollständig ändern können. In 1868 betrug der Theeconsum im Vereinigten Königreiche circa 107 Millionen Pfund, von denen 93 % chinesischer und 7 % indischer Thee waren; seitdem ist der Verbrauch auf circa 228 Millionen Pfund gestiegen, d. h. von 3,52 Pfund für den Kopf auf 5,73 Pfund, von dem 11 % chinesischer, 54 % indischer und 35 % Ceylon-Thee sind. Ceylon-Thee beginnt selbst in Rußland ein gefährlicher Concurrent des chinesischen Thees zu werden. Vernachlässigte Cultur, unsorgfältige Behandlung, hohe Inlandzölle und ein gleichmäßiger Ausfuhrzoll auf gute und schlechte Thees sind die Ursachen des Niederganges des einst so blühenden Geschäfts; ob der im letzten Jahre durch den Generalgouverneur Chang Chih-tung gemachte Versuch der Verbesserung der Theecultur und der Feuerung (Trochnung) desselben auf maschinellem Wege den gewünschten Erfolg haben wird, wird von sachverständiger Seite bezweifelt, da das chinesische Blatt seinen Wohlgeschmack hauptsächlich der Art und Weise der Behandlung verdanken soll, und die Gegner der Anwendung von Maschinen behaupten, daß es dadurch sein Bouquet verlieren würde. — Die von 33 722 dz in 1896 auf 73 020 dz in 1897 gestiegene Ein-

fuhr von roher Baumwolle, die hauptsächlich in den in Wuchang angelegten chinesischen Baumwollspinnereien Verwendung findet, spricht dafür, daß dieselbe das früher aus der näheren Umgebung bezogene Rohmaterial ersetzt, da auf der anderen Seite die Ausfuhr von Rohbaumwolle sehr erheblich, von 20 119 dz auf 106 218 dz gestiegen ist. — Wie in anderen Plätzen am Yangtse, sind auch in Hankau während der letzten Jahre Fabriken von Albumin entstanden, eine österreichische und zwei deutsche, was bei der scharfen Concurrenz, welche dieselben sich machen, den Gewinn sehr vermindert. Albumin wird in den besten Qualitäten zur Photographie, in den mittleren zum Ersatz der Eier, besonders bei Speisen, in den geringsten zum Bedrucken von Baumwollstoffen verwendet; das Gelbe dient zu verschiedenen Zwecken, u. a. zum Poliren von Leder. Der Tagesverbrauch einer dieser Fabriken ist während der vier Monate, während deren dieselben allein arbeiten können, da die Eier ganz frisch sein müssen, täglich 30—40 000 Eier, ohne daß bis jetzt eine merkliche Steigerung im Preise eingetreten wäre. Der Schiffsverkehr weist im Jahre 1897 1441 Ein- und Ausklarirungen mit 16 111 543 t Gehalt nach, darunter nur zwei deutsche mit 2838 t.

Ueber das in Wuchang befindliche Regierungsarsenal berichtet der englische Contre-Admiral Lord Charles Beresford, der als Delegirter der englischen Handelskammern kürzlich den Yangtse bis Hankau bereist hat, sehr ungünstig; nach ihm soll dasselbe, trotz ausgezeichnete deutscher Maschinen und dem zur Verfügung stehenden Rath guter deutscher Sachverständiger überall die Spuren übermäßiger Ausgaben bei einem Minimum von guten Ergebnissen zeigen; trotz einer Beschäftigung von 2000 Arbeitern liefere das Arsenal jährlich nur 8000 Mausergewehre und 185 kleine, fast unbrauchbare Geschütze; vortreffliche Maschinen im Werthe von vielen Tausenden von Pfunden lägen unbenützt umher, und die Munition (einige 100 000 Patronen pro Tag) würde mit aus Deutschland oder Shanghai eingeführtem Pulver an-

gefertigt. In ähnlicher Weise spricht er sich über die großen Eisenwerke in Hanyang aus, an denen augenblicklich drei Techniker als Leiter, ein Engländer und zwei Belgier, und 16 andere Europäer, meistens Belgier, angestellt sind.

Die Geschichte dieser Eisenwerke ist charakteristisch für die Art und Weise, wie derartige Unternehmungen in China entstehen. Von dem sehr richtigen Gedanken geleitet, daß die Errichtung von Eisenwerken die nothwendige Vorbereitung für den Bau von Eisenbahnen sei, wenn man den nationalen Reichthum an Kohlen und Erzen ausnutzen und für das zur Verwendung kommende Material nicht auf das Ausland angewiesen bleiben wolle, faßte der Generalgouverneur Chang Chih-tung, als er in Folge der von ihm vertretenen Ansicht, daß die erste große Eisenbahn, die gebaut werde, die von Peking nach Hankau sein müsse, in 1888 des Postens als Generalgouverneur in Kanton enthoben und in gleicher Eigenschaft nach Wuchang versetzt wurde, den Plan zur Errichtung der erforderlichen Werke in Hanyang am Ufer des Han. Die Arbeiten wurden mit großer Energie in die Hand genommen, Hochöfen und alles sonst Erforderliche mit großen Kosten errichtet, nur war übersehen worden, festzustellen, ob brauchbare Kohlen und Eisen in der Nähe vorhanden seien. Mit Mühe wurde das letztere gefunden, während für Kokes die Werke wenigstens bis noch vor kurzer Zeit auf die aus den Bergwerken in Nord-Chili kommenden angewiesen blieben. So kam es, daß Chang Chih-tung bald mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln fertig war und in 1894—95 die Werke zum Verkauf ausboten wurden. Da sich bei den hohen Forderungen und ungünstigen Bedingungen keine fremde Gesellschaft zur Uebernahme derselben bereit finden ließ, kaufte sie schließlich der vielgenannte Sheng Hsüan-hwai, der General-director der chinesischen Telegraphenlinien und der chinesischen Dampfschiffgesellschaft China Merchants Co., den auch Lord Charles Beresford als einen Mann von großer Geschicklichkeit schilderte, für einen Theilbetrag der Kosten der Anlagen und der

Zusicherung einer Betheiligung an etwaigem späterem Gewinn. Zur Zeit der Uebernahme der Werke durch Sheng waren die Leiter derselben Deutsche, die ihre Stellung aufgaben, weil sie der Ansicht waren, daß der Verkauf ihre Contracte aufhebe und der neue Eigenthümer ihre darauf gestützten Forderungen nicht bewilligen wollte. Die deutschen industriellen Interessen in China haben darunter gelitten, daß die Mehrzahl der dort beschäftigten Deutschen auf eigene Hand operirten, statt größeren, höhere Zwecke verfolgenden Gesellschaften anzugehören, sowie daß das deutsche Capital zu spät und in nicht genügendem Umfang für die Interessen der deutschen Industrie eingetreten ist und über den eigenen engeren Interessen häufig die größeren nationalen übersehen hat. Auch die Verstaatlichung des Eisenbahn- und Telegraphendienstes in Deutschland hat der Ausdehnung deutschen technischen Einflusses in China dadurch hindernd im Wege gestanden, daß sich tüchtige Leute nur sehr schwer und dann nur unter weit über die von Technikern anderer Länder beanspruchten Bedingungen dazu entschließen können, für eine längere Reihe von Jahren im Auslande thätig zu sein. Was selbst vereinzelte Kräfte bei genügender Unterstützung leisten können, haben seinerzeit der Regierungsbaumeister Scheidweiler und in vielleicht noch höherem Maße der jetzt noch in China thätige Regierungsbaumeister Hildebrandt gezeigt.

Den politischen Ideen Lord Charles Beresfords, von denen der parlamentarische Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amts, Mr. Brodrick, bei einem kürzlich im „Sixty Club“ in London gegebenen Essen als von den ziemlich unreifen Ansichten gesprochen hat, mit denen der tapfere Admiral im fernen Osten hausiren gegangen sei, und die einerseits auf ein Bündniß Englands, der Vereinigten Staaten, Japans und Deutschlands zur Durchführung der Politik der offenen Thüre in China und andererseits die Bildung einer mittelmchinesischen, d. h. im Yangtse-Thal garnisonirenden Armee unter englischer Führung abzielen, dürfte für den Augenblick keine größere Bedeutung beizulegen sein, ob-

gleich sie unzweifelhaft den Anschauungen und Wünschen eines großen Theils der englischen Geschäftswelt entsprechen; dagegen werden wir wohl thun, die Frage der Bedeutung der englischen Ansprüche auf das Yangtse-Thal nicht aus den Augen zu verlieren. Die englische Regierung hat im Unterhause das Yangtse-Thal als alle die Provinzen umfassend bezeichnet, welche von den in den Strom sich ergießenden Nebenflüssen desselben durchströmt werden; wenn sie sich bis jetzt der Forderung gegenüber, der englischen Industrie die ausschließliche Ausnutzung dieses Gebiets zu wahren ablehnend oder wenigstens nicht zustimmend verhalten hat, so darf nicht vergessen werden, in wie schwacher Weise sie früher Forderungen wie des „Made in Germany“ und der Ausschließung deutscher Gefängnißarbeit nachgegeben hat. Auch wo die Regierung ablehnt, den Wünschen der englischen Industrie über ein zulässiges Maß hinaus entgegenzukommen, ist immer die Gefahr vorhanden, daß was sie nicht anzustreben wagt, durch Abmachungen englischer Geld- oder sonstiger Gesellschaften mit deutschen ähnlicher Art erreicht werde. Die Möglichkeit eines thatächlichen Ausschlusses der deutschen Industrie von den nach englischen Begriffen zum Yangtse-Thal gehörenden, den größten, fruchtbarsten und wohlhabendsten Theil des chinesischen Reichs bildenden Provinzen würde sich als ein in der Zukunft schwer, wenn überhaupt zu überwindender Schlag für dieselbe erweisen.

## V.

(Abgedruckt aus der „Münchener Allg. Zeitung“ vom 19. März 1900.)

Zwischen Hankau und dem westlichsten, nicht nur an diesem Fluß, sondern in China überhaupt dem fremden Handel geöffneten Hafen Chungking, liegen Shashih und Tchang. Ersterer Platz, der seit 1876 als eine der Landungsstellen im Yangtse dem fremden Verkehr insoweit geöffnet war, daß fremde Dampfer dort in chinesischen Booten Waaren und Passagiere landen konn-

ten, von denen erstere aber allen Bestimmungen unterworfen blieben, denen der einheimische Handel unterlag, ist durch den Friedensvertrag von Shimonojeki den anderen, dem fremden Handel geöffneten Plätzen gleichgestellt worden, d. h. fremde Kaufleute können dort wohnen und Handel und Industrie treiben. — Shaishih oder richtiger die Nachbarschaft desselben sind eine in der chinesischen Geschichte seit uralten Zeiten hochberühmte Gegend; dort war der Sitz des alten Fürstenthums Lu, des mächtigsten unter den Lehnstaaten des Kaiserreichs China, dessen Hauptstadt im Jahre 278 v. Chr. durch den Fürsten von Tsin erobert und dessen Unabhängigkeit 50 Jahre später durch einen Nachfolger desselben ein Ende bereitet wurde; dann spielte Lu eine große Rolle in den inneren Zwistigkeiten des 2. und 3. Jahrhunderts n. Chr. und erlangte sogar im 10. Jahrhundert wieder eine Art von Unabhängigkeit. Die ganze Umgebung von Chinchau, der Präfekturstadt, von der Shaishih gewissermaßen nur die am Fluß gelegene Vorstadt bildet, ist mit Grabhügeln, Erdwerken, Beobachtungsterrassen und den Ruinen alter Städte und Festungen bedeckt. Wie der englische stellvertretende Konsul W. J. Glennell in seinem Handelsbericht für 1897, dem diese und die nachstehenden Angaben zum Theil entnommen sind, sehr richtig bemerkt, ist es in hohem Grade auffallend, daß eine Gegend, die tiefer liegt als das Bett des Flusses und daher den Ueberschwemmungen in hohem Maße ausgesetzt gewesen sein muß, 1000 Jahre v. Chr. der Sitz eines engbevölkerten, mächtigen und verhältnißmäßig hochcivilisirten Fürstenthums war, zu einer Zeit, als das ganze Thal des Yangtse der chinesischen Bildung noch nicht erschlossen und viele Gegenden im Norden, Westen und Osten theilweise und der Süden ganz von Barbaren bewohnt waren.

Die eigenthümliche Formation des Landes, die daselbe auch heute noch fortwährend der Ueberschwemmungsgefahr aussetzt, und ihren Ausdruck auch in einer ganzen Reihe von Seen und den dieselben verbindenden Kanälen gefunden hat, gab zu

kolossalen Schutzbauten gegen die drohende Wassergefahr Veranlassung. Durch Shashih selbst führt der große Deich des Yangtse, der ca. 36 km westlich von dieser Stadt bei Wanch'eng beginnt, dem Chü-Ho bis zu seiner Mündung in den Yangtse folgt und dann diesem Strom entlang bis Hohsüeh, ca. 45 km unterhalb Shashih's, geht. Dieser Deich soll ursprünglich bereits unter der Chin-Dynastie im 3. bis 5. Jahrhundert unsrer Zeitrechnung gebaut worden sein, und für seine Unterhaltung wie für die der auf ihm hinlaufenden Straße werden jährlich bedeutende Summen verwandt. Der Deich, der an einigen Stellen unmittelbar am Flußufer hinläuft, an anderen durch meilenbreite Sümpfe und Niederungen von demselben getrennt ist, hat durchschnittlich eine Höhe von 20 Fuß an der Fluß- und von 40 Fuß an der Landseite und seine Breite ist oben 25, am Fuß 150 Fuß. Der Strom selbst ist bei Shashih ca. 1150 m breit und der Unterschied zwischen Hoch- und Niedrigwasser beträgt durchschnittlich 28 Fuß. Bisher war man im allgemeinen der Ansicht, daß das Steigen des Yangtse im Sommer dem Schmelzen des Schnees in Szechuen und Tibet zuzuschreiben sei, die hohe Temperatur des Wassers und die Plötzlichkeit des Hochwassers scheinen indessen dafür zu sprechen, daß die Ursache in den starken Niederschlägen in Yunnan während des Südwest-Monuns zu suchen sein dürfte.

Die Erwartungen, die man an die Eröffnung von Shashih für den fremden Handel geknüpft, haben sich nicht erfüllt. Zwar ist der Verkehr auch mit fremden Waaren dort ein recht bedeutender, aber derselbe liegt, was Transport und Umsatz betrifft, fast ganz in chinesischen Händen. In 1897 betrug der Werth der in Shashih auf Schiffen fremder Bauart eingeführten Importe ca. 408 000 Mk., wovon für ca. 146 000 Mk. fremde Waaren waren; der Werth der Ausfuhr betrug in derselben Zeit ca. 545 000 Mk. Von Dampfschiffen liefen zwei chinesische und zwei englische der den Dienst zwischen Hankau und Tchang verzehenden Linien Shashih auf der Hin- und Rückfahrt an, ohne

sich aber wegen der schwierigen Stromverhältnisse und des schlechten Untergrundes länger als durchaus nothwendig vor diesem Platz aufzuhalten. Hierin und in der Seltenheit der Fahrten der Dampfer, wie in der durch die Stromverhältnisse verursachten Ungewißheit der Dauer der Fahrten und des selbst für die besseren Klassen der Chinesen verhältnißmäßig hohen Fahrgeldes liegt der Grund, warum die Dampfer bis jetzt dem Dschunkenverkehr keine erfolgreiche Concurrenz haben machen können. Die Zahl der in 1897 bei dem fremden Zollamt in Shashih ein- und ausklarirten Dampfer betrug 260 englische und 238 chinesische mit zusammen 335 862 t Gehalt, von denen bei 343 Ein- und Ausklarirungen mit 229 183 t in Shashih Kargo weder ausgeladen noch eingenommen wurde. Die Zahl der Passagiere, die auf Dampfschiffen befördert wurde, betrug in 1897 37 Fremde und 6497 Chinesen, die zwischen Shashih und Hankau oder umgekehrt verkehrten. Auf der andern Seite bietet der Verkehr in Dschunken dem chinesischen Kaufmann und Passagier mannigfache Vortheile. Kanaldschunken können zu jeder Zeit gemiethet werden; dieselben stehen zur Verfügung des Verschiffers, statt daß derselbe genöthigt wird zu einer Zeit zu verschiffen, die ihm nicht paßt, und bleiben zu seiner Verfügung, so lange er es wünscht. Sie sind zahlreich genug, um die Preise niedrig zu halten, und obgleich sie zwischen vier und fünf bis zehn Tagen und mehr für die Reise gebrauchen, macht das wenig aus in einem Hafen, wo man oft eine Woche auf ein Dampfschiff warten muß; außerdem legen auch Dschunken die Reise manchmal in wenig mehr als drei Tagen zurück. Frachten sind billig, und obgleich der Schiffer bei verschiedenen Likinstationen vorbei muß, so sind die von denselben erhobenen Beträge doch nicht hoch genug, um eine Aenderung in den alt-hergebrachten Gewohnheiten herbeizuführen. Außerdem spart der Verschiffer Lagergeld, da Dschunken nach der Ankunft in dem Bestimmungshafen längere Zeit liegen bleiben, während die Dampfer gleich weiter gehen. Der Kanalweg ist ferner um 90 bis 100 km kürzer als der auf dem Fluß und vermeidet die

Gefahren, mit welchen das wechselnde Fahrwasser und das Wetter auf dem Strome drohen. Auch die Passagierbeförderung in Dschunken bietet für den Chinesen manche Vortheile; der Passagepreis auf Dampfern ist für die bessere Klasse von Chinesen von Schahih nach Hankau 3 Taels und umgekehrt 4 Taels, während der Preis per Dschunke unter einem Tael beträgt und ganze Boote besserer Klasse, die für eine Anzahl von Passagieren dienen, für 10 Taels gemiethet werden können; der Zeitgewinn durch die Benutzung eines Dampfers ist nicht ein solcher, daß er für den Chinesen den höheren Preis aufwiegen könnte. Die vorstehenden Auseinandersetzungen sind absichtlich so eingehend gehalten worden, um auf die vielen Punkte aufmerksam zu machen, die bei Unternehmungen zur Beförderung von Waaren und Passagieren in China ins Auge gefaßt werden müssen und die sich nur zu leicht der Aufmerksamkeit der mit den lokalen Verhältnissen nicht ganz vertrauten Personen entziehen.

Von dem Verkehr in Dschunken mag einen Begriff geben, daß auf einer Likinstation am Kanal in einzelnen Monaten täglich 150 derselben mit roher Baumwolle passiren und daß aus Schahih, obgleich dasselbe nur eine angeeseene Bevölkerung von 73 000 und Chinchau nur eine solche von 80 000 Seelen hat, jährlich über 90 000 dz baumwollene Stoffe (Handgespinnst) und ungefähr 40 000 dz rohe Baumwolle ausgeführt werden. Außerdem wird viel Indigo in der Nähe gebaut und an Ort und Stelle verbraucht; interessant ist, daß dort Stoffe in Weiß und Blau, entweder mit blauer Zeichnung auf weißem Grunde oder mit weißer auf blauem Grunde, in derselben Weise angefertigt werden, wie die Batek in Java, d. h. die Zeichnung oder der Grund werden von der Färbung je nach Bedürfniß mittelst einer Schablone mit einer undurchdringlichen Paste bedeckt. Die Stoffe werden noch mit der Paste anhängend verkauft, die erst durch die Wäsche entfernt wird. Ebenso findet eine nicht unbedeutende Ausfuhr in seidenen, in Schahih und Chinchau angefertigten Stoffen statt.

Die aus dem geringen Verkehr in Schiffen fremder Bauart hervorgerufene Unzulänglichkeit der Mittheilungen des fremden Seezollamts gestattet nur aus dem, was in den Läden zum Kauf angeboten wird, sich einen Begriff von den in Schahih gangbaren Artikeln zu machen. Mr. Clemell führt davon auf: Japanische Baumwollwaaren, besonders Tücher und Phantasieartikel, Straffordshire-Thonwaaren, Sheffield-, deutsche und amerikaniſche Meſſerſchmiedwaaren, englische Lichte, franzöſiſche und englische Seife, englische, japaniſche und italieniſche Schirme, Konſerven, Süßigkeiten, Würzen, Saucen, präſervirte Milch und Früchte, englische Decken und Bettdecken, japaniſche und andere Lampen, deutsche, amerikaniſche und andere Uhren und Taſchemuhren, Wolle, Medizinen, Weingeiſt, Santonin-Tabletten, Zigarren und etwas fremden Rauchtabak (Birds eye). Dieſe Liſte der in der meiſtens von Kantoneſen gehaltenen Läden geführten Gegenstände zeigt zugleich, wo die deutsche Induſtrie ebenfalls ein Feld für ihre Thätigkeit finden könnte. Ganz beſonders dürfte dies in Betreff der Einfuhr von Seife der Fall ſein, einem Artikel, auf den in der letzten Zeit von den Konſuln verſchiedener Mächte die Aufmerkſamkeit der heimischen Fabrikanten ganz beſonders gelenkt worden iſt. Der Konſul der Vereinigten Staaten in Fuchau, Mr. Graily, ſchreibt darüber, daß Seife in China keinen Zoll bezahle und das Land daher ein guter Markt für den Artikel, beſonders in ſtark parfümirten Arten wie in der gewöhnlichen gelben Waſchſeife werden dürfte. Billige Drucke, fügt er hinzu, und Lithographien, die beim Kauf von ſechs oder mehr Stücken Seife zugegeben werden könnten, würden unzweifelhaft den Abſatz ſehr vermehren. Die Chineſen hätten eine große Vorliebe für fremde Bilder und ſehr bunte Anzeigen, auf denen ſich das Waarenzeichen des Fabrikanten und etwas chineſiſcher Text befinden und die entweder als Zugaben bei Ankäufen gegeben oder gratis mit vertheilt würden, dürften den Abſatz in dieſem Konſular-Diſtrikt (Fuchau) verdoppeln oder verdreifachen. Ein gutes Waarenzeichen, ganz oder theilweiſe chineſiſchen Begriffen ent-

sprechend, könne Seife oder jedem anderen Artikel guten Absatz sichern, während eines, mit dem ein abergläubischer Begriff verknüpft, oder das von unglückbringender Farbe oder Zeichnung wäre, einen Artikel ganz ruiniren könne. Vize-Konjul Williams in Shanghai bestätigt diese Auffassung, indem er hinzufügt, daß der Werth der in 1896 eingeführten Seife 1 800 000 Mark überstiegen habe und die Nachfrage fortwährend wachse, so daß die zukünftige Steigerung des Geschäfts in diesem Artikel beinahe unbegrenzt erscheine. Auch aus Japan berichtet Konjul Lyon in Hiogo, daß, wemgleich die Japaner selbst viele Seife fabrizirten, fremde Seifen guter Qualität sich doch einer immer steigenden Nachfrage zu erfreuen hätten; er führt als einen der Gründe, warum das fremde Fabrikat auf zunehmenden Absatz rechnen könne, das Steigen der japanischen Löhne und damit der japanischen Produkte an, so daß in Zukunft auch fremde Waaren trotz ihres jetzt theuren Preises concurrenzfähiger werden würden. Konjul Everett in Batavia empfiehlt die Einfuhr von Seife, die in Holländisch-Indien einem Werthzoll von 6% unterliege, ebenfalls seinen Landsleuten und schlägt vor, eine gute mittlere Seife zu wählen und dieselbe durch einen tüchtigen Agenten, der sich ausschließlich damit beschäftige, vertreiben zu lassen; die Anpreisungen müßten aber in holländischer Sprache abgefaßt werden, und man müsse darauf gefaßt sein, lange Kredite zu geben. In Korea ist nach dem Bericht des dortigen Generalkonjuls Allen bis jetzt kein Markt für Seife, obgleich die Koreaner, da sie ihre Kleider meistens von weißem Stoff tragen, dieselben oft waschen müßten. — Die deutschen Fabrikanten und Kaufleute dürften wohl thun, die von den amerikanischen Konjulen gemachten Empfehlungen auch ihrerseits zu beobachten.

## VI.

(Abgedr. aus der „Münchener Allgem. Zeitung“ vom 2. April 1899.)

Sehang in Hupeh, ebenfalls am linken Ufer des Stroms, seit 1876 dem fremden Handel geöffnet, ist der letzte Platz am

Fluß, mit welchem Dampfverbindung besteht. Dieselbe wird aber, besonders im Winter durch den niedrigen Wasserstand und die kurzen Tage, vielfach unterbrochen und erschwert, so daß der Hafen und der Verkehr überhaupt aus derselben nicht den Vortheil ziehen, den man davon erwartet hatte. In 1896 betragen die Ein- und Ausklarirungen der Flußdampfer 178, mit einem Gesamtgehalt von 120 336 t, während 4163 Ein- und Ausklarirungen von mit Transitpässen versehenen Dschunken mit einem Gesamtgehalt von 109 058 t (davon 2166 mit 60 150 t in Ladung), denen Lifu zahlende Dschunken mit ungefähr 250 000 t Gehalt gegenüberstanden, in derselben Zeit stattfanden. Die Dampfschiffe waren ungefähr zu gleichen Theilen unter englischer und chinesischer Flagge, zu der in 1898 die japanische gekommen ist. In 1888 wurde von englischer Seite durch den bekannten Mr. Archibald Little der Versuch gemacht, mit einem Dampfer von 304 t und einem Tiefgang, wenn mit voller Ladung, von 5 $\frac{3}{4}$ " engl. die in dem englisch-chinesischen Abkommen von 1876 vorgesehene Dampfschiffverbindung zwischen Tchang und Chungking, dem nächsten und letzten Vertragshafen am Yangtse, herzustellen; mit ihrer gewöhnlichen Ungeheuerlichkeit legten die chinesischen Behörden, statt den Versuch, der voraussichtlich mit einem eklatanten Mißerfolg geendet haben würde, zu gestatten, demselben allerhand mehr oder weniger lächerliche Schwierigkeiten in den Weg und kauften endlich in 1890 das Schiff „Kuling“ für einen weit über seinen Werth hinausgehenden Preis. In 1898 ist Seitens desselben Mr. A. Little der Versuch, Chungking zu erreichen, diesmal mit einer Dampfeschleppbarkasse, mit gutem Erfolg erneuert worden, die Herstellung einer regelmäßigen Verbindung, die als Ergebnis dieses ersten geglückten Unternehmens erwartet wurde, hat indessen bis jetzt noch immer auf sich warten lassen. Die gewöhnlichen Schwierigkeiten, welche sich der Schifffahrt auf dem Yangtse zwischen Tchang und Chungking in Folge der durch das nahe Zusammenrücken der steilen Ufer des Flusses und durch Felsen in dem Bette desselben verursachten Strom-

schnellen entgegenstellen, wurden im September 1896 durch einen großen Landstreich unterhalb Wankien verneht, der das Strombett fast in seiner ganzen Breite verschüttete, so daß alle Dschunken ausgeladen und die Güter durch Träger von die gesperrte Stelle herangeschafft werden mußten. Seit Ende 1897 haben Aufwärmungsarbeiten unter einem fremden Ingenieur dort begonnen, doch ist über den Erfolg derselben bis jetzt nichts bekannt geworden. Der Werth der Einfuhr in Zhang bezifferte sich im 1896 auf ungefähr 3 150 000 Mark für fremde Waaren und auf 2 950 000 Mark für chinesische; der Werth der Ausfuhr betrug in derselben Zeit etwa 1 650 000 Mark. Unter dem eingeführtem Waaren befinden sich außer den die Stapelartikel des Verkehrs in ganz China bildenden Baumwollen- und Wollenwaaren und Metalle 49 673 Gros gewöhnliche Metallknöpfe und 24 422 solche besserer Qualität; 6032 Taschen- und Wanduhren; für beinahe 300 000 Mark Anilin-Farben, 18 716 Hand- und andere Spiegel, 23 868 baumwollene Regenschirme und 3248 Duzend Flaschen mit Wurm- (Scantonin) Tabletten. Der Kuriosität halber mögen unter den chinesischen Importen 112 Pifuls Tigertnochen erwähnt werden, die zu Medicinen verwendet werden, im Werthe von etwa 12 000 Mark. Unter den Ausfuhrartikeln sind die bedeutendsten: Kupfer (Tribut) 15 450 Pifuls, Hauf 20 199 Pifuls, rohe Baumwolle 20 895 Pifuls, Hühner- und Entenfedern 2550 Pifuls, Medicinen im Werthe von ca. 1 700 000 Mark, Opium aus Szechuen und Yunnan, ca. 8000 Pifuls, im Werthe von ca. 5 Millionen Mark, Seide und Seidenstoffe im Werthe von ca. 4 Millionen Mark, 57 074 Ziegenhäute, 50 438 Paar Brillen und 8766 Pifuls vegetabilisches Wachs.

Die Zahl der Fremden in Zhang beträgt durchschnittlich einige 40 Personen, Beamte und Missionäre, das Geschäft liegt fast ausschließlich in den Händen der chinesischen Kaufleute; die chinesische Bevölkerung der Stadt wird auf einige 40 000 angegeben; sie hat einen schlechten Ruf, wie denn seit 1884 verschiedene gegen Christen und Fremde gerichtete Unruhen statt-

gefunden haben, die schlimmsten im Jahre 1891, bei denen mit Ausnahme des englischen Konsulats und des fremden Seezollamts alle Fremden gehörigen Gebäude, Kirchen und Kapellen zerstört wurden. Daß kein Fremder bei dieser Gelegenheit sein Leben verlor, war dem Einschreiten der chinesischen Behörden und der Anwesenheit eines Dampfers zu verdanken, dessen Boote die Flüchtlinge aufnahm.

Chungking wurde, nachdem i. J. 1876 ein englischer Konsul dort stationirt worden war, um die Handelsverhältnisse zu überwachen, in 1890 in Folge der von den chinesischen Behörden dem Versuch der Herstellung einer Dampfverbindung mit Schang in den Weg gelegten Schwierigkeiten für den fremden Handel geöffnet. Der Platz ist vielleicht einer der ungesundesten in ganz China, die Hitze und die Feuchtigkeit während des Sommers sind fast unerträglich, aber Chungking ist der hauptsächlichste Handelsmittelpunkt von Szechuen, welche Provinz nicht allein die reichste und bevölkertste von ganz China ist — die Angaben über die Bevölkerungsziffer bewegen sich zwischen 30 und 45 Millionen —, sondern auch der Verkehr zwischen China und Tibet führt fast ganz über diese Provinz. Chungking selbst ist, nach chinesischen Begriffen, eine Industriestadt, in der Messing-, Kupfer-, Zinn- und Weißmetall-Waaren, baumwollene Stoffe, die Astrachan nachahmen, Teppiche, Grastuch, Glas-, Eisen-, Leder- und Farbwaaren, Bambusmatten, Schwefelhölzer, Tauwerk, Pelzkleider und -Decken und Seidenstoffe, darunter Spitzen, angefertigt und verschiedene Weine aus Hirse und Reis gebrannt werden.

Der Werth des Handels, der in 1897 durch das fremde Zollamt ging, war für fremde Einfuhren ca. 25 $\frac{1}{2}$  Millionen Mark, für chinesische 8 $\frac{1}{2}$  Millionen Mark und für Ausfuhren ca. 20 $\frac{1}{2}$  Millionen Mark, d. h. im ganzen eine Zunahme von über 13 $\frac{1}{2}$  Millionen Mark gegen das Vorjahr, und dies unter besonders ungünstigen Verhältnissen, da während des Winters Ost-Szechuen unter einer fühlbaren Hungersnoth zu leiden gehabt hat. Die Reisernte war wegen starken Regens im Herbst fast

ganz durch Schimmel verdorben worden, und obgleich von Seiten der Behörden und der privaten Wohlthätigkeit viel geschah, gingen doch die Preise für Reis in Chungking um 50—100 % in die Höhe. Unter den Importen befanden sich 128 691 Groß Metallnägeln, 4019 Taschen- und Wanduhren, 1 070 600 Mille Nähnadeln und für einige 30 000 Mk. Anilinfarben, während unter den Ausfuhren Schweineborsten 4000 dz, Hühner- und Entenfedern 2000 dz, Hanf 90 000 dz, Blei 100 000 dz, Rhabarber 4 400 dz, Büffel- und Kuhhäute 1 400 dz, Opium 70 000 dz, Gallnüsse 90 000 dz, Rohseide 3 500 dz, Zink 1 000 dz, vegetabilisches Wachs 65 000 dz und Schafwolle 15 500 dz waren. Von Moschus wurden etwas über 20 dz ausgeführt. Diese Zahlen geben aber nur einen schwachen Begriff von dem Umfang des Handelsverkehrs. Abgesehen von dem Thee- und Salzhandel, der in den Händen von Regierungsmonopolisten ist, werden, wie der englische Konsul Tratman in seinem Bericht hervorhebt, Artikel wie Holzöl, Papier, Tabak, Bohnen, Kohlen und Eisen in solchen Mengen produziert, daß sie allein hinreichen würden, einer ganzen Flotte von Dampfern lohnende Beschäftigung zu geben. Was die angeblich in Szechuen vorhandenen Silber- und Goldminen werth sind, muß für den Augenblick dahingestellt bleiben, da keine Berichte fremder Sachverständigen vorliegen, aber die Anzahl der von den Chinesen nach ihren eigenen Methoden bearbeiteten Kohlengruben ist sehr groß; viele derselben haben ausgezeichnete Wasserverbindung, und in einer ganzen Reihe von Städten werden gute Kohlen zu 10 Mk. die Tonne verkauft. Auch Eisen soll in Szechuen vielfach in der Nähe der Kohlengruben vorkommen. Was den Handel mit Tibet anbetrifft, so bringen die Tibetanen und Ureinwohner an der Grenze Wolle, Moschus, Rhabarber und Medicinen und nehmen dafür Thee in großen Quantitäten und etwas Baumwolle, Seide und Messinggefäße. Der Gesamtwert des an der Grenze, in dem 24 Tagereisen nordwestlich von Chungking gelegenen Sungpan und dem 20 Tagereisen westlich gelegenen Tachienlu

betriebenen Handels, bei dem meistens mohammedanische Händler als Mittelspersonen dienen, wird auf ungefähr  $8\frac{1}{2}$  Millionen Mark geschätzt, von denen etwas mehr als die Hälfte auf die Einfuhr aus Tibet kommen. Eine ziemlich bedeutende Ausfuhr findet aber auch von Tibet über die Provinz Kansu statt. Der Haupteinfuhrartikel nach Tibet ist Thee, von dem über Tachienlu und Sungpan jährlich ungefähr 22 Millionen Pfund eingeführt werden. Diese Zahl erklärt hinreichend die Energie, mit der die Chinesen sich dagegen gesträubt haben, indischen Thee an der Westgrenze von Tibet zuzulassen. — Die Einfuhr von roher Baumwolle in Chungking betrug in 1897 43 000 dz, gegen 8 500 im Vorjahre, während zugleich die Einfuhr von Garn auf 153 000 dz (davon 125 000 dz indisches, 5 500 dz japanisches, 22 500 dz chinesisches und nur 118 dz englisches) gegen 114 000 dz in 1896 stieg. Diese Quantitäten und die ebenfalls sehr beträchtlichen, nicht durch das fremde Seezollamt gehenden, so namentlich die in den chinesischen Fabriken in Wuchang gefertigten Garne, dienen der Hausindustrie in Ost-Szechuen, während zugleich noch ungefähr 50 000 dz grobes baumwollenes Handgespinnst aus Hupeh eingeführt werden. Von Wollenstoffen wurden nur 27 937 Stücke, gegen 27 598 im Vorjahr, eingeführt; gewöhnliche rothe wollene Decken dürften, bei Verbesserung und Verbilligung der Fracht, als Ersatz für die wattirten baumwollenen Decken auf Absatz rechnen dürfen. Von Dschunken unter Transitpaß klarirten 2211 mit einem Gesamtgehalt von 68 444 t ein oder aus. Die Zahl der in West-China sich aufhaltenden britischen Unterthanen betrug in 1897 240 Personen, davon 232 protestantische Missionäre mit ihren Familien, die 45 verheirathete Frauen und 54 Kinder einschlossen; die meisten derselben waren im Innern der Provinzen Szechuen, Yunnan und Kweichau angesessen, zwei Stationen befanden sich an der Grenze von Tibet; die Zahl der katholischen französischen Missionäre dürfte 150 übersteigen, wie auch eine nicht unerhebliche Anzahl amerikanischer protestantischer Missionäre (angeblich 28) in Szechuen ansässig zu sein scheint. Der

fremde Handel wurde durch einen englischen, einen französischen und einen japanischen Kaufmann repräsentirt, sowie durch drei chinesische Agenturen englischer Firmen in Shanghai. Die einzige deutsche Firma hatte ihr Geschäft Ende des Jahres 1897 aufgegeben. Die chinesische Bevölkerung soll nach den Mitgliedern der Handelsmission von Lyon in 1896 von chinesischen Beamten gemachten Mittheilungen ca. 150 000 Seelen betragen, doch schätzten die Ersteren sie auf das Doppelte und Dreifache. Szechuen hat in den Jahren durch die wiederholt gegen Fremde, besonders gegen protestantische und katholische Missionsanstalten gerichteten Angriffe einen schlechten Ruf bekommen. In seinem Bericht bemerkt Konsul Tratman, daß in dem Jahre 1897 mit Ausnahme unbedeutender Störungen in einer Stadt in Südyünnan, die durch die Furcht vor einer bevorstehenden französischen Invasion hervorgerufen wurden, und dem Wiederauftauchen der Gerüchte über den Raub und das Verzehren von Kindern durch die Fremden in der Provinzialhauptstadt, die Fremden nicht belästigt worden seien, was in erster Linie der freundlichen und energischen Haltung der Behörden zuzuschreiben gewesen sei. Er fügt aber hinzu, daß, falls die Beamten in dieser Beziehung ihre Pflicht vernachlässigten oder das Gesindel zu Unruhen anstifteten, gegen die Fremden gerichtete Bewegungen sehr bald, besonders in der Hauptstadt der Provinz, Chengtsu, wieder ausbrechen würden. Die Ereignisse haben diese Voraussetzungen bestätigt. Schon im April 1898 ist in Kiungpeh, einer Chungking gegenüber am Paoningho, einem Nebenfluß des Yangtse, gelegenen Stadt, deren Bewohner als besonders fremdenfeindlich gelten, ein Angriff auf amerikanische Methodisten-Missionäre gemacht und einer ihrer eingeborenen Helfer ermordet worden, und die seit der Zeit eingetroffenen Nachrichten von gegen Missionäre gerichteten Angriffen lassen leider keinen Zweifel darüber bestehen, daß die Erbitterung gegen Fremde und Christen wohl auch in Folge der politischen Ereignisse in der letzten Zeit eher zu als abgenommen hat.

## Russische Pläne und englische Beklemmungen.

Abgedruckt aus der „Deutschen Revue“ vom September 1897.

Wenn Fürst Uchtomski bei der ihm vom Kaiser von China am 28. Mai dieses Jahres erteilten Audienz von der hundertjährigen Freundschaft gesprochen hat, die das große Reich der Söhne des Himmels mit dem russischen Reiche verbinde, so hat er dabei gewiß gern vergessen, daß diese Freundschaft für China eine etwas kostspielige gewesen und demselben zum Beispiel noch in 1858 durch den Vertrag von Nigun das linke Ufer des Amurs gekostet hatte. Der Wahrheit näher kam der Fürst jedenfalls mit der Behauptung, daß von allen Nationen, die enge Beziehungen mit dem Osten verknüpfen, die Russen allein dem Blute und Geiste nach Asien verwandt seien; er hat damit vielleicht unbewußterweise den wahren Grund der Erfolge getroffen, die die russische Politik, seitdem das Reich sich von den im Krimkriege erlittenen Schäden erholt, überall in Asien über den englischen Nebenbuhler davongetragen hat. Denn über diese Nebenbuhlerschaft, wie über die in Korea, in China, in Hinterindien, an der Nordgrenze Indiens, in Persien, in Abessinien und in der Türkei durch die Russen oder ihre französischen Freunde davongetragenen Erfolge kann auch die besondere Wärme des von Herrn von Staal bei dem achtundsiebzigjährigen Geburtstage der Königin Viktoria ausgebrachten Toasts und die bedeutungsvolle Thatsache, daß die englische Musik bei dieser Gelegenheit nur die russische Nationalhymne gespielt habe, nicht hinwegtäuschen.

Das von England zum Kriege gegen Japan aufgestachelte China ist aus Korea hinausgeworfen worden, aber nicht Japan, mit dem England im letzten Augenblicke anzubündeln suchte, ist an Chinas Stelle getreten, sondern Rußland; in Hinterindien hat sich ein französisches Reich von circa 750000 qkm gebildet, und wenn die von dem französischen Gesandten in Kwangsi und Yunnan erlangten Eisenbahnkonzessionen sich auf dem Papier auch besser ausnehmen dürften als bei einem eventuellen Versuch der Uebertragung ins Praktische, so deuten sie doch ebenso unzweifelhaft auf einen Niedergang englischen diplomatischen, finanziellen und industriellen Einflusses in Peking, wie die Gründung der russisch-chinesischen Bank daselbst und der versuchte Abschluß des jüngsten Eisenbahnvertrags mit einem belgischen Syndikat. An der Nordgrenze Indiens dauern die dort chronischen Konflikte mit den unabhängigen Stämmen fort, und wenn der neueste Zusammenstoß mit den Waziris auch wenig mehr bedeutet als eine neue Auflage früherer mehr kostspieliger als wirkungsvoller Expeditionen, so stehen die Schwierigkeiten, denen England dort auf Schritt und Tritt begegnet, doch in einem bedenklichen und bedeutungsvollen Gegensatz zu der Leichtigkeit, mit der Rußland sich auf der Hochebene des Pamir festgesetzt und der Uebergang der Chanate Koschan und Schagnan wie eines Theils von Wakhjan unter die Herrschaft des Emirs von Buchara, dem Rußland dieselben übergeben, sich abgewickelt hat. Der Mißerfolg der englischen Mission nach Abessinien ist bekannt, und auch in der Frage der persischen Eisenbahnen neigt sich das Zünglein stark nach der russischen Seite, wie denn überhaupt russischer Einfluß im Reiche des Schahs während des letzten Jahrzehnts dem englischen mehr als die Wage gehalten hat. Auch bei dem türkisch-griechischen Konflikt hat sich das Zurückgehen der Bedeutung Englands im Rathe der Großmächte fühlbar gemacht, und es ist wohl dieser Thatsache zuzuschreiben, wenn dasselbe die diesmal ausnahmsweise geraden Wege der Diplomatie verlassen und sich auf die krümmeren der nationalen Hezarbeit begeben hat.

Ueber die Thatsache des Ueberwiegens des russischen Einflusses überall da, wo derselbe sich dem englischen gegenüber befindet, kann also auch derjenige kaum im Zweifel sein, der den Lauf der Zeitgeschichte nur oberflächlich verfolgt, weniger klar treten die Ursachen dieser Erscheinung hervor. Sie dürften auf russischer Seite darin zu suchen sein, daß man dort weiß, was man will und wie man es will, und daß man in der Ausführung gefaßter Pläne weder durch Rücksichten auf parlamentarische Schwierigkeiten noch durch finanzielle Bedenken behindert wird. Wer die russische Politik in Ostasien aufmerksam beobachtet hat, wird sich sagen müssen, daß das Vorgehen derselben in der Frage der Retrozession von Lia-tung, die Uebernahme der Garantie für die russisch-französisch-chinesische Anleihe von 1895, die Gründung der russisch-chinesischen Bank in demselben Jahre und die Staatsgarantie des Kapitals und der Zinsen der von dieser Bank für den Bau des manchurischen Theils der transsibirischen Bahn auszugebenden Obligationen Meisterstücke weitsehender zielbewußter Staatskunst waren, die bei dem Vorhandensein eines parlamentarischen Systems — man braucht dabei nicht einmal an einen parlamentarisch regierten Staat zu denken — einfach unmöglich gewesen wären, denn während der Zeit der Erörterung und Annahme solcher Maßregeln wären dieselben längst durch die Schritte anderer Mächte durchkreuzt worden. Der Ankauf der Suezkanalaktien des Khedive durch England kann kaum als ein Beweis für das Gegentheil angeführt werden, denn ein ähnliches Zusammentreffen günstiger Umstände dürfte sich kaum wiederholen und die heutigen englischen Staatsmänner besitzen weder die Entschlossenheit noch den Blick Disraelis.

Das Verständniß der Eigenthümlichkeit des asiatischen Charakters, der, von äußeren Formen und dem Einfluß religiösen Fanatismus abgesehen, von den Ufern des Kaspischen Meeres bis zu denen des Stillen Ozeans derselbe ist, wird dem Russen dadurch sehr erleichtert, daß er sich selbst trotz aller europäischen Tünche als Asiat fühlt und daher die anderen Asiaten besser zu

verstehen und zu behandeln im Stande ist, wie auch selbst dem Herzen derselben näher kommt und verständlicher wird als der Engländer, der seinen asiatischen Unterthanen gegenüber nie die Ueberlegenheit des Europäers ablegen kann und ihnen daher stets fremd und unsympathisch bleibt.

Der Uebergang der Herrschaft der ostindischen Compagnie an die englische Krone ist oft, und nicht unberechtigterweise, als ein kultureller Fortschritt angesehen und gefeiert worden, und dies trifft auch insofern zu, als die Krone unzweifelhaft eine mildere und gerechtere Herrin ist als John Company dies war. Trotzdem bezeichnet dieser Uebergang insofern einen Rückschritt, als die Verwaltung Indiens aus den Händen mit den Zuständen und Bedürfnissen des Landes bekannter, mit den Anschauungen desselben verwachsener Männer im günstigsten Falle an solche übergegangen ist, die ohne vorgefaßte Meinung mit der Absicht, von den Thatfachen zu lernen und sich durch dieselben belehren zu lassen, an ihnen bis dahin fremde Verhältnisse herantreten. Thatsächlich indessen liegt die Sache so, daß die große Mehrheit des Parlaments nichts von den Sachen versteht, über die zu entscheiden dasselbe berufen ist, und daß die „Faddisten“, die „Steckenpferdreiter“, die ihre Kenntnisse von Land und Leuten aus einem mehrwöchentlichen oder monatlichen Aufenthalt in Indien geschöpft haben, immer größeren und unheilvolleren Einfluß auf die Geschicke des Landes erworben haben.

Drei Ursachen sind es vor Allem, die die englische Herrschaft in Indien bedrohen. Die immer zunehmende Armuth der Bevölkerung, die nicht durch direkte Maßregeln der indischen Regierung hervorgerufen wird, sondern dadurch, daß dieselbe sich in immer höherem Maße gezwungen sieht, das einheimische Element zur Besetzung der niederen Stufen der Verwaltung heranzuziehen und daß dasselbe nicht allein zur Ausfüllung solcher Stellen unfähig ist, sondern im Verein mit den Bucherern, die fast überall in Indien die ackerbauende Klasse bis aufs Blut ausjaugen, dieselbe im eignen Interesse nach jeder Richtung hin

bedrückt. Eine andere Ursache ist, daß man aus falscher Spar-  
samkeit nicht allein die Stellung der englischen Richter, was  
Einfluß und Emolumente anbetrifft, von Jahr zu Jahr herab-  
gedrückt und erniedrigt hat, sondern daß man auch sehr wesent-  
lich zum Aufhören des Studiums des Hindu- und mohammeda-  
nischen Rechts beigetragen und vielfach die eingeborenen Be-  
rathgeber und Beisitzer abgeschafft hat, so daß es heute nichts  
Seltenes ist, Gerichtshöfe über Erbschafts-, Nachfolge- und  
Heirathsfragen der Eingeborenen, sowie über religiöse Usancen  
derselben entscheiden zu sehen, denen jede Kenntniß der Materie  
abgeht. Die größte Gefahr für die englische Herrschaft in Indien  
liegt aber in dem Zustande der eingeborenen Armee. Zur Zeit  
der Herrschaft der indischen Compagnie besaß jedes eingeborene  
Infanterieregiment fünfundsanzig, jedes Kavallerieregiment zwei-  
undzwanzig englische Offiziere, während heute die Zahl solcher  
Offiziere auf vier bis fünf herabgesunken ist, und diejenigen, die  
acht englische Offiziere für jedes eingeborene Regiment fordern,  
schon für gefährliche Neuerer angesehen werden. Die Ursachen  
dieses Zurückgehens der Zahl der englischen Offiziere bei den  
eingeborenen Truppen muß in der immer mehr herabgesetzten und  
bei dem Fall des Silbers sich noch ungünstiger gestaltenden Be-  
soldung der Offiziere, wie darin gesucht werden, daß eine große  
Anzahl derselben die Armee nur als ein Uebergangsstadium und  
den Dienst in derselben als Mittel zur Erlangung einer besser  
bezahlten Civilstellung ansehen. Daß der Zusammenhang der  
Truppen in sich darunter schwer leidet, ist natürlich, noch nach-  
theiliger auf den Geist der ganzen Armee wirkt aber, daß die  
immer zunehmende Ausdehnung des indischen Reichs — seit  
1876 ist dasselbe um fünfundsiebzigttausend Quadratmeilen (eng-  
lisch) gewachsen —, die Regierung genöthigt hat, zur Bervoll-  
ständigung der Armee auf Elemente, wie zum Beispiel Beludchi,  
Pathan und Angehörige anderer nördlicher Stämme, die sich in  
vielen Fällen als durchaus unzuverlässig erwiesen haben, zurück-  
zugreifen, während gleichzeitig die Truppen der Armeen von

Madras, Bombay und Hindustan, sehr gegen ihren Wunsch und zum Theil gegen ihr Recht, zum Dienst in den nördlichen ungesunden Gegenden, wie Beludchistan und Afghanistan oder in überseeischen Ländern herangezogen worden sind.

Nimmt man zu diesen Ursachen die Thatsache, daß der Sold des Sepoys absolut ungenügend ist, um sich und seine Familie zu erhalten, sowie daß nicht allein eine sehr erhebliche thatsächliche Vermehrung der etatsmäßig auf 148 500 Mann festgesetzten regulären eingeborenen Armee durch die Schaffung einer militärischen Polizei, Grenztruppen, Miliz, Reservisten und so weiter gegenüber der englischen in Indien stationirten Armee von 72 000 Mann stattgefunden hat, sondern auch ein nicht unerheblicher Theil der eingeborenen Truppen, namentlich im Punjab, ihre Kantonnirungen in ihren Rekrutirungsdistrikten hat, also von der Unzufriedenheit der bürgerlichen Bevölkerung leicht angesteckt werden kann, so wird man die Besorgniß verstehen, mit der mit Land und Leuten in Indien vertraute Personen der weiteren Entwicklung der Verhältnisse entgegensehen. Eine nicht zu unterschätzende Gefahr liegt auch in der untergrabenden Thätigkeit der meistens aus Bengalen stammenden Leute, die auf von den Engländern gegründeten Schulen und Universitäten erzogen, alle Laster der eigenen Civilisation behalten und von der fremden nur soviel aufgenommen haben, um sich die Unterstützung radikaler Schwärmer in England zu sichern und mit ihnen vereint auf den Umsturz der englischen Herrschaft in Indien hinzuwirken. In der Hungersnoth und der Pest des letzten Jahres, mehr aber noch in den zu der Unterdrückung der letzteren Seitens der Regierung ergriffenen Maßregeln, durch die religiöse Empfindlichkeiten und materielle Interessen vielfach berührt und geschädigt werden mußten, hat diese Partei mächtige Bundesgenossen gefunden. In Rußland ist man sich dieser Umstände ebenfalls wohl bewußt, nur daß man sie dort vielleicht kühler und sachlicher beurtheilt, als das in England geschieht, wo die öffentliche Behandlung solcher Fragen dieselben bewußter- oder unbewußterweise meistens

in einem mehr den Wünschen der Massen und den emotionellen Bedürfnissen des Augenblicks als den wirklichen Thatsachen entsprechenden Lichte erscheinen läßt. Darüber ist man sich aber auch in England in den leitenden Kreisen klar, daß die Schaffung neuer Verbindungs- und Aufmarschlinien, wie die transkaspische und transsibirische Eisenbahn solche sind, und die Dienstbarmachung eingeborener Bevölkerungen für russische Interessen, wie dies Rußland in Centralasien bereits gelungen ist und jetzt von ihm in der Mongolei und Manchurei, in Korea und in China versucht wird, die englische Weltherrschaft mit um so ernstern Gefahren bedroht, als Rußland mit großer Voraussicht seine sich stets mehrenden Angriffspunkte gegen die englischen Interessen so zu legen weiß, daß dieselben den englischen Flotten unerreikbaar bleiben müssen.

Die Freihaltung der Seeverbindung mit Indien ist daher für England heute mehr als je eine Lebensfrage. Daß der Suezkanal für einen solchen Zweck kaum ernsthaft in Betracht kommen dürfte, ist den englischen Staatsmännern wohl längst klar geworden. Abgesehen davon, daß der Kanal leicht durch das Versenken einiger Schiffe, durch die Explosion eines Torpedos auf Wochen und Monate hinaus unpassierbar gemacht werden könnte, muß die Möglichkeit seiner praktischen Benutzung derselben für England davon abhängen, daß dasselbe die Herrschaft im Mittelländischen Meere sich zu bewahren weiß. Die zu dem Zwecke mit Italien angeknüpften Beziehungen dürften durch den Niederbruch der italienischen Colonialpläne im Rothen Meere, der von einem Theil der deutschen Presse bedauerlicherweise in durchaus mißverständlicher Auffassung der allgemeinen politischen Bedeutung der Frage mit Befriedigung aufgenommen worden ist, eine sehr erhebliche Lockerung erfahren haben, es ist daher durchaus richtig und leicht verständlich, daß man in England dem Seewege um das Kap in der letzten Zeit wieder größere Aufmerksamkeit zugewendet hat. In thörichter und oberflächlicher Weise hat man in England in den deutschen Besitz-

ergreifungen in Afrika eine Gefahr für die englische Vorherrschaft in Südafrika erblicken wollen, statt in ihnen einen doch durchaus den heutigen Zielen und Mitteln der englischen Politik entsprechenden, zwischen die englische und französische Interessensphäre geschobenen Bufferstaat zu sehen. Ein Theil des Lärms, der in der letzten Zeit aus Veranlassung des Transvaalzwischenfalls in England von offizieller Seite geschlagen worden ist, darf wohl auf das Bedürfniß zurückgeführt werden, für die als nothwendig erkannte Vermehrung der Flotte Stimmung zu machen, es ist aber bedauerlich, daß auch von deutscher Seite manches geschehen ist, was den thatsächlichen Verhältnissen wenig Rechnung trug. In der Beurtheilung Cecil Rhodes'scher Methoden und des Jameson'schen Flibusterzugs stimmt wohl alles überein, man darf dabei aber nicht aus den Augen verlieren, daß mit diesen Auswüchsen englischer Ueberhebung die Frage der Schwierigkeiten zwischen Witlanders und Boeren nur sehr oberflächlich zusammenhängt. Daß diese Frage im Laufe der Zeiten und in ganz natürlicher Weise gegen die Boeren entschieden werden muß, liegt schon deswegen auf der Hand, weil dieselben einerseits keinen Zuwachs an Zahl erhalten können, während das ausländische Element sich durch Einwanderung fortwährend vermehrt und andererseits primitive Staatswesen, wie die Boerenrepublik doch ein solches ist, bei dem Versuch der Aufrechterhaltung einer oligarchischen Regierungsform überall und zu allen Zeiten an den einer solchen innewohnenden Lasten zu Grunde gegangen sind. Zu der Ueberzeugung wird man allmählich trotz des Geschreies eines Theils der Presse auch in Deutschland kommen und in der Unterstützung der berechtigten Ansprüche der Witlanders ein viel zweckentsprechenderes Mittel zur Erhaltung der Unabhängigkeit Transvaals sehen, als in der Strammmachung des letzteren. Auch in England fängt man an, einzusehen, daß eine Verständigung mit Deutschland in der südafrikanischen Frage den thörichten Drohungen vorzuziehen ist, die, wenn überhaupt einen Erfolg, nur den haben könnten, Deutschland in die Arme

der Gegner Englands zu treiben. Dazu hat das letztere aber um so weniger Veranlassung, als diese Gegner ohnehin bereits mächtig und rüthig genug sind und auch der Versuch, sich eines weiteren möglichen Feindes durch den Abschluß eines englisch-amerikanischen Schiedsgerichtsvertrags zu entledigen, selbst für den Fall, daß es gelingen sollte, einen solchen Vertrag so zu formuliren, daß derselbe auf beiden Seiten des Oceans Annahme fände, die Thatsache damit doch nicht aus der Welt schafft, daß solange die englische Fahne über Kanada weht, ein wirkliches Einverständnis zwischen England und den Vereinigten Staaten nicht zu erzielen ist.

## Staaten seit dem chinesisch-japanischen Kriege.

(Abgedr. aus der „Deutschen Rundschau“ vom November 1897.)

### I.

Die Enttäuschungen, welche der Friede von Shimonoseki Denjenigen brachte, welche von dem unglücklichen Ausgange des Krieges für China eine Aera durchgreifender Reformen auf allen Gebieten, besonders aber auf denen der Finanzen und des Verkehrs, erwartet hatten, haben sich während der letzten Jahre eher vermehrt als vermindert, wobei die Schuld vielleicht weniger auf Seiten Chinas als daran liegt, daß man vielfach an die Frage mit vorgefaßten Meinungen und ohne die Kenntniß von Land und Leuten herantrat, die für den Kritiker fremder staatlicher Einrichtungen nicht nur ein Bedürfniß ist, sondern auch eine Pflicht sein sollte.

Daß der Krieg mit Japan China in finanzielle Schwierigkeiten stürzen würde, und daß das Reich den daraus erwachsenen Anforderungen nur durch eine höhere Belastung des fremden Handels würde gerecht werden können, hätte für Niemanden, der mit Thatfachen anstatt mit Wünschen zu rechnen gewohnt ist, zweifelhaft sein dürfen. Die Aufgabe praktischer Staatsmänner würde daher gewesen sein, den Conflict entweder zu verhindern oder ihn zeitlich und räumlich möglichst einzuschränken oder, nachdem dies sich als unthunlich erwiesen, der chinesischen Regierung durch eine höhere Besteuerung des fremden Handels die zur Reorganisation auf allen Gebieten erforderlichen Mittel zur

Verfügung zu stellen. Daß dies bis jetzt, trotzdem seit der Reise Li Hung-chang's, während welcher diese Frage zur Sprache gebracht wurde, fast ein Jahr vergangen, nicht geschehen ist, muß als ein ganz entschiedener Fehler der fremden Diplomatie bezeichnet werden, ein Fehler, dessen Bedeutung um so schärfer hervortritt, wenn man sieht, welche Zugeständnisse die fremden Mächte seit der Zeit Japan gemacht haben.

Am 16. Juli 1894 wurde in London der neue englisch-japanische Vertrag unterzeichnet, durch den für eine verhältnißmäßig geringe Anzahl von Artikeln (39) ein zwischen 5 und 15 Prozent vom Werth betragender Einfuhrzoll vereinbart wurde, während es der japanischen Regierung freigestellt blieb, für alle anderen Artikel den Zolltarif selbständig aufzustellen. Als Werth bei der Berechnung des Zolles wurden die Kosten des betreffenden Artikels am Orte des Ankaufs, der Erzeugung oder der Anfertigung angenommen, unter Zuzählung der Kosten für Versicherung und Transport, resp. Commission, wo letztere besteht.

Das im April 1897 veröffentlichte japanische Zollgesetz führt 497 zollpflichtige Artikel auf, die einem Werthzoll von 5 (71 Artikel) bis 40 Prozent (13 Artikel) unterliegen; zu den ersteren gehören Brotfrüchte, Ackerbaugeräthschaften, Vieh und eine Anzahl von Rohprodukten, die für die Entwicklung der japanischen Industrie erforderlich sind; zu den letzteren Alkohol, Branntwein und Tabak, verarbeitet und unverarbeitet.

Man ist es eine Thatsache, daß Lord Kimberley zur Unterzeichnung des Vertrages vom 16. Juli 1894 im Wesentlichen durch die Drohung der Japaner veranlaßt worden war, selbständig vorzugehen, im Falle es sich als unmöglich erweisen sollte, zu einer vertragsmäßigen Verständigung zu gelangen, und es unterliegt wohl kaum einem Zweifel, daß, wenn China sich in der Lage befände, 1897 in ähnlicher Weise zu sprechen, wie Japan dies 1894 gethan, auch seine Verhandlungen mit den fremden Mächten einen unvergleichlich schnelleren und günstigeren Verlauf nehmen würden. Ja, es ist wohl ebenso wenig zweifel-

haft, daß schon eine entschiedene russische Unterstützung China die Einführung eines autonomen Tarifs ermöglichen würde, solange sich derselbe innerhalb mäßiger Grenzen, d. h. eines Werthzolls von 5—10 Prozent, hielte. Es ist aber ein unbedingter Fehler, die chinesische Regierung einer solchen Versuchung dadurch auszusetzen, daß man die Erfüllung ihres Wunsches, betreffend die Erhöhung der vertragsmäßigen Zölle, die durch den Fall des Silbers auf 40—50 Prozent des ursprünglich auf 5 Prozent vom Werth normirten Satzes heruntergegangen sind, vertagt oder an Bedingungen knüpft, die entweder in keinem Zusammenhange mit der Sache selbst stehen oder sich als praktisch undurchführbar erweisen.

Der Fehler, der bei der Behandlung dieser wie so vieler anderer ostasiatischen Fragen gemacht wird, ist: daß man nur zu leicht vergißt, wie jung viele unserer hochgepriesenen staatsökonomischen Einrichtungen sind, und wie vorsichtig und rücksichtsvoll wir daher in der Beurtheilung anderer, unseren Verhältnissen und Auffassungen nicht ganz entsprechenden Zustände sein sollten. Erst das Jahr 1818 hat den Versuch einer gleichmäßigen Zollgesetzgebung für Preußen gebracht, und die inneren Zollschranken sind in Oesterreich erst im Jahre 1848 gefallen; auch die englischen Kritiker sollten sich erinnern, daß die Aufhebung der Kornbill erst 1846 durchgesetzt worden ist, wie die Amerikaner, daß Carey's Dictum, er wüßte, der Atlantische Ocean enthielte Feuer statt Wasser, noch heute das Schiboleth vieler Schutzzöllner ist, und wir, daß dessen „Principien der politischen Oekonomie“ sehr bestimmend auf die letzte ökonomische Schwankung des Fürsten Bismarck eingewirkt haben. Man kann es daher den chinesischen Staatsmännern nicht verdenken, wenn die Eröffnung des Landes in dem Umfange, wie sie gewünscht und erhofft wird, sie mit Schrecken und Besorgnissen erfüllt, und man braucht ihrem Zögern nicht gleich selbstfüchtige Beweggründe unterzuschieben. Die große Schwierigkeit besteht für China in der That darin, daß ein geordnetes Finanzwesen in der Weise,

daß die Centralregierung die Einnahmen festsetzt, erhebt und nach Maßgabe des Bedürfnisses an die Provinzialbehörden überweist, dort nie bestanden hat; die Provinzialbehörden sind vielmehr stets gezwungen gewesen, für einen Theil der ihnen zur Last fallenden Ausgaben die erforderlichen Beträge selbst aufzubringen, und jeder Versuch einer Aenderung des Systems, der dieser Thatsache nicht Rechnung trägt, muß von vornherein als aussichtslos bezeichnet werden.

Die Interessen des fremden Handels werden besonders schwer durch die sogenannte Likinsteuern betroffen, eine ursprünglich zeitweilig in Höhe von 1 vom 1000 eingeführte Wegsteuer auf alle fremden und einheimischen Waaren, die im Laufe der Zeiten, mit den wachsenden Bedürfnissen der Provinzialbehörden und der Nothwendigkeit, einer immer zunehmenden Zahl nichtetatsmäßiger Beamten Beschäftigung und Einkommen zu verschaffen, sehr erheblich gewachsen ist und namentlich durch die mit ihrer Erhebung verbundenen Plackereien und Erpressungen den Verkehr erschwert. Vertragsmäßig steht nun fremden wie chinesischen Kaufleuten das Recht zu, bei dem Verbandt von Waaren ins Innere oder aus dem Innern nach einem Vertragshafen zur Ausfuhr alle Inlandssteuern — und zu denselben gehört auch die Likinsteuern — durch Zahlung des halben Ein- oder Ausfuhrzolles abzulösen. Wo dieses Recht mit der erforderlichen Energie durchgeführt wurde, hielt sich auch die Likinsteuern in mäßigen Grenzen, denn die Behörden hatten ein persönliches Interesse daran, die Einkünfte aus dieser Quelle sich selbst zu erhalten, statt sie, wie das bei der Zahlung des einmaligen, an die fremden Seezollämter zu entrichtenden Transitzolles der Fall ist, der Centralregierung zufallen zu sehen. Wo das System, wie ganz besonders in den beiden Kwangs, versagt hat, ist das Mißlingen auf den entschlossenen Widerstand der Provinzialbehörden und die entsprechende Schlappheit der konsularischen und diplomatischen Vertretungen zurückzuführen gewesen. Eine bei der Entwicklung des Transitzolles fortwährend zur Sprache gekommene Frage ist die,

wie weit derselbe die fremden Waaren bei der Versendung ins Innere deckt. Die Verträge sagen: „nach einem Inland-Markt“, und die englischen Kronjuristen haben diesen Ausdruck leider als „bis zu“ bedeutend erklärt, so daß die Chinesen sich als berechtigt angesehen haben, von den fremden Waaren, die an dem Inland-Markt angelangt waren, selbst da Steuern zu erheben, wo dieselben sich noch in der ursprünglichen Verpackung befanden und in ihrer Gesamtheit von dem Steuercertificat begleitet waren. Neue, auf den Schutz des fremden Handels, d. h. darauf berechnete Maßregeln, daß fremden Waaren zu fest bestimmten Steuerätzen ein möglichst weites Eindringen in das Innere gestattet sei, werden daher in erster Linie den finanziellen Bedürfnissen der Provinzialbehörden dadurch Rechnung zu tragen haben, daß ihnen ein Antheil an dem zu erhöhenden Betrage der Zölle, resp. an den abgelösten Einkünften überwiesen wird, dann aber dafür sorgen müssen, daß fremde Waaren ballen- oder kistenweise Steuercertificate erhalten können, die bis zu dem Tage gültig bleiben, an welchem die ursprüngliche Verpackung geöffnet worden ist. Im Allgemeinen kann man sagen, daß auch die jetzt vorhandenen Bestimmungen den vorerwähnten Zweck erfüllt haben würden, wenn Seitens der fremden Vertretungen, namentlich der englischen, mit größerer Energie und Ausdauer auf ihrer Durchführung bestanden worden wäre. Politische Erfolge von doch meist nur recht hypothetischem Werthe haben den mangelnden Schutz kaufmännischer und industrieller Interessen — denn um diese letzteren handelt es sich in der That — nie zu erlangen vermocht.

Der fremde Kaufmann — und auch darüber wird man sich nicht zweifelhaft bleiben dürfen — steht in China auf dem Aussterbeetat. In der sehr tüchtigen, aus dem Oktober vorigen Jahres stammenden Arbeit des zur Untersuchung der Handelsverhältnisse in den Vertragshäfen Chinas besonders abgeordnet gewesenen englischen Konsuls Brennan heißt es über diesen Punkt: „Der Eindruck, den ein Besuch beinahe aller Vertragshäfen hinter-

läßt, ist der, daß die Chinesen in immer höherem Maße die Handelsvorthelle monopolisiren, die unter den verschiedenen Verträgen erlangt worden sind, welche fremde Regierungen mit China abgeschlossen haben. Nachdem die fremden Mächte den Grund für ihre Landsleute vorbereitet haben, drückt der Chineser die letzteren allmählich hinaus und nimmt ihren Platz selbst ein. Obgleich achtzehn Plätze (jetzt 21) dem Handel der Welt geöffnet sind, findet die Einfuhr von Waaren aus Europa, den Vereinigten Staaten und Indien fast ausschließlich durch Hongkong und Shanghai statt. In den anderen Häfen, den Außenhäfen, wie sie in China genannt werden, hört der englische Kaufmann und der fremde Kaufmann im Allgemeinen auf zu existiren. Nur in zwölf von den achtzehn Häfen sind englische Unterthanen in einer oder der anderen Weise am Handel interessirt, und nur in drei oder vier von ihnen betheiligen sie sich am Einfuhrhandel. . . . Man kann daher sagen, daß mit einigen unbedeutenden Ausnahmen das Geschäft des englischen Importeurs auf Hongkong und Shanghai beschränkt ist, daß von diesen Entrepots aus die weitere Vertheilung der Güter über das chinesische Reich sich ganz in den Händen der Chinesen befindet, und daß, nachdem die Güter seinen Speicher verlassen haben, der englische Importeur kein direktes Interesse mehr an ihrem Schicksal hat."

Das ist eine durchaus zutreffende Darstellung der Sachlage, die nicht nur auf den englischen, sondern auf jeden fremden Kaufmann paßt. Aber, wie auch Herr Brenan bemerkt, das Interesse, welches der fremde Importeur nicht mehr an den Waaren hat, besitzt der Fabrikant, und da der Chineser seinen eigenen Behörden gegenüber vollständig hilflos und machtlos ist, werden die fremden Mächte, trotz aller theoretischen völkerrechtlichen Schwierigkeiten, welche dem in den Weg zu treten scheinen mögen, im Interesse der fremden Fabrikanten die Sache der chinesischen Mittelmänner zu ihrer eigenen machen müssen. Damit das aber geschehen kann, wird die Frage der Zoll- und Steuerform mit viel mehr Einsicht und Energie in die Hand genommen werden

müssen, als dies bisher, wenigstens Seitens der fremden Regierungen, geschehen ist.

Daß dies möglich sei, hat der englische Consul a. D. Parker nachzuweisen versucht, indem er annimmt, daß der Gesamtbetrag der legal erhobenen Likinstener mit ungefähr 25 Millionen Taels\*) überreichlich gedeckt sein würde und daß der fremde Handelsstand, selbst wenn man die Zölle auf das Doppelte und darüber erhöhte, doch noch ein gutes Geschäft machen würde, wenn nur gleichzeitig alle Likinstationen im ganzen Reiche aufgehoben und den Provinzialbehörden ein bestimmter Antheil an den neuen Einnahmen zugesichert würde. Das Argument, man könne sich nicht darauf verlassen, daß die chinesische Regierung die eingegangene Verpflichtung erfüllen werde, weist Mr. Parker damit überzeugend zurück, daß er sagt, bei der Besteuerung des Opium, bei welcher auf den Pikul 30 Taels Zoll und 80 Taels Likin gleichzeitig erhoben werde, habe diese Methode sich auf das Beste bewährt.

Der Plan hat jedenfalls viel für sich. Die Einfuhrzölle betragen 1895 ungefähr 6 Millionen Taels und stellen kaum  $2\frac{1}{2}\%$  vom Werthe dar; die Ausfuhrzölle mit 9 Millionen kann man auf ungefähr ebenso viel vom Werthe veranschlagen; verdoppelt man die Höhe des Einfuhr- und Ausfuhrzolles, so erhält man für den ersteren 12 Millionen, für den letzteren 18 Millionen Taels, und wenn man für die beiden die Zahlung von Likin in Höhe der Hälfte der jetzigen Zölle kompulsorisch macht, so kommt man auf 15 Millionen Eingangszoll und  $22\frac{1}{2}$  Millionen Ausfuhrzoll, was gegenüber den bisherigen Zöllen in Höhe von zusammen 15 Millionen Taels, zu denen noch eine halbe Million Transitoll kommt, ein Mehr von 22 Millionen ergibt. Es würde dies, selbst wenn man die Höhe des jetzigen Likin auf 15 Millionen berechnet, wie Mr. Parker, statt auf 6 bis 11 Millionen, wie dies gewöhnlich geschieht, noch eine Marge

\*) 1 Tael = circa 3 Mark 20 Pf.

von 7 Millionen zur Ausgleichung etwaiger Zollaussfälle oder für andere Zwecke lassen, eventuell auch ermöglichen, für einzelne Artikel den überhaupt inklusive Likin nur auf  $6\frac{1}{4}\%$  vom Werthe angelegten Zoll auf  $5\%$  herabzusetzen, was die chinesischen Zollsätze dem japanischen gegenüber immer noch zu sehr mäßigen und gleichmäßigen machen würde. —

Auf die Erhöhung anderer Einnahmequellen des chinesischen Reiches, welches dasselbe ja unbedingt in der Grundsteuer, dem Salzmonopol, den chinesischen Seezöllen u. s. w. besitzt, von fremder Seite einen Einfluß ausüben zu wollen, scheint wenig rathsam, da man dabei in ein fast unentwirrbares Gewebe von Interessen der verschiedensten Provinzial- und Lokalbehörden, Gilden, Banken und Kaufleuten gerathen und Gefahr laufen würde, mehr Schwierigkeiten als Gutes zu schaffen.

Die Grundsteuer würde scheinbar das einträglichste und leichteste Feld für Reformen bilden, aber eben auch nur scheinbar. Im Jahre 1652, sieben Jahre nach der Eroberung Chinas durch die jetzt regierende Dynastie, wurde die Grundsteuer auf ca. 21 Millionen Taels und ungefähr  $2\frac{1}{4}$  Millionen Doppelcentner Getreide in natura festgesetzt; im Jahre 1722 betrug sie ca. 29 Millionen Taels und  $1\frac{4}{5}$  Million Doppelcentner Getreide; und auf diesen Betrag war sie vom Kaiser Kanghi auf ewige Zeiten festgesetzt worden. Hiervon sollen jährlich noch ungefähr 25 Millionen Taels eingehen, von denen, wie von der Abgabe in natura, durchschnittlich  $20\%$  den Steuerpflichtigen aus einem oder dem anderen Grunde erlassen werden. Dieser an die Staatskasse abzuführende Betrag ist sicher nur ein Theil, und der bei Weitem kleinere des wirklich erhobenen, so daß die Bevölkerung, selbst wenn die Steuer um das Doppelte erhöht würde, immer noch ein gutes Geschäft machen dürfte, sofern nur die ungesetzlichen Zuschläge und Erpressungen in Wegfall kämen. Da dies aber nicht zu erwarten ist, vielmehr jede Erhöhung der Steuer auch eine Vermehrung der Erpressungen bedeuten würde, ist um so weniger zu erwarten, daß die Regierung sich auf diese ab-

schüssige Bahn begeben wird, als in asiatischen Staaten überhaupt die gesetzliche Besteuerung der ackerbauenden Klasse der Regel nach weit hinter der Möglichkeit und selbst hinter den gesetzlichen Vorschriften zurückzubleiben pflegt. So haben in Japan stattgehabte Untersuchungen ergeben, daß die dortige Grundsteuer, die  $2\frac{1}{2}\%$  von dem amtlichen Taxwerthe des Grund und Bodens betragen soll, der einerseits wieder nur ein Drittel oder ein Viertel des Marktwertes ausmacht, nicht allein diesen Prozentsatz nie erreicht hat, sondern auch innerhalb der letzten zwanzig Jahre in Folge der Steigerung des Wertes der Erträge um beinahe  $45\%$  herunter gegangen ist. So betrug z. B. der amtliche Anschlag des Wertes des Ertrages von einem Cho (d. h. annähernd Hektar) 67 Yen\*), während sich die Steuer zu diesem Werthe wie 0,149 verhalten sollte. Während nun 1877 der Ertrag thatsächlich 65,4 Yen und das Verhältniß der Steuer dazu 0,153 war, ergab der Ertrag 1893 113 Yen, was für die Steuer 0,088 ausmacht, d. h. eine Steuer, die früher mit 149 Yen veranschlagt war, stellt jetzt thatsächlich nur noch 88 Yen dar. Die vielfachen Erörterungen dieser Frage in der japanischen Presse deuten darauf hin, daß der Gedanke, auf die Grundsteuer mehr als bisher zur Deckung der immer steigenden Ausgaben zurückzugreifen, an Einfluß gewinnt, aber man wird trotzdem an eine derartige Reform nur mit Zögern und großer Vorsicht heranzugehen. —

Ein sehr erfreuliches Symptom in den nicht übermäßig erfreulichen Zuständen Chinas ist das stetige Wachsen der Einnahmen der fremden Seezollämter, der einzigen sicheren und darum als Garantie für fremde Anleihen unersehbaren Einnahmequelle des Reiches. Der Werth des fremden Handels mit China ist von 140 000 000 Taels im Jahre 1884 auf 333 600 000 Taels im Jahre 1896 gewachsen und hat seit dem Vorjahre um 18 600 000 Taels zugenommen. Dementsprechend sind auch die

\*) 1 Yen = ca. 2 Mk. 20 Pf.

Zolleinnahmen 1896 mit 22 519 000 Taels um 1 193 000 Taels höher als 1895 und das trotz der Abtretung Formosa's, die in den Zolleinnahmen einen Ausfall von einer Million Taels zur Folge hatte. Die an den auswärtigen Anleihen Chinas Beteiligten können also der weiteren finanziellen Entwicklung des Reiches in Ruhe zusehen, selbst wenn neue Anleihen zur Bezahlung des Restes der Kriegsschuld an Japan, zur Anschaffung der Flotte und zu Eisenbahnzwecken sich als nothwendig erweisen sollten. Die mit Bezug darauf mit einem belgischen Syndikat, hinter dem französische und russische Einflüsse gestanden haben dürften, zur Beschaffung von  $4\frac{1}{2}$  Millionen Pfund (ca. 27 Millionen Taels) getroffenen Abmachungen sind nicht perfekt geworden. Manches, was in den dem Abschluß des am 30. Mai d. J. unterzeichneten, nicht ausgeführten Vertrages vorangegangenen Verhandlungen unverständlich erscheint, wird klarer, wenn man daran denkt, daß, während das Streben aller Darleiher für solche Zwecke dahin geht, die auszuführenden Bahnen möglichst selbständig bauen und verwalten zu können, die chinesische Regierung nicht mit Unrecht darauf besteht, Herrin im Lande zu bleiben und sich die Oberaufsicht für Bau und Verwaltung nicht nehmen zu lassen — ein Verhalten, das bei dem mangelhaften und unzuverlässigen Beamtenmaterial, das der chinesischen Regierung zur Verfügung steht, unzweifelhaft vielfache Nachtheile im Gefolge haben wird, vom staatsrechtlichen und politischen Gesichtspunkte aus aber als das einzig Richtige angesehen werden muß.

Die seit dem Jahre 1896 gemachten, sich innerhalb sehr mäßiger Grenzen haltenden Schritte zur Anschaffung der 1894 bis 1895 fast vernichteten Flotte sind namentlich von englischer Seite der Gegenstand scharfer Kritiken geworden, die wohl im Wesentlichen darauf zurück zu führen sein dürften, daß, während man bis 1894 China nicht allein als den möglichen, sondern als den gewissen Allirten Englands in Ostasien anzusehen pflegte und damit hoffen konnte, in gegebenen Fällen über die chinesische Seemacht zu verfügen, sich jetzt die Besorgniß ein-

gestellt hat, daß diese Kräfte dereinst Rußland dienstbar werden könnten, und ihre Entwicklung daher, im englischen Interesse, möglichst hintertrieben werden müsse. Diese Besorgnisse werden indeß durch das Wiederengagement des schon früher in gleicher Stellung thätig gewesenen englischen Seeoffiziers Lang als Instructeur wenigstens theilweise beschwichtigt worden sein.

Faßt man die Lage, wie sie China seit dem Abschluß des Friedens von Schimonoseki bietet, kurz zusammen, so kann man sagen, daß der auswärtige Handel sich langsam, aber stetig entwickelt, daß die Zolleinnahmen steigen und zahlreiche andere Einnahmequellen vorhanden sind, die mit der Zeit nutzbar gemacht werden können; daß in der industriellen Entwicklung Chinas nichts geschehen, worüber wir Veranlassung haben dürften, uns zu beschweren, daß in der Eisenbahnfrage ein Fortschritt unverkennbar ist, wenn dieselbe für den Augenblick auch noch nicht über die Zuangriffnahme der Linien Tientsin-Lukauchiao und Wufung-Shanghai-Schau-Nanking wie über die Ertheilung der staatlichen Genehmigung für den Bau der Linien Lukauchiao-Hankau (die Lu-Han-Bahn) und Hankau-Kanton hinausgekommen. Viel mehr würde nach allen Richtungen hin durch eine verständige Einwirkung der Vertragsmächte haben erzielt werden können, aber England ist durch die Besorgnisse um seine Stellung in Hinterindien und seine Beziehungen zu Süd- und Westchina vollständig hypnotisirt, und Frankreich und Rußland, deren Vertreter allein eine anerkennenswerthe Thätigkeit entfaltet haben, besitzen keinerlei Interesse an einer Erstarkung Chinas. Die Thätigkeit der französischen Gesandtschaft muß sogar als eine der Entwicklung der allgemeinen fremden Interessen geradezu nachtheilige bezeichnet werden, da sie die Erledigung einer ganzen Anzahl nothwendiger Punkte dadurch hinauszuschieben oder zu verhindern gewußt hat, daß sie in jedem Falle auf einer Entschädigung für — entweder nicht berührte oder gar nicht vorhandene — französische Interessen bestand.

## II.

Während China sich nur langsam, man könnte sagen widerwillig erschließt und entwickelt, ist die Entwicklung Japans, wenn man die Zahl der mit dem Kriege ins Lebengerufenen Unternehmungen betrachtet, eine fast beängstigend schnelle. Der vom 23. Dezember 1896 datirte Bericht des von der Nationalen Vereinigung von Fabrikanten der Vereinigten Staaten zum Zwecke der Untersuchung japanischer Verhältnisse nach dort entsandten Mr. Robert P. Porter gibt darüber interessante Aufschlüsse. Darnach hatten seit dem Kriege 80 Eisenbahn-Gesellschaften mit einem Kapital von 144 Millionen Yen die staatliche Genehmigung erhalten, während 125 andere mit einem solchen von 202 Millionen noch auf die Konzessionen warteten. Für elektrischen und Pferdebahnwagen-Betrieb waren 34 Gesellschaften mit über 20 Millionen entstanden; 48 bestehende Banken hatten ihr Kapital um  $18\frac{1}{2}$  Millionen vermehrt, und 132 neue waren mit einem Kapital von 108 Millionen errichtet worden. Gleichzeitig waren 187 neue industrielle Unternehmungen mit einem Kapital von  $86\frac{1}{2}$  Millionen entstanden und 126 kommerzielle Unternehmungen mit einem Gesamtkapital von  $63\frac{1}{2}$  Millionen, davon über 14 Millionen für Schiffahrts- und Schiffbau-Gesellschaften, ins Leben gerufen worden. Das ergibt zusammen in weniger als zwei Jahren 730 neue Unternehmungen mit einem Kapital von 624 440 000, d. h. mindestens 1370 Millionen Mark. Diese Zahlen bleiben noch weit hinter denen zurück, die vor Kurzem in einer japanischen Zeitung, dem „Tokyo Asahi,“ veröffentlicht wurden. Nach ihnen würden im Jahre 1895 Eisenbahn-Gesellschaften mit 230 Millionen, Banken mit 39 Millionen, industrielle Gesellschaften mit 71 Millionen Kapital entstanden sein, während im Jahre 1896 für Gründungen von Eisenbahnen 553 Millionen, für solche von Banken 122 und 264 Millionen für andere Gesellschaften gezeichnet worden wären. Für die beiden Jahre zusammen ein Kapital von 1 279 489 790 Yen,

d. h. 2814 Millionen Mark. Daß es einer größeren Anzahl unter diesen Gesellschaften an einer gründlichen geschäftlichen und finanziellen Unterlage fehlt, kann kaum einem Zweifel unterliegen, und in der neuesten Zeit wurden allerhand Anzeichen sichtbar, die auf einen bevorstehenden Krach deuten, einen Krach, den der damals allerdings nicht im Amte befindliche jetzige Minister des Aeußern Okuma bereits 1896 vorausjah und mit Rücksicht darauf, daß auch Europa und Amerika solche erlebt, vollständig berechtigt fand. In welcher thörichten Weise von amtlicher Seite der Eitelkeit der Japaner geschmeichelt und der nicht immer auf gesunder Basis beruhende Unternehmungsgeist angestachelt wird, geht auch z. B. aus einer Rede hervor, die der Vize-Minister für Ackerbau und Handel Kaneko im Mai 1896 vor einer Versammlung von Vertretern der Handelskammern des Reiches hielt. „Japan,“ so sprach Herr Kaneko, „besitzt wunderbare Eigenschaften, um ein Industriestaat zu werden. Seine Einwohnerzahl ist eine verhältnißmäßig große, und Arbeit ist billig. Die Japaner besitzen mächtige Augen, Arme und Köpfe, und die Amerikaner zittern vor ihnen. Die Baumwollenspinner von Manchester haben erklärt, daß, während der Angelsache drei Generationen gebraucht habe, ehe er ein brauchbarer und geschickter Arbeiter für die Baumwollenspinnereien wurde, die Japaner die für diese Industrie erforderliche Geschicklichkeit in zehn Jahren erworben und es jetzt so weit in derselben gebracht haben, daß sie die Arbeiter von Manchester darin übertreffen. Die Japaner stehen unübertroffen für Geschicklichkeit in der Welt da, und ihre Zukunft zu betrachten ist wirklich Ehrfurcht einflößend.“

Trotz dieser und ähnlicher Uebertreibungen in Wort und That — von den letzteren bietet der Versuch der Nipon Yusen Kwaiſha, zu gleicher Zeit drei neue Dampferlinien nach Europa und Amerika ins Leben zu rufen, ein, wie es nach den letzten Nachrichten scheint, abschreckendes Beispiel — läßt sich nicht in Abrede stellen, daß Japan nicht nur in den letzten beiden Jahren,

sondern überhaupt sehr erhebliche und anerkennenswerthe Fortschritte gemacht hat.

Während die erste kurze Eisenbahn von Yokohama nach Tokyo mit 29 Kilometern Länge 1872 eröffnet wurde, und Ende 1885 364 Kilometer im Betrieb, 275 Kilometer im Bau begriffen und 1004 Kilometer projektirt waren, stellte sich am letzten Dezember 1896 das Verhältniß so: 18 760 Kilometer waren im Betrieb, 6172 Kilometer theils im Bau begriffen, theils projektirt, und für weitere 49 404 Kilometer war die staatliche Genehmigung nachgesucht worden. Das bereits engagierte Kapital betrug 335 Millionen Yen, während die noch nicht bestätigten Gesellschaften angeblich über ein Kapital von 607 Millionen verfügten. Nach dem „Siji Shimpo,“ einer anderen Tokyo-Zeitung, wuchs der auswärtige Handel Japans von 65½ Millionen Yen im Jahre 1879 auf 290½ Millionen im Jahre 1896, während die von den Banken bewilligten Vorschüsse von 383 Millionen Yen im Jahre 1892 auf 1210 Millionen im Jahre 1895 gestiegen sind.

Die Ernteerträge sind in der Zeit von 1878 bis 1885 von 25 Millionen Koku\*) Reis auf 40, von 9½ Millionen Koku Gerste auf 19½, von 19 Millionen Catties\*\*) Cocons auf 52 und von 2,7 Millionen Kwan\*\*\*) Thee auf 8,6 Millionen gewachsen. Die Produktion von Gold, die 1893 72 687 Momme†) betrug, ergab 1894 211 578; die von Silber 19 360 536 Momme gegen (1893) 2 647 632 und von Kupfer 5 308 840 Kwan gegen früher 1135 023; die Produktion von Eisen war von 2 711 322 Kwan (1893) auf 5 182 463 (1895) gestiegen, die von Kohlen in demselben Zeitraum von 679 707 auf 4 261 218 Kwan.

Während 1890 in den Baumwollenfabriken 277 895 Spindeln thätig waren, betrug 1885 ihre Zahl 580 945, und in dem-

\*) 1 Koku = 180 Hektoliter.

\*\*) 1 Catty = 0,6 Kilogramm.

\*\*\*) 1 Kwan (kwamme) = 3,75 Kilogramm.

†) 1 Momme (momme) = 3,75 Gramm.

selben Zeitraum hat die Produktion von Baumwollengarn von 5 Millionen Kwan auf  $18\frac{1}{2}$  Millionen, die von Baumwollengeweben von 32 Millionen Tan\*) auf 49,5 Millionen und die von seidenen Geweben von 3,8 Millionen Tan auf 8,6 Millionen sich gehoben.

Ende März dieses Jahres bestanden 1813 Aktiengesellschaften (Banken und Eisenbahngesellschaften ausgenommen) mit einem Gesamtkapital von 278 Millionen Yen, ein Zuwachs während des letzten Monats von 37 Gesellschaften mit 614 000 Yen Kapital. Im Jahre 1895 besaß Japan 517 Rauffahrtedampfer mit 321 522 Tonnengehalt; ein Jahr später betrug dieser Tonnengehalt, nach Minister Okuma, 400 000. Nicht am wenigsten haben zu dieser Entwicklung die von der Regierung gezahlten Prämien und Subsidien beigetragen, die sich auf 12 bis 25 Yen pro Tonne für jedes in Japan von einem Japaner gebaute Dampfschiff je nach Größe und Kraft der Maschine und 25 Cents für jede Tonne und 1000 Meilen bei 10 Knoten Geschwindigkeit beliefen und je nach Größe und Geschwindigkeit weit höher wurden.

An Banken bestanden zu derselben Zeit 1400 mit einem Gesamtkapital von über 262 Millionen Yen, die im letzten Monat sich um 23 Banken mit beinahe 7 Millionen Yen Kapital vermehrt hatten.

Das sind alles gewaltige Zahlen, deren Bedeutung kaum dadurch abgeschwächt wird, daß während der letzten Zeiten Gerüchte von industrieller Flaueit und Bankkrisen immer wieder und in erhöhtem Maße aufgetreten sind. Positive Beweise für das Bestehen solcher Gefahren liegen nicht vor; denn wenn z. B. auch die Einnahmen im zweiten Halbjahr 1896 von zwölf Baumwollenspinnereien hinter denen des zweiten Halbjahres von 1895 zum Theil um 2 bis 7% zurückgeblieben sind, so zeigen doch diese und fünf andere Spinnereien Dividenden für das letzte

\*) 1 Tan oder Stück = 26 und mehr Shaku lang; 1 Shaku (Fuß) = 0,378 Meter.

Halbjahr von 5 bis 20%, was einem Gewinn von 1,14 bis 5,98 Yen gleichkommt.

Trotzdem läßt sich nicht verkennen, daß in Japan nicht alles so rosig ist, wie es wohl scheinen könnte. Wenn die Produktion von Thee sich sehr bedeutend gesteigert hat, so ist die Ausfuhr dieses Artikels im letzten Jahre sehr erheblich zurückgegangen. Die Minderausfuhr gegen 1895 betrug 1896 ca. 15½ Millionen Catties, so daß dieselbe von beinahe 39 Millionen auf etwas über 23½ Millionen zurückgegangen ist, und der Werth der Ausfuhr sich um 2½ Millionen Yen vermindert hat, d. h. von 8,8 Millionen auf 6,3 herabgegangen ist. Sollte sich die in Japan aufgestellte Berechnung bestätigen, daß bei gleichen Preisen das Produkt eines Tau (991 Quadratmeter) Theelandes in Formosa ungefähr den doppelten Gewinn, 10,26 Yen gegen 5,76 abwerfen würde, wie der einer gleichen Fläche in Japan, so wird die japanische Theeindustrie dadurch noch mehr zu leiden haben, als dies während der letzten Jahre schon bei dem Mangel an Sorgfalt in der Behandlung des heimischen Thees der Fall gewesen ist. Auch die Seidenkultur und Ausfuhr haben aus der nämlichen Ursache schwer zu leiden gehabt, so daß sich die Regierung veranlaßt gesehen hat, dem Export japanischer Seide durch die Gewährung einer Ausfuhrprämie (6 bis 2 % vom Werthe, je nach der Qualität), die sie charakteristischer Weise nur den japanischen Exporteuren zu bewilligen geneigt scheint, wieder aufzuhelfen. Auch zur Erschließung neuer Theemärkte sind Seitens der Regierung 70 000 Yen bewilligt worden.

Die Einnahmen des Staates betragen nach einer von dem Minister des Aeußern Okuma am 3. Mai dieses Jahres vor der Japanischen Oekonomischen Gesellschaft gehaltenen Rede 120 Millionen Yen gegen früher 60, und der Redner war der Ansicht, daß eine Vermehrung der Steuern, die unerläßlich erscheine, bei der gesteigerten Entwicklung von Handel und Gewerbe keinerlei Schwierigkeiten böte. Vielleicht ist diese Auffassung etwas sehr sanguinisch.

Nach dem Budget des am 31. März 1897 ablaufenden Finanzjahres beliefen sich die Einnahmen auf ca. 137 Millionen, davon außerordentliche  $43\frac{1}{2}$  Million (40 Millionen Kriegsentuschädigung), während die Ausgaben 152 Millionen betragen, also ein Defizit von 15 Millionen Yen bestand. Formosa zeigt, bei einer Einnahme von  $6\frac{1}{2}$  Millionen,  $38\frac{1}{2}$  Millionen Ausgaben.

Am Ende des Jahres 1896 betrug die innere Schuld Japans beinahe 377 Millionen Yen, die äußere ca. 234 000, die im nächsten Jahre abbezahlt werden sollten. Neue Anleihen waren für das Jahr 1897/98 im Betrage von 67 Millionen in Aussicht genommen, während in derselben Zeit ungefähr 6 Millionen zurückzahlbar waren, so daß am 31. März 1898 die öffentliche Schuld Japans  $438\frac{1}{2}$  Millionen betragen haben würde, wobei indessen 28 Millionen Schatzamtsnoten, 25 Millionen, die den Industriebanken, und 30 Millionen, die Ackerbaubanken vorgeschossen werden sollen, d. h. 83 Millionen, nicht in Ansatz gebracht worden sind. Außerdem werden bis 1906 für die Neuorganisation der Flotte und Armee 340 bis 350 Millionen Yen aufzuwenden sein. Inwieweit die 230 Millionen Taels, d. h. ca. 350 Millionen Yen, der chinesischen Kriegsentuschädigung dabei zur Verwendung kommen werden, läßt sich bei der Unklarheit, die die japanische Regierung über diesen Punkt wohl absichtlich erhält, nicht angeben. Jedenfalls kann es kaum einem Zweifel unterliegen, daß die neueste Zollgesetzgebung bestimmt ist, der japanischen Regierung erhöhte Einnahmequellen zu verschaffen, und daß die Einführung der Goldwährung in Japan bezweckt, der Ausnahme japanischer Anleihen in Europa bessere Chancen und Bedingungen zu sichern, was sich ja schon bei einem vor Kurzem gemachten Versuche, japanischen Staatspapieren Absatz in Europa zu schaffen, glänzend bewährt hat. Es handelte sich dabei um die Realisirung eines 43 Millionen Yen betragenden Theils der bereits 1894 genehmigten Kriegsanleihe von 250 Millionen, die trotz aller patriotischer Phrasen in Japan nur zum

allerkleinsten Theil hatte untergebracht werden können. Vorsichtigen Personen dürfte sich indessen eine solche Kapitalanlage kaum empfehlen, denn wie Minister Okuma einen Krach als berechtigte Eigenthümlichkeit anerkannte, könnte einer seiner Nachfolger sich dereinst versucht fühlen, bei der Behandlung fremder Staatsgläubiger nach dieser Theorie zu verfahren.

Wichtiger für uns ist vielleicht noch die Frage der weiteren Entwicklung der Konkurrenzfähigkeit der japanischen Industrie, wobei auch die aus dem Porter'schen Bericht hervorgehenden Thatsachen von besonderem Interesse sind, daß die Preise der meisten Lebensbedürfnisse zwischen 1873 und 1894 in Japan um ungefähr 50%, Reis um 65% und Miethen um 128% gestiegen waren, während die Zunahme der Arbeitslöhne in derselben Zeit ungefähr 33% betrug. Leider sind diese Thatsachen bei näherer Betrachtung nicht so erfreulich, als die angeführten Zahlen sie erscheinen lassen möchten. Wenn heute Löhne zwischen 5 und 30 Cents Silber (d. h. zwischen 12 und 72 Pfennig) und für Frauen selten mehr als 6 bis 8 Cents täglich betragen, machen die 33%, die seit 1873 dazu gekommen sind, nicht viel aus. Die Miethserhöhungen beziehen sich nur auf Tokyo, und dort beträgt die Miethen für eine Familie von fünf Personen häufig nur 2 bis 4 Cents Silber täglich, also höchstens 1,20 Yen, d. h. 2,64 Mk., für den Monat, während die Kosten des Lebensunterhaltes für eine eben solche Anzahl von Personen, wenn Abfälle von Fleisch und Gemüse verwendet werden, was gewöhnlich geschieht, auf 12 bis 15, bei der Verwendung frischer Provisionen auf 30 Cents Silber, d. h. auf 27 bis 72 Pfennige, täglich sich belaufen. Solchen Preisen gegenüber bleibt, trotz der vorerwähnten Steigerung der Preise der Lebensbedürfnisse, jede fremde Konkurrenz unmöglich. Glücklicher Weise sorgen die Japaner selbst dafür, daß der Baum ihrer Industrie nicht in den Himmel wachse. Wie der Vorsitzende der nationalen Vereinigung amerikanischer Fabrikanten, Mr. Search, in einer Einleitung zu dem Bericht Mr. Porter's sagt, ist die Minderwerthigkeit der japanischen Produkte eine Thatsache, die

die Konkurrenzfähigkeit der japanischen Fabrikanten wesentlich schwächt. Gerade bei denjenigen Waaren, die in den größten Mengen ins Ausland gegangen sind, trifft dies besonders zu und hat die Konkurrenz in diesen Artikeln zu einer reinen Preisfrage gemacht. Die japanischen Fabrikanten von Matten, Teppichen und Seidenwaaren haben ihrem eigenen Geschäft durch den Verkauf minderwerthiger Artikel unendlichen Schaden zugefügt. — Und das paßt auf das ganze japanische Geschäft.

Die politische Entwicklung Japans während der letzten zwei Jahre mag hier mit Stillschweigen übergangen werden. Innere Schwierigkeiten haben die radikale Partei ans Ruder gebracht, die nun in der Lage sein wird, die chauvinistischen Erklärungen und Programme, mit denen sie dem Ministerium Ito das Leben sauer machte, ins Praktische zu übertragen. Als Deutschland besonders interessirend mag hier, mit Bezug auf die Entwicklung des Handelsverkehrs mit Japan, nur erwähnt werden, daß die Weissagungen unglücklicher Politiker, nach denen Deutschland wegen des Antheils, den es an den Verhandlungen über die Retrocession Liaotung's genommen, schwere handelspolitische Nachtheile haben sollte, sich als durchaus unzutreffend erwiesen haben; vielmehr ist die deutsche Einfuhr nach Japan von 7 909 542 Yen im Jahre 1894 auf 17 183 953 im Jahre 1896 gestiegen, während in der gleichen Zeit sich die Ausfuhr von dort von 1 517 549 Yen auf 2 972 136 Yen gehoben hatte. Am Gesamtverkehr von 289½ Millionen war Deutschland also mit über 20 Millionen, d. h. mit beinahe 14,5%, betheilig.

## Ostasiatische Zustände.

(Abgedr. aus der „Deutschen Rundschau“ vom Dezember 1898.)

Die Verhältnisse in Ostasien haben sich in so schneller und unerwarteter Weise, nur zum Theil durch das Eingreifen europäischer Mächte entwickelt, daß es schwer ist, den Faden zu finden, der zum Verständniß führt, und ohne den die äußeren Erscheinungen nur ein Bild chaotischen Wirrjals bieten. Die alten asiatischen Gegensätze zwischen England und Rußland, die seit den Tagen des Kaisers Paul und seiner Pläne zur Eroberung von Indien bestimmend auf die englische Politik, dort wie in Asien überhaupt, einwirken, haben durch die Konkurrenz der beiden Rivalen in China — nicht nur politische, sondern national-ökonomische und handelspolitische Konkurrenz — neue Nahrung gefunden; der Rückschlag der Ereignisse am Golf von Petchili hat sich, wie das seit der Anwesenheit der ersten russischen Gesandtschaft in Cabul 1838 bei jedem drohenden Zerwürfniß zwischen den beiden Mächten der Fall gewesen, besonders an der Nordgrenze Indiens fühlbar gemacht, und wenn die anglo-indische Regierung heute daran denkt, den Weg durch den Khaiberpaß besser als vorher zu sichern, so muß der Grund dafür in China gesucht werden und in der Befürchtung, daß die Vorgänge dort die Veranlassung zu einem russischen Angriff gegen Indien geben könnten. Die Entscheidung eines Konflikts zwischen England

und Rußland in Asien liegt in der That auf dem Lande. So stark die russische Stellung zur See dort auch durch die Erwerbung von Port Arthur und Taliemwan geworden ist, so legt doch die englische Flankenstellung in Weihaiwei die russische Seemacht in Ostasien vollständig lahm. In viel höherem Maße würde dies natürlich der Fall sein, wenn Japan der Allirte Englands wäre, da Tsusima in der Straße von Korea einen hinreichend starken Stützpunkt für eine japanische Flotte bildet, um jeden Seeverkehr zwischen Liaotung oder, wie es von den Russen jetzt amtlich genannt wird, Kwantung und der Litoralprovinz von Ostsibirien zu verhindern. Man wird also russischerseits dereinst versuchen, den Kampf über das Schicksal Koreas und Nordchinas möglichst nur auf dem Lande zu führen, und um dies mit Aussicht auf Erfolg thun zu können, ihn hinauschieben, bis die transsibirische Bahn vollendet ist.

Im Süden besteht der alte Gegensatz zwischen England und Frankreich fort. Zwar hat England den französischen Versuch, durch eine Festsetzung in Birma einen Keil zwischen seine indischen und malayischen Besitzungen zu treiben und sich dadurch zum alleinigen Herrn Hinterindiens zu machen, durch die 1885 erfolgte Annexion Birmas zu vereiteln gewußt; aber die französische Einflußsphäre erstreckt sich trotzdem vom 96. Grade ö. L. (von Paris) bis an das chinesische Meer und umfaßt über 900 000 Quadratkilometer, ein um so bedeutenderer Erfolg, wenn man bedenkt, daß der erste Schritt zur Wiederbelebung der Politik, die 1787 zu dem Abschluß eines Bündnisses zwischen Frankreich und Annam führte, erst 1858 stattgefunden hat. Die französische Kolonialpolitik, die es ganz besonders darauf angelegt zu haben scheint, jede freiere und damit vortheilhafte Entwicklung Tongkings zu verhindern, hat allerdings bis jetzt nur negative Resultate aufzuweisen, und ein Krieg zwischen Frankreich und England dürfte für die französischen Besitzungen in Hinterindien auch schon darum besonders schwerwiegende Folgen haben, als ein englischer Erfolg dort alle aus irgend einem

Grunde mit der französischen Herrschaft unzufriedenen Elemente in Bewegung setzen würde, und die Zahl derselben ist eine sehr bedeutende. Die Unterstützung, die Frankreich Rußland in Ostasien gewähren könnte, ist daher eine mehr politische als militärische, und die französische Regierung scheint dies selbst einzusehen, da die jüngst angeordnete Verminderung ihrer maritimen Streitkräfte in den ostasiatischen Gewässern sonst nicht verständlich sein würde.

Für die englische Politik in China scheinen zwei Erwägungen maßgebend zu sein: sich die Verbindung von Birma nach dem oberen Lauf des Yangtse und das Thal dieses Flusses bis zum Meer zu sichern, sowie Rußland nicht in dem ungestörten Besitz der südlichen Mandschurei zu lassen. Ersterer Idee dient die von der chinesischen Regierung erlangte Zusicherung, daß kein Theil des Yangtse-Thales in irgend einer Form an eine andere Macht abgetreten werden dürfe; letzterer, bis zu einem gewissen Grade, das der chinesischen Eisenbahnverwaltung Seitens der Hongkong-Shanghai-Bank gemachte Darlehn zum Ausbau der Bahn von Shanhaitwan nach Kiuchwang. An der Unsicherheit der politischen Lage in Ostasien dürfte namentlich der Unentschlossenheit der englischen Politik die Schuld zuzuschreiben sein, die, während sie in Wirklichkeit gegen das russische Vordringen gerichtet ist, thatsächlich die chinesische Regierung für dasselbe verantwortlich macht und dadurch die Verlegenheiten der letzteren nicht unerheblich vermehrt.

Mit der Frage der politischen Machtsphäre vermischt sich die der ausschließlichen kommerziellen und industriellen, zum Theil auch finanziellen Ausbeutung der betreffenden Gebiete und damit wie dies nicht anders der Fall sein kann, die des maßgebenden Einflusses in Peking. So haben sich dort unter dem Druck der fremden Gesandtschaften und durch deren — wie behauptet wird mit klingenden Gründen unterstützten Bemühungen unter den chinesischen Staatsmännern und Beamten zum mindesten zwei Parteien gebildet: eine englische und eine russische, die ihre per-

fönlichen Eifersüchteleien und Zwistigkeiten auf das Gebiet der äußeren Politik übertragen. Si Hung-chang ist als Opfer englischer Angriffe gefallen, wegen angeblicher oder wirklicher Sympathien für Rußland, und der Sturz des Reformators Kang Hüwei wird mit Recht oder Unrecht als eine Niederlage der englischen Politik angesehen.

Die Gründe, welche die chinesische Regierung bewogen haben können, die von ihr erlangten Zugeständnisse in Betreff zeitweiliger territorialer Abtretungen und Eisenbahn- und Bergwerkskonzessionen zu machen, die weit über das hinausgehen, was man noch vor Kurzem im Falle eines Krieges von China zu fordern für möglich gehalten haben würde, dürften im Wesentlichen darin zu suchen sein, daß die chinesischen Staatsmänner auf Zermürbungen zwischen den fremden Mächten rechnen und hoffen, in dem Falle einen Theil der gemachten Zugeständnisse wieder zurückziehen zu können. Dabei glauben sie wohl auch, daß viele derselben, namentlich was die Konzessionen für Eisenbahnen und Bergbau anbetrifft, in Folge der Schwierigkeiten, die sich durch den Charakter des Landes und der Bevölkerung der Ausführung in den Weg stellen, schwer oder gar nicht durchführbar sein werden, und daß unter diesen Umständen die Hauptsache sei, Zeit zu gewinnen. Die Hindernisse, welche die französische Gesellschaft Fives-Lille bei der Frage der Fortführung der Bahn von Langson auf chinesisches Gebiet nach Lungchau bis jetzt zu überwinden nicht im Stande gewesen ist, und die Schwierigkeiten, denen die belgischen Konzessionäre der Lu-Han-Bahn bei der Beschaffung der ersten Quote der von ihnen übernommenen Anleihe begegnen, machen den Eindruck, als wenn die Verwerthung wenigstens eines Theils der den Chinesen abgerungenen Zugeständnisse noch recht sehr in der Luft schwebte.

Die jüngsten Vorgänge in Peking, d. h. die mißglückten Reformanläufe des Kaisers und die Wiederübernahme des wesentlichsten Theils der Regierungsgewalt durch die Kaiserin Ex-Regentin, haben die Stellung der chinesischen Regierung einem

großen Theil der europäischen öffentlichen Meinung gegenüber unzweifelhaft verschlechtert, ein neuer Beweis dafür, wenn es eines solchen noch bedurft hätte, wie wenig man in Europa von China weiß und versteht. Daß China einer durchgreifenden Reform nach vielen Richtungen hin dringend bedarf, unterliegt keinem Zweifel; aber ebenso unzweifelhaft ist es, daß es zur Durchführung irgend einer Reform in dem gewaltigen Reiche eines ganz andren Verständnisses der Bedürfnisse desselben, der Möglichkeiten und Nothwendigkeiten der Lage bedarf, als Kang Hü-wei, im günstigsten Falle ein ehrlicher Phantast, befaß, und der Kaiser, trotz des besten Willens, besitzen konnte. Reformen können überall nur auf der Grundlage eines unabwiesbaren Bedürfnisses der großen Masse der Bevölkerung, die sich dann aber desselben auch bewußt sein muß, auf der der Ueberzeugung von ihrer Nothwendigkeit Seitens der maßgebenden, leitenden Kreise oder auf der des Willens eines gewaltigen Charakters durchgeführt werden. Daß weder der Kaiser noch Kang oder irgend ein bis jetzt bekannt gewordener Chinese darauf Anspruch machen kann, ein solcher Charakter zu sein, ist unzweifelhaft; das Volk steht allen Reformplänen gleichgültig gegenüber und würde einzelnen der vorgebrachten Ideen, wie der Aenderung der Kleidung und der Einführung des Christenthums, sogar offenen Widerstand entgegensetzen; das Beamten- und Literatenthum endlich, das unseren gebildeten Kreisen entspricht, ist jeder Abweichung von dem Althergekommenen feindlich. Den wenigen jungen Beamten aber, die die sogenannte Reformpartei darstellen, fehlt es an jeder gründlichen Bildung im westlichen Sinne, sowie an der erforderlichen Erfahrung und, wenn man von Einzelnen, die früher bereits mit Fremden in Berührung gekommen sind, auf die Andern schließen darf, auch an dem sittlichen Ernst und der Reinheit der Gesinnung, die allein solche Reformen zu einem guten Ende führen könnten.

Charakteristisch für die Vorgänge in Peking ist auch, daß, sowie die Reformpartei — man muß den Namen gebrauchen,

wenn sie denselben auch kaum verdient — Einfluß gewinnt, der frühere japanische Premierminister Ito dort erscheint, um seinen Rath und seine Erfahrung zur Verfügung zu stellen, d. h. wohl, im Sinne eines gegen Europa gerichteten Verständnisses zwischen China und Japan zu wirken. Daß derartige Ideen in der letzten Zeit bei manchen der höheren Beamten auf fruchtbaren Boden gefallen waren, beweist die von Chang Chih-tung, dem chinesischsten aller Chinesen, vorgeschlagene und vom Kaiser gebilligte Idee, junge Chinesen zur Ausbildung nach Japan zu senden. Von anderer Seite war das Engagement japanischer Militärinstruktoren für die chinesische Armee ins Auge gefaßt worden, und bei der am 20. September stattgehabten Audienz Ito's betonte der Kaiser ausdrücklich, daß er hoffe, bei den beabsichtigten Reformen von seiner Erfahrung Nutzen ziehen zu können. Aber als der Kaiser dies sagte, war Kang Hü-wei bereits auf der Flucht, und am 22. desselben Monats wurde die Uebnahme der Regierung durch die Kaiserin Gr-Regentin dem Volke verkündet.

Es würde ein verhängnisvoller Irrthum sein, zu glauben, daß geheime Gesellschaften, die nur organisirte Expressee- oder Mäuerbanden sind, einzelne Persönlichkeiten oder lokale Erhebungen die für China nothwendigen Reformen herbeizuführen vermöchten. Es kann dies nur durch die Regierung geschehen, mit fest vorgestecktem Ziel und in maßvoller Weise; aber es ist mehr als fraglich, ob die Regierung, besonders nach den jüngsten Vorgängen, dem Muth zur eigenen Initiative finden wird. Sache der fremden Regierungen, vielleicht noch mehr der fremden Vertretungen am Ort und Stelle, würde es sein, ihr diesen Muth zu geben, indem sie am maßgebenden Orte die wichtigsten Reformen und den besten zur Erreichung derselben einzuschlagendem Weg erläuterten und den verständigen, mäßigen, aber andauerndem Druck ausübten, ohne dem ein Fortschritt in China nicht zu denken ist. Dazu würde zweifellos gehören, daß alle Regierungen — und jede denselben diene genug mit der Ausführung der erlangten Konzessionen zu thun haben, um für dem Augenblick auf weitere

verzichten zu können — oder einige unter ihnen, die stark genug wären, die anderen in ihre Kreise zu zwingen, mit der Bedrohung der Integrität Chinas aufhörten und sich im Gegentheil, wie Deutschland dies gethan hat, zu Freunden und Stützen derselben erklärten. Geschieht dies nicht, so werden die fremden Mächte sich sehr bald in China Zuständen gegenüber finden, die eine Ausnützung der erlangten Zugeständnisse auf Jahrzehnte hinaus unmöglich machen; denn es kann nicht oft genug betont werden, daß jede Erhebung im Innern, welcher Art sie auch sein möge, in erster Linie gegen die Fremden und Christen gerichtet sein wird. Ingenieure und Techniker im Innern zu schützen, dazu würde auch das Hundertfache der in diesem Augenblick in China vorhandenen fremden Streitkräfte nicht ausreichen, und durch Angriffe auf Fremde veranlaßte Bestrafungen einzelner Ortschaften und Distrikte dürften wenig geeignet sein, Sympathien für die Fremden und deren Entwicklung der natürlichen Hülfsmittel des Landes hervorzurufen.

Es ist eine der beliebtesten Redewendungen, von der Unbeliebtheit der jetzigen manchurischen Dynastie zu sprechen. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß der oft genannte Generalgouverneur Chang Chih-tung vor nicht langer Zeit einen Band „Ermahnungen“ veröffentlicht hat, in dem er den ausführlichen Beweis führt, daß keine der früheren Dynastien das Volk weniger bedrückt und mehr für dasselbe gethan hat als die jetzige. Bei Weitem nicht so schmeichelhaft ist, was er über die Völker des Westens sagt, deren Geschichte während der letzten fünfzig Jahre ihren Regierungen viel weniger Ehre gemacht habe als die Chinas der seinen. Westliche Staaten seien reich und mächtig, aber ihre Völker seien unglücklich und erspähten jede Gelegenheit, ihre Fürsten und Beamten zu ermorden. Man würde nicht immer wieder nach einigen Monaten von Ermordungen hochgestellter Persönlichkeiten in Europa und Amerika hören, wenn das Volk dort so gütig und rücksichtsvoll regiert würde wie die Chinesen durch ihre Kaiser. — Es ist immer ganz vortheilhaft, wenn wir

sehen, wie Andere uns beurtheilen, und noch eine Stelle in Chang's Werk verdient Aufmerksamkeit, die nämlich, in der er sagt, daß es zu früh sei, dem chinesischen Volke eine parlamentarische Vertretung zu geben, da, wenn dies geschehe, der erste Gebrauch, den es davon machte, der sein würde, die christlichen Kirchen zu verbrennen, und dann würde der Fremde kommen und sich des Landes bemächtigen.

## Tze-Hsi,

### Kaiserin-Regentin von China, und der Staatsstreich in Peking.

(Abgedr. aus der „Deutschen Rundschau“ vom Februar 1899.)

Zum dritten Male in siebenunddreißig Jahren hat die merkwürdige Frau, deren amtliche Bezeichnung „Esterliche Liebes-Glückseligkeit“ bedeutet, das Ruder des chinesischen Staatsschiffes ergriffen, unter Umständen, die noch schwieriger erscheinen als die, in denen sie 1861 zum ersten Male als Mitregentin auftrat. Bei der Bedeutung, die das Urtheil der öffentlichen Meinung für die weitere Entwicklung der Beziehungen zu China und das Schicksal des Reiches selbst haben muß, dürfte es wohl auch von Interesse für weitere Kreise sein, wenn in Nachfolgendem der Versuch gemacht wird, die innere Geschichte Chinas während der letzten dreißig Jahre, mit der die Kaiserin-Regentin auf das Engste verknüpft ist, auf rein historischer Grundlage darzustellen, unbeirrt von allen Fabeln und Verleumdungen, mit der Unwissenheit oder Parteihaß sie zu umgeben bestrebt sind.

Als Kaiser Hienfêng, der 1851 zur Regierung gekommen war, am 21. August 1861 zu Jehol starb, wohin er sich vor der englisch-französischen Armee geflüchtet hatte, hinterließ er einen Sohn, den späteren Kaiser Tungeh, und zwei Kaiserinnen, von denen die eine, seine rechtmäßige Gemahlin, in der chinesischen Geschichte der letzten Jahrzehnte als die östliche\*) Kaiserin, die

\*) Nach dem chinesischen Ceremoniell ist der Wirth nach Süden gewendet; der erste Ehrenplatz ist auf der Seite der aufgehenden Sonne, östlich, also links von ihm, der zweite auf der der untergehenden, westlich, rechts.

Kaiserin-Wittve, die andere, die Mutter des jungen Kaisers, ursprünglich nur eine Concubine fünften Ranges, der wegen der 1856 erfolgten Geburt des Thronerben 1857 ebenfalls der Titel und Rang als Kaiserin (richtiger Königin-Gemahlin erster Klasse) verliehen worden war, als die westliche Kaiserin, die Kaiserin-Mutter, bekannt geworden sind. Außerdem überlebten ihn drei von seinen acht Brüdern, Söhne des Kaisers Taokwang, die Prinzen von Tun, Kung und Chun oder, wie sie auch nach der Reihenfolge ihrer Geburt genannt wurden, der fünfte, sechste und siebente Prinz. Der fünfte Sohn Taokwangs war aber schon 1845 von einem kinderlosen Verwandten, eben dem Prinzen von Tun, adoptirt worden, und damit aus der Familie ausgeschieden, eine Thatsache, die mit Bezug auf spätere Ereignisse im Auge zu behalten ist.

Was sich vor dem Tode Hienfengs in Jehol zugetragen, läßt sich nicht mit Sicherheit feststellen, da selbst die Angaben, die in den verschiedenen, unter dem Namen des jungen Kaisers erlassenen, auf die Regentschaftsfrage bezüglichen Edicten enthalten sind, nicht ganz übereinstimmen. Jedenfalls kann, trotz der gegentheiligen Angaben in einem in der November-Nummer von „Blackwoods Magazine“ veröffentlichten Artikel, wohl mit Bestimmtheit angenommen werden, daß der verstorbene Kaiser weder die beiden Kaiserinnen gemeinschaftlich zu Regentinnen ernannt noch der östlichen schriftlich die Vollmacht erteilt hatte, in gewissen Fällen allein die entscheidende Gewalt auszuüben. Wäre eine dieser Bestimmungen thatsächlich getroffen gewesen, so würden bei dem im November 1861 erfolgten Staatsstreich die beiden Kaiserinnen nicht verfehlt haben, sich auf diese letztwilligen Verfügungen zu berufen. Daß dies nicht geschehen, beweist, daß nichts Derartiges vorhanden war. Auf der anderen Seite haben die durch eine angeblich unmittelbar vor seinem Tode getroffene Verfügung des Kaisers zu Mitgliedern des Regentschaftsrathes ernannten acht Minister wahrscheinlich entweder das auf diese Ernennung bezügliche Edict ganz oder theil-

weise gefälscht oder den schwachen, durch Ausschweifungen und die Anstrengungen der übereilten Flucht nach Jehol vollständig erschöpften Kaiser während der letzten Lebensstunden zur Unterzeichnung desselben zu vermögen gewußt. Durch dieses Edict, durch das ein Regentschaftsrath von acht Personen ernannt wurde, dessen hauptsächlichste Mitglieder die Prinzen von T und Ching und einer der jüngeren Staatssecretäre, Sü Shien, waren, alle drei Führer der fremdenfeindlichen Partei, sahen sich die beiden Kaiserinnen und die Prinzen des kaiserlichen Hauses von der Regentschaft ausgeschlossen und in ihren Interessen bedroht, ganz besonders der Prinz von Kung, der, wenn nicht gegen den ausgesprochenen Willen seines Bruders, so doch gegen die Absichten und Wünsche der Rathgeber desselben 1860 den Frieden mit den Engländern und Franzosen abgeschlossen hatte. Es war daher nur natürlich, daß die Betroffenen sich vereinigten, um ihre Interessen gemeinschaftlich gegen die neu ernannten Regenten wahrzunehmen: sie fanden dabei die Unterstützung der hervorragendsten Staatsmänner und der chinesischen öffentlichen Meinung, die in der Aufrechterhaltung der angeblichen letztwilligen Verfügung Hienfengs die Quelle neuer Verwickelungen mit den Fremden sah; aus demselben Grunde waren auch die Sympathien der fremden Diplomaten auf der Seite der kaiserlichen Familie.

Die Vorbereitungen für den geplanten Staatsstreich müssen bereits in Jehol getroffen worden sein; am 1. November 1861 erreichten die beiden Kaiserinnen mit dem Kaiser und sieben der Mitglieder des Regentschaftsrathes — der achte, Sü Shien, war mit dem Sarge des Kaisers eine Tagereise zurückgeblieben — Peking; hier versammelte der Prinz von Kung die Regentschaftsräthe und die höchsten Beamten der Centralbehörden und las ihnen ein Edict des jungen, sechsjährigen Kaisers vor, durch welches der Regentschaftsrath aufgelöst, die drei vorerwähnten Mitglieder desselben aus allen ihren Stellungen entfernt, die anderen fünf aus dem großen Staatsrath entlassen und der letztere beauftragt wurde, die Strafen für die bisherigen Regenten

festzusetzen. Die Regentschaft selbst wurde der Kaiserin-Wittve übertragen. Als Gründe für diese Maßregeln wurde angeführt, daß die Unruhen an der Küste (d. h. die Zurückweisung der fremden Gesandten an der Mündung des Peiho im Jahre 1859 und die daraus damals und 1860 entstandenen Feindseligkeiten) und die Unruhen in der Hauptstadt (d. h. die Eroberung derselben) durch die schändliche Politik der Betreffenden veranlaßt worden seien, die zu ungeschickt gewesen, auf friedliche Rathschläge einzugehen, und kein anderes Mittel, sich der Verantwortlichkeit zu entziehen, gewußt hätten, als die englischen Unterhändler in verrätherischer Weise gefangen zu nehmen (in Tungschau am 18. September 1860). Sie hätten ferner, nachdem es dem Prinzen (von Kung) gelungen, die auswärtigen Angelegenheiten gut zu ordnen, den Kaiser durch falsche Berichte verhindert, nach Peking zurückzukehren, und damit den Zorn nicht nur des (jungen) Kaisers, sondern aller Beamten und des ganzen Volkes verdient. Die Absicht des (jungen) Kaisers sei gewesen, sie gleich nach seiner Thronbesteigung mit Strenge zu bestrafen; aber da sein Vater sie in seinen letzten Augenblicken zu Ministern (d. h. nicht zu Regenten) ernannt, habe er ihnen Gelegenheit geben wollen, das Vergangene gut zu machen. Er habe ihnen daher am 15. September befohlen, ein Edict vorzubereiten, daß, dem Vorschlage des Censors Tun-Yenchuan entsprechend, die Kaiserin-Wittve für einige Jahre die Regentschaft übernehmen und ein oder zwei Prinzen vom höchsten Range ihr als Rätthe beigegeben werden sollten; aber da sie dagegen, in ungehörigem Tone, schreiend Einwände erhoben und sich erlaubt hätten, in seinen, des (jungen) Kaisers Edicten eigenmächtig Aenderungen vorzunehmen, sei Nachsicht gegen die, welche sich so schwer vergangen, nicht länger zulässig. Die Hoffnung der Kaiserinnen und Prinzen, die Angelegenheit in dieser Weise beizulegen, bestätigte sich nicht; die Prinzen von T und Ching scheinen, auf ihre Stellung trotzend, jedes Zusammenwirken mit einigen der Chefs der Ministerien, besonders Kweiliang und Wensiang, ab-

gelehnt zu haben; wenigstens erfolgte am Abend des 1. Novembers ein weiteres kaiserliches Edict, durch welches die drei Regenten ihres erblichen Ranges entkleidet und vor Gericht gestellt wurden. Am anderen Tage wurden zwei weitere Edicte veröffentlicht, durch welche die Verhaftung Sü Shüens angeordnet und die Vorschläge in Betreff der neuen Regentschaft dem großen Staatsrath unterbreitet wurden. Sü wurde durch den Prinzen von Chun mit eigener Hand vor den Thoren verhaftet; die That sache, daß er, während er den Trauerzug mit der kaiserlichen Leiche führte, von einer seiner Concubinen begleitet war, trug, als allen Begriffen und Vorschriften der chinesischen Moral Hohn sprechend, sehr wesentlich dazu bei, die Stimmung der Bevölkerung den Kaiserinnen noch günstiger zu gestalten. Am 7. November fällt der große Rath seinen Spruch, der auf langsame Hinrichtung lautete und von der Kaiserin-Wittve für die Prinzen von J und Ching auf Selbstentleibung, für Sü auf öffentliche Enthauptung gemildert wurde. Am 8. November wurde das Urtheil an den drei Schuldigen vollstreckt; das auf Verbannung in die Militärcolonie in der Mongolei lautende Urtheil erlangte Rechtskraft nur gegen einen, Wu-Yin, der bei der verrätherischen Gefangennahme der Parlamentäre in Tungchau betheilig gewesen war, die anderen Mitglieder des Regentschaftsrathes wurden begnadigt und nur ihrer Aemter enthoben. Ein an demselben Tage erlassenes kaiserliches Edict führte aus, daß die Verurtheilten sich eigenmächtig zu Regenten gemacht, da der verstorbene Kaiser sie nur mündlich angewiesen habe, seinen Sohn als seinen Nachfolger einzusetzen. Auf Grund eines gefälschten Schriftstückes hätten sie sich dann der höchsten Gewalt bemächtigt und versucht, die dem Throne am nächsten stehenden Prinzen (von Kung und Chun) von der Kaiserin-Wittve entfernt zu halten. Sü Shüen wurde außerdem verschiedener Verstöße gegen das Ceremoniell und des Versuches beschuldigt, die beiden Kaiserinnen gegen einander aufzuheben. Die Regierung des Reiches wurde in der Weise geordnet, daß die beiden Kaiserinnen als

Regentinnen und der Prinz von Kung als Mitregent ihre Leitung übernahmen. Bei der hervorragenden Befähigung der westlichen Kaiserin und ihrem auch im Vergleich zum Prinzen von Kung viel energischeren Charakter war es natürlich, daß sie ihre schon als Mutter bevorzugte Stellung ausnutzte, um bald thatsächlich den maßgebenden Einfluß auszuüben. In den Edicten wurden aber entweder beide Kaiserinnen nach ihrer Stellung, d. h. die Kaiserin-Wittve zuerst, aufgeführt, oder der Kaiser selbst, der zwar herrschte, aber nur nominell regierte, erschien an der Spitze. Die Jahre der Regentschaft waren für China wichtige und segensreiche; in ihnen wurden die Aufstände der langhaarigen Rebellen (Changmao, Taipings) und der Mienfei, sowie der Mohammedaner in Yunnan, Kansu und Chinesisch-Turkestan unterdrückt, und die Entwicklung des Reiches schritt, wenn auch langsam, doch stetig vor. Die damals an der Spitze der Centralregierung stehenden Minister Wenjang, Mao Ch'ang-hsi, Pao-yün, Shen Kwei-fen und Tunghsün waren Staatsmänner im wahren Sinne des Wortes, ihrer schwierigen Aufgabe, den Frieden im Reiche wieder herzustellen, gewachsen und ihren Nachfolgern weit überlegen; aber keiner derselben — und die amtlichen und persönlichen Beziehungen des Schreibers dieser Zeilen zu ihnen sind langdauernde und freundschaftliche gewesen — hat jemals die große Befähigung der Kaiserin-Mutter, ihren unermüdblichen Fleiß bei der Erledigung der Regierungsgeschäfte und ihren großen entscheidenden Einfluß in Abrede gestellt.

Am 23. Februar 1873 übernahm der Kaiser Tungchih die Regierung, nachdem wenige Monate vorher seine Vermählung stattgefunden hatte. Bereits im September 1874 kam es zum Bruch zwischen ihm und dem Prinzen von Kung. Am 10. September des Jahres erschien ein kaiserliches Edict, durch welches der Prinz von Kung, weil seine Sprache seit der Uebernahme der Regierung durch den Kaiser vielfach eine ungehörige gewesen sei, vom erblichen Prinzen erster Klasse zum Prinzen zweiter Klasse degradirt, aber in seiner Stellung als Mitglied des

Staatsrathes belassen wurde. Der Sohn des Prinzen unterlag ebenfalls der Degradation.

Als Grund für diese Maßregel wurde von wohlunterrichteter Seite der Wunsch des Kaisers angegeben, die 1860 zerstörten, aber damals noch bis auf die Dächer erhaltenen Gebäude europäischen Stils in Yuen-Ming-Yuen wieder herzustellen, wogegen der Prinz wegen der bedeutenden Kosten, die dadurch veranlaßt werden würden, entschieden Einspruch erhoben hatte. Seine Ungnade dauerte nur vierundzwanzig Stunden. Bereits an demselben Tage, an welchem das Edict, betreffend die Degradation des Prinzen, veröffentlicht worden, war ein anderes erschienen, durch welches die Bauten in Yuen-Ming-Yuen aufgegeben und andere in den kaiserlichen Gärten in Peking angeordnet wurden, die den Kaiserinnen zur Residenz dienen sollten. Am nächsten Tage, 11. September, erschien ein neues Edict, durch welches dem Prinzen von Kung auf die Fürsprache der beiden Kaiserinnen sein früherer Rang wieder verliehen und für die Bauten in den Palastgärten die größte Sparsamkeit angeordnet wurde. Es liegt keine Ursache vor, anzunehmen, daß andere Gründe als der angeführte für den Zwischenfall vorhanden gewesen seien; es kann nur zweifelhaft erscheinen, ob die Baupassion, die sich fünfzehn Jahre später bei der Kaiserin-Mutter entwickelte, nicht etwa damals schon die Veranlassung zu dem Wunsch der Restauration von Yuen-Ming-Yuen gegeben habe; jedenfalls würde es auch in dem Falle anzuerkennen sein, wie schnell die Kaiserin-Mutter von ihrem Wunsche Abstand genommen.

Am 12. Januar 1875 starb Kaiser Tungchih, angeblich an den Blattern — wenn man den damals allgemein verbreiteten Gerüchten Glauben schenken darf, an den Folgen von Ausschweifungen, für die er häufig außerhalb der Mauern des kaiserlichen Palastes Gelegenheit gesucht und gefunden haben soll. Er starb, ohne Leibeserben zu hinterlassen oder einen Nachfolger adoptirt zu haben. Nach den bestehenden Vorschriften hätte sein Nachfolger aus der nächsten Generation gewählt werden müssen,

um seinem Vorfahren, die nach chinesischen Begriffen für das Wohl der Familie, hier der Dynastie, unerläßlichen Todtenopfer bringen zu können; ein solcher war aber nur in der Familie des Prinzen von Tun vorhanden, der, wie gesagt, als nicht mehr zur direkten Deszendenz von Taotwang gehörig angesehen werden konnte. Wollte man auf dieselbe Generation wie Tungchih zurückgreifen, so lag die Wahl nur zwischen dem einzigen Sohne des Prinzen von Kung — die andern demselben geborenen Söhne waren in andere Familien adoptirt worden — und einem Sohne des Prinzen von Chun. Der Sohn des Prinzen von Kung, der Beileh (Prinz) Tsai-Chêng war als ein Wüstling schlimmster Art bekannt, der später mit dem chinesischen Strafrecht in nahe Berührung kam; es lag also, abgesehen von einem vielleicht nicht unnatürlichen Wunsche der Kaiserin-Mutter, die Regentschaft noch weiter zu führen, und die Krone ihrer Familie zu erhalten (ihre Schwester war die Gemahlin des Prinzen von Chun), ein thatsächlicher Grund vor, der die Wahl eines Sohnes des Prinzen von Chun als im Interesse des Reiches liegend erscheinen ließ. Mit der ihr eigenen Energie ging die Kaiserin-Mutter in den Palast ihres Schwagers und holte aus ihm das Kind, das mit der Regierungsbezeichnung Kwangjü als Kaiser anerkannt wurde.

In dem diese Wahl verkündenden Edict wurde gleichzeitig gesagt, daß, wenn dem (nur wenige Jahre alten) Kaiser dereinst ein Sohn geboren würde, dieser von seinem Vorgänger als Erbe adoptirt werden solle. Es fehlte nicht an Stimmen, die gegen den durch diese Wahl getroffenen Verstoß wider chinesische Sitte und Gebrauch Einspruch erhoben; die gewichtigste war die des Censors Wu Ko-tu, eines durch sein früheres, auf der Bestrafung eines hohen Generals bestehendes und sie schließlich durchsetzendes Vorgehen bereits bekannten und in Hof- und höheren Beamtenkreisen übel beleumdeten Mannes, der die Gelegenheit der 1879 erfolgenden Weisung des Kaisers Tungchih benutzte, um sich das Leben zu nehmen und in einer hinterlassenen Denkschrift in

ziemlich konfuser Weise nicht etwa praktische Vorschläge zu machen, sondern im Allgemeinen an der getroffenen Maßregel zu mäkeln, hauptsächlich in dem Sinne, daß der erstgeborene Sohn des Kaisers von seinem Vorgänger adoptirt werden und der Kaiser dann zu dessen Gunsten abdanken müsse. Wie in solchen Fällen gebräuchlich, wurde das Schriftstück dem hohen Rath unterbreitet, der sich in einem Majoritäts- und mehreren Minoritätsvoten über die Sache ausließ. Das bedeutendste der letzteren war unbedingt das des jetzigen Generalgouverneurs, damaligen Lehrers an der kaiserlichen Akademie und Lektors am Hanlin-Kollegium, Chang Chih-tung, der sich mit einem großen Aufwand historischer Citate und Analogien dahin aussprach, daß, da einem Kaiser nur durch einen Kaiser die Todtenopfer gebracht werden könnten, der Erbe des Thrones dereinst den Vorgänger Kwangjü's bei Abdankung seines Vaters adoptirt, daß aber, da ein Erstgeburtsrecht bis jetzt in der kaiserlichen Dynastie nicht bestanden, auch dem jetzigen Kaiser die Wahl eines Nachfolgers aus seinen Söhnen vorbehalten werden müsse. Die Kinderlosigkeit Kwangjü's hat die Regelung dieser Frage bis jetzt nicht gestattet und damit die Schwierigkeiten der Dynastie nicht unwesentlich vermehrt.

Es mag hier gleich mit zwei Legenden aufgeräumt werden. In dem vorerwähnten Artikel in „Blackwood's Magazine“ ist des angeblich ebenfalls in dem Todesjahre Tungchih's erfolgten Todes der Kaiserin-Wittve Erwähnung geschehen, und daran sind allerhand Bemerkungen geknüpft, die auf einen unnatürlichen Tod schließen lassen könnten, eine Hypothese, die auch schon von Professor R. K. Douglas in einem in der „Times“ veröffentlichten Artikel (The Mail vom 3. Oktober 1898) zum Ausdruck gekommen war. Nun ist aber die Kaiserin-Wittve nicht 1875, sondern erst 1881 gestorben, womit die Frage wohl als erledigt angesehen werden dürfte. Ähnlich verhält es sich mit dem Marquis Tseng und dem Prinzen von Chun, deren Tod Professor Douglas nach mittelalterlichem Rezept ebenfalls der Kaiserin-

Mutter zuschreiben möchte. Es steht aber auf Grund von vielfach nach langer, oft nach langjähriger Behandlung aufgestellten Diagnosen fremder oder chinesischer Aerzte, die nach fremden Methoden ausgebildet sind, ganz unzweifelhaft fest, daß der Prinz von Chun einer durch seine Lebensweise hervorgerufenen mehrjährigen Lähmung und der Marquis Tseng einem typhösen Fieber erlegen sind. In Betreff der Wittve des Kaisers Tungchih, Muté, war allerdings bald nach dem Hinscheiden ihres Gatten in den Befinger Theehäusern das Gerücht verbreitet, daß sie sich in einem Zustande befunden, der die Hoffnung auf einen Leibeserben für berechtigt anzusehen erlaubt habe, daß diese Hoffnung aber dadurch zu Schanden geworden sei, daß man sie gezwungen, den Sarg ihres Gemahls in einem Karren zu begleiten; in der Neuzeit hat in verschiedenen Berichten der Karren einem Pülverchen Platz machen müssen. Der Schreiber dieser Zeilen, der das Hinscheiden der jungen Kaiserin-Wittve wenige Stunden nachher durch einen der höchsten Staatsbeamten, der bei der Aufbewahrung der Leiche beschäftigt gewesen war, erfuhr, hat trotz aller Bemühungen nie etwas in Erfahrung bringen können, was als eine Grundlage für das vorerwähnte Gerücht hätte dienen können, dagegen ist ihm von Personen, die wohl unterrichtet sein konnten, wiederholt versichert worden, daß die junge Kaiserin-Wittve zweimal versucht habe, sich den Tod zu geben, einmal durch Erhängen, wobei sie rechtzeitig befreit worden ist, und das zweite Mal erfolgreich durch Enthaltung von aller Nahrung. Der Selbstmord einer Wittve ist in China eine so ehrenvolle That und kommt so häufig vor, und das Leben einer Wittve ist ein so trauriges, daß beide Beweggründe vollständig hinreichen, die That der jungen Kaiserin-Wittve zu erklären.

Bis zu dem 1881 erfolgten Tode der östlichen Kaiserin übten beide Kaiserinnen, wenigstens der Deffentlichkeit gegenüber, gemeinsam die Regentschaft aus, wenn auch die westliche vielleicht noch mehr als früher die maßgebende Rolle gespielt haben wird. Die Beziehungen zu dem Prinzen von Kung sollen dadurch getrübt

worden sein, daß sein Enkel, der Sohn eines seiner in die Tun-Familie adoptirten Söhne, aus dem schon angeführten Grunde bei der Wahl zum Kaiser übergangen worden war, zu Gunsten des Sohnes seines Bruders, des Prinzen von Chun, der sich übrigens nach chinesischem Gebrauche gegen die seinem Hause zu Theil gewordene Ehre gesträubt hatte. Jedenfalls war der Grund, aus dem der Prinz von Kung 1884 des Vorsitzes im Tsungli-Yamen, wie aller seiner anderen Aemter enthoben wurde, „Faulheit und Unfähigkeit,“ wie es in dem betreffenden Edict hieß, kein unberechtigter. Er litt schon damals an der Krankheit, die später eine der Ursachen seines Todes werden sollte, und war während der letzten Jahre gegen früher auffallend träge und entscheidungsunfähig geworden. Es war wohl nicht ganz unberechtigt, seiner und seiner mit ihm fallenden Kollegen Geschäftsführung im Tsungli-Yamen den Konflikt mit Frankreich wegen Tongkings zuzuschreiben, der gerade damals eine akute Form angenommen hatte.

Im März 1889 übernahm der Kaiser Kwangfü die Regierung, nachdem die Kaiserin-Regentin ihn dazu bereits im Jahre 1887 aufgefordert, aber auf seinen Wunsch fortgefahren hatte, ihm ihren Rath zu Theil werden zu lassen. Dieser Uebernahme der Regierung durch den jungen Kaiser gingen Versuche von Seiten verschiedener Beamten voraus, die Kaiserin-Regentin zu bewegen, gewisse Regierungsfunktionen auch weiter auszuüben. So stellte Mitte Februar ein Genjor, Tu Jen-shau, den Antrag, daß der Kaiserin-Regentin nach wie vor die Berichte aus den Provinzen und die versiegelten (geheimen) Denkschriften der hauptstädtischen Beamten vorgelegt werden sollten. In einem vom 20. Februar datirten Edict wies die Kaiserin-Regentin dies Ansinnen auf das Entschiedenste zurück, indem sie ausführte, daß die weibliche Regentenschaft überhaupt nur als ein Nothbehelf eingeführt und in dem Augenblick aufhören müsse, in dem die Zeit dafür gekommen sei. Nach der Uebernahme der Regierung durch den Kaiser werde seinem Vater, dem Prinzen von Chun, allein das Recht zustehen,

Eingaben in seinem eigenen Namen an sie zu richten. Die von dem Zensor erwähnten geheimen Schriftstücke, die der Kaiserin durch den Prinzen von Chun vorgelegt worden seien, hätten sich auf wichtige Angelegenheiten bezogen, von denen man der Ansicht gewesen sei, daß der Kaiser während der ersten Zeit seiner Regierung gut thun würde, sie der Kaiserin gegenüber bei seinen Besuchen zu erwähnen; es habe sich dabei nur um eine vorübergehende Maßregel gehandelt, und es sei der Kaiserin nie eingefallen, daraus eine dauernde machen zu wollen. Der Zensor wurde dann auf Veranlassung der Kaiserin seines Amtes enthoben.

Wie weit die vorstehenden Erklärungen der Kaiserin ihren Wünschen und Ansichten entsprochen haben, und wie viel ihr davon nur durch die Lage aufgenöthigt sein mag, die der Umstand, daß auch der Vater des Kaisers noch am Leben war, wesentlich erschwerte, muß dahin gestellt bleiben. Thatsache ist, daß sie sich nach der Uebnahme der Regierung durch den Kaiser anfänglich ganz von den Geschäften zurückzog und ihre ausschließliche Beschäftigung in der Vergrößerung und Verschönerung der ihr vom Kaiser unter dem 13. März 1888 überwiesenen Winterresidenz im westlichen Park und Sommerresidenz in Wan-shau-shan zu finden schien. Es wurden selbst in Beamtenkreisen vielfach Klagen darüber laut, daß diese gänzliche Enthaltung von Staatsgeschäften Seitens der Kaiserin dem Gange der Regierung nicht vortheilhaft sei. Als Gründe für diese Auffassung wurde die gänzliche Unbekanntschaft des Kaisers mit den Regierungsgeschäften und seine, schwächerer Gesundheit zugeschriebene, von häufigen Zornanfällen unterbrochene Gleichgültigkeit angeführt; der persönliche Eindruck, den der Kaiser auf diejenigen Fremden machte, die ihn bei Audienzen zu Gesicht bekamen, war der eines fränklichen und melancholischen Knaben. Nur in einer Beziehung schien die Kaiserin-Regentin noch Spuren ihrer alten Willenskraft zu besitzen, und zwar bei der Abwehr von persönlich gegen sie gerichteten Angriffen, an denen es nicht fehlte. Namentlich waren es die

Vertreter der altkonservativen Richtung und an ihrer Spitze der frühere Lehrer des Kaisers, Weng Tung-ho, die, sei es, weil sie die fernere Einmischung der Kaiserin in die Staatsgeschäfte in einem ihren politischen Anschauungen wenig günstigen Sinne — tatsächlich fürchteten, oder auch nur aus prinzipiellen Gründen — verbietet doch die chinesische Ethik jede Einmischung einer Frau in Staatsangelegenheiten — die gänzliche Beseitigung der Kaiserin-Exregentin wünschten. Besonders lebhaft wurde diese Opposition während des chinesisch-japanischen Krieges, an dessen Ausbruch und Führung die Kaiserin jedenfalls keinen Antheil gehabt hat. Sein unglücklicher Verlauf gab ihr aber Gelegenheit, mit der Mehrheit ihrer Gegner abzurechnen, so daß schließlich von maßgebenden Persönlichkeiten nur Weng Tung-ho übrig blieb, dem seine Stellung als früherer Lehrer des Kaisers ermöglichte, denselben nach den allgemeinen Audienzen des Staatsraths allein zu sprechen und damit einen gewissen Einfluß auf ihn auszuüben. Bald indessen sollten der Kaiserin-Exregentin neue Feinde entstehen. Nach der Beendigung des chinesisch-japanischen Krieges bildete sich in Peking, wenn nicht unter den Auspicien, so doch unter dem Beifall der englischen Gesandtschaft, eine sogenannte Reformpartei, aus jüngeren Beamten und Literaten zusammengesetzt, deren offenkundiger Zweck die Verbreitung westlicher Bildung und Ideen war, die aber zugleich eine größere Betheiligung ihrer Mitglieder an der Regierung anstrebte, um diese in ihrem patriotischen, d. h. fremdenfeindlichen Sinne umzugestalten. Daß manche derjenigen, welche dieser nicht sehr zahlreichen Partei beitraten, nur ihre eigenen Interessen verfolgten, liegt in der Natur aller solcher Bestrebungen und Verbindungen; auf der anderen Seite darf nicht übersehen werden, daß das schmachvolle Unterliegen Chinas im Kampfe gegen das viel kleinere Japan bei Manchen ein Gefühl erweckt hatte, das, wenn auch in unklarer Weise, nach Reformen verlangte, um China zu kräftigen und widerstandsfähiger zu machen. Die Zwecke des Reformvereins, von dem einzelne Mitglieder einen eifrigen Verkehr mit zwei protestantischen

Missionaren, dem Engländer Dr. Richards und dem Amerikaner Gilbert Reid, unterhielten, zwei unruhigen Köpfen, von denen der letztere in Peking eine Art Auskunftsbureau über alle möglichen Gegenstände eingerichtet hatte und dann die Gründung einer Universität in der Hauptstadt in die Hand nahm, sollten durch die Herausgabe einer neuen Zeitung gefördert werden, die aber nach einiger Zeit, ebenso wie der Verein überhaupt, von der Regierung unterdrückt wurde. Die journalistische und sonstige Thätigkeit des Vereins wurde nun nach Shanghai verlegt, von wo aus Versuche zur Gründung von Zweigvereinen in den Provinzen gemacht wurden; da die Zahl der Mitglieder dieser Zweigvereine von dem Dr. Richards, der fortfuhr, mit dem Reformverein in Verbindung zu bleiben, selbst nur auf einige Hundert angegeben wird, so ist die Annahme wohl nicht unberechtigt, daß die Propaganda keine besonderen Fortschritte gemacht habe.

Was den Mitgliedern der Reformpartei nicht gelungen war, in weiteren Kreisen der Beamtenwelt Unzufriedenheit mit der Regierung zu verbreiten, wurde hervorgerufen durch das Vorgehen der fremden Mächte gegen China und die fortwährende Bedrohung seiner Selbständigkeit, die in der fremden Presse einen weit über die Absichten der fremden Regierungen hinausgehenden Ausdruck fand. Bestimmend auf die weitere Entwicklung der Lage scheint auch die durch Seine Königliche Hoheit den Prinzen Heinrich an den Kaiser von China gerichtete Anregung zum schärferen Hervortretenlassen der eigenen Persönlichkeit, vielleicht des eigenen Willens, gewirkt zu haben. Die politischen Ereignisse waren durchaus dazu angethan, den Glauben zu erwecken, als wenn die vorhandenen Zustände eine energische Wahrnehmung der Interessen Chinas dem Auslande gegenüber nicht gestatteten; von da zu der Annahme, daß nur innere Reformen den Zustand Chinas verbessern könnten, war nur ein logisch und thatsächlich durchaus berechtigter Schritt.

Es war das Unglück des Kaisers, daß ihm jeder Maßstab zur Beurtheilung des Nothwendigen und Möglichen fehlte, und

daß er in die Hände eines untergeordneten Beamten, des Kantonejen Kan Ju-wei fiel, der Phantast und Fanatiker, sich ebenso wenig wie sein kaiserlicher Herr über das klar war, was die Verhältnisse erforderten. Beide suchten in Reformen auf dem Papier und im Erlaß zahlreicher sich überstürzender Edicte, denen jede thatsächliche Grundlage zur Ausführbarkeit fehlte, das Mittel, China wieder in den Sattel zu helfen, und es ist charakteristisch für den Mangel an Urtheilskraft Seitens des Rathgebers, daß dieser das Beispiel Peter's des Großen und Japans seinem kaiserlichen Herrn zur Nachahmung empfahl, wo einerseits die eiserne Persönlichkeit des russischen Reformators und andererseits die festgefügte aristokratische Hierarchie fehlte, der gegenüber das japanische Volk seit Jahrhunderten an blinde Gefügigkeit gewöhnt war. Beide übersehen außerdem, daß weder Rußland noch Japan zur Zeit der Einführung der zur Nachahmung empfohlenen Reformen eine eigene Civilisation besaßen hatten, und daß fremde Ideen in diesen Ländern daher auf einen viel geringeren Widerstand stoßen mußten als in China, dessen Kultur, was man immer über die Versumpfung aller Zustände mit Recht denken mag, auf durchaus eigenen, mit den sozialen und staatlichen Beziehungen und Interessen eng verwachsenen, Jahrtausende alten ethischen Grundlagen beruht. Recht bezeichnend für die politische Ungeheuerlichkeit der Reformatoren ist auch, daß sie in dem Kampfe gegen die Kaiserin-Exregentin sich der Hülfe des Mannes beraubten, der stets deren erbittertster Gegner gewesen war, Weng-Tung-ho's. Daß ein Zusammengehen desselben mit der Reformpartei auf die Dauer unmöglich gewesen, ist selbstverständlich, aber praktische Politiker würden seinen Einfluß im Kampfe gegen die gemeinsame Gegnerin ausgenutzt und ihn dann beseitigt haben. Statt dessen wurde er im August 1898 mit ungefähr derselben Motivierung wie seiner Zeit der Prinz von Kung — ungehörige Reden dem Kaiser gegenüber — aller seiner Stellungen entsetzt und in seinen Geburtsort verwiesen.

Ueber die Rolle, welche die Kaiserin-Exregentin während

dieser Zeit gespielt, liegen keine zuverlässigen Angaben vor; in den Kreisen der Reformatoren war man der Ansicht, daß alle den Bestrebungen derselben zuwiderlaufenden Maßnahmen, wie z. B. besonders die Berufung des Generalgouverneurs von Chili, Wang Wen-shao, nach Peking und seine Ersetzung durch einen Mandschu, Jung-Lu, dem Einfluß der Kaiserin-Regentin zuzuschreiben gewesen seien, und man stand daher nicht an, zu dem Versuch zu schreiten, sie und Jung-Lu aus dem Wege zu räumen. Der in Shanghai erscheinende „North-China-Herald,“ ein Blatt, das seiner ganzen Haltung nach als das Organ der chinesischen Reformpartei oder wenigstens der mit dieser in engen Beziehungen stehenden Fremden angesehen werden muß, gibt in einem am 10. Oktober veröffentlichten „Ein Schlüssel zur Lage“ betitelten Leitartikel sehr unverhohlenen Aufschluß über die Pläne jener Partei. Nachdem der Artikel geschildert hat, wie alle Maßnahmen der Reformatoren durch Gegenzüge der Kaiserin-Regentin durchkreuzt worden seien, fährt er fort: „Die Ernennung Jung-Lu's zum Vizekönig von Chili und General en chef der Peking- (nördlichen) Armee, drohte die Reformatoren zu stürzen; es blieb ihnen daher nichts übrig, als sich zu entschließen, ihn aus dem Wege zu räumen. So lange Jung-Lu im Stande war, Peking einzuschließen und in jedem Augenblick den Palast mit seinen Truppen zu besetzen, die bereit waren, den Willen der dem Kaiser feindlichen Partei auszuführen, waren die Reformatoren hilflos und der Kaiser in Gefahr. Sie waren genöthigt, entweder ihre Bemühungen in feiger Verzweiflung aufzugeben oder auf Gefahr ihres Lebens hin einen muthigen Entschluß zu fassen, um ihr Vaterland zu retten. Sie handelten nur in Selbstvertheidigung, aber mußten handeln, wenn sie nicht ihrer heiligen Aufgabe, China zu reformiren, untreu werden wollten. Sie wünschten ihren Feldzug auf friedlichem Wege, durch die Erziehung der öffentlichen Meinung, zu führen, aber man gestattete ihnen nicht, ihre Absicht auszuführen. Als ein letztes Mittel wählten sie einen Weg, bei dem nur ein Leben, — das Jung-Lu's — geopfert

und die Entfernung nur einer Person, — der Kaiserin-Exregentin — nöthig geworden wäre. In jedem Kampf um Reformen würde diese Methode mit Recht als eine milde und menschliche angesehen worden sein, und es kam keinem Zweifel unterliegen, daß sie vom Volke mit Freuden begrüßt worden wäre. Wenn der Anschlag geglückt wäre, so würden Kang und seine Freunde wegen ihrer Weisheit gepriesen worden sein; ihr Verbrechen lag nur in ihrem Mißerfolg.“ Eines Kommentars bedarf diese Apologie des Meuchelmordes nicht.

Die Nachricht von dem auf sie geplanten Attentat ist der Kaiserin wahrscheinlich durch den Befehlshaber der disziplinierten Truppen in Chili, früheren Residenten in Korea, Juan Shi-kai, zugegangen, den die Verschworenen, da sie ihn für einen Anhänger ihrer Ideen hielten, zur Mitwirkung aufgefordert zu haben scheinen. Einmal von den Plänen ihrer Gegner unterrichtet, ging die Kaiserin mit ihrer gewohnten Energie vor; während man sie noch im Sommerpalast wächte, war sie bereits in Peking eingetroffen und hatte die Zügel der Regierung wieder ergriffen, wie 1861 von den chinesischen Staatsmännern und der Sympathie oder, wenn man will, der Gleichgültigkeit der Massen den Bestrebungen der Reformatoren gegenüber unterstützt. Am 22. September kündigte sie die Wiederübernahme der Regierung an, und wenige Tage darauf waren acht der Mitglieder der Reformpartei hingerichtet und die übrigen auf der Flucht. Daß das Eingreifen der Kaiserin zu früh erfolgte, kann man kaum behaupten, denn es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß für den 23. September ein kaiserliches Edict vorbereitet war, durch das allen Beamten von der dritten Rangstufe aufwärts anbefohlen werden sollte, die Zöpfe abzuschneiden und europäische Tracht anzulegen. Damit aber und mit der Betheiligung des früheren japanischen Premierministers Ito, der wohl nicht nur zufälliger Weise gerade damals nach Peking gekommen war, wäre das Reformwerk zu einer Revolution geworden, die China in Blut und Brand gestürzt und mit den eigenen Interessen des Landes die aller Fremden schwer

geschädigt haben würde. Daß dies nicht geschehen, ist der Kaiserin zu danken gewesen, die, richtig behandelt, unzweifelhaft mehr für zeitgemäße und durchführbare Reformen zu thun im Stande sein dürfte und thun wird, als die Heißsporne der Reformpartei.

Der Betheiligung des Prinzen von Kung und Li Hung-chang's an den Ereignissen der letzten Jahre ist in Vorstehendem bisher nicht Erwähnung geschehen. Der Prinz war nach den ersten chinesischen Mißerfolgen gegen Japan 1894 wieder an die Spitze des Staatsraths und Auswärtigen Amts berufen worden, und wenn er auch den in ihn vielleicht gesetzten weiteren Erwartungen nicht entsprochen hat und nicht entsprechen konnte, so muß ihm doch jedenfalls das Verdienst zuerkannt werden, die Friedenspolitik der Kaiserin-Exregentin entschlossen unterstützt und seinen ganzen Einfluß für die Mission Li Hung-chang's nach Japan und die Ratification des von diesem abgeschlossenen Abkommens eingesetzt zu haben. Nach dem Friedensschluß aber hat es ihm unzweifelhaft an Muth und Entschlußfähigkeit gefehlt, die Verantwortung für die Ein- und Durchführung der nothwendigen Reformen zu übernehmen, obgleich er dazu wiederholt, auch von chinesischer Seite, gedrängt worden ist. Im vorigen Jahre ist er dann seinem alten Leiden erlegen. Li Hung-chang, der bis zu den chinesischen Mißerfolgen in 1894 von der englischen Presse bis in den Himmel erhoben worden war, ist seit demselben entsprechend herabgesetzt und geschmäht, in letzter Zeit als in russischem Solde stehend bezeichnet worden. Li's Verdienste — und er besitzt deren viele, wäre es auch nur der Muth, mit dem er seit 1871 allen Anfeindungen von Peking zum Trotz einem gewissen Fortschritt in fremdem Sinne gehuldigt hat — sind seine eigenen, seine Fehler sind die seines Landes, seiner Rasse und seiner Zeit; er ist jedenfalls der Einzige gewesen, der gewagt hat, das Odium des Friedensschlusses mit Japan auf sich zu nehmen und die nicht geringere Aufgabe des Besuches der Herrscher und Präsidenten der Vertragsmächte mit Würde und Erfolg durchzuführen. Zur Erklärung seiner Hinneigung zu Rußland bedarf

es nicht der Annahme einer Bestechung; der Eindruck der großen, bei den Krönungsfeierlichkeiten in Moskau entwickelten, für ein asiatisches Gemüth, das dort die Vertreter von hunderten von asiatischen Völkern sah, doppelt imponirenden Pracht und die ihm dort und in St. Petersburg von dem Kaiser selbst ertheilte Versicherung, daß Rußland eine Schädigung Chinas nicht beabsichtige und Concessionen nur zu dessen eigenem Schutz beanspruchen werde, genügen dafür vollständig; besonders wenn man dazu die Fehler in Betracht zieht, die Rußlands Gegner in Ostasien, England, seit einer Reihe von Jahren in seiner China gegenüber befolgten Politik begangen hat, und die hier aufzuführen theils überflüssig sein, theils zu weit führen würde. Wohl aber dürfte es an der Zeit sein, an den nachtheiligen Einfluß zu erinnern, den die Parteinahme protestantischer Missionare für die Taiping-Rebellion und die mehr oder weniger offenen Sympathien weiterer englischer Kreise für dieselben ihrer Zeit auf die chinesische Regierung ausgeübt hat. Eben daraus erklärt sich auch das Mißtrauen gegen die englische Politik, das seitdem ein Grundzug in der Haltung der chinesischen Staatsmänner geworden ist. Die Lage ist jetzt der zur Zeit des Ausbruchs des Taiping-Aufstandes nicht unähnlich. Wieder ist der Einfluß protestantischer Missionare auf die revolutionäre Thätigkeit und die Bestrebungen der sogenannten Reformatoren, die im Wesentlichen nur dem alten Grundsatz: „*ôte-toi que je m'y mette*“ huldigen, vorhanden, und wieder finden sich Freunde, Journalisten und Andere, die innerhalb und außerhalb Chinas — alle in der Landessprache in China erscheinenden Zeitungen sind als Eigenthum Fremder registriert — den Aufstand gegen die Regierung des Landes predigen, und aus ihren Sympathien für deren Gegner und Feinde kein Hehl machen. Wie protestantische Missionare zu Anfang der fünfziger Jahre in den Taipings die Reformatoren Chinas begrüßten, bis sie am eigenen Körper erfahren mußten, daß die Thaten der Taipings wenig den Principien entsprachen, mit denen sie anfänglich fremde Sympathien geködert hatten, so würde auch jetzt

die Ernüchterung nicht ausbleiben, wenn es den sogenannten Reformatoren gelänge, ihren Plänen auch nur den Anfang einer praktischen Ausführung zu geben. Wie ein Times-Correspondent sehr richtig bemerkt hat, ist der moderne Typus des „jungen China“ im Wesentlichen ein Product der Vereinigten Staaten, Hongkongs und der Vertragshäfen; die Betreffenden haben die Anfangsgründe einer englischen Erziehung erworben und besitzen eine oberflächliche Kenntniß von manchen Tagesfragen: sie sind vielfach als Schreiber bei den Behörden, in den Telegraphen-Bureaux und den Agenturen der Chinesischen Dampfschiffsgesellschaft, wie in fremden kaufmännischen Häusern beschäftigt, aber nur selten im Besitz eines öffentlichen Amtes. Dieser Typus, der in China das ist, was in Indien der „Babu“ (der eingeborene Schreiber in Bengalen) ist, nur in einem früheren Stadium der Entwicklung, hat nichts von den jetzigen Zuständen zu erwarten und gehört schon aus diesem Grunde zu deren bittersten Gegnern. Aber es ist kennzeichnend für die Auffassung weiterer Kreise in England, daß, während alle Kenner indischer Verhältnisse sich einstimmig gegen die Zulassung der Babus zu den verantwortlichen Verwaltungsstellen aussprechen, man in China von der Uebernahme der Regierung durch Persönlichkeiten, die auf einer noch niedrigeren Stufe der Bildung stehen, nicht allein eine Reform der Verwaltung, sondern auch eine freundlichere Stellungnahme fremden Interessen und Wünschen gegenüber erwartet. Letzteres ist ein um so bedenklicherer Irrthum, als es in China nur ein allen Kreisen der Bevölkerung im ganzen Lande gemeinsames Gefühl gibt, das der nationalen patriotischen Abneigung gegen alle fremden Einflüsse. Auch die Reformatoren haben sich diesem Gefühl, selbst wenn sie es nicht getheilt haben sollten, was unwahrscheinlich ist, um so weniger entziehen können, als die Entrüstung über die Demüthigung Chinas und die Furcht vor weiteren Bedrohungen seiner Selbständigkeit die Grundlage ihres ganzen Systems bildeten. Auch die Annäherung an Japan, die einen Theil derselben ausmacht, ist nur in dem Sinne eines ge-

meinigen Widerstandes gegen westliche Einflüsse erklärlich und verständlich. Wenn man in England glaubt, dieses Gefühl gegen Rußland ausnutzen zu können, so übersieht man dabei, daß ein japanisch-chinesischer Erfolg gegen letzteres oder irgend eine andere fremde Macht, auch wenn er mit Hülfe der activen Unterstützung oder einer wohlwollenden Neutralität Englands errungen würde, alle fremden Interessen und auch die englischen schädigen müßte, da asiatischen Mächten gegenüber — und auch Japan ist eine solche — Handelsfreiheit ohne politischen Rückhalt noch auf lange in die Kategorie der frommen Wünsche gehören dürfte. Es wird darum im wohlverstandenen Interesse der Vertragsmächte liegen, sich in China nicht auf politische Experimente einzulassen, sondern sich auf die Grundlagen zu stützen, auf denen allein eine weitere Fortentwicklung ohne gewaltsame Umwälzungen möglich erscheint und für deren Erhaltung Sorge zu tragen.

## Vom chinesischen Zopfe und dem was daran hängt.

(Abgedr. aus der „Deutschen Revue“ vom April 1900.)

Mit den Zöpfen ist es ein eigenes Ding. Wenn man denen glauben wollte, die Geschichte schreiben und die glücklicherweise nur selten berufen sind, sie zu machen, so hätte die Morgenröthe des neunzehnten Jahrhunderts das Grab des Zopfes beschienen, von dem nur einige wenige Exemplare, wie zum Beispiel der des seligen Bundestages in stiller Verborgenheit ein beschauliches Leben weitergeführt, bis auch ihnen die Stürme der sechziger Jahre das kümmerliche Lebenslämpchen ausgeblasen hätten. Greift man aber ins Leben hinein und wendet sich an die Leute, die nicht in den Bibliotheken leben, sondern auf den Straßen und auf dem Markt, im Rathhause und in der Gerichtsstube, dann hört man nur zu oft das mit grimmigem oder wehmüthigem Achselzucken begleitete Wort „der alte Zopf!“ und man kommt bald zu der Ueberzeugung, daß das viel geschmähte Anhängsel, von dem man vergessen hat, daß es einst auf dem Rücken des größten Herrschers tanzte, den Preußen je gesehen, und auf dem der Grenadiere, auf deren Schultern das Vaterland so sicher ruhte, wie die Welt auf denen des Atlas, wenn es auch äußerlich der Scheere zum Opfer gefallen, innerlich desto frischer lebe, blühe und gedeihe.

Da sind die Chinesen zu loben als viel ehrlicher und logischer. Der Zopf, der ihnen hinten hängt, und der für sie nicht das

alte Regime, sondern ein neues symbolisirt, — was sind nicht ganz drei Jahrhunderte für eine Nation, deren Civilisation auf einer mehr als dreitausendjährigen Grundlage ruht? — hat aufgehört, das Sinnbild des Sieges der Manſchuren und der Niederlage der Chineſen zu ſein, und wenn die britiſche Regierung heute, wie das geſchehen iſt, von den in ihren Kolonien geborenen oder naturalisirten Chineſen verlangt, daß ſie ſich, wenn ſie in China reiſen wollen, die Zöpfe abſchneiden, um den Schutz ihrer der britiſchen Behörden theilhaftig werden zu können, ſo erheben die bezopften Herren ein großes Geſchrei und proteſtiren eifrigt gegen eine ſolche Zumuthung, wie zum Beiſpiel die in Hongkong anſäßigen chineſiſchen Kaufleute dies noch in 1898 in einer an den oft genannten Lord Charles Beresford gerichteten Eingabe gethan haben.

Bei einer ſolchen offenkundigen Verehrung des Zopfes kann es nun freilich nicht Wunder nehmen, wenn „unſere eigenen Korreſpondenten“ und die Weltbummler, die ja beide gleich eifrig an der Schaffung der öffentlichen Meinung mitarbeiten, nach Kräften bemüht ſind, die verderblichen Folgen eines ſo antiquirten Cults in das hellſte Licht zu ſtellen, und das große Publikum, auf das die eigene ſittliche Entrüftung über andere ſtets ganz beſonders wohlthuend wirkt, in das „Kreuzige“-Geſchrei einſtimmt. Eine ganze Anzahl vortrefflicher Menſchen, für die eine Fliegenklappe ein Greuel iſt, und die gern ihr Scherflein zur Hebung und Stärkung der Antivivisektions-Bewegung beisteuern, ſehen roth, ſowie man ihnen von China ſpricht, und ſie würden nicht einen Knopf ihres Schlafrocks, ſondern die ſämmtlichen ihrer ganzen Garderobe abdrehen, wenn ſie dadurch die Mandarinen mit Stumpf und Stiel vertilgen könnten, damit auf dem mit den Leichen derſelben gedüngten Boden die Saat des zwanzigſten Jahrhunderts recht üppig ins Kraut ſchieße. Dieſer Auffaſſung gegenüber dürfte es wohl an der Zeit ſein, an das alte Prinzip zu appelliren, daß auch der andere Theil, das heißt China, gehört werde, ehe ihm das Fell über die Ohren gezogen und ſeine

zerstückelten Glieder, *disjecta membra*, unter die Schlächter vertheilt werden.

Am 8. April 1899 hielt der chinesische Gesandte in Washington, Wu Ting-fang, der seine juristischen Studien in England gemacht hat und der englischen Sprache besser und mehr mächtig ist, als die meisten Weltverbesserer in Deutschland, bei Gelegenheit der Jahresversammlung der amerikanischen Akademie der politischen und socialen Wissenschaften eine Ansprache, in der er ganz besonders hervorhob, wie es bei den westlichen Völkern viel zu sehr zur Gewohnheit geworden sei, hochmüthig über die Verdienste hinwegzusehen, welche auch die Orientalen sich für die Bildung des Menschengeschlechts erworben hätten, und bei einem Festmahl der American Asiatic Association am 26. Januar d. J. in New-York fügte er diesen Worten die Warnung hinzu, im Verkehr mit den Chinesen höflich und zuvorkommend zu sein und nicht zu vergessen, daß die chinesischen Begriffe von Etikette und von allem andern total verschieden von den in Amerika herrschenden seien, sowie sich des Worts des Präsidenten Lincoln zu erinnern, daß man nicht jedermann allezeit zum Narren halten könne.

In diesen beiden Reden Wu Ting-fangs liegt, wie in einer Nußschale, das Geheimniß des Mißverständnisses, das augenblicklich das Verhältniß Chinas zu Europa und damit auch zu Deutschland beherrscht. China ist ein Agrarstaat im weitesten wie im engsten Sinne des Wortes, und damit ist der Grund für die Mißachtung von Handel und Verkehr gegeben, die aus dem Kaufmann in China einen Angehörigen der niedrigsten Klasse der Bevölkerung macht, gerade wie unsere Agrarier mit Verachtung und Mißtrauen auf den Kaufmann blicken, der ihrer Ansicht nach kein anderes Streben hat und kein anderes Ziel kennt, als der Landbevölkerung in mehr oder weniger unredlicher Weise das Geld aus der Tasche zu locken. China ist aber zugleich ein Gelehrtenstaat. Im Großen und Ganzen eröffnet nur das Bestehen der literarischen Prüfungen den Weg zur Beamtenlaufbahn, und da die ganze

amtliche Wissenschaft auf den Lehren des Confuzius beruht und der Ahnenkultus einen integrierenden Theil derselben bildet, so thut man wohl nicht unrecht, wenn man annimmt, daß der Chinese das Fortbestehen des Reichs mit dem des Confuzianismus identifiziere und sich das eine nicht ohne den andern denken könne. In diese Verhältnisse nun ist auf der einen Seite der fremde Missionar, auf der anderen der fremde Kaufmann gewaltsam hineingeschoben worden, und während der eine die Grundlagen des Staats untergräbt, indem er an die Stelle des einheimischen Cults ein fremdes Dogma zu setzen bestrebt ist, spricht der andere allen volkswirtschaftlichen Anschauungen der Behörden und der Bevölkerung Hohn, indem er für seine Wünsche und Bedürfnisse eine Rücksicht verlangt, die beide dem Handel bisher nie zuzugestehen in die Lage gekommen waren. Darum die immer wieder überall auftretenden Angriffe gegen die fremden Missionare und die eingeborenen Christen, und darum der andauernde Widerstand gegen Zugeständnisse an die Bedürfnisse des fremden Handels. Nimmt man dazu die Art und Weise, wie China in den letzten Jahren von der fremden Diplomatie drangsalirt worden ist, wie bald hier, bald dort ein Felsen seines Gebietes von der einen oder der andern Macht in Besitz genommen worden ist, und wie die fremde Presse die Auftheilung des Reichs diskutirt, so kann man es den Chinesen wirklich kaum verdenken, wenn sie, wie der Franzose sagt, se mettent de travers pour ne pas se laisser avaler. So betrachtet, wird man den ja meistens passiven Widerstand, den China dem Eindringen fremder Ideen und Methoden leistet, besser verstehen und entschuldigen, als wenn man von der Höhe der eigenen Stellung herab glaubt, mit einigen Phrasen von Entartung, Verfall und Verkommenheit das Schicksal von vierhundert Millionen Menschen bestimmen zu können.

Eine der besten Kennerinnen Ostasiens, Mrs. Bishop (früher Miß Isabella Bird) hat in ihrem letzten Werke: „The Yangtze and beyond“ die Frage des angeblichen Verfalls des chinesischen

Reichs einer gründlichen Erörterung unterzogen und ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß für das Volk zum mindesten von einem solchen gar keine Rede sein könne. In allen Klassen desselben pulsiere im Gegentheil ein frisches Leben, das den Beobachter mit Staunen erfülle und zu den besten Hoffnungen, in keinem Falle aber zu dem Glauben an einen Niedergang des chinesischen Volks berechtige. Auch für das Beamtenthum, die vielgeschmähten Mandarinen, findet sie ein gutes verständiges Wort; sie schildert die zahllosen Pflichten, die jedem einzelnen derselben obliegen, die schlechte Bezahlung, die der Staat ihm gewährt, und die bei der Nothwendigkeit alle Unterbeamten aus eigenen Mitteln zu unterhalten, Unterschleife und Bestechlichkeit fast unvermeidlich macht, und sie kommt so zu dem sehr richtigen Schlusse, daß das System mehr als die Beamten selbst die Schuld an dem vorhandenen Uebel trügen und daß nur von einer Abänderung des ersteren Abhülfe zu hoffen sei. Aber auch sie verkennet die Schwierigkeiten nicht, die sich aus der jahrtausendjährigen Dauer des Uebels ergeben, und die dadurch gesteigert werden, daß der Chinese, wenn er nicht in das Räderwerk der Verwaltung geräth, und die Veranlassungen dazu sind so selten, daß hunderttausende nie in andere Berührung mit ihr kommen, als durch die Bezahlung ihrer Abgaben und Steuern, die im Allgemeinen sehr gering sind, was sein öffentliches wie sein Familienleben, seine Geschäfte, seine Vergnügungen und die Bedürfnisse seines Leibes und seiner Seele angeht, unendlich viel freier und unbehinderter sei als der freieste Mann in dem freiesten Lande der Welt. Es klingt wie eine paradoxe Behauptung und ist doch nur eine einfache Wahrheit, daß wenn morgen in einer chinesischen Stadt die Hälfte von den Einmischungen der Regierungs-, Verwaltungs- und Polizeibehörden vorkämen, die bei uns längst als etwas Selbstverständliches hingenommen werden, die Bevölkerung derselben sich in vierundzwanzig Stunden in offenem Aufstande befinden würde.

Man sieht, der chinesische Zopf ist nicht viel schlimmer als

der europäische, und er wird, wie der letztere, wohl manche Reform überleben, und noch nach langer Zeit in einer oder der andern Weise Proben seiner Lebenskraft und Leistungsfähigkeit ablegen. Was aber wichtiger und bedeutungsvoller für die Entwicklung der Beziehungen zwischen dem Auslande und China sein dürfte, als die Existenz dieses Poppes, ist die Art und Weise, wie man sich zu den Trägern desselben zu stellen wissen wird. China wird in den Vereinigten Staaten, wo man der politischen und kommerziellen Entwicklung des Landes die größte Aufmerksamkeit zuwendet, als der Markt der Zukunft angesehen, und der Gedanke der Besitznahme der Philippinen ist nicht zum mindesten durch die Absicht, sich einen möglichst großen Antheil an dem Handel mit dem chinesischen Absatzgebiet zu sichern, erzeugt und verstärkt worden. Mit dieser Auffassung, an der auch die Reden von Karl Schurz und den Demokraten nichts ändern dürften, werden auch alle andern Mächte, die Interessen in China besitzen, zu rechnen haben, sie schließt von vornherein für jeden andern Staat als Rußland die Möglichkeit eines Eingriffes in den Bestand des Reichs der Mitte aus und auch für Rußland werden solche Gelüste sich auf etwaige Erwerbungen an der Landgrenze beschränken müssen, an der zum Beispiel auch die Mongolen ein leichter zu bewältigendes Volksmaterial abgeben als die Chinesen. Aus diesem Grunde wird es sich auch für Deutschland empfehlen, an dem seiner Zeit von dem Grafen von Bülow aufgestellten Programm festzuhalten, das neben dem Fortbestehen der besten Beziehungen zu der chinesischen Regierung die friedliche Weiterentwicklung der deutschen kommerziellen und industriellen Interessen in China ins Auge faßt. Dazu gehört allerdings der Entschluß, dem Hezen und Drängen einer ganzen Anzahl von Organen der deutschen öffentlichen Meinung, die nach diplomatischer und militärischer Intervention, nach Auftheilung Chinas und nach Gebietserwerbungen und Annexionen schreien, dauernd und energigisch entgegenzutreten. Für den Kenner ostasiatischer Verhältnisse macht es ja allerdings hauptsächlich einen

komischen Eindruck, wenn jedes Auftreten einer Räuberbande als der Beginn einer gegen die Dynastie gerichteten Bewegung geschildert wird, wenn die einfache, durchaus legale und durch die Verhältnisse gebotene Regelung der Nachfolgefrage zu hysterischen Telegrammen und Berichten über Mord und Totschlag im kaiserlichen Palast in Peking Veranlassung gibt, und wenn sich noch immer Leute finden, die sich einbilden, daß die Kaiserin-Regentin im Jahr 1898 lebensfähige Reformen mit roher Hand im Keime erstickt habe und sich, nachdem sie sich beinahe vierzig Jahre als eine sehr verständige Frau erwiesen, nunmehr auf einmal als eine unvernünftige Tyrannin entpuppe. Auf den Kenner der Verhältnisse wirken solche Mittheilungen, wie gesagt, hauptsächlich komisch, besonders wenn man die Hände kennt, die in China die Drähte ziehen, an denen die Marionetten in Europa tanzen, aber die fortwährenden Aufhebungen und Angriffe, die ohne jede ernstere Grundlage von einem Theil auch der deutschen Presse gegen die chinesische Regierung gerichtet werden, haben doch auch eine recht ernste und bedenkliche Seite. Man würde sehr irren, wenn man annähme, daß dieselben nicht zur Kenntniß der Regierung in Peking gelangten, und sie werden bei der Uebersetzung und Uebermittlung vermuthlich eher an Schärfe gewinnen als verlieren; in solchen Fällen findet sich immer Jemand, der ein Interesse daran hat, den Demunzianten zu spielen; sie tragen daher sicher nicht dazu bei, die Erfüllung der Aufgaben der diplomatischen und konsularischen Vertreter zu erleichtern, wie sie ebenfalls wenig geeignet sein dürften, den deutschen Kaufmann bei der Konkurrenz um den Abschluß von Regierungsgeschäften zu unterstützen. Wenn man sieht, wie der chinesische Gesandte in England, Sir Chichen Lofengloh, von einer Stadt zur andern zieht, überall von den Vertretern des Handels und der Industrie empfangen, herumgeführt und gefeiert, wie der Gesandte Chinas in den Vereinigten Staaten in gleicher Weise im Interesse der amerikanischen Industrie bearbeitet wird, so kann man nur mit aufrichtigem Bedauern feststellen, wie für einen großen Theil der

deutschen Presse China nur den Vorwand zu Angriffen gegen Regierung und Volk bietet, die, wenn sie nicht jeder Grundlage entbehren, doch meistens als sehr übertrieben bezeichnet werden müssen. Die Aufgabe, die Deutschland in China zu lösen hat, ist ohnehin eine genügend schwere und verantwortliche, als daß nicht der Wunsch gerechtfertigt wäre, daß die Presse sich über die Tragweite ihrer Äußerungen klar werden und nicht ohne genügende Veranlassung zur Verschlechterung unserer Beziehungen mit einem Reiche beitragen möchte, mit dem in Frieden und Freundschaft zu leben wir alle Veranlassung haben. Dann werden auch wir dazu mitwirken können, dem chinesischen Zopf einige Härchen auszurupfen und so die Verdümmung desselben zu befördern; eine Arbeit, die freilich feiner behandelt sein will, als wenn man dem Chinesen mit beiden Händen in den Schopf fährt, die dafür aber auch bessere und dauernde Resultate ergeben dürfte, als das letzterwähnte Verfahren.

## Asiatische Schatten.

(Abgedr. aus der „Deutschen Revue“ vom Juni 1900.)

„Coming events cast their shadows before“ sagt der Engländer. „Kommende Ereignisse werfen ihre Schatten voraus.“ Am blauen, wolkenlosen Himmel steigt ein Wölkchen empor, es zieht zwischen der Sonne und Erde hindurch, und sein Schatten fährt geisterhaft über die grüne Frühlingsfaat oder das goldne Aehrenfeld; erstaunt blickt der Wanderer auf, aber schon sind Wolke und Schatten weitergezogen, und die Felder liegen wieder in heller Sonnengluth. Was aus der Wolke wird, ob sich andre zu ihr gesellen und in ferneren Zonen befruchtenden Regen oder verwüstenden Hagel auf die Fluren hinabsenden, kümmert den Wanderer wenig, er sieht nur, daß ihn kein Unwetter bedroht, und das genügt ihm. Anders, wenn die Wolken zu großen Massen zusammengeballt den ganzen Himmel bedecken, Blitze aus ihnen hervorzucken, und der schnellfolgende Donner das Herannahen der Gefahr verkündet; dann krampft sich wohl auch dem Muthigeren das Herz zusammen, und erleichtert athmet er auf, wenn das Unwetter vorübergezogen ist und das Grollen des Donners nur noch aus weiter Ferne herüberschallt. Aber es liegt in der Natur des Menschen, die vergangene Gefahr leicht zu vergessen und nicht daran zu denken, daß was einmal geschah, nicht allein wiederkehren kann, sondern wiederkehren muß. Gütige Feen haben ihm die Hoffnung und das Glück des leichten Vergessens in die Wiege gelegt, und warum sollte er, der sich so selten des Todes erinnert, dauernd an die kleineren nicht unvermeidlichen Uebel denken.

Und wie dem einzelnen geht es der großen Masse. Wenn die Schatten über die Erde huschen, blickt alles auf, um zu sehen, welche Wolke sie hervorrufen, und wenn das Gewitter grollt, greift jeder zum Regenschirm oder eilt nach Hause, um beim ersten Sonnenstrahl das schützende Dach zu verlassen und sich der neuen Ruhe zu erfreuen.

Die Aufregung, die sich zu Anfang der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts der Presse und nicht nur der politischen Welt bemächtigte, als die sogenannte centralasiatische Frage auftauchte, hat in dem Maße abgenommen, wie die Lage ernster geworden ist. Von den unzähligen Zeitungsartikeln, Aufsätzen und Broschüren, die den Gegensatz zwischen Rußland und England in Asien behandelten, sind die meisten vergessen worden und die wenigsten, welche damals in das Geschrei einstimmten, sind sich über die Fortschritte klar, welche Rußland seitdem in jenen Gegenden gemacht hat.

Als 1865 Persien, das von englischer Seite wenig anders als wie ein russischer Vasallenstaat angesehen wurde, Herat einnahm, zwang eine englische Expedition den Schah zur Auf- und Rückgabe seiner Eroberung, aber 1865 besetzte Rußland Tschkend, 1868 Samarkand, 1873 Khiwa und 1875 Khotand; im Jahre 1884 annektirte es Merv, und im Jahre darauf bemächtigte General Komaroff sich Penjdehs.

England wich in allen diesen Fragen trotz einigen Rasselns mit der parlamentarischen Klapper muthig zurück, und die Befestigung von Quetta und die Verbindung desselben und Pishins mit Indien durch eine Eisenbahn können kaum als eine genügende Kompensation dafür angesehen werden, daß Rußland nunmehr Afghanistan unmittelbarer Nachbar geworden ist und seine Vorposten in Chihl Duxteran und Kosh Assiah, keine fünfzig Kilometer von Herat entfernt stehen.

Es ist ja nur ein Spiel phantastischer Laune, wenn der Verfasser des die ganze Nummer der „Monde illustré“ vom 1. März d. J. füllenden Artikels über einen Krieg zwischen

England einer- und Rußland und Frankreich anderseits, die zu demselben Veranlassung gebenden Verwickelungen mit einem Ueberfall der Bahnstation in Kosh durch afghanische Truppen beginnen läßt, aber es zeigt doch, welche Bedeutung dieser russischen Stellung beigemessen wird.

Die transkaspische Bahn, die bei Uzna Uda am Kaspischen Meer beginnt und 1886 bis Merv, 1888 bis Samarkand, 1892 bis Tashkend vollendet wurde, reicht jetzt bis unmittelbar an die afghanische Grenze, und im Herbst vorigen Jahres konnte mit günstigem Erfolge der Versuch einer Mobilisirung der Truppen in Kosh gemacht werden. Selbst über den Hindukusch hinüber hat Rußland seine Fühler ausgestreckt, und wenn die Besetzung von Hunza-Nagar und Kanjut 1891 und Chitral 1894 durch England den russischen Versuchen in diesen kleinen Fürstenthümern festen Fuß zu fassen auch die Spitze abgebrochen hat, so hat doch diese Besitznahme der indischen Regierung bereits schwere Lasten und Opfer an Menschen und Geld auferlegt, die kaum durch die Beherrschung der südlichen Ausgänge der aus Dardistan nach Indien führenden Pässe ausgeglichen werden dürften. Aber auch nach andern Richtungen hin hat Rußland in Asien seine Stellung verstärkt. Die russische Politik ist in Persien wie in China unermüdlich thätig gewesen, und man sieht mit Erstaunen, wie weite Gebiete die Fangarme des europäisch-asiatischen Riesenspolypen zu umklammern vermögen. Daß die russische Diplomatie in Persien ihrer englischen Rivalin seit lange den Rang abgelassen, ist ein offenes Geheimniß, zu dessen Bestätigung es nicht des Erfolgs des letzten finanziellen Geschäfts bedurfte. Aber auch die Konzessionen, die Rußland im nordöstlichen Theile Kleinasiens bereits erworben hat oder noch zu erwerben strebt, sind im wesentlichen mit dazu bestimmt, Persien auch von der Westseite zu umfassen und es Rußland tributär zu machen. Noch schneller und ins Auge fallender sind die Erfolge, die Rußland in Ostasien errungen hat. Während es jahrhundertelanger Bemühungen bedurfte, von 1580 bis 1851, um Sibirien bis an

die Küste des Stillen Oceans zu unterwerfen, genügten wenige Jahrzehnte, um Rußland in den Besitz der beiden großen Ströme, des Amur und des Ussuri zu setzen, und fünf Jahre, 1895 bis 1900, um das Recht zur Durchquerung der Manchurie für die transsibirische Bahn zu erhalten, die Konzession zum Bau einer Bahn durch die Mongolei nach Peking zu erlangen und zwei offene Häfen am Gelben Meer, Talienwan und Port Arthur, zu erwerben, von denen der erste der Endpunkt der transsibirischen Bahn zu werden bestimmt ist, während der andere zu einem asiatischen Gibraltar umgeschaffen werden soll, das um so uneinnehmbarer sein wird, als es zu seiner Bezwingung bedeutender Landstreitkräfte bedürfen würde, die nur durch etwaige asiatische Allirten des oder der eventuellen Gegner Rußlands aufgestellt werden könnten. Nur an einem einzigen Punkt in Ostasien entsprechen die Erfolge Rußlands nicht den Wünschen und Bedürfnissen der Petersburger Staatsmänner; in Korea. Dort sind die Ergebnisse, die mit der Flucht des Königs von Korea vor den Japanern in die russische Gesandtschaft der russischen Politik in den Schoß gefallen waren, durch das ungeschickte Vorgehen der russischen Diplomaten, die die Erbschaft des langjährigen Vertreters Rußlands in Söul, Waeber, angetreten haben, verloren gegangen, und der japanische Einfluß, der ganz verschwunden war, macht sich wieder in sehr anti-russischer Weise fühlbar.

Allen diesen russischen Erfolgen gegenüber hat England wenige oder keine eigenen aufzuweisen. Noch beherrscht es den Persischen Meerbusen, aber im Hinterlande machen sich russische Einflüsse jeder Art, kommerzielle, finanzielle und politische in immer erhöhtem Maße geltend, und russische Rohprodukte und Fabrikate machen den englischen erfolgreiche Konkurrenz. In Indien vermag die Herstellung der wissenschaftlichen (scientific) Grenze weder die Politiker noch die Soldaten darüber zu täuschen, daß der Frieden an der Nordgrenze auf zwei Augen, denen des gegenwärtigen Emirs von Afghanistan, beruht, und daß mit dem

Tode desselben in Afghanistan Erbfolgestreitigkeiten ausbrechen können, man ist fast versucht zu sagen, müssen, deren mögliche politische und militärische Tragweite sich gar nicht übersehen lassen. Was endlich Ostasien anbetrifft, so können keine gegentheiligen Behauptungen englischer Diplomaten und parlamentarischer Unterstaatssekretäre über die Thatfache hinweghelfen, daß der einzige Eindruck, den Chinesen und Japaner von der englischen Politik seit 1895 empfangen haben, der ist, daß England sich vor Rußland fürchte und seine Politik ein zerbrochenes Rohr sei, das die Hand desjenigen verlege, der sich auf dasselbe zu stützen versuche. Zu diesen Gefühlen, die das Verhalten der Regierungen in Tokyo und Peking sehr wesentlich beeinflussen, kommen auf der einen Seite die Schaffung des französischen hinterindischen Reiches, das eine ernste Gefahr für England sein könnte, wenn sich in ihm nicht wieder die traditionelle Unfähigkeit der Franzosen zu kolonisiren breit machte, und auf der andern Seite das wachsende Interesse der Amerikaner an der Entwicklung der der pacifischen Küste der Vereinigten Staaten gegenüber liegenden Reiche Ostasiens, besonders Chinas.

Der besonnenen Politik hauptsächlich des Kolonialministers Chamberlain und der Haltung der englischen Presse während des amerikanisch-spanischen Krieges ist es gelungen, manche der Empfindlichkeiten, wie das Mißtrauen der republikanischen Partei und Presse in den Vereinigten Staaten, wenigstens theilweise zu beseitigen, aber die im Herbst dieses Jahres bevorstehende Präsidentenwahl gibt den Demokraten eine willkommene Gelegenheit, eine anti-englische Politik zu einem der Hauptpunkte ihres Wahlprogramms zu machen und die Unterstützung der Burenrepubliken zu fordern. Praktische Erfolge wird diese Politik kaum zeitigen, aber sie wird die anti-englischen Strömungen in den Vereinigten Staaten stärken und damit die Politiker dort und anderswo zwingen, wenigstens mit der Möglichkeit eines Konflikts zwischen Amerika und England zu rechnen.

Freilich beherrscht England noch unbestritten das Meer,

seine Kolonien spannen sich in mehrfachem Gürtel um die Erde, und seine Kohlenstationen und Telegraphenlinien sichern ihm noch ein erhebliches Uebergewicht über alle anderen Mächte. Aber gerade die Art, wie es diese Vortheile in dem noch andauernden Kriege mit den Boerenrepubliken den Neutralen gegenüber gebraucht und gemißbraucht hat, machen es den Letzteren zu einer Pflicht der Selbsterhaltung, auch ihrerseits an den Ausbau derartiger Kampfmittel zu gehen.

Selbstverständlich werden die Gegenzüge der anderen Seemächte nur langsam erfolgen können, aber auch in dieser Beziehung fallen manche Schatten auf die bis jetzt unbestrittene und unbestreitbare Seeherrschaft Großbritanniens.

Mit dem Aufgeben mancher alten Tradition, so des Interesses an der Erhaltung der Türkei und Chinas hat England eine Bahn betreten, die ihm schon mancherlei Enttäuschungen bereitet hat und ihm noch andre bringen dürfte, wenn die Steine einmal anfangen, von den Fundamenten seiner Macht abzubröckeln.

Auch in manchen andern Punkten zeigt sich in Ostasien ein Zurückgehen englischer Interessen. In Japan, dessen Gesamt-handel 1899 über 16 Millionen Mark geringer war als 1897 (Einfuhr 441 Millionen Mark, 116 Millionen weniger als 1898, Ausfuhr 424 Millionen Mark, 100 Millionen mehr als im Vorjahr) trifft der Hauptverlust die englische Einfuhr, während in China bei einem Gesamtwertb des Handels von ca. 1400 Millionen Mark (280 Millionen Mark mehr als im Vorjahr und mehr als das Doppelte als 1890), wenn auch die englischen Einfuhren gestiegen sind, dieselben doch in der Zunahme erheblich hinter den amerikanischen und japanischen zurückbleiben. Weit bemerkenswerther aber, weil symptomatischer, ist, daß als das Peking Syndikat, unzweifelhaft diejenige Eisenbahn- und Bergwerks-gesellschaft, welche mit den ihr in Honan und Shenji in China erteilten Konzessionen Kapitalsanlagen die beste und sicherste Aussicht darbietet, im April dieses Jahres 900 000 Pfund Sterling Aktien in London auf den Markt brachte, das Publikum

nur  $7\frac{1}{2}\%$  des aufgelegten Betrages zeichnete und die Garantien der Emission, unter denen sich Häuser wie N. M. Rothschild and Sons und J. P. Morgan befanden, den gesammten von ihnen garantirten Betrag übernehmen mußten.\*) Es zeigt dies, daß das englische Privattkapital, ohne das schließlich auch die größte Bank nichts anfangen kann, Unternehmungen in China noch sehen und ablehnend gegenübersteht. Welches Gewicht einer solchen Erscheinung gegenüber die der russischen autokratischen Regierung für den Bau der transsibirischen und manchurischen Bahn zu Gebote stehenden Mittel in die Waagschale zu werfen im Stande sind, bedarf keiner näheren Erwägung.

Aber trotz so mancher Schatten, die in Asien auf die englischen Interessen fallen und den englischen Staatsmännern beim Hinblick auf die Zukunft wohl sorgenvolle Stunden bereiten dürften, bleiben zwei Punkte, die ihrerseits geeignet sind, das britische Volk mit stolzer Zuversicht zu erfüllen. Der eine derselben ist die Menge und die Billigkeit des vorhandenen Geldes; die  $2\frac{1}{2}\%$  englischen Konsols stehen trotz des Krieges über pari, während zum Beispiel die Deutschen Reichs- und preußischen  $3\frac{1}{2}\%$ -Anleihen Mühe haben, sich auf 96 zu halten, und da zum Kriegführen bekanntlich Geld, und wieder Geld und noch einmal Geld gehört, so liegt in dieser Plethora des englischen Geldmarkts die sicherste Gewähr für die Erhaltung des Friedens und damit bis auf Weiteres des englischen Besitzstands; der andre noch wichtigere Punkt aber ist die auch in den jetzigen Zeitläufen wieder herrlich bewährte Opferbereitschaft und Opferfreudigkeit des englischen Volks. L. von Vincke, der spätere Oberpräsident von Westfalen, der während der ersten Zeiten des Kriegs mit Frankreich in England weilte, schrieb darüber an Stein unter dem 8. August 1800: „Mein Gott, wenn der König einmal ge-

\*) Zur Erklärung sei hinzugefügt, daß in England selten oder nie Anleihen auf den Markt gebracht werden, ohne daß ein oder mehrere große Bankhäuser sich zur Uebernahme der aufgelegten Beträge bereit erklärt haben, falls das Publikum dieselben nicht zeichnen sollte.

nöthigt werden sollte, etwas Aehnliches als eine Infometaxe bei uns zu verlangen! Hier hat Niemand widersprochen, und Adel und Kaufmannschaft bezahlen sie neben der ungeheuren Last anderer Auflagen, welche aber die Wohlhabenden so ganz vorzüglich treffen, ohne alles Murren! Jeder wetteifert mit dem andern, das Gouvernement auf alle Weise zu unterstützen und durch eigene Aufopferung zu befestigen; dagegen der größere Haufe unsers Adels noch immer wähnt, der Staat könne nicht bestehen, ohne seine unbedingte Exemption von allen wesentlichen Beiträgen, ohne Druck und Dienstbarkeit der anderen Stände, und die geringste Abänderung und Nachgiebigkeit müsse unbedingt den Zusammensturz des Gouvernements zur Folge haben, und wieviel würde nicht dazu gehören, den dummen Glauben auszurotten, daß dies alles bis ans Ende der Welt stehen bleiben werde, daß es daher thöricht sein würde, etwas aufzuopfern, um sich das Wesentliche zu erhalten.“ Und beinaß siebenzig Jahre später stellte Graf von Schwerin im Preussischen Abgeordnetenhaufe dem englischen Adel ein ähnliches ehrenvolles Zeugniß aus, als er am 30. November 1868 erklärte, daß der Unterschied zwischen der englischen und unserer Aristokratie der sei, daß die großen Familien in England stets an der Spitze der Freiheit ständen, während man bei uns die Spitzen der alten Familien immer nur da sehe, wo es sich um die Erhaltung von Privilegien handle.

Das trifft für den englischen Adel auch heute noch zu, wollte Gott, daß es für den preussischen Adel im Laufe des letzten Jahrhunderts weniger zutreffend geworden wäre.

## Chinesische Sorgen.

(Abgedr. aus der „Finanz-Chronik“ vom 26. Mai 1900.)

### I.

Die Nachrichten aus China lauten wenig erfreulich; um so unerfreulicher, als man nicht in Abrede stellen kann, daß die Schuld an den im Reich der Mitte herrschenden Zuständen nicht zum geringsten Theil die Fremden selbst trifft. Als im Jahre 1891 die Ausbrüche des Fremden- und Christenhasses im Yangtse-  
thal nicht nur einen Vorwand, sondern einen Grund zum Einschreiten der fremden Mächte gaben, fielen die Vereinigten Staaten im letzten Augenblicke, um und Lord Salisbury beeilte sich, dem ihm vielleicht nicht unwillkommenen Beispiel zu folgen. Die in der letzten Zeit mit so großem Aufwand von Telegrammen angekündigte Flottendemonstration vor Taku oder im Peiho dürfte in ganz ähnlicher Weise in den Sand verlaufen sein; wenigstens hört man nichts mehr von ihr, obgleich die chinesische Regierung, soweit die vorhandenen Nachrichten reichen, den Forderungen der fremden Vertreter gegenüber nur ein geringes Entgegenkommen bethätigt zu haben scheint. Solche Vorkommnisse sind um so mehr zu bedauern, als gerade Orientalen gegenüber eine nicht durchgeführte Drohung stets den Eindruck hervorzubringen pflegt, daß es dem Betreffenden nicht am Willen, sondern an der Macht gefehlt habe, seinen Worten die That folgen zu lassen. Das ist aber, soweit es sich nicht um die Erlangung von in den Augen

der Chinesen mehr oder weniger illusorischen Zugeständnissen gehandelt hat, und auf dieselben wird weiter unten zurückzukommen sein, die Signatur der Politik gewesen, welche die meisten Vertragsmächte seit 1895 China gegenüber verfolgt haben.

Eine Ausnahme in dieser Beziehung machen nur Rußland und Deutschland. Ersteres, das durch das Nichtvorhandensein parlamentarischer Institutionen einen unermesslichen Vorsprung vor allen seinen Rivalen hat und dessen Beamten, wie seine ganze Bevölkerung zum Umgang mit Asiaten und zur Zivilisierung, Russifizierung wäre vielleicht richtiger, asiatischer Reiche durch den eigenen halb mongolischen Charakter besonders befähigt sind, hat es verstanden, die China abgerungenen Zugeständnisse praktisch zu verwerthen und den zur Verbindung mit der manchurischen Bahn bestimmten von Talienwan ausgehenden Schienenweg mächtig zu fördern, ohne in schwerwiegende Konflikte mit der chinesischen Regierung oder Bevölkerung verwickelt zu werden. Deutschland hat ebenfalls die Ausnutzung der erlangten Zugeständnisse energisch in die Hand genommen, und wenn es ihm nicht immer gelungen ist, vielleicht zu vermeidenden Zusammenstößen mit der einheimischen Bevölkerung ganz aus dem Wege zu gehen, so zeigt doch die in Tsingtau wie sonst im deutschen Gebiet entwickelte Thätigkeit wie das Fortschreiten des Bahnbaues, daß die deutschen Interessen in China, wenn auch vielleicht mit weniger praktischem Geschick als von Seiten der Russen und unter erheblich größeren materiellen Schwierigkeiten, immerhin mit anerkannter Energie vorwärts getrieben worden sind.

Einen ganz anderen und vom Standpunkt allgemeiner zivilisatorischer Interessen viel weniger erfreulichen Eindruck macht die Art und Weise, wie die von China erlangten Zugeständnisse bis jetzt von Seiten der englischen, französischen und amerikanischen Interessenten ausgenutzt worden sind. Was die amerikanischen Syndikate anbetrifft, so scheinen dieselben sich um die ihnen zuertheilten Konzessionen hauptsächlich deswegen bemüht zu haben,

um dieselben an andere fremdländische Unternehmer weitergeben zu können. Der große Gewinn, den in den Vereinigten Staaten selbst angelegtes Kapital zu bringen pflegt, erklärt diese Erscheinung. In Frankreich hat es immer an dem nöthigen Unternehmungsgeist und dem für überseeische Unternehmungen erforderlichen Kapital gefehlt. Das Letztere folgt daher auch lieber in Nordchina russischen und belgischen Impulsen und Spuren, als daß es sich in Südchina oder selbst in Tonking eigene Bahnen suchte. Auffallender ist es, daß das englische Kapital selbst gute Ausichten bietenden englischen Unternehmungen in China ablehnend gegenüber steht.

Die Erklärung dafür ist vielleicht in dem nicht unberechtigten Mißtrauen zu suchen, das englische kaufmännische und finanzielle Kreise der Kontinuität und Stabilität der englischen Politik in Ostasien entgegenbringen, wie in den Befürchtungen, die von interessirter Seite über die Zustände in China verbreitet werden. Leider läßt sich nicht in Abrede stellen, daß das Vorgehen der englischen Diplomatie wenig geeignet gewesen ist, in weiteren Kreisen das Gefühl der Sicherheit hervorzurufen, ohne das eine gedeihliche Entwicklung finanzieller und industrieller Unternehmungen ausgeschlossen erscheinen muß. Seit dem Jahre 1895, in dem England sich weigerte, der Intervention Rußlands, Deutschlands und Frankreichs zu Gunsten Chinas beizutreten, hat die englische Regierung keine Gelegenheit vorbeigehen lassen, sich China gegenüber schwach oder ungerecht zu zeigen. Anstatt den Konkurrenz-Kampf mit Rußland mit dem letzteren direkt auszufechten, hat sie es vorgezogen, vor demselben Schritt für Schritt zurückzuweichen und China für jedes ihrem Rivalen gemachte Zugeständniß verantwortlich zu halten. Auf der andren Seite hat sie China eine Anzahl von Konzessionen abgerungen, die sich, wie z. B. die Eröffnung aller Binnengewässer für fremde Schiffe, auf dem Papier vortrefflich ausnahmen, deren Ausführbarkeit aber, wenn auch nur vom fiskalischen Standpunkt aus, jeder mit den Verhältnissen Vertraute von vornherein bezweifeln

mußte. In der Frage der Revision des Zolltarifs, in der China berechtigt ist, Zugeständnisse zu verlangen, die ihm nicht zu verweigern im eigenen Interesse der fremden Mächte liegt, denn die heutigen Zollsätze stehen nicht allein weit hinter dem zurück, was Europa und Amerika Japan bewilligt haben, sondern sie erreichen nicht einmal die Höhe des in den früheren Verträgen angenommenen Durchschnittssatzes von 5 % und bleiben um  $1\frac{1}{2}$  bis 2 % hinter demselben zurück, hat England ebenfalls sehr wenig Entgegenkommen gezeigt und sich hinter Bedenken und Forderungen der Kaufleute versteckt, während es doch 1894 den Vertrag mit Japan abgeschlossen hat, der eine erhebliche Erhöhung der Zollsätze und die Aufhebung der konsularischen Gerichtsbarkeit zugestand, nicht allein ohne die an diesen Fragen interessirten Kaufleute zu hören, sondern im Widerspruch mit den von denselben erhobenen Bedenken und Warnungen. Ebenso tadelnswerth ist der Versuch, der von englischer Seite gemacht wird, aus dem hauptsächlich wohl nur in den Köpfen einzelner überspannter Fanatiker bestehenden dauernden Gegensatz zwischen der Kaiserin-Regentin und dem Kaiser politisches Kapital zu schlagen und unter den chinesischen Staatsmännern eine englische Partei zu schaffen, deren Aufgabe nur die sein könnte, die chinesischen Interessen den englischen zu opfern. Alle diese Vorgänge, für die es nicht schwer sein würde, in der Geschichte Chinas während der letzten sechs Jahre zahlreiche Beweise zu finden, haben die englische Politik bei den Chinesen selbst gründlich diskreditirt, während man an den Höfen von Tokyo und Seoul es längst aufgegeben hat, mit derselben als einem stabilen und verlässlichen Faktor zu rechnen. Es ist das um so mehr zu bedauern, als England schon allein durch das Volumen seines Handels und seiner Schiffahrtsinteressen einen maßgebenden Einfluß in ostasiatischen Fragen auszuüben berufen ist und ein Versagen desselben durch keinen anderen ersetzt werden kann, sich vielmehr in sehr empfindlicher Weise fühlbar machen muß und wird.

Unter den Umständen ist die Frage wohl nicht unberechtigt, wie die Verhältnisse, politische und kommerzielle, sich gestalten werden, wenn England fortfährt, hinter der russischen Entwicklung in Ostasien auch ferner soweit zurückzubleiben, wie das bisher der Fall gewesen ist. Daß Rußland weder die Absicht hat, noch irgend eine Veranlassung für dasselbe vorliegt, die anscheinend unvermeidliche Krisis in Ostasien zu überstürzen, liegt auf der Hand. Jeder Tag stärkt seine Stellung dort, und wenn die japanische Politik 1894—96 darin fehlgriff, daß sie die Eventualitäten unterschätzte, die ihr Vorgehen gegen China hervorrufen konnte, so hat sie wenigstens darin richtig gesehen, daß Rußland mit jedem Jahre ein gefährlicherer Rival werden mußte, eine Ueberzeugung, die sich seitdem wohl auch der englischen Staatsmänner bemächtigt haben wird.

Das einzige, was die russische Stellung in Ostasien vom militärischen Standpunkt aus als nicht vollkommen sicher erscheinen läßt, ist die Lage in Korea, das noch immer zwischen russischen und japanischen Einflüssen hin- und herschwankt und dadurch in die Gesamtsituation eine Unsicherheit bringt, die zu beseitigen die Hauptaufgabe der russischen Politik sein dürfte, eine Aufgabe, der sie trotz mancher gerade im Lande der Morgenruhe erlittenen Rückschläge auf die Dauer unzweifelhaft gerecht werden wird, was auch das Ergebnis der in der letzten Zeit dort geführten Verhandlungen zu bestätigen scheint. Welches aber sind die Mittel, mit denen England dem überhandnehmenden russischen Einfluß in Ostasien mit Erfolg entgegen zu treten im Stande sein würde?

## II.

(Abgedr. aus der „Finanz-Chronik“ vom 2. Juni 1900.)

England hat in Ostasien zweifache Interessen wahrzunehmen: politische und kommerzielle, in welchen letzteren industrielle und finanzielle mit einbegriffen sind. Was die ersteren, die politischen, anbetrifft, so hat die englische Regierung bis zum Ausbruch des

chinesisch-japanischen Krieges und für noch einige Zeit nach demselben an dem Glauben festgehalten, daß sie in China ein Gegengewicht gegen Rußland besäße und vorkommendenfalls in dem ersteren einen werthvollen Verbündeten gegen das Letztere finden würde. Nach den ersten Siegen der Japaner hat man in London China allerdings fallen lassen, sich aber auf der andern Seite nicht entschließen können, den japanischen Wünschen und Bestrebungen ehrliche Unterstützung zu Theil werden zu lassen. Die Hindernisse, die von englischer Seite dem japanischen Versuch, die kriegerischen Operationen auf das Yangtse-Thal auszudehnen, entgegengesetzt wurden, haben während des Krieges in Japan hochgradige Erregung gegen England hervorgerufen, die nach dem Kriege dadurch nicht vermindert worden ist, daß England, weder Fisch noch Vogel, in der Frage der Retrocession von Leaotung sich den drei Mächten allerdings nicht angeschlossen, aber auch nichts that, Japan gegen die Forderungen derselben zu unterstützen.

Seine ganze spätere Politik in Ostasien hat nur dazu beigetragen, den Glauben an seine Schwäche und Nachgiebigkeit Rußland gegenüber zu verstärken und dadurch das Prestige des Letzteren auf seine eigenen Kosten zu erhöhen. Heute geht man wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß nur ein Krieg, und ein siegreicher Krieg Englands gegen Rußland im Stande sein würde, die frühere Stellung Englands als maßgebende Macht in Ostasien wieder herzustellen, und da ein solcher Krieg, wenn nicht zu den Unmöglichkeiten, so doch zu den Unwahrscheinlichkeiten gehört, wird man sich in England daran gewöhnen müssen, dort zweite Flöte zu der ersten russischen zu spielen und sich damit zu begnügen, durch kleine Scheinerfolge, den Chinesen, Japanern oder Koreanern abgedrückte mehr oder weniger illusorische Zugeständnisse, dem Parlament und der öffentlichen Meinung weiß machen zu können, daß Englands Einfluß in Peking, Tokyo und Seoul noch immer der maßgebende sei.

Mit den Handelsfragen verhält es sich ähnlich. Seit dem

Abſchluß des Vertrags von Peking 1860 iſt von Seiten der engliſchen Regierung nichts geſchehen, um ernſthaft an die Erfüllung der Wünſche des Handelsſtandes oder auch nur an die Abhülfe der Beſchwerden deſſelben zu gehen. Die Verträge von 1842, 1858 und 1860 enthielten in ihren Beſtimmungen die Grundlagen für eine geſunde Entwicklung des Verkehrs mit und in China. Selbſt Lord Elgin, deſſen Sympathien namentlich bei ſeiner erſten Miſſion 1858 viel mehr auf Seiten der Chineſen als auf der ſeiner kaufmänniſchen Landsleute ſtanden, hatte nicht umhin gekonnt, bei ſeinen Abmachungen mit den Chineſen den Interereſſen des britiſchen Handelsſtandes Rechnung zu tragen, aber die Weiſungen der Regierung an ſeinen Bruder und Nachfolger, Sir Frederic Bruce, die chineſiſche Regierung möglichſt ſchonend zu behandeln, und die Auslegung der den Tranſitverkehr nach dem Inlande betreffenden Beſtimmungen der Verträge durch die engliſchen Kronjuristen vernichteten, was auf der Grundlage der Verträge hätte erreicht werden können.

Schritt für Schritt wich die engliſche Regierung vor dem Widerſtand der Chineſen zurück; die Burlingame Miſſion machte 1868 den Verſuchen der Konſuln, ſich ſelbſt gegen die böswilligen Lokalbehörden Recht zu verſchaffen, ein Ende, und als 1869 der engliſche Geſandte Sir Rutherford Alcock unternahm, einen modus vivendi zu ſchaffen, der in manchen Beziehungen einen unleugbaren Fortſchritt den beſtehenden Verhältniſſen gegenüber darſtellte, hatte die Regierung nicht den Muth, das Abkommen gegen den zum Theil unverſtändigen und unbegründeten Widerſpruch der engliſchen Kaufleute in China zu ratifiziren. Von dieſem Augenblick an drängten die Chineſen langſam aber ſicher alle Verſuche zur Ausdehnung und Befefigung der Handelsbeziehungen zurück, und als 1875 die Ermordung Margary's und der Angriff auf die engliſche nach Yünnan beſtimmte Miſſion eine Gelegenheit zu bieten ſchienen, den verlorenen Grund wiederzugewinnen, gab der engliſche Geſandte, Sir Thomas Wade, ſtatt deſſen die letzte Stellung auf, indem er ſich in dem 1876 unterzeichneten

Abkommen damit einverstanden erklärte, daß fremde Waren nur innerhalb der fremden Niederlassungen zollfrei sein sollten.

Die englische Regierung ratifizierte diesen Theil des Abkommens allerdings nicht, aber sie konnte sich auch nicht entschließen, den Irrthum ihres Vertreters zum Ausgang einer neuen richtigeren und kräftigeren Aktion zu machen. An Anregung dazu hat es nicht gefehlt. Schon 1878 wurde ihr von deutscher Seite der Vorschlag gemacht, gemeinsam die Regelung der Zollfrage in die Hand zu nehmen, die Ausführung der getroffenen Vereinbarung scheiterte aber an der englischen Abneigung, den chinesischen Fragen ernsthaft näher zu treten. Diese vielleicht durch die Besorgniß, daß jeder auf China ausgeübte stärkere Druck dasselbe in die Arme Rußlands treiben könne, veranlaßte Unthätigkeit der englischen Regierung, die natürlich die der lokalen Vertretung in Peking nach sich ziehen mußte, charakterisirt die Haltung Englands bis 1895 und ihr ist, wenn nicht ausschließlich, so doch in erster Linie, die bedauerliche Thatsache zuzuschreiben, daß während dieses ganzen Zeitraumes nur wenig für die Entwicklung des Verkehrs mit dem Inlande geschah, und dies wenige nicht durch England. Von 1895 an macht sich eine größere Thätigkeit in London wie in Peking bemerkbar. Die Bemühungen zur Erlangung von Eisenbahnen und Bergwerkskonzessionen, unzweifelhaft ein Schritt in der richtigen Richtung, wurden von Erfolg gekrönt, aber die sonst zur Hebung und Sicherstellung des Inlandverkehrs geforderten und theilweise durchgesetzten Zugeständnisse frankten wieder an dem so oft in China gemachten Fehler, daß bei ihrer Formulirung nur gewisse theoretische Wünsche, aber nicht die Möglichkeit der praktischen Durchführung derselben ins Auge gefaßt wurden. Man braucht sich nur vorzustellen, wie z. B. die Forderung der Zulassung aller fremden Flaggen auf den Binnengewässern der Vereinigten Staaten von den Behörden und der Bevölkerung derselben aufgenommen und behandelt werden würde, um sich darüber klar zu sein, daß bei den viel schwierigeren und verwickelteren Zu-

ständen in China ein solches Zugeständniß Seitens der Regierung sich in der Praxis, selbst ohne dem bösen Willen und den pekuniären Bedürfnissen der Lokalbehörden Rechnung zu tragen, als unausführbar erweisen mußte.

Wenn einem alten Praktiker in chinesischen Dingen ein Rath erlaubt ist, so würde es der sein, alle Forderungen auf ein Mindestmaß zu beschränken, aber mit eiserner Konsequenz auf der Durchführung der erlangten Zugeständnisse zu bestehen. Ein scharfer augenblicklicher Druck wird in China vielfach genügen, um Zugeständnisse zu erlangen und ihre Ausführung zu sichern, wo es sich um ganz bestimmte, engumschriebene Fragen, wie die Abtretung oder Eröffnung eines Hafens und die Zahlung einer Entschädigung handelt; schwieriger gestaltet sich die Sache, wenn es darauf ankommt, tief in die bestehenden Verhältnisse einschneidenden Maßregeln dauernde Ausführung zu sichern. Dann läßt der zur Erlangung des Zugeständnisses erforderlich gewesene Druck bald nach, dem passiven Widerstand der Lokalbehörden gegenüber erlahmt der Eifer und die Kraft der Gesandtschaften wie der Konsulate, und schließlich bleibt von dem großen in Parlamenten und Zeitungen verkündeten Erfolge nur ein neuer Beweis der Ohnmächtigkeit des fremden Anstürmens der chinesischen Passivität gegenüber übrig. Wie ein vortrefflicher Kenner ostasiatischer Verhältnisse zu sagen pflegte, begeht man denselben gegenüber stets den Fehler, daß man einen Gesandten mit einer Armee schickt, um einen Vertrag abzuschließen, dessen Ausführung man dann einem Gesandten mit einem Amtsdienere anvertraut, während man es gerade umgekehrt machen sollte.

Der englischen Regierung ist die Möglichkeit gegeben, die begangenen Fehler in China wieder gut zu machen und durch eine korrekte, verständige und wohlwollende Behandlung der Verkehrs- und Handelsfragen vielleicht auch einen Theil des politischen Einflusses wieder zu gewinnen, den sie durch ihre eigene Schuld eingebüßt hat. Dazu gehört aber vor allen Dingen, daß sie den Muth hat, nicht nur dem Drängen kaufmännischer Kreise

zu folgen, die häufig, wie z. B. bei der Forderung der Aufhebung des Salzmonopols u. A. nur ihre eigenen Interessen im Auge haben, sondern auch den Bedürfnissen der chinesischen Regierung und Bevölkerung Rechnung zu tragen. Wenn man die eigenen Forderungen dann auf das Nothwendigste beschränkt, aber mit rücksichtsloser Konsequenz auf der Durchführung erhaltener Zusicherungen besteht, wenn man mit einem Wort nur Mögliches verlangt, das aber auch ganz und voll durchführt, wird man sehr bald bei den Chinesen die Stellung erlangen, die allein Aussicht auf dauernden Erfolg gewährt, d. h. die einer Regierung, die weiß, was sie will, und die, was sie will, auch durchsetzt. Regierung und Vertretung, die eine solche Politik einschlagen, werden zu Anfang vielen Angriffen ausgesetzt sein, besonders von Seiten derjenigen, die in China nur eine zu merkende Ruh sehen, aber der Lärm wird vor dem Erfolg verstummen, und auch die maßgebenden Kreise in China werden sich bald daran gewöhnen, in der Macht, die mit dem Ausbeutungssystem bricht, einen ehrlichen Berather, einen guten Freund und eine zuverlässige Stütze zu schätzen, was alles die englische Regierung bis jetzt für China nicht gewesen ist. Die Aufgabe dürfte dadurch erleichtert werden, daß Deutschland, die Vereinigten Staaten und Japan nicht anstehen würden, einer solchen Politik ihre Unterstützung und ihre Mitwirkung zu Theil werden zu lassen, daß Rußland kein Interesse daran hat, die Entwicklung seiner ostasiatischen Pläne durch einen Konflikt mit China oder anderen Mächten zu unterbrechen und damit zu gefährden, und daß Frankreich in dieser Beziehung seinem Allirten Folge leisten würde. Zweifelhaft erscheint nur, ob man in England groß und richtig genug denkt, um die Politik kleinlicher Nörgeleien, denn das ist die in den letzten Jahren gegen China verfolgte gewesen, zu verlassen, und ehrlich und offen die des wohlwollenden und zuverlässigen Freundes einzuschlagen. Der Erfolg würde nicht ausbleiben.

## Die Boxer-Revolution in China.

(Abgedr. aus der „Neuen Freien Presse“ vom 10. Juni 1900.)

Die jüngsten Vorgänge in Nord-China, die Angriffe der Mitglieder einer geheimen Gesellschaft, der Boxer, gegen eingeborene Christen, fremde Missionare und Eisenbahn-Angestellte und die Zerstörung einiger Stationen der Eisenbahn von Tientsin nach Peking und der von letzterem Orte nach Hankau, sowie erheblichen Materials haben in Europa um so größeres Aufsehen erregt, als sie die Veranlassung zur Versammlung einer beträchtlichen Anzahl fremder Kriegsschiffe vor der Mündung des Peiho und der Entsendung von Detachements fremder Truppen nach Tientsin und Peking zum Schutze der dortigen fremden Gemeinden und Gesandtschaften gewesen sind. So bedauerlich diese Vorgänge auch erscheinen mögen und unzweifelhaft sind, so würde man unrecht thun, ihnen eine zu große Bedeutung beizulegen; wichtig sind sie hauptsächlich, weil sie als Symptome einer tiefgehenden Erregung großer Theile des chinesischen Volkes anzusehen sind, die verkannt oder nicht genügend beachtet zu haben der öffentlichen Meinung Europas mit Recht vorgeworfen werden kann.

Um die Ursachen der Bewegung in China recht zu verstehen und zu würdigen, thut man wohl am besten, sie mit ähnlichen Erscheinungen im eigenen Lande zu vergleichen. Die Beziehungen

Deutschlands zu England sind Jahrhunderte alt; sie sind auf vielen Gebieten des Wissens, des Verkehrs, des Handels und der Industrie so entwickelt, daß ein Wegfall oder auch nur eine Verminderung oder Unterbrechung derselben gar nicht denkbar ist; die beiden Herrscherhäuser sind eng verschwägert und befreundet, und Tausende von Deutschen haben in England und den englischen Colonien Arbeit und reichliches Auskommen und oft eine zweite Heimath gefunden, und doch haben wir soeben erst in Deutschland einen Ausbruch von Haß gegen England erlebt, der, wenn er in seinem Beginne auf eine ideale Auffassung politischer Tagesfragen zurückgeführt werden konnte, in seinem Verlaufe Auswüchse zu Tage gefördert hat, an die man nicht ohne Scham denken mag. Und um eine materiellere Seite zu berühren, erhebt sich nicht, soweit es sich um die Zulassung englischer Gesellschaften oder englischen Kapitals in die deutschen Schutzgebiete handelt, durch die weder die Sicherheit noch die Interessen des Reiches in Frage gestellt werden können, in Kreisen, die man für politisch reif halten sollte, ein Geschrei, als wenn Verrath an den heiligsten Gütern des Vaterlandes geübt würde? Und wieder seit Hunderten von Jahren leben Juden mit Christen zusammen, seit fünfzig Jahren sind den Ersteren dieselben politischen und staatsbürgerlichen Rechte eingeräumt worden, welche die Letzteren besitzen, und doch gibt es in Deutschland eine ganze Partei, die von der Höhe gegen die Juden lebt, und Leute, die ihrem Namen und ihrem Herkommen nach zu den Gebildeten zu gehören scheinen, finden nicht allein nichts Anstößiges daran, sondern suchen ein Verdienst darin, ihre jüdischen Mitbürger jedes Verbrechens und jeder Niedertracht zu beschuldigen. Und nun sehe man sich China an. Seit sechzig Jahren ist der Verkehr mit den Fremden ihm aufgezwungen worden, seit vierzig Jahren hat man es genöthigt, überall, bis in die entferntesten Winkel des Reiches, die Anwesenheit von Missionaren zu dulden, die ihm das zu nehmen suchen, was ihm das Heiligste ist, den Glauben an die Familie, die Ahnen und die Götter, und seit sechs Jahren zwingt man

ihm Eisenbahn- und Minenconcessionen ab, und die fremde Presse hört nicht auf, von dem Zerfall des chinesischen Reiches und der Auftheilung desselben zu sprechen. Kann man sich da wundern, daß eine Reaction eintritt, und daß die Chinesen versuchen, sich in ihrer eigenen ungeschickten Art gegen das ihnen angedrohte Schicksal zu wehren? Die Bewegung der Boxer ist das Ergebniß der Ueberzeugung eines großen Theiles des Volkes, daß es vergewaltigt werden solle, und des Bedürfnisses, sich gegen eine solche Vergewaltigung zu wehren. Daß die Leute, um dieses Ziel zu erreichen, zu Mitteln greifen, die ihrer Sache nur schaden können, ändert nichts an der Berechtigung, welche jedes Volk hat, sich gegen den Verlust seiner Selbständigkeit zu wehren. Die Ausschreitungen müssen unterdrückt, die Schuldigen bestraft und die Ruhe wieder hergestellt werden, was voraussichtlich ohne große Mühe möglich sein wird; aber dann tritt an die fremden Mächte, die zu China in Vertragsbeziehungen stehen, die Frage heran, was weiter geschehen soll.

Die chinesische Regierung ist zu gewissen Zugeständnissen genöthigt worden, und ich bin der Ansicht, daß man dazu im Interesse der Civilisation, die das Interesse der Menschheit ist oder wenigstens sein sollte, berechtigt war; aber es handelt sich jetzt darum, ob man diese Zugeständnisse mit der Zustimmung des chinesischen Volkes oder gegen den Willen desselben durchführen will. Das Letztere wäre meiner Ansicht nach ein vergebliches Bemühen, denn zur Durchführung der geplanten Arbeiten, Eisenbahnbauten und Bergwerksunternehmungen, gehören nicht allein ungeheure Kapitalien, sondern, was noch viel wichtiger ist, das Vertrauen des Publikums, ohne welches das Geld in dem Betrage, wie es für die wirthschaftliche Eröffnung Chinas nothwendig ist, überhaupt nicht beschafft werden kann. Um dieses Vertrauen aber zu erlangen, genügt die Unterdrückung etwaiger Ausschreitungen mit Feuer und Schwert nicht, sondern es gehört dazu die der großen Menge zu gebende Ueberzeugung, daß solche Ausschreitungen nicht zu den alltäglichen Ereignissen, sondern zu

den seltenen, seltensten Ausnahmen gehören. Und diese Ueberzeugung ist dem Publikum nur zusammen mit der anderen zu geben, daß die erforderlichen Reformen in China nicht gegen den Willen, sondern mit der Zustimmung der großen Menge der Chinesen, wenigstens in den jedesmal in Frage kommenden Provinzen oder Distrikten, in Angriff genommen werden. Von einem Wunsche der chinesischen Bevölkerung nach „Reform“ im allgemeinen Sinne zu reden, ist Unsinn, trotz Allem, was von anderer Seite dagegen behauptet werden mag, aber wohl ist der Chinese im Stande, den Vortheil einzelner wirthschaftlicher Reformen und Neuerungen zu verstehen, und wenn einmal verstanden, zu schätzen und anzunehmen. Darin, daß ihm ein solcher Nutzen bis jetzt nicht klar gemacht worden ist, daß man es unterlassen hat, ihn an der Einführung und dem Erfolge solcher Neuerungen persönlich und pecuniär zu interessiren, daß man ihn mit einem Worte als *quantité négligeable* behandelt hat, liegt der von Regierungen, Gesellschaften und Privatpersonen begangene Fehler. Jules Ferry ist an einem ähnlichen Irrthum auf dem politischen Gebiete, der Frankreich Tausende von seinen Kindern und Hunderte von Millionen von Frances gekostet hat, und der noch heute aus einer der schönsten Colonien der Welt eine zehrende Eiterbeule am Leibe Frankreichs macht, zu Grunde gegangen, und noch Manche, die seinem Beispiele folgen, werden sein Schicksal theilen.

Leichte lokale Erfolge, leichte Errungenschaften der chinesischen Regierung gegenüber haben namentlich die fremde Presse über die Schwierigkeiten getäuscht, welche die Zähigkeit und die *vis inertiae* der Chinesen seit Jahrtausenden allen fremden Eroberern entgegengesetzt haben; noch ist es nicht zu spät, einzulenken, aber nur auf eine Weise wird es möglich sein, China zu dem zu machen, was man von ihm erwartet, zu einem Markte für die Erzeugnisse der fremden Industrie und einem Felde für die Thätigkeit derselben, wenn man sich der Mühe unterzieht, nicht nur als Eroberer, sondern auch als Erzieher zu wirken, und

den Chinesen von dem Nutzen der Einrichtungen zu überzeugen, die man nicht gegen seinen Willen, sondern mit seiner Zustimmung in seinem Lande einführen will. Daß dem so sein möge, wird der Wunsch eines Jeden sein, der den Fortschritt der Menschheit nicht nach der brutalen Erweiterung der Machtphären der civilisirten Nationen, sondern nach den friedlichen Eroberungen beurtheilt, die Handel und Industrie und mit ihnen und durch sie die Cultur macht.

## Die Diplomatie der Großmächte und die Wirren in China.

(Abgedr. aus der „Deutschen Revue“ vom Juli 1900.)

Vom Jahre 1870 bis zum Beginn des chinesisch-japanischen Krieges läßt sich die Diplomatie der Großmächte in China im allgemeinen als die gemeinsame Vertretung gemeinsamer Interessen bezeichnen. Die Erfolge, die auf diese Weise erzielt wurden, hatten, wenn sie auch nicht gerade sehr bedeutend oder sehr auffallend genannt werden konnten, unzweifelhaft das Gute, einerseits die chinesische Regierung an einen langsamen Fortschritt zu gewöhnen und andererseits die einzelnen Vertragsmächte oder ihre Vertreter vor der Versuchung von Eifersüchteleien untereinander und Hekereien gegeneinander zu bewahren. Wo einzelne Vertreter sich von dieser gemeinsamen Aktion lossagten, hatten sie der Regel nach keine besonderen Erfolge zu verzeichnen, so der englische Gesandte 1875—76, als er versuchte, aus der sich aus der Ermordung Margary's ergebenden Lage ausschließlich englische und persönliche Konsequenzen zu ziehen oder die Vertreter Rußlands und Frankreichs, als sie sich in der Audienzfrage von den Gesandten der anderen Mächte trennten. In dem ersteren Falle protestirten die anderen Gesandten gegen einen Theil der getroffenen Abmachungen, die denn auch von der englischen Regierung nicht ratificirt wurden, während in dem letzteren die Chinesen auf ihrem negirenden Standpunkt verharren, bis

der Ausbruch des Krieges mit Japan sie nachgiebiger stimmte. Auch bei äußeren Konflikten, wie dem zwischen Rußland und China, wegen der Weigerung des letzteren, den Vertrag von Livadia zu ratificiren, oder den wegen der Frage der Oberhoheit über Anam zwischen Frankreich und China ausgebrochenen Feindseligkeiten, wie bei inneren Unruhen, so zum Beispiel bei denen im Yangtsethal 1891, gelang es dem gemeinsamen Wirken der fremden Vertreter entweder die Schwierigkeiten zu beseitigen oder sie zu lokalisiren, in jedem Falle die Unzuträglichkeiten auf das geringste Maß zu beschränken.

Nach dem chinesisch-japanischen Kriege änderten sich diese Verhältnisse. Das Bestreben der einzelnen Mächte, sich besondere Vortheile zu sichern, wozu Frankreich das Beispiel gegeben hatte, mußte zu Eifersüchteleien und gegenseitigen Verdächtigungen bei der chinesischen Regierung führen, die in diesen Vorfällen nur die Bestätigung ihrer Auffassung, die bereits 1874 in verschiedenen Staatschriften Ausdruck gefunden hatte, sehen konnte, daß die Eifersucht der fremden Mächte gegeneinander der beste Schutz Chinas sei. In dieser Ansicht mußte sie dadurch bestärkt werden, daß der 1891 in Verfolge der Fremden- und Christenverfolgung im Yangtsethal Seitens der fremden Vertreter gemachte Versuch, durch eine gemeinsame Aktion die chinesische Regierung zu einem wirksamen Schutz der Fremden zu nöthigen, in Folge des Abspringens der Regierung der Vereinigten Staaten von dem gemeinsamen Vorgehen, der bald darauf die englische folgte, aufgegeben werden mußte. Ganz ähnlich scheint es bei einem zweiten Versuch der Art im April-Mai dieses Jahres zugegangen zu sein, wenigstens können veröffentlichte Telegramme der amerikanischen Regierung an ihren Vertreter in Peking keinen Zweifel darüber lassen, daß derselbe aufs neue angewiesen worden ist, sich nicht an gemeinsamen Schritten seiner Kollegen zu betheiligen. Alle diese Vorgänge haben den Einfluß des diplomatischen Corps, das an diesen verschiedenen Mißerfolgen nicht die Schuld trägt, erheblich schädigen müssen.

Die als Aufstand der „Boxer“ bezeichneten Unruhen — in Wirklichkeit heißt die Gesellschaft, um die es sich handelt: I ho chuan, das heißt der Bund der Vereinigten Patrioten; „chuan“ gleich ausgesprochen, wenn auch anders geschrieben, kann aber ebenfalls „Faust“ bedeuten, und so haben wir es entweder mit einem Uebersetzungsfehler oder mit einem chinesischen Wortspiel zu thun — sind das natürliche Ergebniß des Vorgehens der fremden Regierungen, die bei den verschiedenen seit 1895 an China gerichteten Forderungen übersehen haben, daß auch der Chinese eine natürliche und nicht ganz unberechtigte Abneigung dagegen haben kann, finanziell und industriell depossidirt und zur Auftheilung verurtheilt zu werden. Man ist in England seit Hunderten von Jahren nicht mit den Antipathien der Irländer gegen die herrschende Klasse fertig geworden, die italienische Regierung hat vergebens versucht, dem Anwesen der Mafia zu steuern, und im eigenen Vaterlande hat sich die Regierung zur Unterdrückung der Ausbrüche des Hasses gegen England und noch schlimmer des Antisemitismus unfähig erwiesen, warum wundert man sich darüber, daß der Chinese gegen die Zulassung fremden Kapitals und fremder Gesellschaften in das Land seiner Väter protestirt und an dem Glauben festhält, daß der Christ zu seinen Künsten, wär's auch nur zum Photographieren, der Menschenaugen bedürfe? Glaubt man bei uns von den Juden nichts Dümmeres und Schlechteres? Der Aufstand der Boxer ist also, wenn auch nicht entschuldbar, so doch verständlich, und man braucht durchaus nicht an eine Mitschuld der chinesischen Regierung zu glauben, um zu verstehen, daß sie einer Bewegung nicht feindselig gegenübergestanden habe, die den Fremden beweisen konnte, daß die Auftheilung Chinas nicht so leicht vor sich gehen würde, wie dieselben sich vorzustellen schienen. Haben wir doch ähnliche Dinge auch in Europa erlebt. In diesem Augenblick dürfte der chinesischen Regierung vor den Geistern, die sie vielleicht nicht gerufen, die sie aber geduldet, gelinde grauen, und sie wird nichts thun, um die Wiederherstellung der

Ruhe zu verhindern oder zu verzögern, abgesehen von dem Versuch, ihr „Gesicht“ zu retten, das heißt sich in den Augen des Volks nicht über das erlaubte Maß hinaus zu kompromittiren. Der Aufstand ist bis jetzt ein lokaler, obgleich bereits aus Yunnan Aufregung gegen die Franzosen gemeldet wird, und es liegt kein Grund vor, anzunehmen, daß es nicht gelingen sollte, ihn auch ferner zu lokalisiren und dann zu unterdrücken, es sei denn, daß Seitens der fremden Mächte erhebliche Fehler begangen würden. Der schlimmste dieser Fehler würde sein, zu versuchen, aus den jetzigen Vorfällen Kapital für eigene selbstsüchtige Zwecke zu schlagen.

China hat schlecht gerechnet 350 Millionen Einwohner; wenn man auf jede Million, um sie in Ruhe zu halten, nur 1000 Mann rechnet, und das ist bei den kolossalen Entfernungen, um die es sich handelt, sehr wenig, so würde Europa, um die Ruhe im Reich der Mitte aufrecht zu erhalten, einer Armee von 350 000 Mann bedürfen. Und dabei ist noch immer die Frage, ob dieselben die Ruhe über weitere Gebiete erhalten können, als ihre Gewehre und Geschütze bestreichen. Die Unterdrückung des Aufstandes ist eine Kleinigkeit, die Schwierigkeiten werden ernstlich erst beginnen, wenn es sich darum handeln wird, die Gelüste der einzelnen Mächte zu zügeln und die chinesische Regierung mit leichter, aber starker Hand den Weg eines langjamen, vollständigen Fortschritts zu führen.

Diese Aufgabe der Diplomatie, eine der schönsten und schwersten, die je einem diplomatischen Corps zugefallen sein dürfte, wird durch die Unkenntniß der chinesischen Verhältnisse, die in Europa herrscht, und das Geschrei einer ebenso lauten wie unverständigen Presse nicht erleichtert werden, selbst wenn die Lage der Dinge in Ostasien nicht in sich selbst den Keim weiterer, schwererer Konflikte trüge.

Die eine der Ursachen, die durchaus geeignet ist, den aufmerksamen Beobachter mit Besorgniß zu erfüllen, liegt, wie schon bemerkt, in den Begehrlichkeiten der Mächte und der dadurch

hervorgerufenen Rivalität derselben, die, wenn sie auch nicht zu offenen Zwistigkeiten führen sollte, doch ein gedeihliches Zusammenwirken wesentlich erschweren dürfte. Dazu, einer Macht allein die Leitung und Führung so schwerwiegender Verhandlungen zu übertragen, werden die andern sich kaum verstehen, und wie viele Köche den Brei nicht verbessern, so pflegen auch viele Köpfe politische Verhandlungen nicht gerade zu fördern. Ganz besondere Schatten wirft die Rivalität Englands und Rußlands auf die ostasiatische Frage, und dieselben werden dadurch nicht heller, daß japanische Empfindlichkeiten mit hineinspielen. Man braucht nicht gerade der Ansicht der „Times“ zu sein, die einen japanisch-russischen Krieg nach den nächsten zwölf Monaten voraussieht und es für Japan als absolut notwendig bezeichnet, denselben dann zu führen, vielleicht weil sie glaubt, daß den britischen Interessen damit am besten gedient werden würde, um nicht daran zu zweifeln, daß Korea ein schwarzer, sehr schwarzer Punkt am ostasiatischen Horizont ist. Korea ist seit Jahrhunderten, man könnte fast sagen seit Jahrtausenden, das Schmerzenskind der japanischen Politik, denn die ersten Eroberungsversuche des Landes durch Japan reichen beinahe zweitausend Jahr zurück, und es hat keine kräftige, nach außen irgendwie thätige Regierung in Japan gegeben, die nicht den Versuch gemacht gehabt hätte, sich des Nachbarlandes zu bemächtigen. Auch der Krieg gegen China ist 1894 zu dem Zweck unternommen worden, Korea zu einem japanischen Vasallenstaat zu machen, das heißt die japanische Oberhoheit in demselben de facto, wenn auch nicht de jure aufzurichten. Der Verlauf der dem Kriege folgenden Ereignisse, die nicht allein diesen Traum zerstörten, sondern Japan auch aus dem bereits besetzten Leaotung vertrieben und schlimmer noch, dasselbe mit Port Arthur und Talienswan den Russen auslieferten, hat in dem Herzen mancher japanischen Politiker und vielleicht in der Seele des japanischen Volks ein Gefühl der Bitterkeit hinterlassen, das in einem gegebenen Augenblick die Nation zu einem neuen Kriege um den

ihr damals entgangenen Siegespreis hinreißen könnte. Zwar unterliegt es kaum einem Zweifel, daß sowohl Yamagata wie Ito einem solchen Kriege durchaus entgegen sein würden, aber auch 1894 wollte Ito nicht den Krieg, und sein jüngerer Kollege Mutsu, der damalige, jetzt verstorbene Minister des Auswärtigen wußte ihn doch zu demselben zu zwingen. Auf der andern Seite kann Rußland es unter keinen Umständen zulassen, daß zwischen seiner Littoralprovinz am Stillen Meere und den Ausgängen der transsibirischen Bahn am Gelben Meer eine größere Militärmacht, die größte Ostasiens, auf dem Festlande eine Flankenstellung einnähme, die es ihr in jedem Augenblicke ermöglichen würde, die Verbindung zwischen den beiden russischen Besitzungen zu unterbrechen und wenigstens die eine derselben von jeder Unterstützung zu Lande abzuschneiden. Für Rußland ist so der Besitz Koreas, oder wenigstens die Gewißheit, daß dasselbe niemals einem Feinde als Basis seiner Operationen dienen könne, die *conditio sine qua non* für seine militärische und politische Machtstellung in Ostasien; für Japan würde der Besitz Koreas dasselbe bedeuten, wie in alten Zeiten der Frankreichs für England. Ob man in Japan weit genug vorgeritten ist, um historische Analogien verstehen und verwerthen zu können, muß dahingestellt bleiben, jedenfalls hat keine andere Macht mit Ausnahme Englands, ein Interesse daran, daß dieser Kampf entbrenne, oder welchen Ausgang er nehme. Wenn man der „Times“ glauben darf, würde auch England in einem solchen Kriege sich begnügen, durch eine wohlwollende Neutralität Japan zu unterstützen, das heißt russischen Kriegsschiffen das Einnehmen von Kohlen in seinen Kolonien nicht gestatten.

Ein zwingender Grund für den beschleunigten Ausbruch eines Konflikts zwischen Japan und Rußland liegt nicht vor; die Konvention, durch die Rußland, wie Japan schon früher, Land in dem geöffneten Hafen von Masampho erworben hat, enthält vielleicht manches, was Japans Interessen, nichts, was sein Recht verletzt, und es ist nicht wahrscheinlich, daß Rußland,

welches für den Augenblick mit der Fertigstellung der Verbindungen zwischen der westlichen und östlichen Hälfte des Reichs beschäftigt ist, die Vorsicht, die seine Regierung, wenn auch nicht immer seine Vertreter bisher beobachtet haben, jetzt aus den Augen lassen wird. Ein ernstster Konflikt zwischen Japan und Korea würde allerdings auch Rußland zum Eingreifen zwingen, aber es ist nicht anzunehmen, daß die Hinrichtung von seinerzeit an der Ermordung der Königin von Korea beteiligten Koreanern einen solchen hervorrufen wird.

Das Gewissen der Japaner ist in der Sache ein zu schlechtes, als daß sie nicht vorziehen sollten, ihre koreanischen Mitschuldigen der verdienten Strafe zu überlassen.

Man wird also, wenn Ostasien auch das Land der Ueberraschungen ist, wie der Umfang, den die Bewegung der Boxer schnell angenommen, soeben erst wieder bewiesen hat, der weiteren Entwicklung der Dinge dort mit der Ruhe entgegensehen können, zu der der Ausspruch des alten Dzenstierna leider nur in sehr beschränkter Weise berechtigt.

## Die geheimen Gesellschaften in China.

(Abgedr. aus der „Woche“ vom 28. Juli 1900.)

China ist das Land der Geheimbünde, und wenn man den Angaben einiger der heute vorhandenen geheimen Gesellschaften, daß sie von Erschaffung der Welt an bestanden hätten, auch nicht Glauben zu schenken braucht, so kann man dagegen wohl mit Gewißheit annehmen, daß das historische China zu allen Zeiten so von Geheimbünden zerfressen war, wie das noch heute der Fall ist. Die vielen kleinen Fürstenthümer, die den ohnmächtigen, meistens keine oder nur eine geringe Hausmacht besitzenden Kaisern nur gerade so weit gehorchten, wie es in ihrem Interesse lag, waren der Nährboden für unzählige solcher Bünde, die, wenn sie nicht gegen ein Nachbarland oder gegen das regierende Haus zu Gunsten eines vertriebenen gerichtet waren, von den einzelnen mächtigen Familien im Land selbst in dem Intriguenspiel oder dem offenen Kampf um Macht und Würden benutzt wurden. Im Jahr 221 v. Ch. brach der gewaltige Tsin Chi Hwang-ti das feudale System und setzte ein einheitliches Kaiserthum an seine Stelle. Aber seine Dynastie wurde schon 206 v. Ch. wieder gestürzt, und seit diesem Jahre haben bis heute zum mindesten 31 Dynastien, wahrscheinlich 5—6 mehr noch, die von dem chinesischen Geschichtschreiber nicht als legitim angesehen werden, den chinesischen Thron eingenommen. Viele dieser Dynastien waren fremde, tatarische, mongolische, manchurische, was selbstverständlich dem Entstehen vieler solcher geheimen Gesellschaften

auf einer nationalen oder loyalen Basis zu Gute kommen mußte. Auch die wichtigsten der heute bestehenden Geheimbünde, die aus den Zeiten der Errichtung der jetzt regierenden manschurischen Dynastie stammen, mögen ursprünglich politische, nationale Zwecke verfolgt haben. Heute haben sie jedenfalls aufgehört, das zu thun, wenn sie auch in ihren Statuten und, wenn sie in offenen Aufständen aus Tageslicht treten, an der alten Fiktion festhalten und „setzt die Ming-Dynastie wieder ein, vertreibt die Manjus!“ auf ihre Fahnen schreiben. Einer der besten Kenner des modernen China, A. N. Colquhoun, sagt in seinem 1898 erschienenen Werk „China in Transformation“, daß die geheimen Gesellschaften als eine politische Einrichtung in China wenig wirksam seien, und er hat damit unzweifelhaft recht, trotz allem, was von anderer Seite, besonders von den englischen protestantischen Missionaren dagegen behauptet werden mag.

Die Geheimbünde sind heute in erster Linie, wenn nicht ausschließlich, Verbindungen zur gegenseitigen Unterstützung, zur gemeinsamen Wahrung gemeinsamer Interessen. Je strenger die Aufnahmebedingungen sind, je schärfer die Mitglieder von den Häuptern solcher Bünde in Zucht und Gehorsam gehalten werden, desto größer ist die Gefahr, daß sie zu bloßen Werkzeugen in der Hand ihrer Führer herabsinken und den egoistischen Interessen dieser Männer oder derjenigen dienen, an die sie sie vermieten. Das ist in der That bei der großen Mehrzahl dieser Gesellschaften eingetreten. Es gibt kaum einen Gegenstand, der nicht zum Zweck oder Vorwand einer geheimen Gesellschaft geworden wäre. Vereinigungen von jungen Mädchen bezwecken, die Mitglieder gegen den Zwang zum Abschluß einer Ehe zu schützen, und solche Bündler gehen eher in den Tod, als daß sie eine Ehe abschließen oder vollziehen ließen; alte Weiber mit ihrer Gefolgschaft von männlichen und weiblichen Narren und Närrinnen errichten Gesellschaften zur Verfolgung okkulten, spiritistischen und gemeingefährlicher Zwecke; Leibrenten-Gesellschaften (Tontinen) haben in Dutzenden von Formen in China tausend Jahre be-

standen, ehe der Bankier Tonti im 17. Jahrhundert die Idee solcher Einrichtungen in Europa faßte; religiöse und sociale, socialistische, vegetariatische und andere Ideen und Ziele liegen solchen Bündnissen zu Grunde; aber häufig sind auch nur Diebstahl, Raub, Brand und Mord die Beweggründe solcher Gesellschaften, denen freilich oft durch ein kurzes Programm, wie „Tod den Fremden“, „Brot für die Armen“, „Vertreibt die Manjus“, die Schaffung eines Kaisers, eines Siegels und einer Beamtenhierarchie ein dünnes politisches Mäntelchen umgehängt wird.

Noch andere Gesellschaften behaupten, ihre Mitglieder oder wenigstens ihre Häupter unverwundbar oder unsichtbar zu machen, und ihnen wird die Macht zugeschrieben, unsichtbar Zöpfe abschneiden oder aus Papier geschnittene Puppen in Soldaten verwandeln zu können. Wären die Zwecke, wenigstens der großen geheimen Gesellschaften, ausschließlich oder auch nur hauptsächlich nationalpolitisch, so würden sie nicht außerhalb Chinas einen solchen Umfang angenommen und einen so verderblichen Einfluß ausgeübt haben. Aber in den Philippinen und in den holländischen ostindischen Besitzungen mußte mit Feuer und Schwert gegen sie vorgegangen werden, und ihre Ausrottung, oder wenigstens Unterdrückung, hat unendliche Mühen und viel Blutvergießen gekostet. In Hongkong mußte 1845 ein Gesetz erlassen werden, das die Mitgliedschaft in der „Dreiheitgesellschaft“ für ein Verbrechen erklärte, das mit dreijährigem Gefängniß, Brandmarkung und Ausweisung bestraft wurde, während in Penang und Singapore die von den geheimen Gesellschaften ausgeübte Tyrannei und Bedrohung der europäischen Interessen solchen Umfang annahm, daß nach heftigen Straßenkämpfen 1876 die amtliche Registrierung aller Mitglieder einer geheimen Gesellschaft, und 1888 die Auflösung und Unterdrückung aller solcher Gesellschaften angeordnet und durchgeführt wurde.

Die heute am weitesten verbreiteten geheimen Gesellschaften in China, deren Zahl, wie schon erwähnt, sehr groß ist, sind:

die Tienti hui oder Sanho hui, die Dreieinigkeitsgesellschaft, engl. Triad (Himmel, Erde und Mensch, die Grundeinheiten des kosmischen und des daraus hervorgegangenen philosophischen Systems), auch Hung genannt, angeblich 1647 gegründet; die Wuwei-kiao, Thunichts-gesellschaft, die sich 1824 aus der durch den Kaiser KiaKing mit Feuer und Schwert unterdrückten Pihlien-kiao, der weißen Lotusgesellschaft, entwickelt hat. Die letztere, auch als die der Vegetarianer bekannt, hatte den Versuch gemacht, die Dynastie zu stürzen, und wurde in NanKing, wohin die Mehrzahl der Mitglieder geflüchtet war, in dem ersten Decennium des vorigen Jahrhunderts fast ganz ausgerottet. Was heute als die Sekte der Vegetarianer bezeichnet wird, sind die „Tjaili,“ im allgemeinen ruhige, ordentliche Leute, die keinen Wein trinken, keinen Tabak rauchen, sich gegenseitig unterstützen und eng zusammenhalten. Die Unruhen und Christenverfolgungen, die 1892 in der Mongolei ausbrachen, wurden Streitigkeiten zwischen ihnen und den katholischen Konvertiten zugeschrieben. Die Kolao-hui, ursprünglich eine von Offizieren und Soldaten der vielen im Kampf gegen die Taipings verwendeten kaiserlichen Armeen zur gegenseitigen Unterstützung gebildete Gesellschaft, soll 1891 die Unruhen im Yangtsethal angestiftet haben, weil ihr die bisher gewährte Unterstützung entzogen worden wäre. Die Regierung schrieb der Vereinigung die Absicht zu, ihr durch die Angriffe auf Fremde und Christen Schwierigkeiten mit den Vertragsmächten bereiten zu wollen; wie weit das wahr gewesen ist, mag dahingestellt bleiben. Die Tatau-hui, die große Messersekte, die die Angriffe gegen die deutschen Missionen in Schantung verübte, scheint 1895 aus einer in demselben Jahr dort entstandenen und vernichteten Sekte der „Unverwundbaren“ hervorgegangen zu sein. Die „Boxer“ endlich verdanken ihren in die europäische Presse übergegangenen Namen einer falschen Uebersetzung oder einem chinesischen Wortspiel; ihr chinesischer Name ist Thochuan, d. h. die Gesellschaft der verbündeten Patrioten, „chuan,“ anders geschrieben zwar, aber gleich ausgesprochen, bedeutet aber auch

„Faust.“ Wenn die „Nowoje Wremja“ den Namen auf den Gebrauch des Ausdrucks „gepanzerte Faust“ durch den Deutschen Kaiser zurückführt und behauptet, daß die chinesische Sekte den deutschen Turnvereinen nachgebildet sei, so ist das natürlich Unsinn; es ist aber möglich, daß die Engländer der Sekte den Namen der Boxer gegeben haben, weil ihre Mitglieder sich vielfach mit athletischen Uebungen beschäftigen. Das Motto dieser Gesellschaft ist „Unterstütze die Dynastie, vertreibe die Fremden!“, antidynastische Motive können ihr also nicht zugeschrieben werden. Wohl aber ist es erklärlich und verständlich, daß das Vorgehen der Fremden in und gegen China ebenso, wie die offenkundig von einem großen Theil der Presse erörterte Idee einer Auftheilung des Reiches eine patriotische Reaktion hervorgerufen haben, die sich in den Angriffen gegen das, was der Chineser als die hauptsächlichsten Träger fremden Einflusses ansieht, die kirchlichen Missionen und die Eisenbahnen, Luft macht.

Es darf dabei nicht vergessen werden, daß die englischen protestantischen Missionare seit Jahrzehnten in China eine höchst bedenkliche und bedauerliche Politik treiben; der Veranlasser und Führer des Taipingaufstands war ein Schüler des amerikanischen Missionars Roberts, und wenn auch keine direkte Verbindung zwischen den Lehren des Missionars und dem Aufstand Hongs nachgewiesen werden kann, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß eine große Anzahl englischer Missionare und Roberts selbst bis gegen Ende des Aufstands mit den Taipings sympathisirten und dies auch offen aussprachen. Bei der mißglückten, überhaupt unausführbaren Reformbewegung 1898 haben englische Missionare ebenfalls eine leitende Rolle gespielt, wie sie auch jetzt wieder eifrig bemüht sind, jede Bewegung im Lande, auch wenn solche jeder politischen Bedeutung entbehrt, als gegen die Kaiserinregentin gerichtet darzustellen. Da kann es kaum Wunder nehmen, wenn Mißtrauen und Feindschaft gegen England, die einen hervorragenden Charakterzug der meisten Chinesen bilden — wurde doch schon 1842 in Kanton ein Bund zur Bekämpfung der Eng-

länder geschlossen — sich in manchen großen und kleinen Zeichen Luft machen. Daß die chinesische Regierung die durch die Boxer hervorgerufene Bewegung ursprünglich nicht ungern gesehen, da sie durchaus geeignet ist, den Fremden die Schwierigkeiten und Gefahren einer rücksichtslosen Oeffnung Chinas oder einer Auftheilung des Landes ad oculos zu demonstrieren, ist nicht unwahrscheinlich. Aehnliches ist auch anderswo, so 1848 bei dem Aufstand der Bauern gegen die Grundbesitzer in Galizien, vorgekommen. Ebenso wahrscheinlich ist es aber auch, daß die Bewegung jetzt der Regierung über den Kopf zu wachsen droht und ihr ebenfalls recht unbequem geworden ist. Bis jetzt trägt der Aufstand noch einen lokalen Charakter, wie er auch auf die Gesamtentwicklung von Handel und Verkehr, die im vorigen Jahr ein Mehr von fast zehn Millionen Mark für die Einnahmen des fremden Seezollamts ergeben haben, kaum einen nachtheiligen Einfluß ausüben dürfte; in China liegt aber bei dem Vorhandensein einer großen Menge Zündstoffs immer die Gefahr vor, daß ein Aufstand, der nicht schnell unterdrückt wird, Dimensionen annimmt, die den Frieden des Reichs ernsthaft bedrohen können. China hat zwischen den Jahren 420 und 1644 n. Chr. zwölf große Revolutionen und seit dem letzten dieser Jahre vier weitere dergleichen und dazu unzählige kleinere Aufstände durchgemacht; die Chinesen selbst sind deshalb gewohnt, solche Ereignisse mit einer gewissen Seelenruhe zu betrachten und mit ihnen auf ihre Art fertig zu werden. Sie würden und werden das auch in diesem Fall thun, wenn man sie in Ruhe läßt und die fremden Mächte nicht dort eingreifen, wo eine Nothwendigkeit des lokalen Schutzes für ihre Angehörigen nicht vorliegt. Vor allem würde der Versuch, aus dem angeblichen Antagonismus zwischen der Kaiserinregentin und dem Kaiser politisches Kapital zu schlagen, voraussichtlich nicht zu Gunsten der in China engagirten fremden Interessen ausfallen.

## Was man aus der Geschichte lernen könnte.

(Abgedr. aus der „Deutschen Revue“ vom August 1900.)

Die jüngsten Ereignisse in China, die mit so überraschender Schnelligkeit und Gewalt hereingebrochen sind und so furchtbare Folgen gezeitigt haben, sollten, wenn die Menschen überhaupt aus solchen Vorgängen etwas lernen können, allen und ganz besonders der öffentlichen Meinung, die ja die Quintessenz der Weisheit der Menge sein soll, beweisen, wie wenig sie im Allgemeinen und im Besonderen von den Dingen verstehen, die sich außerhalb ihres gewöhnlichen, recht beschränkten Gesichtskreises abspielen. China wurde nach dem Ausgang des Krieges mit Japan als ein tochter Körper angesehen, an dem jedes Experiment ohne eigene Gefahren gemacht werden könne, und ein besonders feuilletonistisch veranlagter „eigener Korrespondent“ glaubte in dem Tritt der in Peking einziehenden Schutzwachen der fremden Gesandtschaften schon vor zwei Jahren das Ticken der Todesuhr des großen Reichs zu vernehmen. — Dabei standen und stehen jetzt in Tientsin, nur drei Märsche von Peking entfernt, über 12 000 Mann europäischer Soldaten mit mehr als 90 Feld- und Maschinengeschützen, während in der Hauptstadt die diplomatischen Vertreter von neun großen Mächten und tausend Männer, Frauen und Kinder nach mehr als vierzehntägigem heldenmützigem Widerstande abgeschlachtet wurden, ohne daß ihnen die erflehte Hilfe gebracht werden konnte. Im ganzen Reiche, zuerst in den an den Hauptsitz der fremdenfeindlichen Bewegung, Peking und West- und Nord-Chili grenzenden Provinzen regt es sich, und

man wird nicht irre gehen, wenn man annimmt, daß, ehe diese Zeilen im Druck erscheinen, in weiten Gebieten alles das zerstört worden sein wird, was während der letzten Jahre mit Mühe und harter Arbeit, zum Theil unter großer persönlicher Aufopferung der Betheiligten, geschaffen worden ist. Das sind Ereignisse, die zu ernster Betrachtung und zur eingehenden Erörterung der Frage auffordern, welchen Ursachen der Ausbruch des Fremdenhasses zuzuschreiben ist, dessen Kundgebungen uns mit Entsetzen und Besorgniß erfüllen.

Als die anglo-französischen Truppen 1860 von Tientsin nach Peking marschirten, war, trotzdem die Taku-Forts von den verbündeten Truppen gestürmt worden waren und zwei Gefechte, das eine vor Tungchau bei Chanchiawan, das andere, nach welchem General von Montauban seinen Titel als Graf von Palikao erhielt, bei der Brücke von Palichiao stattgefunden hatten, die ganze Gegend zwischen Taku und Peking absolut ruhig, mit der einzigen Ausnahme, daß Chinesen in einem Dorfe halbwegs zwischen Tientsin und Peking auf eine englische Patrouille schossen, was zur Einäscherung des Dorfes durch die Engländer führte. Ebenso haben während der Feindseligkeiten zwischen Frankreich und China, 1884—85, wie während des chinesisch-japanischen Krieges keinerlei gegen Fremde oder chinesische Christen gerichteten Angriffe stattgefunden, die chinesische Regierung ist vielmehr vollständig im Stande gewesen, die Ordnung im ganzen Reiche aufrecht zu erhalten, vielleicht in höherem Maße als in ruhigeren Zeiten. Und mehr als dies: es ist den in Peking respektive Tientsin sich aufhaltenden Fremden, mit Ausnahme einer kurzen Zeit, während welcher die Miensei-Rebellen bis in die Nähe von Tientsin vorgedrungen waren und später als berittene Räuberbanden die Straße von Tientsin bis Peking unsicher machten, niemals eingefallen, irgend welche besonderen Vorsichtsmaßregeln in der Nähe dieser beiden Städte oder für die Reise zwischen denselben zu ergreifen; Frauen und Kinder verkehrten ohne männlichen Schutz und ohne Besorgniß zwischen

den beiden Plätzen, und selbst für weitere Ausflüge von Peking aus wurde ein Regenschirm für viel nothwendiger gehalten als ein Revolver. Und im Gegensatz dazu steht heute die ganze Gegend in Flammen, jeder Bauer ist bewaffnet, und die Fremden, die noch vor wenigen Wochen, wenn nicht geliebt, so doch geachtet wurden, werden heute wie wilde Thiere geheht und ohne Erbarmen abgeschlachtet. Es ist das ein neuer Beweis dafür, wie wenig der Fremde, um das Sammelwort für Europäer und Amerikaner zu gebrauchen, den Asiaten versteht und wie in China wie in Indien, in Japan wie in Anam der in latenter Weise vorhandene Fremdenhaß in jedem Augenblick zu Explosionen führen kann, die auch den der Verhältnisse dieser Länder Kundigsten durch ihre Plötzlichkeit und ihren Umfang überraschen. Die Aufstände in Kabul, von denen der erste mit der Niedermezelung der ganzen englischen Macht auf dem Rückzuge endigte, von der nur ein Arzt verwundet entran, während der zweite die Ermordung des englischen politischen Agenten, Sir Louis Cavagnari mit seiner Eskorte zur Folge hatte und in seinem weiteren Verlaufe zu dem Feldzuge führte, dem Lord Roberts seinen Feldherrnruf verdankt, die Ermordung des russischen Gesandten in Teheran 1829 mit seinem ganzen Gefolge und endlich auch der große Aufstand in Indien haben ebenso die von ihnen in erster Linie Betroffenen überrascht wie in diesem Falle die in Peking ausgebrochene Bewegung. Die letztere muß allem Anschein nach auf einen Staatsstreich, die Usurpation der Regierungsgewalt durch den Prinzen von Tuan, zurückgeführt werden, was auch den Anschluß der Truppen an die Aufständischen erklären würde. Die Lehre aber, die aus diesen Vorgängen gezogen werden muß, ist die, daß es in jedem Fall falsch und gefährlich ist, den Maßstab fremder Verhältnisse an asiatische Zustände zu legen.

Die chinesischen Truppen, die Befestigungen wie die von Port Arthur und Wei-hai-wei den Japanern fast ohne Schwertstreich überlassen haben, bieten heute, nur fünf Jahre später,

europäischen Truppen erfolgreich die Stirn und halten 20 000 Mann, denn auf so hoch dürfte sich die Zahl der zwischen Taku und Tientsin echelonnirten fremden Streitkräfte belaufen, in Schach, eine bittere Lehre für diejenigen, die China als eine quantité négligeable betrachtet haben und die von der Auftheilung Chinas sprachen, wie man von der Zerlegung eines Kalbsbratens redet. Daß die Lehre aber noch nicht verstanden und gewürdigt worden ist, das Traurigste und vielleicht das Folgenschwerste an dem ganzen Vorgange, beweist ein Theil der deutschen Presse, der noch immer die Ansicht vertritt, daß Rücksichtslosigkeit, unter der sich nur zu oft ein Mangel an Verständniß der Lage verbirgt, im Stande gewesen sein würde, der Katastrophe vorzubeugen, an der sie einen nur zu großen Antheil hat. Als der Schreiber dieser Zeilen vor wenig mehr als fünfzehn Monaten bei einem in der Abtheilung Berlin-Charlottenburg der Deutschen Kolonialgesellschaft gehaltenen Vortrage darauf hinwies, daß der Versuch, China zu majorisiren, zu Zuständen führen müsse und werde, die die Herausendung eines deutschen Armeekorps nach Schantung nöthig machen könnten, haben nur wenige die Aeußerung ernst genommen und der Beachtung gewürdigt, die sie vielleicht, als von jemand kommend, der mehr als ein Menschenalter in Ostasien zugebracht hatte, verdient haben würde. Die Presse hat vielmehr munter weiter die Auftheilung Chinas zum Gegenstand ihrer Erörterungen gemacht und damit einen neuen Beweis von der Zweischneidigkeit der Waffe gegeben, die der brave Gensfleisch zum Gutenberg vor fünfshundert Jahren seinen Landsleuten in die Hand gelegt hat. Selbst heute, da die ganze civilisirte Welt sich rüstet, um dem Ansturm chinesischer Barbarei zu widerstehen — mit dem Mord der Gesandten, wehrloser Frauen und Kinder und derer, die wie Sir Robert Hart, der General-Zollinspektor der chinesischen Seezölle, und seine Beamten seit langen Jahren ihre Dienste den Interessen Chinas gewidmet hatten, hat der Widerstand Chinas gegen das, was man seine Vergewaltigung nennen konnte, seine ethische Berechtigung eingebüßt —, be-

günnt die Idee der in Schantung zu suchenden territorialen Entschädigungen in einzelnen Blättern und Blättchen zu spuken, und die Knochen des pommerischen Grenadiers, die für das, was in den Balkanländern vor sich ging, nicht zu Markte getragen werden sollten, werden bis jetzt glücklicherweise nur auf dem Papier für Pläne eingesetzt, die Deutschlands Interessen in Ostasien nicht wesentlich stärken, wohl aber seine ganze politische Zukunft in Frage stellen können. Wenn Europa aus den jetzigen Vorgängen in China nicht die Lehre zieht, daß die Bewohner des gewaltigen Reiches vielleicht in die Wege unserer Civilisation geleitet, aber ganz gewiß nicht in dieselben getrieben werden können, so werden, ganz abgesehen von den Gefahren, die die Rivalität der Mächte untereinander hervorrufen kann, noch ungezählte Hekatomben von Menschen und Millionen von Mark für das geopfert werden, was vielleicht auf anderm Wege, aber ganz gewiß nicht durch rohe Gewalt, erreicht werden kann. In der berechtigten Entrüstung über die Vorgänge in China wird das Gefühl der Gerechtigkeit und Billigkeit für das, was das chinesische Volk zu fordern ein Recht hat, die Schonung seiner alten Civilisation, die in manchen Beziehungen, wenigstens in der Theorie, über dem steht, was wir als unsere heutige Kultur preisen, wahrscheinlich stark abgestumpft werden, aber es ist darum um so mehr die Pflicht derjenigen, die sich nicht von den Erregungen des Augenblicks fortreißen lassen, auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die ein Verlassen der Bahnen, die die Wahrung eigener größerer Interessen uns vorschreibt, unfehlbar nach sich ziehen muß. — In Ostasien liegt unser Interesse nicht in einem Zuwachs territorialen Besitzes, der uns neue Pflichten und damit neue Opfer auferlegen würde, sondern in der Gewinnung eines möglichst großen Antheils an dem chinesischen Markte für unseren Handel und unsere Industrie; in der Weltpolitik haben wir alle Veranlassung, uns von den Zwistigkeiten fern zu halten, die sich aus den sich widerstrebenden Interessen und Aspirationen Rußlands, Englands und Japans in Ostasien ergeben können,

und uns vielmehr der Politik der Vereinigten Staaten anzuschließen, die nur ihre commerciellen Interessen zu wahren bestrebt sind. Schon heute werden in der russischen Presse Stimmen laut, die Deutschland die Schuld an den Vorgängen in China zuschreiben, und in England ist man eifrig bemüht, Verdacht gegen Deutschland zu erregen und Rußland und Frankreich gegen dasselbe aufzuheben; uns aber sollten diese Vorgänge auf die Gefahren aufmerksam machen, die sich für uns aus dem Versuch ergeben würden, eine führende Rolle bei den Ereignissen in China spielen zu wollen oder uns aufdrängen zu lassen. Wir haben dort nicht mehr zu strafen und zu rächen als andere, wir haben weder das chinesische Räthsel zu lösen noch die chinesische Ruß zu knacken, sondern uns nur so weit an den gemeinsamen Maßnahmen aller Mächte zu betheiligen, wie die genaueste Abmessung unserer Interessen dies nothwendig und heilsam erscheinen läßt. Alles Weitere würde vom Uebel sein, und es kann nicht ernsthaft genug davor gewarnt werden.

## Einkehr und Umkehr.

(Abgedr. aus der „Finanz-Chronik“ vom 1. September 1900.)

Wenn Fürst Bismarck das geflügelte Wort „Gelogen wie telegraphirt“ nicht schon vor dreißig Jahren in die Welt hinaus gesendet gehabt hätte, so würde er das ganz gewiß aus Veranlassung der chinesischen Wirren gethan haben, falls es ihm vergönnt gewesen wäre, dieselben zu erleben, denn soviel wie bei dieser Gelegenheit nach der Richtung hin gesündigt worden ist, hätte selbst die üppigste Phantasie sich nicht vorzustellen gewagt. Die Thatsache, daß der amtliche Verkehr mit Peking fast zwei Monate lang ganz unterbrochen und der mit Nordchina sehr beschränkt war, hatte der Einbildungskraft einiger Correspondenten und Kriegsberichterstatter ein weites Feld geöffnet und ihnen gestattet gehabt, möglichst viel Unheil anzurichten. Der Schmerz vieler Tausende und die Entrüstung vieler Millionen über die angebliche, mit allen Einzelheiten berichtete Niedermetzlung der in Peking eingeschlossenen Fremden ist unzweifelhaft auf die Rechnung dieser Herren zu setzen, während die Berichte über die Hunderttausende von Chinesen, die zwischen Tientsin und Peking ständen, über die impassirbaren Wege zwischen diesen beiden Städten und die Hitze, die bis zum Herbst hinaus jede militärische Operation unmöglich mache, wohl einen Theil der Schuld daran tragen, daß deutsche Truppen an der Einnahme von Peking und dem Entsatz ihrer dort belagert gewesenen Landsleute nicht theilhaftig gewesen sind. Und kaum ist die Verbindung mit der

Hauptstadt des chinesischen Reiches wiederhergestellt, so wird das Spiel mit erneuten Kräften fortgesetzt; der Hof ist in Peking, er ist auf der Flucht, er ist achtzig Meilen von Peking von der japanischen Kavallerie eingeholt und gefangen genommen worden, er hat Shanxi erreicht und, last, not least, eine kombinirte Truppenabtheilung in der Stärke von tausend Mann ist auf dem Marsche nach dem, nebenbei wie die Krähe fliegt, 800 km und mehr von Peking entfernten Signanfu (Si-ngan-fu wie Richthofen schreibt), der Hauptstadt von Shenxi. Wenn solche Fülle der Mittheilungen, hauptsächlich auf den Zimmerstrategen verwirrend wirken wird, so ist es etwas anderes mit den Nachrichten, die von China und anderen Ländern aus in die Welt geschickt werden und von zwischen den verschiedenen Kabinetten vorhandenen oder auszubrechen drohenden Differenzen zu berichten wissen. Daß vielfache Meinungsverschiedenheiten zwischen den Regierungen der Vertragsmächte nicht nur über die schließlichen Ziele der gemeinsamen wie der eigenen Aktion, sondern auch über die zur Erreichung derselben einzuschlagenden und anzuwendenden Wege und Mittel bestehen, ist hinreichend bekannt und dürfte auch Niemanden Wunder nehmen, aber wie es die Aufgabe einer verständigen Diplomatie ist, solche Meinungsverschiedenheiten nicht zu erweitern, sondern auszugleichen, so sollte auch die verständige Presse sich in den Dienst derselben Aufgabe stellen und dem Bedürfniß nach Sensationen nicht die Pflicht der Mitarbeit an der größeren Aufgabe opfern. Und die den Vertragsmächten in China gestellte Aufgabe ist wahrlich groß und schwer genug, um jede verständige Unterstützung mit Freuden begrüßen und dankbar annehmen zu können. Leider wird ihr eine solche Unterstützung in Deutschland noch verhältnißmäßig seltener als in anderen Ländern zu Theil. Im Laufe der letzten Jahre hat sich bei uns, besonders auf dem Gebiete der kolonialen Fragen, eine Klasse von Kadapolitikern herangebildet, deren Augen stets größer sind als der Magen des deutschen Volkes und die mit Welttheilen umgehen, als handle es sich um ein belegtes Butter-

brod. Die Kosten, die Deutschland allein aus den chinesischen Wirren erwachsen, sind bis Anfang Oktober d. J. auf ungefähr 100 Millionen Mark veranschlagt worden, und wenn diese Zahl auch vielleicht etwas zu hoch gegriffen erscheinen mag, so kann es doch kaum einem Zweifel unterliegen, daß sie im Laufe der weiteren Ereignisse erreicht und wohl auch überschritten werden wird. Rechnet man dazu das, was der regelmäßige Handel durch die Stockung allen Verkehrs in China einbüßt — und der Gewinn, der einzelnen Rhedereien, Waffen- und Munitionsfabrikanten aus den Truppen sendungen und nothwendig werdenden Bestellungen erwächst, kann als Entschädigung dafür nicht angesehen werden, — so kommt man zu einem ganz netten Sümmechen, das schließlich doch vom deutschen Volke, d. h. der Masse der Steuerzahler aufgebracht werden muß. Sieht man dann, wie einzelne der vorher gekennzeichneten Politiker für die Schaffung einer Kolonialarmee Stimmung zu machen beginnen und überlegt man sich, daß die Vorbedingung für eine Kolonialarmee eine Kolonie ist, und welche Zuschüsse eine solche Kolonie inclusive Verwaltung und Armee nicht während einiger Jahre, sondern während vieler Jahrzehnte und vielleicht Jahrhunderte beanspruchen wird, — die fruchtbarste und blühendste englische Kolonie, Ceylon, hat fünfzig Jahre, von 1813 bis 1864, gebraucht, bis sie auf eigenen Beinen stehen konnte, so scheint der Wunsch nicht unberechtigt, daß Gott das Vaterland vor solchen Freunden bewahren möge.

Rundgebungen, wie die, welche eine Auftheilung Chinas befürworten oder die Erwerbungen größerer Gebiete in demselben beanspruchen, sind in diesem Augenblicke aber um so unzeitgemäßer, als sie der fremden Presse als Vorwand dienen, Deutschlands Absichten zu verdächtigen und ihrerseits daran Forderungen an die eigenen Regierungen zu knüpfen, die ebenfalls wenig geeignet sind, die so nothwendige Einigkeit zwischen den Regierungen der Vertragsmächte zu erhalten und zu verstärken. Es kann nicht oft und stark genug betont werden, daß Deutschland in China nur ein Interesse besitzt, die möglichst schnelle und billige

Wiederherstellung der Ruhe und geordneter Zustände in dem großen Reiche, um seinem Handel und Industrie den ihnen wegen ihrer Vortrefflichkeit gebührenden Antheil im Verkehr mit dem ganzen Reiche und nicht innerhalb eines beschränkten Theils desselben zu sichern.

Mit der Befolgung dieser Politik, und es ist die von der Regierung offen verkündete, ist für Deutschland das Recht wie die Pflicht verbunden, darüber zu wachen, daß ihm dieser Antheil nicht verkümmert und diese Politik etwa entgegenwirkende Bestrebungen anderer Mächte gemäßiget und in den Schranken des allgemeinen Interesses gehalten werden. Deutschlands Aufgabe ist also die des Moderators, nicht des Conquistadors. Was nun die Aufgabe aller Mächte in China anbetrifft, so wird dieselbe, soweit die Verhältnisse sich für den Augenblick übersehen lassen, voraussichtlich eine mehr politische als militärische sein, d. h. sie wird sich im Wesentlichen darauf beschränken müssen, in Nordchina innerhalb eines beschränkten Umkreises die Ruhe zu erhalten und wieder herzustellen, den freundlich gesinnten Provinzial- und Lokal-Behörden ihre Unterstützung innerhalb der von denselben selbst gewünschten Grenzen zu Theil werden zu lassen und unfreundliche erreichbare, wenn nöthig, thatsächlich zu überzeugen, daß ihr eigenes Interesse ihnen gebiete, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten und fremdes Leben und Eigenthum wie den allgemeinen Handel und Verkehr zu schützen.

Eine gewisse Mäßigung wird bei der Durchführung einer solchen Politik umsomehr geboten sein, als es wohl kaum zweifelhaft sein dürfte, daß einzelne Ausschreitungen gegen Christen und Fremde voraussichtlich noch während längerer Zeit an verschiedenen Stellen vorkommen werden; es kann aber nicht als die Aufgabe der Vertragsmächte angesehen werden, überall im ganzen Reiche Polizeidienste zu leisten, d. h. Ausschreitungen zu verhindern oder vorgefallene zu bestrafen, dazu reichen die vorhandenen Streitkräfte nicht, aus und es ist zum Mindesten eine offene Frage, ob eine Verstärkung derselben bis zu dem Punkte überhaupt mög-

lich oder auch nur wünschenswerth sein würde. Was bis jetzt immer versäumt wurde, und die Schuld dafür trifft die Regierungen und die von ihnen getriebene „nur keine Schwierigkeiten“=Politik, muß nunmehr konsequent durchgeführt werden, d. h. es muß allen chinesischen Beamten klar gemacht werden, daß das einzige Vergehen, für das es keine Entschuldigung gibt, das eines Angriffs auf fremdes Leben oder Eigenthum innerhalb ihres Wirkungskreises ist. Ein oder zweimal in dieser Beziehung ein Beispiel statuirt, selbst um den Preis eines maritimen oder militärischen Eingreifens, und die Fremden werden in China so sicher leben wie z. B. die Juden in Deutschland, und mehr können wir doch selbst nicht verlangen.

Weitere militärische Operationen in größerem Stile in das Innere des gewaltigen Reichs wären, wie bereits früher hervorgehoben, eine Art wilder Gänsejagd, die um so weniger angezeigt erscheint, als bei richtiger und sachgemäßer Behandlung der Dinge und namentlich sobald der Hof und die Provinzialbehörden die Ueberzeugung gewonnen haben werden, daß man weder an einen Sturz der Dynastie noch an eine Auftheilung des Reiches denkt, — und die Furcht vor diesen Eventualitäten dürfte wesentlich zum Ausbruch der Bewegung beigetragen haben — das Feuer vermuthlich um so schneller ausbrennen wird, je gründlicher der renitenten Partei die Zufuhren an Geld, Kriegsbedarf und Vorräthen abgeschnitten werden. Schon jetzt macht sich in Chili der Gegensatz zwischen der ruhigen Landbevölkerung und den Bogern, die die Früchte der Arbeit der ersteren zerstören, täglich in erhöhtem Maße geltend, und wenn dieses Symptom richtig verstanden und ausgenutzt, d. h. den Landbewohnern durch das Vorschicken einzelner Truppendetachements die Möglichkeit gegeben wird, an ihre früheren Wohnsitze zurückzukehren und ihre gewohnten Arbeiten wieder aufzunehmen, so dürfte sich bald ein ruhiges Gebiet bilden, an das die anliegenden Gegenden sich ankrySTALLISIREN können. Erforderlich dazu wird allerdings auch besonders sein, daß die für diesen Zweck verwendeten Truppen

die strengste Manneszucht beobachten. Wenn der Schreiber dieser Zeilen bei einer früheren Gelegenheit darauf hingewiesen hatte, daß den Ereignissen in Nordchina gegenüber das Prinzip „de l'audace, de l'audace et toujours de l'audace“ maßgebend sein müsse, eine Auffassung, die durch die Ereignisse ihre Bestätigung erhalten hat, so kann er heute nur den durch die Einnahme von Peking veränderten Verhältnissen gegenüber „Ruhe und Mäßigung“ und immer wieder dasselbe empfehlen. Es ist gewiß ein günstiges Vorzeichen, daß der Feldmarschall Graf von Waldersee, neben seinen vortrefflichen militärischen Fähigkeiten die beiden als erforderlich bezeichneten Eigenschaften im höchsten Maße besitzt, und weder sein Ruhm noch der seines Allerhöchsten Kriegsherrn oder des Vaterlandes werden darunter leiden, wenn er dereinst mit dem Kranze aus Delzweigen, statt mit dem Lorbeerkranze geschmückt, in die Heimath zurückkehrt. Wir aber wollen nicht vergessen, daß die schönsten Siege die sind, die am wenigsten Blut und Thränen gekostet haben.

die ständige Verwaltung nicht beschränken. Wenn der Schreiber dieser  
 Seiten bei einer früheren Gelegenheit bereits hinsichtlich der  
 auf dem Gerichte in Würzburg angelegten des Prinzipals die  
 Landes-, des Landes- zu tun, so ist die Landes-, nach dem  
 dem die eine Verfügung die nach die Verfügung die die  
 Verfügung erhalten hat so kann er keine nach dem nach die Ein-  
 nache von Verfügung vorüberlassen Zuständigen Angelegenheiten. Diese  
 und Verfügung, und immer jedoch nach der Umständen. Es ist  
 auch ein ähnliches Vergehen, das der Schreiber selbst, auch von  
 Vergehen, aber seine vorüberlassen Zuständigen Angelegenheiten  
 die beiden als erforderlich, bestimmten Angelegenheiten im höchsten  
 Maße besser, und wenn kein Widerspruch, nach der Umständen, wenn  
 Widerspruch über den Vorstandes, nach der Umständen, wenn  
 er besteht mit dem Schreiber, nach der Umständen, wenn mit dem Vor-  
 standes, nach der Umständen, in der Zukunft, nach der Umständen, wenn  
 nach der Umständen, nach der Umständen, nach der Umständen, wenn  
 nach der Umständen, nach der Umständen, nach der Umständen, wenn

III.

Kolonial-Politisches.

1898—1900.

—\*—

Manuale-Politico

1800-1801

## Kiaotſchau.

(Abgedr. aus der „Deutschen Rundschau“ vom Februar 1898.)

Seitdem die deutsche Flagge in der Bucht von Kiaotſchau weht, ist viel Tinte über die Frage vergossen worden, ob der Schritt der deutschen Regierung für China den Anfang vom Ende, d. h. den Beginn der Theilung des Reiches, bedeute. Diejenigen, welche diese Ansicht vertreten, scheinen ganz vergessen zu haben, daß China nahe an vierhundert Millionen Einwohner zählt, die trotz aller lokalen und provinzialen Verschiedenheiten dem Auslande gegenüber ein kompaktes Ganze bilden, das bis jetzt allen Invasionen und Eroberungen widerstanden und die fremden Eindringlinge und Herren unter das Joch seiner eigensten Civilisation zu zwingen verstanden hat. Sie vergessen, daß keine der in Frage kommenden Mächte die Mittel an Geld und Menschen besitzt, um einer solchen Aufgabe auch nur mit einiger Aussicht auf Erfolg näher treten zu können. Seit dem Tage, an welchem 1639 die Engländer bei dem jetzigen Madras einen schmalen Landstreifen erwarben und auf demselben das Fort St. Georg erbauten, bis heute, da sie der die Gebirge an der Nordgrenze bewohnenden wilden Stämme vergeblich Herr zu werden versuchten, sind 259 Jahre verflossen, und Indien, das 1897 kaum 270 Millionen Einwohner zählte und ungefähr fünf Millionen Quadratkilometer weniger mißt als China und Tibet, war von Stämmen bewohnt, die, nach Rasse und Religion verschieden, der Eroberer einen gegen den andern ausspielen konnte. China

durfte daher für andere als unverantwortliche Conjecturalpolitiker sich als ein ziemlich unverdaulicher Bissen erweisen.

Außerdem hat China ganz andere Eingriffe überstanden als den, der ihm von deutscher Seite gedroht hat. Japan hat die Liukiu-Inseln, Formosa und die Pescadores von dem chinesischen Reiche losgerissen und dies auch mit der Liaotung-Halbinsel versucht, ohne damit in den Verdacht zu kommen, die Aera der Theilung Chinas eröffnet zu haben. Frankreich hat aus dem dem Reiche der Mitte tributpflichtigen Anam sein hinterindisches Reich geschaffen und nicht angestanden, China durch Anwendung sanfter Gewalt zur Abtretung von Landestheilen zu nöthigen, die dasselbe sich vertragsmäßig verpflichtet hatte, keiner anderen Macht zu cediren, und es damit der Gefahr eines Konfliktes mit England auszuweichen; letzteres hat Birma, einen anderen China tributpflichtigen Staat, annectirt und sich außerdem nach der seit einigen Jahren bei den englischen Staatsmännern besonders beliebten Methode das Vorerwerbungsrecht auf verschiedene wichtige Punkte, wie den Chusan-Archipel und Port Hamilton, zu sichern gewußt, der Besitznahme von Hongkong und Kauluu gar nicht zu gedenken. Auch Rußland hat in bis jetzt kaum aufgeklärter Weise durch den Vertrag von 1858 das linke Ufer des Amur und 1860 das durch den früheren Vertrag als beiden Staaten gemeinsam bezeichnete Gebiet zwischen dem unteren Lauf dieses Flusses und dem Ussuri erworben, 1893 auf Grund einer unautorisirten Aeußerung des früheren chinesischen Gesandten in Petersburg, Hülchen, über eine ihm vorgelegte russische Karte den größeren Theil des chinesischen Pamirgebietes in Besitz genommen, und nach 1895, wenn auch nicht rechtlich, so doch thatsächlich seine Hand auf die nördliche Manchurei gelegt.

Diesen Schnitten in den Leib Chinas gegenüber erweist sich die Erwerbung der Liaotichau-Bucht als ein Eingriff von so untergeordneter Bedeutung, so weit China in Betracht kommt, daß es durchaus unberechtigt erscheint, in demselben einen Schritt zu erblicken, der als der Anfang einer Theilung Chinas oder als

zu dem Versuch einer solchen Veranlassung gebend angesehen werden könnte. So haben sich denn auch die, allerdings meistens aus verdächtiger Quelle stammenden Nachrichten über Pläne und Handlungen anderer Mächte als nur auf das Sensationsbedürfniß des großen Publikums und einzelner Zeitungen berechnet erwiesen. Auch die Bewegungen der englischen und russischen Flotten im Golf von Pechili und die Vorgänge in Korea, wo es sich für die Engländer darum handelt, der vollständigen Russifizierung der dortigen Verwaltung entgegenzuarbeiten, sind mehr auf die Eifersucht zwischen den beiden Mächten und das den sonstigen Gebräuchen der russischen Diplomatie widersprechende, überhastete Vorgehen im Lande der Morgenruhe zurückzuführen, als auf den Wunsch, die Erbschaft des noch recht lebendigen Chinas antreten zu wollen.

Was Deutschland in Kiaotschau suchte und gefunden hat, ist ein Stützpunkt für den Schutz der Interessen des Reiches und seiner Angehörigen in Ostasien.

Der Ausgang des chinesisch-japanischen Krieges hatte die Illusionen Derer zerstört, die in China die Vormacht Ostasiens und damit die Hüterin des Friedens in jenem Theile der Welt zu sehen gewohnt gewesen waren; das unbehülfsliche Reich war politisch und militärisch dem viel kleineren Japan erlegen und nur dadurch noch größeren Verlusten entgangen, daß das letztere auf das Eingreifen Rußlands, Deutschlands und Frankreichs einen Theil seiner Beute hatte herausgeben müssen; vor innerem Zerfall hatte es die Passivität der eigenen Bevölkerung den Ereignissen der Kriegsjahre gegenüber bewahrt. Statt eine Stütze für die Erhaltung des Friedens in Ostasien zu sein, wurde China durch seine Hülflosigkeit eine Gefahr für ihn und legte damit allen Mächten, welche dort Interessen irgend einer Art besitzen, die Verpflichtung auf, für den Schutz derselben in höherem Maße selbst zu sorgen, als dies bisher der Fall gewesen.

Daß die chinesische Regierung das Vorhandensein dieser Nothwendigkeit auch, und zwar ganz besonders für Deutschland,

das in jenen Gegenden keine aus früheren Eroberungen herstammenden Erwerbungen besaß, nicht verstand, war ein politischer Fehler, der sich an dem Tage strafen mußte, an welchem der Besitz eines maritimen Stützpunktes für die deutsche Politik ein unabweisbares Bedürfnis wurde. Es ist daher auch nicht richtig, die Ermordung der deutschen Missionare als den Vorwand für das jüngste Vorgehen Deutschlands in China zu bezeichnen; der Vorfall war vielmehr nur die zufällige Veranlassung, die ergriffen wurde, um mit der Haltung zu brechen, die keine politischen Interessen in Ostasien zu haben glaubte, und aus dem Gebiete nebelhafter Unentschlossenheit auf das der praktischen Bethätigung tatsächlicher Bedürfnisse überzugehen. Daß die Leitung der deutschen Politik diesen Schritt gethan, und daß sie ihn, abgesehen von dem unvermeidlichen ersten entschlossenen Zugreifen in einer Weise gethan hat, der eine freundliche Verständigung mit China nicht nur über die schwebende Frage, sondern auch für die Zukunft ermöglichte, ist ein nicht genug anzuerkennendes Verdienst derselben.

Das mit China am 4. Januar d. J. zu Peking getroffene Uebereinkommen sichert Deutschland, außer den für die Ermordung der beiden Missionare verlangten und erhaltenen Genugthuungen, in der Kiaotschau-Bucht Alles, dessen es bedurfte, um dort einen Stützpunkt für seine Interessen in Ostasien zu schaffen, und es wird jetzt darauf ankommen, mit der Genehmigung Chinas, und womöglich mit seiner Bethheiligung, den errungenen Erfolg weiter auszubeuten, nicht im Sinne und zum Zweck territorialer Erwerbungen oder kolonialer Pläne, die für den mit den Verhältnissen Bekannten überhaupt jeder tatsächlichen Unterlage entbehren, sondern im Interesse der erfolgreichen kaufmännischen und industriellen Bethheiligung Deutschlands an dem sich auf diesen Gebieten auch in Ostasien immer schärfer entspinnenden Wettkampfe. Daß damit Deutschland nicht unerhebliche Kosten und Verantwortlichkeiten zu übernehmen haben wird, ist unzweifelhaft; aber es steht zu hoffen, daß die öffentliche

Meinung, besonders auch innerhalb der parlamentarischen Körperschaften, sich der Auffassung nicht verschließen werde, daß, wo geerntet werden soll, auch gesät werden muß, und daß nichts thörichter sein würde, als der Regierung die Mittel zu verweigern oder in unzureichender Weise zu bewilligen, die erforderlich sind, um den Grund für die gedeihliche Weiterentwicklung der neuen Erwerbung Deutschlands zu legen.

Kiaotschau ist der von der Natur bevorzugteste Hafen Nordchinas und durchaus geeignet, bei richtiger Behandlung und Benutzung für einen großen Theil des Nordens das zu werden, was Hongkong für den Süden des Reiches ist; der Platz, von welchem aus die Einfuhren ihren Weg nach dem Inneren des Landes nehmen, und wo die Ausfuhren zur Verschiffung nach den Bestimmungsländern gesammelt werden. Um dies zu erreichen, ist es aber vor allen Dingen nothwendig, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um ein gesichertes Aus- und Einladen von Schiffen europäischer Bauart zu ermöglichen, Lagerhäuser für die Unterbringung von Waaren und Landesprodukten zu errichten, Docks und Werften zur Ausbesserung von Schiffen anzulegen und ganz besonders möglichst weit ins Innere reichende, sichere, schnelle und billige Verbindungen herzustellen.

Die Bedeutung Kiaotschaws für den Handel ist stets auch von den Chinesen erkannt worden; sie ist nicht unwesentlich durch die Herstellung oder richtiger die Vollendung des großen Kaiserkanals im 13. und 14. Jahrhundert unter den mongolischen Herrschern und der Ming-Dynastie, wie ebenfalls durch die Eröffnung Tschifu für den fremden Verkehr 1860 geschädigt worden. Trotzdem bietet Kiaotschau auch heute noch wegen seiner ganz geschützten Rhede so bedeutende Vortheile über das bei schlechtem Wetter und namentlich während des Winters beinahe unbenutzbare Tschifu und das durch die Barre vor dem Peiho und die immer ungünstiger werdenden Wasserverhältnisse im Flusse selbst stark beeinträchtigte Tientsin, daß es nur verhältnißmäßig geringer Kosten bedürfen wird, um es zum Hauptstapelplatz des

Handels mit dem größeren Theile Schantung, Kiangsu, Anhuis und Honans zu machen. Der erste größere, im Innern Schantung gelegene Handelsplatz, Weihien, das den Mittelpunkt des Seidenhandels der Provinz bildet, und in dessen unmittelbarer Nähe sich abbaufähige und werthe Kohlengruben befinden, ist nur circa 100 Kilometer von Kiaotschau entfernt, und dem Bau einer Bahn nach dort, die am besten sofort mit der von der chinesischen Regierung eingeführten Normalspurweite angelegt werden würde, scheinen — soweit sich das bis jetzt übersehen läßt — keinerlei erhebliche Terrainschwierigkeiten im Wege zu stehen. Wohin die Bahn von dort zu führen sein dürfte, wird von weiteren eingehenden Terrainstudien, namentlich auch von der Möglichkeit einer Ueberbrückung des Gelben Flusses (Hwangho) abhängen, jedenfalls aber wird von vornherein eine weitere Fortsetzung der Bahn entweder nach dem Yangtse oder zur Verbindung mit der Luhan-Linie (von Lufachiao nach Hankau) ins Auge zu fassen sein. Vielleicht dürfte es sich auch empfehlen, einen früheren chinesischen Plan wieder aufzunehmen, die Vertiefung des auf den Flüssen Kiau und Lai bereits bestehenden Wasserweges zwischen der Süd- und Nordküste der Halbinsel Schantung und die Ausbarmachung desselben für größere einheimische Fahrzeuge. Die zu diesem Zwecke unternommenen Arbeiten wurden nach dem Tode des Kaisers Kanghi zu Anfang des 18. Jahrhunderts wieder eingestellt.

Ueber den Umfang des Verkehrs, der sich in Kiaotschau entwickeln kann, bereits jetzt ein maßgebendes Urtheil zu fällen, ist unmöglich. In Tschifu, das viel weniger günstig als Kiaotschau gelegen ist, und dessen Inlandverkehr durch die es umgebenden Berge sehr erschwert wird, während mehrere tiefe Bodensenkungen denselben von Kiaotschau aus erleichtern, betrug 1896 der Werth der eingeführten, resp. re-importirten fremden Waaren circa 33 Millionen Mark, der der Einfuhr und Wiederausfuhr chinesischer Waaren circa 11 Millionen Mark, und der der Ausfuhr chinesischer Waaren circa 22 Millionen, d. h. zusammen circa 66 Millio-

nen Mark. Da es sich bei diesen Zahlen nur um den durch das fremde See-Zollamt gegangenen Verkehr handelt, d. h. um Waaren, die auf Schiffen fremder Bauart ein- oder ausgeführt wurden, so wird man nicht sehr fehl greifen, wenn man den Werth des Gesamtverkehrs auf circa 80 Millionen Mark annimmt. Von der Ausfuhr, resp. dem Re-import chinesischer Produkte kamen auf Bohnentuchen  $4\frac{1}{2}$  Millionen, auf Strohgeslecht 4,8 Millionen, auf Rohseide, Cocons und Seidenstoffe fünf Millionen Mark. Von diesen letzteren entfällt der bei weitem größere Theil auf die Seide des Eichen- resp. Nilanthus-Spinners und der aus derselben gefertigten, unter dem Namen „Pongee“ bekannnten Stoffe.

Die von Tschifu ausgeführte, d. h. von den Dampfern zum eigenen Gebrauch genommene Kohle stammt nicht aus Shantung, sondern entweder von den Raiping-Gruben in Chili oder aus Japan. Man wird in Kiaotschau bei richtiger Behandlung auf den größeren Theil des jetzt über Tschifu gehenden Verkehrs, sowie auf die wegen der Schwierigkeit der Beförderung nach dort von demselben ausgeschlossnen Erzeugnisse Shantungs und anderer Provinzen, ganz besonders der Kohlengruben von Weihien rechnen dürfen, und daher wohl berechtigt sein, den Werth des ohne besondere Mühe nach Kiaotschau zu lenkenden Verkehrs schon innerhalb der ersten Jahre auf mindestens fünfzig Millionen Mark veranschlagen können, die je nach der weiteren Fortführung der von Kiaotschau ausgehenden Bahnen und sonstigen Verbindungswege leicht auf das Doppelte resp. das Drei- und Vierfache erhöht werden können.

Auch humanitären Zwecken kann und wird die Eröffnung Kiaotschaus dienen, indem sie den periodisch in Shantung wiederkehrenden Nothständen wirksam begegnen wird. Im Wesentlichen hervorgerufen durch lokale Mißernten und die Schwierigkeit, wenn nicht Unmöglichkeit, der Beförderung von Lebensmitteln auf Packthieren, die innerhalb einer bestimmten Frist ihre eigene Last verzehren, wird die Erleichterung und Beschleunigung des Ver-

fehrt jenen Nothständen den Charakter von Hungersnöthen nehmen, wie das Land sie 1877 und 1878 gesehen hat.

Damit diese Hoffnungen aber in Erfüllung gehen, ist es nothwendig, daß die deutsche Diplomatie sich nicht mit dem politischen Erfolge begnüge, sondern sich entschliesse, auch die materiellen Consequenzen daraus zu ziehen. Kiaotschau darf nicht bloß eine militärischen und maritimen Zwecken dienende Station bleiben, es muß ein dem fremden Verkehre nach Maßgabe der für denselben bestehenden vertragsmäßigen Bestimmungen eröffneter Hafen oder noch besser ein Freihafen werden, von dem aus der Handel aller Nationen unter gleichen Rechten und Pflichten in Länder, die von ihm bis dahin wenig oder garnicht berührt worden sind, gelangen kann, zum Vortheil Aller, die sich daran betheiligen. Dann wird Deutschland den ihm gebührenden Antheil an der Erschließung des Reiches der Mitte haben, und China, im Gefühl befriedigender und lohnender Mitarbeit, die alten Beziehungen zu Deutschland wiederfinden, die ihm während der letzten Jahre verloren gegangen zu sein schienen.

## Ex oriente lis.

(Abgedr. aus der „Deutschen Revue“ vom März 1899.)

Die Frage der Stellung der Vereinigten Staaten in den Philippinen und den Bewohnern derselben gegenüber ist in Folge der Annahme des spanisch-amerikanischen Friedensvertrages durch das Botum des Senats am 6. Februar insofern in ein neues Stadium getreten, als, falls dieser Vertrag auch durch die spanischen Cortes angenommen wird, woran wohl kaum ein Zweifel bestehen dürfte, der amerikanischen Regierung damit für ihr Vorgehen auf den Inseln die völkerrechtliche Unterlage gegeben ist, welche ihr bisher gefehlt hat. Daß die Frage der Entscheidung über das Schicksal der Inseln damit aber nicht aus der Welt geschafft worden ist, geht schon daraus hervor, daß einerseits der Friedensvertrag selbst die Bestimmung enthält, daß der politische Status der eingeborenen Bevölkerung der Philippinen endgültig nur durch einen Beschluß des Kongresses festgesetzt werden könne, und andererseits im Senat selbst diese Auffassung ausdrückliche Bestätigung gefunden hat; der Streit um das, was aus den Philippinen werden soll, ob eine amerikanische Kolonie oder ein ganz oder halb unabhängiger Staat mit oder ohne amerikanisches Protektorat, wird daher als eine Frage der inneren Politik die politischen Parteien in den Vereinigten Staaten noch längere Zeit beschäftigen, und es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß dieselbe bei der in 1900 bevorstehenden Präsidentenwahl den wesentlichsten Punkt des Programms der großen

Parteien, vielleicht sogar die Grundlage neuer Parteibildungen abgeben wird. Schon jetzt machen sich in den alten Parteien, namentlich in der republikanischen, solche Meinungsverschiedenheiten über das, was als die imperialistische Tendenz der auswärtigen Politik der Vereinigten Staaten bezeichnet wird, geltend, daß die Eventualität einer endgültigen Spaltung in derselben durchaus nicht ausgeschlossen erscheint, besonders wenn durch die Entfernung der Forderung der Silber- respektive Papierwährung aus dem demokratischen oder populistischen Programm auch in diesen Parteien die Möglichkeit einer Verständigung mit, wenn man sagen darf, dem konservativen Flügel der Republikaner gegeben werden sollte. Deutschland hat in sehr richtiger Auffassung der Verhältnisse und in Uebereinstimmung mit seiner bisherigen Haltung erklärt, daß es an der Frage der Annexion der Philippinen durch die Vereinigten Staaten nur das Interesse der Erhaltung seiner Handelsbeziehungen habe, und es hat damit den während der Dauer des spanisch-amerikanischen Konflikts stattgehabten und auch nach Beendigung desselben fortgesetzten Versuchen zu einer Verfeindung mit den Vereinigten Staaten die Spitze abgebrochen; die Frage der neuen politischen Bahnen, in welche die äußere Politik der Vereinigten Staaten einlenken zu wollen scheint, ist aber trotzdem eine so bedeutungsvolle, daß es auch einem uninteressirten Zuschauer obliegt, zu versuchen, sich über die Gründe für einen solchen Systemwechsel und die wahrscheinlichen respektive möglichen Folgen desselben klar zu werden.

Daß bei dem Wunsche nach der Erwerbung kolonialer Besitzungen Mächtschaften kapitalistischer Ringe und politischer Kreise — beide sind in den Vereinigten Staaten enger miteinander verwachsen als in irgend einem anderen Gemeinwesen — eine große, in den vorbereitenden Stadien wohl auch ausschlaggebende Rolle gespielt haben, ganz besonders soweit Hawaii in Frage kam, kann von vornherein zugegeben werden, aber auch das emotionelle Element, das namentlich durch die Zerstörung der „Maine“ hervorgerufen wurde, darf in seinen Wirkungen nicht

unterschätzt werden. Selbst die großen Revuen, Scribner's Magazine, die Century und Harper's Monthly Magazine, die der Frage von vornherein ruhiger als die Tagespresse gegenübergestanden haben und auch heute mehr die Organe vorhandener Anschauungen sind als neue einzuführen und zu verbreiten suchen, stehen nicht an, die für die Vereinigten Staaten vorhandene Nothwendigkeit anzuerkennen, der ihnen durch den Ausgang des Krieges mit Spanien zugefallenen Verpflichtung, für das Wohl der abgetretenen Besitzungen zu sorgen, gerecht zu werden. „Unser Imperialismus,“ heißt es in Scribner's Novembernummer, ist nach der Anschauung ruhiger und verständiger Amerikaner weder eine hübsche noch eine sich gut anlassende Erscheinung, aber so sehr wir sie auch beklagen mögen, und so weit wir sie einzuschränken im Stande sein werden, so müssen wir doch alle darüber einig sein, daß der Krieg uns nicht so lassen kann, wie er uns gefunden hat; daß er uns etwas auferlegt hat, was im Vergleich mit unserer vergangenen Politik als imperialistisch bezeichnet werden kann, und daß wir wenigstens für einige Zeit die Angelegenheiten fremder Rassen in entfernten Ländern verwalten müssen.“ Einen Trost für diese Nothwendigkeit finden Scribner und Harper in der Thatfache, daß der imperialistische Geist ein Gegengewicht gegen den merkantilen resp. industriellen bilden werde, vor dem philosophierende Essayisten und Universitätsredner seit einem halben Jahrhundert gewarnt hätten, und der trotzdem immer gewachsen sei, bis die Erwerbung von Reichthümern für den gewöhnlichen Amerikaner die einzige Art von Auszeichnung geworden sei, die ihn interessire. Noch vor einem halben Jahrhundert sei das „öffentliche Leben“, das heißt die Laufbahn als Staatsmann im Sinne republikanischer Selbstverwaltung ein Gegengewicht gegen die Tyrannei des Geschäftsmannes gewesen; jetzt seien die beiden Bestrebungen vermischt; der einfachste und vielleicht reinlichste Weg zum Senat sei durch Reichthum. Unter diesen Umständen müsse es für den Millionär, dessen Fallen und Steigen die treue Presse seit Jahren sorgfältig

registriert habe, eine Ueberraschung und ein Jammer gewesen sein, zu finden, daß er plötzlich auf den zweiten Platz oder noch weiter zurückgerückt worden sei, und daß ein Commodore mit 5000 Dollars Gehalt ihn und seine Millionen aus dem Mittelpunkt der Bühne verdrängt habe. Diese Uebertragung der öffentlichen Bewunderung sei unzweifelhaft gesund, da die Tendenz, den Millionär anzustarren, übertrieben worden sei. In England sei der Imperialismus ein gesundes Gegengewicht gegen den Merkantilismus gewesen, wenn auch das Fortbestehen der britischen Aristokratie in derselben Richtung gewirkt habe; aber wenn der Imperialismus im Grunde genommen auch nur eine kommerzielle Ausdehnung, ein Suchen nach neuen Märkten gewesen sei, so wären es doch nicht kaufmännische Eigenschaften, gewesen, welche die kaufmännische Expansion hervorgebracht hätten; Admiräle, Generale und Prokonsuln seien keine Geschäftsleute, und Millionäranbetung sei der Krebschaden einer stillen Welt und eines langen Friedens.

Es ist eine eigenthümliche Erscheinung, daß derartige Ansichten gemäßiger Geister in der großen Republik jenseits des Wassers gerade in dem Augenblick zu Tage treten, in dem der mächtigste Autokrat der Alten Welt sich in der Rolle eines Propheten der Abrüstung gefällt, und die Versuchung, sie als Gemeinplätze abzufertigen, wird für viele Freunde und Anhänger des Friedens nahe liegen. Trotzdem haben sie eine tiefe symptomatische Bedeutung; sie zeigen, daß die Abneigung gegen den Kapitalismus, wenigstens gegen die Auswüchse und Schäden desselben nicht bloß in der Lehre der Sozialdemokraten einen Platz gefunden haben, und daß, wenn der Widerwille und der Ekel über die Advokaten das Frankreich des Anfangs der fünfziger Jahre in die Arme des dritten Kaiserreichs trieb, und ähnliche Ursachen heute dort im Begriffe sind, ähnliche Erscheinungen hervorzurufen, die Abneigung gegen den Millionär, vielleicht richtiger gegen das Gebahren desselben, wenigstens theoretisch, auch in den Vereinigten Staaten zum Verständniß des Cäsarismus

führt. Ob die Ableitung nach außen in den Zuständen, die diesen Gefühlen zu Grunde liegen, eine Aenderung herbeiführen wird, oder ob, wie Carl Schurz befürchtet, die Erwerbung neuer Gebiete durch die Vereinigten Staaten nur von einer Auswanderung von Machern und Parteibildungen (bosses and caucuses) dorthin gefolgt sein wird, kann nur die Zukunft zeigen. Der sehr ehrenwerthe Joseph Chamberlain sagt in einem „Neueste politische Entwicklungen in den Vereinigten Staaten“ betitelten, in der Dezembernummer von Scribner's Magazine veröffentlichten Aufsatz, daß, wenn dies eintreten sollte, die Vereinigten Staaten wohl thun würden, die in Frage kommenden Gebiete allein zu lassen, denn der neue Zustand würde für dieselben schlimmer sein wie der frühere; aber er hoffe als ein wahrer Freund Amerikas, daß diese Voraussetzungen zu pessimistisch gefärbt seien und es nicht ganz unmöglich sein werde, einen Kolonialdienst zu schaffen, ebenso ehrlich, treu und frei von politischer Parteilichkeit wie der englische und wie die Armee und Marine der Vereinigten Staaten. Auch die Antwort auf diese Frage liegt im Schoße der Zukunft; was aber jetzt schon mit Gewißheit vorausgesagt werden kann, ist, daß die Amerikaner in den Philippinen eine Aufgabe finden werden, die ihre ganze Energie in Anspruch nehmen dürfte. Seitdem Spanien 1569 die Inseln annectirte, hat es ein Duzend Aufstände der Eingeborenen zu bekämpfen gehabt, von denen einer, in der Mitte des achtzehnten Jahrhunderts, vierunddreißig Jahre dauerte und fünf auf dieses Jahrhundert fallen; es ist daher anzunehmen, daß auch die Vereinigten Staaten ähnlichen Erfahrungen nicht entgehen werden; die Niederwerfung von Erhebungen der Eingeborenen wird aber, je weiter dieselben von der Küste zurück in die ungangbaren Gebirge gedrängt werden, desto schwieriger und opferreicher werden und die Verwendung von Freiwilligentruppen selbstverständlich ganz ausschließen. Auf der andern Seite werden die Philippiner bald finden, daß sie bei den Amerikanern einer ganz andern Energie und Rücksichtslosigkeit begegnen, als sie bei den Spaniern

gewohnt waren; eingebornen Rassen gegenüber haben die Amerikaner auch im eigenen Lande nie viele Umstände gemacht — man braucht nur an die Art und Weise zu denken, in der der Indianerstamm der Cherokeeen 1838 aus seinem Gebiet vertrieben wurde, obgleich sie civilisirt worden waren, Kirchen und Schulen gebaut hatten und sogar eine Druckerei besaßen. Die Zeiten werden voraussichtlich nicht fern sein, in denen die Eingeborenen auf den Philippinen die spanische Herrschaft zurücksehen werden, zu deren Vertreibung sie so wesentlich beigetragen haben.

Eine andre Frage, der die Amerikaner auf den Philippinen begegnen werden, ist die der Chinesen. Zu den Zeiten der spanischen Herrschaft wurde der überhandnehmenden Zahl derselben von Zeit zu Zeit durch große Massenmorde, so 1662 und 1819, abgeholfen, aber weder diese noch die vielfachen Besteuerungen und Bedrückungen, denen sie Seitens der spanischen Behörden ausgesetzt waren, sind im Stande gewesen, die Einwanderung der Chinesen zu verhindern. Dem Befehl der Regierung des Mutterlandes, die Einwanderung ganz zu verbieten, wollten oder konnten die kolonialen Behörden aus nationalökonomischen Gründen niemals Folge leisten; es wird jetzt abzuwarten sein, wie die Amerikaner sich zu der Frage stellen. Eine Ausschließung der Chinesen, wie sie in Amerika für chinesische Arbeiter durch ein Gesetz stattgefunden hat, dürfte auf den Philippinen schon wegen der großen Nähe Chinas außer Frage sein.

## Die Politik des Deutschen Reiches und die Agrarier.

(Abgedr. aus der „Deutschen Revue“ vom Juli 1899.)

Die Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten haben sich im Laufe der letzten Monate in erfreulicher Weise gebessert, und wenn es sich dabei auch mehr um die allgemeinen Beziehungen zwischen Presse und Presse und öffentlicher Meinung und Gefühl auf beiden Seiten des Oceans gehandelt hat, der amtliche Verkehr zwischen beiden Regierungen ist stets ein korrekter und freundlicher gewesen, so kann doch der erfolgte Umschwung nicht warm genug begrüßt werden. Es hiesse den Einfluß, den der Kaiser auf die äußere Politik des Reiches ausübt, zu gering veranschlagen, wenn nicht ihm in erster Linie das Verdienst dieser Aenderung zugeschrieben würde, aber auch der Antheil des verantwortlichen Leiters des Auswärtigen Amtes an der Wendung zum Besseren ist kein geringer. Die inneren Zustände in den Vereinigten Staaten, der Streit zwischen den politischen Parteien, der Einfluß, den die Salons in Washington, der Kongreß, die öffentliche Meinung und die Presse dort aufeinander ausüben, und die Verheerungen der gelben — Jingo und Imperialistischen — Veröffentlichungen, die seit dem Beginn der amerikaniß-spanischen Schwierigkeiten bemüht gewesen waren, die Vereinigten Staaten und Deutschland zu Gunsten gewisser englischen Aspirationen unter einander zu verhetzen, waren Elemente, die eine ganz besonders leichte und geschickte Hand noth-

wendig machten, um ein befriedigendes Ergebnis herbeizuführen; und daß es gelungen, dies zu erreichen, spricht, wenn auch nichts anderes vorläge, für die Meisterschaft der Behandlung. Im letzten Augenblick, als der Erfolg gesichert schien, drohte der Samoazwischenfall wieder alles in Frage zu stellen; die Lage war eine um so kritischere, als einerseits das lokale Zusammengehen amerikanischer und englischer Streitkräfte die Hoffnungen der Tingos auf ein offensives Bündnis der angelsächsischen Staaten und die darauf hinielenden Bestrebungen neu belebte und andererseits die deutsche öffentliche Meinung über die Vorgänge in Apia nicht unberechtigter Weise tief erregt war; es muß daher als ein erfreuliches Ergebnis der bereits erzielten Besserung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und als ein Erfolg der gleich kühnen und entschlossenen deutschen Politik angesehen werden, wenn es gelang, nicht allein jede Beeinträchtigung dieser Beziehungen zu vermeiden, sondern auch zu einem Abkommen zu gelangen, das, wenn es auch nicht eine alle Ansprüche und Wünsche ganz befriedigende Lösung der Frage, so doch die Herstellung eines möglichen Modus vivendi in Aussicht stellt. Auch die Art und Weise, in welcher die Erwerbung der Karolinen von der amerikanischen öffentlichen Meinung aufgenommen worden ist, liefert einen Beweis für die richtige und erfolgreiche Behandlung derselben Seitens des Auswärtigen Amtes; noch vor wenigen Monaten hätte ein solcher Erfolg Deutschlands einen Entzweiungsturm in den Vereinigten Staaten hervorgerufen, während er jetzt dort allgemein sympathisch beurteilt und begrüßt worden ist. Unter diesen Umständen ist es doppelt zu beklagen, daß die Leitung der deutschen Politik gerade in ihren Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und in der Samoafrage Angriffen ausgesetzt ist, die, wenn sie auch in Deutschland selbst wenig ernst genommen werden, doch im Ausland Mißtrauen in die Aufrichtigkeit und Kontinuität der deutschen Politik zu erwecken geeignet sind. Der Ausfall der im Reichstage stattgehabten Interpellation über die Samoafrage, bei der die Vertreter aller Par-

teien sich beeilten, die Verantwortlichkeit für die Art und Weise der Begründung derselben von sich abzuschütteln, sollte doch wahrlich den Heißspornen des Bundes der Landwirthe und des Alldeutschen Vereins, wenn die beiden Bezeichnungen nicht etwa überhaupt dasselbe bedeuten, bewiesen haben, daß eine Mehrheit für ihre Bestrebungen weder im deutschen Volk noch in der Vertretung desselben zu finden ist. Mit wie leichter Mühe hätte die Gelegenheit zu einer imposanten Kundgebung verwerthet werden können, statt daß so die ungeschickte Begründung der Interpellation im Reichstage selbst der Sache die Spitze abbrach und damit der fremden Presse ein willkommener Vorwand für Hohn und Spott gegeben wurde. Wenn uns irgend etwas über das bei dieser Gelegenheit bewiesene Ungeschick trösten kann, so muß es die daraus auch für andere gewonnene Ueberzeugung sein, daß wir noch zu ehrlich sind, um die Vortheile einer Mache auszunutzen, die andere Nationen sich nicht entgehen haben lassen würden. Aber unsere Agrarier scheint der Mißerfolg eines der ihrigen, der, wie man nur hoffen kann, unberechtigterweise die Farben der nationalliberalen Partei zur Schau trägt, nicht bekehrt zu haben; die Angriffe gegen die den Vereinigten Staaten gegenüber und in der Samoafrage beobachtete Politik nehmen vielmehr in dem Maße an Heftigkeit zu, wie die Minderzahl der sich an ihnen Betheiligenden deutlich hervortritt. Selbst der Schatten des Fürsten Bismarck wird heraufbeschworen, um zu beweisen, daß in 1899 unpatriotisch und schwach sei, was in 1889 mit Recht als weise Mäßigung gepriesen wurde. Was that denn Fürst Bismarck, als in 1888 die Samoaner unter Führung eines Amerikaners eine gegen sie ausgesandte Strafexpedition von Mannschaften eines deutschen Kriegsschiffes in einen Hinterhalt lockten und derselben erhebliche Verluste zufügten und dann die Vereinigten Staaten keinen Zweifel darüber aufkommen ließen, daß sie nicht gesonnen seien, eine ausschließlich deutsche Schutzherrschaft über Samoa zuzulassen? Damals suchte der Fürst die Lösung der Schwierigkeit in Verhandlungen

mit den anderen an der Frage interessirten Mächten, und wenn Deutschland heute seine Forderungen auf die Aufrechterhaltung der Samoaakte von 1889 beschränkt, so folgt es dabei nur dem Beispiel desjenigen, dem dieselbe ihren Ursprung mit verdankt.

Wohin würden wir kommen, wenn die Wünsche der Agrarier für den Gang der deutschen Politik maßgebend würden? Wir würden uns mit Oesterreich-Ungarn verfeinden, an dessen inneren Wirren die zu dessen Bewohnern gehörigen Deutschen, wie Fürst Bismarck in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ sehr richtig bemerkt, einen großen Theil der Schuld tragen und dessen Erhaltung, welches immer die Schwankungen und Fehler seiner leitenden Staatsmänner sein mögen, eine Hauptaufgabe unserer Politik ist und bleiben muß; wir würden mit Rußland, mit den Vereinigten Staaten und mit England in einen wirthschaftlichen Kampf gedrängt werden, der trotz aller Friedenskonferenzen leicht nur das Vorpiel zu ernstern blutigen Zwistigkeiten werden könnte. Einer Partei aber, der in so hohem Maße das Verständniß für die politischen Bedürfnisse des Deutschen Reiches fehlt, kann und darf ein Einfluß auf dieselben nicht eingeräumt werden, ohne die Zukunft Deutschlands in Frage zu stellen.

Eine eigenthümliche Folgeerscheinung der Besserung der Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten ist die sich in den letzteren bemerkbar machende Bewegung der Amerikaner deutschen Ursprungs gegen den Abschluß einer gegen Deutschland gerichteten anglo-amerikanischen Verständigung und die imperialistischen Tendenzen, die man als eine Frucht derselben kennzeichnet und fürchtet. Die Erscheinung ist eine um so auffallendere, als bisher Seitens der Deutsch-Amerikaner nie versucht worden ist, als solche einen politischen Einfluß zu gewinnen und sie, wo in einigen Städten ihre Anzahl an sich ihnen einen durchschlagenden Einfluß in municipalen Fragen zu sichern schien, denselben meistens nur dazu benützt haben, um sich in Schul- und ähnlichen Fragen eine Berücksichtigung mäßiger Ansprüche zu sichern. Es kann daher nicht Wunder nehmen, daß man in

den Vereinigten Staaten verlernt hat, mit ihrer Wahlstimme zu rechnen; wo Deutsche bei politischen Fragen als Wortführer in den Vordergrund getreten sind, haben sie sich als Vertreter ideeller Auffassungen und Anschauungen gezeigt, die sich selbst und andere über die Bedeutung der von ihnen behandelten Fragen täuschten, brave Leute, aber schlechte Musikanten. Man braucht nur an die Rolle zu denken, die Karl Schurz, der bedeutendste Vertreter dieses ideellen Standpunkts bei dem Beginn der amerikaniſch-spaniſchen Verwickelungen gespielt hat, um zu verstehen, einen wie geringen Werth der amerikaniſche Politiker der deutschen Wahlstimme beilegte. Und doch hätte es nur von den Deutschen abgehungen, sich auch in dieser Beziehung Anerkennung und Geltung zu verschaffen. Als der Schreiber dieser Zeilen 1871 in Washington war, sagte ihm einer der hervorragendsten amerikaniſchen Staatsmänner, daß die Zahl, die Einigkeit und die Stimmung der Deutschen bei den Festlichkeiten zu Ehren des Friedens von Versailles ihm und andern zuerst einen richtigen Begriff von dem Werth und der Bedeutung des Deutschthums in Amerika gegeben hätten, und daß man hoffe und wünsche, in demselben ein Gegengewicht gegen andre politische Parteien zu finden. Diese Ansicht dürfte auch noch eine vielfach maßgebende sein, wengleich die Verhältnisse sich in den seitdem vergangenen achtundzwanzig Jahren wesentlich verändert haben. Die Zahl der als Deutsch-Amerikaner Anzusehenden ist im Verhältniß zu den Anglo-Amerikanern gegen früher nicht unerheblich zurückgegangen, und vor allem haben die sozialistiſchen Tendenzen der deutschen Arbeiterbevölkerung in den Vereinigten Staaten mit vielen Sympathien aufgeräumt und viel Argwohn und Unzufriedenheit erregt. Es sind das Umstände, mit denen die Deutsch-Amerikaner zu rechnen haben werden; vor allen Dingen aber werden sie sich, wenn sie überhaupt einen dauernden Erfolg erzielen wollen, darüber klar sein müssen, daß sie nicht nur einer sehr engen und festen Organisation bedürfen werden, um das Versäumte nachzuholen und in Zukunft bei den Entscheidungen

der amerikaniſchen Politik im Innern wie im Außern die Rolle zu ſpielen, zu der ſie durch ihre Zahl wie durch ihren Fleiß und ihre Intelligenz berechtigt ſind, ſondern daß ſie auch alles vermeiden müſſen, was bei der großen Maſſe der Bevölkerung den Glauben hervorrufen könnte, als wenn es ſich bei dieſer Organiſation um die Errichtung oder Erhaltung einer beſonderen Gemeinde im Staat, um eine imperium in imperio handle. Man iſt in den Vereinigten Staaten in dieſer Beziehung in den letzten Jahrzehnten ſehr feinfühlig geworden, und nicht mit Unrecht. Wenn auch von einem territorialen Beſitz fremder ſich den Bedürfniffen des Reiches als ſolchen nicht einfügenden und unterordnenden Raffen in den Vereinigten Staaten nicht die Rede ſein kann, ſo haben doch das Schauſpiel, welches Europa bietet, und mehr noch die bei der Emanzipation der Neger gemachten Erfahrungen das Gefühl gekräftigt, daß Nordamerika nur den Amerikanern, das heißt der aus den Einwanderern verſchiedener Stämme und Raffen hervorgegangenen Miſchraſſe, die bereits ihre beſtimmten ethnologiſchen Eigenſchaften und Zeichen angenommen hat, gehören dürfe, und daß alle zentrifugalen Bewegungen und Ansprüche als reichsfeindlich und ſchädlich zu verurtheilen und zu bekämpfen ſeien. Die Amerikaner deutſchen Stammes werden wohlthun, bei ihrer Organiſation und ihren Beſtrebungen dieſe für die Einheit des Reichs maßgebende und durchaus berechtigte Auffaſſung nicht aus den Augen zu laſſen und nur als Amerikaner zu ſprechen und zu handeln. Ihr Erfolg wird darum kein weniger ſicherer ſein; denn gerade als Bürger der Vereinigten Staaten haben ſie das Recht, auf die Dienſte hinzuweiſen, die Deutschland bei mehr als einer Gelegenheit dem Lande ihrer Wahl nach jeder Richtung hin erwieſen hat und das zu Zeiten, als die ſich jetzt vordrängenden engliſchen Brüder offene Feinde oder ſehr zweifelhafte Freunde waren.

Die Aufgaben, deren Löſung der Regierung des Reichs in der nächſten Zeit auf wirthſchaftlichem und andrem Gebiet zu fallen werden, ſind ſo ernſte und in ihren Folgen ſchwerwiegende,

daß sie verdienen, die Aufmerksamkeit der weitesten Kreise in unserm Vaterlande auf sich zu ziehen und zu fesseln.

Kein Geschrei und keine Schmähungen werden, dürfen im Stande sein, die Thatsache zu verdunkeln, daß bei den Veränderungen, welche das ablaufende Jahrhundert mit seinen Erfindungen und Fortschritten auf allen Gebieten im Verkehr der Völker untereinander hervorgebracht hat, die künstliche Erhöhung des Preises der Lebensmittel über den Werth derselben auf dem Weltmarkt hinaus, zur Unmöglichkeit geworden ist, und daß jeder Versuch kleiner, auch noch so mächtiger Interessentengruppen trotzdem zu einem solchen Ergebnis zu gelangen, von schweren Gefahren für die Bevölkerung, für die Regierung, für das Reich selbst verbunden sein würde. Die amtlichen Zahlen für den Werth der Einfuhr 1897, 527 Millionen für Getreide, 265 Millionen für Holz, 151 Millionen für Vieh, 67 Millionen für Eier und 60 Millionen für Hanf und Flachs (ohne von 57 Millionen für Fische zu sprechen) beweisen, daß die Produktion im Inlande nicht für die Bedürfnisse desselben genügt, daß aber bei verständiger Ausnützung des Bodens und Beseitigung der Ursachen, welche heute auf dem einzelnen Landwirth, nicht auf der Landwirthschaft lasten, auch im Deutschen Reiche genügende Gelegenheit für eine gesunde Entwicklung der Feld- und Forstkultur, der Vieh- und Geflügelzucht gegeben ist, und daß es dafür viel weniger der Schutzzölle nach außen als einer Umkehr im Innern bedarf. Dafür einzutreten ist aber eine Pflicht, die niemand veräußen dürfte.

## Die Annexionen der Vereinigten Staaten.

(Abgedr. aus der „Münchener Allg. Zeitung“ vom 17. Dez. 1899.)

Die Frage, wie die Vereinigten Staaten ihr Verhältniß zu den von ihnen annektirten Sandwich-Inseln (Hawaii) und zu den durch den Vertrag von Paris überlassenen Philippinen zu ordnen gedächten, ist nicht nur in Amerika selbst, sondern auch in Europa lebhaft erörtert worden. Hier wie dort hat man bei der Diskussion über diese Fragen vielfach unbeachtet gelassen, daß der größere Theil des nordamerikanischen Gebiets der Vereinigten Staaten aus Annexionen besteht, und daß die Einwendungen, welche heute gegen die Erwerbung Hawaii's und der Philippinen erhoben werden, ebenso seit Beginn des neunzehnten Jahrhunderts gegen die früheren im Laufe desselben stattgehabten Erwerbungen gemacht worden sind, um in allen Fällen binnen kurzer Zeit durch die Thatfachen widerlegt zu werden. Eine im Jahre 1898 auf Staatskosten in Washington gedruckte und an die Mitglieder des Kongresses vertheilte Schrift „The Louisiana Purchase and our title west of the Rocky Mountains, with a review of annexation by the United States“ von Binger Hermann, Kommissar im General-Land-Bureau, beschäftigt sich eingehend mit dieser Frage und hat sehr wesentlich zur Klärung der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten beigetragen. Auch in Deutschland dürfte eine Mittheilung der in dieser Schrift enthaltenen, weiteren Kreisen vielfach unbekanntem Thatfachen willkommen sein.

Der erste Zuwachs, den die ursprünglichen dreizehn Staaten erfuhren, welche ihre Unabhängigkeit vom Mutterlande erkämpft hatten, — der Vertrag von Paris, in welchem England dieselbe anerkannte, wurde am 3. September 1783 abgeschlossen — erfolgte durch den Ankauf von Louisiana, unter welchem Namen damals, ohne daß man sich über die genauen Grenzen klar und einig gewesen wäre, das Gebiet zwischen dem Mississippi einschließlich der Stadt und Insel New-Orleans im Osten, dem Sabine-Fluß, dem oberen Lauf des Rothen Flusses und des Arkansas und den Rocky Mountains im Westen, dem Golf von Mexiko im Süden und den englischen Besitzungen im Norden verstanden wurde. Dieses ungeheuer große Gebiet, das heute die Staaten und Territorien Louisiana, Arkansas, Oklahoma und das große Indianer-Territorium südöstlich von demselben, Missouri, Iowa, Minnesota, Nebraska, Süd- und Nord-Dakota und den größten Theil von Kansas, Colorado, Wyoming und Montana umfaßt, war durch den Vertrag vom 3. November 1762 von Frankreich an Spanien und durch den Vertrag von San Ildefonso vom 1. Oktober 1800 (Vendémiaire, Jahr 9) wiederum von Spanien an Frankreich abgetreten worden. Das Anwachsen der amerikanischen Interessen an und auf dem Mississippi hatte schon vor dem Abschluß dieses letzteren Vertrags, der längere Zeit geheim gehalten wurde, zu Verhandlungen und Abmachungen zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien geführt, durch welche im Oktober 1795 den Amerikanern das Recht, während der nächsten drei Jahre ein Waarenlager in New-Orleans anzulegen, und die Zusicherung erteilt worden war, daß dieses Recht entweder verlängert, oder an Stelle von New-Orleans ein anderer Platz am Mississippi als Depot bezeichnet werden solle. Gleichzeitig hatten sich die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich in Folge der Belästigungen der amerikanischen Schifffahrt durch die französischen Kaper und der rücksichtslosen Behandlung der zur Beilegung der entstandenen Schwierigkeiten nach Paris entsandten amerikanischen

Gesandtschaft so verschlechtert, daß man von Seite der Vereinigten Staaten ernsthaft an den Ausbruch eines Krieges mit Frankreich dachte und sich auf denselben vorbereitete. Das Bekanntwerden des Vertrages von 1800 erregte daher ungeheuere Aufregung in Amerika und nöthigte die amerikanische Regierung, die früher mit Spanien geführten Verhandlungen mit Frankreich wieder aufzunehmen. Wie wenig man von denselben erwartete, geht indessen daraus hervor, daß die Instruktionen für die amerikanischen Unterhändler, Robert R. Livingston, den amerikanischen Gesandten in Paris, und James Monroe, den späteren Präsidenten, dahin lauteten, für Florida, das man damals irrthümlich im französischen Besitz glaubte, und Neu-Orleans, zwei Millionen Dollar zu bieten und freie Schiffahrt auf dem Mississippi zu beanspruchen, sich aber auch mit der Cession der Insel Orleans oder eines Theiles derselben und, falls auch dies nicht zu erlangen sein sollte, mit dem Recht, dort ein Depot zu errichten und Grund für kaufmännische Zwecke zu erwerben, zu begnügen. Ebenso sollten sie, falls Florida nicht zu erwerben sei, freie Schiffahrt auf den daselbe durchströmenden Flüssen fordern, sowie das Recht, Niederlagen an denselben zu errichten. Die amerikanischen Unterhändler waren daher nicht wenig überrascht und erfreut, als Napoleon, damals Erster Consul, ihnen ganz Louisiana zum Kauf anbot. Die Gefahr, daselbe in die Hände der Engländer fallen zu sehen, war der Beweggrund zu diesem Schritte. Die amerikanischen Delegirten hatten keine Vollmacht zum Abschluß eines solchen Geschäfts, aber in richtiger Erkenntniß der Wichtigkeit des ihnen gemachten Anerbietens entschlossen sie sich zur Annahme desselben. Am 30. April 1803 wurde der Vertrag unterzeichnet, der den Vereinigten Staaten gegen eine Zahlung von 15 Millionen Dollar (60 Millionen Francs in 6 prozentigen Schuldscheinen der Vereinigten Staaten d. h. 11 250 000 Dollar und die Uebernahme von 20 Millionen Francs = 3 750 000 Dollar an amerikanische Staatsangehörige zu zahlender Schulden) ein Gebiet von 893 553 engl. Quadrat-

meilen gab, d. h. siebenmal größer als Großbritannien und Irland und viermal größer als das Deutsche Reich. Im Jahre 1890 zählte das Gebiet über 11 Millionen Einwohner, und der Ertrag desselben an Mais, Weizen und Hafer wurde 1896 auf ungefähr 1320 Millionen Mark geschätzt, während Colorado allein im Jahre 1897 für 146 Millionen Mark Gold, Silber, Kupfer und Blei produzierte. Spanien protestirte gegen den Vertrag, aber vergeblich; im November 1803 fand in New-Orleans die bis dahin nicht erfolgte Uebergabe des Gebiets an Frankreich und am 20. Dezember d. J. ebendasselbst an die Vereinigten Staaten statt.

Die Unsicherheit in Betreff der Grenzen Louisianas gab zu Schwierigkeiten zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten Veranlassung, die im Jahre 1810 nach der Unabhängigkeitserklärung Seitens West-Floridas zu der Annexion desselben durch die Vereinigten Staaten und am 23. Februar 1819 zu einem Vertrag mit Spanien führten, durch welchen dasselbe Florida an die Vereinigten Staaten abtrat und alle Ansprüche auf Besitz an der Küste des Stillen Ozeans, nördlich vom 42. Breitengrad, verzichtete. Die Vereinigten Staaten zahlten, die Zinsen inbegriffen, 6 489 768 Dollars und gewannen ein Gebiet von 69 749 Quadratmeilen, dem gegenüber sie früher erhobene Forderungen auf Texas, als ebenfalls in Louisiana einbegriffen, aufgaben. Als indessen Texas, das seit seiner Erschließung durch La Salle 1684 fast fortwährend der Schauplatz von Kämpfen, zuerst zwischen Spaniern und Franzosen, dann zwischen den Bewohnern und Mexico gewesen war, sich schließlich von dem letzteren losriß und für unabhängig erklärte, entschloß sich die Regierung der Vereinigten Staaten nach langer, durch die Frage der Sklaverei veranlaßten Zögerung im März 1845 zur Annexion des Staates, was einen Zuwachs von 376 931 Quadratmeilen brachte, wogegen die Vereinigten Staaten die texanische Schuld mit 7 $\frac{1}{2}$  Millionen Dollars übernahmen. Wie die früheren Erwerbungen, erregte auch diese vielen Widerspruch, und es war ein in der Zeit

gebräuchliches Wortspiel, zu sagen, daß „Texas“ nur „Taxes“ bedeute. In 1896 wurde die Baumwollenernte des nicht unerheblich beschnittenen Staats auf über 2 Millionen Ballen im Werth von über 74 Millionen Dollar geschätzt, während seine 5 Millionen Rinder,  $1\frac{1}{2}$  Millionen Pferde und  $2\frac{1}{2}$  Millionen Schafe einen Werth von 400 Millionen Mark repräsentirten. Der Entschluß Spaniens, auf jeden Besitz am Stillen Ozean nördlich vom 42. Breitengrad zu verzichten, veranlaßte die Regierung der Vereinigten Staaten, mit Rußland und England über deren Ansprüche auf Besitz an jenen Küsten in Verhandlung zu treten. Mit Rußland führten dieselben sehr bald zu dem Abschluß eines Abkommens am 5. April 1824, durch welches dasselbe sich verpflichtete, keine Niederlassungen südlich vom  $40^{\circ} 40''$  nördlicher Breite anzulegen, während die Vereinigten Staaten dieselbe Verpflichtung für das Gebiet nördlich von dieser Linie übernahmen. Die Verhandlungen mit England erwiesen sich als schwieriger; von Seiten der Vereinigten Staaten wurde als ihre nördliche Grenze der 49. Breitengrad beansprucht, wohl hauptsächlich in Folge der irrthümlichen Annahme, daß derselbe auf Grund des Vertrags von Utrecht (1713) als Grenze zwischen den französischen Besitzungen (Louisiana) und denen der englischen Hudson-Bai-Gesellschaft festgesetzt worden sei. Aber wiederholte Konferenzen führten zu keinem anderen Ergebnis, als einem Abkommen über gemeinschaftliche Besetzung des streitigen Gebiets mit einjähriger Kündigung. Endlich, nachdem seit 1843 eine immer wachsende amerikaniſche Einwanderung in dieses Gebiet stattgefunden hatte, und das amerikaniſche Anrecht auf dasselbe durch einen die Ansiedler schützenden, in demselben Jahre vom Senat angenommenen Antrag bekräftigt worden war, zwang die immer wachsende Erregung in den Vereinigten Staaten die Regierung derselben, in entschiedener Weise von England den 49. Grad als Grenze zu fordern. Die Frage, im Allgemeinen als die Oregon-Frage bezeichnet und bekannt, schien zum Krieg zwischen den beiden Mächten führen zu sollen, als England nachgab und 1846

(Vertrag ratifizirt am 15. Juni) den 49. Grad als die südliche Grenze seiner Besitzungen anerkannte. Das so gewonnene Gebiet, das um ein Drittel größer als Deutschland ist, umfaßt heute die Staaten Oregon, Idaho, Washington und Theile von Montana und Wyoming; es zählt über eine Million Einwohner, und der Handelsverkehr von nur zwei der Staaten, Oregon und Washington, hatte im Jahre 1897 einen Werth von 19 Millionen Dollars für die Ausfuhr und von beinahe 9 Millionen für die Einfuhr.

Der Krieg mit Mexico brachte durch den am 2. Februar 1848 abgeschlossenen Vertrag von Guadeloupe-Hidalgo den Vereinigten Staaten einen Zuwachs von 522 568 Quadratmeilen gegen eine Zahlung von 15 Millionen Dollars und die Uebernahme von  $3\frac{1}{2}$  Millionen Dollars Schulden von Mexico an Bürger der Vereinigten Staaten. Das so erworbene Gebiet wurde durch einen von dem amerikanischen Gesandten in Mexico, Gadsden, am 30. Dezember 1853 zum Zweck der Regulirung der Grenze abgeschlossenen Vertrag gegen Zahlung von 10 Millionen Dollars um 45 535 Quadratmeilen erweitert. Aus dem ganzen von Mexico erworbenen Gebiet wurden die Staaten California, Nevada, Utah, die Territorien Neu-Mexico und Arizona gebildet, während ein kleiner Theil an Colorado und Wyoming fiel. Der Werth dieses Theils der Vereinigten Staaten braucht nicht erst erwähnt zu werden: Californien allein brachte, abgesehen von seiner Goldproduktion, in 1897 für 11 Millionen Dollar Gerste, für 27 Millionen Dollar Weizen und für 24 Millionen Dollar Heu hervor.

Die letzte Annexion (vor den eingangs erwähnten) war die von Alaska. Durch den Vertrag vom 20. März 1867 trat Rußland gegen eine Entschädigung von 7 200 000 Dollars das 577 374 englische Quadratmeilen umfassende Gebiet an die Vereinigten Staaten ab, das in 1897 für  $2\frac{1}{2}$  Millionen Dollars Gold hervorbrachte und am Yukon ungeahnte Schätze des edlen Metalls zu bergen scheint, während seine Fischereien in den 15 Jahren seit der Eröffnung derselben über 7 Millionen Kisten,

jede zu 48 1 Pfund-Büchsen, konservirten und 144 000 Fässer gesalzener Lachs ausgeführt haben. Das Grossgewicht der so verwendeten Fische betrug 611 Millionen Pfund englisch, der Werth der Ausfuhr ca. 30 Millionen Dollars.

Daß die meisten dieser Erwerbungen im Kongreß der Vereinigten Staaten und in der Bevölkerung selbst auf heftigen Widerstand stießen, ist schon vorher bemerkt worden. Mit Bezug auf die Annexion von Louisiana erklärte u. A. Kongreßmitglied Griffin von Virginien, daß er die Wirkungen des großen Umfangs des Reiches fürchte, sowie die des gesteigerten Werthes der Arbeit und des verminderten Werthes des Grund und Bodens und den Einfluß des Klimas auf die Bürger, die dorthin auswandern würden. Er fürchte, daß das als ein Eden geschilderte Land ein Friedhof für die Leiber der Bürger werden werde. Andere erklärten, daß die Verfassung der Vereinigten Staaten sich jeder Annexion, nicht von Gebiet, aber von der Bevölkerung desselben, widersetze und daß es einer Abstimmung in den einzelnen Staaten bedürfen würde, um eine solche zu ermöglichen. Am heftigsten war der Widerstand gegen den Ankauf von Alaska. Wenn man Rußland für seine Freundschaft bezahlen müsse, hieß es damals, so möge man ihm die verlangte Kaufsumme geben und ihm Alaska lassen; Alaska sei ganz werthlos, schlechter als Grönland; ein unwirthliches, erbärmliches und gottverlassenes Gebiet, das nicht allein nichts werth sei, sondern eine positive Last für die Vereinigten Staaten bilden werde, die am besten thäten, sich zu verpflichten, jeder anständigen europäischen, asiatischen oder afrikanischen Macht, die bereit sei, sie von derselben zu befreien, 7 Millionen Dollars zu zahlen. Als die Oregon-Frage dem Senat vorlag, erklärte Senator Mc Duffie: „Was ist die Natur des Landes? Wie ich höre, sind 700 Meilen auf dieser Seite des Felsengebirges unbewohnbar, eine Gegend, in der es fast nie regnet, ein unfruchtbarer sandiger Boden und unpassirbare Berge. Wie wollen wir da Dampf anwenden? Haben Sie einen Begriff davon, was eine Bahn von hier bis an den

Columbia-Fluß kosten würde? Nicht der Reichthum des ganzen Indiens würde genügen. Von welchem Nutzen soll ein solches Gebiet für Ackerbauzwecke sein? Ich würde darum für das ganze Gebiet nicht eine Prise Tabak geben, und ich danke Gott für seine Gnade, daß er diese Felsengebirge dorthin gesetzt hat!"

Alle diese und ähnliche Befürchtungen haben sich stets als unberechtigt erwiesen, denn dank den vorangeführten Annexionen hat sich aus den ursprünglichen 13 Staaten mit etwas über 325 000 englischen Quadratmeilen Flächeninhalt eines der größten und mächtigsten, ja, wenn man die Behauptung der Bewohner desselben glauben soll, das mächtigste Gemeinwesen der Welt entwickelt. Wie in früheren Jahren die Opposition im Kongreß die Annexionen nicht zu verhindern oder auch nur hinauszuschieben im Stande gewesen ist, wie von Hawaii in den Jahren 1854, 1893 und 1897 und San Domingo im Jahre 1870, so wird auch diesmal in Betreff der Philippinen jede Opposition sich als eine auf die Dauer unhaltbare erweisen. Welche Gründe sollen noch gegen dieselbe angeführt werden! Die konstitutionellen Bedenken sind schon bei früheren Gelegenheiten oft bekämpft und widerlegt worden. Die Verschiedenheit der Rasse! Die Spanier und Indianer in Florida, die Spanier, Mexicaner und Indianer in Texas und Californien, die Spanier und Franzosen in Louisiana und die Russen und Eskimos in Alaska — sie Alle sind von der stärkeren Rasse beherrscht und amalgamirt worden. Die Entfernung? General Joseph Lane, der erste Gouverneur von Oregon, brauchte vom 27. August 1848 bis zum 1. März des nächsten Jahres, d. h. sechs Monate, um von Indiana über Fort Leavens, Santa Fé, El Paso, San Pedro Bai und San Francisco nach Oregon zu gelangen. Demgegenüber verschwinden selbst die 7600 Seemeilen von San Francisco über Honolulu nach Manila, die von einem mittelmäßigen Dampfer leicht in 35 Tagen zurückgelegt werden können. Oder endlich die zu bringenden Opfer an Geld und Menschen? Sie hätten vor Aguinaldo's Angriff auf die amerikanischen Truppen in Frage kommen

können, heute denkt kein ernsthafter Politiker in den Vereinigten Staaten mehr daran, dem Führer der Philippiner die Inseln auszuhändigen.

Es ist stets ein Fehler nicht nur einzelner Politiker, sondern ganzer Parteien in Deutschland gewesen, die Expansionskraft und die Expansionsgelüste der Vereinigten Staaten zu unterschätzen und in Unkenntniß ihrer Entwicklung und ihres Wachstums, sich auf dieselben als auf das Beispiel eines Staatswesens ohne koloniale Bestrebungen zu beziehen. Wenn die vorstehenden Zeilen dazu beitragen, diese Illusionen zu zerstören und an ihre Stelle eine richtigere Auffassung und Beurtheilung der thatsächlichen Verhältnisse treten zu lassen, so haben sie einen Theil ihres Zwecks erfüllt. Ganz würden sie demselben aber nur entsprechen, wenn sie bei uns in weiteren Kreisen auch die Ueberzeugung erweckten, daß eine Opposition, welche in Deutschland den in den Vereinigten Staaten zum Glück für dieselben vergebens gemachten Versuch, der natürlichen Entwicklung des Reichs den Hemmschuh ihres Doktrinarismus anzulegen, erneuern wollte, eine ernste Gefahr für das Vaterland bedeuten würde.

## Joseph Chamberlain.

(Abgedr. aus der „Deutschen Rundschau“ vom März 1900.)

Ein englischer Biograph\*) des britischen Staatsmannes beginnt sein Werk mit den Worten: „Der bestgeschmähete Mann in England, — das ist die Schilderung, die Herr Chamberlain jüngst von seiner eigenen Stellung im öffentlichen Leben gegeben hat.“ Die Beschreibung trifft auch heute noch zu; denn wenn auch im Laufe der letzten Jahre die Erbitterung sich gelegt hat, welche seine Trennung von der liberalen Partei in den Reihen der letzteren und noch mehr bei den irischen Nationalisten hervorgerufen hatte, so hat doch die Thatsache, daß er, wohl nicht mit Unrecht, als das treibende Element in dem Vorgehen gegen die Boeren-Republiken in Südafrika angesehen wird, aufs Neue den Haß aller Derjenigen gegen ihn geweckt, die in dieser Politik eine Schädigung der nationalen oder ihrer eigenen Interessen zu finden glauben. Die in der letzten Zeit auf Grund von Schriftstücken, die in nichtenglischen Zeitungen, besonders in der „Indépendance Belge“, veröffentlicht worden sind, gegen Mr. Chamberlain gerichteten Angriffe haben im Auslande einen größeren Widerhall als in England selbst gefunden, wo man in diesem Augenblick nicht allzu sehr geneigt sein dürfte, Mit-

\*) Public Men of to-day. An international series. The Right Hon. Joseph Chamberlain. By S. H. Jeyes. London, Bliss, Sands u. Foster. 1896. — Dem Buche sind viele der nachstehenden Ausführungen entnommen worden.

schuldige an der Agitation des Reformcomités in Johannesburg und dem Jameson'schen Einfall zu suchen und anzuklagen. Wenn diese Angriffe sich aber gegen die Integrität des Mannes richten, der seit vierzig Jahren am öffentlichen Leben theilhaftig ist, und an dessen Privatleben auch seine politischen Feinde und Gegner bisher nicht zu rühren gewagt hatten, von dem nun aber behauptet wird, daß er bei den letzten Vorkommnissen seinen amtlichen Einfluß nur für seine und seiner Familie pekuniäre Interessen eingesetzt habe, so brauchen wir uns nur ähnlicher Erscheinungen in der deutschen Publicistik zu erinnern, um den Maßstab zu finden, der an solche Angriffe gelegt werden muß. Diese Beschuldigungen Seitens seiner Gegner erhöhen aber das Interesse, welches wir haben, Näheres über die öffentliche Thätigkeit und den politischen Bildungsgang des Mannes zu erfahren, der, an der Grenze zweier Jahrhunderte, einen so hervorragenden Platz in der Tagesgeschichte einnimmt und vielleicht berufen ist, einen noch größeren in der Weltgeschichte einzunehmen. Zwar steht auch jetzt der tarpejische Felsen nicht fern vom Capitol, aber der Sturz von dem ersteren pflegt heut zu Tage selten Jemanden zu verhindern, den Aufstieg zum letzteren wieder zu versuchen.

Zwei Thatfachen müssen bei jeder Besprechung der Laufbahn Mr. Chamberlain's im Auge behalten werden. Die erste derselben ist, daß er nach Abstammung, Erziehung, Bildung und Ueberzeugung ein radikaler Staatssozialist ist, der in diesem Punkt nie in seinen Ansichten geschwankt oder gewechselt hat, der nie eine Gelegenheit zur praktischen Durchführung seiner Theorien hat vorübergehen lassen, der, als er von der liberalen zur konservativen Partei überging, dies, abgesehen von der Nothwendigkeit der Erhaltung des Reiches, damit begründete, daß er die Durchführung seines Programmes\*) eher von den Tories als

\*) „Das radicale Programm“, für das Chamberlain 1885 eine Rede schrieb, veröffentlichte eine Anzahl von Forderungen, mit denen er sich allerdings nicht ausdrücklich identificirte, die aber zum größeren Theil seinen

von den Whigs erwarten könne, und der denn auch wirklich bei den beiden Kabinetten Salisbury die Annahme einer Anzahl seiner Forderungen durchzusetzen verstanden hat. Die andere, vielleicht für den Mann selbst, wie für sein Land bedeutungsvollere Thatsache ist seine langsame Entwicklung von einem „Little Englander“, d. h. einem Manne, der es für England wünschenswerth hielt, jeden weiteren Zuwachs an Gebiet und Verantwortlichkeit zu vermeiden\*), zu einem überzeugten und fast fanatischen Imperialisten, der in der Uebernahme neuer Gebiete und der Vermehrung der damit verbundenen Verantwortlichkeit nicht nur eine Pflicht der Selbsterhaltung, sondern auch die Erfüllung einer ethischen Aufgabe sieht. Nimmt man dazu die von seinen frühen Erfolgen als Geschäftsmann und Local-, man könnte sagen Municipalpolitiker fast unzertrennliche eigene Werthschätzung, einen unzweifelhaft mehr zum Befehlen als zum Gehorchen angelegten Charakter und eine scharfe Zunge, die selbst der seines früheren Gegners und jetzigen Chefs, Lord Salisbury, die Wage zu halten wußte, so hat man damit ein in den Hauptzügen zutreffendes Bild des Mannes, dessen Entwicklungsgang und dessen Einfluß auf die Geschichte seines Landes zu verfolgen die Aufgabe dieses Aufsatzes sein soll.

Ansichten und Wünschen entsprechen dürften. Die Liste umfaßt: Allgemeines Stimmrecht; gleiche Wahlbezirke; Diäten für die Mitglieder des Parlaments (wogegen Chamberlain sich z. B. 1893 erklärte); Entstaatlichung und Einziehung der Pfründen der englischen Kirche; Reconstruction der Localverwaltung durch Grafschaftsämter; einen Nationalrath, aber keine besonderen Parlamente für Schottland, England und Wales, beschränkt auf die Verwaltung der inneren Angelegenheiten; allgemeine Besteuerung mit steigenden Sätzen, sowohl bei der Einkommensteuer wie beim Verkauf von Grundbesitz; durchgreifende Reform des Grundbesitzes; Rückgabe von nicht rechtmäßig eingefriedigtem Land an die Gemeinden; Verbesserung der Arbeiterwohnungen; Sanirung von ungesunden Plätzen auf Kosten der Besitzer; Ankauf von Grund und Boden für Arbeiterwohnungen zum Marktpreis ohne Entschädigung für Expropriirung; freie Erziehung.

\*) Zu welcher Partei gehört zu haben er freilich später bestritten hat.

## I.

Joseph Chamberlain wurde am 8. Juli 1836 in London als das älteste von neun Kindern, sechs Söhnen und drei Töchtern, seines gleichnamigen Vaters geboren. Im Alter von acht Jahren wurde er in eine von einer Dame gehaltene Elementarschule geschickt, die er ein Jahr später beim Umzuge seiner Eltern in einen anderen Theil der Stadt mit einer von einem Geistlichen geleiteten vertauschte. Mit vierzehn Jahren ging er als Extraneer zu der University-College-Schule über, auf der er bis zu seinem sechzehnten Jahre blieb; er lernte dort Griechisch und Lateinisch, scheint sich jedoch weniger für die alten Classiker als für Mathematik, Naturgeschichte und Französisch interessirt zu haben, in denen er in den beiden oberen Klassen der Schule die ersten Preise erhielt. Dann nahm ihn sein Vater, der in der City eine Schuh- und Stiefelfabrik besaß, in sein Geschäft. Chamberlain ist also einer der wenigen im englischen öffentlichen Leben stehenden Männer, der keine akademische Bildung besitzt, was ihn indessen nicht verhindert hat, Ehrendoctor verschiedener Universitäten und Rektor einer solchen zu werden. Was er gelernt hat, und das ist nicht wenig, verdankt er eigenem eisernen Fleiß und vieler Lektüre, er ist stets ein eifriger Leser gewesen, der das, was er dadurch in sich aufgenommen, für sich nutzbar zu machen verstanden hat. Wenn der Mangel der öffentlichen Erziehung, wie der junge Engländer der besseren Stände sie auf den größeren Schulen, Eton, Harrow und anderen, auf den Universitäten und durch Reisen zu genießen pflegt, Mr. Chamberlain des äußerlichen und innerlichen Schiffs beraubt hat, der durch den vielfachen, fortdauernden Umgang mit anderen hervor gebracht wird, so hat ihm die bis zu einem gewissen Grade geistige Isolirung seiner Jugendzeit in weit höherem Maße, als das gewöhnlich der Fall zu sein pflegt, die Empfänglichkeit für neue Eindrücke und die Fähigkeit, sie nutzbar zu verarbeiten,

bewahrt, ohne die heute bei dem schnellen Wechsel der Verhältnisse kein Staatsmann hoffen darf, den Anforderungen der Zeit gerecht zu werden.

Mit achtzehn Jahren verließ Chamberlain das väterliche Geschäft, um als Vertreter der Interessen seines Vaters in eine von diesem in Gemeinschaft mit seinem Schwager Kettlefold gegründete Fabrik für hölzerne Schrauben in Birmingham einzutreten. Die ersten Zeiten des jungen Unternehmens waren harte und sorgenvolle, und im Kampf gegen die Konkurrenz blieb nicht allein kein Gewinn, sondern die ersten fünf bis sechs Jahre brachten nicht unerhebliche Verluste. Es war im Wesentlichen der Thätigkeit und Arbeitskraft des jungen Chamberlain zu danken, wenn die Aussichten sich allmählich besserten; Konkurrenten wurden ausgekauft, Patente erworben und ausgenutzt, Draht- und Eisenwerke gegründet und Kohlengruben angelegt, bis endlich die Firma Kettlefold & Chamberlain, wenn nicht das Monopol, so doch den größten Theil des Geschäfts in den von ihnen fabrizirten Gegenständen erlangte. Es spricht für die von dem jungen Chef der Firma bei dieser Gelegenheit beobachtete Haltung, daß einer seiner erbittertsten politischen Gegner, Mr. Stead, der Herausgeber der „Review of Reviews“, mit Bezug auf diese Zeit erklärt, daß Chamberlain's Betragen als Fabrikant und Arbeitgeber keine Veranlassung zu vielem Tadel geboten haben könne, da sonst bedeutend mehr lokale und persönliche Opposition gegen ihn in den in Frage kommenden Distrikten herrschen würde, als man zu entdecken im Stande sei. Für Chamberlain war das Ergebnis seines Fleißes und seiner Anstrengungen, daß er sich mit achtunddreißig Jahren als reicher Mann aus dem Geschäft zurückziehen konnte.

Während der Zeit seiner kaufmännischen Thätigkeit hat Chamberlain nicht allein sein Selbststudium eifrig fortgesetzt, sondern auch Gelegenheit gesucht und gefunden, sich durch rege Betheiligung an den Diskussionen in der Birmingham and Edgbaston Debating Society zum Redner auszubilden. Es

spricht für die Energie des Mannes, daß er, heute einer der besten und schlagfertigsten Redner in England, viele Jahre hindurch nur sorgfältig vorbereitete und zum Theil auswendig gelernte Reden zu halten im Stande war.

Zum ersten Male in die weitere Oeffentlichkeit trat Chamberlain bei Gelegenheit der Debatten, die mit Bezug auf die Erziehungsfrage seit 1868 im Unterhause stattfanden und 1870 zur Annahme des als „Foster's Education Act“ bekannten Gesetzes führten. Chamberlain wurde 1868, dreißig Jahre alt, zum Vorsitzenden des Executivcomités der „Nationalen Erziehungsliga“ gewählt und stand als solcher im Mittelpunkt der polemischen Thätigkeit, welche von diesem Verein in den damaligen Kämpfen um die Frage der weltlichen oder religiösen Erziehung in den Elementarschulen geführt wurde. Um aber seine Stellung zu dieser wie allen religiösen Fragen gegenüber, der er nie untreu geworden ist, richtig verstehen und würdigen zu können, darf man nicht übersehen, daß er zu einer Nonconformisten-Familie\*) gehört — er rühmt sich selbst, von einem der zweitausend Geistlichen abzustammen, die 1662 aus der Staatskirche austraten und ihre Pfünden aufgaben, weil sie den „Act of Uniformity“ nicht anerkennen wollten — und die ganze Kampfesfreudigkeit, um nicht zu sagen Streitlust besitzt, die allen Sectirern eigen zu sein pflegt. Auch seine Zugehörig-

\*) Nonconformisten werden gemeinhin alle Diejenigen genannt, die sich weigern, sich der Lehre und den Gebräuchen der bischöflichen (episcopalian) Kirche zu unterwerfen. Das Gesetz, betreffend die Gleichförmigkeit des Cultus in allen anglicanischen Kirchen, war das Ergebniß einer auf Veranlassung der Regierung 1661 im Savoy-Hospital abgehaltenen und darum „Savoy Conference“ genannten Besprechung zwischen zwölf Bischöfen und ebenso vielen presbyterianischen (d. h. schottisch = calvinistischen) Predigern, die das „Allgemeine Gebetbuch“ (Common prayer book) revidirten und feststellten. In Folge davon traten jene Geistlichen — die Angaben über ihre Zahl schwanken zwischen 800 und 2000 — aus der anglicanischen Kirche, um sich dem durch das Parlament im Jahre 1662 zum Gesetz erhobenen Beschluß der Savoy Conference zu entziehen.

keit zu den Unitariern\*) verschärfte seine Stellungnahme in der Erziehungsfrage. Mr. Foster's Gesetzentwurf, der in seinen wesentlichen Bestimmungen noch heute die Grundlage des gesamten englischen Volksschulwesens bildet, ging von der Ueberzeugung aus, daß die bisher fast ausschließlich durch freiwillige Beiträge der kirchlichen Gemeinden unterhaltenen Volksschulen dem Bedürfniß nach keiner Richtung hin genügten, und bestimmte, daß, wo freiwillige Beiträge nicht zur Errichtung und Unterhaltung der erforderlichen Anstalten (für den sechsten Theil der Bevölkerung) hinreichten, Schulbehörden (schoolboards) gewählt werden sollten, denen das Recht zustände, den Staatszuschuß und die localen Abgaben für Erziehungszwecke zu verwenden. Mit dem Prinzip war die Liga durchaus einverstanden, der Kampf entbrannte aber über den in diesen Schulen zu ertheilenden religiösen Unterricht, den sie ganz beseitigt sehen wollte, und die den Schulen aller Secten gleichmäßig zu gewährende Unterstützung. Chamberlain, der sich mit dem ihm eigenen Ungeßüm betheiligt hatte, faßte, nachdem die Liga sich dem Widerstande der Regierung und der Mehrheit des Parlaments gegenüber mit einem nur theilweisen Erfolg hatte begnügen müssen, das Ziel des seiner Ansicht nach von den Nonconformisten fortzusetzenden

\*) Die heutigen Unitarier, die die Lehren von der Dreieinigkeit, der Gottheit Christi, der stellvertretenden Veröhnung, der Erbsünde und der ewigen Verdammniß als nicht biblisch verwerfen, dürften kaum als aus den Arianern und Socianern hervorgegangen anzusehen sein. Sie gelten in England und Nordamerika als die Nachfolger der 1662 aus der englischen Kirche geschiedenen Geistlichen. In England und Wales besitzen sie heute über dreihundert Kirchen und Capellen und eine Anzahl von Missionsstationen; in Schottland bilden sie zehn Congregationen, und in Irland zählen sie über 1000 Anhänger. In den Vereinigten Staaten ist ihr Hauptsitz in Massachusetts und Boston; Harvard College, Cambridge, das nicht confessionell ist, kann doch mit Recht als unitarisch bezeichnet werden. Daß aus den Zeiten der Reformation in Siebenbürgen eine unitarische Kirche mit über 60 000 Seelen besteht, ist bekannt, weniger vielleicht, daß eine solche auch in Polen bestand, bis sie in der Mitte des 17. Jahrhunderts durch Johann Casimir ausgerottet wurde.

Kampfes in den für seine ganze Auffassung charakteristischen Worten zusammen: „Religiöse Gleichheit, nicht religiöse Duldung.“

Seine Stellung in der Liga, die bei den Wahlen für den Schulrath in Birmingham von fünfzehn Stellen sieben für ihre Candidaten gewann, hatte Chamberlain in nähere Beziehungen zu seinen Mitbürgern gebracht; im Jahre 1869 wurde er in den Stadtrath gewählt, und obgleich seine Wiederwahl 1872 durch die Opposition aller Derjenigen, die er durch sein Eintreten für Maßregeln wie die Oeffnung des Museums und der Bibliothek an den Sonntagen und die freie Zulassung armer Kinder zu dem Progymnasium verlegt hatte, nur mit einer Mehrheit von 62 Stimmen erfolgte, wurde er doch 1873, 1874 und 1875 zum Bürgermeister erwählt und brach seine Beziehungen zur städtischen Verwaltung von Birmingham erst 1880 ab. Wenn ihm von seinen Gegnern vorgeworfen worden ist, daß seine Fähigkeiten ihn mehr für einen Posten in einer städtischen Verwaltung als in dem Cabinet des Reichs geeignet machten, so hat er sich seiner Lehrjahre in den städtischen Aemtern nie geschämt und verdankt der Beschäftigung mit praktischen Fragen unzweifelhaft sehr viel von der Entschiedenheit, mit der er auf Schwierigkeiten loszugehen und sie anzufassen versteht. Im Jahre 1880 sprach er zu seinen Collegen im Stadtrath in Erwiderung auf einen von irländischer Seite gegen ihn gerichteten Angriff, daß sein Geist ein „städtischer“ sei: „Ich gestehe gern, daß ich so am Kirchspiel hänge, daß ich mit größerer Befriedigung auf unsere Annexion von Gas und Wasser (er hatte die Gas- und Wasserwerke für Birmingham erworben) und die Herstellung einer wissenschaftlichen Grenze für unser Stadtgebiet blicke als auf die Ergebnisse der kaiserlichen Politik, der wir Cypern und Transvaal verdanken, und ich bin stolzer darauf, mit Ihnen gegen Unwissenheit, Krankheit und Verbrechen in Birmingham gekämpft zu haben, als wenn ich der Urheber des Krieges gegen die Zulus oder der Invasion von Afghanistan gewesen wäre.“

In der That war es hauptsächlich Chamberlain zu verdanken gewesen, daß 1874 die Gaswerke, die bis dahin im Besitz einer Privatgesellschaft waren, und etwas später die Wasserwerke von der städtischen Verwaltung angekauft wurden, mit dem Erfolge, daß das Besizthum der Stadt an diesen beiden Unternehmungen heute auf mehr als vier Millionen Pfund geschätzt wird und der Stadt erlaubt, ihren Bürgern Gas und Wasser zu Preisen zu liefern, die den Meid selbst der Londoner erregen. Er war auch das treibende Element bei der Einrichtung der Kiesfelder, die der Stadt 400000 £ kosteten, und noch mehr bei dem Ankauf und der Niederlegung der schmutzigen Gassen und Gäßchen, die das Innere der Stadt verunzierten, und die einen weiteren Betrag von über 1½ Millionen Pfund in Anspruch nahmen. Wenn die so gewonnenen, auf 75 Jahre vermieteten Grundstücke in der Mitte dieses Jahrhunderts an die Municipalverwaltung zurückfallen, wird es wenig Städte geben, die so reich sein dürften wie Birmingham. Aber als praktischer Mann hielt Chamberlain den eigenen Ehrgeiz und den seiner Kollegen in vernünftigen Schranken und stand nicht an, auszusprechen, daß auch die gedeihliche Wirksamkeit einer Stadtverwaltung ihre räumlichen Grenzen habe und Decentralisation eins der Geheimnisse ihres Erfolges sei. Gleichzeitig trat er ganz entschieden gegen die Agitatoren auf, die die Erhebung lokaler Abgaben zu einem Angriff auf Eigenthum und Vermögen zu benutzen trachteten. Der Einrichtung städtischer Arbeitsstätten, in denen allen Bewerbern Arbeit zu den von den Trade Unions festgesetzten Lohnraten gegeben würde, stand er durchaus feindlich gegenüber. „Die wahre Sphäre municipaler Thätigkeit,“ äußerte er sich, „ist auf die Dinge beschränkt, bei denen die Gemeinde Besseres bieten kann als der Privatunternehmer.“

Ein 1874 gemachter Versuch, an Stelle des alten Liberalen Roebuck in Sheffield für das Parlament zu candidiren, war Chamberlain mißlungen, und erst 1876 wurde er bei dem Ausscheiden eines bisherigen Vertreters in Birmingham ohne Oppo-

sition ins Unterhaus gewählt. Er betrat es mit dem Ruf, nicht nur ein Radicaler, sondern ein Stück von einem rothen Republicaner zu sein. Aber man thut vielleicht nicht unrecht, wenn man von der Mehrzahl derjenigen englischen Politiker, die, wie Chamberlain, Sir Charles Dilke u. A., als Republicaner begannen und sich über radicalen Cobdenismus zu Imperialisten umgemauert haben, annimmt, daß es mehr gewisse Auswüchse des englischen Systems, wie die erbliche Pairie, die Staatskirche u. s. w., als eine Abneigung gegen die monarchische Regierungsform und die Trägerin der Krone waren, welche sie zu überzeugen, wenn auch nicht zielbewußten Republicanern\*) machten. Jedenfalls hat Chamberlain seinen inneren Anschauungen niemals erlaubt, seine äußere Haltung zu beeinflussen, so z. B. wenn er 1874 als Bürgermeister von Birmingham den Prinzen von Wales mit vollendeter Höflichkeit empfing oder 1897 von der Königin Viktoria sagte: „Kein Monarch in England hat so lange regiert, kein Monarch so gut und so weise. Keiner hat so andauernd und in immer steigendem Maße die Liebe und die Achtung seiner Unterthanen genossen“\*\*). Treu geblieben ist er aber trotzdem den socialen oder socialistischen Grundsätzen seiner Jugend, auch in älteren und veränderten Lebenslagen.

„Wenn Sie,“ so sprach er als Staatsminister im Unterhause 1885, „auf die frühere Geschichte unseres socialen Systems zurückgehen, so werden Sie finden, daß, als unsere socialen Einrichtungen zuerst Form gewannen, Jedermann mit natürlichen Rechten auf die Welt kam, mit dem Recht auf einen

\*) Lecky und in allerneuester Zeit C. B. Royland Kent in seinem „The English Radicals“ führen den Ursprung des englischen Radicalismus auf den bekannten John Wilkes (1727—1797) und den von demselben gemachten Versuch zurück, durch äußeren Druck der Wählerschaften auf das Unterhaus zu wirken; aber die Abstammung von dem französischen Radicalismus scheint doch die wahrscheinlichere; sie wird auch auf Wilkes ihren Einfluß ausgeübt haben und erklärt die Verquickung des englischen Radicalismus mit republicanischen Ideen und Tendenzen.

\*\*\*) Foreign and Colonial Speeches by The R. H. J. Chamberlain. M. P. London, George Routledge & Sons. 1897. Manche der späteren Citate sind dieser Sammlung entnommen.

Antheil an dem großen Besitz der Gemeinschaft, mit einem Recht auf einen Theil des Landes seiner Geburt. Aber alle diese Rechte haben aufgehört zu bestehen; einige von ihnen sind verkauft worden, einige sind von Leuten fortgegeben worden, die kein Recht hatten, über sie zu verfügen, einige sind durch Gleichgültigkeit und Unwissenheit verloren gegangen, einige durch Betrug, andere durch Gewalt vernichtet worden. Privatbesitz ist an die Stelle des Gemeindebesitzes getreten, und dies System ist mit unseren Sitten und Gebräuchen so eng verwoben, es ist so durch das Gesetz geheiligt und die Gewohnheit geschützt, daß es sehr schwierig und vielleicht unmöglich sein würde, es umzustößeln. Aber, so frage ich, welches Lösegeld will das Eigenthum für die Sicherheit zahlen, deren es sich erfreut? Welchen Ersatz wird es für die natürlichen Rechte finden, die anzuerkennen es aufgehört hat? Die Gesellschaft hat sich zusammengeschlossen, um sich gegen die Instincte derjenigen ihrer Mitglieder zu schützen, die kurzen Proceß mit dem Privateigenthum machen würden, wenn man ihnen freien Willen ließe. Das ist Alles recht schön, aber ich bleibe dabei, daß die Gesellschaft diesen Leuten etwas mehr schuldig ist für die Fesseln, die sie ihrer Actionsfreiheit auferlegt, als bloße Duldung.“

Das Aufsehen, das diese Erklärungen machten, war ein ungeheures und Chamberlain sah sich genöthigt, in einer Rede, die er im Januar des nächsten Jahres in Birmingham hielt, auf den Gegenstand zurückzukommen. Seine Lehre von den natürlichen Rechten sei angegriffen und ihm gesagt worden, daß kein Recht außerhalb des Gesetzes bestände. Er erwidere darauf, daß das ein gefährliches und revolutionäres Prinzip sei. Wenn es wirklich zuträfe, so würde, da die Mehrheit die Gesetze mache, Macht Recht machen, und die Mehrheit würde berechtigt sein, ohne Rücksicht auf natürliche Billigkeit und Gerechtigkeit ihre eigenen Interessen auf Kosten der Minderheit wahrzunehmen. Er widerspreche einer solchen Behauptung, und sie dürfe am wenigsten zu Gunsten der Reichen allein aufgestellt werden. Wenn die Reichen ihre Rechte geachtet sehen wollten, wie sie es sein sollten, so müßten sie auch die Rechte ihrer anderen, weniger glücklichen Brüder achten. Diese Ansichten würden dargestellt, als wenn sie direkt zum Communismus führten, und es würde gesagt, daß Communismus ein schreckliches Ding sei. Er habe es nie für möglich oder wünschenswerth gehalten, Alles auf dasselbe Niveau zu bringen; er habe nie geglaubt, daß man die

Fähigkeiten und Lebensbedingungen der Menschen gleichmachen könne. Der Faule, der Trunkenbold, der Verbrecher und der Dummkopf müßten den Schaden ihrer Fehler tragen. Der starke und der fähige Mann würden immer die Ersten im Wettkampf sein. Aber was er sage, sei dies, daß die Gemeinschaft als ein Ganzes, das für das Wohl Aller zusammenwirke, etwas thun könne, um etwas zu der Summe menschlichen Glückes hinzuzufügen, um das Leben aller ihrer Bürger und vor Allem der Ärmsten unter ihnen etwas besser, etwas edler und etwas glücklicher zu gestalten.

Das sind Anschauungen, die von Vielen als Utopien belächelt, von Manchen als Kezereien verurtheilt werden mögen, die uns aber den Mann, der für sie in einer wenig wohlwollenden Umgebung eintrat und sie der liberalen Partei als Theil ihres Programmes aufzuzwingen suchte, in einem weniger unvortheilhaften Lichte zeigen, als seine äußere Erscheinung, seine rücksichtslose Logik und die Angriffe seiner Feinde dies oft thun.

Mr. Chamberlain's Lehrzeit im Parlament war nur kurz; er hatte von Anfang an verstanden, die Aufmerksamkeit des Hauses in Anspruch zu nehmen und als Führer des kleinen aber compacten Haufens von Radicalen den leitenden Staatsmännern den Eindruck zu machen, daß er bei der ersten sich darbietenden Gelegenheit einen Posten im Cabinet beanspruchen würde, und ihn auch verdiene. Er sprach im Hause nur über Gegenstände, über die er gut unterrichtet war, und weder lang genug, um zu langweilen, noch oft genug, um sich der Gefahr auszusetzen, als ungefährlicher Schwätzer einmal gründlich abgefertigt zu werden. Seine einschneidende Logik, sein Losgehen auf den Punkt und der beißende Spott, mit dem er seine Gegner zu überschütten pflegte, machten ihn im Hause zu einem sehr gefürchteten Gegner, mit dem man rechnen müsse, während seine besonders bei Gelegenheit von Verhandlungen im engeren Kreise bewiesene Ueberredungskunst ihn als einen schätzbaren Bundesgenossen erscheinen ließ.

Abgesehen von Fragen vorwiegend wirthschaftlicher Natur\*), an deren Erörterung im Unterhause er sich während dieser Lehrjahre betheiligte, entwickelte der heutige Führer der Imperialisten seine Hauptthätigkeit in Angriffen gegen das Beaconsfield'sche Cabinet gerade in Fragen imperialistischer Politik, d. h. der Haltung Englands auf dem Berliner Kongreß, der Erwerbung Cyperns und den Vorgängen in Afghanistan und Südafrika. Mit Entschiedenheit vertrat er den Standpunkt, daß die immer steigenden Ausgaben und die immer zunehmende Verantwortlichkeit, welche durch eine Ausdehnung englischen Einflusses und Besitzes außerhalb des Mutterlandes für das letztere entstanden, in dieser Ausdehnung keine genügende Compensation fänden. Diese Haltung, die sich im Wesentlichen mit der des Führers der Opposition, Mr. Gladstone's, deckte, mußte ihm Chamberlain als einen wünschenswerthen Mitarbeiter bei der Bildung eines neuen Cabinets erscheinen lassen; mehr aber noch zwang Chamberlain's organisatorische Thätigkeit zu Gunsten der liberalen Partei diese zu einer Berücksichtigung seiner Ansprüche, die zugleich die der Radikalen waren. Chamberlain war der erste Präsident und der „Boss“ der nach England übertragenen amerikanischen Institution des „Caucus“, die als das Birmingham-System der politischen Organisation und, auf weitere Kreise angewendet, als die „Nationale Verbindung liberaler Vereine“

\*) Vielleicht ist hier auch der Ort, um die spätere Erzählung der politischen Entwicklung Chamberlain's nicht zu unterbrechen, an seine weitere gesetzgeberische Thätigkeit auf diesem Gebiete, namentlich als Mitglied der verschiedenen Cabinetts, zu erinnern. Ein ganz besonderes Verdienst erwarb Chamberlain sich bei der späteren Gesetzgebung zu Gunsten der Arbeiter in der „Employers Liability Bill“, der „Regulation of Mines and Factories Bill“, der „Improvement of Artisan Dwellings Bill“ und der „Free Education Bill“; an dem Zustandekommen dieser wichtigen Gesetze hat er einen wesentlichen, wenn nicht den wesentlichsten Antheil gehabt, und also wahr gemacht, was er 1885 und wieder 1894 behauptet: daß die Conservativen die Pioniere und die Beförderer der socialen Reform seien

(National Federation of liberal associations) bekannt ist\*). Es handelt sich bei derselben um die Organisation von Comités (je nach der Zahl ihrer Mitglieder die liberalen drei, vier oder mehr Hundert genannt), deren Aufgabe es sein sollte, den liberalen Kandidaten zu bestimmen, für die Eintragung der Wähler in die Listen zu sorgen und sie zur Urne zu bringen. Die lokalen liberalen Vereine sollten die politische Meinung in ihrem Distrikt feststellen und kundgeben, während der nationalen Verbindung die Aufgabe zufiel, die Politik und das Programm der Partei als ein Ganzes festzustellen und zu formulieren. Auf Angriffe der Konservativen, die in dem „Primrose-(Primel-)Bunde“ eine ähnliche, wenn auch weniger wirksame Organisation besaßen, erwiderte Chamberlain 1885 u. A.:

„Ich wundere mich, wenn ich den Widerstand und die Einwendungen gegen diese Organisationen auf Seiten finde, die behaupten, mit der demokratischen Bewegung zu sympathisieren. Diese Bewegung würde ihre ganze Kraft ohne solche Organisationen verlieren. Die Schwierigkeit, der der Radicalismus in früheren Jahren begegnete, bestand darin, daß im Volk kein Zusammenhang war. Napoleon III. sagte zu Cobden bei einem Gespräch, daß private Interessen einem wohlorganisirten Regiment gleichen, während das öffentliche Wohl von einer unorganisirten Menge vertheidigt würde. Die Kraft der Demokratie muß, um mächtig zu sein, concentrirt sein; sie darf nicht in zahllose Einheiten zersplittert werden, von denen jede ihre Unabhängigkeit so hoch schätzt, daß keine sich mit einer anderen auch nur für einen Tag verbinden kann.“

\*) Ob der Plan dieser Organisation in Chamberlain's Kopf entsprang, mag fraglich erscheinen; gewöhnlich wird der am 2. Januar d. J. verstorbene Mr. Schnadhorst als der Schöpfer desselben angesehen. Jedenfalls aber kann kein Zweifel darüber bestehen, daß Chamberlain, wenn er sich auch die große Geschicklichkeit dieses berühmtesten aller parlamentarischen Drahtzieher zu Nutzen machte, doch stets die „Maschine controlirte“, was schon daraus hervorgeht, daß, als Bright und er 1886 die liberale Partei verließen und sich als „Unionisten“ den Conservativen anschlossen, während Mr. Schnadhorst der alten Fahne treu blieb, das Instrument sehr an Brauchbarkeit und Zuverlässigkeit einbüßte. Mr. Schnadhorst, dem die Liberalen 1887 in Anerkennung seiner Dienste und Verdienste einen Check von 10 000 £ überreichten, hat nie die Wiederwahl Chamberlain's in Birmingham verhindern können, und der Wahlsieg der Liberalen 1892, der unzweifelhaft sein Werk, war nicht entscheidend genug, um die Niederlage der Partei aufhalten zu können.

Goldene Worte, die der deutsche Liberalismus gut thun würde zu beherzigen und zu befolgen! Chamberlain ist seinem hier ausgesprochenen Prinzip treu geblieben, auch nachdem er als Minister eine leitende Stellung einzunehmen berufen worden war.

## II.

Das konservative Ministerium Beaconsfield, das seit 1874 bestanden hatte, erlitt 1880 bei den allgemeinen Wahlen eine vollständige Niederlage, hauptsächlich weil die Stimmung für innere Reformen im Gegensatz zu einer imperialistischen äußeren Politik im Volke stärker war, als man selbst in den Reihen der Liberalen vorausgesetzt hatte, und nach kurzen Schwankungen wurde Mr. Gladstone mit der Bildung eines liberalen Cabinets beauftragt, in dem zwei radikale Stellen erhielten, Mr. Bright als Kanzler des Herzogthums Lancaster und Mr. Chamberlain als Präsident des Handelsamts, während Sir Charles Dilke vorläufig Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt unter Lord Granville wurde. Es ist wahrscheinlich, daß Sir Charles Dilke, von dem bereits 1868 die erste Ausgabe von „Greater Britain“ erschienen war, und mit dem Chamberlain seit seinem Eintritt ins Unterhaus nähere und vertraute Beziehungen unterhielt, im Laufe der Zeit nicht wenig dazu beigetragen haben mag, Chamberlain's Auffassung der Beziehungen des Mutterlandes zu seinen Kolonien und auswärtigen Besitzungen zu modifiziren. Als ein Symptom dieser Sinnesänderung mag gelten, daß, während Chamberlain in diesen Fragen anscheinend noch vollständig auf dem Gladstone'schen Standpunkte blieb und denselben im Parlament wie in der Deffentlichkeit vertrat, sein Colleague Mr. Bright ihn bereits damals als den einzigen „Jingo“\*) im Cabinet bezeichnete.

\*) Dieses im Sinne von „Chauvinist“ jetzt viel gebrauchte Wort war ursprünglich ein Spitzname für die kriegslustigen Tories unter Lord Beaconsfield's Verwaltung und stammt aus einem populären Liede jener Zeit. — Vergl. „Jingo, Jingoism“ in Muret's Encyclopädischem Englisch-Deutschen Wörterbuch. (Berlin, Langenscheidt.)

Die ersten Fragen, welche die neue liberale Regierung zu erledigen hatte, gehörten zu den von den Konservativen übernommenen Schwierigkeiten der äußeren Politik, vor Allem in Transvaal und Afghanistan. Wie das Cabinet Gladstone in der erstenen Schritt für Schritt zurückwich und, nachdem es die Königin in der Thronrede hatte sagen lassen, daß ihre Oberherrlichkeit in Transvaal gewahrt werden müsse, die Annexion rückgängig machte und zuerst die Konvention von 1881, dann die von 1884 abschloß, ist bekannt, weniger die Art und Weise, wie Chamberlain die Politik des Cabinets vertheidigte. Während er auf der einen Seite hervorhob, daß der Transvaal ein armes, von einem kriegerischen Volk bewohntes Land sei, zu dessen Behauptung man 15—20000 Mann brauchen würde, schob er auf der anderen Seite die ganze Schuld an der Lage den Konservativen zu, welche die Nation mit der Behauptung getäuscht hätten, daß die Bevölkerung des Transvaal mit der Annexion einverstanden sei. Unter dieser Voraussetzung und zum Schutz des loyalen Theils der Bevölkerung und der Eingeborenen habe die Regierung in aller Eile Verstärkungen nach Südafrika gesendet, bis die Zahl der dort vorhandenen Truppen 12 000 Mann überstiegen habe. Dabei habe aber die Regierung niemals die Möglichkeit einer friedlichen Verständigung ausgeschlossen, und sobald von Seiten des Präsidenten des Oranje-Freistaats, Brand, Eröffnungen eingelaufen seien und Herr Krüger selbst Sir George Colley gegenüber sich bereit erklärt habe, die Frage der Entscheidung einer von der Königin zu ernennenden Kommission zu unterwerfen, habe die Regierung ihren Bevollmächtigten angewiesen, unter gewissen Voraussetzungen in Unterhandlungen einzutreten. Unter diesen Voraussetzungen sei die erste und wichtigste die gewesen, daß die Boeren sich jedes bewaffneten Widerstandes enthielten; leider hätten, während die Verhandlungen stattfanden, die britischen Truppen, die sich in der Minderzahl befanden, drei Mal die Verschanzungen der Boeren angegriffen und seien zurückgeschlagen worden. Die Regierung habe diese

Vorkommnisse bedauert, aber sie habe darin keine Veranlassung gesehen, von ihren früheren Entschlüssen abzugehen; die Engländer seien in jedem Falle die Angreifer gewesen, und die Verluste, die sie erlitten hätten, könnten, so sehr sie zu bedauern seien, die Veranlassung des Krieges nicht zu einer gerechteren machen. Die Regierung habe, als die Boeren die ursprünglich gestellten Bedingungen angenommen, sich über die Aussicht, dem ferneren Blutvergießen ein Ende zu machen, gefreut, und sie sei überzeugt, daß das englische Volk sich nicht gedemüthigt fühlen werde, weil seine Regierung sich geweigert habe, bei voller Kenntniß der Thatfachen auf einem Wege der Bedrückung und des Unrechts zu verharren. England sei eine große und mächtige Nation; was nütze es aber, groß und mächtig zu sein, wenn man sich scheue, einen Irrthum einzugestehen, sobald man desselben inne geworden sei. Schande liege nicht in dem Eingestehen eines Irrthums, sondern in dem Beharren in absichtlichem Uebelthun.

Die von Lord Kimberley im November vorigen Jahres in Newcastle abgegebene Erklärung, daß die Regierung, zu der er damals gehörte, sich zur Nachgiebigkeit den Boeren gegenüber entschlossen habe, weil die Betheiligung des Oranje-Freistaats am Kriege und ein Aufstand der Holländer in der Kapkolonie gedroht habe, nimmt den damaligen Aeußerungen Chamberlain's viel von ihrem Pathos. Die Frage, wieviel ihm bei seiner untergeordneten Stellung im Cabinet von den Vorgängen in Transvaal bekannt gewesen sei, scheint allerdings, trotz seiner Gewohnheit, den Sachen auf den Grund zu gehen, nicht ganz unberechtigt, seitdem der Herzog von Argyll in der „Times“ (22. Dezember 1899) erklärt hat, daß er, der ein Mitglied desselben Cabinets war, wie das ganze Cabinet überhaupt sehr wenig von den Vorgängen und Verhandlungen gewußt habe. Der Herzog schreibt: „Als ein Cabinet waren wir sehr unvollkommen unterrichtet. Der Gegenstand wurde meistens von dem betreffenden Departement (Lord Kimberley's) und von Fall zu Fall erledigt. Kein Schriftstück, das die Frage als ein Ganzes behandelt hätte, ist uns,

soweit ich mich erinnere, jemals vorgelegt worden. Die schändliche Verrätherei, mit der der Krieg durch die Niedermetzelung des 94. Regiments bei Brofferspruit am 3. Dezember 1880 begann, ist uns niemals in den Einzelheiten mitgetheilt worden. . . Ich entsinne mich nicht, jemals die genauen Bedingungen der Konvention von 1881 gekannt zu haben, ehe sie unterzeichnet wurde.“ Im Uebrigen verdient hervorgehoben zu werden, daß der Herzog von Argyll die ihm mitgetheilten Ansichten Mr. Gladstone's über dessen Auffassung der Sachlage in Transvaal fast wörtlich so wiedergibt, wie Mr. Chamberlain sie in der vorangeführten Rede als die der Regierung entwickelte; es ist daher jedenfalls nicht ausgeschlossen, daß der Letztere ebenfalls nur auf Grund ihm von Mr. Gladstone gemachter Mittheilungen gesprochen habe. — Aehnliche Zustände wie die von dem Herzog von Argyll geschilderten kommen auch in den Cabinetten anderer Länder vor.

In der afghanischen Frage war das Ministerium Gladstone durch die zu der Zeit, als seine Mitglieder sich noch in der Opposition befanden, abgegebenen Erklärungen gebunden. Dabei war es ein eigenes Schicksal, daß diesem Cabinet, dessen Wahlspruch Frieden, Ersparniß und Reform war, die Aufgabe zufiel, in Aegypten einzuschreiten, und daß es sich, trotz aller Windungen und Drehungen seines Chefs, des größten unbewußten Humbugs aller Zeiten, wie man ihn im Gegensatz zu Disraeli, dem größten aller bewußten, einst nannte, zur endlichen Occupation des Landes entschließen mußte. Auch in dieser Frage stand Chamberlain zu seinem Führer und blieb im Cabinet, nachdem Bright, der Friedensmann par excellence, es nicht länger als mit seiner Ueberzeugung vereinbar gefunden hatte, demselben anzugehören. An seine Stelle trat Mr. Dodson (später Lord Monk Bretton), der als Präsident der Lokalverwaltung (board of local government) durch Sir Charles Dilke ersetzt wurde. Das radikale Element im Cabinet erlitt also durch Mr. Bright's Ausscheiden keine Schwächung, sondern eher eine Stärkung.

Von inneren Fragen war die, welche das Cabinet am meisten beschäftigte, die irische, und an ihr nahm Chamberlain einen hervorragenden Antheil. Der Druck, den die irischen Nationalisten unter Parnell's Leitung auf Mr. Gladstone und sein Cabinet ausübten, war besonders in Folge der Unterstützung, die sie bei den radikalen Mitgliedern desselben fanden, so stark, daß der Staatssekretär für Irland, Foster, der den Wünschen der Ir-länder hinsichtlich einer Entschädigung der wegen Nichtzahlung der Pachtgelder exmittirten Pächter sehr wenig geneigt war, sich gezwungen sah, am 12. Juni 1880 die sogenannte „Compensation for disturbance bill“ im Unterhause einzubringen, die dort angenommen, im Oberhause aber mit 252 Stimmen gegen 51 verworfen wurde. Dies veranlaßte Chamberlain zu einem heftigen Angriff gegen das Oberhaus, indem er es beschuldigte, durch die Ablehnung des Gesetzes eine unweise und unpatriotische Handlung begangen und den Bürgerkrieg hervorgerufen zu haben, der durch die Annahme des Gesetzes verhindert worden sein würde, da die Führer der irischen Landliga selbst eingestanden hätten, daß sie dann ihre Agitation fortzusetzen nicht in der Lage gewesen wären. Eine um so unberechtigtere Auffassung, als Parnell und die anderen irischen Nationalisten bei der dritten Lesung im Unterhause gar nicht gestimmt, sondern das Haus verlassen hatten, — ein Beweis, daß die Partei das, was ihr geboten wurde, nicht als eine genügende Abschlagszahlung ansah und freie Hand behalten wollte. Die weiteren Ausschreitungen in Irland, welche die Folge von direkten Aufhebungen durch Mitglieder des Parlaments waren, veranlaßten das Cabinet, die Frage, was in Irland zu geschehen habe, um die Sicherheit für Personen und Eigenthum wieder herzustellen, in neue Erwägungen zu ziehen, und diesmal trug die Partei der gemäßigten Liberalen unter Lord Hartington den Sieg davon. Die von Foster eingebrachten Gesetzentwürfe, die „Protection of life and property bill“ und die „Peace preservation bill“, wurden im Unterhause auch von Mr. Bright vertreten, der erklärte, sich nunmehr von der Noth-

wendigkeit von Zwangsmaßregeln, gegen die er ursprünglich gestimmt, überzeugt zu haben. Chamberlain griff nicht direkt in die Debatte ein, aber es kann keinem Zweifel unterliegen, daß er die Ansicht seines älteren Collegen theilte. Die beiden Entwürfe wurden nach langen Kämpfen, in denen die Rationalisten jedes Mittel der Obstruktion in Anwendung brachten, angenommen, und das Cabinet ging nun zu dem Versuch über, den in den agrarischen Zuständen Irlands als thatsächlich bestehend anerkannten Uebelständen durch eine „Landbill“ abzuhelfen, die im Wesentlichen auf den drei F, nämlich „fair rents, fixity of tenure und free sale“, beruhte. Chamberlain trat für diese Politik mit großer Entschiedenheit ein, und es mußte ihn daher um so mehr verletzen, als bei der zweiten Lesung Parnell das Gesetz für ein erbärmliches Almosen erklärte, was von Chamberlain's Seite die Antwort hervorrief, Parnell und sein Gefolge hätten nie einen Zweifel darüber gelassen, daß ihr Hauptziel nicht die Abstellung von Beschwerden, sondern die Trennung Irlands von England sei. Im Verlauf der Rede sprach er sich über die Aufgabe der Regierung dahin aus, daß dieselbe darin bestehe, den ehrlichen Pächter gegen einen harten und ungerechten Grundherrschaft zu beschützen, nicht aber dem unehrlichen behülflich zu sein, die vorhandene Agitation zu benutzen, um seine Gläubiger zu bestehlen, indem er mit Geld in der Tasche sich weigert, seinen Grundherrschaft zu bezahlen, der vielleicht ärmer sei als er. Noch schärfer sprach sich Chamberlain in einer am 25. Oktober 1881, nachdem der Entwurf Gesetz geworden war, zu Liverpool gehaltenen Rede aus, in der er erklärte, daß er nie die Errichtung einer feindlichen Macht auf Kanonenschußweite von der englischen Küste in Erwägung ziehen könne. Wenn Irland Unabhängigkeit erhielte, so würde das wahrscheinliche Ergebnis der Bürgerkrieg und, selbst wenn der vermieden werde, die Eifersucht gegen England sein. Die beiden Länder würden eine fortdauernde Drohung, eins gegen das andere, sein und die Ausgaben für Armee und Flotte auf beiden Seiten unerträglich werden, — ein Zustand,

der nicht anders enden könne als mit der Wiedereroberung Irlands oder dem Ruin Englands. Solchen Möglichkeiten könne er sich nicht aussetzen, und darum sage er, Liberaler und Radikaler, der er sei, zu Irland, was die Liberalen oder Republikaner des Nordens zu den Südstaaten von Amerika gesagt hätten: „Die Union muß aufrecht erhalten werden!“

Die Annahme des Landgesetzes und die in Irland vorgenommenen zahlreichen Verhaftungen, unter denen sich auch die einer ganzen Anzahl von Mitgliedern des Unterhauses befanden, genügte nicht zur Wiederherstellung der Ruhe, und es war daher erklärlich, daß die von Anfang an im Cabinet vorhanden gewesenen Meinungsverschiedenheiten zwischen den radikalen Mitgliedern desselben und Mr. Foster, dem Hauptvertreter der Zwangsmaßregeln, sich immer mehr zuspitzten. Die zwischen Chamberlain und den Häuptern der irischen Nationalisten, mit Vorwissen von Gladstone und Foster, aber ohne Betheiligung des Letzteren, stattgefundenen Verhandlungen führten zu dem unter dem Namen des Vertrags von Kilmainham bekannten Abkommen, so genannt nach dem Orte, an welchem Parnell und ein Theil seiner Gefährten gefangen gehalten wurden. Der erste äußere Erfolg war der Rücktritt Lord Cowper's des Lordlieutenants von Irland, des Chefssekretärs Mr. Foster und die Freilassung von Mr. Parnell, Dillon, O'Kelly und Davitt am 2. Mai 1882. Der genaue Inhalt des Abkommens selbst ist nie bekannt geworden, aber man kann wohl annehmen, daß die Regierung in demselben eine Erledigung der Frage der Pacht rückstände durch die Einbringung eines darauf bezüglichen Gesetzes im Sinne der Forderungen der parlamentarischen Nationalisten zusagte, während die Letzteren versprochen haben dürften, nach Annahme eines solchen Gesetzes ihrerseits die Agitation aufzugeben. Die Abneigung beider Theile, das getroffene Abkommen zu veröffentlichen, war erklärlich. Abgesehen von den im Cabinet selbst bestehenden Differenzen, die allein genügen, die vielen Schwankungen und schroffen Wechsel in seiner irischen Politik zu er-

klären, brauchte daselbe zur Annahme des von ihm einzubringenden Gesetzes die Unterstützung der gemäßigeren Liberalen und fortgeschritteneren Conservativen, die vor den Kopf zu stoßen es vermeiden mußte, während die Mitglieder der irischen parlamentarischen Partei ihrerseits ebenfalls nicht in der Lage waren, es mit dem amerikanischen Clan-na-Gael und den irischen Unbesiegbaren (National Invincibles), die als unabhängige und treibende Kräfte neben und hinter ihr standen, zu verderben. Es sollte indessen zu einer Ausführung der getroffenen Vereinbarungen diesmal nicht kommen. Die Ermordung des neuen Chefssekretärs Lord Frederic Cavendish und Mr. Burke's in Dublin am 6. Mai 1882 zerstörte jede Aussicht auf eine Verständigung und nöthigte die Regierung zu einer neuen Politik des Zwangs. Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß Chamberlain beim Rücktritt Foster's und beim Tode von dessen Nachfolger bereit gewesen ist, die Stelle als Chefssekretär zu übernehmen, vielleicht in der Hoffnung eines Erfolges, wo es anderen nicht geglückt war; aber Gladstone glaubte nicht, den Theil seiner Gefolgschaft, der die Ansichten Foster's theilte, durch die Ernennung seines Gegners im Cabinet verlegen zu dürfen. Trotz der Enttäuschung, wenn es eine war, trat Chamberlain in seinen Reden innerhalb und außerhalb des Parlaments für die neue Verwaltung in Irland (Lord Spencer und Mr. Trevelyan) und die Politik seines Chefs ein, von der er behauptete, daß sie wenigstens etwas zur Beruhigung Irlands beigetragen habe.

---

### III.

Im Juni 1885 fiel das Ministerium Gladstone über eine unbedeutende Frage der irischen Verwaltung, in Wirklichkeit wegen der Mißstimmung, die seine Haltung in allen auswärtigen Angelegenheiten, im Transvaal, im Sudan (Gordon's Mission und der Fall von Chartum), in Aegypten und schließlich in Afghanistan (der Pendsch-Borfall) erregt hatte, und ein Cabinet

Salisbury trat an seine Stelle, das, den Verhältnissen entsprechend, nur kurzlebig sein konnte. Die Entscheidung in den meisten Fragen lag bei den irischen Nationalisten, und es war daher wenigstens vom Standpunkt parlamentarischer Taktik aus erklärlich, daß beide Parteien, das conservative Ministerium und die liberale Opposition, sich bemühten, mit Jenen Fühlung zu gewinnen. Es war wohl im Wesentlichen die Besorgniß, daß die Conservativen, die durch Lord Carnarvon mit den Nationalisten verhandelten, durch irgend welche Zugeständnisse in der Homerulefrage die Unterstützung der irischen Partei erlangen könnten, welche Gladstone und Chamberlain veranlaßten, auch ihrerseits eine Verständigung mit den Nationalisten zu versuchen. Der Verdacht der liberalen Führer wurde durch die ersten Handlungen der conservativen Regierung, die die von ihren liberalen Vorgängern in Irland eingeführten Zwangsmaßregeln aufhob, bestärkt; aber es war natürlich, daß die irische Partei, die sich so von allen Seiten umworben sah, ihre Ansprüche steigerte. In einer am 24. August 1885 zu Dublin gehaltenen Rede erklärte Parnell das irische Parlament mit den weitest gehenden Befugnissen für gesichert; am 8. September erwiderte Chamberlain darauf in einer Ansprache zu Warrington, daß er für seine Person auf solche Ansprüche nicht eingehen werde, da die neuen Forderungen weit die Rechte überstiegen, die den einzelnen der Vereinigten Staaten eingeräumt seien, und weil, wenn dieselben bewilligt würden, jede Hoffnung aufgegeben werden müsse, das Vereinigte Königreich zu erhalten. Trotzdem war diese Rede keine vollkommene Abgabe an die irische Partei, und Chamberlain erklärte sich ausdrücklich bereit, Irland das größte Maß von localer Selbstverwaltung zu bewilligen, ebenso wie er dasselbe England und Schottland zu gewähren bereit sei. Ein solches Zugeständniß, soweit es auch in gewissem Sinne ging, konnte die irische Partei nicht befriedigen, und Parnell forderte seine Landsleute in England auf, gegen den Mann (Gladstone) zu stimmen, der Irland knechte, Aegypten mit Blut erfülle und die religiöse Freiheit in

der Schule wie die Redefreiheit im Parlament bedrohe. Der Ausfall der Wahlen waren 249 Conservative, 86 Iren und 335 Liberale, — ein Ergebnis, das die Entscheidung noch mehr als vorher in die Hände der Homerulers legte. Die conservative Partei konnte ohne die Irländer nicht bestehen, aber auch Gladstone war nicht im Stande, ohne sie eine lebensfähige Regierung zu bilden, da ein Theil der Liberalen nicht zu weitgehenden Zugeständnissen an Irland bereit war. Es nahm daher Niemanden Wunder, als im Dezember 1885 das Gerücht sich verbreitete, daß Gladstone den wesentlichsten Forderungen der Irländer, namentlich der eines eigenen unabhängigen irischen Parlaments zugestimmt habe, und ein sofort erfolgtes, allerdings etwas gewundenes Dementi Gladstone's fand wenig Glauben. Chamberlain, der sich dagegen verwahrte, von Verhandlungen mit den Irländern etwas gewußt zu haben, fuhr fort, sich für die erweiterte locale Selbstverwaltung Irlands auszusprechen, erklärte aber, daß für die Liberalen die Zeit noch nicht gekommen sei, die Frage aufzunehmen; die Iren hätten sich an die Conservativen gewendet; man solle ihnen Zeit und Gelegenheit geben, sich bei denselben die unvermeidliche Enttäuschung zu holen; sie würden dann viel vernünftiger und maßvoller zu den Radicalen zurückkehren. Inzwischen hatten auch die Conservativen sich überzeugen müssen, daß es ohne Zwangsmaßregeln in Irland nicht gehe; aber ehe sie dazu kamen, ihre eigene Politik zu entwickeln oder ihre Gegner zu veranlassen, sich über die von ihnen beabsichtigte auszusprechen, fiel das Cabinet Lord Salisbury's über ein von einem Freunde Chamberlain's gestelltes Amendement zur Adresse. Alle Parteien waren darüber einig, daß es die Radicalen, d. h. Chamberlain, gewesen seien, die das conservative Cabinet gestürzt hätten, aber es verdient besonders bemerkt zu werden, daß bei der Abstimmung, die dies Ergebnis herbeiführte, bereits achtzehn Liberale, darunter Lord Hartington und Mr. Göschen, für die Conservativen stimmten, weil sie keinem Gladstone'schen Cabinet mit ausgesprochenen Homerule-Sympathien

zur Herrschaft verhelfen wollten. Chamberlain wurde in dem zu bildenden Ministerium die Stelle als Präsident des localen Verwaltungsamts angeboten, die er annahm, nachdem er sich Gladstone gegenüber in einem vom 30. Januar 1886 datirten Schreiben dahin ausgesprochen hatte, daß er die Bedingungen, welche an eine Verständigung mit der irischen Partei geknüpft werden müßten, für unvereinbar mit der Errichtung eines nationalen gesetzgebenden Körpers in Dublin halte, — eine Erklärung, die Gladstone damit beantwortete, daß er ihm volle Freiheit lasse, jeden Plan zu prüfen und zu verwerfen. Daß Gladstone zusammen mit John Morley, dem neuernannten Cheffsekretär für Irland, an dem Entwurf eines Home-rule-Gesetzes arbeite, war ein offenes Geheimniß, aber wie 1881 die meisten Mitglieder des Cabinets nicht wußten, was eigentlich in Südafrika vorging, und welches die Absichten der Regierung waren, so wurde, wie der Cheffsekretär für Schottland, Sir George Trevelyan, erklärte, als er im Unterhause die Gründe auseinandersetzte, warum er sein Amt niedergelegt habe, auch diesmal die Mehrheit des Cabinets nicht um Rath befragt. Nur einzelne Mitglieder waren über einzelne Punkte gehört, aber kein Versuch gemacht worden, die ganze Angelegenheit im Ministerrath zu erörtern. Außerdem wäre eine Verständigung zwischen Morley und Chamberlain unmöglich gewesen, und Gladstone zog es vor, den Letzteren ganz bei Seite zu schieben. Die Folge war, daß nach der ersten Mittheilung über die einzubringenden Vorlagen an die Minister Chamberlain am 15. März sein Portefeuille in die Hände seines Chefs zurückgab und dies damit erklärte, daß er einerseits außer Stande sei, seine Zustimmung zur Errichtung einer unabhängigen gesetzgebenden Versammlung in Dublin zu geben, und andererseits nicht die von Gladstone zur Erledigung der Landfrage geforderten großen Summen gewähren könne. Die in Aussicht genommene irische Regierung werde nie im Stande sein, die drei oder vier Millionen Pfund Sterling, die sie für die Armee und Flotte und die öffentliche Schuld zu zahlen habe, und die

5 000 000 Pfund Zinsen und Amortisation für den in Aussicht genommenen irischen Landfond aufzubringen, was vielen Streit verursachen und schließlich eine militärische Exekution nothwendig machen werde, die um so größere Gefahren bieten würde, wenn die Mittel, die Irland besäße, und die ganze Civilverwaltung des Landes der irischen Nationalregierung ausgehändigt worden seien. Gladstone's Vorschläge liefen also thatsächlich darauf hinaus, daß England eine ungeheure Vermehrung seiner öffentlichen Schuld und eine damit verbundene Erhöhung der Besteuerung auf sich nehmen solle, nicht um eine engere und wirksamere Verbindung der drei Königreiche unter einander anzubahnen, sondern um die Abschaffung der Union und die thatsächliche Trennung Irlands von England und Schottland herbeizuführen.

Trotz seines Austritts aus dem Cabinet scheint Chamberlain — freilich vergeblich — noch immer versucht zu haben, Gladstone zum Aufgeben seiner weitergehenden Pläne und zur Annahme weniger umfassender Zugeständnisse an die irische Partei zu bewegen. Jedenfalls hat er sich von den Schritten der Liberalen ferngehalten, die sich bereits damals unter Lord Hartington und Mr. Göschen den Conservativen angeschlossen; er war im Gegentheil auch jetzt noch bemüht, wenn irgend möglich, die liberalen Elemente im Unterhause wieder zusammenzuführen und die Einheit der Partei zu erhalten. Dies erschien ihm, aber nicht den Führern der liberalen Seccession im engeren Sinne möglich, als Gladstone im Mai eine Art von Manifest erließ des Inhalts: daß die Landbill nicht als Parteifrage und alle Einzelheiten der Homerulebill als unwesentlich angesehen werden sollten. Chamberlain glaubte aus dieser Erklärung folgern zu dürfen, daß der Chef der liberalen Partei den Wunsch hege, die in derselben vorhandene Spaltung zu heilen und dies dadurch zu bewirken, daß er nichts gegen die Zurückziehung seines Entwurfs nach der zweiten Lesung einwenden werde; er sollte indessen bald eines anderen belehrt werden, denn wenige Tage nach dem Erscheinen des Manifests wurde der erfolgreiche Versuch gemacht,

seinen Einfluß auf die „National Federation of Liberal Associations“ zu vernichten, indem hervorragende Anhänger von Gladstone in einer Versammlung derselben den Antrag ein- und mit überwiegender Majorität durchbrachten, die Regierung bedingungslos zu unterstützen. Gleichzeitig wurde, wenn auch erfolglos, versucht, Chamberlain's Stellung in Birmingham zu untergraben. Auch jetzt noch versuchte er, die definitive Spaltung in der liberalen Partei abzuwenden, aber er mußte sich bald überzeugen, daß der Theil der Liberalen, der Gladstone folgte, die Sache ohne ihn machen zu können glaubte; man hielt seinen Einfluß für weit genug gesunken, um anzunehmen, daß er im Unterhause höchstens noch über ein halbes Duzend Stimmen verfüge. Gladstone und seine Anhänger sollten sich indessen bald überzeugen, wie falsch sie die Sachlage und den Gegner beurtheilt hatten. Als Chamberlain wenige Tage nach diesen Vorgängen eine Versammlung derjenigen Liberalen einberief, die im Großen und Ganzen den Homerule-Principien günstig gesinnt, aber entschlossen waren, gegen das eingebrachte Gesetz zu stimmen, folgten 52 Mitglieder des Unterhauses seinem Ruf, und zwei Tage später, bei einer von Lord Hartington einberufenen Versammlung, stellte sich heraus, daß die Seceßion zum Mindesten über 93 Stimmen zu verfügen haben werde.

Gleichzeitig kamen Lord Hartington und Chamberlain überein, gegen die zweite Lesung der Homerulebill zu stimmen, was deren Schicksal entscheiden mußte. Am 7. Juni 1886 wurde das Ministerium mit 343 gegen 313 Stimmen geschlagen, wobei 94 Liberale gegen dasselbe stimmten. Gladstone entschloß sich zur Auflösung des Hauses und zum Appell an das Land. In dieser Auffassung der Lage ward er hauptsächlich durch die Versicherung gestärkt, die der früher erwähnte M. Schnadhorst in einer besonders einberufenen Sitzung des Ministeriums abgab, daß nämlich die irischen Stimmen in England den Einfluß der liberalen Unionisten mehr als ausgleichen würden. In der Wahlcampagne entwickelte Chamberlain seine und seiner Freunde

Ansichten dahin, sie seien zwar entschlossen, gegen jedes besondere Parlament in Irland zu stimmen, aber bereit, die berechtigten Forderungen des irischen Volks für größere Unabhängigkeit in der Wahrnehmung seiner localen Angelegenheiten zu unterstützen. Es würde nothwendig sein, ein vollständiges System localer Verwaltung in den drei Königreichen einzuführen und neben einer solchen rein municipalen Einrichtung eine umfassendere allgemeinere, vermittelt welcher die verschiedenen Theile des Vereinigten Königreichs, unter der gleichzeitigen Controle des Parlaments, größeren Einfluß als bisher auf die locale Verwaltung und die Gesetzgebung für ihre besonderen Bedürfnisse auszuüben vermöchten. Daß Chamberlain ernsthaft an die Möglichkeit einer solchen Einrichtung glaubte, ist anzunehmen; er lehnte daher auch jede gemeinschaftliche Propaganda oder sonstiges Arrangement mit den liberalen und conservativen Unionisten ab. Sein Wahlbezirk blieb ihm und seinen Freunden treu; sie wurden ohne Opposition wiedergewählt, und das Gesamtergebniß der Wahl war eine vollständige Niederlage der Gladstone'schen Liberalen, von denen nur 194 gewählt wurden, die sich mit 85 Nationalisten 316 Conservativen und 75 liberalen Unionisten gegenüber in einer entschiedenen Minderheit befanden. Ein neues, ausschließlich conservatives Ministerium Salisbury war die Folge dieses Wahlergebnisses. Allerdings war Lord Hartington der Eintritt in das Cabinet angeboten, von diesem jedoch abgelehnt worden. In der That hätte eine Bethheiligung der liberalen Unionisten am Cabinet auch eine solche ihrer radicalen Gesinnungsgenossen nothwendig gemacht, und das war eine Maßregel, die in Anbetracht der bis noch vor Kurzem geführten erbitterten Kämpfe zwischen den Radicalem und Conservativen zum Mindesten verfrüht erschien. Außerdem traute Chamberlain seinen conservativen Verbündeten gegen Homerule nicht, und der nicht lange darauf erfolgte Austritt Lord Randolph Churchill's, der als der Vertreter der conservativen Demokratie im Cabinet angesehen wurde, bestärkte ihn in der Befürchtung, daß die Re-

gierung sich zu reactionären Maßregeln drängen lassen könne. Er machte daher noch einen Versuch zu einer Verständigung mit den Liberalen, um auf diese Weise die Durchführung seines radicalen Programms zu sichern, das, mit Ausnahme eines eigenen Parlaments, weitgehende Zugeständnisse für Irland enthielt; aber der Versuch mißlang, wie das kaum anders der Fall sein konnte, ohne anderes Ergebnis als auf beiden Seiten eine tiefgehende Erbitterung zu hinterlassen, die aus Chamberlain den von Iren und Gladstonianern „bestgehaßten“ Gegner machte. Die nächsten Monate waren für Chamberlain unzweifelhaft die schwierigsten und undankbarsten seiner parlamentarischen Laufbahn; während er auf der einen Seite die von den Conservativen eingebrachten Zwangsmaßregeln gegen Irland unterstützte, weil er sie für unumgänglich nothwendig hielt, sprach und stimmte er bei anderen Gelegenheiten, wenn er glaubte, daß die Vorschläge zu weit gingen, gegen das Ministerium. Bei einer der Abstimmungen erwiderte er seinem alten Freunde Morley, der ihn heftig angriff: „Man wird uns, wie ich annehme, das Zusammengehen mit den Tories vorwerfen. Aber unsere Verbündeten werden wenigstens englische Gentlemen sein und nicht die bezahlten Agenten einer fremden Verschwörung\*). Ich lege

\*) In welcher Weise Parteihaß diese, bei der pecuniären Unterstützung, die die irische Landliga notorisch durch die amerikanischen Fenier fand, nicht unzutreffende Bemerkung zu entstellen weiß, geht auch aus einem von „Duida“ in der „Nuova Antologia“ vom December 1899 veröffentlichten Artikel „Joseph Chamberlain“ hervor. „Chamberlain,“ heißt es in demselben, „hat, wie mir ein bedeutender englischer Schriftsteller schrieb, in die politische Laufbahn die Anschauungen und Manieren eines Commis voyageur ohne Scrupel mitgebracht. Er rühmte sich einmal in einer Rede, der Partei der Gentlemen anzugehören; aber ein Mann, der wirklich ein Gentleman wäre, würde dies nicht gesagt haben. Ein Kaufmann kann große Eigenschaften, große Intelligenz, große Kühnheit besitzen, aber seine Eigenschaften sind weder die eines Gentleman noch die eines großen politischen Führers; der Kaufmann bringt in das öffentliche Leben die Ueberlieferungen seines Geschäftes, d. h. er sucht immer „de rouler les autres“, und das öffentliche Leben sollte etwas Besseres und etwas ganz Verschiedenes von einem Ge-

auf andere Sachen größeren Werth als auf bloße Parteirücksichten. Die Regierung mag eine Tory-Regierung sein, aber wenn ihre Maßregeln liberale sind, bin ich bereit, dieselben mit Rücksicht auf ihren Werth und ohne Bezugnahme auf frühere Streitigkeiten zu erörtern.“ Unter den Umständen mußte es schließlich für Chamberlain fast als eine Erlösung aus einer peinlichen und nach keiner Seite hin nutzbringenden Lage angesehen werden, als Lord Salisbury ihm eine Mission nach Amerika übertrug, um zu versuchen, die seit lange streitige Frage der nordamerikanischen Fischereien auf dem Wege freundschaftlicher Verhandlungen zum Austrage zu bringen\*).

## IV.

Die irische Frage\*\*) und Chamberlain's Betheiligung an derselben haben in Vorstehendem so ausführlich behandelt werden müssen, weil ohne eine solche eingehende Erörterung weder die Entwicklung der Parteiverhältnisse im Parlament und im Lande

schäft sein, dessen einzige Aufgabe ist, die Rivalen zu besiegen.“ Jedenfalls ist es amüsant und vielleicht lehrreich, sich die altjüngferliche englische Novellistin in einer Weise aussprechen zu hören, die dem verbissensten preussischen Junker Ehre machen würde.

\*) Der zwischen den englischen und amerikanischen Unterhändlern abgeschlossene Vertrag wurde vom Senat der Vereinigten Staaten nicht ratifiziert, woran wohl der Wunsch Schuld war, sich der irischen Partei, die gegen Chamberlain und England hegte, willfährig zu erweisen. Ein gleichzeitig vereinbarter *modus vivendi* blieb aber in Kraft und ist später erneuert worden, so daß Chamberlain's Mission im Ganzen als eine erfolgreiche bezeichnet werden kann.

\*\*) Um die Geschichte derselben zu Ende zu führen, sei hier bemerkt, daß Lord Salisbury's Cabinet nach dem ungünstigen Ausfall der Wahlen im Jahre 1892 abdankte, worauf Gladstone ein liberales Ministerium bildete. Die von diesem im Unterhause eingebrachte *Home-rule-Bill* wurde von demselben angenommen, aber vom Oberhause 1894 verworfen, worauf Gladstone zurück- und Lord Rosebery an die Spitze des Cabinets trat. Nach dem Rücktritt desselben brachte die Wahl vom Juli 1895 eine ungeheure conservativ-unionistische Mehrheit für ein neues Cabinet Lord Salisbury's, das noch am Ruder ist.

selbst für einen Ausländer verständlich ist, noch Chamberlain's Haltung in der Frage richtig und gerecht beurtheilt werden kann. Auch für den radicalen Socialpolitiker, der er unzweifelhaft ist, und der ein offenes Auge für die Schäden der englischen Verwaltung in Irland und ein offenes Herz für die Leiden des irischen Volkes hat, ist die Erhaltung der Einheit des Reiches stets die *conditio sine qua non* für jedes den irischen Nationalisten zu machende Zugeständniß gewesen. Aus oder im Zusammenhang mit dieser Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der Erhaltung des Reiches wird sich die imperialistische Tendenz entwickelt haben, die in der Schaffung eines Handels- und Vertheidigungsbündnisses mit den sich selbst regierenden Kolonien und in der Ausdehnung der englischen Herrschaft über möglichst weite Gebiete das beste Mittel für den Schutz des Reichs und die Hebung seines Wohlstandes erblickt. Chamberlain's nähere Berührung mit Canada in Folge der vorerwähnten Mission nach Nordamerika wird diese Ueberzeugung, wenn auch nicht gezeitigt, so doch jedenfalls erheblich gekräftigt haben, wie seine persönlichen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten (er ist in zweiter Ehe vermählt mit einer Amerikanerin, Tochter des Rechtsanwalts W. C. Endicott, unter dem Präsidenten Cleveland [1885 bis 1889] Kriegsminister) wohl auch nicht ohne Einfluß auf seine pan-angelsächsischen Tendenzen und Sympathien geblieben sein werden, die kein englischer Politiker häufiger und eindringlicher als er behandelt hat und nicht ohne Erfolg zum Mittelpunkt der Politik des Reichs zu machen bestrebt gewesen ist. Diese Richtung seines Geistes, die ihn in der engeren Verbindung des Mutterlandes mit seinen Kolonien wie in der Hebung des englischen Absatzes durch freie Zulassung der Erzeugnisse des Mutterlandes in den letzteren die wichtigste Aufgabe eines englischen Staatsmannes erblicken ließ, ist wohl auch die Veranlassung gewesen, warum er 1895 in dem Cabinet Salisbury den Posten als Staatssekretär für die Kolonien wählte. Seitdem er denselben bekleidet, ist er unablässig bemüht gewesen, im Interesse

des engeren Anschlusses der Kolonien zu wirken, und man thut wohl nicht unrecht, wenn man auch die Schritte zum Schutze der Ausländer in Transvaal und die daraus entstandenen Zerwürfnisse und Feindseligkeiten mit den Boerenrepubliken auf Rechnung dieses stark imperialistischen Gefühls setzt, statt in ihnen nur Ueberhebung und Rücksichtslosigkeit, geschweige denn die Verfolgung privater pecuniärer Interessen sehen zu wollen.

In Betreff der Werthschätzung des Handels steht Chamberlain auf demselben Standpunkt wie der Deutsche Kaiser. „Die Geschichte lehrt uns,“ sagt er in einer seiner Reden, „daß keine Nation jemals wahre Größe erlangt hat ohne die Hülfe des Handels, und daß die Größe keiner Nation den Niedergang ihres Handels überlebt hat“\*). Darum ist er für Alles, was neue Absatzgebiete schaffen und die alten erhalten, sowie im Kampf gegen die fremde Concurrnz Englands Industrie und Handel unterstützen und schützen kann, ohne dabei die Bedeutung und Gefahr dieser Concurrnz zu überschätzen:

„Das ist ein Theil unserer Aufgabe; wir haben neue Märkte zu finden und alte zu entwickeln. Aber es bleibt noch etwas Anderes zu thun, etwas, worin Ihre Mitwirkung und die der handeltreibenden Classen unumgänglich nothwendig ist, und das ist, darüber zu wachen, daß unser Land zum Mindesten den ihm zukommenden Antheil am Handel auf den Märkten behält, die wir geschaffen haben. Das ist eine Frage, die viel Interesse erregt, und mit Bezug auf welche der Eindruck vorzuherrschen scheint, veranlaßt, wie ich glaube, durch die Reden einiger in der That hervorragenden Persönlichkeiten, daß der britische Handel durch die fremde Concurrnz unterminirt werde, daß die britischen Fabrikanten alle ihre Energie und Unternehmungslust eingebüßt und die englischen Arbeiter ihre Kunst verloren hätten. Wenn der Zweck solcher Darlegungen nur ist, Sie zu weiteren Anstrengungen anzuspornen, wenn solche Popanze nur ausgeputzt werden, um Sie in eine ungewohnte Thätigkeit zu versetzen, so mögen sie ja einigen Nutzen haben; aber glauben Sie mir, es würde ein großer Irrthum sein, wenn wir zu sehr entmuthigt würden, wenn wir begännen, an unserem Lande oder an uns selbst zu verzweifeln.\*\*)

\*) Rede, gehalten auf dem Congreß der Handelskammern des Reiches am 10. Juni 1896 zu London.

\*\*\*) Rede, gehalten in der Birminghamer Handelskammer am 13. November 1896.

Er geht dann dazu über, ziffernmäßig nachzuweisen, daß die deutsche Concurrrenz bisher keine beunruhigenden Resultate erzielt habe und beruft sich dafür unter Anderem auch auf die Antworten, die von den Gouverneuren der verschiedenen Kolonien auf ein von ihm an dieselben gerichtetes Rundschreiben eingelaufen seien\*). Im weiteren Verlauf seiner Rede kommt er dann zu der Erklärung, daß in gewissen Zweigen des englischen Handels und besonders in der Industrie und für einzelne Klassen von Waaren England allerdings von seinen Concurrenten überholt worden sei und den Handel verloren habe, den es hätte behalten sollen. Den Grund dafür sieht er in der Abgeneigtheit der englischen Fabrikanten, d. h. aller Derer, die bei der Fabrication beschäftigt seien, sich den Wünschen und Bedürfnissen der Abnehmer anzupassen, sowie darin, daß die Concurrenten im Auslande, und ganz besonders die deutschen, in dieser Beziehung eine größere Willfährigkeit gezeigt hätten. Das Mittel gegen die bedauernswerthe Tendenz der englischen Fabrikanten findet er in der Ausstellung von Proben der Waaren, die der Consumant verlangt.

Das Hauptarcanum aber bleibt für Chamberlain der das Mutterland und die Kolonien umfassende Zollverein, für den Augenblick freilich nur ein schöner Traum, da die Kolonien (d. h. nur die sich selbst regierenden) die Einnahmen aus den Zöllen auch auf Waaren aus dem Mutterlande nicht entbehren können;

\*) Der Eingang dieses vom November 1895 datirten Schriftstückes lautete: „Ich bin von der großen Wichtigkeit durchdrungen, einen so großen Antheil wie irgend möglich an dem gegenwärtigen Handel zwischen dem Vereinigten Königreich und den Kolonien für die britischen Producenten und Fabrikanten, ob in den Kolonien oder im Vereinigten Königreiche, zu erlangen. Ich wünsche daher in erster Linie eingehend den Umfang zu untersuchen, in dem in jeder Kolonie fremde Importen ähnliche britische Waaren ersetzt haben oder im Begriff stehen zu ersetzen, sowie die Ursachen dieser Erscheinung.“ Er verlangt dann ausführlichen Bericht über alle solchen fremden Waaren, sobald der Werth derselben 5 Procent oder mehr der Gesamteinfuhr des Artikels betrage oder einen Werth von 500 £ oder mehr darstelle.

aber er kommt immer wieder auf die Frage zurück, die ihm, wenn auch nicht jetzt, so doch in einer vielleicht nicht entfernten Zukunft einer den allgemeinen britischen Interessen entsprechenden Lösung fähig scheint. Der Anstoß zu einer solchen müsse allerdings von den Kolonien ausgehen, und die bis dahin von einzelnen derselben gemachten Vorschläge hätten keine genügende Grundlage für eine Verständigung gegeben; dagegen enthalte eine solche der von der Ottawa-Conferenz 1894 aufgestellte Satz, daß ein Zollvertrag zwischen Großbritannien und seinen Kolonien abgeschlossen werden müsse, durch den der Handel innerhalb des Reiches (within the Empire) auf einen besseren Fuß gestellt werde als der mit fremden Ländern getriebene (Rede beim Canada Club Dinner, London, 25. März 1896). Daß seitdem mit Canada ein Abkommen, betreffend die Einführung einer Zollerleichterung für englische Waaren, abgeschlossen worden, ist bekannt und macht die Frage für uns zu einer um so bedeutungsvolleren, als wir uns nicht verhehlen können und dürfen, daß durch die Auferlegung von Differentialzöllen auf deutsche Waaren im ganzen Gebiet des britischen Reiches der deutsche Handel auf das Schwerste getroffen werden könnte.

Für Chamberlain ist die Zollvereinigung der erste Schritt für den Reichsbund, die „Imperial Federation“. In der Rede im März 1896 sagt er:

„Wir können versuchen, gemeinsame Interessen und gemeinsame Verpflichtungen herzustellen. Haben wir das gethan, so wäre es natürlich, daß eine Art repräsentativer Autorität erwüchse, um sich mit den Interessen und Verpflichtungen zu beschäftigen, die wir geschaffen haben. Welches ist die größte unserer gemeinsamen Verpflichtungen? Die Vertheidigung des Reiches (Imperial Defence). Was ist das größte unserer gemeinsamen Interessen? Der Handel des Reiches (Imperial Trade). Und die beiden sind eng verknüpft. Es ist schwer zu verstehen, wie Sie sich mit der großen Frage der Vertheidigung des Reiches befassen wollen, ohne sich zuerst mit der Frage des Handels des Reiches beschäftigt zu haben. Die Vertheidigung des Reiches ist zum großen Theil eine Geldfrage, und Geldfragen hängen von den fiskalischen und anderen commerciellen Anordnungen ab, die Sie treffen können, und darum ist der Schluß, zu dem ich komme, der, daß, wenn das Volk dieses Landes und das Volk der Kolonien wirklich meinen, was sie ge-

sagt haben, und wenn sie die Absicht haben, die Frage der Reichseinheit (Imperial Unity) praktisch anzufassen, Sie das von der Seite des Handels thun müssen“

Er hebt dann hervor, wie auch das Deutsche Reich aus dem Zollverein hervorgegangen sei, und fährt fort:

„Ich habe vier Sätze aufgestellt, die, wie ich glaube, nicht bestritten werden können. Der erste ist, daß bei allen Gliedern des Reiches der allgemeine Wunsch nach einer engeren Verbindung zwischen den verschiedenen Zweigen besteht, und daß nach Ihrer wie nach unserer Auffassung dies wünschenswerth — und mehr als das — nothwendig für das Bestehen des Reiches ist. Mein zweiter Satz ist, daß die Erfahrung uns gelehrt hat, daß diese engere Verbindung mit der besten Hoffnung auf Erfolg von der commerciellen Seite aus angebahnt werden kann. Mein dritter ist, daß die Vorschläge, die uns bis jetzt gemacht worden sind, obgleich wir wissen, daß sie von gutem Willen eingegeben worden sind, doch, wenn sie vom Standpunkt der britischen Interessen aus betrachtet werden, nicht als günstig genug für die Interessen dieses Landes (Englands) angesehen werden können. Mein vierter Satz ist, daß ein wahrer Zollverein für das Reich, daß die Einrichtung eines freien Handels im ganzen Gebiet des Reiches, obgleich er die Auferlegung von Zöllen gegen fremde Länder nothwendig machen und damit ein Abweichen von den Grundsätzen des Freihandelsystems und von der bisherigen Praxis des Vereinigten Königreiches einschließen würde, doch sich durchaus zur Erörterung eignen und wahrscheinlich zu einem befriedigenden Abschluß führen dürfte, falls die Kolonien ihrerseits geneigt wären, ihn in Erwägung zu ziehen.“ („Hört! Hört!“ und Beifallsrufe.)

Dem Einwurf, daß es sich für die Kolonien nicht empfehlen könne, sich einem altersschwachen Reiche anzuschließen, tritt Chamberlain bei einer anderen Gelegenheit entgegen\*):

„Wir fordern Sie, die aus den Kolonien kommen, auf, sich enger an uns anzuschließen. Der Vortheil davon ist nicht allein auf unserer Seite. Es ist keine altersschwache Ruine, an die Sie sich anklammern sollen. (Beifall.) Sie sind hierher gekommen, und ich glaube, Sie werden mit mir übereinstimmen, wenn ich sage, daß hier keine Zeichen schwindenden Lebens oder zerfallender Größe vorhanden sind. (Beifall.) Das fortgesetzte Wachstum dieses Landes ist beinahe ebenso bemerkenswerth wie das Wachstum der Schwesternationen, die wir unsere Kolonien nennen. Ich könnte große

\*) Rede, gehalten am 10. Juli 1896 beim Congreß der Handelskammern des Reiches.

Städte in unserer Mitte anführen, deren jährliche Bevölkerungszunahme eine ganze Anzahl Flecken selbst für die kräftigsten Gemeinwesen abgeben würde. (Beifall). Sicher ist es besser, ein willkommener Genosse in einem Reich wie diesem zu bleiben als isolirt und getrennt zu einer Macht fünften Grades herabzusinken. (Beifall.) Es ist besser für Ihren Handel und für unseren Handel, daß wir Alle einen gleichen Antheil an dem freien Austausch von Waaren zwischen dreihundert Millionen Menschen haben, als daß wir uns damit beschäftigen sollten, Einer gegen den Anderen Schranken aufzusetzen und eine Concurrenz anzuregen, von der wir Alle zu leiden haben. Die Einheit des Reichs wird uns durch das Gefühl empfohlen, und Gefühl ist eine der größten Mächte in menschlichen Angelegenheiten; aber sie wird uns auch durch unsere materiellen Interessen angerathen; und es ist meiner Ansicht nach die Pflicht jedes Staatsmannes in England und in den Kolonien, diese Verbindung zu einer dauernden zu machen und sie dadurch zu sichern, daß sie auf materiellen Interessen begründet wird, und obgleich ich bereit bin, zuzugestehen, daß noch viel zu geschehen hat — wir streuen die Saat aus, von der wir vielleicht die Ernte nicht sammeln werden —, so bin ich doch Optimist genug, um zu glauben, daß die Kräfte der Cohäsion stärker sein werden als die, welche zur Trennung neigen.“ (Beifall.)

Chamberlain ist auch, wenn nicht der Erfinder des Pan-Angelsächsenthums, so jedenfalls einer seiner eifrigsten und überzeugtesten Propheten. Schon am 30. Dezember 1887 sprach er darüber zu der Handelskammer von Toronto:

„Als ich auf meinem Wege nach den Vereinigten Staaten durch England reiste, und dann wieder, als ich die Grenze der Dominion (von Canada) überschritt, da prägte sich mir bei jedem Schritt ein Gedanke ein, ein Gedanke, der unzerstörbar auf der Stirn dieses weiten Landes geschrieben steht: der Gedanke von der Größe und Bedeutung des Geschicks, das der angelsächsischen Rasse vorbehalten ist (Beifall), diesem stolzen, ausdauernden, auf seinem Recht bestehenden und entschlossenen Geschlecht, das kein Wechsel des Klimas oder der Lebensbedingungen verwandeln kann, und das unfehlbar bestimmt ist, die herrschende Rasse in der zukünftigen Geschichte und Civilisation der Welt zu sein. (Wiederholter Beifall.) Es wird gesagt, daß der Patriotismus zu Hause beginnt. Ich bin ein Engländer, ich bin stolz auf das alte Land, aus dem ich stamme. Ich bin nicht uneingedenk seiner glorreichen Ueberlieferungen oder des Werths seiner Einrichtungen, das Ergebniß von Jahrhunderten edler Bemühungen. (Beifall.) Aber ich würde unseren Patriotismus für eingeschrumpft und verkrüppelt halten, wenn er nicht auch das größere Britannien jenseits der Meere umfaßte (lauter Beifall), wenn er nicht die jungen und kräftigen Nationen einschloße, die über die Weltkugel hinweg die Kenntniß der englischen Sprache und der englischen Liebe für Freiheit und Gesetz tragen, und, meine Herren, mit diesen Gefühlen weigere

ich mich, von den Vereinigten Staaten von Amerika als von einer fremden Nation zu sprechen und zu denken. (Beifall.) Wir sind Alle derselben Rasse und desselben Bluts. Ich weigere mich, irgend einen Unterschied zwischen den Interessen der Engländer in England, in Canada und in den Vereinigten Staaten zu machen. Wir können mit Bezug auf alle diese Völker, die älteren und die jüngeren Nationen, sagen: Unsere Vergangenheit ist die Ihre, Ihre Zukunft ist die unsere. Sie könnten, selbst wenn Sie wollten, die unsichtbaren Bande nicht brechen, die uns zusammenbinden. Ihre Ahnen beteten an unseren Altären; sie schlafen auf unseren Friedhöfen. Sie halfen, unsere Einrichtungen, unsere Literatur und unsere Gesetze zu machen. Diese Dinge sind Ihre Erbschaft ebenso, wie sie die unsere sind. Wenn Sie aufstünden, um uns zu verleugnen, so würden Ihre Sprache, Ihre Gesichtszüge, Ihre Lebensweise, alle sich verbinden, um uns anzuerkennen!" (Lauter Beifall.)

Es würde nicht schwer sein, in manchen dieser Reden neben vielem echten Goldklang auch manchen falschen Ton zu entdecken und die schnelllebige Tagespresse, die selbst nur für den Augenblick schreibt, würde voraussichtlich zwischen diesen und anderen Aeußerungen des Redners mehr als einen Widerspruch aufdecken und widerlegen können. Aber wenn man bedenkt, daß diese Reden sich über einen Zeitraum von dreizehn Jahren erstrecken, wenn man die praktischen Erfolge ins Auge faßt, die die von dem Redner empfohlene Politik gehabt hat, wenn man sieht, wie die angelsächsische Annäherung England über die Gefahren der Venezuelafrage und des südafrikanischen Krieges, soweit es sich um eine Einmischung der Vereinigten Staaten handelte, und diesen letzteren über die des Krieges gegen Spanien und die Philippinos hinweggeholfen hat; wie nicht nur die Anwesenheit der leitenden Minister der Kolonien bei dem Jubiläum der Königin Victoria und die darauf folgenden Besprechungen 1897, sondern mehr noch die Einführung eines Differentialzolles zu Gunsten englischer Waaren in Canada im Jahre darauf und die wenigstens im Princip anerkannte Nothwendigkeit einer zollamtlichen Verständigung zwischen dem Mutterlande und den Kolonien einen Fortschritt auf der von dem Redner bezeichneten und eingeschlagenen Bahn vorstellen, so wird man nicht umhin können, den Mann, der, wenn er nicht der einzige, so doch der hauptsächlichste Träger dieser Politik ist, hoch genug zu stellen, um

nicht anzunehmen, daß Klatschereien und Verleumdungen seine Gedanken an weiterer Verbreitung hindern könnten. Die Lehre von der commerciellen Vereinigung der englischen Kolonien mit dem Mutterlande ist keine von den Utopien, die man mit einem Achselzucken abthun kann, und der Mann, der sie aufstellt und vertritt, ist, — um einen Ausdruck von unseren Bettern jenseits des Oceans zu entlehnen — „verdammte ernsthaft“ zu nehmen; die deutsche öffentliche Meinung würde jedenfalls wohlthun, nicht zu vergessen, daß Diejenigen, die mit ihm zu verhandeln gehabt haben, der Ansicht sind, daß er ein Mann sei, mit dem man reden könne, und das ist viel werth an und für sich, aber doppelt so viel werth, wenn es sich um einen englischen Staatsmann handelt. Wenn die vorstehenden Seiten dazu beigetragen haben, das Bild des Mannes, der viel geschmäht und viel gepriesen worden ist, auch dem deutschen Leser näher zu bringen, so haben sie einen Theil ihres Zweckes erfüllt; den ganzen werden sie erst erreicht haben, wenn eine ruhigere und gerechtere Beurtheilung an Stelle der heutigen passionellen getreten sein wird.

Charakteristisch für Chamberlain ist, daß er mitten im Toben des Sturmes, der sein Vaterland bis in die Grundfesten erschütterte, Zeit und Muße gefunden hat, sich mit anderen als politischen Fragen zu beschäftigen, und daß die einzige öffentliche Kundgebung seinerseits in der Zeit vor dem Wiederzusammentritt des Parlaments die Rede gewesen ist, die er am 18. Januar d. J. in Birmingham in der Saale des Mason University College gehalten hat\*), und in der er seinen Mitbürgern innerhalb der nächsten sechs Monate die Errichtung einer Universität in Birmingham — „technische Hochschule“ wäre wohl der richtige Ausdruck — in Aussicht stellte, für die von privater Seite bereits 4½ Millionen Mark gezeichnet seien. Er erwähnt in dieser Rede, wie nothwendig es sei, der fremden und ganz besonders der amerikanischen Concurrenz gegenüber, die sich immer mehr

\*) The Daily Telegraph, London, 19. Januar 1900.

fühlbar machen würde, den jungen Engländern eine bessere technische Erziehung als bisher zu geben, und er appellirt zu diesem Zweck an alle Diejenigen, die, ohne dadurch eine materielle Einbuße zu erleiden, dafür zwei oder drei Pfund geben könnten, und die er in Birmingham allein auf 50 000 veranschlagt.

Die Schwierigkeiten mit Transvaal und der Antheil, den Chamberlain, wenn auch nur als Minister der Kolonien, an denselben gehabt, gehören zu sehr der Tagesgeschichte an, um schon ein abschließendes Urtheil zu gestatten; man wird aber wohl nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß er in dieselben den ganzen Ungestüm und die ganze Rücksichtslosigkeit seines Charakters gebracht hat. Auf der anderen Seite darf man nicht vergessen, daß er von der civilisatorischen Mission Englands überzeugt ist, und es liegt kein Grund vor, an der Ehrlichkeit dieser Ueberzeugung zu zweifeln, während er ebenso fest an die Minderwertigkeit der Boeren in dieser Beziehung glaubt. Wenn dies ein Irrthum ist, so theilt er ihn mit der Mehrzahl seiner Landsleute. Jedenfalls hat er seit einer Reihe von Jahren in öffentlichen Reden und sonst auf die Nothwendigkeit einer gerechteren Behandlung der Ausländer im Transvaal und der Aufrechterhaltung der Vormachtstellung Englands in Südafrika hingewiesen, dabei aber immer ganz besonders betont, daß er hoffe und wünsche, den ersten Theil der Frage auf dem Wege freundschaftlicher Verhandlungen zu lösen, während er für den zweiten als maßgebend hingestellt hat, daß England allein, bei der numerischen Ueberlegenheit der schwarzen Rasse in Südafrika, im Stande sei, mit dem ausgiebigen Schutz der weißen Ansiedler daselbst eine gerechtere Behandlung der farbigen Bewohner zu verbinden. Freilich hat auch er nicht die Gefahr verkannt, die aus einer Vereinigung der Holländer in Südafrika mit den Deutschen in Südwestafrika den britischen Interessen dort drohen könnte, und er hat sich dahin ausgesprochen, daß Fürst Bismarck und das Deutsche Reich vorkommenden Falls nicht vor einer Verantwortlichkeit zurückschrecken dürften, die ihnen eine bessere Kolonie

als irgend etwas, was sie besäßen, geben würde. Das Mittel gegen eine solche Eventualität sieht er in dem Entschluß für England, offen seine Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten zu übernehmen und den Häuptlingen und Leuten, die ihre Hand nach ihm ausstrecken und dasselbe um Schutz und Einmischung bitten, sein Protectorat zu Theil werden zu lassen\*). Auf die von Jemandem an ihn gerichtete Anfrage, ob er immer den Krieg mit Transvaal gewollt habe, hat er erwidert, daß Leute gewöhnlich Anderen die Beweggründe unterzuschieben pflegten, die sie selbst hätten\*\*), und die Antwort dürfte auch den Thatsachen entsprechen; der Widerstand aber, auf den England bei den Boerenrepubliken gestoßen ist, wird ihm und vielen Anderen die Ueberzeugung gegeben haben, daß es für England die höchste Zeit gewesen sei, Schritte zur Wahrung seiner Vormachtstellung in Südafrika zu thun. —

Dieser Versuch einer Charakteristik der markantesten Persönlichkeit unter den englischen Politikern der Neuzeit würde nicht vollständig sein ohne eine Beschreibung seiner äußeren Erscheinung, die freilich aus keiner wohlwollenden Feder stammt. Duida schreibt über ihn\*\*\*): „Sein Gesicht zeigt seinen Charakter an; es ist nicht distinguirt, aber voll Energie, Intelligenz und Hartnäckigkeit; es ist das Gesicht eines Kaufmanns, nicht eines Staatsmanns, ein schlaues, aber kein intellectuelles Gesicht. Das ewige Monocle im Auge dient dazu, den Ausdruck zu verbergen, und die kurze, aufwärts gefehrte Nase macht die Züge gewöhnlich, die sonst regelmäßig und fein sein würden. In diesen letzten Jahren ist er mehr gealtert, als seine Jahre rechtfertigen, und man sagt, daß er von Gicht und Neuralgie geplagt werde; eine von diesen Krankheiten würde genug sein. Chamberlain zieht sich immer gut an, zu gut, wie einer meiner Freunde (ein Ex-Vicönig von Indien) mir zuflüsterte, und er ist nie ohne eine Orchidee im Knopfloch, die aus den berühmten Treibhäusern seiner Besitzung stammt.“

\*) Rede, gehalten in der Londoner Handelskammer am 14. Mai 1888.

\*\*) Joseph Chamberlain, von Duida. *Nuova Antologia*, 1. Decbr. 1899.

\*\*\*) Ebendasselbst.

## Die Entwicklung der Dinge im fernen Osten und die Wahrung der deutschen Interessen.

(Abgedr. aus der „Münchener Allgem. Zeitung“ vom 11. März 1900.)

Bei der Erörterung der Flottenfrage ist die Nothwendigkeit einer Vermehrung unserer Seegeltung, die sich speciell aus der Verschiebung der Macht- und Besitzverhältnisse in Ostasien ergibt, nur obenhin berührt worden. Und doch steht es außer Frage, daß die Veränderungen, die sich nicht nur auf der asiatischen Seite des Stillen Oceans vollzogen haben, sondern auch an allen Küsten und längs des ganzen Beckens dieses größten unserer Meere schon vollziehen oder doch vorbereiten, durchaus dazu angethan sind, demselben für die gesammte civilisirte Welt den Werth und die Bedeutung zu sichern, die bisher für Europa das Mittelländische Meer besaß.

Die Annexion des Hawaii'schen Archipels durch die Vereinigten Staaten, der Werth, den diese letzteren auf die Erlangung eines Stützpunkts in Samoa (durch die Erwerbung von Tutuila) gelegt haben und die Opfer an Menschen und Geld, welche sie auf den Philippinen bringen, um die Inseln zu einem integrirenden Theil ihres Gebiets zu machen, lassen deutlich erkennen, welche Bedeutung das Cabinet von Washington den ostasiatischen Angelegenheiten beimißt. Aber auch die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten beginnt sich der Wichtig-

keit dieses Problems vollkommen bewußt zu werden und nimmt daher an den Erörterungen über dessen zweckmäßigste Lösung bereits hervorragenden Antheil.

In der Sitzung des Unions-Senats vom 9. Januar wies einer der Senatoren für Indiana, Mr. Beveridge, der Land und Leute auf den Philippinen und in China durch längeren Aufenthalt daselbst kennen gelernt hatte, darauf hin, wie eminent wichtig es für die Vereinigten Staaten sei, an der Ostküste Asiens und auf den vorliegenden Inseln sich bei Zeiten eine gesicherte Position zu schaffen.

„Hinter den Philippinen,“ so erklärte er, „liegen Chinas unbeschränkte Märkte. Das philippinische Inselreich war das letzte in allen Meeren zum Zugreifen übriggebliebene Land. Wenn sich sein Wiederaufgeben, nachdem wir es einmal in Besitz genommen haben, hinterher als ein Fehler erweisen sollte, so wäre derselbe nicht mehr gut zu machen. Gesezt aber, unsere Besitzergreifung stellte sich früher oder später als ein Mißgriff heraus, so könnte er in jedem Augenblick redressirt werden, denn jede andere fortschreitende Nation würde sofort bereit sein, uns eine solche Bürde abzunehmen. Aber ich bin überzeugt, daß wir recht thun, die Inseln dauernd festzuhalten. Unser hauptsächlichster Handel wird in Zukunft nach Asien gerichtet sein. Der Stille Ocean ist unser Meer. Europa wird je länger umsomehr alles, was es braucht, selbst erzeugen oder aus seinen eigenen Kolonien beziehen. Wohin sollen wir uns unter solchen Umständen wenden, um Abnehmer für unseren Ueberschuß zu finden? Die Erdkunde gibt die Antwort auf die Frage. China ist unser natürlicher Abnehmer. Es liegt uns näher als den europäischen Mächten, als unseren Concurrenten England, Deutschland und Rußland, den handeltreibenden Nationen der Gegenwart und der Zukunft. Aber sie geben sich Mühe, die Entfernung auszugleichen. Sie sind näher an China herangerückt, indem sie durch Basen den Zugang zu den Grenzen desselben gesichert haben. Die Philippinen geben uns nun eine treffliche Basis an dem Thor des

ganzen Ostens. . . . Der Stille Ocean ist das Meer, auf dem der Handel der Zukunft sich entwickeln wird. Die künftigen Kriege werden zumeist Handelskriege sein. Die Macht, welche die Philippinen beherrscht, wird daher die Macht sein, welche die Welt beherrscht. Halten wir die Philippinen, so wird unsere amerikanische Republik diese weltbeherrschende Macht sein. Auf Chinas Handel werden wir unsere commercielle Zukunft zu gründen haben. Der jeder Steigerung fähige auswärtige Handel des chinesischen Reichs repräsentirte 1897 einen Werth von beinahe 286 Millionen Dollars (à 4 Mk. 30 Pfg.), von denen auf uns, seinen Nachbarn, weniger als 9% entfielen. Das, was wir an China verkauften, erreichte dabei kaum die Hälfte jener 9%. Wir sollten aber 50% dieses Handels haben und wir werden sie erlangen. Chinas auswärtiger Handel steht erst im Anfang; seine Hülfsmittel, seine Möglichkeiten, seine Bedürfnisse — alles ist noch unentwickelt. Es besitzt zur Zeit nur 340 engl. Meilen Eisenbahn, dabei aber habe ich ganze Eisenbahnzüge voller Eingeborener gesehen und längs der Linie alle Zeichen reger Thätigkeit des modernen Lebens wahrgenommen. China braucht statt der 340 gut 20 000 engl. Meilen Eisenbahnen, und in 50 Jahren wird es sie auch haben. Wer kann seinen Handel dann schätzen! Der amerikanische Staatsmann, der es unterlassen wollte, die amerikanischen Fabrikanten und Producenten dahin zu stellen, wo sie herrschen könnten, würde ein Verbrechen gegen den amerikanischen Baumwollen-, Weizen- und Tabakspflanzer, gegen den amerikanischen Industriellen begehen. . . . Und doch gibt es amerikanische Staatsmänner, die daran denken, den Handelsthron des Ostens aufzugeben, den beherrschenden Punkt, den die Vorsehung und das Blut unserer Soldaten uns gesichert. Wenn die Geschichtschreibung einst dazu kommt, über diesen geplanten Verrath an der amerikanischen Oberhoheit und damit an der amerikanischen Civilisation zu berichten, so möge sie gnädig sein und sagen, daß diejenigen, die solche Absichten hegten, nur blind waren und nichts weiter.“

Diese im Unions-Senat kundgegebenen Ansichten wurden wenige Tage später, auf dem Jahresfestmahl der American Asiatic Association in New-York, an dem außer den Mitgliedern des Vereins viele Senatoren und die früheren amerikanischen Gesandten in China und Siam, die H. H. Denby und Barrett, Theil nahmen, wiederholt. Man wird nicht fehlgreifen, wenn man die bei diesen Gelegenheiten zu Tage getretene Auffassung als die der imperialistischen Partei in der Union bezeichnet, zu der in diesem Augenblick die erhebliche Mehrzahl der Bevölkerung sich bekennen dürfte. Ueber die Auffassung selbst mag sich streiten lassen, obwohl ihr ein richtiges Verständniß der Zukunft kaum abzusprechen ist. Daß sie mit dem Wollen und Empfinden der großen Masse der Wähler sich deckt, wird nicht in Abrede zu stellen sein. Bei der Frage der Philippinen kann es sich also nur noch um die Alternative: Annexion oder Protectorat? handeln; aber auch bei der Beschränkung auf ein Protectorat werden die Vereinigten Staaten sich das commercielle Uebergewicht im äußersten Osten mit allen Mitteln zu sichern suchen. Daß sie eine schutzzöllnerische Politik verfolgen, bedarf kaum noch der Erwähnung.

Ob man sich in Frankreich schon bei Beginn der Unternehmungen gegen Anam im Jahre 1858 über die Bedeutung klar gewesen ist, welche die Gewinnung der Position in Hinterindien für seine Weltmachtstellung am Stillen Ocean demaleinst haben könnte, mag dahingestellt bleiben, jedenfalls ist das hinterindische Kolonialreich, das sich aus ihnen entwickelt hat, berufen und befähigt, in allen diesen Theil der Welt betreffenden Handelsfragen eine entscheidende Rolle selbst dann zu spielen, wenn die sehr wahrscheinliche Angliederung weiterer chinesischer Gebiets-theile außer Berechnung bleibt. Frankreich aber ist gleichfalls schutzzöllnerisch, ebenso wie es Japan und Rußland sind. Japan wendet zur Zeit alle Kräfte auf, um seine Kriegs- und Handelsflotte zu vermehren und seiner Industrie die Concurrnz mit der europäischen zu ermöglichen; Rußland aber ist bemüht, seinem

ungeheuren Landbesitz in Ostasien, der dank der Erwerbung von Port Arthur und Talienwan, der eisfreien Häfen am Stillen Meer, an Werth gewaltig gewonnen hat, durch die Herstellung schnellerer Verbindungen mit dem Westen des Reichs eine erhöhte wirthschaftliche und militärische Bedeutung zu geben. Selbst in England denkt man daran, die bisher befolgten freihändlerischen Principien wenigstens dem Ausland gegenüber fallen zu lassen und zu der Bildung eines panbritischen Zollvereins zu schreiten, der unter Anwendung von Differentialzöllen gegenüber den Waaren des Auslands das Mutterland mit seinen Kolonien wirthschaftlich fester verknüpft.

Die Ansicht des amerikanischen Senators, daß die nächsten Kriege Handelskriege sein würden, findet somit nicht nur in seinen nationalen Wünschen und Bestrebungen, sondern in der allgemeinen Tendenz der Zeit ihre volle Bestätigung. Diese Tendenz richtig erkannt und versucht zu haben, den aus derselben sich für Deutschlands Handel und Industrie ergebenden Gefahren vorzubeugen, ist ein unzweifelhaftes Verdienst der deutschen Politik. Die Erwerbung von Kiaotjchau, der Mariannen *re.* und der größeren Inseln der Samoa-Gruppe sind Schritte nach dieser Richtung hin, bestimmt, Deutschland in Frieden und Krieg im fernen Osten die erforderlichen Stützpunkte zu gewähren. Aber sie allein genügen nicht; die Regierung bedarf, um ihrer Diplomatie den nöthigen Halt und Nachdruck zu geben, der Seestreitkräfte, ohne die unsre Handelsflotte in jedem Seekrieg, auch wenn Deutschland an ihm nicht direkt theilhaft wäre, allen, bei dem sehr unvollkommenen Seerecht möglichen Belästigungen seitens der Schiffe der kriegführenden Parteien ausgesetzt sein würde. Bis zu welchem Maße dieselben sich steigern können, lehrt die Geschichte eines jeden Seekriegs. Wenn schon die wenigen bald wieder aufgehobenen Beschlagnahmen einzelner deutscher Schiffe im Laufe des jetzigen Kriegs zwischen England und den südafrikanischen Republiken erhebliche Schadenersatzforderungen seitens der Betroffenen zur Folge gehabt und sehr viel Aufregung in Deutsch-

Land verursacht haben, so braucht man diese vereinzelt Fälle nur mit hundert oder tausend zu multipliciren, um sich darüber klar zu werden, welchen Schaden ein Krieg zwischen zwei Seemächten für den zur See schwächeren oder gar ohnmächtigen Neutralen mit sich bringen muß. Wie aber eine starke Landarmee die beste Versicherung gegen die ruchlose Hervorrufung eines Landkrieges ist, so wird eine starke Seemacht dasselbe für einen Seekrieg sein. Ganz besonders nothwendig aber wird eine solche Versicherung gegen die Gefahren eines Seekrieges dann, wenn der Sitz der wichtigsten See- und Handelsinteressen sich — wie es bei den Küsten des Stillen Oceans für uns der Fall wäre — in weit entlegeneren Gegenden befindet und wenn die Mächte, die bei möglichen Conflicten in erster Linie in Frage kommen können, überhaupt nur zur See zu erreichen sind.

Der speciell chinesischen Frage ist in Vorstehendem nicht Erwähnung gethan, weil für die von Manchen als unvermeidlich angenommene Auftheilung des Reichs der Mitte einstweilen keine zwingende Nothwendigkeit, ja nicht einmal die Wahrscheinlichkeit vorliegt. Sollte die Auftheilung aber dennoch nöthig werden, so würden wir es als unsre Aufgabe zu betrachten haben, eine solche Eventualität möglichst lange hinauszuschieben, da wir zur Zeit mit Rücksicht auf unsre Seemacht noch nicht in der Lage sein würden, die deutschen Interessen in Ostasien mit hinreichendem Nachdruck zu wahren. Diese Interessen sind indessen, auch von solchen Möglichkeiten, wie den eben erwähnten, ganz abgesehen, in China jetzt schon in so bedeutendem Umfang zu vertreten, daß ihretwegen eine Vermehrung unsrer Seemacht durchaus nothwendig erscheint. Man bedenke, welchen Werth der deutsche Handel in den ostasiatischen Gewässern repräsentirt, zu dem derjenige der in denselben Verwendung findenden Schiffe natürlich hinzugerechnet werden muß. Außerdem aber werden binnen weniger Jahre so bedeutende Kapitalien in Kiaotschau und Schantung für Eisenbahn-, Bergbau-, Niederlassungs- und Handelszwecke angelegt sein, daß dieselben nothgedrungen eines

besseren Schutzes bedürfen als desjenigen, der ihnen durch die schon an Ort und Stelle befindlichen Schiffe gewährt werden kann. Daß diese letzteren nach jeder Richtung hin einem Handstreich entgegenzutreten in der Lage sein müssen, versteht sich von selbst. Aber die Garantie gegen ein unsre überseeischen Interessen bedrohendes Vorgehen anderer Mächte liegt doch mehr in dem Vorhandensein einer starken, eventuell auch zu einem Offensivstoß ausreichenden Schlachtflotte, als in der bloßen Stationirung stärkerer Kreuzergeschwader in fremden Gewässern, u. a. auch in den chinesischen. Die Offensive ist bekanntlich oft die beste Defensive.

So muß mit Rücksicht auf die von allen Seiten anerkannte Bedeutung des Stillen Oceans, sowie in Anbetracht der sicher bevorstehenden außerordentlichen Entwicklung unsres Handelsverkehrs mit China und im Hinblick auf die besonderen deutschen Interessen in Ostasien, besonders in Schantung, die Vermehrung der deutschen Flotte nicht nur als wünschenswerth, sondern als unbedingt nothwendig bezeichnet werden. Selbst friedlicher Entwicklung des Verkehrs an den Küsten und im Becken des Stillen Oceans dürfen wir fernerhin nicht mehr in einer so unzulänglichen maritimen Rüstung gegenüberstehen, wie es zum Schaden der Allgemeinheit und der Einzelnen bei anderen Gelegenheiten leider schon mehrfach der Fall gewesen ist.

## Die deutsche Presse und die auswärtige Politik.

(Abgedr. aus der „Deutschen Revue“ vom Mai 1900.)

Fürst Bismarck, der sich häufiger und in geschickterer Weise als irgend ein Staatsmann der Neuzeit der Presse für seine Zwecke zu bedienen gewußt, hat sich wiederholt in sehr abfälliger Weise über die politische Thätigkeit der, sagen wir nicht inspirirten Theile derselben ausgedrückt. Freilich liegt zwischen „Lassen wir sie schreiben und kümmern uns nicht darum“ und „Die Fenster, die unsere Presse einschlägt, müssen wir bezahlen“ nicht nur zeitlich ein großer Unterschied. Während die erstere Aeußerung einem Diplomaten gegenüber gemacht wurde, der sich über das heftige, ein Verständnißwerk erschwerende Auftreten der deutschen Presse beklagte, gesteht die zweite die Thatsache zu, daß wohl einzelne Personen die Haltung der Presse ignoriren könnten, die Gesamtheit aber immer mehr oder weniger durch dieselbe beeinflusst werden müsse, was auf den Gang von zwischen den Regierungen verschiedener Mächte schwebenden Verhandlungen leicht einen nachtheiligen Einfluß auszuüben, ja die Sicherheit des eigenen Staates zu kompromittiren im Stande sei. Mit diesem Zugeständniß ist einerseits die Bedeutung der Presse als Organ der öffentlichen Meinung anerkannt, zugleich aber auch die Linie bezeichnet worden, über die die verständige Presse in ihrer Besprechung auswärtiger

Angelegenheiten nicht hinausgehen dürfe. Freilich ist damit nicht die Frage gelöst, ob es die Aufgabe der Presse sei, die Meinung der Mehrheit zu registriren, also thatsächlich als Organ der letzteren zu funktionieren, oder derselben die Ansichten, die sie, die Presse, für die richtigen hält, zu souffliren, das heißt erzieherisch zu wirken. Das Auseinanderhalten dieser beiden Funktionen wird in der Gegenwart dadurch ganz besonders erschwert, daß die einzelnen Preßorgane bald Partei-, bald persönlichen Interessen dienen und es für die große Mehrzahl der Leser unmöglich ist, sich darüber klar zu werden, ob die Meinungen, die ihr dargeboten werden, in der Vertretung solcher Interessen oder in dem, was dem durch dergleichen unbeeinflussten Herausgeber als das für die Mehrheit Ersprießlichste erscheint, ihren Grund und Ursprung haben. Bei der Beurtheilung des Einflusses der Presse auf die Beziehungen zum Auslande wird man daher wohlthun, sich mehr mit den Wirkungen ihrer Haltung als mit den Gründen derselben zu beschäftigen. Das erstere aber einmal eingehender zu thun, dürfte um so nothwendiger sein, als der deutschen Presse in den letzten Jahren das Gefühl für die Verantwortlichkeit abhanden gekommen zu sein scheint, die mit ihren Meinungsäußerungen verbunden ist und sein muß, wenn dieselben überhaupt einen andern Zweck als den haben sollen, Leidenschaften des Augenblicks zu frönen und dieselben aufzustacheln.

Vor Ausbruch des spanisch-amerikanischen Krieges war die Haltung der deutschen Presse England gegenüber eine, wenn auch nicht unfreundliche, so doch von dem Argwohn beseelte, daß Deutschland bei seiner industriellen und kommerziellen wie kolonialen Entwicklung nicht allein auf kein Entgegenkommen von Seiten Englands rechnen dürfe, sondern sich sogar darauf gefaßt machen müsse, in ihm einen entschiedenen Gegner zu finden. Die maritime Ueberlegenheit Englands machte sich direkt und indirekt in unangenehmer Weise fühlbar und mußte bei allen denjenigen, die die Verhältnisse richtig beurtheilten, und das war in diesem Falle wohl eine Mehrzahl in Deutschland, das Gefühl hervor-

rufen, daß eine Erleichterung des so ausgeübten Drucks sich den deutschen Interessen nur förderlich erweisen könne.

Nichts wäre daher natürlicher gewesen, als daß bei dem Ausbruch des spanisch-amerikanischen Krieges die deutsche Presse den Vereinigten Staaten wenn nicht wohlwollend, so doch wenigstens neutral gegenübergestanden hätte, aber gerade das Gegentheil trat ein. Während in England, wo die große Mehrheit der Bevölkerung über das Vorgehen der Vereinigten Staaten genau so dachte und fühlte, wie dies in Deutschland der Fall war, die Presse mit bewundernswerther Erkenntniß der Sachlage und beneidenswerther Disciplin einschwenkte und das Ergebnis erzielte, daß die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten in dem früher gehaßten Rivalen den Freund erblickte, dessen Haltung Amerika vor europäischen Verwickelungen bewahrt und die erfolgreiche Durchführung des Krieges gegen Spanien ermöglicht habe, brachte die deutsche Presse es fertig, trotz der absolut korrekten, neutralen und freundlichen Haltung der deutschen Regierung nicht allein in Washington, sondern im ganzen Lande den Glauben zu erwecken, daß Deutschland den Vereinigten Staaten während des Krieges feindlich gegenübergestanden habe und nur durch England an einem aktiven Eingreifen zu Gunsten Spaniens verhindert worden sei. Es bedurfte der ganzen verjöhnlichen und klugen Haltung des Auswärtigen Amtes des Reichs, das bei seinen Bemühungen eine allerdings nicht beabsichtigte Unterstützung in den maßlosen Hezereien der englischen und amerikanischen gelben Presse fand, um diesen Argwohn theilweise zu zerstreuen und das, was von der Presse verdorben worden war, wieder auszugleichen und gut zu machen. Trotzdem muß als Ergebnis der deutschen Presscampagne während des spanisch-amerikanischen Krieges festgestellt werden, daß statt den englischen Druck, der auf uns lastete, dadurch zu vermindern, daß wir den Rivalen Englands unterstützten, die Presse es fertigbekommen habe, die beiden zu Freunden zu machen und uns damit statt eines Gegners zwei aufzuladen. Die Gegenleistung für die

Haltung der englischen Presse während des spanisch-amerikanischen Krieges ist die Haltung, welche die amerikanische Presse in dem Konflikt Englands mit den südafrikanischen Republiken beobachtet. Auch in diesem Falle hat die amerikanische Presse, abgesehen von irischen und ultrademokratischen Organen, die für die Gesamthaltung derselben ohne Belang sind, das Richtige getroffen, während in Deutschland die Presse wiederum durch ihre Haltung nicht allein die Aufgabe der eigenen Regierung erschwert, sondern in England eine hochgradige und in einzelnen Punkten nicht ganz unberechtigte Erregung hervorgerufen hat. Das Ergebnis dieses Verfahrens ist, abgesehen von einer heftigen Preßpolemik, der Versuch englischer angesehenere Tagesblätter und Zeitschriften gewesen, auf Kosten Deutschlands eine Verständigung zwischen England und Frankreich herbeizuführen. Und fragt man sich nach den Gründen der Haltung der deutschen Presse während der beiden Kriege, so kann man dieselben kaum in etwas anderem finden, als in einer übel angebrachten Sentimentalität und dem gänzlichen Verkennen des Anwachsens und der Bedeutung imperialistischer Tendenzen in England wie in den Vereinigten Staaten.

In Vorstehendem ist die Gesamthaltung der deutschen Presse während zweier kritischen Lagen einer Beurtheilung unterzogen worden, das Bild wird aber ein noch viel trüberes, wenn man die extrem-agrarische und die antisemitische Presse ins Auge faßt. Nicht allein, daß dieselbe in ihrer Polemik gegen die Vereinigten Staaten und England bemüht gewesen ist „to autherod Herod,“ sondern sie hat auch ihr möglichstes gethan, uns auf dem innerpolitischen Gebiet mit Oesterreich-Ungarn und auf dem der Handelsverträge mit dem letzteren, Rußland, Italien, England, den Vereinigten Staaten und, kann man dreist hinzufügen, der ganzen übrigen Welt zu verfeinden. Wenn Methode in der Tollheit ist, so kann man dieselbe nur in der Hoffnung finden, daß durch die Sperrung der deutschen Grenzen in Folge eines Zollkriegs, eventuell auch eines wirklichen Krieges mit einer oder

mehreren der Seemächte eine Steigerung des Preises der landwirthschaftlichen Produkte und ein Zurückströmen der Arbeiter von der Industrie zur Landwirthschaft herbeigeführt und damit der agrarische Zukunftsstraum erfüllt werden möge, dem der Handel, die Industrie, der Wohlstand und die Weltmachstellung Deutschlands zum Opfer gebracht werden sollen. Schon jetzt regen sich in den Vereinigten Staaten und in Italien Stimmen, die nicht nur in den Verkehrs- und Handelsfragen die Konsequenzen einer solchen Haltung ziehen, wie das zum Beispiel von Rußland seiner Zeit bei Gelegenheit des berühmten Gänsekrieges geschehen ist, sondern die die Folgen derselben auch auf das politische Gebiet zu übertragen suchen. Wenn die korrekte Haltung der deutschen Regierung und die zwischen dem deutschen Kaiser und dem Herrscher von Oesterreich-Ungarn bestehenden vertrauten Beziehungen bis jetzt der Agitation der alldeutschen Parteiorgane zu Gunsten der deutschen Opposition in Oesterreich die Spitze abgebrochen haben, so schließt das nicht aus, daß von anderer Seite, und zum Beispiel nicht nur von französischer, sondern auch von innerösterreichischer, die angeblichen Gellüste Deutschlands bei der Eröffnung einer Nachsolfrage in Oesterreich in den Kreis der Erörterung gezogen und zum Gegenstand der Verdächtigung gemacht werden. Daß das aber trotz des Mangels an jeglicher thatsächlichen Begründung möglich ist, hat Deutschland dem thörichten Gebahren einiger seiner Preßorgane zu danken, die, obgleich sie die eigene Regierung ebenso heftig wie das Ausland anzugreifen pflegen, mit Vorliebe in englischen und französischen Veröffentlichungen als offizielle oder offiziöse Regierungsorgane hingestellt werden.

Die siebente Großmacht, denn als solche müssen wir doch wohl die Presse bezeichnen, seitdem Italien die sechste Stelle eingenommen, hat das mit dem Herrscher eines konstitutionellen Staates gemein, daß sie wie jener, in der Theorie, nicht unrecht thun kann. Sie ist aber in einer Beziehung noch glücklicher daran als ein solcher Herrscher von der Charte Gnaden; auch

ihre Minister und Rätthe, das heißt die Herausgeber und Redakteure, sind vor dem Richterstuhl der Geschichte unverantwortlich, wenn sie auch manchmal in die Hände anderer niederer Gerichtshöfe fallen mögen. Karl X., Ludwig Philipp und Napoleon III., von anderen nicht zu sprechen, haben die von der Presse ihrer Zeit und ihrer Länder begangenen Dummheiten mit Entthronung und Verbannung büßen müssen, während die Journalisten, welche fleißig an den Ursachen der verschiedenen Debacles mitgearbeitet haben, ruhig in ihren Betten gestorben sind und die Historienbücher ihrer Artikel und ihrer Namen keine Erwähnung thun. Auch bei uns werden die Namen und Artikel der Leute bald vergessen sein, die im Begriff waren und sind, uns ernstliche internationale Unannehmlichkeiten zu bereiten, und über ein kurzes wird Gras über ihre Druckerchwärze gewachsen sein, aber wer weiß, ob nicht mancher Mutter Sohn für das Unheil wird büßen müssen, das sie angerichtet haben und das vielleicht hätte vermieden werden können, wenn der verständigere Theil der Presse seinen Einfluß energischer und dauernder zur Geltung gebracht hätte. Dazu gehört freilich aber auch, daß derselbe sich selbst über die Folgen der von ihm getriebenen Politik klar wird und sich die Mühe gibt, die Gedanken, die die Tagesereignisse ihm eingeben, auszudeuten und sie nicht bloß mouffieren zu lassen. Daß letzteres aber viel zu viel geschieht, dafür haben gerade die Ereignisse der letzten Jahre manchen schlagenden Beweis geliefert.

Etwas freilich kann die Presse auch verlangen, und das ist, daß ihr von kompetenter Seite die erforderlichen Fingerzeige gegeben werden für das, was im Interesse der auswärtigen Beziehungen des Reiches, und dazu gehören nicht nur die politischen Fragen, nothwendig erscheint. Daß das bis zu einem gewissen Punkte geschieht, ist wohl unzweifelhaft, aber man braucht nur den letzten Jahrgang einer größeren politischen Zeitung durchzublätern, um sich zu überzeugen, wie widersprechend das ist, was zu verschiedenen Zeiten von der einen oder der andern amt-

lichen Seite an die Öffentlichkeit dringt. Der französische Finanzminister Baron Louis pflegte zu sagen: „Macht gute Politik, und ich werde euch gute Finanzen machen,“ und ein naseweiser Journalist, es soll auch solche Räuze geben, könnte das Wort dahin parodiren, daß eine klare Politik die erste Vorbedingung für eine gute politische Presse sei. Aber auch unsere schöne Welt soll ja aus dem Chaos entstanden sein.

## Kolonialpolitische Fragen.

(Abgedr. aus der „Deutschen Rundschau“ vom Juli 1900.)

Die letzten Wochen haben innerhalb und außerhalb Deutschlands eine Anzahl von Ereignissen gezeitigt, die für die Beziehungen des Reiches zur Außenwelt wie für seine innere Entwicklung von maßgebendem Einfluß sein können. In erster Linie steht, nicht wegen seiner thatsächlichen, sondern wegen seiner symptomatischen Bedeutung, der Ausbruch der Boxer-Unruhen in China. Es ist nicht das erste Mal, daß im Reiche der Mitte fremde Niederlassungen und eingeborene Christengemeinden bedroht und angegriffen worden sind; das Massacre von Tientsin 1870, die wiederholten Unruhen in Fokien, Kwangsi und Szechuan, die Christenverfolgungen im Yangtsethal 1891, der Aufstand in der Mongolei 1892 und viele andere derartige Vorkommnisse sind mit blutigen Lettern in die Geschichte der Beziehungen zwischen China und dem Auslande eingetragen. Aber wenn bisher der Haß gegen den Fremden, die Furcht vor ihm den Vorwand zu solchen Vorkommnissen abgaben, so sind dieselben Gefühle, und das ist das Bedauerliche und Bedrohliche, diesmal der Grund für die Ausschreitungen, deren Schauplatz die Provinz Chili ist, und die unter dem Ruf: „Vertilgt die Fremden!“ in Scene gesetzt werden. Es ist ein Grundzug der modernen Geschichtsentwicklung, daß sie schneller als in früheren Zeiten und darum rücksichtsloser mit den Schranken aufräumt, hinter denen Dummheit, Trägheit und Trotz sich gegen ihren belebenden Ein-

fluß zu verwahren suchen. Wo gestern noch mächtige Stämme die Unabhängigkeit ihrer Inseln und Continente vertheidigten, sind heute kaum genug Individuen übrig, um das Personal für eine Circusschaustellung zu liefern; die centralasiatischen Reiche, in die einzudringen noch vor fünfzig Jahren mit Lebensgefahr verknüpft war, sind längst russische Satrapien geworden, und von den drei Fabelreichen der jüngsten Vergangenheit (Anam, Japan und China) weht über dem ersten die französische Tricolore, das zweite hat sich den Wohlthaten der Civilisation von den Sicherheitschwefelhölzern bis zum rauchlosen Pulver und der drahtlosen Telegraphie erschlossen, und auch in das dritte haben Dampf und Electricität bereits ihren Einzug gehalten. Und das Alles innerhalb weniger Jahrzehnte! Da kann es denn allerdings nicht Wunder nehmen, wenn man, d. h. Regierungen, Völker und Presse, im Hochgefühl der Errungenschaften vergessen hat, daß überall, auch bei den Völkern, über die wir hochmüthig hinweg zu sehen pflegen, und die wir als die Beute unseres Speers und unseres Schwertes, d. h. unseres Handels und unserer Industrie betrachten, Gewohnheiten, Gebräuche und Gefühle bestehen, an denen zu rühren eine Reaction, einen Rückfall in die alte Barbarei, wenn man will, hervorrufen kann und vielleicht muß. So auch in China. Man hat aus dem Fell des Bären Eisenbahn- und Bergwerksconcessionen geschnitten wie Riemen, ohne das Thier selbst zu fragen, und offen und ungenirt darüber gesprochen, wie man seinen Leib zu zerlegen gedente, und da wundert man sich, daß der ungeschlachte Pech anfängt, sich zu bewegen und mit seinen Pranken die Sädelchen, Kirchen, Eisenbahnen, Missionsanstalten umwirft, die man für ihn aufgebaut hat. Unsere Beziehungen zu England und zu den Vereinigten Staaten wirken auf eine ganze Anzahl anscheinend vernünftiger Menschen wie das rothe Tuch auf den Stier, und was den Juden anbetrifft, so scheint er für Viele immer noch hauptsächlich deswegen auf der Welt zu sein, um mit Schmähungen und Schlägen behandelt zu werden; aber daß der Chinese

uns gegenüber nationale Abneigung und Besorgnisse empfinden oder daß er über den Christen denken könne, wie mancher bei uns über den Juden, das scheint unverständlich und unerträglich. Der Boer, der sein Land gegen den Engländer vertheidigt, ist ein Held; der Chinese, der versucht, dasselbe gegen den Fremden zu thun, ein Barbar, dem man nicht schleunigt genug an den Krügen kann. Eine solche Auffassung trägt ihre großen Gefahren in sich, weil das, was wir als unsere Interessensphäre in China und als den uns zukommenden Antheil an dem Verkehr mit demselben und an den aus der Entwicklung des Reiches sich ergebenden Vorteilen ansehen, sich leicht aus einem Gewinn in einen Verlust verwandeln und uns Opfer an Geld und Menschen auferlegen kann, die zu bringen wir nicht in der Lage sind und die wir bei einer richtigeren Behandlung der Sache nicht zu bringen haben würden. Der Chinese ist im Allgemeinen ein ganz vernünftiger Mensch, das Unglück ist nur, daß so Wenige sich die Mühe geben, zu versuchen, ihn zu verstehen. Der Compradore, der chinesische Agent des fremden Kaufmanns, ist zu wohl erzogen, um seinem Brotherrn zu widersprechen, wenn derselbe ihm die Vorteile der westlichen Cultur auseinander setzt, der Missionar hört nur seine Convertiten, die ihm ebenfalls, wenn sie überhaupt etwas von der Sache verstehen, nach dem Munde sprechen, und der Diplomat hat es viel zu eilig, aus dem Reiche der Mitte wieder fort zu kommen und sich näher der Heimath die Belohnung für das Opfer zu holen, das er glaubt dem Vaterlande dadurch gebracht zu haben, daß er ein paar Jahre in Ostasien verlebt hat, um sich die Mühe zu nehmen, der Sache auf den Grund zu gehen. So kommt es, daß die wenigsten Fremden, auch wenn sie längere Zeit in China zugebracht, einen klaren Begriff von dem haben, was Land und Leute gebrauchen. Ein allgemeines Bedürfnis nach Reform, das thatsächlich nur in ganz beschränkten Kreisen besteht, wird als vorhanden angenommen, die Befriedigung desselben wird als ein Theil der eigenen civilisatorischen Mission angesehen, aber der

Mühe, sich mit Papier und Feder hinzusetzen und die Art und Weise der Einführung auch nur einer Reform und des Ergebnisses derselben, wenn auch nur vom fiscalischen Standpunkte aus, sich selbst klar zu machen, unterzieht sich Niemand. So kommt man auf der einen Seite zur Mißachtung der Rechte der Leute, die man reformiren will, und auf der anderen, besonders wenn man ein Deutscher ist, zu dem Wunsche, vielleicht dem Versuche, möglichst Alles nach dem bekannten Schema zu machen und den Chinesen in größter Eile in einen guten Preußen zu verwandeln. Das kann natürlich nicht, und je stolzer ein Volk auf seine eigene Civilisation ist, um desto weniger, ohne scharfe Conflictte abgehen, die einerseits die Sache nicht vorwärts bringen und andererseits den nicht zu unterschätzenden Nachtheil haben, eine Verrohung der Anschauungen und Handlungsweise zu schaffen, die auf die Dauer auch auf die heimischen Verhältnisse zurückwirken muß. Die Besitzer chinesischer Anleihen können übrigens unbesorgt auf die Vorgänge in China sehen: dieselben sind und werden, wenn die fremden Mächte nicht gar zu große Thorheiten begehen, lokalisiert bleiben, und die im vorigen Jahre trotz aller Gerüchte von Aufständen u. s. w. so herrlich fortgeschrittene Entwicklung des Handelsverkehrs wird hoffentlich auch in diesem Jahre andauern. Aber die immer wiederkehrenden Unruhen und die Art und Weise, wie sie von der Presse aufgebauscht werden, dürften das Privatkapital furchtsam machen und verhindern, sich an der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas zu betheiligen. Wir würden dann zu dem Resultat kommen, daß wir Concessionen haben, die wir nicht ausbeuten können, und daß wir, statt Vortheil und Stärkung aus unserer asiatischen Besizung zu ziehen, in derselben nur eine Quelle politischer und anderer Besorgnisse und Verlegenheiten finden werden.

Manchmal, wenn man die Entwicklung oder richtiger Nichtentwicklung unserer Kolonien und Schutzgebiete betrachtet, wenn man sieht und hört, was in denselben, im Reichstage, in der Kolonialgesellschaft, in der Presse vorgeht, geredet und geschrieben

wird, möchte man fast zu der Ansicht neigen, als wenn dem deutschen Volke in seiner überwiegenden Mehrheit oder wenigstens in seinen gewählten Vertretern das Verständniß für die großen Aufgaben abgehe, die das Eintreten in eine Weltpolitik, in den Weltverkehr, ihm auferlegen. Es ist eine unbestreitbare Thatsache, daß nichts so zur Entwicklung einer Kolonie beiträgt wie die Anlage von Straßen, und wenn der fahrbare Weg weit über dem primitiven Fußpfade steht, so steht die Eisenbahn noch um Vieles höher über dem besten Fahrwege. Und doch haben wir erleben müssen, daß, während das englische Parlament, trotzdem England in einen Krieg verwickelt ist, der Milliarden verschlingt, fast ohne Debatte über 30 Millionen Mark für die Vollendung der Ugandabahn bewilligt hat, der deutsche Reichstag sich nicht hat entschließen können, 100 000 Mark für die Beendigung der Vorarbeiten für die ostafrikanische Bahn herzugeben. Und während die deutsche Regierung bemüht gewesen ist, unserem südwestafrikanischen Schutzgebiete die Vortheile zu sichern, die ihm daraus erwachsen müssen, wenn die Bahn durch dasselbe geführt wird, die dazu bestimmt ist, den Anschluß von der Westküste von Afrika nach der den Continent von Süden nach Norden durchquerenden Centralbahn herzustellen, rufen ganze Kolonialkreise darüber Zeter, daß das Abkommen mit dem Manne getroffen worden ist, in dessen Kopfe der Plan der Centralbahn entstanden ist und der sich ihre Ausföhrung zur Lebensaufgabe gemacht hat, mit Cecil Rhodes. Die koloniale Politik, wie sie, man muß sagen leider, von denselben Kreisen betrieben wird, die über das Abkommen mit Rhodes ihr „crucifige“ rufen, besteht im Wesentlichen darin, daß die Zulassung fremder Gesellschaften und fremden Kapitals in die deutschen Schutzgebiete perhorrescirt wird.

Daß es vortheilhafter wäre, wenn deutsche Gesellschaften mit deutschem Kapital die Entwicklung der deutschen Schutzgebiete unternähmen, unterliegt keinem Zweifel; die Schwierigkeit besteht eben nur darin, deutsches Kapital für diesen Zweck flüssig zu machen. Der Gründe für diese unwillkommene, aber that-

sächliche Erscheinung sind manche; der wichtigste ist wohl, daß das deutsche Kapital für den Augenblick eine zu lohnende Anlage in Industripapieren findet, um nach den Schutzgebieten zu gehen, wo es der Natur der Sache nach während einer Reihe von Jahren keine Zinsen bringen kann. Es ist besonders aus diesem Grunde bedauerlich, daß man sich nicht hat entschließen können, den Nennwerth der Aktien von kolonialen Unternehmungen auf 20 Mark herabzusetzen. Heute trägt der kleine Mann in Deutschland sein Geld zu der aus kolonialen Bestrebungen hervorgegangenen und für koloniale Zwecke bestimmten Wohlfahrtslotterie; seine Betheiligung an derselben erweckt ihm kein Interesse an den Kolonien selbst, er denkt nur daran, ob sein Loos gewinne oder nicht, während, wenn er für den sechsmaligen Preis eines Looses (20 Mark) eine Actie eines kolonialen Unternehmens erwerben könnte, er nicht allein diesem Unternehmen, sondern der ganzen kolonialen Entwicklung gegenüber ein aufmerksamer und vorkommenden Falls ein kritischer Beobachter werden würde. Und das ist nothwendig, wenn die koloniale Bewegung in Deutschland überhaupt in Fluß kommen soll. Es ist ja ganz hübsch, daß die deutsche Kolonialgesellschaft 36 000 Mitglieder zählt und ihre Mitgliederzahl sich in den letzten Jahren fast verdoppelt hat; aber was bedeutet das einer Bevölkerungsziffer von 50 Millionen und mehr gegenüber, namentlich in dem Augenblick, in dem die britischen Kolonien sich zu großen Staatenbünden zusammenschließen und der Außenwelt bald, wie das mit Canada bereits geschehen ist, als fiskalische Einheiten gegenüber stehen werden. Die deutsche Regierung, als verantwortliche Vertreterin der Interessen des Handels und der Industrie des Vaterlandes, wird dieser neuen Thatsache gegenüber keinen leichten Stand haben, und es wäre wünschenswerth, daß diejenigen Kreise, die sich in Deutschland ganz besonders als das berechnete Mundstück der deutschen kolonialen Bestrebungen ansehen, die Frage der Betheiligung Deutschlands am Weltverkehr von einem höheren, praktischeren Standpunkte auffassen möchten, als dies z. B. noch am

1. Juni bei der Generalversammlung der deutschen Kolonialgesellschaft in Koblenz geschehen ist. Nicht aus der Anwesenheit fremder Gesellschaften oder fremden Kapitals in den deutschen Schutzgebieten entspringt den letzteren oder dem Vaterlande eine Gefahr, sondern aus der kleinlichen Auffassung, die, ein Ergebnis chauvinistischer Eifersucht, es vorziehen würde, die Entwicklung unserer afrikaniſchen Besitzungen Jahre, Jahrzehnte hindurch hinaus zu schieben, in dem Glauben, daß die Entwicklung dieser Welttheile still stehen würde, bis den deutschen Chauvinisten die Binde vom Auge fällt, die sie heute verhindert, zu sehen und zu verstehen. Nicht die Wanderversammlungen und die Schützenfeste haben Deutschlands Einheit und Größe begründet, sie haben im Gegentheil dadurch, daß sie das deutsche Nationalgefühl in falsche Bahnen lenkten, sehr wesentlich die Erreichung des Ziels erschwert, das der Staatsmann sich vorgesetzt hatte; und auch der deutschen Kolonialgesellschaft und ähnlichen Kreisen wird das Schicksal nicht erspart bleiben, daß der Politiker in ihnen nur ein hemmendes, nicht ein förderndes Element sehen muß. Nicht in der Abgeschlossenheit gegen außen, nicht im nationalen Chauvinismus können große Gedanken sich fruchtbringend entwickeln: in dem Kampf ums Dasein — und was ist die Politik eines großen Landes anders als der Ausdruck eines solchen Kampfes — müssen alle überflüssigen Reibungen sorgfältig vermieden, alle Kräfte, auch die der Gegner, für den einen Zweck, die Kräftigung des eigenen Leibes, die Unterstützung der eigenen Pläne, herangezogen und verwendet werden. Wenn Deutschland nicht aus eigenen Mitteln aufbringen kann oder will, was zur Durchführung der Unternehmungen nothwendig ist, die für unsere afrikaniſchen Besitzungen das bedeuten, was das Wasser für die Wüste ist, das befruchtende Element, so müssen dieselben eben aus anderen Quellen genommen werden; es heißt zu klein vom Deutschen Reich denken, wenn man glaubt, daß ein paar Millionen Pfund englischen Geldes in deutschen Schutzgebieten angelegt die Sicherheit oder die Interessen derselben gefährden

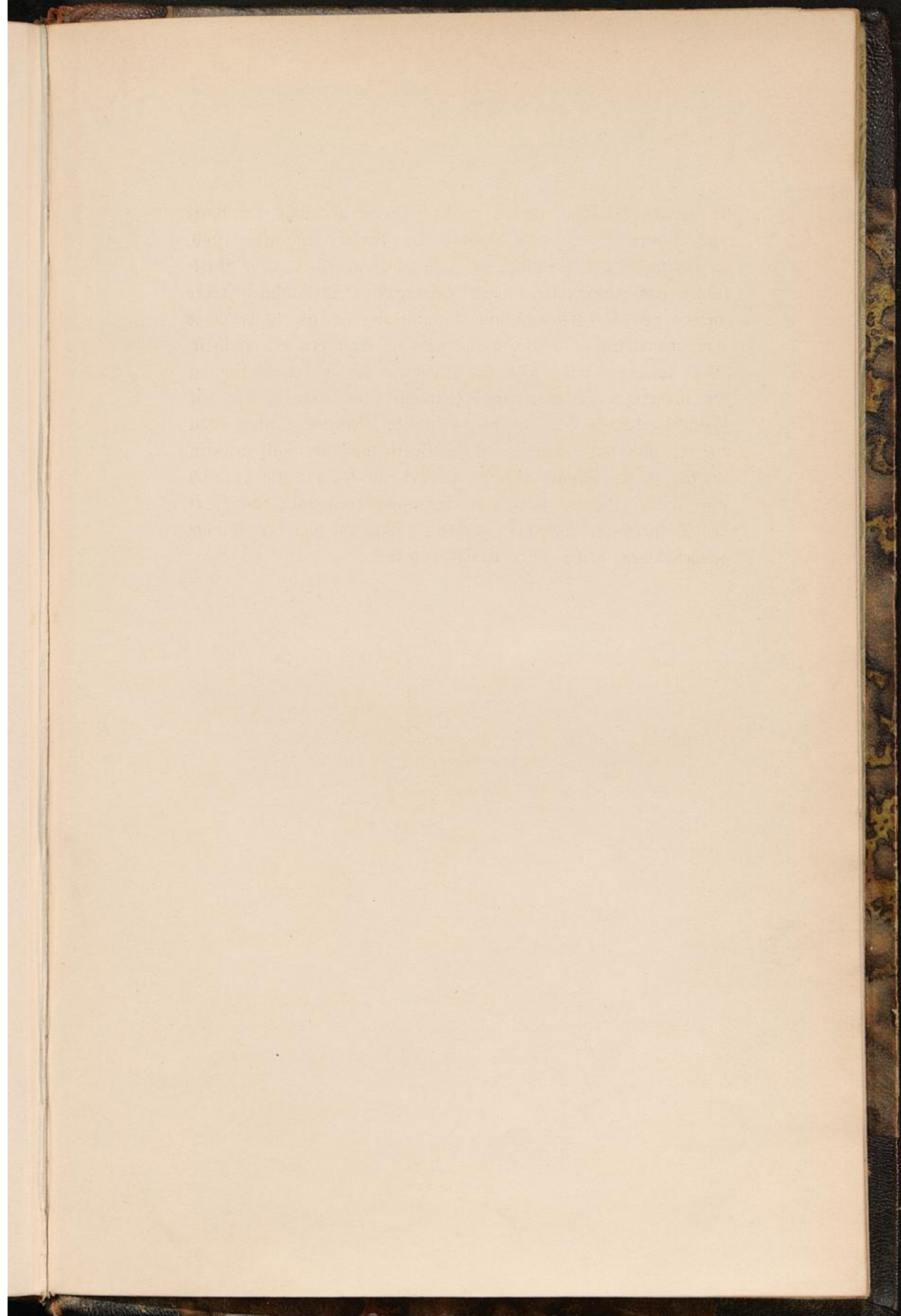
könnten; englisches Kapital hat manche Unternehmungen in Deutschland selbst ins Leben gerufen, keine Phrase kann eben die Thatfache aus der Welt schaffen, daß in England mehr Geld und billiger zu haben ist als in anderen Ländern, und dem Reiche ist keine Gefahr daraus erwachsen, im Gegentheil, nur der Versuch, fremdes Kapital eifersüchtig auszuschließen oder gewaltsam zu vertreiben, könnte zu Retorsionsmaßregeln und dadurch zu Schwierigkeiten führen, deren Bedeutung unsere Kolonialfreunde und Parlamentarier, und leider nicht allein in ihren Reden, zu unterschätzen pflegen.

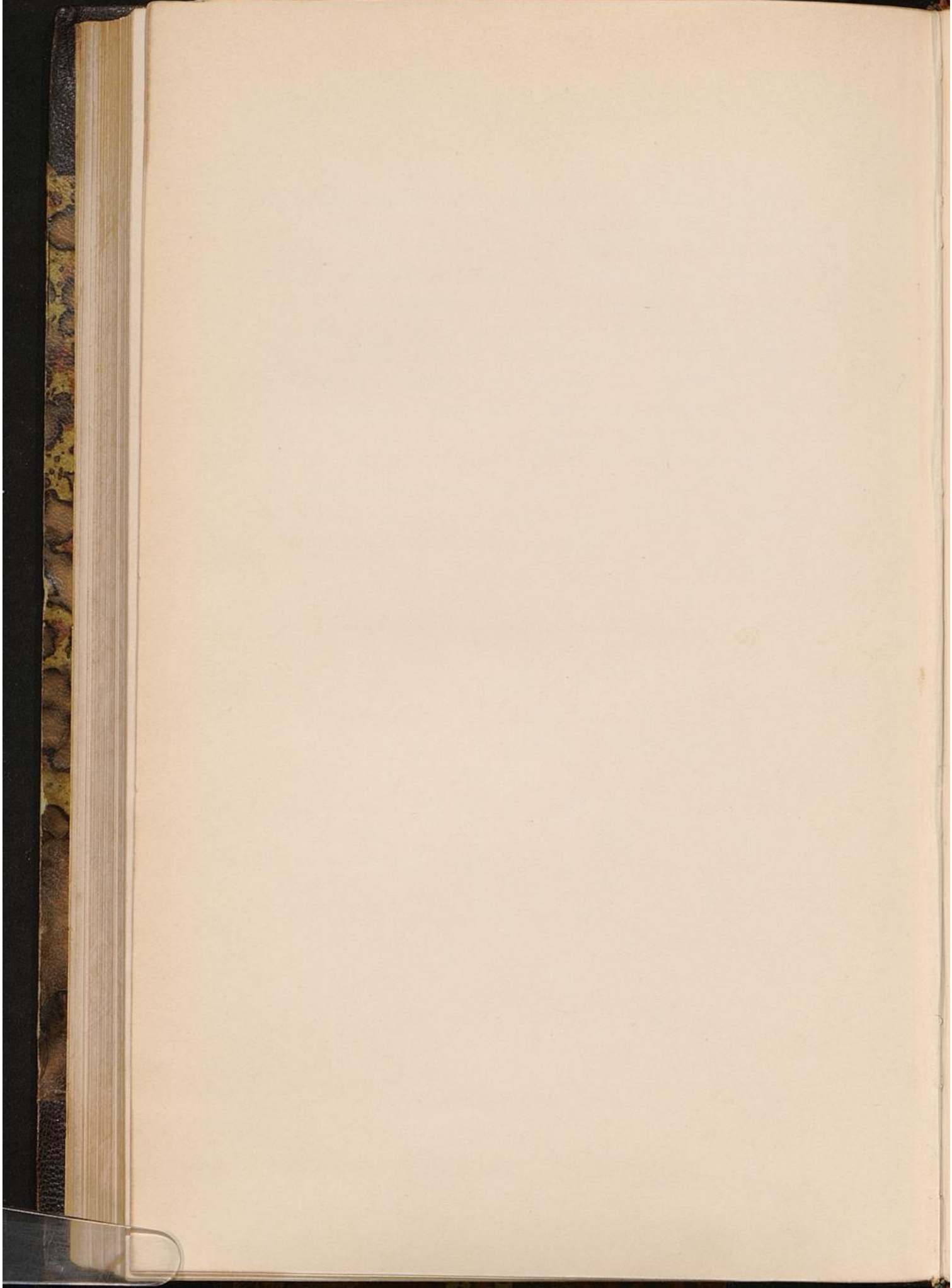
Was wir für unsere afrikaniſchen Schutzgebiete gebrauchen, ist die Möglichkeit freier Entwicklung, die Entfernung aller Schranken, die der Bureaukratismus aufzurichten stets bestrebt ist. Dies ist ganz besonders in Südwestafrika nothwendig. Nicht in der Vermehrung der Schutztruppe — welches Gewicht können ein paar Hundert Mann mehr oder weniger in die politische Waagschale werfen —, nicht in dem Heraussenden von einem halben Duzend deutscher Dienstmädchen oder in der Errichtung einer deutschen Schule im äußersten Winkel des Landes liegt die Gewähr für die Entwicklung des Landes und für die Möglichkeit, dasselbe dem Reiche als ein nützliches Glied anzufügen; dieselbe ist nur in der Schaffung von Zuständen in demselben zu finden, die dem Einwanderer erlauben, sich dort ebenso frei zu bewegen wie in den benachbarten englischen Gebieten, die es ihm gestatten, dort nach eigenem Ermessen sich eine neue Heimath zu gründen, zu leben, wie es ihm gefällt, ohne in jedem Augenblicke durch Polizei- oder sonstige Vorschriften eingeengt und behindert zu werden. Nicht das Kapital hat die großen Kolonien geschaffen, die heute die herrlichsten Perlen in der Krone des britischen Reiches sind, mit der Axt und dem Spaten hat der arme Einwanderer, der im Schweiße seiner Stirn der Natur ein kärgliches tägliches Brot abzwang, sie erobert. Darum ist es auch falsch, als Vorbedingung für die Auswanderung nach Deutsch-Südwestafrika den Besitz eines Vermögens von 15 bis

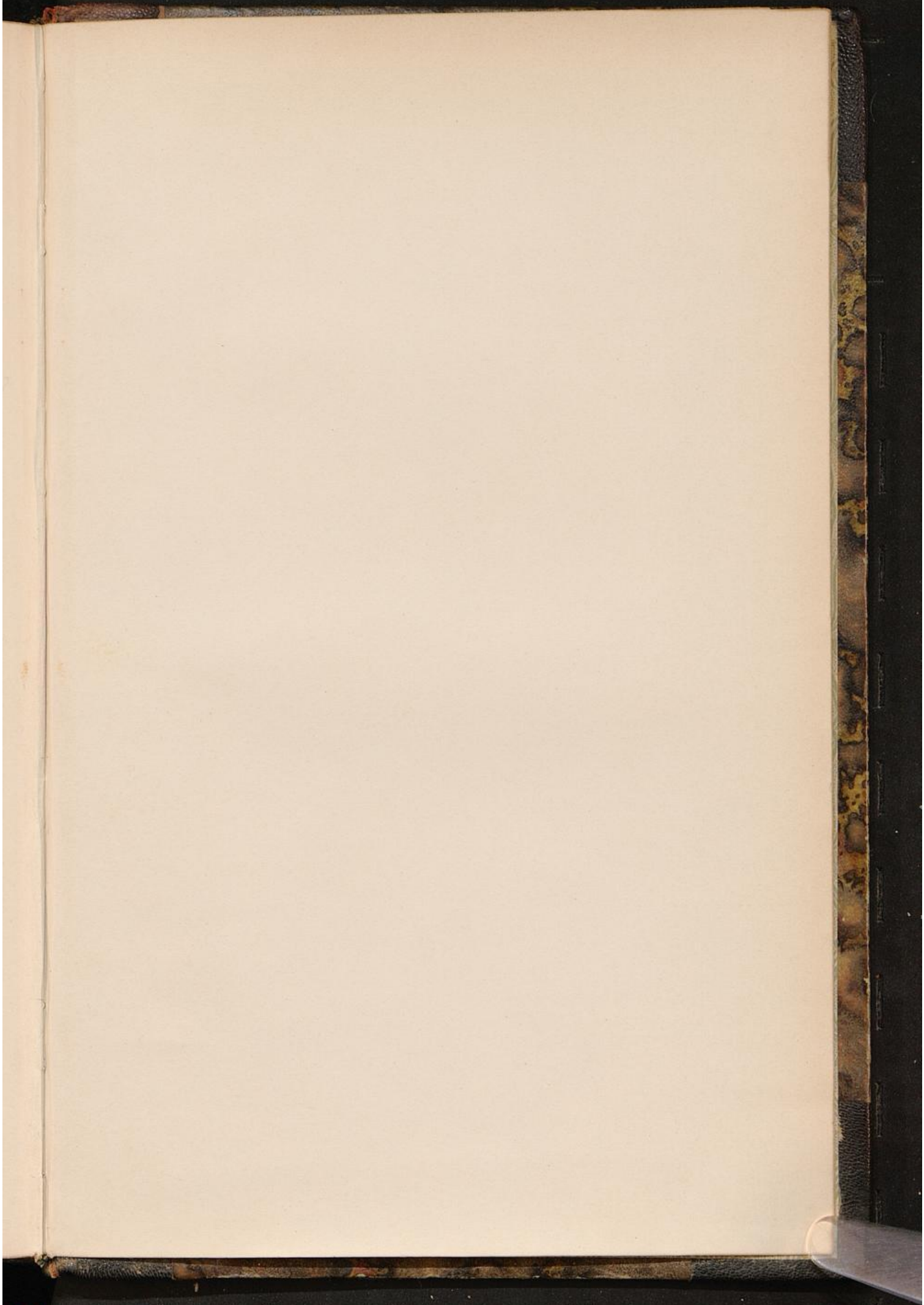
20.000 Mark zu bezeichnen. Der Bauer, der noch so viel besitzt, um das Saat Korn für die nächste Ernte zu kaufen, wandert nicht dorthin aus; dem Auswanderer muß darum die Möglichkeit gegeben werden, in kleinen Verhältnissen anzufangen und sich selbst emporzuarbeiten; aber damit er sich entschließt, sich entschließen kann, nach Südwestafrika zu gehen, fort mit Allem, was ihn dort ungünstiger stellt als in den Nachbargebieten, fort mit der allgemeinen Dienstpflicht, soweit es sich nicht um einen bei Aufstand oder Krieg einzuberufenden Landsturm handelt, fort mit allen Verordnungen, die guten Absichten entsprungen sein mögen, aber nicht für Verhältnisse passen, in denen ein gewisser Grad von Ungebundenheit den Menschen für viele andere Entbehrungen schadlos halten muß, und fort mit den kleinen Satrapen, die am liebsten an jeder Wasserstelle einen Geßlerhut aufpflanzen möchten, um sich ganz als Selbstherrscher zu fühlen. Aber freilich, was würden unsere Agrarier sagen, wenn die Möglichkeit der Hinlenkung einer deutschen Auswanderung nach Südwestafrika zur Sprache käme, und was würde am grünen Tische geschehen, wenn die Ordnungsmühle ins Stocken geräthe!

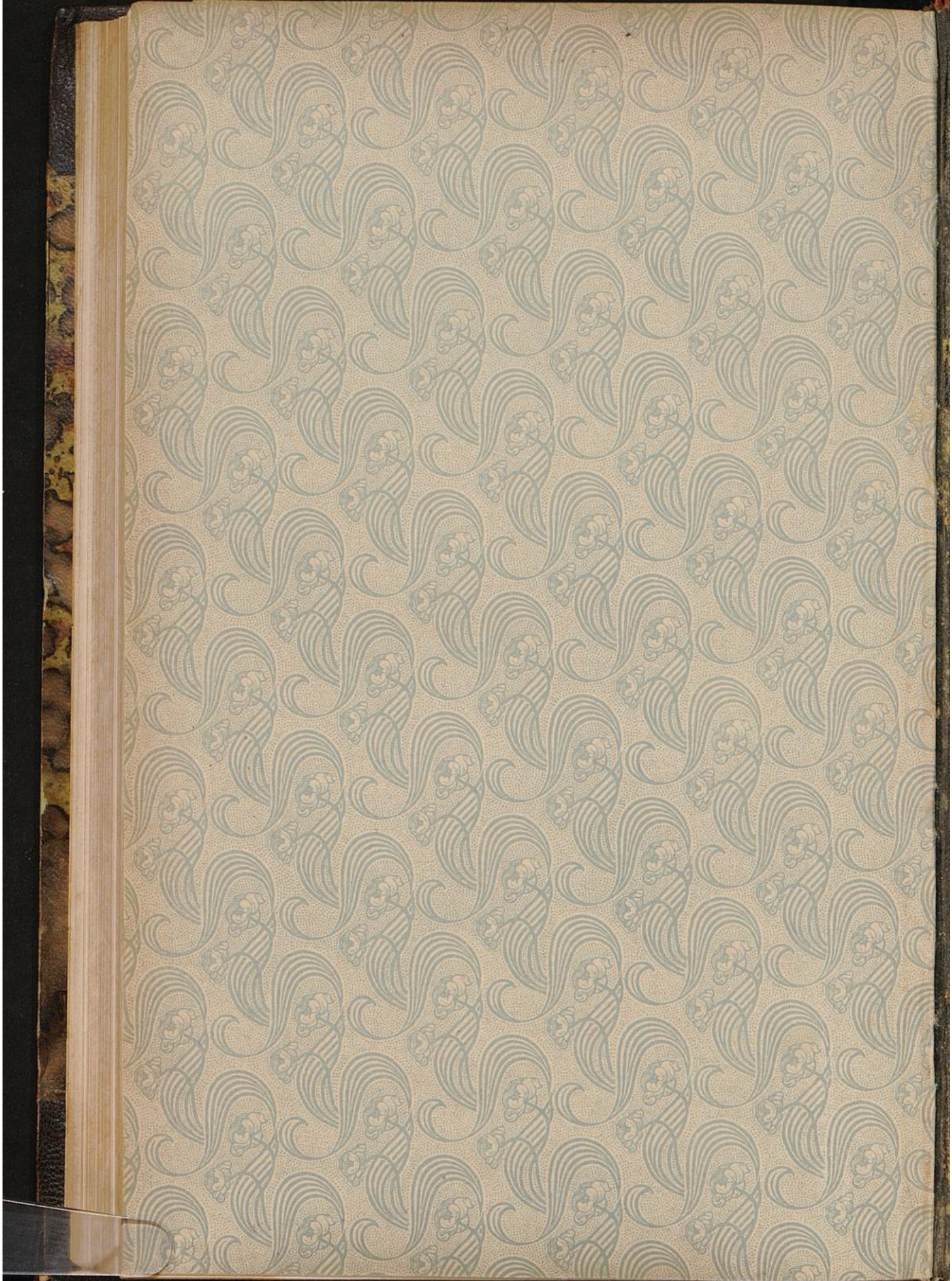
Die Aussichten für die Entwicklung unserer Kolonien sind darum wenig erfreulich. Dem Kapital, das für Eisenbahnbauten und Bergwerksunternehmungen nothwendig ist, wird der Zugang erschwert, dem Einwanderer wenig geboten, was ihn von anderen Gebieten ab zu uns ziehen könnte, und, was am schlimmsten ist, es scheint an vielen Stellen in den Kolonien wie in der Heimath das Gefühl für das, was erforderlich ist, was die Vergangenheit gelehrt hat und die Gegenwart bestätigt, nicht vorhanden zu sein; durch eine gewisse Strammheit, durch lärmenden Patriotismus wird der Mangel an Verständniß für die größeren Ziele ersetzt, und damit ein Zustand geschaffen, der zu Konflikten von unabsehbarer Tragweite zu führen durchaus geeignet ist. Und wie könnte das nicht der Fall sein, wenn in der höchsten beratenden und beschließenden Versammlung des Vaterlandes, im Reichstage, in dem Augenblicke, in dem die Mittel zur Verstärkung der

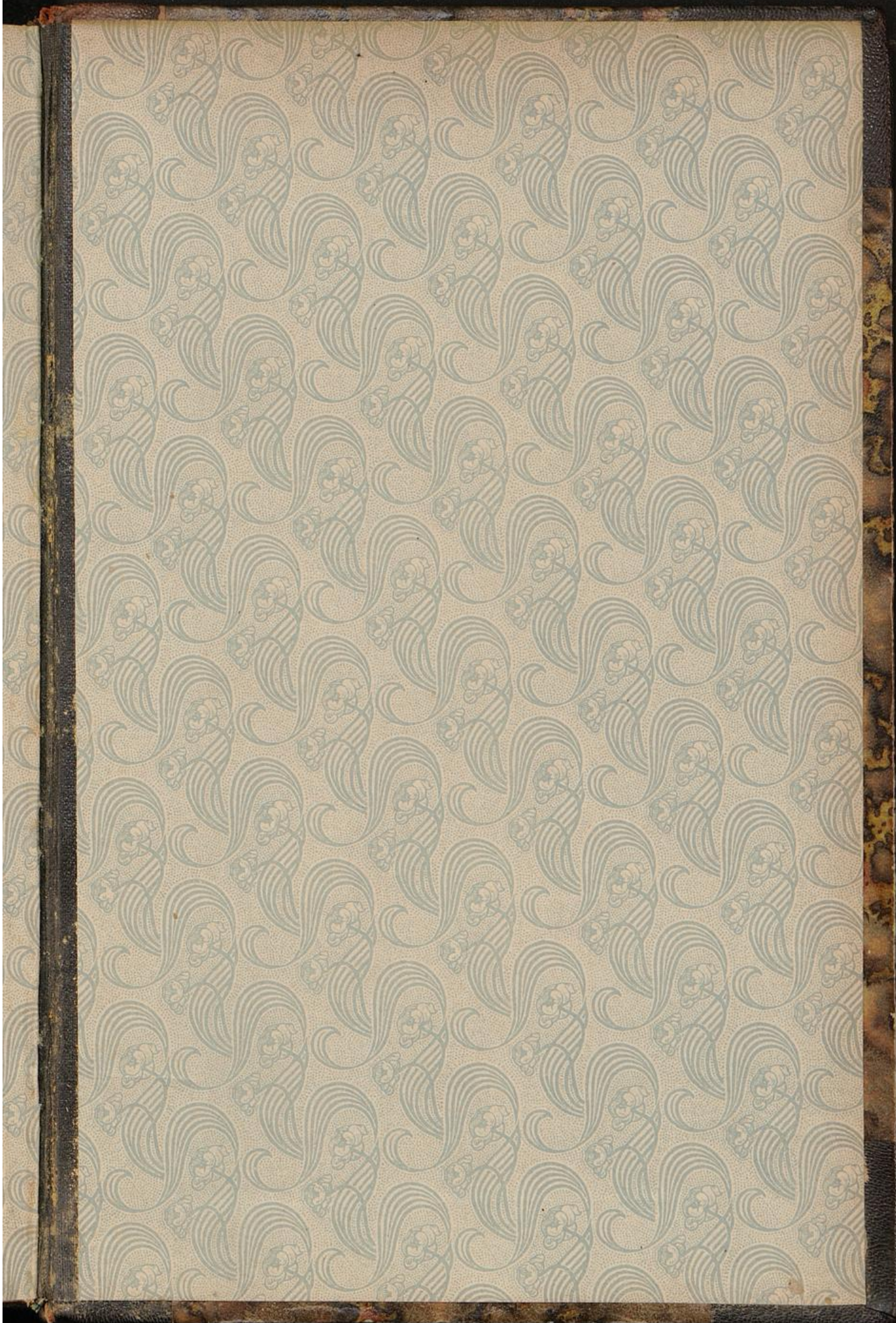
Kriegsflotte bewilligt werden, zugleich Vieles geschieht, um Börse und Schifffahrt, ohne die Handel und Verkehr undenkbar sind, zu schädigen, und der Ruf nach Zollerleichterungen, d. h. in Wirklichkeit nach Zollkriegen, immer lauter ertönt! Die nächsten Jahre werden für die wirthschaftliche Entwicklung unseres Vaterlandes von schwerwiegendster Bedeutung sein, sie erfordern den rückhaltlosen Zusammenschluß aller der Elemente, die in der Fortsetzung der bisherigen Handels- und Zollpolitik die Gewähr für die Zukunft erblicken. Mögen die, welche diese Ansicht theilen, nicht wieder, wie das schon so oft in Deutschland der Fall gewesen ist, bis zu der Stunde zögern, in der die Gefahr sich drohend über ihnen zusammenzieht, und möge an ihnen nicht das Wort des Dichters zur Wahrheit werden: „Was du von der Minute ausgeschlagen, bringt keine Ewigkeit zurück.“













100000

N. c.  
2080

v. Brandt  
Zeitsagen  
W

100000